Positionen – Probleme – Polemik

Herausgegeben von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler

2., durchgesehene Auflage

Akademie-Verlag Berlin 1980

[9]

Abkürzungsverzeichnis

AAA	Antikommunistische Allianz Argentiniens
Abs.	Absatz
Adca	Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ADV	Alldeutscher Verband
AEG	Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft
Afa-Bund	Allgemeiner freier Angestellten-Bund
AG	Aktiengesellschaft
AKON	Aktion Oder-Neiße
AOG	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (Arbeitsordnungsgesetz)
Arch. GKBZHP	Archiwum Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warschau (Archiv der Hauptkommission zur Untersuchung der Hitlerverbrechen in Polen)
ARENA	Alianza Renovadora Nacional
Art.	Artikel
BA	Bundesarchiv Koblenz
BDM	Bund Deutscher Mädchen
BKP	Bulgarische Kommunistische Partei
Brabag	Braunkohle – Benzin – AG
BSW	Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin
CDL	Komitee für die Verteidigung der Freiheit
CDU	Christlich-Demokratische Union
CEDADE	Zirkel der Freunde Europas
CIA	Central Intelligence Agency
CSU	Christliche–Soziale Union
DAAP	Deutsche Arbeiter- und Angestelltenpartei
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
Dinta	Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DZfPh	Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
ELP	Portugiesisches Befreiungsheer
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Gestapo	Geheime Staatspolizei

Hapag	Hamburg-Amerika-Linie
HJ	Hitlerjugend
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer [10]
HZ	Historische Zeitschrift, München
IG	Interessengemeinschaft
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
IMG	Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946
IML/ZPA	Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED/Zentrales Parteiarchiv
IPW	Institut für internationale Politik und Wirtschaft, Berlin
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
JfnW	Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JfW	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin
JN	Junge Nationaldemokraten
KG	Kommanditgesellschaft
KI	Kommunistische Internationale
Komintern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG
mbH	mit beschränkter Haftung
MIRN	Unabhängige Bewegung des nationalen Wiederaufbaus
MSI	Movimento Sociale Italiano
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NOE	Europäische Neue Ordnung
KPD	Nationaldemokratische Partei
NS	Nationalsozialistisch
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
PFS	Probleme des Friedens und des Sozialismus
PKP	Portugiesische Kommunistische Partei
Prot.	Protokoll
RAD	Reichsarbeitsdienst
RGBl	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark

RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RT	Reichstag
SA	Sturmabteilung
SAI	Sozialistische Arbeiterinternationale
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SD	Sicherheitsdienst
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière (Sozialistische Partei Frankreichs)
Sipo	Sicherheitspolizei
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands [11]
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
TEP	Wahrung von Tradition, Familie und Eigentum
UNO	United Nations Organisation
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart
WUNS	World Union of National Socialists
WV	Weimarer Verfassung
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin
ZK	Zentralkomitee
ZStA	Zentrales Staatsarchiv der DDR

[13]

Einleitung

Entstanden vor sechs Jahrzehnten als Ausgeburt des imperialistischen Dranges „nach Gewalt und Reaktion“[1], als aggressive Antwort der imperialistischen Bourgeoisie auf die Oktoberrevolution und auf den mit ihr einsetzenden Prozeß der demokratischen Erneuerung und sozialistischen Umgestaltung der Welt, wurde der Faschismus im Arsenal des Imperialismus zu einer seiner hauptsächlichen Waffen, zu einer politischen Kraft, die er je nach den Umständen in Reserve hält oder als politische Hauptstütze benutzt. So stellt der Faschismus seit 60 Jahren „einen wichtigen Faktor in der politischen Entwicklung der kapitalistischen Welt“[2] dar.

Zur Sicherung und Erweiterung der imperialistischen Herrschaft und Ausbeutung geschaffen, war er seit Anbeginn der grausamste und gefährlichste Feind aller revolutionären, demokratischen und friedliebenden Kräfte. Wo der Faschismus an die Macht kam – zuerst in Ungarn, in Italien und in Bulgarien –, suchte er durch blutigen Terror die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse zu vernichten und alle demokratischen Regungen unmöglich zu machen. Im Jahre 1933 in Deutschland an die Macht gebracht, wuchs er zu einer tödlichen Gefahr für die ganze Menschheit heran. Im zweiten Weltkrieg, der, vom faschistischen deutschen Imperialismus entfesselt, zur umfassendsten militärischen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus wurde, entschied sich das Geschick der gesamten menschlichen Zivilisation.

In diesem Krieg wurde die Koalition der faschistischen Staaten zerschlagen. Der Sieg der Sowjetunion und der anderen Kräfte der Antihitlerkoalition befreite die Völker vom Alpdruck einer Weltherrschaft des deutschen Faschismus, unter dem sie lange Jahre gelebt hatten. Die Niederlage des faschistischen Blocks war zugleich eine schwere Niederlage des Weltimperialismus und ein Triumph des Weltsozialismus. Sie hat die politische Landkarte und das allgemeine Kräfteverhältnis in der Welt von Grund auf verändert und verändert es weiterhin.

Dank dieser Tatsache konnten – besonders in Europa – positive Veränderungen in den internationalen Beziehungen in Richtung auf politische Entspannung und auf die Festigung des Friedens erreicht werden. Im internationalen Maßstab wurde ein politisches Klima geschaffen, das dem Gedeihen faschistischer Bewegungen und faschistischer Diktaturen abträglich, für den antifaschistischen Kampf dagegen günstig war und ist, wie es der Untergang der faschistischen Regimes in Griechenland, Portugal und Spanien demonstriert hat.

[14] Doch wo noch der Imperialismus herrscht, ist der Faschismus nicht mit der Wurzel ausgerottet. „Wann immer sich eine reale Gefahr für die Herrschaft des Monopolkapitals und seiner politischen Strohmänner ergibt, ist der Imperialismus zu allem bereit, wobei er selbst auf den geringsten Anschein von Demokratie verzichtet. Er ist bereit, auch die Souveränität von Staaten sowie jede Gesetzlichkeit mit Füßen zu treten, von der Menschlichkeit ganz zu schweigen.“[3] Davon zeugt die Installierung des faschistischen Regimes in Chile und in anderen lateinamerikanischen Staaten, davon zeugen faschistischer Terror und Rassismus in Südafrika und anderswo. Aber auch in den Hochburgen des Imperialismus wächst in den reaktionärsten Kreisen der herrschenden Klasse die Neigung, angesichts zunehmender Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems die bürgerlich-parlamentarische Demokratie in autoritäre Bahnen zu lenken und zu demontieren. Die „Krisenbewältigungs“methoden des Faschismus werden von diesen Kräften immer ungenierter auf ihre aktuelle Brauchbarkeit hin befragt; den Volksmassen werden immer stärker angeblich positive Seiten des faschistischen Staates wie „Zucht und Ordnung“ und Vollbeschäftigung vorgeführt. Es sind dies jene Kreise, die den militärisch-industriellen Komplex maßgeblich repräsentieren, das Wettrüsten forcieren und an die Stelle der Politik der Entspannung wieder die Politik des Kalten Krieges und des Balancierens am Rande des Atomkrieges setzen und zu diesem Zweck auch den Faschismus benutzen wollen.

---

[1] W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. Berlin 1960, S. 273.
[2] A. A. Galkin, Germanskij fašizm, Moskau 1967, S. 3.
[3] XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berichterstatter: L. I. Breschnew, Generalsekretär der KPdSU, 24. Februar 1976, Berlin 1976, S. 38.

Wer wissenschaftliche Forschung über den Faschismus betreibt, ist sich dessen bewußt, daß er kein historisch erledigtes Thema behandelt, sondern daß er damit unmittelbar am Klassenkampf unserer Zeit, am Kampf der Völker gegen den Imperialismus, für Frieden und Sozialismus teilnimmt. Die marxistisch-leninistische Faschismusforschung steht an einem der wichtigsten Abschnitte des Kampfes zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen den um echte Demokratie und Sozialismus kämpfenden Volksmassen und jenen Kräften, die jeden Fortschritt in dieser Richtung auch mit äußersten Mitteln zu verhindern trachten. Die Faschismusforschung ist zugleich ein Hauptkampffeld der Auseinandersetzung zwischen marxistischer und bürgerlicher Ideologie.

Die Faschismusanalyse der revolutionären Arbeiterbewegung hat sich als einzige wissenschaftliche Erklärung des faschistischen Phänomens gegenüber allen anderen Faschismustheorien erwiesen. Die Aufdeckung des Klassencharakters des Faschismus durch die Marxisten-Leninisten hat seit den 20er Jahren ganze Regimenter bürgerlicher Historiker, Soziologen und Publizisten auf den Plan gerufen, die sich vergeblich mühten und mühen, jene Analyse zu widerlegen. Das Motiv für diese angestrengten, in den letzten zehn Jahren besonders intensiv betriebenen Bemühungen hat der amerikanische Historiker Henry A. Turner jr. – wohl eher unfreiwillig als absichtlich – eingestanden, als ihm die Aussage entschlüpfte, der moderne Kapitalismus sei kaum zu verteidigen, wenn die These zuträfe, daß der Faschismus sein Produkt sei.[4]

Gegründet auf das Fundament vieljähriger Erfahrungen praktischen politischen Kampfes, erfuhr die marxistisch-leninistische Faschismusanalyse eine ständige Fortentwicklung durch die Verarbeitung und theoretische Verallgemeinerung neuer Klassenkampferfahrungen. Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurde sie auf das Niveau einer präzisen und umfassenden, Entstehungs- und Entwicklungsbedingun-[15]gen, Klassencharakter und Massenbasis, Funktion und Merkmale, Ideologie und Praxis des Faschismus einschließenden Analyse gehoben.[5]

Georgi Dimitroff zeichnete in seinem Schlußwort auf diesem Kongreß zugleich die methodologische Linie für die künftige marxistisch-leninistische Faschismusforschung vor, als er ausführte: „Keinerlei allgemeine Charakteristik des Faschismus, mag sie an sich noch so richtig sein, enthebt uns der Pflicht, die Eigenart der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und zu berücksichtigen ... Es wäre ein grober Fehler, irgendein allgemeines Entwicklungsschema des Faschismus für alle Länder und alle Völker aufstellen zu wollen. Ein solches Schema würde uns nicht helfen, sondern uns hindern, den wirklichen Kampf zu führen.“[6]

Seitdem erweiterten mehr als 40 Jahre unerbittlichen Kampfes gegen den faschistischen Feind den Erfahrungsschatz der Kommunisten und aller anderen antifaschistischen Kräfte. Heutzutage, da Entspannung und Rüstungsbegrenzung mit dem Ziel echter Abrüstung das Gebot der Stunde sind, da zugleich reaktionärste imperialistische Kräfte, voran die militaristischen und finanzkapitalistischen Führungskreise der USA und der NATO, den Faschismus unter neuen Bedingungen und vielfach in neuen Formen in verschiedenen Regionen der kapitalistischen Welt beleben und fördern, da bürgerlich Faschismus„experten“ und die Massenmedien in den Hochburgen des Kapitalismus, insbesondere in der BRD, neben der verhüllten Faschismusapologie immer stärker eine offene Rehabilitierung und Propagierung des Faschismus betreiben, gewinnt die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Faschismus von gestern und heute eine zunehmend aktuelle Bedeutung. Dem tragen marxistische Forscher allenthalben Rechnung, allen voran Wissenschaftler der Sowjetunion.[7] Der gewichtige Beitrag, den Forscher aus

[4] Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 7.
[5] VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975.
[6] Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 629 f.
[7] Verwiesen sei vor allem auf das Werk Istorija fašizma v Zapadnoj Evrope, das von einem Autorenkollektiv unter Leitung von G. S. Filatov ausgearbeitet wurde (Moskau 1978); ferner L. I. Gincberg, Na puti v imperskuju kancelariju, Moskau 1972; Galkin, Germanskij fašizm; derselbe, Sociologija neofašizma, Moskau 1971; Kritika ideologii neofašizma, Moskau 1976; A. S. Blank, Advokaty fašizma, Moskau 1974.

den sozialistischen Ländern hierzu leisten, fand nicht zuletzt auf verschiedenen internationalen wissenschaftlichen Tagungen der letzten Jahre seinen Ausdruck.[8]

Die Faschismusforschung in der DDR hat in einer Reihe von Untersuchungsgebieten wichtige Arbeiten vorgelegt. Das betrifft vor allem die Aufdeckung des Zusammenhanges von Imperialismus und Faschismus, die Analyse der Expansions- und Kriegspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus, die Untersuchung der Entwicklung der Faschismustheorie der Kommunistischen Internationale und die Kritik bürgerlicher Faschismustheorien.[9]

Selbstverständlich stand und steht in der DDR, dem sozialistischen deutschen Staat, im Gesamtkomplex der Faschismusthematik die Erforschung des antifaschistischen Wider-[16]standskampfes während der faschistischen Diktatur an vorderster Stelle.[10] Das Interesse erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus macht es indessen gleichermaßen erforderlich, den Faschismus selbst als eigenen Forschungsgegenstand einer möglichst umfassenden wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen. Das ist das vordringliche Anliegen des Bandes. Die unzertrennliche Einheit von marxistisch-leninistischer Faschismusforschung und antifaschistischem Kampf wird in diesem Buch auch daraus ersichtlich, daß mehrere Artikel aufgenommen wurden, die sich speziell mit der Ausarbeitung von Theorie und Praxis des antifaschistischen Kampfes durch die internationale und deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung befassen.

Der vorliegende Sammelband repräsentiert zusammenfassend den Stand der Faschismusforschung in der DDR und führt zugleich darüber hinaus, indem er neue Themen aufgreift, neue Probleme aufwirft und neue Forschungsergebnisse vorlegt. Fragen der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie und der Geschichte des deutschen Faschismus nehmen dabei den größten Raum ein. Daneben werden jedoch auch Probleme der Geschichte des außerdeutschen Faschismus, Fragen des Faschismus nach 1945 und spezielle Fragen der Auseinandersetzung mit bürgerlichen bzw. nichtmarxistischen Faschismusauffassungen behandelt.

Die theoretische Grundfrage aller Beiträge dieses Bandes ist das Problem des Klassen-charakters des Faschismus. Ausgehend von der Bestimmung des Klassenwesens des Faschismus durch den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, wird eine Fülle von Fakten und theoretischen Erkenntnissen ausgewertet und aufbereitet, die im Lauf von mehr als 40 Jahren historischer Entwicklung und Erfahrungen seither gewonnen bzw. ans Tageslicht gefördert wurden.

Den hauptsächlichen inhaltlichen Aspekt des Bandes bildet demnach die Vertiefung des Wissens um den Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus und von Sozialismus und Demokratie. Die Monopolbourgeoisie wird als jene Kraft nachgewiesen, die den Faschismus heranzüchtet und sich seiner als Waffe im Klassenkampf bedient mit dem Ziel der Vernichtung der revolutionären Arbeiterbewegung und aller bürgerlich-demokratischen Rechte und Errungenschaften der Werktätigen zwecks Sicherung und Erweiterung von Profit und Macht.

Herausgearbeitet wird die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut als der stärksten, konsequentesten und organisiertesten antifaschistischen Kraft, die auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnis des Wesens des Faschismus allen übrigen antifaschistischen Kräften den Weg zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus weist. So vertieft der Band die Erkenntnis,

[8] Erwähnt seien hier die Tagungen in Moskau 1971, in Essen 1973, in Wrocław 1974, in Zagreb 1975 und in Kiew und Debrecen 1978.

[9] Siehe Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970, in: ZfG, Sonderband 1970; Lotte Zumpe, Stand und Probleme der wirtschaftshistorischen Imperialismusforschung, in: ZfG, 5/1975, S. 494 ff.; Kurt Gossweiler, Stand und Probleme der Faschismusforschung in der DDR, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 1/1976, S. 4 ff.

[10] Stellvertretend für eine Fülle von Titeln seien genannt Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966; Siegfried Vietzke, Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz, Berlin 1966; Klaus Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939, Berlin 1974. Einen Gesamtüberblick über die Literatur zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland vermittelt die Bibliographie von Rudi Goguel, Antifaschistischer Widerstand und Klassenkampf. Die faschistische Diktatur 1933 bis 1945 und ihre Gegner. Bibliographie deutschsprachiger Literatur aus den Jahren 1945 bis 1973, Berlin 1976.

daß konsequenter antifaschistischer Kampf zugleich gegen den Imperialismus geführt werden und darauf gerichtet sein muß, die Wurzeln des Faschismus – die Herrschaft des Finanzkapitals – zu beseitigen.

Es wird eine Reihe von aktuellen Themen und neuen Fragestellungen behandelt, die von großem wissenschaftlichem und politischem Interesse sind. Beispielhaft genannt seien die Problemkomplexe Faschismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus, Faschismus [17] und Rassismus, Faschismus und Arbeiterklasse, Neofaschismus, Faschismus in Lateinamerika, Entwicklung der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie.

Der Band ist als Beitrag zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Faschismusapologie und -theorie angelegt. Diese Auseinandersetzung richtet sich in der Hauptsache gegen die reaktionärsten Varianten der bürgerlichen Auffassungen, d. h. gegen die offen imperialismus- bzw. monopolfreundlichen Theorien. Sie wird aber auch gegen „linke“ Theorien, wie die Bonapartismustheorie und ultralinke Faschismustheorien, geführt. Besondere Beiträge gelten der Darstellung der Faschismusauffassungen der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Einer eingehenden Kritik wird die neueste bürgerliche Faschismusliteratur unterzogen.

Soweit es mit diesem Band gelungen ist, in wichtigen Grundfragen das solide Fundament der marxistischen Faschismusanalyse zu verbreitern und der künftigen Forschung neue Impulse zu geben, ist das wesentlich der Tatsache zu verdanken, daß die Vorzüge der disziplinären und interdisziplinären Kooperation ausgenutzt werden konnten. Historiker, Wirtschaftshistoriker, Philosophen, Ökonomen und Staats- und Rechtswissenschaftler haben das Ihre zu diesem Band beigesteuert.[11] Sicher sind damit die Möglichkeiten wissenschaftlichen Kooperation noch nicht ausgeschöpft, aber sie ermöglichte es doch bereits hier, ein relativ breites Spektrum von Themen und Problemen zu behandeln.

Es liegt in der Absicht der Herausgeber und Autoren, zur Belebung des Meinungsstreites unter den marxistischen Wissenschaftlern beizutragen, zu fruchtbaren Überlegungen und Diskussionen über offene, strittige und ungeklärte Fragen, die in den Beiträgen aufgeworfen und behandelt werden. Die Übereinstimmung aller Autoren des Bandes in der Grundfrage des Klassencharakters des Faschismus schließt unterschiedliche Auffassungen in anderen Fragen keineswegs aus, wie sich das etwa bei der Einschätzung der Bedeutung der Arbeiterklasse als Objekt der faschistischen Propaganda in verschiedenen Beiträgen zeigt.

Der Leser wird schließlich manches Thema, das er in einem solchen Band erwartet, im Inhaltsverzeichnis vermissen. Unleugbar gibt es hier manche Lücken, die erst durch spätere Publikationen, durch künftige Forschungen und durch erweiterte wissenschaftliche Kooperation vor allem im internationalen Rahmen geschlossen werden können. So fehlen spezielle Beiträge zum Faschismus in den südosteuropäischen Ländern, in Italien, Portugal und Spanien. Demzufolge gibt es auch nur erste Ansätze zu vergleichenden Untersuchungen faschistischer Bewegungen und Regimes in verschiedenen Ländern und zu einer Typologie faschistischer Diktaturen.

Es mangelt auch an einer Untersuchung über die Endphase der faschistischen Regimes in Griechenland, Portugal und Spanien. Einer solche Untersuchung wäre von erheblicher aktueller Bedeutung, sind von ihr doch wichtige Auskünfte über die Faktoren der Stabilität und der Labilität sowie über die Dialektik von antifaschistischem Kampf und gesetzmäßigem Zersetzungsprozeß solcher Regimes zu erwarten.

Gründlicher Spezialuntersuchungen bedarf darüber hinaus die Entwicklung des Faschismus in den Jahrzehnten seit dem VII. Weltkongreß unter dem Gesichtspunkt der Herausbildung neuer Züge und Merkmale des Faschismus auf politischem und ideologischem Gebiet, hervorgerufen insbesondere durch den Zwang zur Anpassung an die veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg.

[11] Unser Dank gilt an dieser Stelle den Akademien, Hochschulen, Instituten und Archiven, die die Arbeit förderten, indem sie die Autoren bereitwillig unterstützten.

Solche und andere Lücken und offenen Fragen in der Faschismusforschung der DDR [18] müssen sich im vorliegenden Band deutlich markieren. Es kann dies nur ein Ansporn für die auf dem Gebiet der Faschismusforschung Tätigen sein, diese Lücken schließen zu helfen.

Dem Anspruch und Anliegen des Bandes ist Genüge getan, wenn er als ein erster Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden Erforschung der historischen und aktuell-politischen Probleme des Faschismus wissenschaftliches Material liefert für den heutigen Kampf gegen Faschismus und Imperialismus, wenn er einen Beitrag zur internationalen Diskussion über Geschichte und Theorie des Faschismus leistet und zugleich Anregungen und Impulse für künftige, weiterführende Forschungen und Arbeiten der marxistischen Gesellschaftswissenschaften gibt.

Die Herausgeber

[21]

Teil I: Faschismus und Imperialismus

Elfriede Lewerenz: Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922 bis 1935)

Die Kommunistische Internationale (KI), die im Ergebnis der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstand und die Etappe des Entstehens und Reifens der kommunistischen Weltbewegung verkörperte, hat während ihrer Existenz zu allen auftretenden Fragen der internationalen Klassenauseinandersetzung in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus Stellung genommen und Antworten erarbeitet, durch die der Marxismus-Leninismus bereichert wurde. Das traf auch auf die Auseinandersetzung mit dem Faschismus zu, dessen Aufkommen und besonders sein Machtantritt in Italien im Oktober 1922 die gesamte Arbeiterklasse vor komplizierte Probleme stellte. Neue Fragen wie die folgenden tauchten auf:

- Welche Kräfte stehen hinter dem Faschismus?
- Wessen Interessen vertritt er?
- Ist der Faschismus eine italienische Besonderheit oder eine internationale Erscheinung?
- Ist der Faschismus ein unvermeidliches Stadium in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft?

Zielstrebig konzentrierten sich die Bemühungen der KI von Anfang an auf die Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus, weil davon die richtige Orientierung für den antifaschistischen Kampf der kommunistischen Parteien und der Arbeiterklasse abhing.

Schon vor dem Machtantritt der Faschisten in Italien nahm die Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ zum Auftreten und zur Entwicklung der faschistischen Bewegung in Italien Stellung.[1] Bereits in diesen ersten Artikeln wurde festgestellt, daß die faschistischen Banden im Interesse des Kapitalismus und Militarismus „einen blutigen Kampf gegen das italienische Proletariat“[2] aufnehmen und daß der Faschismus „die Kampfgruppe des Finanz- und Industriekapitals“ ist.[3] Schon hier zeigte sich das für die Kommunisten charakteristische Herangehen an die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, nämlich die Untersuchung seines Platzes im Klassenkampf, im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Obwohl in diesen Artikeln die Bedeutung der kleinbürgerlichen Zusammensetzung der [22] faschistischen Bewegung für die Gesamtbeurteilung des Faschismus überschätzt wurde, wiesen sie insgesamt die konterrevolutionäre Rolle des Faschismus schon frühzeitig nach. Die große Schwierigkeit, das Wesen des Faschismus exakt zu analysieren, bestand gerade zu Beginn seiner Entwicklung darin, zwei Elemente richtig miteinander in Verbindung zu bringen: die Diktatur der Bourgeoisie und die Bewegung der kleinbürgerlichen Massen.[4] Davon zeugten auch die Beratungen des IV. Kongresses der KI vom 5. November bis 5. Dezember 1922, auf dem sich die kommunistische Bewegung erstmalig intensiv mit der Rolle des Faschismus im internationalen Klassenkampf und den Aufgaben des antifaschistischen Kampfes beschäftigte. Schon wenige Wochen nach dem Machtantritt der Faschisten in Italien erarbeitete sich die KI auf diesem Kongreß eine zutreffende Einschätzung des Klassencharakters des Faschismus. Dies ist um so höher zu bewerten, als die widersprüchlichen Erscheinungen in

[1] Siehe Ardito Rosso (d. i. Vittorio Ambrosini), Perspektiven und Lehren der revolutionären Krisis in Italien, in: Die Kommunistische Internationale, 18/1921, S. 114 ff.; W., Der III. Kongreß der Faschisten (7. bis 11. November 1921), in: Ebenda, 19/1921, S. 103 ff. – Zur Analyse des Faschismus durch die KI siehe jetzt auch Istorija fašizma v Zapadnoj Evrope, Kap. IX, Moskau 1978.

[2] Rosso, S. 118.

[3] W., Der III. Kongreß der Faschisten, S. 103.

[4] Siehe Palmiro Togliatti, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt a. M. 1973, S. 8. – Zu methodologischen Fragen der Erforschung der Analyse des Faschismus durch die Komintern siehe K. K. Schirinja/Horst Schumacher, Der Kampf der internationalen Arbeiterbewegung gegen den Faschismus (bis Mitte der dreißiger Jahre), in: BzG, 1/1975; Vavangarde bor’by za mir i social’nyi progress (teoretičeskio vyvody VII Kongressa kominterna i sovremennost’), in: Voprosy filosofii, 8/1975, S. 4 ff.; siehe auch W. Jeshow, Herkunft und Klassenwesen des Faschismus, in: Gesellschaftswissenschaften 4/1977, S. 86 ff.

der gesellschaftlichen Entwicklung zu Beginn der neuen Epoche unterschiedliche Ausdeutungen zuließen. Das widerspiegelt sich auch auf den Beratungen des IV. Kongresses. Wenn im Referat G. J. Sinovevs beispielsweise davon gesprochen wurde, daß der Kapitalismus am Vorabend seines Untergangs stehe und daß er keinen Ausweg aus der entstandenen Situation finden werde, so mußte sich eine solche Einschätzung auch auf die Charakterisierung des Faschismus auswirken. Einerseits wurde der Faschismus richtig als Akt der Konterrevolution bezeichnet, andererseits aber auch als ein revolutionierender Faktor betrachtet.[5] Der IV. Kongreß der KI brachte klar zum Ausdruck, daß der Faschismus trotz der historischen „Niedergangsperiode" des Kapitalismus eine *Offensive* der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse darstellt. In den Thesen „Über die Taktik der Komintern", die vom Kongreß einstimmig angenommen wurden, heißt es dazu: „Im engsten Zusammenhang mit der Offensive des Kapitals auf ökonomischem Gebiet steht die politische Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft, wie sie sich am krassesten im internationalen Faschismus äußert. Da die zunehmende Verelendung die Massen immer mehr revolutioniert, auch die Mittelschicht einschließlich der Beamten erfaßt und die Sicherheit der Bourgeoisie, in der Bürokratie ein absolut willfähriges und ausreichendes Werkzeug zu haben, erschüttert, genügen der Bourgeoisie die legalen Unterstützungsmethoden nicht mehr. Sie geht deshalb dazu über, sich überall besondere weiße Garden zu schaffen, die sich speziell gegen alle revolutionären Bestrebungen des Proletariats richten und mehr und mehr der brutalen Niederschlagung jedes Versuches der Arbeiterschaft, ihre Lage zu verbessern, dienen."[6]

Indem der IV. Kongreß eindeutig feststellte, daß es sich beim Faschismus um eine „Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft" handelt, zu der die Bourgeoisie aus ihrer durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geschwächten Position her-[23]aus übergeht, um damit zu versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, beantwortete die KI bereits Grundfragen der Analyse des Faschismus. Sie kennzeichnete damit bourgeoisen Klassencharakter des Faschismus und seine konterrevolutionäre Funktion im nationalen und internationalen Klassenkampf. Im weiteren wies sie darauf hin, daß die sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus im kapitalistischen System liegen. Basierend auf dieser Einschätzung erklärte der Kongreß auch, daß der Faschismus keine besondere „italienische Angelegenheit" sei, sondern in dieser oder jener Form für alle kapitalistischen Länder eine Gefahr darstelle. Daraus leitete die KI ab, daß der Kampf gegen den Faschismus ein Bestandteil des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals, also ein Bestandteil des internationalen Klassenkampfes war, der geprägt wurde von der allgemeinen Krise des Kapitalismus und dem wachsenden internationalen Einfluß der Sowjetunion in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Rolle des Kleinbürgertums, das den Hauptteil des Anhangs der Faschisten stellte, erfuhr auf dem IV. Kongreß der KI bei der Charakterisierung des Faschismus noch eine unterschiedliche Wertung. So sprachen Sinovev[7] und Karl Radek[8] direkt von einem kleinbürgerlichen Charakter des Faschismus, weil sich der italienische Faschismus im Unterschied zu anderen Terrorregimen der Bourgeoisie auf eine breite kleinbürgerliche Massenbasis stützte.

In den bereits erwähnten Thesen „Über die Taktik der Komintern" ging der IV. Kongreß an dieser Tatsache nicht vorbei, erklärte jedoch: „Das charakteristische Merkmal des italienischen Faschismus ... besteht darin, daß die Faschisten nicht nur engere konterrevolutionäre, bis an die Zähne bewaffnete Kampforganisationen bilden, sondern auch versuchen, durch soziale Demagogie sich einen Boden in der Masse, in der Bauernschaft, im Kleinbürgertum, sogar in gewissen Teilen der Arbeiterschaft zu schaffen, wobei sie die notwendigen Enttäuschungen über die sogenannte Demokratie für ihre reaktionären Zwecke geschickt auszunutzen verstehen."[9]

---

[5] Siehe Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, (im folgenden: Protokoll des Vierten Kongresses der KI), Petrograd – Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 58; siehe auch Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, Berlin 1970, S. 194; Erwin Lewin, Zur Faschismus-Analyse durch die Kommunistische Internationale (1922-1933), in: BzG, 1/1970, S. 44 ff.
[6] Protokoll des Vierten Kongresses der KI, S. 1011.
[7] Siehe ebenda, S. 919 f.
[8] Siehe ebenda, S. 314.
[9] Ebenda, S. 1011.

Es zeigte sich, daß sich imperialistischer Charakter und kleinbürgerliche Massenbasis des Faschismus nicht ausschlossen, sondern ineinandergriffen. Das Problem bestand darin herauszufinden, welcher Zusammenhang zwischen Klassen- und Massenbasis des Faschismus bestand. Die KI hat dieses Problem bereits zu jenem Zeitpunkt im Kern richtig erfaßt. Sie erkannte, daß sich die Bourgeoisie im Faschismus für den Kampf gegen die Arbeiterklasse sowohl „besondere weiße Garden“ schuf als auch mit Hilfe der sozialen Demagogie versuchte, eine aktive reaktionäre Massenbewegung vor allem unter dem Kleinbürgertum und den Bauern, aber auch in der Arbeiterschaft, zu schaffen, wobei beide Elemente von der Bourgeoisie als Kampfmittel gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt wurden; daß also die Interessen der Bourgeoisie das bestimmende Moment des Faschismus ausmachten.

Auch zu weiteren, den Faschismus charakterisierenden Seiten gab der IV. Kongreß der KI schon wichtige Hinweise. Er beschäftigte sich bereits damit, die Kreise der Bourgeoisie, die hinter dem Faschismus stehen, genauer zu bestimmen. Antonio Gramsci bezeichnete die italienischen Faschisten schon vor ihrem Staatsstreich als „Generalstab der Großgrundbesitzer und der Bankiers“[10], und auch Giulio Aquila sprach davon, daß die Faschisten [24] einen agrarischen und einen industriellen Flügel besitzen.[11] Dagegen war Amadeo Bordiga, der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Italiens, der Meinung, daß der Faschismus nicht den Interessen eines bestimmten Teils der Bourgeoisie zugeordnet werden könne. Er meinte: „Der Faschismus verkörpert den gegenrevolutionären Kampf aller verbündeten bürgerlichen Elemente, und darum ist es für ihn keineswegs unbedingt notwendig, die demokratischen Institutionen zu zerstören.“[12]

Wesentlich und notwendig für die Orientierung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Faschismus war zu diesem Zeitpunkt in erster Linie, daß die KI seinen bourgeoisen, imperialistischen Klassencharakter und seine konterrevolutionäre Funktion im Sinne der gesamten Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse aufdeckte. Darüber hinaus machte sie zumindest Ansätze, innerhalb der Bourgeoisie zu differenzieren, indem sie in der „Resolution zur italienischen Frage“ vom Faschismus als einer Form der Diktatur der Bourgeoisie „in Gestalt ihres energischsten Flügels“ sprach.[13] Vom Kern der Sache her fanden die Ansätze zur Differenzierung auch in der Haltung zur bürgerlichen Demokratie ihren Niederschlag. Während beispielsweise Bordiga der Meinung war, „daß der Faschismus liberal und demokratisch sein wird“[14], enthielten im Gegensatz dazu die vom IV. Kongreß angenommenen Thesen „Über die Taktik der Komintern“ den außerordentlich bedeutsamen Hinweis, daß die offene Herrschaft des Faschismus „sich zugleich gegen die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie überhaupt“[15] richtet.

Die KI erwarb sich auf dem IV. Kongreß das unbestreitbare Verdienst, bereits zu einem frühen Zeitpunkt als einzige politische Kraft den imperialistischen Klassencharakter des Faschismus erkannt zu haben. Gleich mit ihrer ersten offiziellen Stellungnahme zum Faschismus erfaßte sie die tatsächlichen Kernfragen, die sein Wesen ausmachten und für die ganze weitere Entwicklung von Bedeutung waren. Außer der Charakterisierung des imperialistischen Wesens des Faschismus hatte die KI zur kleinbürgerlichen Massenbasis und zum Wechselverhältnis beider Stellung genommen; sie hatte die politische Stoßrichtung des Faschismus gekennzeichnet, die sich in erster Linie gegen die Arbeiterklasse richtig, aber auch schon ausgesprochen, daß er sich gegen die Grundlagen der Demokratie insgesamt wendet; sie hatte von seinem imperialistischen Klassenwesen her den internationalen Charakter des Faschismus nachgewiesen, die Differenzierung innerhalb der imperialistischen Bourgeoisie angesprochen und auf den sowohl offensiven wie defensiven Charakter des Faschismus aufmerksam gemacht. Damit legte sie das Fundament für die wissenschaftliche Analyse des Faschismus und gab

[10] Zit. nach Guido Zamis, Antonio Gramsci – Geistiger Gründer und Führer der Kommunistischen Partei Italiens, in: BzG, 1/1974, S 119.
[11] Julio Aquila (d. i. Gyula Sas), Der Faschismus an der Macht, in: Die Kommunistische Intentionale, 24-25/1923, S. 66 f.
[12] Protokoll des Vierten Kongresses der KI, S. 341 f.
[13] Ebenda, S. 998.
[14] Ebenda, S. 347.
[15] Ebenda, S. 1012.

zugleich die richtige Orientierung für den antifaschistischen Kampf. Der IV. Kongreß der KI bezeichnete es in den Thesen „Über die Taktik der Komintern“ als eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien, „den Widerstand gegen den internationalen Faschismus zu organisieren, der gesamten Arbeiterschaft im Kampf gegen die Faschistenbanden voranzugehen und auch auf diesem Gebiete die Taktik der Einheitsfront energisch anzuwenden“.[16]

Jedoch mußte die Analyse des Faschismus insgesamt noch unvollkommen bleiben, da [25] sich die Erkenntnisse erst im Prozeß der Entfaltung der verschiedenen Seiten des Faschismus und der subjektiven Reife der KI vervollkommnen konnten. Die wissenschaftlich exakte Analyse des Faschismus durch die KI vollzog sich daher in einem jahrelangen Ringen unter den unterschiedlichsten objektiven Bedingungen, in Auseinandersetzung mit der wechselnden Strategie und Taktik der Bourgeoisie und vor allem in Abhängigkeit davon, wie der Faschismus seine klassenmäßigen Züge weiter ausprägte, und der Rolle, die er im internationalen Klassenkampf spielte. Deshalb wäre es unhistorisch und Beckmesserei, wollte man der KI vorwerfen, daß ihre ersten Einschätzungen über den Faschismus zu Beginn der 20er Jahre nicht das Niveau beispielsweise der Definition der XIII. Tagung des EKKI haben.

Aus den Dokumenten der KI ergibt sich, wie Palmiro Togliatti in seinen „Lektionen über den Faschismus“ ausführte, daß es bei bestimmten Anlässen und zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedliche Beurteilungen dieser oder jener Seiten des Faschismus gegeben hat[17]; die Dokumente beweisen aber vor allem, daß die KI im Unterschied zu allen anderen politischen Bewegungen einschließlich der sozialdemokratischen[18] in der Aufdeckung des Klassencharakters des Faschismus das Kernproblem erkannte und durch dessen richtige Lösung in die Lage versetzt wurde, alle Einzelerscheinungen immer besser einzuordnen und im Komplex zu werten.

Ihre Fähigkeiten dafür wuchsen im Maße der Aneignung des Marxismus-Leninismus und der Fähigkeit zur schöpferischen Anwendung der Leninschen Imperialismustheorie. „*Man kann nicht*“, wie Togliatti feststellte, „*das Wesen des Faschismus bestimmen, wenn man nicht den Imperialismus kennt*.“[19] Die Tatsache, daß die KI im politischen Klassenkampf stets auf dem Boden der Leninschen Imperialismustheorie stand, befähigte sie auch von Anfang an zur klassenmäßigen Einschätzung des Faschismus.

Der Machtantritt der Faschisten in Italien hatte der faschistischen Bewegung in anderen Ländern spürbaren Auftrieb gegeben. Auch in Deutschland war, besonders im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung Anfang 1923, ein Anwachsen der faschistischen Bewegung zu verzeichnen. In Bulgarien hatte der militärfaschistische Umsturz vom 9. Juni 1923 in einem weiteren Lande zur Beseitigung einer bürgerlich-demokratischen Regierung durch ein reaktionäres Terrorregime geführt. Diese Ereignisse verliehen den Diskussionen über den Faschismus auf der III. Erweiterten Tagung des EKKI vom 12. bis 23. Juni 1923 besondere Wichtigkeit. Clara Zetkin, die das Referat über den Kampf gegen den Faschismus hielt, hob gleich zu Beginn hervor, daß das Proletariat im Faschismus einen „außerordentlichen gefährlichen und furchtbaren Feind vor sich“ hat. „Der Faschismus ist der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblicke. Ihn niederzuringen, ist eine elementare Notwendigkeit.“ Und weiter erklärte sie: „Es liegt auf der Hand, daß wir diesen tückischen Feind um so eher überwinden, je klarer und schärfer wir sein Wesen und die Auswirkungen seines Wesens erkennen.“[20] In dieser Hinsicht bekräftigte die Tagung die vom IV. Kongreß getroffene Einschätzung des imperialistischen Klassencharakters des Faschismus und unterstrich den inneren Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Kapitalismus in der [26] Periode seiner allgemeinen Krise und dem Aufkommen faschistischer Bewegungen. Im Gegensatz zu Ansichten einiger reformistischer Führer, die im Faschismus einen Ausdruck der Stärke

[16] Ebenda.
[17] Togliatti, S. 7.
[18] Siehe die Beiträge von Werner Kowalski und Heinz Niemann im vorliegenden Band.
[19] Togliatti, S. 9.
[20] Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, (im folgenden: Protokoll der Erweiterten Exekutive 1923), Moskau 12.-23. Juni 1923, Hamburg 1923, S. 204 f.

der bürgerlichen Klassenherrschaft sahen, der das Proletariat nicht gewachsen sei, waren die Einschätzungen der III. Erweiterten Tagung des EKKI getragen von der Überzeugung der Kraft und historischen Rolle der Arbeiterklasse in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Clara Zetkin erklärte, daß der Faschismus, „mag er sich noch so kraftmeierisch gebärden, ein Ausfluß der Zerrüttung und des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft“ und ein Symptom der Labilität des bürgerlichen Staates sei; diese Einschätzung wurde auch in die Resolution „Über den Faschismus“ übernommen.[21]

Ausführlich beschäftigte sich Clara Zetkin in ihrem Referat mit der faschistischen Massenbasis. Anhand der Entwicklung Italiens als dem bis dahin „klassischen Beispiel“ für den Faschismus untersuchte sie vor allem die Bedingungen, unter denen sich die Faschisten eine Massenbasis schaffen konnten. In Polemik gegen sozialdemokratische Auffassungen, die im Faschismus nur ein Terrorregime sahen bzw. die Ursachen für den Faschismus ausschließlich in der Gegenreaktion der Bourgeoisie auf die Große Sozialistische Oktoberrevolution suchten, wies Clara Zetkin mit ihren Ausführungen über die Massenbasis nach, daß im kapitalistischen System selbst die sozialen Wurzeln dafür liegen, daß unzufriedene und aus ihrer sozialen Bahn geschleuderte Menschen mit Hilfe demagogischer Losungen zu Anhängern des Faschismus gemacht und im Interesse der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt werden können. Die Tatsache, daß nach dem Sieg der Oktoberrevolution in einem von revolutionärer Gärung erfaßten Lande wie Italien die Bourgeoisie mit Hilfe einer reaktionären, terroristischen Bewegung noch einmal eine Massenbasis für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gewinnen konnte, war eine überraschende, neue Erfahrung für die KI.

Sie hatte mit dem Ziel der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf um den Sozialismus auf ihrem III. Kongreß vom 22. Juni bis 12. Juli 1921 die Politik der Einheitsfront beschlossen. Mit der wachsenden faschistischen Gefahr bezog sie den Kampf gegen den Faschismus als eine entscheidende Zielsetzung in die Einheitsfrontpolitik ein.

Auch wenn für die KI die Beschäftigung mit der faschistischen Massenbasis in jenen Jahren im Vordergrund stand und ihre Bedeutung verschiedentlich, so auch von Clara Zetkin, überbewertet wurde,[22] so leitete die KI aus der Kleinbürgerlichkeit der Gefolgschaft nicht den Klassencharakter des Faschismus ab. Ebensowenig behandelte sie die faschistische Bewegung jemals als eine von den Interessen der Bourgeoisie losgelöste Erscheinung, sondern enthüllte stets den Zusammenhang zwischen dem Aufkommen des Faschismus und den objektiven Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus in der Periode seiner allgemeinen Krise. Die KI hob auch auf der III. Erweiterten Tagung des EKKI hervor, daß der Faschismus die Politik des Großkapitals durchführt, daß die Bourgeoisie den Faschismus „nährt und erhält“ und „seine Entwicklung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln des Geldschranks und der politischen Macht (fördert)“.[23] Der wahre Charakter des Faschismus zeige sich, wenn er an die Macht gelangt, denn dann entpuppe sich der faschistische Staat „als vulgärer, skrupelloser bürgerlicher Klassenstaat“, dessen Politik „den Interessen des Industriekapitals dient“.[24]

[27] Die KI unterstrich erneut, daß der Faschismus eine internationale Erscheinung ist und prinzipiell die Möglichkeit seiner Entstehung in allen imperialistischen Ländern besteht. Anhand der vorliegenden Erfahrungen, besonders in Italien und Bulgarien, wies die KI zugleich darauf hin, daß der Faschismus „in den verschiedenen Ländern im einzelnen verschiedene Züge“ annehmen könne, betonte jedoch, daß „überall ... sein Wesen aus einer Verquickung brutalster, terroristischer Gewalt mit einer scheinrevolutionären Phraseologie, die demagogisch an die Bedürfnisse und Stimmungen breiter schaffender Massen anknüpft, (besteht)“[25].

In den in der Resolution „Über den Faschismus“ formulierten Aufgaben für den antifaschistischen Kampf der Kommunisten machte die KI auf einen neuen charakteristischen Zug des Faschismus auf-

[21] Ebenda, S. 207; siehe auch S. 293.
[22] Siehe ebenda, S. 205.
[23] Ebenda, S. 211; siehe auch Togliatti, S. 20.
[24] Protokoll der Erweiterten Exekutive 1923, S. 223, S. 296.
[25] Ebenda, S. 295; die Resolution „Über den Faschismus“ wurde einstimmig angenommen.

merksam. Sie verpflichtete die Kommunisten in den Parlamenten, den „imperialistische(n) und erzchauvinistische(n) Charakter des Faschismus in den verschiedenen Ländern“ zu betonen, „durch den die Gefahr neuer internationaler Kriege gesteigert wird“.[26] Große Aufmerksamkeit widmete die LII. Erweiterte Tagung des EKKI dem „zwiespältigen Charakter“ des Faschismus, worunter die Tatsache verstanden und am Beispiel Italiens abgehandelt wurde, daß die Bourgeoisie mit Hilfe des Faschismus den Klassengegensatz und die innerimperialistischen Gegensätze gewaltsam aus der Welt zu schaffen bzw. zu überbrücken sucht, daß aber die Errichtung der faschistischen Diktatur zusätzlich neue Gegensätze schafft, die zusammen mit den alten auf die Dauer gesehen den Faschismus zersetzen müssen[27].

Clara Zetkin leitete aus der Feststellung dieser Widersprüche die Unvermeidlichkeit wachsender Labilität des faschistischen Regimes in Italien ab. Diese Labilität wurde von ihr und anderen allerdings deshalb überschätzt, weil der Faschismus noch zu einseitig nur als Produkt der Schwäche und des Zerfalls der kapitalistischen Ordnung angesehen wurde.

Die KI warnte jedoch davor, den Zerfall des Faschismus passiv abzuwarten, sondern stellte die Aufgabe, die Zuspitzung der Widersprüche im Faschismus „bewußt und aktiv zu beschleunigen und zu fördern“.[28]

Von großer Bedeutung war auch die richtige Einschätzung des Widerspruchs zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie, hing davon doch ab, ob die Möglichkeiten für die Organisierung eines breiten antifaschistischen Kampfes voll erkannt wurden. Diese Erkenntnis wurde damals noch nicht Allgemeingut der KI; sie wurde besonders von Vertretern der kommunistischen Parteien ausgesprochen, in deren Ländern sich der Faschismus an der Macht befand. So bemühte sich Georgi Dimitroff, über die bulgarische Parteipresse den Massen klarzumachen, daß der Faschismus „die völlige Verneinung jeglichen Demokratismus und aller politischen Rechte und Freiheiten der Volksmassen“ bedeute. Er traf die bedeutsame Feststellung: „Der Faschismus ist durchaus nicht nur antikommunistisch, er ist dabei auch volksfeindlich“[29], und hob damit einen aus dem imperialistischen Wesen entspringenden charakteristischen Zug des Faschismus hervor. Antonio Gramsci, der von Anfang an großen Wert darauf gelegt hatte, zwischen den Klassenkräften und poli-[28]tischen Strömungen der bürgerlichen Gesellschaft genauer zu differenzieren, erklärte in einer Parteiaktivtagung der Kommunistischen Partei Italiens im Sommer 1925: „Das italienische Volk kämpft in diesem Augenblick nicht für die Diktatur des Proletariats, sondern für die Demokratie.“[30]

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die KI auf der III. Erweiterten Tagung des EKKI ihre auf dem IV. Kongreß getroffenen Einschätzungen über den Faschismus bekräftigte. Sie wies nun mit Nachdruck auch auf den seinem imperialistischen Wesen entspringenden Chauvinismus und die vom Faschismus ausgehende wachsende Kriegsgefahr hin, sowie auf den Gegensatz zwischen faschistischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie. Diese einzelnen Seiten wurden aber noch nicht so in ihrem Zusammenhang erfaßt und im Komplex gewertet, wie das zwölf Jahre später auf dem VII. Kongreß geschah. Die Analyse erfaßte nicht alle Seiten gleichermaßen, einige wurden in ihrer Bedeutung über-, einige unterschätzt. Dies hing natürlich vor allem mit der relativen Unentwickeltheit des Faschismus selbst in jenen Jahren zusammen.

Die Mitte der 20er Jahre einsetzenden neuen Prozesse im kapitalistischen Weltsystem stellten die KI erneut vor komplizierte Probleme und Aufgaben. Es zeigte sich, daß der Faschismus nicht die „letzte Karte im Spiel der Bourgeoisie“ war und nicht nur zu immer tieferem Zerfall des kapitalistischen Systems führen konnte, sondern daß auch im faschistischen Italien Anzeichen einer Stabilisierung des Kapitalismus zu verzeichnen waren.[31]

---

[26] Ebenda, S. 297.
[27] Siehe ebenda, S. 223 ff., S. 295 ff.
[28] Ebenda, S. 296 ff.
[29] Georgi Dimitroff, Die Einheitsfront und die bürgerliche Reaktion, in: G. Dimitroff, Ausgewählte Werke, Bd. I, Sofia 1967, S. 206; siehe auch Georgij Dimitrov – vydajuščijsja dejatel’ kommunističeskogo dviženija, Moskau 1972, S. 192.
[30] Zit. nach Zamis, S. 119.
[31] Siehe Eugen Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im IV. Vierteljahr 1924, in: Internationale Presse-Korrespondenz Sondernummer, 21/1925.

Die KI mußte in die ökonomischen Prozesse eindringen, die die Stabilisierung des kapitalistischen Systems bewirkten. Bis zu diesem Zeitpunkt bestanden in der KI noch unterschiedliche Meinungen über die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus.[32] Auf dem Kongreß der KI vom 17. Juni bis 12. Juli 1924 traten diese besonders bei der Einschätzung der internationalen Situation am Ende der revolutionären Nachkriegskrise zutage, als es um die Beantwortung der komplizierten Frage nach der weiteren Perspektive der Weltrevolution ging.[33] Insbesondere bei der Einschätzung des Imperialismus trafen noch unterschiedliche Ansichten aufeinander, da es noch zahlreiche Anhänger der Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg gab. So konnte beispielsweise in der Diskussion des Programmentwurfs der KI noch keine Einigung auf der Grundlage der Leninschen Imperialismustheorie erreicht werden[34], was auch mit ein Grund dafür war, die Annahme des Programms der KI auf den VI. Kongreß zu vertagen.

Die Erkenntnis und richtige Wertung der Prozesse im Imperialismus gewannen aber immer mehr Bedeutung für die Orientierung im internationalen Klassenkampf. Das erwies sich bei der Charakterisierung der neuen Periode als einer Periode der *relativen* Stabilisierung des Kapitalismus durch die KI; diese Einschätzung war ihr nur auf der Grundlage der Leninschen Imperialismustheorie und der Erkenntnis möglich, daß sich der Kapi-[29]talismus seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution historisch in seiner „Niedergangsperiode", seiner allgemeinen Krise, befindet.[35]

Auf dem V. Kongreß beschäftigte sich die KI erneut mit dem Faschismus. Sie charakterisierte ihn als „das Kampfinstrument der *Großbourgeoisie* gegen das Proletariat" (Hervorhebung von mir – E. L.) und als „eine der klassischen Formen der Konterrevolution in der Verfallsepoche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung".[36] Mit der Benennung der Großbourgeoisie bestimmte der V. Kongreß die Träger des Faschismus genauer. Klarer als bisher hielt der V. Kongreß die zwei Fragen auseinander: die Frage nach dem Klassencharakter des Faschismus und jene nach der sozialen Zusammensetzung der faschistischen Bewegung.[37] Bei der Behandlung dieser Fragen wurde die Hauptaufmerksamkeit auf die Untersuchung der sozialen Zusammensetzung der faschistischen Bewegung gelegt, weil in ihr die schwächste Stelle des Faschismus gesehen wurde; dabei wurde allerdings die Bedeutung der inneren Widersprüche im Faschismus überschätzt.

Negativ für die weitere Analyse des Faschismus wirkte sich aus, daß auf dem V. Kongreß von verschiedenen Delegierten die Sozialdemokratie mit Erscheinungsformen des Faschismus in Verbindung gebracht wurde. Unter dem Gesichtspunkt des gleichen Klasseninhaltes von faschistischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie kam die KI dazu, im Faschismus und der Sozialdemokratie zwei Seiten „ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur" zu sehen.[38] Das bedeutete ein wesentliches Abgehen von den Einsichten des IV. Kongresses hinsichtlich der Widersprüche zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie.[39] Einigen Anteil daran, daß Einschätzungen dieser Art in offiziellen Dokumenten der KI Eingang finden konnten, hatte sicher der verstärkte Einfluß sektiererischer Kräfte. Vor allem Bordiga sprach in seinem Referat ausdrücklich davon, daß der Faschismus nur das alte Spiel der bürgerlichen Linksparteien und der Sozialdemokratie wiederhole und

[32] Siehe dazu den Bericht über die Entwürfe für das Programm der KI auf der Erweiterten Exekutive vom Juni 1923, in: Protokoll der Erweiterten Exekutive 1923, S. 247.
[33] Siehe Gisela Jähn, Für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus! Zum 50. Jahrestag des '1. Kongresses der Kommunistischen Internationale, in: BzG, 4/1974, S. 549 ff.
[34] Siehe Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, (im folgenden: Protokoll, Fünfter Kongreß), Bd. II, Hamburg 1924, S. 511 f., S. 574; siehe auch M. I. Suvorova, Komintern v bor'be s melkoburžuaznymi ekonomičeskymi teorijami, Moskau 1969, S. 58 ff.
[35] Siehe Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März-6. April 1925, Hamburg 1925, S. 23 ff.; siehe auch Jörg Goldberg, Methodische und theoretische Probleme in Vargas Vierteljahresberichten, in: E. Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Bd. 1, Vorworte, Wirtschaftskonferenzen 1922, Inhaltsverzeichnis, (West-)Berlin (1977), S. 54 ff.
[36] Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1924, S. 121.
[37] Ebenda; siehe auch B. M. Lejbzon/K. K. Šchirinja, Povorot v politike Kominterna. Istoričeskoe značenie VII. kongressa Kominterna. Izdanie vtoroe, pererabotannoe i dopolnennoe, Moskau 1975, S. 150.
[38] Siehe Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der KI, S. 121.
[39] Siehe Lejbzon/Šchirinja, S. 151.

nichts an dem alten klassischen System bürgerlich-demokratischer Regierungen ändere.[40] Man muß aber auch berücksichtigen, daß der V. Kongreß in der Zeit des Übergangs von der revolutionären Nachkriegskrise zur relativen Stabilisierung des Kapitalismus stattfand, so daß manche Prozesse besonders schwer durchschaubar waren. Vergegenwärtigen sollte man sich auch die Tatsache, daß beispielsweise die faschistischen Machthaber in Italien bis 1925 versuchten, „ein nichttotalitäres faschistisches Regime zu schaffen“[41], d. h., daß die faschistischen Regimes zu Beginn der 20er Jahre im wesentlichen parlamentarische Formen beibehalten hatten, in denen sich zum Teil sogar Vertreter der Sozialdemokratie zu engagieren versuchten.[42] So ist es zu-[30]mindest erklärlich, daß die Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur nicht so eindeutig charakterisiert werden konnten wie in den 30er Jahren.

Nach dem V. Kongreß begann mit der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien die planmäßige Aneignung des Marxismus-Leninismus in allen seinen Bestandteilen, verbunden mit dem Studium der reichen Kampferfahrungen der KPdSU(B). In diesem Prozeß erlangte die KI immer mehr die „Fähigkeit, die allgemeinen Grundsätze des Leninismus auf die gegebene konkrete Situation in dem einen oder anderen Lande anzuwenden“.[43] Die weitere Analyse des Faschismus wurde immer enger mit der schöpferischen Anwendung der Leninschen Imperialismustheorie verknüpft.

Mitte der 20er Jahre ist auch ein gewisser Einschnitt in der Entwicklung des Faschismus zu verzeichnen. In Italien begann nach der Matteotti-Krise seit 1925 der „Aufbau des totalen faschistischen Staates“[44]. Das bedeutete u. a. die Beseitigung der letzten Überreste des bürgerlich-parlamentarischen Systems, die Aufhebung aller demokratischen Rechte und Freiheiten, die Auflösung der Parteien und die Konzentration der Machtmittel in den Händen der Faschisten. Mit Hilfe des Korporativismus wurde die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates noch stärker den Interessen der Großbourgeoisie angepaßt.

Gleichzeitig gingen aber mit Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in der Mehrzahl der kapitalistischen Länder die faschistischen Bewegungen zurück; die Bourgeoisie war in der Lage, ihre Herrschaft im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Staatsform zu konsolidieren.

Die unterschiedliche Entwicklung im faschistischen Italien und in den anderen imperialistischen Staaten wirkte sich auf die weitere Analyse des Faschismus durch die KI aus. Am deutlichsten schlug sich die Verarbeitung der neuen Erfahrung in einem Vortrag des sowjetischen Theoretikers J. Pašukanis über die faschistische Diktatur nieder, den er in der Kommunistischen Akademie in Moskau im November 1926 hielt. Er ging davon aus, daß es bisher immer noch gewisse Unsicherheiten bei der Einschätzung des Faschismus gegeben habe, weil jeder Beobachter nur eine Seite der Bewegung sah und diese für die wichtigste hielt, vor allem sei immer die kleinbürgerliche Bewegung zuerst aufgefallen. Jedoch „heute ist es für jeden Beobachter klar, daß die Diktatur Mussolinis keine Diktatur des Kleinbürgertums und keine Diktatur der Agrarier ist, sondern eine Diktatur des großen *Industrie-* und *Finanzkapitals*. Die gesamte Wirtschaftspolitik der faschistischen Regierung ist ein genügend klarer Beweis dafür.“[45] Er warf dann die Frage auf, warum die Diktatur des Kapitals diese Form annimmt, da sich der faschistische Staat in der Richtung seiner Politik nicht von anderen Staaten des Großkapitals wie z. B. Frankreich und den USA unterscheidet. Nach einer eingehenden Untersuchung der Entwicklung des Faschismus in Italien im Zusammenhang mit den Klassenkampfbedingungen der neuen Epoche zog er die Schlußfolgerung: „Im allgemeinen kann das faschistische Regime definiert werden als eine Diktatur der Großbourgeoisie, die nicht mit Hilfe der feinen Mittel der Wahlmechanik, der Verdummung der Wähler, nicht durch den Wechsel verschiedener Parteien, Programme und politischen Cliquen verwirklicht wird, sondern durch die direkte, offene Herrschaft einer politischen

[40] Siehe Protokoll, Fünfter Kongreß, Bd. II, S. 719, S. 723 f.
[41] Togliatti, S. 21.
[42] Ebenda, S. 26 f.; siehe auch Josef Schleifstein, Zum historischen Hintergrund der „Sozialfaschismus“-These, in: Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Bd. 1, S. 133 ff.
[43] Erweiterte Exekutive (März/April 1925), Thesen an Resolutionen, (Hamburg 1925), S. 14.
[44] Togliatti, S. 21.
[45] J. Paschukanis, Zur Charakteristik der faschistischen Diktatur, in: Unter dem Banner des Marxismus, II. Jahrgang, 3/1928, S. 282.

Partei, die sich auf eine eigene bewaffnete Macht stützt. Eine solche Staatsform sichert der Bourgeoisie eine unerhörte Konzentration der Macht und die Mög-[31]lichkeit zu einem energischen Kampf gegen die Gefahr der proletarischen Revolution und gegen ihre imperialistischen Konkurrenten.“[46] Pašukanis knüpfte in seinen Darlegungen an die von der KI getroffenen Festlegungen aus den Jahren 1922/23 über den Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus an, ging aber einen wichtigen Schritt weiter, indem er von der faschistischen Diktatur als einer neuen Staatsform der Bourgeoisie sprach. Es war sicher nicht zufällig, daß dies im Zusammenhang mit der Charakterisierung der faschistischen Diktatur als „Diktatur des großen *Industrie- und Finanzkapitals*“ erfolgte.

Als Schlüsselfrage für die allseitige Analyse des Wesens des Faschismus erwies sich immer wieder die exakte Bestimmung seines Klassencharakters und im Zusammenhang damit die genaue Kennzeichnung seiner Herrschaftsform.[47]

Der VI. Kongreß der KI vom 17. Juli bis 1. September 1928 nahm in dem Prozeß der Faschismusanalyse einen bedeutenden Platz ein, weil er sich besonders gründlich mit dem Imperialismus und seinen Entwicklungstendenzen beschäftigte.

Während der Vorbereitung auf den Kongreß waren im Zusammenhang mit der weiteren Ausarbeitung des Programms der KI die Grundfragen des Klassenkampfes in der neuen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gründlich diskutiert worden. Mit Beginn der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus war es für die KI möglich geworden, die Merkmale der allgemeinen Krise des Kapitalismus genauer zu bestimmen, weil jetzt die Unterschiede zur zyklischen Krise deutlich hervortraten. Das führte – zusammen mit der Analyse der Weltlage – dazu, daß die KI detaillierter als bisher die widersprüchlichen Prozesse im imperialistischen Herrschaftssystem aufdecken konnte. Außerdem war die Notwendigkeit entstanden, sich intensiv mit der neuen Konzentrationswelle und ihren Auswirkungen zu beschäftigen. Die Untersuchung dieser Vorgänge hatte die marxistisch-leninistischen Kräfte in der KI folgerichtig zum noch gründlicheren Studium der Leninschen Imperialismustheorie geführt. Auch die Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus, der u. a. die Existenz des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung im Kapitalismus leugnete, erforderte ein tieferes Eindringen in die Leninsche Imperialismustheorie und ihre Verteidigung gegen alle Verfälschungen.[48]

Der Erfolg dieses Prozesses schlug sich in dem vom VI. Kongreß angenommenen Programm der Kommunistischen Internationale nieder, in dem Lenins Analyse des Imperialismus dem entsprechenden Abschnitt zugrunde gelegt wurde.[49]

Eingehender als bisher befaßte sich die KI auf dem VI. Kongreß mit der Untersuchung der Rolle der Monopole und der Charakterisierung des Finanzkapitals.[50] Sie unterstrich [32] die Leninsche Erkenntnis, daß das Monopol die Quelle der Verschärfung aller Widersprüche im Imperialismus ist.[51] Diese Tatsache gewann an Bedeutung, da „auf dem Gebiete der Ökonomik ein außergewöhnlich rasches Wachstum der kapitalistischen Monopole (Kartelle, Trusts und Bankkonsortien) zu beobachten“ ist, heißt es in der Resolution „Die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.[52]

---

[46] Ebenda, S. 315.

[47] Im folgenden wird sich der Artikel vorrangig auf diese beiden Fragen konzentrieren.

[48] Siehe Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd. IV: Die Kommunistische Partei im Kampf für den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR 1921-1937, Erstes Buch, 1921-1929, Moskau 1973, S. 503; Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 22. November-16. Dezember 1926, Hamburg/Berlin 1927, S. 88 ff., S. 163; siehe auch Horst Schumacher, Zur Aneignung der Leninschen Revolutionstheorie durch die Kommunistische Internationale, in: Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, Bd. I, Berlin 1976, S. 117 ff.

[49] Siehe Programm der Kommunistischen Internationale, in: Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, (im folgenden: Protokoll, Sechster Weltkongreß), Moskau, 17. Juli-1. September 1928, Bd. IV, Thesen/Resolutionen/Programm/Statuten, Hamburg/Berlin 1929, S. 48 ff.

[50] Es ging dabei vor allem um die Widerlegung der falschen Ansichten des persischen Delegierten [32] Sultan-Sade über das Finanzkapital, der das Verschmelzen des Industrie- mit dem Bankkapital leugnete (siehe Protokoll, Sechster Weltkongreß, Bd. II, Hamburg/Berlin 1931, S. 28 ff., S. 63, S. 95).

[51] Siehe ebenda, Bd. II, S. 28 ff., S. 63 ff., S. 74, S. 95, S. 98 ff.

[52] Ebenda, Bd. IV, S. 14.

Im Gegensatz zu den Theorien rechter sozialdemokratischer Führer vom „organisierten Kapitalismus“ und auch zu den trotzkistischen Auffassungen, wonach die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der kapitalistischen Länder verringere, wies die KI – wie bereits W. I. Lenin gegenüber Karl Kautsky[53] – nach, daß die Konkurrenz zwischen den Monopolen innerhalb eines Landes fortbesteht und dadurch „eine Reihe besonders schwerer und tiefgehender Widersprüche, Reibungen und Konflikte entsteht“.[54] Die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus ist nicht aufgehoben, sondern wird noch verstärkt, was zur Zuspitzung der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern führt.

Auf dem VI. Kongreß nahm die KI auch zum Prozeß der Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates Stellung. Sie erfaßte und subsumierte sie zum großen Teil unter den Begriff „Staatskapitalismus“[55]. Am deutlichsten charakterisierte der VI. Kongreß diese Entwicklung in der bereits erwähnten Resolution über die internationale Lage und die Aufgaben der KI. Schon in der Einleitung der Resolution hob die KI die Tendenzen zum „Staatskapitalismus“ anhand der jüngsten Entwicklung des Kapitalismus hervor[56] und stellte im Zusammenhang mit dem raschen Wachstum der Monopole in These 3 eindeutig fest: „Gleichzeitig macht sich auch ein Anwachsen der staatskapitalistischen Tendenzen bemerkbar, sowohl in der Form des Staatskapitalismus im ursprünglichen Sinne dieses Wortes (staatliche Elektrizitätswerke, kommunale Industrie- und Transportunternehmungen) als auch in der Form des immer stärkeren Verwachsens der Unternehmerorganisationen mit den Organen der Staatsgewalt.“[57]

Die KI machte auch darauf aufmerksam, daß die bürgerliche Staatsmacht bei dieser Entwicklung eine entscheidende Rolle spielen werde. In der obengenannten Resolution heißt es dazu: „Diese Evolution des Verhältnisses der Staatsgewalt zu den Unternehmerorganisationen, die Konzentrierung aller Kräfte der Bourgeoisie im bürgerlichen Staate, ruft in allen kapitalistischen Ländern auch eine *reaktionäre Umgestaltung der sogenannten ‚bürgerlichen Staatsordnung‘* hervor. Diese Umgestaltung, die ein charakteristischer Ausdruck der gegenwärtigen Krisenperiode des Kapitalismus ist, offenbart sich politisch in der allgemeinen Krise der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus“ (Hervorhebung von mir – E. L.).[58]

[33] Diese auf dem VI. Kongreß gewonnenen Erkenntnisse über die Entwicklungstendenzen des Imperialismus führten die KI zu einem tieferen Eindringen in das Wesen des Faschismus, wenngleich in den betreffenden Formulierungen kein direkter Hinweis auf einen Zusammenhang mit dem Faschismus enthalten war. Die Einordnung des Faschismus im Programm der KI in die Periode des Imperialismus, der allgemeinen Krise des Kapitalismus und in die Klassenkampfbedingungen der neuen Epoche zeugt davon, daß der VI. Kongreß den Faschismus in den Zusammenhang mit den objektiven Entwicklungstendenzen des Imperialismus und dem Wachsen der Monopole stellte. Auch in den Diskussionen über den Faschismus zeigte sich stärker als bisher das Bestreben, die Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsniveau kapitalistischer Staaten und dem Faschismus zu klären. In der Programmkommission, in der diese Frage vor allem behandelt wurde, waren darüber zu Anfang zwei extreme Meinungen anzutreffen. Ein Teil der Mitglieder der Programmkommission vertrat die Ansicht, daß der Faschismus in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern existiere, wobei sie alle reaktionären Tendenzen zum Abbau des parlamentarischen Systems und jegliche Anwendung von Terror als Faschismus bezeichneten.[59] Andere Mitglieder der Kommission meinten, der Faschismus sei charakteristisch nur für rückständige bzw. solche Länder, die über keinen

[53] Siehe W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 274 ff.
[54] Protokoll. Sechster Weltkongreß, Bd. IV, S. 50 – Diese Passage im Programm der KI wurde fast wörtlich aus Lenins Werk übernommen.
[55] Siehe ebenda, Bd. II, S. 95, S. 214, S. 216.
[56] Ebenda, Bd. IV, S. 13.
[57] Ebenda, S. 14.
[58] Ebenda, S. 19; siehe auch S. 51.
[59] Siehe Inprekorr, 91/1928, S. 1716; 92/1928, S. 1727; Protokoll, Sechster Weltkongreß, S. 384, S. 448 f.; Bd. II, S. 184.

Kolonialbesitz verfügen. In hochentwickelten kapitalistischen Ländern könne man daher nicht von Faschismus sprechen.[60]

Die Vertreter der ersten Gruppe erkannten zwar richtig die dem Imperialismus und besonders dem staatsmonopolistischen Kapitalismus innewohnende gesetzmäßige Tendenz zum Abbau der Demokratie, übersahen jedoch, daß diese Tendenz nur unter bestimmten Bedingungen zur faschistischen Diktatur führt. Ein Vertreter der KP Polens hob zu Recht die Notwendigkeit hervor, „den Zusammenhang zwischen den faschistischen Tendenzen und dem monopolistischen Charakter des modernen Kapitalismus zu untersuchen".[61] In ähnlicher Weise äußerten sich auch Vertreter der KPD und der KP Großbritanniens.[62]

Die Ansichten über den Faschismus als spezifische Gefahr lediglich für rückständige Länder wies der VI. Kongreß zurück. Als Ergebnis der Programmdiskussion zu Frage des Faschismus wurde dagegen im Schlußwort nochmals der Gedanke unterstrichen, daß die wachsende Reaktion und „die *Tendenz* (Hervorhebung von mir – E. L.), anders zu regieren, durch die Entwicklung des modernen Kapitalismus, des monopolistischen Kapitalismus ..., und, im Vergleich zu anderen Epochen der kapitalistischen Entwicklung, durch die allgemeine Labilität der kapitalistischen Ordnung bedingt" ist.[63] Damit wies die KI nicht nur erneut auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Imperialismus in der allgemeinen Krise des Kapitalismus und den Tendenzen zum Faschismus hin, sondern hob dabei ausdrücklich die Rolle des Monopolkapitals hervor. Die war für die genauere Bestimmung der eigentlichen Träger des Faschismus von besonderer Bedeutung, weil damit die Auffassungen, denen zufolge der Faschismus ein Herrschaftssystem vorzugsweise für Länder mit nur schwach ausgeprägter kapitalistischer Wirtschaftsord-[34]nung sei, zurückgewiesen wurden und die Gefahr des Faschismus auch in hochentwickelten kapitalistischen Ländern signalisiert wurde. Die im Programm enthaltene Definition charakterisierte das faschistische Regime als „terroristische Diktatur des Großkapitals".[64] In der KI wurde außerdem der wichtige Gedanke geäußert, daß der Machtantritt des Faschismus in hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht unbedingt durch einen Putsch erfolgen müsse, sondern daß eine stufenweise Faschisierung des bürgerlichen Staates durch das Monopolkapital wahrscheinlicher sei.[65] Aufschlußreich ist, daß auch bei der Diskussion zu anderen Fragen des Faschismus die Delegierten immer wieder auf die Rolle des Monopolkapitals zurückkamen.

Bei einigen Delegierten, nach deren Meinung die Herrschaft des Faschismus in allen hochentwickelten Ländern existiere, kam zum Ausdruck, daß sie es noch nicht genügend verstanden, zwischen den gesetzmäßigen faschistischen Tendenzen im Imperialismus und der möglichen faschistischen Machtausübung zu unterscheiden. Dadurch entstand die Gefahr, schlechthin jede reaktionäre Entwicklung in diesen Ländern als Faschismus zu bezeichnen; außerdem begünstigte diese Auffassung die Ansicht, es handele sich beim Faschismus um ein unvermeidbares letztes Stadium des Imperialismus. Ein Vertreter der polnischen Partei, in der es gründliche Auseinandersetzungen über die Einschätzung des Faschismus gegeben hatte, erklärte, daß sie die falsche Auffassung zurückgewiesen hätten, wonach „der Faschismus den normalen, adäquaten, politischen Überbau des Monopolkapitalismus schlechthin darstellte; eine Auffassung, die den Faschismus aus der reinen Ökonomie ableitet und ihn von der sozialen Revolution loslöst".[66]

Die KI vertiefte auf dem VI. Kongreß ihre Erkenntnis über die sozialen Wurzeln des Faschismus, ohne der Gefahr zu erliegen, diese zu verabsolutieren und aus der Ökonomie des Imperialismus eine Gesetzmäßigkeit zum Faschismus abzuleiten. Die KI hatte die Frage der Verhinderung oder des Sieges

[60] Siehe Inprekorr, 92/1928, S. 1727 ff.; Protokoll, Sechster Weltkongreß, Bd. I, S. 339, S. 184.
[61] Protokoll, Sechster Weltkongreß, Bd. I, S. 384.
[62] Siehe ebenda, Bd. II, S. 55 f., S. 125 ff.
[63] Ebenda, S. 184 f.
[64] Ebenda Bd. IV, S. 58.
[65] Siehe J. Lenz, Sozialdemokratie und Faschismus, in: Die Kommunistische Internationale, 37/1928, S. 2305; siehe auch Vladimír Suchopár, Kommunistická internacionala proti fašismu v letech 1921-1935, Prag 1964, S. 168 ff.
[66] Protokoll, Sechster Weltkongreß Bd. II, S. 76.

des Faschismus stets als eine Frage betrachtet, die durch den Klassenkampf entschieden wird und verankerte dies erneut in ihrem Programm. Dort heißt es, daß „die Offensive der bürgerlich-imperialistischen Reaktion“ nur „unter besonderen historischen Bedingungen“ die Form des Faschismus annimmt. „Solche Bedingungen sind: die Labilität der kapitalistischen Beziehungen; das Vorhandensein sozial deklassierter Elemente in beträchtlicher Zahl; die Verarmung breiter Schichten des Städtischen Kleinbürgertums und der Intelligenz; die Unzufriedenheit der ländlichen Kleinbourgeoisie; schließlich die ständige Gefahr proletarischer Massenaktionen.“[67] Mit der Formulierung dieser Bedingungen wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß nach Ansicht der KI Möglichkeiten für den Vormarsch des Faschismus in allen kapitalistischen Ländern entstehen können.

Das Programm der Komintern unterschied klar zwischen faschistischer Herrschaft und faschistischen Bewegungen bzw. Tendenzen. Weniger klar arbeitete der VI. Kongreß die Unterschiede zwischen den Formen der bürgerlichen Klassenherrschaft und ihre Bedeutung heraus. Er diskutierte die Frage, ob der Faschismus eine Unterdrückungsmethode oder eine *Form* der Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist. Im Entwurf des Programms wurde zwischen dem Parlamentarismus „als demokratisch maskierte(r) Form der bürger-[35]lichen Diktatur“ und dem Faschismus „als Methode der offenen Diktatur der Bourgeoisie“[68] unterschieden. Trotz dieser Formulierung wurde dieses Problem insgesamt auf dem Kongreß noch nicht richtig gesehen und konnte auch in den Diskussionen nicht geklärt werden. Im Programm der KI wird der Faschismus vorrangig als Methode der Diktatur der Bourgeoisie bezeichnet,[69] während in der Resolution „Die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ auch die Rede davon war, daß der Faschismus „einen neuen Staatstypus (verwirklicht), der sich offen auf die Gewalt und den Zwang stützt“[70]. Trotz zum Teil klarer Herausarbeitung grundlegender Züge des Faschismus als Staatsmacht nahm auf dem VI. Kongreß die Tendenz zu, den Faschismus nur als eine andere Regierungsmethode, nicht aber als eine andere Staatsform bürgerlicher Klassenherrschaft im Verhältnis zu den bürgerlich-parlamentarischen Regimes anzusehen.[71]

Auf dieser Grundlage erfolgte auch noch keine genügende Differenzierung zwischen Sozialdemokratie und Faschismus, denn Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie wurden als Methoden bezeichnet, deren sich die Bourgeoisie in Abhängigkeit von der politischen Situation gleichermaßen bedient, um ihre Macht aufrechtzuerhalten. Es bedurfte noch weiterer Kampferfahrungen, um der Differenzierung zwischen den politischen Herrschaftsformen des Kapitals größere Bedeutung für den Kampf gegen den Faschismus beizumessen. Auch wenn man viele Einschätzungen des VI. Kongresses aus heutiger Sicht kritisch werten muß – in bezug auf die Faschismusanalyse, die Behandlung der Sozialdemokratie, der faschistische Entwicklungstendenzen zugeschrieben wurden, die in späteren Dokumenten unter dem Begriff „Sozialfaschismus“ zusammengefaßt wurden –, ist doch die Feststellung gerechtfertigt, daß die KI auch hier mit der weiteren Enthüllung des imperialistischen Wesens des Faschismus die richtige Orientierung für die Stoßrichtung des antifaschistischen Kampfes gab, in dem sie die Gefahr des Faschismus auch für hochentwickelte kapitalistische Länder signalisierte. Die KI hat, wie in den Vorbereitungskommissionen zum VII. Kongreß rückblickend eingeschätzt wurde, mit dem VI. Kongreß eine neue Qualität in der Analyse des Faschismus erreicht, indem sie die faschistische Diktatur als Herrschaft des Monopolkapitals einschätzte.[72]

Die Analyse der Kommunistischen Internationale unterschied sich damit grundlegend von den Auffassungen rechter sozialdemokratischer Führer, die eine faschistische Entwicklung in Industrieländern für völlig ausgeschlossen hielten. Etwa zur gleichen Zeit traf beispielsweise Kautsky folgende Einschätzung: „Sollen die Faschisten eine politische Wirkung (aus)üben, müssen sie in großer Zahl auftreten – in Italien mit 39 Millionen Einwohnern etwa eine halbe Million. In Deutschland müßten

[67] Ebenda, Bd. IV, S. 57.
[68] Ebenda, Bd. II, S. 218. 6
[69] Siehe ebenda, Bd. IV, S. 57.
[70] Ebenda, S. 24.
[71] Siehe Schleifstein, S. 126.
[72] Centralnyj Partijnyj archiv pri Instituta Marksizma-Leninizma pri CK KPSS, (im folgenden: ZPA/IML Moskau), f. 494, op. 1, ed. 100, I. 3.

sie, um dieses Verhältnis zu reichen, fast eine Million stark sein. In einem industriellen Lande ist eine so große Zahl von Lumpen in den besten Mannesjahren für kapitalistische Zwecke nicht aufzutreiben. In Italien waren die Verhältnisse dem Faschismus besonders günstig.“[73]

[36] Die aus der Untersuchung der Rolle der Monopole gewonnenen Erkenntnisse schlugen sich auf dem VI. Kongreß außerdem darin nieder, daß die KI bereits früher charakterisierte Züge des Faschismus noch schärfer herausarbeitete und tiefer begründete. So leitete der VI. Kongreß den engen Zusammenhang zwischen Krieg und Faschismus aus dem aggressiven Wesen des Monopols ab und hob den Faschismus als aktivstes Element bei der Vorbereitung eines imperialistischen Krieges hervor.[74] Die KI traf in ihrem Programm die Feststellung, daß „die zum äußersten gesteigerte imperialistische Aggressivität der Außenpolitik“ ein charakteristischer Zug des Faschismus ist[75], und kennzeichnete damit eine wesentliche Eigenschaft des Faschismus, deren weitere Analyse später zur Erkenntnis führte, daß es die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals sind, die in erster Linie hinter dem Faschismus stehen.

Die von der KI auf dem VI. Kongreß erarbeitete Einschätzung über den Faschismus stellte insgesamt einen beachtlichen Fortschritt in ihrer Faschismusanalyse dar, zu dem sie auf der Grundlage der Leninschen Imperialismustheorie gelangt war. Das Programm der Kommunistischen Internationale enthielt die bis dahin weitestgehende Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus,[76] es nannte konkrete historische Bedingungen für die Offensive des Faschismus, kennzeichnete verschiedene Methoden der faschistischen Demagogie und Korruption, fixierte die konterrevolutionäre Funktion des Faschismus und charakterisierte vor allem die faschistische Machtausübung „als terroristische Diktatur des Großkapitals“.[77]

Die Kommunistische Internationale hat auf dem VI. Kongreß bei der Analyse der neuen ökonomischen und politischen Erscheinungen und Entwicklungstendenzen im Imperialismus Bedeutendes geleistet. Diese Erkenntnisse fanden aber noch nicht ihre entsprechende Umsetzung in der Strategie und Taktik, was sich in den vorhandenen Unklarheiten über das Wechselverhältnis zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um Sozialismus besonders in hochentwickelten kapitalistischen Ländern zeigte.

Die KI stellte zu diesem Zeitpunkt in ihrem Programm den kommunistischen Parteien in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern die Aufgabe des unmittelbaren Kampfes um die Diktatur des Proletariats und begründete dies mit der in diesen Ländern weit fortgeschrittenen monopolistischen Entwicklung.[78]

Angesichts der gerade um diese Zeit verstärkten Einbeziehung der Sozialdemokratie in den Herrschaftsapparat der Monopolbourgeoisie (z. B. Bildung der Regierung Hermann Müller in Deutschland) und der geringen Bedeutung der faschistischen Bewegungen außerhalb Italiens erschien der Sozialreformismus als das Haupthindernis für das Voranschreiten zur sozialistischen Revolution. Die KI vermochte daher nicht vorherzusehen, daß es in wenigen Jahren der rasche Aufschwung der faschistischen Bewegung notwendig machen würde, die Frage der Wechselbeziehungen des Kampfes um den Sozialismus und [37] des Kampfes um die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie auf andere Weise zu stellen.

Die Kommunistische Internationale verfügte indessen nach ihrem VI. Kongreß über das grundlegende theoretische Rüstzeug, um in der kommenden Periode zugespitzter Klassenkämpfe, in der die

[73] Karl Kautsky, Die materialistische Geschichtsauffassung, Bd. II, Berlin 1929, S. 477; siehe auch das Schlußwort Rudolf Hilferdings auf dem Kieler Parteitag der SPD, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 218; siehe dazu auch Helmut Arndt, Zum Faschismusbild der deutschen Sozialdemokratie (1922-1939). Eine ideengeschichtliche Abhandlung, phil. Diss., Leipzig 1970.

[74] Siehe Protokoll, Sechster Weltkongreß, Bd. IV, S. 24 f., S. 109; siehe auch Maria Anders/Joachim Kuhles, Zur Politik der Kommunistischen Internationale gegen den imperialistischen Krieg und für die Erhaltung des Friedens, in: Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Sammelband, Berlin 1974, S. 103 ff.

[75] Protokoll, Sechster Weltkongreß, Bd. IV, S. 58.

[76] Siehe ebenda, S. 57 f.

[77] Ebenda, S. 58.

[78] Siehe Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, S. 334 ff.; D. S. Manuilski, Die kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg 1931, S. 48 f.

neuen Erscheinungsformen des Imperialismus noch deutlicher hervortraten und neue Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus gesammelt wurden, noch tiefer in dessen Wesen einzudringen und die Bedeutung der Unterschiede in den Herrschaftsformen der Bourgeoisie für den Kampf gegen den Faschismus und für das Endziel der Arbeiterklasse voll zu erfassen.

Die vom VI. Kongreß getroffenen Feststellungen über die Entwicklungstendenzen im Imperialismus fanden in den nachfolgenden Jahren ihre Bestätigung. Die KI ließ sich durch die Einschätzungen rechter sozialdemokratischer Führer und abweichende Meinungen in ihren eigenen Reihen über einen „organisierten Kapitalismus“ nicht von ihrer Linie abbringen, die ökonomischen Vorgänge im Imperialismus, aus denen letztendlich die politische Entwicklung resultiert, systematisch und klassenmäßig zu untersuchen, wie das beispielsweise die von Eugen Varga verfaßten Vierteljahresberichte über Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zeigen, die regelmäßig in der Zeitschrift „Internationale-Presse-Korrespondenz“ und nach 1933 in der „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“ veröffentlicht wurden.

Einen bedeutenden Platz in diesen Analysen nahmen auch in den folgenden Jahren die Probleme der Monopolbildung und der wachsenden Verflechtung von Staat und Monopolen ein.[79] Varga wies nach, daß das Monopol immer mehr zur herrschenden Form der Organisation des Kapitalismus wurde, was eine entsprechende „Anpassung des juristisch-politischen Überbaus“ zur Folge hatte; denn „die Staatsmacht fördert seine (des Monopols – E. L.) Entstehung, paßt ihre Wirtschaftspolitik den Bedürfnissen der Monopole an, verwächst mit den monopolistischen Organisationen“.[80]

Diese erkennbare Tendenz der starken Verflechtung zwischen Monopolkapital und Staatsmacht rief in der internationalen Arbeiterbewegung unterschiedliche Reaktionen hervor. In der von rechten sozialdemokratischen Führern beeinflußten reformistischen Arbeiterbewegung führte sie zum Ausbau der Theorien vom „Überimperialismus“, „organisierten Kapitalismus“ bzw. „Ultraimperialismus“, denen zufolge die Konkurrenz vernichtet wird, die Wirtschaft sich planmäßig gestaltet, Krisen verschwinden und sich die inneren und äußeren Gegensätze mildern, was einen friedlichen Übergang zum Sozialismus möglich mache.[81]

Diese „Theorien“ wurden auch in der KPdSU(B) erörtert, weil sie „die Basis der ganzen Weltanschauung des heutigen Reformismus“ bildeten und weil durch das Auftreten N. I. Bucharins ein konkreter Anlaß gegeben war.[82] Bucharin, der seine Ansichten [38] „reinen“ Imperialismus[83], wonach dieser alle charakteristischen Merkmale des Kapitalismus durch seine Entwicklung überlebt hätte, nie ganz überwunden hatte, gelangte nun zu schwerwiegenden Abweichungen von der Leninschen Imperialismustheorie, die zu einer völligen Fehlorientierung im Kampf der Arbeiterklasse führen mußten. Die in diesem Zusammenhang notwendigen Auseinandersetzungen in der KPdSU(B) führten auch in der KI zu einer noch intensiveren Beschäftigung mit den Leninschen Ansichten über den Imperialismus und über die Verflechtungsprozesse zwischen Monopolen und Staat. Varga wies in seinen Analysen darauf hin, daß im „Staatskapitalismus“ (hier im Sinne von staatsmonopolistischem Kapitalismus gebraucht – E. L.) die Aufgabe des Staates darin bestehe, die Interessen der Bourgeoisie

[79] Siehe Inprekorr, 41/1929, 107/1929; A. Fogarasi, Zur Frage des Staatskapitalismus, in: Die Kommunistische Internationale, 7/1932; K. A., Die Kommunistische Presse in der Tschechoslowakei, in: Ebenda, 8/1932.
[80] Inprekorr, 41/1929, S. 981; siehe auch 107/1929, S. 2531.
[81] Siehe ebenda, 107/1929, S. 2536.
[82] Siehe ebenda, S. 2532. – Bucharin schrieb in der „Pravda“ vom 26.5.1929: „Der Staatskapitalismus in seiner völligen Ausgestaltung bedeutet ... Absterben der Konkurrenz im Innern des kapitalistischen Landes und eine sehr starke Verschärfung der Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten“ (zit. nach Inprekorr, 107/1929, S. 2536); siehe auch M. Joelson, Monopolkapitalistischer Kapitalismus oder „organisierter“ Kapitalismus, in: Unter dem Banner des Marxismus, [38] III. Jg., 6/1929, S. 807 ff. – Zum Kampf gegen die rechte Abweichung in der KPdSU siehe Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd. IV/I, S. 608 ff.
[83] Siehe W. I. Lenin, VIII. Parteitag der KPR(B), 18.-23. März 1919, in: Lenin, Werke, Bd. 29, Berlin 1976, S. 150 f.; siehe auch Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd. III: Die Kommunistische Partei – Der Organisator des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Verteidigung der Sowjetrepublik März 1917-1920, Zweites Buch, Moskau 1972, S. 276.

als Klasse bzw. ihrer ausschlaggebenden Schichten zu sichern, wobei er gegebenenfalls auch dem Profitstreben einzelner Kapitalisten entgegentreten müsse.[84]

Der Ausbruch der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, die mit einer Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus verbunden war, bestätigte in der Praxis die vom VI. Kongreß der Komintern getroffene Einschätzung über die Labilität des kapitalistischen Systems. Die Krise von 1929 bis 1933 war die längste und tiefste aller bisherigen zyklischen Wirtschaftskrisen des Kapitalismus. Sie erfaßte alle Seiten der kapitalistischen Wirtschaft und führte zu einer außerordentlichen Verschlechterung der materiellen und rechtlichen Lage der Arbeiter und der Mittelschichten in den kapitalistischen Ländern. Offen und ohne Skrupel betätigte sich der imperialistische Staat in der Weltwirtschaftskrise als Sachwalter der Interessen des Monopolkapitals. Mit Hilfe staatsmonopolistischer Maßnahmen wälzte das Monopolkapital die Krisenlast auf die Werktätigen ab.[85]

Demgegenüber wurde in jenen Jahren in der Sowjetunion ein großer Aufschwung beim sozialistischen Aufbau eingeleitet, und jeder Erfolg der Werktätigen der Sowjetunion beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung schwächte objektiv das kapitalistische System in der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Mit den reaktionären innenpolitischen Maßnahmen des Monopolkapitals ging eine Verschärfung des außenpolitischen Kurses gegen die Sowjetunion einher, um dieser internationalen Entwicklung entgegenzuwirken und das kapitalistische System mit allen Mitteln zu stabilisieren.

Die Weltwirtschaftskrise führte vor allem in Deutschland zu einer Verschärfung aller Widersprüche des kapitalistischen Systems. Die Methoden des Manövrierens und die Mittel der bürgerlichen Demokratie reichten nicht mehr aus, um das weitere Anwachsen des Klassenkampfes aufzuhalten. Die reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals hielten die Zeit für gekommen, die Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform in Angriff zu nehmen. Die Faschisierung des bürgerlichen Herrschaftssystems und die För-[39]derung der faschistischen Partei waren deutliche Anzeichen für dieses Vorhaben des Monopolkapitals.

Auch in dieser Periode erwies sich die kommunistische Bewegung als die einzige organisierte politische Kraft, die die Ursachen für die wachsende faschistische Gefahr erkannte und unversöhnlich gegen die imperialistische Reaktion auftrat.

Auf der XI. Tagung des EKKI vom 26. März bis 11. April 1931 arbeitete die KI klarer als bisher heraus, daß das Monopolkapital mit dem Faschismus eine *Offensive* gegen die Arbeiterbewegung vorbereitete. Obwohl die KI von Anfang an den Faschismus als Ausdruck der Offensive der imperialistischen Reaktion beurteilt hatte, war doch noch immer aus der historischen Defensivposition des Imperialismus gefolgert worden, der Faschismus sei lediglich ein Produkt der Zersetzung und ein Zeichen der Schwäche des Kapitalismus. D. S. Manuilski, der sich auf der XI. Tagung des EKKI mit dieser These auseinandersetzte, erklärte, daß der Faschismus eine der Formen der Offensive des Kapitals ist, „die in sich die Elemente der bürgerlichen Krise trägt. Der Faschismus ist sowohl Offensive als auch Verteidigungsmaßnahme des Kapitals“,[86] sowohl Ausdruck der historischen Schwäche des Kapitals als auch seiner zeitweiligen Stärke gegenüber der Arbeiterbewegung.

Erneut beschäftigte sich die KI mit dem Problem der unterschiedlichen Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie, wozu sie sich vor allem durch die Entwicklung in Deutschland veranlaßt sah, aber auch durch irreführende Thesen rechter sozialdemokratischer Führer über den Charakter des Staates. Als Antwort auf die falsche These, wonach zwischen der bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus ein klassenmäßiger Gegensatz bestehe, wandte sich die XI. Tagung des EKKI gegen die „liberale Konstruierung“ eines solchen Gegensatzes, weil der Faschismus „als die nackte Form der bürgerlichen Diktatur ... organisch aus der sogenannten bürgerlichen Demokratie, als einer Form der verhüllten

[84] Inprekorr, 107‘1929, S. 2534 f.
[85] Siehe Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S. 44 ff.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 219 ff.
[86] Manuilski, S. 115.

Diktatur der Bourgeoisie“[87] emporwachse. Vom Klassencharakter des bürgerlichen Staates ausgehend, zog die XI. Tagung des EKKI die Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, gegen jede Form der bürgerlichen Klassenherrschaft zu kämpfen. Diese Orientierung führte aber zu einer gewissen Gleichsetzung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus, zu einer Unterschätzung der von den faschistischen Kräften ausgehenden Gefahr und dazu, daß präfaschistische Regierungen, wie etwa die Brüning-Regierung, bereits als faschistisch bezeichnet wurden.[88] Dadurch konnten in dem stets prinzipiellen praktischen Kampf der Kommunisten für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse gegen Reaktion und Faschismus nicht alle Möglichkeiten zur Einbeziehung breiter werktätiger Massen in diesen Kampf ausgeschöpft werden.

Obwohl die Komintern die kommunistischen Parteien wiederholt darauf orientierte, die jeweilige Lage und die Maßnahmen der Bourgeoisie genau zu analysieren und nicht in allen Aktionen die letzten Verzweiflungstaten des Gegners zu sehen, spiegelte sich doch zu dieser Zeit in ihren eigenen Beschlüssen und denen ihrer Sektionen noch eine Überschätzung des Tempos der weiteren revolutionären Entwicklung sowie eine Unterschätzung der Kräfte des Klassengegners und dessen Möglichkeiten zur Behauptung seiner Macht wider. Viele Kommunisten waren damals der Meinung, wie Dimitroff im Jahre 1934 rückblickend einschätzte, daß es „die letzte Krise ist, daß die Bourgeoisie keinen [40] Ausweg aus dieser weltweiten Krise finden wird und daß sie auf jeden Fall mit dem Sieg der proletarischen Revolution enden muß“.[89]

Besonders im Hinblick auf Deutschland war eine solche Auffassung vorherrschend. Aber trotz des heldenhaften Kampfes der KPD und bedeutender Teile der werktätigen Bevölkerung gelang es der deutschen Arbeiterklasse nicht, den Sieg des Faschismus zu verhindern, da durch die einheitsfrontfeindliche Politik der rechten SPD-Führung die Aktionseinheit nicht hergestellt werden konnte. Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland im Januar 1933 war ein schwerer Schlag nicht nur gegen die deutsche, sondern gegen die gesamte internationale Arbeiterbewegung. Der Faschismus wurde zu einer Weltgefahr und zur größten Bedrohung für den Frieden.

Der Machtantritt des Faschismus in Deutschland, einem hochentwickelten imperialistischen Industrieland, stellte an die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit dem Faschismus neue, höhere Anforderungen. Es begann ein neuer Abschnitt in der Analyse des Faschismus durch die KI.

In seinen regelmäßig erscheinenden Wirtschaftsberichten hatte Varga gezeigt, daß es zwischen den verschiedenen Gruppen der deutschen Bourgeoisie Meinungsverschiedenheiten über die Methoden zur Stabilisierung ihrer Macht gab. Varga wies nach, daß vor allem die Monopole der Schwerindustrie auf die Errichtung einer uneingeschränkten Diktatur drängten, während die monopolistischen Gruppen besonders der Konsumgüterindustrie und des Handels noch zögerten, von den bisherigen Herrschaftsmethoden abzugehen.[90]

Infolge der sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krise und der steigenden Revolutionierung der Massen hatten die reaktionärsten Gruppen des Monopolkapitals, die sich auf faschistische Methoden orientierten, die Oberhand erlangt. Diese versuchten, „einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu finden und vollständig ihre eigenen speziellen Interessen durch die gewaltsame Unterdrückung des Proletariats durchzusetzen“, während jene Teile der deutschen Bourgeoisie, die hinter der Politik des Zentrums und der Sozialdemokratie standen, noch schwankten, „ob dieser gewalttätige Weg der Junker und des Monopolkapitals der richtige, der einzig mögliche sei, ob sie ihre Spezialinteressen Jenen der Schwerindustrie und der Großagrarier ... opfern sollen“.[91]

Die KPD hatte entscheidenden Anteil an der Charakterisierung der faschistischen Diktatur in Deutschland durch die KI. In einem Bericht des Zentralkomitees der KPD zur Einschätzung der Entwicklung

[87] Elftes Plenum des EKKI (April 1931), Thesen und Resolutionen, Hamburg/Berlin 1931, S. 10.
[88] Manuilski, S. 122 f.; siehe auch Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, S. 379.
[89] ZPA/IML Moskau, f. 494, op. 1, ed. 423. 1. 13.
[90] Siehe Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 2. Vierteljahr 1932, in: Inprekorr, 65/1932, S. 2086; G. Reimann, Die deutsche Schwerindustrie in den Fesseln der Krise und des Versailler Systems, in: Die Kommunistische Internationale, 12/1932, S. 888 ff.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 4, S. 227 ff.
[91] Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 2. Vierteljahr 1932, S. 2086; siehe auch Suchopár, S. 217 f.

in Deutschland heißt es: „Im Juli (1933), als die Konzentration der Staatsgewalt in den Händen der NSDAP vollendet war, da mußte der Faschismus weithin sichtbar seinen antikapitalistischen Phrasenschleier lüften und zeigen, in wessen Auftrag die faschistische Blutdiktatur ausgeübt wird: die wahren Herrscher Deutschlands schalteten sich ein – der ‚Generalrat der Wirtschaft' trat vor die Kulissen der politischen Bühne ... und lieferten den Beweis für die Richtigkeit unserer Feststellung: *der Faschismus ist die brutale, blutige Diktatur der Monopolkapitalisten*."[92]

[41] Diese Untersuchungen und Erkenntnisse flossen in die Beratungen der XIII. Tagung des EKKI vom 28. November bis 12. Dezember 1933 ein, die sich vor allem mit Fragen des proletarischen Klassenkampfes seit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland beschäftigte, wobei sie die möglichst genaue Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus als die wichtigste Voraussetzung für die Organisierung des antifaschistischen Kampfes ansah.

Wilhelm Pieck knüpfte in seinem Referat an die Untersuchung der KPD an und konnte auf Grund der bisherigen Entwicklung der faschistischen Hitlerdiktatur feststellen: „Der Klasseninhalt der faschistischen Diktatur in Deutschland wird durch die Zusammensetzung des ‚Generalrats der Wirtschaft' demonstriert." Er wies darauf hin, daß von den 16 Mitgliedern[93] neun Großindustrielle (fast ausschließlich Vertreter des Monopolkapitals), vier Bankfürsten und zwei Großagrarier waren.[94]

Zur gleichen Zeit wurde von der Hitlerregierung ein Gesetz über die Errichtung von Zwangskartellen erlassen, wonach die bisher nicht kartellierte Industrie zusammengeschlossen wurde, „um sie in eine noch größere Abhängigkeit vom Monopolkapital und den Großbanken zu bringen", wie auf dem Plenum eingeschätzt wurde.[95]

Diese Feststellungen über die Entwicklung in Deutschland zeigten, daß unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates bedeutend voranschritt und daß der Staatsapparat der Herrschaft der reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des Finanzkapitals untergeordnet war.

Die XIII. Tagung des EKKI charakterisierte in den Thesen „Der Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der kommunistischen Parteien" den Faschismus, die neuen Erfahrungen und Erkenntnisse verallgemeinernd, als „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals".[96] Diese Definition knüpfte an die bisherigen Erkenntnisse der KI an und wies zugleich eine bedeutsame Präzisierung auf, indem sie die reaktionärsten und aggressivsten Elemente des Finanzkapitals als die *sozialen* Träger des Faschismus bestimmte, die ihre *politische* Herrschaft in Form einer offenen terroristischen Diktatur ausüben. Damit brachte sie zugleich zum Ausdruck, daß sich die Machtkonzentration im ökonomischen Bereich auch in der Konzentration der politischen Macht widerspiegelt.

Wesentliche Fortschritte bei der Klärung des Zusammenhanges zwischen imperialistischer Ökonomie und faschistischer Politik durch die KI zeigten sich auch in der präziseren Bestimmung des historischen Platzes des Faschismus. Auf dem VI. Kongreß hatte in der [42] Programmdiskussion die Frage, ob der Faschismus ein gesetzmäßiges Stadium in hochentwickelten imperialistischen Ländern sei, eine Rolle gespielt. Im Programm der KI war diese Frage in der Weise verneint worden, daß die

---

[92] IML/ZPA, 3/1/2430; siehe auch G. Reimann, Das Hervortreten des Finanzkapitals unter der faschistischen Diktatur in: Die Kommunistische Internationale, 15/1933, S. 722 ff.; Walter Ul-[41]bricht, Der faschistische deutsche Imperialismus (1933-1945). (Die Legende vom „deutschen Sozialismus"), Berlin 1952, S. 13 ff.

[93] Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug 17, wie in späteren Darstellungen angegeben (siehe Ulbricht, S. 65; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 57).

[94] XIII. Plenum des EKKI/Dezember 1933: Wilhelm Pieck, Wir kämpfen für ein Rätedeutschland. Der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Diktatur, Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, Moskau/Leningrad 1934, S. 23.

[95] Ebenda; siehe auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 57.

[96] XIII. Plenum des EKKI: Thesen und Beschlüsse, Moskau/Leningrad 1934, S. 5; siehe zu dieser Problematik auch Elfriede Lewerenz, Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale. Die Aufdeckung von Wesen und Funktion des Faschismus während der Vorbereitung und Durchführung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1933-1935), Berlin 1975.

besonderen historischen Bedingungen aufgezählt wurden, unter denen die Offensive der Bourgeoisie die Form des Faschismus annehmen kann. In den Thesen der XIII. Tagung des EKKI hob die KI nun ausdrücklich hervor, daß „die faschistische Diktatur keine unvermeidliche Etappe der Diktatur der Bourgeoisie in allen Ländern“ bildet, sondern daß die Möglichkeit ihrer Abwendung vor allem von den Kräften des kämpfenden Proletariats abhängt.[97]

Trotz der von der XIII. Tagung des EKKI gegebenen präzisen Einschätzung des Klassencharakters des Faschismus, seiner Funktion und seines Platzes zeigte sich auch noch in der Vorbereitung auf den VII. Kongreß in den Jahren 1934/35, daß die Analyse der Prozesse im Imperialismus zu den kompliziertesten Fragen gehörte und die Ausschöpfung des gesamten Reichtums der Leninschen Imperialismustheorie erst die Voraussetzung schuf, um die richtigen Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik des antifaschistischen, antiimperialistischen Kampfes ziehen zu können. Die KI wertete dafür sowohl die Untersuchungen über die faschistische Diktatur in Deutschland[98] aus als auch die neuesten Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen der Arbeiterklasse Frankreichs und Österreichs mit dem Faschismus. Besonders die Ereignisse in Frankreich hatten dazu beigetragen, das Verständnis der KI für die Bedeutung der bürgerlichen Demokratie in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Faschismus zu vertiefen. Der Angriff des Faschismus in Frankreich konnte im Februar 1934 vor allem durch die Aktionen der einheitlich auftretenden Arbeiterklasse zurückgeschlagen werden; aber sehr wesentlich für den Erfolg war auch, daß sich unter Führung der Arbeiterklasse breite Schichten des Volkes dem Faschismus mit dem Ziel entgegenstellten, die bürgerlich-parlamentarische Republik zu verteidigen und zu erhalten.[99] Daraus zog die KI während der Vorbereitung auf den VII. Kongreß wichtige Schlüsse für die exaktere Charakterisierung der faschistischen Herrschaftsform und vor allem für die Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes.

Während der Vorbereitung auf den Kongreß beschäftigten sich führende Funktionäre der KI immer wieder mit den Prozessen in der Ökonomik des Imperialismus. Palme Dutt warf beispielsweise in seinen Arbeiten, besonders in seinen zur Vorbereitung des VII. Kongresses geschriebenen Artikeln „Über einige Probleme des Faschismus“, erneut Fragen zur sozialökonomischen Basis des Faschismus auf. Grundsätzlich mit der von der XIII. Tagung des EKKI gegebenen Definition einverstanden, forderte er vom VII. Kongreß der KI, „die Analyse der ökonomischen Basis des Faschismus[100] zu vertiefen. Er begründete seine Forderung damit, daß „während der ersten Welle des Faschismus, die der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus vorausging, ... die Waffe des Faschismus nur unter bestimmten, spezifischen Umständen zur Niederschlagung und Unterdrückung der Klassenkämpfe des Proletariats angewandt“ wurde; seit der Weltwirtschaftskrise habe sich die Lage aber geändert. Diese „zweite Welle des Faschismus“ spiegele „eine weitgehende Veränderung der ökonomischen Basis wider“.[101] Diese war seiner Ansicht nach die Grundlage [43] für die „neuen ökonomischen Maßnahmen zur Verschärfung des Handelskrieges ... die Sucht nach ‚Planierung‘ der Volkswirtschaft“.[102]

In der Diskussion über den Thesenentwurf zum ersten Tagesordnungspunkt des VII. Weltkongresses, die in der Vorbereitungskommission geführt wurde, beschäftigten sich die führenden Funktionäre der KI ebenfalls und erneut mit den Veränderungen in der ökonomischen Basis des kapitalistischen Systems. Sie stellten fest: „Dieses Wachstum des Monopolismus, das in einer Reihe der größten imperialistischen Länder zur Bildung einer Art von Ultra-Monopolen führt, bedingt die direkte und indirekte Unterordnung des bürgerlichen Staates, seiner politischen und wirtschaftlichen Mittel der Einwirkung auf die Wirtschaft, seiner materiellen und finanziellen Ressourcen unter die Diktatur der gewaltigen Vereinigungen des Finanzkapitals.“[103] In diesem Dokument wurde außerdem hervorgehoben, daß

[97] XIII. Plenum des EKKI: Thesen und Beschlüsse S. 6.
[98] Siehe Lewerenz, S. 74 ff., S. 97 ff.
[99] Siehe ebenda, S. 112 ff.
[100] R. P. Dutt, Über einige Probleme des Faschismus, in: Die Kommunistische Internationale, 11/1935, S. 877; siehe auch derselbe, Faschismus und soziale Revolution, Frankfurt a. M. 1972.
[101] Derselbe, Über einige Probleme des Faschismus, S. 877.
[102] *Ebenda, S. 878.*
[103] *ZPA/IML Moskau, f. 494, op. 1, ed. 3, 1. 12.*

„*das Anwachsen und die Verbreitung des Monopolismus* ... nicht zur Organisiertheit und Planmäßigkeit des Kapitalismus, sondern zur *Verschärfung der Konkurrenz*“ führt.[104]

In der Diskussion zu diesem Thesenentwurf wandten sich Varga und V. G. Knorin gegen die Bezeichnung „Übermonopol“ bzw. „Ultramonopol“. Es stehe fest, sagte Varga, daß sich in den letzten sechs Jahren die Monopolbildung erheblich verstärkt habe, trotzdem sollte man nicht von einem „Übermonopol“ sprechen, sondern davon, daß die beschleunigte Monopolbildung die Grundtendenz des Imperialismus ist.[105] „Das *Neue* (Hervorhebung von mir – E. L.) sind die Gesetze und Verordnungen in Deutschland, Japan, Polen, Italien, in gewissem Sinne auch in Frankreich und Amerika, die die Monopolbildung nicht nur fördern, sondern zwangsweise einführen, daß sich alle diese Maßnahmen einem Zustand nähern, den Lenin als kriegsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnet.“[106] Einige Funktionäre der KI waren nicht dafür, diese staatsmonopolistischen Tendenzen zu betonen, weil sich ihrer Meinung nach von den Thesen des VI. Kongresses jene über den „Staatskapitalismus“ am wenigsten bewährt hätten. Sie hatten diese Thesen so aufgefaßt, daß sie den Gedanken der Unterordnung der Kapitalisten, „der kleinen wie der großen und der größeren“ unter den Staatsapparat zum Ausdruck brachten.[107] Solchen Vorstellungen vom „Staatskapitalismus“ hatten die tatsächlichen Vorgänge in der Praxis natürlich nicht entsprochen, man mußte im Gegenteil mit aller Entschiedenheit betonen, daß z. B. in Deutschland keinerlei „Unterordnung von Thyssen und anderen unter die Staatsgewalt“, sondern das Gegenteil vor sich ging.[108] Das Neue, die wechselseitige Verflechtung von Monopolen und Staat, brachte Varga mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Sie (die Kapitalisten – E. L.) können in Deutschland nicht ein Geschäft machen ohne die Entscheidung der Staatsbürokratie ... aber die Staatsbürokratie kann nichts machen ohne sie.“[109] An diesen Diskussionen wird deutlich, wie eingehend sich die KI während der Vorbereitung des VII. Kongresses mit den Vorgängen im imperialistischen Lager beschäftigte, vor allem mit den Veränderungen im Bereich der Ökonomie und Politik des Imperialismus.

[44] Der KI stellten sich die Probleme damals so dar, daß besonders seit der Weltwirtschaftskrise einerseits die Monopolbildung und deren Verbindung mit dem Staatsapparat stark zunahm, andererseits mit dieser Entwicklung gleichzeitig die wachsende faschistische Gefahr einherging. Bei dem damaligen Grad der Entwicklung des Staatsmonopolistischen Kapitalismus und der gleichzeitigen faschistischen Offensive in mehreren Ländern konnte man durchaus annehmen, daß der Faschismus aus einer Veränderung der ökonomischen Basis des Imperialismus hervorging bzw. die staatsmonopolistische Entwicklung gleichbedeutend sei mit der Entwicklung des Faschismus. Aus diesen Überlegungen kam es zu solchen Interpretationen der Politik Roosevelts, wie beispielsweise jener von Dutt, der schreibt: „Während all der sozial-reformistische ‚fortschrittliche‘ Tand des ‚New Deal‘ so rasch verschwindet, bleibt die Wirklichkeit des neuen faschistischen Typs des konzentrierten Staatskapitalismus und der industriellen Knechtschaft.“ Die Bedeutung des Roosevelts-Regimes lag nach seiner Meinung vor allem in dem „Übergang zu faschistischen Formen, besonders auf wirtschaftlichem und industriellem Gebiet“,[110] d. h., Dutt bewertete die staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen im Bereich von Industrie und Wirtschaft schlechthin als faschistisch und die bürgerlich-demokratische Herrschaftsform lediglich als „Tarnung“. Auch Varga betrachtete den „New Deal“ anfänglich als „verhüllte faschistische Demagogie“.[111]

Zur Klärung dieser Problematik trugen sicher die von Togliatti in Vorbereitung auf den VII. Kongreß der KI gehaltenen „Lektionen über den Faschismus“, speziell seine Ausführungen über die verschiedenen Seiten des Korporativismus, bei.[112] Besonders interessant sind seine Untersuchungen über das

[104] *Ebenda.*
[105] *Ebenda, 1. 125.*
[106] *Ebenda, 1. 118 f.*
[107] *Ebenda, 1. 209.*
[108] *Ebenda, 1. 210.*
[109] *Ebenda, 1. 209 f.*
[110] Dutt, Faschismus und soziale Revolution, S. 248 f.
[111] Siehe Goldberg, S. 98 ff.
[112] Siehe Togliatti, S. 106 ff.

Korporativsystem als eine Organisationsform des italienischen Faschismus zu Beginn der 30er Jahre, „nach der die Faschisten die italienische Gesellschaft und insbesondere gewisse Bereiche der staatlichen Tätigkeit zu organisieren sich bemühen“.[113] Togliatti bewies, daß das Korporativsystem kein neues Wirtschaftssystem darstellte, wie von der faschistischen Propaganda behauptet wurde, sondern daß es eine Politik war, „durch die die Konzentration des Kapitals begünstigt wurde, eine Politik, die zur Vorherrschaft des Finanzkapitals in der Wirtschaft des gesamten Landes führte“; es stellte einen der Wege dar, „den kapitalistischen Versuch der sogenannten ‚Planung‘ konkret zu formulieren“.[114] Togliatti erwähnte die Aktivitäten zur staatsmonopolistischen Regulierung in anderen Ländern, die aber „nicht als faschistisch bezeichnet“ werden könnten. Das treffe „beispielsweise auf die Regierung Roosevelt zu“.[115] Er machte also darauf aufmerksam, daß es unterschiedliche Formen staatsmonopolistischer Regulierung, faschistische und nichtfaschistische, gab.

Die in der Presse der KI und in den Vorbereitungskommissionen zum VII. Kongreß geführten Diskussionen zeugen von der Fähigkeit der KI, wesentliche Seiten des Zusammenhangs zwischen Ökonomie und Politik im staatsmonopolistischen Kapitalismus aufzudecken. Dabei aufgetretene Fehleinschätzungen bei der differenzierten Wertung der verschiedenen Herrschaftsformen des Monopolkapitals in den einzelnen Ländern wurden im weiteren Erkenntnisprozeß überwunden.

[45] Die Fortschritte auf diesem Gebiet kamen deutlich in den Beratungen und Beschlüsse des VII. Kongresses der KI vom 25. Juli bis 20. August 1935 zum Ausdruck. Der VII. Kongreß gab eine allseitige Analyse des Faschismus.[116]

Die von der XIII. Tagung des EKKI getroffene Charakterisierung des Faschismus konnte auch nach den gründlichen Diskussionen während der Vorbereitung auf den Kongreß bestätigt werden. Dimitroff stellte daher auf dem VII. Kongreß fest: „Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das XIII. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“[117] Mit der ausdrücklichen Kennzeichnung des Faschismus *an der Macht* verlieh die KI ihrer bisherigen Einschätzung noch größere Klarheit, denn sie grenzte damit die faschistische Staatsmacht von der faschistischen Massenbasis ab, die sich vorwiegend aus kleinbürgerlichen Kreisen rekrutierte.

Aus den Diskussionen in den Kommissionen zur Vorbereitung des Kongresses geht hervor, daß die KI bei ihrer wissenschaftlichen Analyse des Faschismus auch die konkreten Besonderheiten des Faschismus in verschiedenen Ländern berücksichtigte. Ihre Analyse erschöpfte sich nicht in der Formulierung über die reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals – wie ihr das imperialistische Ideologen unentwegt unterstellen –, sondern sie hat gewissenhaft die unterschiedlichen Formen der Faschisierung und der faschistischen Diktaturen untersucht. Schon im „Ersten Entwurf der Thesen“ zum ersten Tagesordnungspunkt des VII. Kongresses wurde am 20. August 1934 festgehalten: „Die Besonderheiten der wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Struktur der einzelnen Länder sowie ihrer geschichtlichen Entwicklung bedingen die Eigentümlichkeiten ihres Faschisierungsprozesses, die verschiedenen Formen und Methoden des Faschismus und der faschistischen Diktatur: Die totale Diktatur (Deutschland, Italien), die faschistische Militärdiktatur (Bulgarien, Jugoslawien, Japan), der Kleriko-Faschismus (Österreich, Spanien), die Beibehaltung eines gewissen Scheins von Parlamentarismus (Polen, Ungarn, Finnland) usw., *ohne am Klassenwesen der faschistischen Diktatur etwas zu ändern* (Hervorhebung von mir – E. L.), kommen diese Unterschiede auch in dem Grade der Einschränkung der Rolle der

[113] Ebenda, S. 106.
[114] Ebenda, S. 112.
[115] Ebenda, S. 107; siehe auch die Rezension von K. K. Širinja, Kommunisty – samy rešitel’nye i posledovatel’nye borcy protiv fašizma, in: Kommunist, 15/1974, S. 126.
[116] Siehe Lejbzon/Širinja, S. 160 ff.; siehe auch Lewerenz, S. 120 ff.; K. K. Schirinja/H. Schumacher, Methodologische Aspekte in der Arbeit des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale, in: BzG, 4/1975.
[117] Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. 2. August 1935, in: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 93; siehe auch Resolution zum Bericht Georgi Dimitroffs, in: Ebenda, S. 304.

Sozialdemokratie, in dem Grade der Liquidierung der reformistischen Gewerkschaften mit nachfolgender möglicher Heranziehung und Ausnutzung ihrer einzelnen Gruppen zum Ausdruck.“[118] Die KI hat ernsthaft die Argumente und Meinungen ihrer Mitglieder geprüft und sich mit ihnen auseinandergesetzt. Die große Leistung der KI bestand eben darin, den imperialistischen Klassencharakter des Faschismus von Anfang an erkannt zu haben und aus der zunehmenden Vielfalt der Erscheinungen das Wesentliche, das Allgemeingültige herauszufinden und immer konkreter zu bestimmen.

Über die genaue Einschätzung des deutschen Faschismus kam es noch in der Redaktionskommission bei der Überarbeitung der Resolution zum Referat Dimitroffs zu einem Meinungsaustausch. Man diskutierte bei der Formulierung dieses Absatzes noch darüber, [46] ob man sagen solle, daß der Nationalsozialismus die Macht des Finanzkapitals selbst ist oder ob er „*lediglich* die Rolle eines Lakaien der Großbourgeoisie spielt“. Dimitroff erklärte, daß der Faschismus ein „Instrument des Finanzkapitals“ ist. Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin, die auf eine bestimmte Selbständigkeit der faschistischen Macht hinwiesen, hielten es für zweckmäßig, zu formulieren, die faschistische herrschende Clique befinde sich in einer dem Monopolkapital untergeordneten Lage. Beschlossen wurde, die Formulierung beizubehalten, daß der Faschismus „lediglich die Rolle eines Lakaien der Großbourgeoisie“ spielt.[119] Der VII. Kongreß unterstrich damit, daß die herrschenden reaktionären Kreise der Monopolbourgeoisie und die regierenden faschistischen Gruppen personell nicht völlig identisch sind, daß die faschistische Führungsclique Interessenvollstrecker des Finanzkapitals ist.

Die KI konzentrierte sich mit ihrer Kennzeichnung des Wesens des Faschismus auf seine grundlegenden klassenmäßigen Züge: die imperialistische sozialökonomische Basis und die politische Form der Herrschaft der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals. Sehr bedeutsam war die folgende Einschätzung im Referat Dimitroffs: „Der Machtantritt des Faschismus ist nicht die einfache Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offene terroristische Diktatur.“[120]

Damit stellte die KI eindeutig fest, daß die faschistische Diktatur nicht nur eine Herrschaftsmethode der Bourgeoisie, sondern eine neue Staatsform der Klassendiktatur des Monopolkapitals ist. Die Klärung dieser seit dem VI. Kongreß diskutierten Frage besaß für die richtige Orientierung des Kampfes gegen den Faschismus große Bedeutung, half sie doch zu begreifen, daß, wie Dimitroff ausführte, „gegenwärtig ... die werktätigen Massen in einer Reihe von kapitalistischen Ländern konkret für den heutigen Tag zu wählen (haben) nicht zwischen proletarischer Diktatur und bürgerliche Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus“.[121] Mit dieser präzisen Einschätzung entzog die KI der Gleichsetzung der bürgerlichen Demokratie mit der faschistischen Diktatur jeglichen Boden.

Die Feststellung Lenins, daß die Herrschaft des Monopols im Bereich der Politik „Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System“[122] bedeutet, hatte sich dahingehend bestätigt, daß über den tendenziellen Abbau der Demokratie in der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform hinaus die reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals noch Möglichkeiten fanden, eine äußerst reaktionäre und terroristische Diktatur, eine neue Staatsform für ihre Machtausübung, zu errichten. Die Komintern zog daraus die Schlußfolgerung, daß die Kommunisten auch in hochentwikkelten kapitalistischen Ländern im Kampf gegen den Faschismus über die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten hinausgehen müssen. Ausgerüstet mit neuen Einsichten in das Verhältnis von Ökonomie und Politik unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Faschismus, konnte die KI die Leninsche Lehre von der Wechselbeziehung des Kampfes um Demokratie und des Kampfes um Sozialismus konkretisieren [47] und weiterentwickeln, indem sie eine

[118] ZPA/IML Moskau, f. 495, op. 1, ed. 3, 1. 16.
[119] Siehe ebenda, f. 494, op. 1, ed. 423, 1.21, 23; siehe auch die Resolution zum Bericht Georgi Dimitroffs, S. 305.
[120] Dimitroff, Die Offensive des Faschismus, S. 94.
[121] Derselbe, Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Schlußwort auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. 13. August 1935, in: Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 645.
[122] Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, S. 302.

geschlossene Konzeption des Kampfes für eine antifaschistische und antiimperialistische Demokratie als nächstes strategisches Etappenziel erarbeitete.[123]

Die KI beantwortete auf ihrem VII. Kongreß alle den Faschismus betreffenden Fragen im Zusammenhang. Sie war die einzige politische Kraft, die sein Wesen erkannt und die entsprechende Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes entwickelt hatte. Das war eine bedeutende Errungenschaft für den Kampf der internationalen Arbeiterbewegung. Jedoch machte der VII. Kongreß sogleich darauf aufmerksam, daß es Aufgabe der Kommunisten ist, auch weiterhin sehr gründlich die Entwicklung des Faschismus zu verfolgen. Dimitroff hob in seinem Referat hervor, daß die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur „in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen" annehmen, die von „den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen ... den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes" abhängig sind.[124] Diesen Gedanken griff er in seinem Schlußwort nochmals auf und erklärte: „Keinerlei allgemeine Charakteristik des Faschismus, mag sie an sich noch so richtig sein, enthebt uns der Pflicht, die Eigenart der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und zu berücksichtigen."[125] Er warnte vor der Benutzung eines Schemas bei der Charakterisierung der Prozesse in den verschiedenen kapitalistischen Ländern. Als ein „Überbleibsel einer schematischen Stellungnahme" zum Faschismus bezeichnete er noch vorhandene Ansichten über den „New Deal" Roosevelts, denen zufolge dieser eine besonders scharfe Form des Faschismus darstelle.[126] Dimitroff lenkte die Aufmerksamkeit auch darauf, die Besonderheiten zu untersuchen, die der Faschismus in kolonialen und abhängigen Ländern annehmen werde.[127]

Nationale Besonderheiten und die Unterschiede in den Erscheinungsformen des Faschismus in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen, ist für die Organisierung eines erfolgreichen antifaschistischen Kampfes unerläßlich. Diese herauszufinden, setzt jedoch die Kenntnis seines Wesens voraus. Deshalb ist die Bestimmung des imperialistischen Klassencharakters des Faschismus durch die KI zu Beginn der 20er Jahre und vor allem die allseitige Analyse seines Wesens auf dem VII. Kongreß nicht nur eine historische Leistung der Kommunistischen Internationale, sondern liefert auch den Schlüssel für die Untersuchung des Faschismus in der Gegenwart.[128]

[49]

[123] Siehe Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, S. 457 ff.; Lejbzon/Širinja, S. 200 ff.; Erwin Lewin/Horst Schumacher, Einheit im Kampf gegen Faschismus und Krieg! Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935, Berlin 1975.
[124] Dimitroff, Die Offensive des Faschismus, S. 94.
[125] Derselbe, Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, S. 629.
[126] Siehe ebenda, S. 632 f.
[127] Siehe ebenda, S. 633; siehe auch Lejbzon/Širinja, S. 174 ff.
[128] Siehe Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr. Internationale Diskussion von Marxisten, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 4/1973, 5/1973; siehe auch J. Barrios/L. Padilla/K. Maidanik, Genesis und Besonderheiten des Faschismus in Lateinamerika, in: Ebenda, 4/1978, S. 535 ff.

Dietrich Eichholtz: Faschismus und Ökonomie. Zu Problemen der Entwicklung der Produktionsverhältnisse unter der faschistischen Diktatur

Der Faschismus als konterrevolutionäre, extrem aggressive politische Strömung, Partei und Ideologie stellt einen Teil des politischen Überbaus und der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen der imperialistischen Gesellschaft im Zeitalter der allgemeinen Krise des Kapitalismus dar. Politik und Ideologie des Faschismus erwachsen aus der durch die Herrschaft des Finanzkapitals charakterisierten ökonomischen Basis, die, kraft der ihr innewohnenden Gesetzmäßigkeiten, stets die Tendenz zu äußerster politischer Reaktion, zu Gewalt und Terror reproduziert. In der faschistischen Diktatur wird diese Tendenz zur herrschenden Tendenz, der Staat zur „offene(n) terroristische(n) Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“[1], die faschistische Ideologie zur herrschenden Spielart der bürgerlichen Ideologie.

Die Dialektik zwischen Basis und Überbau weist hier wie überall einen doppelten Zusammenhang und eine wechselseitige Wirkung auf. In der Tiefe der Produktionsverhältnisse wirkende Prozesse lösen Veränderungen in den Klassenbeziehungen, politische Prozesse, Klassenkämpfe aus; die Großbourgeoisie richtet ihren politischen Machtapparat und ihre Ideenproduktion hierauf ein. Ihr Machtapparat und die herrschende Ideologie wiederum wirken nach Maßgabe des politischen Spielraums, den sie haben, und nach Maßgabe ihrer Ausstattung mit materiellen und personellen Potenzen in der beabsichtigten Richtung: Sie befestigen und erweitern die Herrschaft des Monopolkapitals. Diese Wirkung soll in den folgenden Abschnitten am Beispiel des deutschen Faschismus untersucht werden.

Unverständnis und Leugnung des skizzierten Zusammenhangs zeichnen nicht nur die typischen Vertreter der „Totalitarismus“theorie aus, sondern auch Autoren, die sich gegenüber den plumpen Spielarten dieser Theorie distanziert verhalten. So postuliert Eike Hennig die „Nicht-Identität“ von „sozialer Herrschaft“ und „politischer Macht“ für den deutschen Faschismus, aber auch für den Faschismus im allgemeinen, und überhaupt gegenüber dem „dogmatisierenden“ historischen Materialismus.[2] Aber nur wer den Begriff der Identität mißversteht, kann dem Marxismus unterstellen, er betrachte Basis und Überbau, Ökonomie und Politik als abstrakt identisch. Wenn man hingegen unter Identität die widersprüchliche Einheit verschiedener Seiten eines Prozesses versteht, so tragen Öko-[50]nomie und Politik, Basis und Überbau allerdings den Charakter einer solchen Einheit. Auf den Faschismus und besonders auf die faschistische Diktatur als extreme, dabei durchaus adäquate Form des politischen Überbaus über der „sozialen Herrschaft“ des Finanzkapitals trifft sehr genau zu, „daß die Politik der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomik ist“.[3]

Der Übergang der Großbourgeoisie zur faschistischen Diktatur bedeutet keinen einfachen Regierungswechsel, sondern eine grundsätzliche Änderung in den Formen und Methoden der Machtausübung.[4] Nirgends liegen die primären oder gar alleinigen Ursachen für die Errichtung faschistischer Diktaturen in den ökonomischen Bedingungen einer Wirtschaftskrise, in rüstungswirtschaftlichen Konzepten oder in „Modernisierungs“bedürfnissen der Großbourgeoisie. Sie liegen stets in den unmittelbaren politischen Bedürfnissen der herrschenden Klasse. Der Faschismus ist eine Waffe im Klassenkampf der großen nationalen und internationalen Ausbeuter gegen die Arbeiterklasse und alle übrigen Klassen und Schichten des Volkes, mitunter auch gegen größere Teile der Bourgeoisie.

Die den Faschismus hervorbringenden und fördernden Faktoren bilden insgesamt ein vielfältiges und verwickeltes Geflecht von gesellschaftlichen Bedingungen und Widersprüchen. Historisch und spezifisch national bedingte Widersprüche politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Natur schürzen sich zu einem Knoten, den die Großbourgeoisie mit Hilfe der faschistischen Diktatur zu zerschlagen

[1] Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, 2. August 1935, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Berlin 1975, S. 93.
[2] Eike Hennig, Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Frankfurt a. M. 1973, S. 126 f.
[3] W. I. Lenin, Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis, in: Lenin, Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 15.
[4] Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 443.

versucht. Die Effizienz dieser Diktatur – ebenso wie diejenige anderer Regimes – beurteilt sie jedoch letzten Endes nach den für sie entscheidenden Kriterien der Entwicklung der Produktionsverhältnisse: Festigung bzw. Restauration der Herrschaft des Kapitals, in erster Linie des Monopolkapitals; maximale Unterwerfung der Arbeiterklasse unter ein Regime ungestörter Ausbeutung; Erweiterung der imperialistischen Wirtschaftsmacht nach außen. Es sind die reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Finanzkapitals, die sich von einer faschistischen Diktatur in eben diesen Punkten die durchschlagendsten Erfolge versprechen.

Nicht richtig erscheint mir eine ökonomische Erklärung des Faschismus, wie sie bei Alfred Sohn-Rethel zu finden ist, der eine Art Zusammenbruchstheorie vertritt. Nach ihm etablierte sich die faschistische Diktatur in Deutschland als zwangsläufiges Ergebnis von unüberwindlichen Reproduktions- und Verwertungsschwierigkeiten einer „ökonomischen Endkrise des Kapitalismus“[5], zu der die Entwicklung der Produktivkräfte unter der Herrschaft der Monopole geführt habe. Aus dieser Krise gebe es nur zwei Auswege: die proletarische Revolution oder die faschistische Diktatur. Er definiert die faschistische Diktatur als „Umbruch von der Reproduktionsökonomie zur Vernichtungsökonomie“ oder „Ökonomie des Bankrotts“.[6] Für die letztgenannte gälten die alten ökonomischen Gesetze des Kapitalismus nicht mehr, sondern die „entgegengesetzten Regeln“ und „umgekehrten Gesetze“.[7] Für Sohn-Rethel gibt es ein besonderes „faschistische(s) System des [51] defizitären Profitkapitalismus“, das er mißverständlich definiert als „das faschistische System der (durch Terror erzwungenen – D. E.) absoluten Mehrwertproduktion“, dadurch charakterisiert, „daß das Endprodukt, das erzeugt wird, nicht in den inneren Mark zurückkehren darf“.[8]

Seiner Theorie einer „faschistischen Ökonomie“ liegen zum Teil richtig beobachtete Elemente und Entwicklungstendenzen der Ökonomie des entwickelten Kapitalismus zugrunde (tendenzieller Fall der Profitrate), insbesondere der allgemeinen Krise des Kapitalismus (Nichtauslastung der Kapazitäten) und des staatsmonopolistischen Kapitalismus (regulierende staatliche Eingriffe in den Reproduktionsprozeß). Einige der Charakteristika dieser Ökonomie erfahren durch den politischen Stimulus einer faschistischen Diktatur in der Regel eine extreme Ausprägung (außerökonomischer Zwang in der Ökonomie, Rüstungswirtschaft, Expansionismus und offene Aggressivität des Finanzkapitals). Die historische Erfahrung besagt aber zweifelsfrei, daß an den erwähnten Gebresten [Mängeln] der Imperialismus, als Kapitalismus im Fäulnisstadium, permanent und unheilbar laboriert, ganz gleich‘ unter welchen politischen Vorzeichen.

Ob der Faschismus siegt oder nicht, das ist eine Frage des Klassenkampfes und nicht der Ökonomie. Auch davon zeugt die Geschichte, beispielsweise die französische der 30er Jahre und die deutsche, etwa zur Zeit des Kapp-Putsches 1920, oder aber, mit umgekehrtem Vorzeichen, in den letzten Monaten der Weimarer Republik, als die große Wirtschaftskrise schon eindeutig im Abklingen war, und nicht zuletzt auch diejenige Chiles in den 70er Jahren. Falsch orientiert werden die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte, wenn als Alternative zum Faschismus nur die proletarische Revolution anerkannt wird. Überhaupt führt eine einseitige ökonomistische Betrachtungsweise zu politische Fatalismus oder Utopismus.

Die faschistische Diktatur, einmal im Sattel, unterzieht sich der Erfüllung der schon genannten klassenbedingten Aufgaben. Sie unterdrückt und verfolgt grausam die revolutionäre Arbeiterbewegung und alle anderen demokratischen Kräfte und Strömungen. Sie unterwirft die Arbeiterklasse einem vervollkommneten staatsmonopolistischen System der Ausbeutung. Sie schürt internationale Spannungen und Konflikte und bereitet den Krieg vor. Ihre gesamte Tätigkeit ist letzten Endes, unter welch radikalen politischen Formen und in welch bizarrer ideologischer Verkleidung auch immer, stets auf ein Ziel gerichtet: auf die Ankurbelung der Profitproduktion und auf die Stärkung der Machtpositionen des Finanzkapitals.

---

[5] Alfred Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen, hrsg. u. eingel. von Johannes Agnoli, Bernhard Blanke u. Niels Kadritzke, Frankfurt a. M. 1973, S. 182.
[6] Ebenda, S. 68, S. 199.
[7] Ebenda, S. 116, S. 185.
[8] Ebenda, S. 118, S. 123.

Nun sind es die besonderen Formen der politischen Herrschaft – der offene Terror, die Konzentration der politischen Gewalt in den Händen einer kleinen faschistischen Clique – und die vielfach antikapitalistisch drapierte Ideologie und Demagogie, die das Regime als spezifisch faschistisch charakterisieren. Die konkrete historische Untersuchung zeigt indessen, daß gerade der faschistische Terror und die Konzentration der staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt in vieler Hinsicht „ideale" Herrschafts- und Ausbeutungsbedingungen für die Großbourgeoisie schaffen, erkauft allerdings mit einer unerhörten Verschärfung der sozialen und Klassengegensätze und mit wachsender innerer Labilität des Regimes.

Untersuchenswert ist ferner die Frage, inwieweit bestimmte Elemente der faschistischen Ideologie und Demagogie unmittelbaren Profitbedürfnissen der Ausbeuterklasse Rechnung tragen; in Deutschland beispielsweise das „Führerprinzip" (diktatorische Gewalt des „Be-[52]triebsführers" über die „Gefolgschaft"), der Rassismus (Rechtfertigung der Zwangsarbeit fremder Völkerschaften), die „Volksgemeinschaft" und der Pseudosozialismus („Arbeit adelt"; „Leistungssteigerung"; „Erzeugungsschlacht"), der Chauvinismus (Rüstungsprofite; Steigerung der Arbeitsintensität in der Rüstungswirtschaft). Die Rolle der faschistischen Ideologie als Magd der Ökonomie darf allerdings nicht schematisiert und überbewertet werden. In erster Linie hat sie Funktionen wahrzunehmen, die den grundlegenden *politischen* Interessen der Ausbeuterklasse und nicht unmittelbar ihren ökonomischen entsprechen: den Marxismus zu bekämpfen, die Werktätigen über ihre Klassenlage zu täuschen und vom Klassenkampf abzulenken, ihnen Chauvinismus, Rassen- und Völkerhaß einzuimpfen, Krieg und Kolonialismus zu verherrlichen.

Die Tatsache, daß verschiedene Elemente der faschistischen Politik und Ideologie nur auf vermittelte Weise den fundamentalen Interessen und Profitbedürfnissen des Finanzkapitals entsprechen, teilweise auch einen der Unlösbarkeit gestellter Aufgaben (Eroberung der Weltherrschaft; Liquidierung des Klassenkampfes und des Sozialismus) geschuldeten utopischen Extremismus aufweisen und von Abenteurertum und politischem Vabanquespiel zeugen, dient zahlreichen bürgerlichen Autoren als Beweisgrund für eine Nichtübereinstimmung zwischen faschistischer Politik und kapitalistischer Ökonomie. Beispielsweise behauptet Timothy W. Mason im Hinblick auf den deutschen Faschismus, „daß die Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung ab 1936 in zunehmendem Maße von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderlief".[9] Hitlers Politik, so meint er, „fehlte aber jeder auch nur mittelbare Bezug zu den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Reproduktion".[10] Besonders die Politik der Expansion und Welteroberung war nach Mason „nachweislich kein adäquater Überbau"; denn „ihr Vermächtnis bestand aus Trümmern und Asche – und einer ... anhaltenden Niederwerfung des selbständigen deutschen Imperialismus". Statt dessen „hätte eine vorsichtigere Politik den imperialistischen Interessen sowohl lang- als auch kurzfristig besser gedient".

Demgegenüber hat Kurt Gossweiler mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Kriegsziele des deutschen Imperialismus ebenso wie der Charakter seiner Kriegführung und schließlich auch seine Niederlage voll und ganz seiner Natur entsprachen; der Natur eines Imperialismus, „der sich periodisch wirtschaftlich als Riese, aber politisch benachteiligt fühlt und dessen extreme Eroberungs- und Raubgier gepaart ist mit der notorischen Unfähigkeit zu realistischer Einschätzung des Kräfteverhältnisses".[11]

Wie ist nun der Mechanismus beschaffen, vermittels dessen sich die Interessen und Bestrebungen des Monopolkapitalismus über die Innenpolitik, die Außenpolitik und über die militärische Strategie und Kriegführung durchsetzen? Hier liegt ein besonders wichtiges Untersuchungsfeld. Die marxistische Forschung ordnet diese Problematik in den größeren Zusammenhang des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein. Unter staatsmonopolistischem Kapitalismus verstehen wir jenen Funktionsmechanismus imperialistischer Ausbeutung und Herrschaft, der durch die Verschärfung der Widersprüche im

[9] Tim Mason, Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, 41/1966, S. 474.
[10] Derselbe, Primat der Industrie? – Eine Erwiderung, in: Das Argument, 47/1968, S. 196 f. – Hiernach auch das Folgende.
[11] Kurt Gossweiler, Über Wesen und Funktion des Faschismus, in: Gossweiler/Kühnl/Opitz, Faschismus. Entstehung und Verhinderung. Material zur Faschismus-Diskussion, Frankfurt a. M. 1972, S. 19.

Imperialismus ins [53] Leben gerufen wird; jenes System von Herrschaftsstrukturen und -methoden, das die Widersprüche der hochvergesellschafteten kapitalistischen Produktion, die Widersprüche in den Produktionsverhältnissen und den Klassenkampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten „dämpfen“ soll und das die herrschende Monopolbourgeoisie immer stärker als Organisationsform ihrer ökonomischen und politischen Macht ausbaut.

Dieses System, in dem Monopolmacht und Staatsmacht sich vereinigen und miteinander verwachsen, ihre Funktionen miteinander verschmelzen, bleibt unter der faschistischen Diktatur seiner wesentlichen Bestimmung nach dasselbe wie in anderen bürgerlichen Regimes. Helga Nussbaum hat die hauptsächliche Zielsetzung des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausgearbeitet:

1. die Regulierung der materiellen erweiterten Reproduktion des Kapitals unter den Bedingungen des imperialistischen Stadiums, als welche zu verstehen sind:

a) gewaltiges Anwachsen der gesellschaftlichen Produktivkraft bei gleichzeitiger Abschwächung der alten selbsttätigen Regelmechanismen der kapitalistischen Produktion,

b) Anwachsen des Expansionsdranges der riesigen monopolistischen Kapitalassoziationen und damit sowohl der weltwirtschaftlichen Verflechtung als auch der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Konflikte;

2. Sicherung der erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses unter Bedingungen, die die Kapitalhülle der gesellschaftlichen Produktionsmittel fortwährend zu sprengen drohen; Festigung des privatkapitalistischen Eigentums und Regulierung der Klassenbeziehungen;

3. Aufrechterhaltung der politischen Macht der kapitalistischen Oligarchien unter dem revolutionären Druck der imperialistischen Epoche, dieser welthistorischen Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, in der seit der Existenz des sozialistischen Lagers die ‚äußeren‘ Einwirkungen auf das monopolkapitalistische System zusätzliches und immer stärker werdendes Gewicht erlangen.“[12]

Struktur, Dynamik, Erscheinungsformen und Erscheinungsbild des staatsmonopolistischen Kapitalismus verändern sich allerdings unter der faschistischen Diktatur erheblich. Kennzeichnend für den deutschen Faschismus war „ein rapides Anwachsen der Rolle des Staates und die breiteste Anwendung von Maßnahmen zur staatsmonopolistischen Regulierung“.[13] Allgemein wird im Faschismus die staatsmonopolistische Regulierungsgewalt konzentrierter und umfassender gegen die Werktätigen und vielfach auch gegen schwächere Teile der Ausbeuterklassen eingesetzt. Dies entspricht dem forcierten Ausbau der Machtpositionen des Finanzkapitals und seiner umfassenderen „totaleren“ Zielsetzung im ökonomischen, politischen und ideologischen Bereich. Im Falle der Kriegsvorbereitung und des Krieges potenziert sich diese Tendenz.

Der staatsmonopolistische Herrschaftsmechanismus wird im Faschismus mit offener Brutalität, unter konzentriertem Einsatz der staatlichen Repressivgewalt der Diktatur gehandhabt. Der staatlich organisierte Terror erstickt nicht nur jede Form von demokratischer Kontrolle und von politischem Widerstand; er wird zu einer Hauptmethode der Durchsetzung der Klassenziele des Monopolkapitals auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, in der betrieblichen Arbeitsorganisation, in der Massenmanipulierung.

Einem Wandel unterliegen in der Regel Teile des bisherigen institutionellen Apparates. [54] Politische Führungsschichten, staatliche Organe und staatsmonopolistische Institutionen werden ersetzt durch andere; radikalere neue Gremien und Organisationen werden geschaffen. Hand in Hand hiermit formieren sich staatsmonopolistische Gruppierungen[14] neu. Die faschistische Führungsclique und die

[12] Helga Nussbaum, Zur Diskussion um den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der neueren marxistisch-leninistischen Literatur, in: JfW, 1976/I, S. 92 f.
[13] A. A. Galkin, Germanskij fašizm, Moskau 1967, S. 56 f.
[14] „Staatsmonopolistische Gruppierungen sind soziale und institutionelle Komplexe, in denen Teile des Staates- bzw. (und) des faschistischen Parteiapparats und Teile des Finanzkapitals, z. B. Finanzgruppen oder Monopolgruppen, zwecks Durchsetzung einer bestimmten wirtschaftlichen oder (und) politischen Konzeption und entsprechender wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen und Maßnahmen besonders eng miteinander verwachsen. Solche Gruppierungen sind

Faschistenpartei als „Staatspartei“ bringen ihre politische Machtvollkommenheit und Durchschlagkraft in die Vereinigung von Monopol. macht und Staatsmacht ein.

Aus den geschilderten Veränderungen schöpfen alle jene bürgerlichen Autoren Argumente, die die marxistische Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bekämpfen. Bei den Verfechtern der „Totalitarismus“theorie firmiert nach wie vor die Wirtschaft unter dem Faschismus als staatliche „Zwangs“- oder „Kommandowirtschaft“, als „zentral gelenkte“ oder „Zentralverwaltungswirtschaft“, in der das Privateigentum und das „freie Unternehmertum“ zurückgedrängt und seine Initiative erstickt worden sei. Eine wesentliche Funktion dieser Theorie besteht – neben der Entlastungsfunktion – darin, die Wirtschaft im Faschismus und den Faschismus überhaupt ohne Rücksicht auf wissenschaftliche Sauberkeit mit dem Sozialismus und der sozialistischen Planwirtschaft gleichzusetzen und beiden gegenüber die „freie Marktwirtschaft“, die „freiheitliche Grundordnung“ und die „Gemeinschaft der freien Welt“ zu lobpreisen.

Stärker in den Vordergrund ist demgegenüber seit Mitte der 60er Jahre eine Richtung getreten, die ihr Augenmerk mehr auf die unleugbaren historischen und soziologischen Tatsachen richtet und versucht, sie in Einklang mit aktuellen politischen und ideologischen Bedürfnissen der herrschenden imperialistischen Kreise zu bringen. Die Gegenüberstellung von „totalitärer Zwangswirtschaft“ und „freier Marktwirtschaft“ läßt sich auch angesichts marxistischer Forschungsergebnisse nur schwer aufrechterhalten und zeigt, je länger, desto weniger Wirkung angesichts der Schwierigkeiten und Gebresten des Imperialismus, seiner Niederlagen in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und der zunehmenden staatsmonopolistischen Eingriffe in Wirtschaft und Politik. Vertreter dieser Richtung, beispielsweise Arthur Schweitzer, erkennen in der Regel die Fortexistenz des Großkapitals und des Privateigentums an den Produktionsmitteln unter dem Faschismus an, aber sie leugnen das Weiterbestehen oder zumindest das Weiterfunktionieren des kapitalistischen Wirtschaftssystems.[15]

[55] Verwandtschaft mit solchen Auffassungen verrät auch Sohn-Rethels Lehre von faschistischen Staat, der den Kapitalismus rettet, indem er seine Ökonomie transformiert in eine „Konjunktur nach dem umgekehrten Gesetz der ökonomischen Konkurrenz“[16], und von der Faschistenpartei, die zwar als „Knecht der Bourgeoisie“ apostrophiert wird, „aber nur in dem Verhältnis, daß sie über ihrer Bourgeoisie im Sattel sitzt und diese mit Sporen und Kandare ihre eigene Bahn reitet“[17] – wobei offenbar keiner von beiden recht weiß, wohin diese Bahn führen soll; eine Lehre, die Hennig als „bonapartismustheoretisch ausgerichtete Position“[18] begrüßt.

Im folgenden werden Eigentumsverhältnisse und Ausbeutungsbedingungen in Deutschland exemplarisch daraufhin untersucht, wie die faschistische Diktatur die „Sicherung der erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses“ (Nussbaum) bewirkte; wie der staatsmonopolistische Herrschaftsmechanismus in seiner besonderen faschistischen Ausprägung gehandhabt wurde, um aus Deutschland ein faschistisches Zuchthaus für die Arbeiter und ein Paradies für das große Kapital zu machen. Aus-

notwendigerweise unbeständiger als Finanz- und Monopolgruppen, da ihre Entstehung und Entwicklung nicht nur von der ökonomischen Interessenlage, sondern ebenso auch von politischen Zielen und Vorstellungen und von Veränderungen des politischen Kräfteverhältnisses abhängt und bestimmt wird. Eine staatsmonopolistische Gruppierung von heutzutage dominierendem Einfluß in den imperialistischen Ländern ist der militärisch-industrielle Komplex. Während der faschistischen Diktatur in Deutschland lösten sich als besonders einflußreiche staatsmonopolistische Gruppierungen diejenige um Schacht und Thyssen, die Vierjahresplangruppierung um Göring und den IG-Farben-Konzern und die Gruppierung um das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition (Speer) ab; die letztgenannte vereinigte im Laufe des Krieges zunehmend alle wichtigen Teilgruppen des Finanzkapitals in sich. Siehe auch *Dietrich Eichholtz*, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1, Berlin 1971, S. 9.

[15] Siehe derselbe, Alte und „neue“ Konzeptionen. Bürgerliche Literatur zur Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in: JfW, 1971/III, S. 231 ff.

[16] Sohn-Rethel, S. 173.

[17] Ebenda, S. 177.

[18] Eike Hennig, Industrie, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung im deutschen Faschismus. Anmerkungen zum Stand der neueren Faschismusdiskussion, in: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von Friedrich Forstmeier u. Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1975, S. 406.

beutungsbedingungen und Eigentumsverhältnisse – das sind die zwei wesentlichen Seiten der Produktionsverhältnisse, die beiden grundlegenden Kategorien der Monopol- wie jeder Klassenherrschaft. Ihr Zusammenhang wird nur infolge des Zwangs zur linearen Darstellung aufgelöst.

Selbstverständlich erschöpft sich die Aktivität der faschistischen Diktatur nicht in der unmittelbaren Regulierung der ökonomischen Sphäre, der Produktionsverhältnisse, um die es hier geht. Doch tritt hier die Quintessenz faschistischer Herrschaft klarer hervor als sonst irgendwo: die intensive Verflochtenheit der Interessen des Monopolkapitals mit dem staatlichen Mechanismus reaktionärster, terroristischer Machtausübung; die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einzigen riesenhaften Mechanismus der Ausbeuterherrschaft.

1. Regulierung der Ausbeutungsbedingungen

Ein Grundanliegen, das das Finanzkapital mit der Errichtung faschistischer Diktaturen verfolgt, besteht in der „Sicherung“ und „Verbesserung“ der Ausbeutungsbedingungen und in der Maximierung seiner Profite. Die Ausschaltung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, die Liquidierung oder Lähmung der Gewerkschaften und die Niederhaltung aller progressiven Kräfte durch blutigen Terror führt in jeder faschistischen Diktatur zur Vernichtung oder schwersten Beeinträchtigung, wie der politischen, so der sozialen Errungenschaften der Werktätigen. Was die Bedingungen der Ausbeutung betrifft, so werden die Ausgebeuteten dem weitgehend uneingeschränkten Diktat der Ausbeuter unterworfen. Während auf dem Gebiet der Eigentumsverhältnisse die Funktion der Diktatur im allgemeinen eine wesentlich restaurative bzw. konservierende ist, verschlechtern sich für die Werktätigen, vor allem für die Arbeiterklasse, die Bedingungen ihrer Ausbeutung auf das Katastrophalste und unterliegen weitreichenden qualitativen Veränderungen.

Die deutsche Arbeiterklasse, jeder legalen politischen Klassenvertretung beraubt, ver-[56]lor auch ihre für den ökonomischen Kampf geschaffenen Organisationen. Binnen eines Jahres wurden die Grundlagen für ihre vollständige Entrechtung, politische und ökonomische Entwaffnung und soziale Entwürdigung gelegt.

Februar/März 1933:	Ausnahmeterror gegen die Kommunisten; faktisches Verbot der KPD; Enteignung ihres Vermögens; Annullierung ihrer Reichstagsmandate,
24. März:	„Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz),
März/April 1933:	Terrorwelle gegen Freie Gewerkschaften und Betriebsräte,
4. April:	„Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen“,
26. April:	Bildung des „Geheimen Staatspolizeiamtes“ in Preußen,
2. Mai:	Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch SA und SS; Auflösung der Freien Gewerkschaften und Beschlagnahme ihres Vermögens,
19. Mai:	„Gesetz über Treuhänder der Arbeit“,
22. Juni:	Verbot der SPD,
20. Januar 1934:	„Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“.

Von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung der Ausbeutungsbedingungen und der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt war es, daß jetzt, wie seit 1918 vom Großkapital angestrebt, mittels des Gestapoterrors der Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer durchgesetzt und jegliche Lohn- und Streikkämpfe der Werktätigen unterdrückt wurden. Die faschistischen Gesetze, die auf diesem Gebiet sämtliche Errungenschaften des Kampfes der Arbeiterklasse zunichte machten, entstanden schon in den ersten Monaten der Hitlerdiktatur unter dem unmittelbaren Einfluß und mit maßgeblicher Beteiligung der ultrareaktionären Kräfte des deutschen Monopolkapitals.[19]

[19] Jacob Herle, Geschäftsführer des Reichsstandes (Reichsverbandes) der Deutschen Industrie, schilderte Paul Reusch (Gutehoffnungshütte) in einem Schreiben vom 22. 7. 1933, wie der zentrale Industriellenverband „gerade in der letzten

Gustav Krupp, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, sprach bei dem bekannten Treffen mit Hitler am Abend des 20. Februar 1933 als Wortführer der anwesenden 27 Spitzenrepräsentanten[20] des deutschen Finanzkapitals, als er das Ergebnis der internen Sitzung in der Mahnung zusammenfaßte, „daß es höchste Zeit sei, endlich einmal in Deutschland Klarheit in den innerpolitischen Fragen zu schaffen".[21]

In einem Memorandum vom März 1933 erinnerte der Reichsverband der Deutschen Industrie die Hitlerregierung an ihre Zusicherungen und gab der Meinung „führender Industrieller" Ausdruck, eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik könne erst nach „Lösung" der Gewerkschaftsfrage in Angriff genommen werden.[22]

Als geschäftsführendes Präsidialmitglied der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände schrieb Roland Brauweiler am 31. März an Vizekanzler Franz von Papen. Auch [57] er drängte auf eine „schnelle Klärung" der „Gewerkschaftsfrage". „Es muß hier schnell und durchgreifend gehandelt werden", forderte er. Sein Vorschlag lautete auf „die Schaffung einer innerlich zuverlässigen Gewerkschaft nur aus den hinter der Regierung stehenden Gruppen und deren Privilegierung für den Abschluß von Kollektivvereinbarungen usw. Im Sinn der carta del lavoro [Arbeitsverfassung], also nicht nur Gleichstellung, sondern eindeutige Bevorrechtigung vor den alten Gewerkschaften." Daraufhin sei, so Brauweiler, eine „mehr oder minder schnelle Auflösung der alten Gewerkschaften mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten". Bis zu einer endgültigen „Neugestaltung" empfehle sich „die Einsetzung von Regierungskommissaren".[23]

Derartige Anregungen wurden in kurzer Frist brutale Wirklichkeit. Am 4. April, während seit Tagen und Wochen in ganz Deutschland Gewerkschaftshäuser von der SA besetzt, ihre Einrichtungen zerstört, Akten beschlagnahmt oder verbrannt und Gewerkschafter auf barbarische Art mißhandelt wurden, erließ die Regierung ein „Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen"[24], nach dem Betriebsrätewahlen bis zum 30. September 1933 ausgesetzt werden konnten und das die juristische Grundlage dafür schuf, Betriebsräte, „die in staats- oder wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt sind", abzusetzen und durch neue, regimetreue zu ersetzen (Paragraph 2).

Ein Runderlaß des preußischen Innenministers vom 12. April legte diesen Paragraphen sehr weitherzig aus und definierte dabei in aufschlußreicher Weise, was unter „staats- oder wirtschaftsfeindlicher" Betätigung zu verstehen sei: „Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Organisation, Einheitsfrontbestrebungen zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, Mißbrauch des Amtes (des Betriebsrats – D. E.) als Funktionär einer politischen Partei usw." Das Gesetz sollte aber auch im weitesten Sinne gegen alle Sozialdemokraten angewandt werden. Es sei, so heißt es in dem Durchführungserlaß, „bei der Absetzung bisheriger und der Ernennung neuer Betriebsvertretungsmitglieder vor allem darauf Bedacht zu nehmen, daß eine national gesinnte und arbeitsfähige Betriebsvertretung eingesetzt wird; dem Gesetze widerspricht es deshalb nicht, wenn marxistische Betriebsvertretungsmitglieder abgesetzt werden, selbst wenn eine Betätigung in staats- oder wirtschaftsfeindlichem Sinne ... im einzelnen nicht nachweisbar ist."[25]

Zeit in besonders starkem Ausmaße zu den internen vorbereitenden Arbeiten der einzelnen Ministerien herangezogen worden" sei; Herle erwähnte in diesem Zusammenhang die neuen Kartellgesetze (Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 13/1973, S. 482, Dok. 21).

[20] Näheres über diese Zusammenkunft ebenda, S. 440, S. 477 ff., Dok. 18 u. 19.

[21] IMG, Bd. 35, Nürnberg 1949, S. 48, Dok. D-204; Notiz Krupps vom 22.2.1933.

[22] Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975, S. 34 f., Anm. 24.

[23] Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, hrsg. von Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, bearb. von Kurt Pätzold, Berlin 1977, S. 38, Dok. 23.

[24] RGBl. 1933/I, S. 161; „Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen", vom 4.4.1933. – Die Aussetzungsfrist wurde später verlängert (ebenda, S. 667; „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinbarung", vom 26.9.1933).

[25] Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik und Wohlfahrts-Pflege, Jg. 42, H. 10 (9.3.1933), Sp. 529; „Neuwahl und Umbildung der Betriebsräte" (mit Zitierung des Erlasses).

Auf die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai folgte am 10. Mai die Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), ein Versuch, den Arbeitern eine Art Interessenvertretung im Rahmen der sogenannten Volksgemeinschaft vorzutäuschen und sie mit faschistischem Gedankengut zu infiltrieren. Das anscheinend unmittelbar von Ernst Poensgen, dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzer der Vereinigten Stahlwerke, inspirierte „Gesetz über Treuhänder der Arbeit“ vom 19. Mai[26] setzte solche Regierungskommissare [58] ein, wie sie die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gefordert hatte. Als Nazibeamte dem Reichsarbeitsminister unterstellt, hatten sie die gesamte sozialpolitische Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und Betrieben, insbesondere die „Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens“ und die Einhaltung des allgemeinen Lohnstopps, zu überwachen und konnten mit unmittelbarer staatlicher Autorität „an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, einzelner Arbeitgeber oder der Vereinigungen von Arbeitgebern“ (Paragraph 2) die Bedingungen für den Abschluß von Betriebsordnungen, von Tarif- und Arbeitsverträgen festsetzen. Sie waren zu einem großen Prozentsatz juristische Fachleute (Syndizi) der großen Monopol- und Unternehmerverbände, d. h. ausgewählte Fachleute für Arbeiter- und Sozialbetrug.

Mit der Zerschlagung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften und mit der faktischen Beseitigung der Betriebsräte war die fundamentale politische Voraussetzung für die umfassende gesetzliche Verankerung jener grundlegenden innenpolitischen Ziele gegeben, die, von den reaktionärsten Kreisen der herrschenden Klasse seit eh und je angestrebt, seit den Jahren der Weltwirtschaftskrise „Gemeingut nahezu aller konservativer Gruppen geworden waren“.[27] Diese gesetzliche Regelung fand ihre endgültige Gestalt im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG) vom 20. Januar 1934.[28]

Das AOG war in einem Maße wie kaum ein anderes Reichsgesetz das Werk von Repräsentanten und unmittelbaren Beauftragten des Finanzkapitals. Wesentliche konzeptionelle Grundlagen des Gesetzes, besonders die Idee von der „Betriebsgemeinschaft“ als „Leistungsgemeinschaft“, in der nicht Ausbeutung und Klassenkampf herrschten, sondern „Führer“ (die Unternehmer) und „Gefolgschaft“ (die Arbeiter) gemeinschaftlich wirkten und aufeinander angewiesen wären, waren schon in den 20er Jahren von führenden Konzernen entwickelt worden, vor allem vom Siemens-Konzern, von den Kreisen um Albert Vögler, den Generaldirektor (Vorstandsvorsitzer) der Vereinigten Stahlwerke, und um Karl Arnhold, den von Vögler geförderten Chef des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung (Dinta).[29]

Hans Joachim Reichhardt schreibt, ohne nähere Auskünfte zugeben: „Neben dem damaligen Wirtschaftsminister Schmitt wurden einige Hitler persönlich nahestehende Unternehmer zur Beratung über das Gesetz hinzugezogen.“[30] Fritz Thyssen und Carl Goerde-[59]ler waren unter denen, die unmittelbar am Zustandekommen des AOG beteiligt waren. Goerdeler, damals Oberbürgermeister von

[26] RGBl. 1933/I, S. 285; „Gesetz über Treuhänder der Arbeit“, vom 19.5.1933. – Esenwein-Rothe berichtet, allerdings ohne Quellenangabe, daß es „Ernst Poensgen, dem Vorsitzenden des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, dank seiner Beziehungen zum ‚Freundeskreis‘ [58] Kepplers gelang, so weit auf die Willensbildung in den Führungsgremien der NSDAP einzuwirken, daß die zuvor ernannten Wirtschaftskommissare im Mai 1933 nicht durch die DAF, sondern durch ‚Treuhänder der Arbeit‘ abgelöst wurden.“ (Ingeborg Esenwein-Rothe, Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, (West.)Berlin 1965, S. 42).

[27] Tim W. Mason, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis „archaischer“ und „moderner“ Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina u. Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 331.

[28] RGB1. 1934/I, S. 45 ff.; „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“, vom 20.1.1934.

[29] Ernst Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, ihrer Krisenformen und Gestaltungsversuche, Frankfurt a. M. 1947, S. 153; Wolfgang Schlicker, Arbeitsdienstbestrebungen des deutschen Monopolkapitals in der Weimarer Republik (unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung), in: JfW, 1971/III, S. 102 ff.; Mason, Entstehung, S. 336 ff.

[30] Hans Joachim Reichhardt, Die Deutsche Arbeitsfront. Ein Beitrag zur Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands und zur Struktur des totalitären Herrschaftssystems, phil. Diss., (West-)Berlin 1956, S. 98, Anm. 1; Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 38, zählt als Personen auf, die „1933 direkt aus der Wirtschaft in die Politik bzw. in den Staatsdienst“ ka-[59]men und über alle Fragen der faschistischen „Sozialpolitik“ zu entscheiden hatten: Kurt Schmitt, Ludwig Grauert (preuß. Ministerium des Innern), Franz Seldte (Reichsarbeitsminister) und Werner Mansfeld. Er nennt ferner Karl Raabe als Wortführer der Ruhr-Lobby in diesen Fragen.

Leipzig und Reichspreiskommissar, mit engen Beziehungen zu Konzerngruppen wie Adca/Deutsche Bank, Salzdetfurth/Mansfeld, Gutehoffnungshütte (Paul Reusch), Krupp, später auch zum Bosch-Konzern, forderte in seiner Denkschrift vom 7. September 1933 „eine vollkommene Abkehr von dem Bisherigen", je rücksichtsloser und entschlossener, desto besser. Die Wirtschaft müsse endlich und endgültig frei werden „von den Fesseln sinnloser Tarifverträge"; was nottue, sei, daß „viel gearbeitet" und der Acht-Stunden-Tag abgeschafft werde; der Unternehmer müsse in seinem Betrieb „freie Hand" erhalten. Goerdelers Gesetzentwurf enthielt entsprechende Paragraphen, sah eine „Treuepflicht" der Belegschaft gegenüber dem Betriebsleiter und die Bestellung von „Vertrauensmännern" vor.[31]

Die Ausarbeitung des AOG in der für Lohn- und Sozialpolitik vorgesehenen Abteilung III des Reichsarbeitsministeriums lag in den Händen von Werner Mansfeld, der bisher Verbandsmanager der Ruhrkonzerne – Justitiar des Vereins für die bergbaulichen Interessen, Essen[32] – war, unmittelbar nach der Machtübertragung an die Faschisten „auf Wunsch der Industrie"[33] in das Ministerium eingetreten war und jene Abteilung übernommen hatte. Mansfeld war auch der Verfasser der Durchführungsverordnungen und der dickleibigen Kommentare zum AOG. Ihm assistierte dabei engstens Wolfgang Pohl, der in den 20er Jahren in der sozialpolitischen Abteilung der AEG und in der Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" tätig gewesen war.[34]

Die Grundgedanken des Gesetzes wurden gemeinsam vom Reichsarbeits- und vom Reichswirtschaftsminister „dem Herrn Reichskanzler bereits Anfang November vorgetragen und von ihm gebilligt".[35] Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt führte dazu auf der Kabinettssitzung vom 12. Januar 1934 aus, „daß der Entwurf den Führergrundsatz nun auch [60] für die Wirtschaft festlege, den Klassenkampfgedanken beseitige, an seine Stelle den Gemeinschaftsgedanken setze und schließlich erstmalig den Begriff der sozialen Ehre statuiere".[36] Der Kernpunkt des umfangreichen Gesetzeswerkes war für seine Verfasser die „Notwendigkeit der umgehenden Schaffung eines neuen Systems" anstelle des bisherigen Lohntarifsystems.[37]

Das AOG legte von vornherein das Verhältnis zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten eindeutig fest: „Der Führer des Betriebes (der Unternehmer – D. E.) entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten" (Paragraph 2). Die demagogische Kennzeichnung der Arbeit als „national", als Sache der „sozialen Ehre", die: „zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat" diene, implizierte bereits, daß Streiks und andere Formen des Kampfes um bessere Arbeitsbedingungen sowohl unmoralisch als auch volks- und staatsfeindlich seien.

Das AOG bestätigte die Institution der „Treuhänder der Arbeit" und präzisierte ihre Funktionen. Es beseitigte vollends die Betriebsräte, eine Errungenschaft der Novemberrevolution. Die sogenannten Vertrauensräte, die das Gesetz einführten, sollten den demagogischen Schein wahren. Die Liste der

---

[31] Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, (im folgenden: Anatomie des Krieges), hrsg. u. eingel. von Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 118 ff., Dok.

[32] Mason, Entstehung, S. 330.

[33] Hans Radandt, Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld. Die Rolle des Mansfeld-Konzerns bei der Vorbereitung und während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1957, S. 192 f.; Rudolf Stahl (Salzdetfurth-Konzern) an Johannes Kiehl (Deutsche Bank), 28.10.1942.

[34] Mason, Entstehung, S. 30. – Unmittelbar nach der Berufung Kurt Schmitts (Generaldirektor des Allianz-Versicherungskonzerns; nach seiner Amtszeit als Minister Aufsichtsratsvorsitzender der AEG) zum Reichswirtschaftsminister Ende Juni 1933 schloß dieser mit Reichsarbeitsminister Seldte eine Vereinbarung ab, „der zufolge der langjährige sozialpolitische Referent des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. Wolfgang Pohl, unter Beibehaltung seines Referats im Reichswirtschaftsministerium die Leitung der Abteilung III B des Reichsarbeitsministeriums übernimmt, in der vor allem die Fragen der Lohn- und Tarifvertragspolitik bearbeitet werden" (Soziale Praxis, Jg. 42, II. 30 [27.6.1933], Sp. 901; „Zusammenarbeit zwischen Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium") Seit November 1933 war Pohl auch Abteilungsleiter für Sozialfragen in der Obersten Leitung der Politischen Organisation der NSDAP („Reichsorganisationsleiter" Robert Ley) (Fritz Petrick, Zur sozialen Lage der Arbeiterjugend in Deutschland 1933 bis 1939, Berlin 1974, S. 27 Anm. 16).

[35] ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Film Nr. 11 196; Reichsarbeitsminister/Reichswirtschaftsminister an Reichskanzlei, 8.12.1933.

[36] Ebenda; Prot. der Kabinettssitzung vom 12.1. 934.

[37] Ebenda; Reichsarbeitsminister/Reichswirtschaftsminister an Reichskanzlei, 8.12.1933.

Kandidaten für die Vertrauenswahl stellte der „Führer des Betriebes“ zusammen (Paragraph 9); er selbst – also beispielsweise der Generaldirektor eines Großunternehmens oder dessen Beauftragter, etwa der Personalchef –leitete den Vertrauensrat (Paragraph 5). „Beschlüsse werden im Vertrauensrat nicht gefaßt, Entscheidungen hat er nicht zu treffen. Sie trifft der auch durch die gemeinsame Beratung seiner Verantwortung nicht enthobene Führer des Betriebes allein.“[38]

Dieser Hohn auf eine Arbeitervertretung hatte in erster Linie für die „Verbesserung der Arbeitsleistung“ und für die Einhaltung der vom Betriebsführer zu erlassenden Betriebsordnung, ferner für den „Betriebsschutz“ zu sorgen; sie war für die „Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander“ und für „eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft“ verantwortlich (Paragraph 6). Funktionierte dieses System nicht, lehnte z. B. die Belegschaft die Vertrauensmännerliste ab, so konnte der „Treuhänder der Arbeit“ eingreifen und staatliche Zwangsregelungen treffen (Paragraph 9).

Die für die Faschisten niederschmetternden Ergebnisse der Vertrauensrätewahlen 1934 und 1935 – Fernbleiben vieler Arbeiter von der Wahl, hohe Zahl der ungültigen und Nein-Stimmen, Aufstellung von Gegenlisten durch die Arbeiter[39] – bewogen die Machthaber dazu, solche Wahlen fernerhin zu vermeiden. Sie verlängerten die Amtszeit der fungierenden Vertrauensräte, die häufig von der Betriebsleitung und vom „Treuhänder der Arbeit“ eingesetzt wurden, Jahr für Jahr, auf diese Weise den wahren Charakter dieser „Räte“ bloßstellend.

Die Konzernherren verwirklichten im AOG ihr altes Ausbeuterideal, das unumschränkte Herr-im-Hause-Recht Der „Reichsstand der Deutschen Industrie“ charakterisierte die [61] Gesetzesbestimmungen als „programmatisch“ für die „neue Sozialordnung“ und hob das „hierdurch auch für den Betrieb gesetzlich festgelegte Führerprinzip“ sowie die „Treuepflicht der Gefolgschaft“ hervor.[40]

In der Anwendung des faschistischen Führerprinzips auf das Ausbeutungsverhältnis im kapitalistischen Betrieb trat das Wesen dieses für faschistische Diktaturen typischen Kennzeichens besonders deutlich hervor. Es handelte sich um die ideologische Verbrämung des nackten Klassenanspruchs der Finanzoligarchie auf absolute Herrschaft über die Massen des arbeitenden Volkes. Ein „Gesetzesakt“ der faschistischen Diktatur macht das vollständige Fiasko der von rechten sozialdemokratischen Führern vertretenen Theorie der „Sozialpartnerschaft“ offensichtlich.

In der faschistischen Massendemagogie wurde der im AOG kodifizierte extreme Herrschaftsanspruch des Finanzkapitals ergänzt und zugleich verschleiert durch die Propagierung der „Volksgemeinschaft“, einer Abart der „eigentlich in der Krise des kapitalistischen Systems bereits verschlissenen Gemeinschaftsideologien“.[41] Das klägliche „wissenschaftliche“ Substrat dieser Ideologie findet sich verschiedentlich in der zeitgenössischen Publizistik: „Statt eines kunstvollen Apparates zur Erzielung von Profit wird nunmehr aus dem Betriebe eine Gemeinschaft von Volksgenossen, die sich zu der Erreichung eines besonderen sachlichen Zieles in einem Betrieb zusammengeschlossen haben. Auch in diesen Betrieb muß ein Führer sein, der das Ganze verantwortlich leitet. Aber diejenigen, die ihm bei der Arbeit helfen, sind keine Lohnsklaven, die man beliebig kaufen und wieder abstoßen kann, sondern Volksgenossen, die für ein Werk im Dienste an der Volksgemeinschaft schaffen.“[42]

---

[38] W(erner) Mansfeld, Die Ordnung der nationalen Arbeit. Handausgabe mit Erläuterungen, Berlin 1943, S. 16, S. 37.

[39] 39 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 5, Berlin 1966, S. 60, S. 96 ff.; Erich Paterna u. a., Deutschland von 1933 bis 1939. Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges, Berlin 1969, S. 104 f., S. 185 f.; Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Bd. 6: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Berlin 1964, S. 146 ff.

[40] Anatomie des Krieges, S. 121 f., Dok. 34; „Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des Reichsstandes der Deutschen Industrie“, Sondernummer vom 26.1.1934.

[41] Klaus Ortwein, Die stufenweise Liquidierung der sozialen Rechte der Lohnabhängigen. Von der „Arbeitsgemeinschaft“ 1918 zum „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ 1934, in: Die Zerstörung der Weimarer Republik hrsg. von Reinhard Kühnl u. Gerd Hardach, Köln 1977, S 232.

[42] Otto Mönckmeier, Der Wandel in der Wirtschaftsgesinnung, in: Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft, 1935, S. 6.

Mason resümiert richtig: „Hauptnutznießer dieser Neuordnung der sozialpolitischen Institutionen waren die großen Konzerne, die zum erstenmal seit dem Weltkrieg wieder in eine Phase gewaltiger und gesicherter Expansion mit steigenden Gewinnspannen eintraten.“[43]

In der Lohnpolitik konnte sich der faschistische Staat nach der Ausschaltung der Gewerkschaften und nach Erlaß des Treuhändergesetzes und des AOG darauf beschränken, den „Treuhändern der Arbeit“ die Überwachung des Lohnstopps zur Pflicht zu machen. Die faschistische Propaganda verbreitete die klassenneutral anmutende Losung vom Lohn- *und Preis*stopp als unumgänglichem Mittel zur volkswirtschaftlichen Belebung. Man baute darauf, mit Erfolgen in der „Arbeitsbeschaffungs“politik das durch und durch Betrügerische dieser Formel verschleiern zu können. Die Tariflöhne wurden – bei schnell zunehmender Beschäftigung und wachsender Produktion – mit staatlichen Zwangsmittels auf dem Krisenniveau festgehalten und sogar noch gesenkt; gesenkt vor allem durch Einstellung vieler Arbeitsloser zu schlechten Tarifbedingungen. Hinzu kam der Druck der Unternehmer auf Unterentlohnung, dem die „Treuhänder der Arbeit“, gestützt auf entsprechende gesetzliche Bestimmungen, willfährig entsprachen.[44]

[62] Im Bewußtsein vieler, besonders jüngerer Arbeiter verdeckte das Ende ihrer Beschäftigungslosigkeit den Tatbestand, daß der beschäftigte Arbeiter mehr arbeiten, also Überstunden leisten mußte, um überhaupt auf seinen Krisenlohn – ganz zu schweigen vom Vorkrisenlohn – zu kommen und überdies die Steigerung der Lebenshaltungskosten, besonders die Preiserhöhungen für Lebensmittel, ferner aber auch die zusätzlichen Zwangsbeiträge für die DAF und andere Naziorganisationen und -veranstaltungen zu kompensieren.

Berechnet man die gezahlte Gesamtlohnsumme, so erreichte ihr realer Wert im Jahre 1937 nach Aufsaugung der Masse der Arbeitslosen wieder das Niveau von 1928 – und das bei gewachsener Beschäftigung und Produktion, bei längerer Arbeitszeit und erheblich gestiegener Intensität der Arbeit. Eine solche Entwicklung war einmalig in der Geschichte des Imperialismus.

Die Folgen der faschistischen Politik entsprachen dem heimlichen Ideal der Ausbeuter. Das Einkommen aller Arbeiter und Angestellten stieg von 1932 bis 1937 kaum um 24 Prozent; dasjenige aller anderen, d. h. der besitzenden Schichten, dagegen auf das Zweieinhalbfache. Jürgen Kuczynski errechnet aus dieser Kluft zwischen dem Einkommen von Ausgebeuteten und Ausbeutern ein Sinken der Rate des Relativlohns um etwa die Hälfte und resümiert: „Die Gegensätze zwischen den Reichen und den Armen haben sich unter dem Faschismus schneller als je in der Geschichte des deutschen oder irgendeines anderen Volkes verschärft.“[45]

Die Degradation der deutschen Arbeiter zu Befehlsempfängern, zu „disziplinierten Soldaten der Arbeit“, wie sich Gustav Krupp ausdrückte[46], diente zugleich der wirtschaftlichen, politischen und moralischen Kriegsvorbereitung. Denselben Sinn hatte die Fesselung des Arbeiters an den Betrieb und Arbeitsplatz, der deutschen Arbeiterklasse schon aus der Zeit des ersten Weltkrieges wohlbekannt. Sie wurde im Laufe der Vorkriegsjahre zu einem weiteren Grundstein für das Gebäude der staatsmonopolistischen Sklaverei. Im Laufe des Jahres 1934 kamen die ersten Verordnungen heraus, die die Freizügigkeit der Arbeitskraft, d. h. vor allem das Recht auf Kündigung und freie Wahl des Arbeitsplatzes, zunächst für einzelne Berufsgruppen beschränkten.[47] Vorausschauend stellte der IG-Farben- Konzern im März 1935 bereits die Forderung, „alle in Frage kommenden Arbeitskräfte im Kriegsfalle militärisch einzugliedern und den betreffenden Organen der Wehrwirtschaft ... zu unterstellen“ – Organen, die von den Konzernen und Industrieverbänden selbst gebildet oder kontrolliert werden sollten.[48]

Die gesetzlichen Bestimmungen wurden in dem Maße ausgeweitet und verschärft, wie der Mangel an Arbeitern, besonders an Facharbeitern, für die Kriegsrüstung zunahm. Mit dem Jahre 1938, mit

[43] Mason, Entstehung, S. 327.
[44] Derselbe, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 66, Anm. 78.
[45] Kuczynski, S. 176.
[46] Paterna u. a., S. 98 f.
[47] Kuczynski, S. 150 ff., S. 220 ff.
[48] Anatomie des Krieges, S. 131 f., Dok. 38; Denkschrift des IG-Farben- Konzerns für den Rüstungsbeirat des Reichswehrministeriums von März 1935.

dem Beginn der Phase der rasch aufeinanderfolgenden Annexionen und der unmittelbaren Vorbereitung auf den Krieg, vervollkommneten die Faschisten das in seinen Grundzügen seit 1936 existierende System der staatsmonopolistischen Zwangsregulierung der Arbeitskräfte. Sie legten mit neuen Gesetzen die Grundlage für die allgemeine Arbeitspflicht und für die Dienstverpflichtung. Während des Krieges schließlich ging die Fesselung des Arbeiters an den Betrieb so weit, daß unterbeschäftigte Betriebe, beispielsweise Bauunternehmen, ihre Arbeitskräfte an andere regelrecht verpachteten.

[63] Ein besonders düsteres Kapitel in der Geschichte der faschistischen Diktatur in Deutschland war die Verschleppung von 12 bis 14 Millionen ausländischer Bürger, einschließlich Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge, während des Krieges als Zwangsarbeiter nach Deutschland. Das Zwangsarbeitssystem war dem schrankenlosen Expansionsdrang der deutschen Monopole adäquat und entsprach voll und ganz ihrem unstillbaren Profithunger. Entgegen allen späteren Schutzbehauptungen der deutschen Monopolgewaltigen über den Zwang zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, dem sie angeblich durch die faschistischen Behörden ausgesetzt waren, war dieses System ihre eigene Schöpfung und in vieler Hinsicht die Verwirklichung ihres imperialistischen Ideals von der profitablen, risikolosen Ausbeutung fremder Hilfsvölker von kolonialem Status.

In einem Vortrag, den ein Direktor des Fieseler-Flugzeugkonzerns im Sommer 1943 vor leitenden Mitarbeitern des Junkers-Konzerns über den „Einsatz der Ausländer in der deutschen Rüstungsindustrie“ hielt, zählte er die Vorzüge der Zwangsarbeit für die deutschen Monopole auf: „Der größte Vorteil der Ausländerbeschäftigung ... liegt darin, daß wir nur Befehle zu erteilen brauchen, kein Widerspruch erfolgt, kein Verhandeln nötig ist ... Der Ausländer ist sofort zur Stelle, wenn er für Überstunden und Sonntagseinsatz benötigt wird ... Der Arbeitszeitanteil ist im ganzen ein größerer als bei deutschen Gefolgschaftsmitgliedern. Die Entlastung deutscher Männer an gesundheitsschädlichen Plätzen ... ist eingetreten und von erheblichem Wert.“

Der Vortragende hob hervor, wie „praktisch“ es sei, daß man die Zwangsarbeit in allem „soldatisch aufziehen“ könne. Sprachkenntnisse seien an sich nicht erforderlich, weil mit den für ihn nur als Nummern existierenden ausländischen Arbeitern eine „Verständigung in deutscher Befehlsform“ vollständig hinreichend sei. Seine Schlußfolgerungen wiesen auf die Fortsetzung des Zwangsarbeitssystems nach dem Kriege hin: „Der Deutsche hat sich mit dem Ausländereinsatz zum ersten Mal in einem riesigen Umfange die Tätigkeit von Hilfsvölkern zu eigen und zunutze gemacht und daraus Lehren gezogen und Erfahrungen gesammelt. Es wird schon gut sein, schon während, spätestens nach dem Kriege diesen ganzen Erfahrungsschatz an berufener Stelle zu sammeln.“ Allerdings erkannte er die wesentliche Voraussetzung dieses Systems: „Nur die Macht hält alles zusammen, und wehe uns, wenn es anders wäre.“[49]

Der soziale Status des Proletariers verschlechtert sich unter der faschistischen Diktatur ungeachtet allen propagandistischen Getöses katastrophal und allgemein. Politisch entrechtet, ihrer Klassenorganisationen beraubt, wird die Arbeiterklasse vom Faschismus sogar in ihrer historisch errungenen Klassenposition auf erniedrigende Weise angegriffen. Doppelt frei ist der Lohnarbeiter im Kapitalismus: frei von Produktionsmitteln, die Eigentum der Kapitalistenklasse sind, frei aber auch von feudalen Fesseln, von Leibeigenschaft, d. h. frei genug, um seine Arbeitskraft dem Kapital nach eigenem Gutdünken zu verkaufen.

Das Eigentum an den Produktionsmitteln bleibt in den Händen der Bourgeoisie; es konzentriert sich dort mit Hilfe des Faschismus sogar in unerhörter Weise. Hingegen verringert sich die historisch errungene Freiheit des Lohnarbeiters, seine Arbeitskraft nach eigenem Gutdünken zu verkaufen. Sie wird zurückgeschraubt auf das Niveau einer staatlich verordneten Lohnsklaverei, deren hauptsächliche Bedingungen innerhalb eines minimalen Spielraums zwischen den Vorschriften faschistischer Gesetze und der Willkür der [64] Unternehmer festgelegt werden. Der Faschismus drückt der Lohnarbeit, der „vermittelten Zwangsarbeit“[50], zusätzlich den Stempel des unvermittelten Zwanges auf.

[49] ZStA Potsdam, Filmsammlung, Film Nr. 4184; Vortrag von Dir. Freyer vom 22.6.1943.
[50] Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 232.

Freilich verhilft der Faschismus hiermit nur Charakterzügen und Tendenzen des Kapitalismus, Imperialismus und Kolonialismus zur vollen Ausbildung, indem er die gesellschaftliche Gegenkraft, die kampfbereite Arbeiterklasse, blutig unterdrückt. Es handelt sich nicht um qualitativ neue, „faschistische“ Züge in der kapitalistischen Ökonomik. Die alten Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse werden nicht aufgehoben, sondern nur vertieft und verschärft. Die Mittel und Methoden hierfür sind politischer, spezifisch faschistischer Natur; das Instrumentarium als ganzes ist das des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

2. Konsolidierung der Eigentumsverhältnisse – Konzentration von Privateigentum und Profit

Die blutige Verfolgung der revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung und der allgegenwärtige Terror gegen jeden, der dem Regime Widerstand leistete, waren das, was das Finanzkapital in Deutschland als „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“, als „Grundlage für ein stabiles Regierungsfundament“[51] enthusiastisch begrüßte. Auf der ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft am 2. Juni 1933 stellte der Vorstand in seinem Bericht triumphierend fest: „Mit der Reichstagswahl vom 5. März 1933 und der Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933 ist eine klare Entscheidung auf dem Gebiete der deutschen Politik gefallen. Sie gibt den ... national zusammengefaßten Kräften die Grundlage, um sich mutig entfalten zu können.“[52] *Mut* also beseelte die Monopolherren – jetzt, da ihre Henkersknechte im Blut revolutionärer Arbeiter wateten; und *Entfaltung* war ihnen ein Synonym für ungehemmte Ausbeutung der durch den Terror niedergehaltenen werktätigen Massen.

Die Terrorfunktion als Grundfunktion jeder faschistischen Diktatur diente unmittelbar der Stabilisierung der kapitalistischen Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse und trug zur Sanierung und Erweiterung der ökonomischen Macht des Kapitals bei. Dieser Umstand steht in historischen Darstellungen an Bedeutung häufig unberechtigterweise zurück hinter der anlaufenden Rüstungskonjunktur. Tatsächlich war es zuerst noch unsicher, ob und wie man die – ja bereits seit Monaten abflauende – Krise durch Konjunkturspritzen und staatsmonopolistisch forcierte Belebung, insbesondere durch Rüstungsaufträge, beschleunigt werde überwinden können. Doch rechnete die Finanzoligarchie vom ersten Tage der Machtübertragung an felsenfest damit, daß man nun die Lasten und Verluste der Krise weitestgehend auf die werktätigen Massen, voran die Arbeiterklasse, werde abwälzen können.

Mehr noch als die sich seit dem zweiten Halbjahr 1932 anbahnende allmähliche Wiederbelebung der Wirtschaft war es diese optimistische Überzeugung der deutschen Bourgeoisie, die sich in der Gewinn- und Verlustrechnung der deutschen Aktiengesellschaften widerspiegelte, wo die roten Zahlen fast über Nacht verschwanden (vgl. Tabelle 1). [65]

Tabelle 1

Gewinn- und Verlustrechnung deutscher Aktiengesellschaften 1933

Quartal	Gewinn	Verlust	Saldo	Saldo des Vorjahres (zum Vergleich)
	(in Millionen RM)			
I/1933	32,7	32,2	+ 0,5	– 67,8
I I/1933	70,4	30,5	+ 39,9	– 93,9
III/1933	58,4	63,6	– 5,2	–136,3
IV/1933	377,6	355,0	+ 22,6	– 458,6

Quelle: *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, hrsg. von Ernst Wagemann, Berlin 1935, S. 155 f. (ohne Banken, Versicherungen u. Beteiligungsgesellschaften).

[51] ZStA Potsdam, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 10 (Krupp-Prozeß), Film Nr. 423, ADB 6, Dok. NI-910; Gustav Krupp an Hitler vom 24. 3. 1933 (d. h. am Tage der Verkündung des Ermächtigungsgesetzes! Krupp bezog sich unmittelbar auf das Ergebnis der Märzwahlen).
[52] Ebenda, Deutsche Bank, Nr. 5960, Bd. 4.

Die historische Konstellation beleuchtet auch die theoretische Seite des Problems: Die Inthronisation eines faschistischen Regimes zieht als – bezweckte – Folge auf ökonomischem Gebiet die Stabilisierung bzw. Restauration der kapitalistisch-monopolistischen Eigentumsverhältnisse nach sich, vor allem auf Grund der Tatsache, daß die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse und alle anderen organisierten progressiven Kräfte einschließlich der Gewerkschaften durch den faschistischen Terror weitgehend paralysiert sind. Dies kann als Charakteristikum jeder voll ausgebildeten faschistischen Diktatur gelten.

Das Anheizen der wirtschaftlichen Belebung durch forcierte Aufrüstung war dagegen ein spezifisches Kennzeichen der deutschen Geschichte seit 1933. Der innere Zusammenhang zwischen beiden Wirkungsebenen der Nazidiktatur war eindeutig: Die Lähmung der progressiven gesellschaftlichen Kräfte durch faschistischen Terror war eine Voraussetzung für die forcierte Aufrüstung.

In Deutschland wirkten seit 1933 beide Faktoren – terroristische Niederhaltung der Werktätigen und Aufrüstung – in gleicher Richtung und brachten es zuwege, daß der Kapitalreichtum der Bourgeoisie lawinenartig anschwoll. Die Reichsstatistik für Kapitalgesellschaften wies nach fünf Jahren faschistischer Diktatur eine Steigerung des Einkommens (nur des steuerpflichtigen) solcher Gesellschaften auf 485 Prozent aus.

Tabelle 2

Steuerpflichtiges Einkommen der AG und GmbH 1933 und 1938

Jahr	Zahl der steuerpflichtigen AG und GmbH	Steuerpflichtiges Einkommen (in Millionen RM)	
		insgesamt	durchschnittlich je Unternehmen
1933	17983	1104	0,06
1938	18999	5349	0,28

Quelle: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. u. eingel. von Dietrich Eicholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 32.

[66] Die Masse des Kapitalreichtums konzentrierte sich in den Händen der Großunternehmen. Die Gesellschaften mit zwei Millionen RM Kapital und darüber – 2,2 Prozent aller Gesellschaften mit rund zwei Dritteln allen Kapitals – steigerten das statistisch erfaßte Einkommen auf 847 Prozent.

Tabelle 3

Steuerpflichtiges Einkommen der AG und GmbH 1933 und 1938

Jahr	Zahl der steuerpflichtigen AG und GmbH mit zwei Millionen RM und mehr Kapital	Steuerpflichtiges Einkommen (in Millionen RM)	
		insgesamt	durchschnittlich je Unternehmen
1933	71	1104	0,06
1938	423	5349	0,28

Quelle: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. u. eingel. von Dietrich Eicholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 32.

Die Woge des Profits und die Anforderungen der Rüstung an die Wirtschaft stimulierten die Investitionstätigkeit. Der Investitionsboom konzentrierte sich auf die Produktionsmittelindustrien. Die Konsumgüterindustrien dagegen waren nicht in der Lage, die Desinvestitionen seit 1929 zu kompensieren und den Produktionsapparat einfach zu reproduzieren. Die krasse volkswirtschaftliche Disproportion, die hierdurch entstand, legte Zeugnis ab für eine einseitige, rücksichtslose, volksfeindliche Aufrüstung.

Es offenbarte sich darin zugleich eine beispiellose Privilegierung der Großkonzerne, die gerade im Bereich der Produktionsmittelindustrien (Grundstoffindustrien, Chemie, Elektroindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Energiewirtschaft, Bauindustrie) eine alles beherrschende Position einnahmen.

Auf bestimmten, für die Aufrüstung wichtigen Gebieten der Produktion und „Ersatz"produktion griff der Staat der Industrie unter die Arme, teils mit Preis- und Absatzgarantien (synthetischer Treibstoff und Kautschuk), teils mit Kapitalbeteiligungen (verschiedene Grundstoffindustrien, Fabriken für Waffen, Munition, Pulver, Sprengstoffe, Giftgase, Flugzeugindustrie). Bei der Brabag, einer gemeinschaftlichen Gründung von Staat, Montan- und Chemiemonopolen, und bei ähnlichen Unternehmen behielt der Staat sich die Oberaufsicht vor. Eine Anzahl großer Unternehmen galt als staatseigen, darunter wehrmachteigene Produktionsanlagen, die meisten großen Zellwollfabriken und der Montankonzern der „Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten ‚Hermann Göring'".

In einem Stadium forcierter imperialistischer Aufrüstung und Kriegsvorbereitung – ganz zu schweigen von der Kriegszeit – stellt es nun nichts historisch Einmaliges dar und ist nicht auf faschistische Diktaturen beschränkt, daß der Staat Unternehmen und Produktionszweige stützt, ins Leben ruft und verschiedentlich auch selbst finanziert und betreibt, deren Rentabilität allgemein als unsicher erscheint und sich häufig erst im Kriegsfall herausstellt bzw. herausstellen soll. Es geschieht in der Regel auch nicht, ohne daß Konkurrenzgegensätze innerhalb der herrschenden Klasse ausgetragen werden. Hierbei geht es nicht um die Verstaatlichungsfurcht der Wirtschaftsgewaltigen – wenn be-[67]troffene Monopole und Monopolgruppierungen auch mit diesem Argument operierten und operieren – es geht vielmehr um die eigene Monopolstellung, um kapitalistische Rentabilität und Monopolprofit.

Verfehlt ist der von bürgerlichen Autoren immer wieder unternommene Versuch, derartige Auseinandersetzungen als Antagonismus zwischen faschistischem Staat und „der Wirtschaft" zu deuten. Besonders häufig wird die Gründung der Reichswerke „Hermann Göring" im Sommer 1937 als Beweis dafür angeführt, daß der faschistische Staat den Widerstand „der Industrie" gegen die Errichtung eines großen Staatskonzerns mit Androhung von Gewalt gebrochen und damit seine Herrschaft bzw. die der faschistischen Partei über „die Wirtschaft" etabliert oder stabilisiert habe. In Wirklichkeit unternahm der Staat in Gestalt der Vierjahresplanbehörden vor allem den Versuch, in einem wichtigen Industriezweig die Verluste zu „sozialisieren", die bei der Vorbereitung auf den Krieg und auf eine Wirtschaftsblockade auftreten mußten. Soweit die Interessen der Montankonzerne als voraussichtliche Konkurrenten davon betroffen wurden, handelten diese schließlich sehr günstige Bedingungen aus.[53]

Die Staatsbetriebe im faschistischen Deutschland waren – wie in allen anderen imperialistischen Staaten auch – vollständig in das System der privatkapitalistisch-monopolistischen Eigentumsverhältnisse und der privaten Aneignung integriert. Dieser Schlußfolgerung nähert sich – im Unterschied zu anderen bürgerlichen Autoren, insbesondere zu den traditionellen Verfechtern der Totalitarismustheorie – Dietmar Petzina, wenn er anerkennt, daß „auch die im Zeichen des Vierjahresplans errichteten staatlichen Unternehmen in der Form privater Betriebe organisiert waren und sich bruchlos in das privatkapitalistische System einfügten".[54]

Mitunter wird die Auffassung vertreten, die führenden faschistischen Politiker würden durch Raub und anderweitigen Einsatz ihrer politischen Macht selber zu Großeigentümern an Kapital, zu Monopolisten; es erweitere sich dadurch der „engste Kreis" des Monopolkapitals. Die Führer der NSDAP beispielsweise seien, so schreibt Kuczynski, „in die herrschende Schicht aufgenommen" worden, und zwar mit „vollen monopolkapitalistischen Rechten", sie seien „‚aus eigenen Rechten' Großkapitalisten, Trustbarone u Konzerngewaltige" geworden.[55]

[53] Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 50 ff.
[54] Dieter Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 196.
[55] Kuczynski, S. 38.

Das mag für die Diktaturen gelten, die Jahrzehnte überdauern und überdies sozusagen eines sanften Todes sterben, weil es nicht gelingt, sie gewaltsam zu stürzen und von Grund auf zu zerschlagen; möglicherweise für die spanische – soweit hinsichtlich Spaniens schon etwas Belegbares hierüber ausgesagt werden kann. Das deutsche Beispiel bestätigt jene Auffassung kaum. Auch in einer faschistischen Diktatur mit extremer Konzentration der Staatsgewalt in Händen eines „Führers“ und einer Handvoll Paladine wie der deutschen verwandeln sich Staatseigentum und Eigentum der faschistischen Partei – auf solche Belege stützt sich die genannte Auffassung – nicht einfach in Privateigentum. Aus vielfältigen Gründen achten hierauf sowohl die Monopolbourgeoisie als auch die politisch führende Clique. Auch die Verfügungsgewalt der faschistischen Führer über das erwähnte Eigentum stößt auf die Grenze sowohl der objektiven Gesetze als auch staatlicher Regelungen und der Geschäftsbräuche der herrschenden kapitalistischen Ordnung.

[68] Wenn Faschistenführern wie Hitler, Göring und Himmler auf Grund ihrer Machtstellung in Staat und Nazipartei auch große Möglichkeiten zur persönlichen Bereicherung offenstanden, so besaßen sie solche Möglichkeiten eben nach Maßgabe ihrer Eignung und Bewährung als *politische* Repräsentanten des Systems. Wo – was selten der Fall war – die Eigentumsdisposition über Großunternehmen in Staats- oder Parteibesitz direkt von exponierten faschistischen Politikern ausgeübt oder kontrolliert wurde, wie bei den Monopolunternehmen der Massenkommunikation, so geschah dies eben zu dem Zweck, die Mittel der Demagogie und Massenmanipulierung als Mittel der *politischen* Herrschaft zusammengefaßt einzusetzen.

Göring war also, exakt gesprochen, nicht „einer der größten Eisen- und Stahltrustherren der Welt“, Himmler ebensowenig „der größte Großgrundbesitzer“ wie der Eigentümer der KZ-Lagereinrichtungen und der KZ-Arbeitssklaven, und auch Hitler nicht „der größte Verleger“[56]; die Aufzählung kann fortgesetzt werden beispielsweise mit Goebbels (Film- und Rundfunkmonopol) und mit Ley (DAF-Vermögen und -Unternehmen).

Charakteristischer als die Gründung oder Förderung von Staatsbetrieben war für die Jahre der faschistischen Diktatur die Reprivatisierung zahlreicher Staatsbetriebe und staatlicher Kapitalanteile an Banken, Industrie- und Verkehrsunternehmungen. Die Einzelheiten dieser Entwicklung wurden allerdings bisher nur sehr sporadisch untersucht; über den Gesamtumfang der Reprivatisierungen ist nichts bekannt. An hervorragender Stelle sind die maßgebenden Staatsbeteiligungen an den Vereinigten Stahlwerken, an der Dresdner Bank und an den großen Überseereedereien Hapag und Norddeutscher Lloyd zu nennen, die teils vor dem Krieg, teils während des Krieges mit Dutzenden Millionen Mark Gewinn für die Monopole reprivatisiert wurden. Auch die Reichswerke „Hermann Göring“ sollten – diese Aussicht war den deutschen Industrie- und Bankherren von vornherein eröffnet worden – später, d. h. nach siegreichem Kriegsende, privatisiert werden; man begann damit schon im Jahre 1942.

Das wahrscheinlich größte Einzelgeschäft mit Staatsgeldern zugunsten privaten Besitzstandes machte der Krupp-Konzern. Hitler unterschrieb im November 1943 eigens ein Reichsgesetz, die sogenannte Lex Krupp („Erlaß des Führers über das Familienunternehmen der Firma Fried. Krupp“)[57], nach dem der Konzern von einer Aktiengesellschaft in ein „Familienunternehmen mit besonders geregelter Nachfolge“ zurückverwandelt wurde. Der wesentliche Zweck des Gesetzes bestand darin, der Familie Krupp bei der Übernahme des Konzernvermögens von Bertha Krupp und der Konzernleitung von Gustav Krupp durch ihren Sohn Alfried unzählige Millionen an Erbschaftssteuer zu ersparen. Die Kruppsche Steuerschuld betrug erheblich mehr als 400 Millionen RM[58], eine Summe, die jeder bürgerliche Staat gegen eine namhafte staatliche Beteiligung an dem Kapital des betreffenden Unternehmens hätte ablösen lassen können. Unter der national„sozialistischen“ Diktatur fand sich 1944 – mitten im Krieg, als auf den Schlachtfeldern Ströme von Blut flossen – eine andere „Lösung“: Krupp

[56] Ebenda. – Speziell zum Eigentum am Konzern des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes siehe Götz Dieckmann, Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft, phil. Diss., Berlin 1968, S. 13 ff., S. 23 ff.
[57] RGBl. 1943/I, S. 184 f.; Erlaß vom 12.11.1943.
[58] ZStA Potsdam, Reichsfinanzministerium Nr. B 7188/I, Bl. 251 ff.; Aufzeichnung (Reichsfinanzministerium) vom 12.5.1944.

sollte jährlich fünf Prozent des als steuerpflich-[69]tig auszuweisenden Gewinns, d. h. etwa fünf Millionen RM, „auf unbegrenzte Zeit“ an das Reichsfinanzministerium abführen.[59]

Seine volle Bedeutung erlangte dieses „Erbhofgesetz“ für einen der größten Montan- und Rüstungskonzerne Europas erst nach dem Untergang der faschistischen Diktatur, als Deutschland in Schutt und Asche lag, Alfried Krupp aber nach kurzem Aufenthalt im Nürnberger Kriegsverbrechergefängnis sein gesamtes Vermögen, nach Berechnungen seiner eigenen Anwälte immer noch milliardenschwer, aus der Beschlagnahmemasse Amerikaner zurückerhielt.

Paradoxerweise war auch die sogenannte Arisierung, d. h. die Enteignung jüdischer Privateigentümer, charakteristisch nicht etwa für die prinzipielle Eigentumsfeindlichkeit der Hitlerdiktatur, sondern im Gegenteil für die treibhausmäßige Förderung des kapitalistischen Privateigentums und der Interessen der großen Kapitaleigentümer. Das Eigentum der Bürger jüdischer Herkunft eignete sich nicht der faschistische Staat an; die „Arisierer“ trugen ganz überwiegend „private“ Namen wie Flick, Mannesmann, Abs, Horten, Namen großer und kleinerer „arischer“ Unternehmen und Banken, die sich an jenem Eigentum bereicherten. Die zur „Abfindung“ der ehemaligen Eigentümer mitunter notwendigen Devisenbeträge zahlte oder vermittelte, wenn der Kunde nur einflußreich genug war, die Reichsbank. Bei den Großbanken, voran Deutsche Bank und Dresdner Bank, liefen Hunderte und Tausende Arisierungsgeschäfte zusammen.

Die Okkupations- und „Neuordnungs“politik des deutschen Imperialismus führt schließlich die Thesen vom „Krieg Hitlers“, der, nach Mason, den Interessen der „ökonomisch herrschenden Klassen ... in wesentlichen Punkten zuwiderlief“[60], vom „rassenideologischen Vernichtungskrieg“ u. ä. ad absurdum. Überall waren es die Interessen der Monopole, der großen Rüstungskonzerne und Banken, die bei Raub und Plünderung ebenso wie in der Kriegsziel- und Weltherrschaftsplanung in erster Linie Berücksichtigung fanden. Die „ursprüngliche Akkumulation“[61], die die Monopole in den annektierten und okkupierten Gebieten mit Hilfe der Militärgewalt und unter politischem Druck betrieben, belief sich wertmäßig, soweit überhaupt abzuschätzen, auf Dutzende von Milliarden Reichsmark.

In bezug auf das besetzte Gebiet der UdSSR, wo mit der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung auch ihre Grundlage, die sozialistischen Eigentumsverhältnisse, liquidiert werden sollten, hieß es zwar zunächst, das Eigentum an allen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben sei „auf das Reich übergegangen“.[62] „Endgültige Besitzregelungen“ hinsichtlich dieses „Wirtschaftssondervermögens“ seien „grundsätzlich bis auf weiteres ausgeschlossen“.[63]

Doch die Monopole erreichten es, daß Hitler selber ihnen über Minister Albert Speer die künftige Eigentumsübertragung bestätigte und zusagte. Speer hatte die Gelegenheit zu einer diesbezüglichen Intervention wahrgenommen, als er am 4. Juni 1942 bei Hitler über den geplanten Ausbau des Donez-Reviers zu einem deutschen Rüstungszentrum und über die personellen und materiellen Schwierigkeiten berichtete, die dabei auftraten. „In dieser [70] Verbindung ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Werke (des Donez-Beckens – D. E.) besser von privaten Treuhändern geführt werden, um mit allen Mitteln zu einem beschleunigten Wiederaufbau zu kommen.“[64] In Speers Besprechungsniederschrift heißt es lapidar: „Der Führer kommt bei dieser Gelegenheit wieder darauf zurück, daß er keine (staatlich organisierten – D. E.) Monopolgesellschaften im Osten wünscht, sondern daß die Privatinitiative einzuschalten sei.“[65] Seitdem war in eingeweihten Kreisen der herrschenden Klasse – etwa in der

[59] Ebenda, Bl. 281, 281 R; Schwerin v. Krosigk an Lammers vom 18.9.1944.
[60] Mason, Primat der Politik, S. 474.
[61] Kuczynski, S. 40 f.
[62] Dietrich Eichholtz, Die Richtlinien Görings für die Wirtschaftspolitik auf dem besetzten sowjetischen Territorium vom 8. November 1941, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 1-2/1977, S. 101.
[63] ZStA Potsdam, Filmsammlung, Film Nr. 10634; Erlaß Görings über „Grundsätze für die treuhänderische Verwaltung in den besetzten Ostgebieten“ vom 20.5.1942.
[64] BA Koblenz, II 13 I/1074; Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie an Reichsgruppe Industrie (Ostreferat), 22.6.1942.
[65] ZStA Potsdam, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 11 (Wilhelmstraßenprozeß) Nr. 414, Bl. 2, Dok. R-124; Prot. der „Führerbesprechung“ vom 4.6.1942, Punkt 34.

Reichsgruppe Industrie – die Rede davon, „daß die dafür (als „Treuhänder“ für die sowjetischen Werke – D. E.) zu bestimmenden privaten Konzerne die Betriebe nach dem Kriege behalten könnten“.[66]

Noch auf der sogenannten Linzer Rüstungstagung Ende Juni 1944, der letzten großen Schaustellung der um das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion gruppierten Crème der deutschen Kriegswirtschaft, ließen sich die dort versammelten Rüstungsmagnaten von Hitler selber ihre Eigentums- und Profitansprüche für die Zukunft bestätigen. Am 26. Juni sprach Hitler im „Platterhof“, einem Hotel am Obersalzberg, vor dem engeren Kreis der Geladenen, etwa 150 Personen. Hitler, der unter dem unmittelbaren Eindruck der im Osten über die faschistische Wehrmacht hereinbrechenden sowjetischen Offensiven und der Fortschritte der Invasionsarmeen im Westen und im Süden stand, bot den Anwesenden „den Anblick eines Menschen in schwerstem Erschöpfungszustand und zeitweiser Geistesabwesenheit“.[67] Doch hielt er sich in einem zentralen Punkt seiner Rede an das ihm von Speer vorgegebene Konzept und versprach den Repräsentanten des deutschen Monopolkapitals: „Wenn dieser Krieg mit unserem Sieg entschieden ist, dann wird die Privatinitiative der deutschen Wirtschaft ihre größte Epoche erleben!“[68]

Als das Kriegsende nahte, begannen die Monopole angesichts der drohenden Niederlage Vorsorge für die Rettung ihrer Macht zu treffen, die sie vor allem durch die näherrückende Sowjetarmee und durch künftige revolutionäre Umgestaltungen in Deutschland, etwa eine „Volksfrontregierung in Berlin“ (Flick), gefährdet sahen. Im Mittelpunkt ihrer Sorge stand die Grundlage ihrer Existenz und Herrschaft, das Kapitaleigentum, ins Riesenhafte angewachsen durch rücksichtslose Ausbeutung deutscher und ausländischer Arbeiter, durch enorme Rüstungs- und Kriegsprofite, durch Raub und Plünderung in fremden Ländern. Bankkonten und Eigentumspapiere wurden nun aus dem Osten nach dem Westen Deutschlands verlagert. Bedeutende Summen an Vermögen und Profiten wurden ins neutrale Ausland transferiert. Ausländische Strohmänner ließ man Tarnunternehmen im Ausland aufbauen. Friedrich Flick schritt 1944 zu einer durchgreifenden Umorganisation seines Konzerns. Im März „verschenkte“ er 90 Prozent des Kapitals der Holdinggesellschaft seines Konzernreichs, der Friedrich Flick KG, an seine beiden Söhne, behielt sich aber die alleinige Geschäftsführung vor. Im Herbst teilte er den Konzern in vier Produktionsgruppen auf und verlegte die Verwaltung des Gesamtkonzerns von Berlin nach Düsseldorf.

[71] Befürchtungen hegten die Monopolgewaltigen auch davor, daß, wie es im April 1944 Walter Rohland, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, in vertraulicher Unterredung Albert Speer vorgehalten hatte, im eigenen Land „von einer verzweifelten Führungsspitze mutwillige Zerstörungen befohlen werden könnten“.[69] Als Hitler im März 1945 tatsächlich anordnete, jene barbarische Politik der „Verbrannten Erde“ auf einheimischem Boden fortzusetzen, die die Faschisten seit Beginn ihrer Rückzüge in der Sowjetunion angewandt hatten, sah er sich bereits zehn Tage später gezwungen, den Befehl de facto zurückzunehmen; Speer hatte ihm mit dem geschlossenen Widerstand der Spitzen der Kriegswirtschaft gedroht, die inzwischen im Bunde standen mit Ministern, maßgeblichen Militärs sowie einer ganzen Reihe von Gauleitern und SS-Führern.[70]

In krassem Widerspruch zu dem umfassenden Schutz und der beispiellosen Förderung kapitalistisch-monopolistischen Eigentums stand die faschistische Propaganda, standen die öffentlichen Verlautbarungen des NS-Regimes zu diesem Punkt. Dieser Widerspruch war ein charakteristisches Anzeichen für die innere, immanente Schwäche des Regimes und ist typisch auch für andere faschistische Diktaturen. Die deutschen Faschisten waren sich stets der Tatsache bewußt, daß die Eigentumsverhältnisse, und hier wiederum in erster Linie die Übermacht des Eigentums der großen Monopole in der

[66] BA Koblenz, R 13 I/1074; Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie an Reichsgruppe Industrie (Ostreferat), 22.6.1942.
[67] Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, Düsseldorf 1973, S. 396.
[68] „Es spricht der Führer“. 7 exemplarische Hitler-Reden, hrsg. u. erläut. von Hildegard v. Kotze Helmut Krausnick unter Mitarb. von F. A. Krummacher, Gütersloh 1966, S. 352.
[69] Albert Speer, Erinnerungen, Berlin 1971, S. 350.
[70] Dietrich Eichholtz, Manager des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Bürgerliche Literatur über faschistische Minister und Militärs in der Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, in: JfW, 1974/III, S. 231 ff.

Wirtschaft, ein neuralgischer Punkt für ihre soziale Demagogie waren. Ihren Massenanhang hatte die NSDAP außer mit antikommunistischen und chauvinistischen Losungen mit Hilfe pseudorevolutionärer Propaganda gegen das „raffende Kapital“, insbesondere das jüdische, und gegen die Kapitalübermacht beispielsweise der Warenhäuser gegenüber dem gewerblichen Mittelstand und dem kleineren Unternehmertum unter ihren Fahnen versammelt. Die betreffenden Punkte des sogenannten Parteiprogramms waren allerdings schon vor 1933 revidiert worden bzw. die Naziführung hatte ihren großbourgeoisen Protektoren gegenüber hinreichend beruhigende Erklärungen hierzu abgegeben. Hjalmar Schacht meinte vorzugsweise diese Punkte, wenn er des öfteren auf Hitlers nach seiner Meinung meisterliche Fähigkeit hinwies, auf dem „Massenklavier“ zu spielen.

Nach 1933, als die offensichtliche Botmäßigkeit des Regimes gegenüber dem kapitalistisch-monopolistischen Eigentum einen Teil seiner Massenanhängerschaft enttäuschte, wichen die faschistischen Demagogen auf die Hetze gegen das Eigentum von Unternehmern jüdischer Herkunft aus. Sie ordneten ihren „Sozialismus“ auch in anderer Beziehung der Irrlehre ihres Rassismus unter. Gegenstücke zur „Arisierung“ jüdischen Eigentums daheim und in den im Krieg überfallenen Ländern und zum Raub des Eigentums der „jüdisch-bolschewistischen Untermenschen“, d. h. des sozialistischen Eigentums in der UdSSR, waren die „Erbhof“gesetzgebung und die umfassenden „Germanisierungs-“ und Siedlungspläne in Osteuropa.

Nach dem Krieg sollten nach einer gängigen Propagandalosung vor allem die deutschen „Frontsoldaten“ aus der großen Beute an kleinen und mittleren Betrieben, Geschäften, Werkstätten, an landwirtschaftlichen Betrieben und an anderen Besitzungen und Pfründen abgefunden werden. Diese Losung, bezogen wiederum auf Osteuropa, vor allem auf die besetzten sowjetischen Gebiete, sollte die Kriegs- und Kampfmoral an der Front, hinter der Front und in Deutschland selbst stärken.

Wer sich tatsächlich an sowjetischem und polnischem Eigentum in größtem Maßstab [72] schon während des Krieges bereicherte bzw. sich die Eigentumstitel bereits sicherte, waren die deutschen Monopole – so die Gründerkonzerne der Kontinentale Öl AG und die „Paten“ der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost mbH –, außerdem ein Häuflein Generale und Feldmarschälle, die von Hitler Dotationen in Gestalt von großen Gütern empfingen.[71]

Damit war in Umrissen schon jene Gesellschaftsstruktur erkennbar, die die deutschen Imperialisten bis zur Wolga und zum Ural errichten wollten: ganz ähnlich der in Deutschland selbst, verbreitert allerdings um eine Dutzende von Millionen umfassende Schicht kolonial ausgebeuteter und grausam unterdrückter Heloten, nämlich der restlichen einheimischen Bevölkerung.

Das Problem der Eigentumsverhältnisse blieb jederzeit eine der schwächsten Stellen im nationalsozialistischen Credo. Die deutschen Faschisten taten ihr Möglichstes, ihre breite Anhängerschaft mit Flausen vom „verpflichteten“ Eigentum der Krupp und Konsorten zu füttern, das unter staatlicher Kontrolle nach dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ der „Volksgemeinschaft“ zu dienen habe. Der staatsmonopolistische Regulierungsapparat, der freilich kein „der Wirtschaft“ von Nazipartei und Staat aufoktroyierter Zwangsmechanismus, sondern in Wirklichkeit ein Apparat der staatlich sanktionierten Zwangsherrschaft der Rüstungsmonopole über die gesamte Kriegswirtschaft war, verlieh diesen Phrasen besonders im Krieg einen Anschein von Realität.

Die faschistische Strategie, den Klassenkampf der Ausgebeuteten zu liquidieren und auf diese Weise die Austragung der Klassengegensätze zu verhindern – durch Terror, durch Demagogie und Massenmanipulierung und durch Krieg –, war von vornherein zum Scheitern verurteilt.

[73]

[71] Olaf Groehler, Die Güter der Generale. Dotationen im zweiten Weltkrieg, in: ZfG, 5/1971, S. 655 f.

Ernst Gottschling: Der faschistische Staat. Das deutsche Beispiel

1. Bürgerliche Demokratie und faschistisches Regime

Der einheitliche Typ des bürgerlichen Staates, des politischen Hauptinstruments der Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, ist wesensmäßig dadurch bestimmt, daß er auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entsteht und zu ihrer Bewahrung, zu ihrem Ausbau dient. Seine Formen hingegen sind vielfältig. Auszugehen ist von Lenins Feststellung in seinem Werk „Staat und Revolution“: „Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine *Diktatur der Bourgeoisie*.“[1]

Beim bürgerlichen Staat des 20. Jahrhunderts können wir zwei Hauptformen unterscheiden: die bürgerliche Demokratie und das faschistische Regime. In diesem Sinne nannte Dimitroff den Machtantritt des Faschismus „die *Ablösung* einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offene terroristische Diktatur“.[2] Bürgerliche Demokratie und faschistisches Regime besitzen daher prinzipielle Gemeinsamkeiten und unterscheiden sich gleichzeitig voneinander.

Bei der Verteidigung ihrer politischen Herrschaft bedient sich die Bourgeoisie in allen Ländern zweier Hauptmethoden. Lenin nannte die erste Methode „die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen ... Die zweite Methode ist die Methode des ‚Liberalismus‘, der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw.“[3] Diese beiden Hauptmethoden der Herrschaftsausübung finden ihre Widerspiegelung in den organisatorisch-politischen Strukturen des bürgerlichen Staates, der für die Anwendung der jeweiligen Herrschaftsmethoden einer „angemessenen“ inneren Beschaffenheit bedarf.

Die beiden genannten Hauptmethoden der Herrschaftsverwirklichung, die Methode des „Liberalismus“ und die Gewaltmethode, werden sowohl abwechselnd als auch miteinander kombiniert eingesetzt. Die Bourgeoisie läßt sich von ihrer jeweiligen Einschätzung der Lage leiten, wenn sie sich entschließt, ihr umfangreiches Instrumentarium auf die eine oder an-[74]dere Weise einzusetzen, wobei dies freilich nicht allein von ihr, sondern stets auch von der Stärke der Klassengegner abhängt. Welcher Art die spezifische Form der Machtsicherung in einem kapitalistischen Staat im Einzelfall auch sein mag, es wird immer entweder die eine oder die andere Hauptmethode vorherrschend sein, mit der die Klassengegner unterdrückt werden.[4]

Dabei darf zum einen bei der Untersuchung der bürgerlichen Demokratie als der für den Kapitalismus „normalen“ Staatsform nicht der „Unterschied zwischen den Abstufungen des Demokratismus und zwischen dem verschiedenartigen Charakter der einen oder anderen seiner Formen“ übersehen werden.[5] Zum anderen gibt es auch verschiedene Abstufungen des Antidemokratismus, unterschiedliche Formen autoritärer Regime bis hin zu faschistischen, wobei selbst zwischen den faschistischen Staaten Unterschiede in den Organisations- wie Tätigkeitsformen existieren, die für die exakte Beurteilung der politischen Machtausübung durch die imperialistische Bourgeoisie höchst belangvoll sind. Das KZ-System hat beispielsweise unter der Herrschaft des Hakenkreuzes Dimensionen erlangt wie sonst nirgends, obwohl es von den deutschen Faschisten nicht erfunden wurde und noch heutigentags praktiziert wird.

---

[1] W. I. Lenin, Staat und Revolution, in: Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 425.
[2] Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Berlin 1975, S. 94.
[3] W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Lenin, Werke, Bd. 16, 1971, S. 356.
[4] Siehe Imperialistische Klassenpolitik unter Anpassungszwang Berlin 1973, S. 61 ff.
[5] W. I. Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: Lenin, Werke, Bd. 9, Berlin 1964, S. 39 f.

Zwischen der bürgerlichen Demokratie in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und der faschistischen Diktatur mit ihrer jeweiligen Spezifik existieren also Zwischenstufen des Autoritarismus. Diese können in Gestalt von Militär-Polizei-Regimes wie in Lateinamerika gegebenenfalls relativ langdauernd sein. Es kann sich jedoch auch um verschiedene zeitlich begrenzte Übergangsformen der Diktatur der Bourgeoisie handeln – Etappen, die entweder den Übergang zum Faschismus vorbereiten (in Deutschland in den Jahren 1930 bis 1933) oder aber umgekehrt die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie (in Spanien nach dem Tode Francos seit 1975). Nach Lenin „ist die politische Demokratie nur eine der möglichen *Formen* (wenn auch theoretisch für den ‚reinen' Kapitalismus die normale Form) des Überbaus *über* dem Kapitalismus. Wie die Tatsachen zeigen, entwickeln sich sowohl der Kapitalismus als auch der Imperialismus bei *jeder* politischen Form und ordnen sich *alle* Formen unter."[6]

Unabdingbar ergibt sich daraus für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit, die konkreten Ausdrucksformen der bürgerlichen politischen Herrschaft unter Beachtung von Zeit und Ort genauestens zu analysieren, denn nur so ist sie imstande, die sich aus der jeweiligen Situation ergebenden spezifischen Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

Die bürgerliche Demokratie entwickelte sich in einem langen widerspruchsvollen Prozeß zu einer typischen Form der Machtausübung durch die Bourgeoisie. Ihre wichtigsten Merkmale sind:

- formale Gleichheit aller Bürger, die sich in bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten konkretisiert;
- wählbare Vertretungseinrichtungen auf zentraler und örtlicher Ebene mit bestimmten Befugnissen;
- funktionsmäßige Trennung der gesetzgebenden, vollziehenden und rechtsprechenden Institutionen;
- bürgerliche Gesetzlichkeit; [75]
- legale Zulassung kommunistischer und Arbeiterparteien sowie anderer Organisation der Arbeiterklasse.

Diese Merkmale sind nicht von Anbeginn an überall und immer gegeben. Die Existenz legaler Parteien der Arbeiterklasse wurde in der Regel erst durch hartnäckigen Kampf der Werktätigen erzwungen. Ähnliches läßt sich von einer Reihe demokratischer Rechte und Freiheiten sagen. Als eine Erscheinungsform der Diktatur der Bourgeoisie funktioniert die bürgerliche Demokratie auf der Grundlage der ökonomischen und sozialen Ungleichheit ihrer Mitglieder. Deshalb ist sie eng, beschränkt und heuchlerisch. Deshalb ist die bürgerliche Demokratie in keinem Lande jemals vollständig verwirklicht worden. Ungeachtet dessen ist sie „die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform".[7] In ihr findet die Arbeiterklasse die günstigsten Bedingungen, um ihre Kräfte und die ihrer Verbündeten zu sammeln und für die sozialistische Revolution vorzubereiten.

Die zunehmende Stärke der Arbeiterklasse, ihre wachsende Organisiertheit und Bewußtheit, ihre wachsende Fähigkeit, demokratische Rechte und Freiheiten entgegen ihrer bürgerlichen Zweckbestimmung im eigenen Interesse für den Kampf um wirkliche Gleichheit zu nutzen oder überhaupt erst zu erzwingen – man denke an das Streikrecht –, führen dazu, daß die Bourgeoisie sich wieder und wieder gezwungen sieht, ihren eigenen Prinzipien der Demokratie zuwiderzuhandeln, ihre eigene Gesetzlichkeit zu brechen, um ihre Macht aufrechterhalten zu können.

Lenin schrieb: „*Je entwickelter die Demokratie, desto näher rücken bei jeder tiefgehenden politischen Auseinandersetzung, durch die die Bourgeoisie gefährdet wird, Pogrome oder Bürgerkrieg heran*."[8] Die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie werden allmählich zu einer Fessel für die Bourgeoisie, und mit dem Übergang zum Imperialismus nehmen die Widersprüche zwischen den politischen und juristischen Formen und ihrem ökonomischen Inhalt (Monopolisierung des Wirtschaftslebens) derartig zu, daß es schließlich zur Krise der bürgerlichen Demokratie kommt. Lenin charakterisiert diese gesetzmäßige Entwicklung wie folgt: „Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbeson-

[6] Derselbe, Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, in: Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 332.
[7] Derselbe, Staat und Revolution, in: Lenin, Werke, Bd. 25, S. 410.
[8] Derselbe, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Lenin, Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 244.

dere verwandelt die Demokratie in eine Illusion – und gleichzeitig erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen."[9]

Der Imperialismus ist seinem politischen Wesen nach die Verneinung der Demokratie. Inwieweit jedoch diese Tendenz jeweils realisiert wird, ist eine Frage des Klassenkräfteverhältnisses, hängt von der Stärke der ihr widerstreitenden Tendenz ab, dem Streben der Volksmassen zur Demokratie. Teilweise führte jene für den Imperialismus typische Tendenz zur Aufrichtung faschistischer Regimes. Oft aber gelingt es der Arbeiterklasse, diese reaktionäre Tendenz zu neutralisieren oder zu überwinden, sei es, daß sie demokratische Reformen erzwingt – wie nach dem Sturz des Faschismus 1974 in Portugal –, sei es, daß sie, wenn die subjektiven Voraussetzungen vorliegen und eine revolutionäre Situation eingetreten ist, erfolgreich die sozialistische Umwälzung in Angriff nimmt.

Den revolutionären Aufschwung, der in Rußland zur Entstehung des ersten sozialistischen Staates in der Welt führte und der große Teile des europäischen Kontinents in sei-[76]nem Gefolge erfaßte, beantwortete die imperialistische Bourgeoisie mit der radikalen Abkehr von den ehedem als heilig verkündeten Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, des Parlamentarismus, der Menschen und Bürgerrechte. Dem Druck immer breiterer Massen, darauf gerichtet, die kapitalistische Ordnung zu stürzen, versuchte sie durch die Errichtung terroristischer Regimes zu begegnen. In der Hinwendung zu antidemokratischen Praktiken der Machtausübung verkörperte sich die Gegenoffensive des Kapitals.

Auch das faschistische Regime als eine der beiden Hauptformen des modernen bürgerlichen Staates ist aus der kapitalistischen Gesellschaft unmittelbar hervorgewachsen. Es ist ein Produkt ihrer allgemeinen Krise. Die kapitalistische Gesellschaft ist der Boden, auf dem der faschistische Staat entstehen konnte. Sie hat ihm die Wachstumsbedingungen geliefert. Deshalb hat der faschistische Staat wesentliche Züge mit der bürgerlichen Demokratie gemeinsam. Er ist wie diese dazu bestimmt, der Sicherung der Machtpositionen der letzten Ausbeuterklasse zu dienen. In ihm kommt indessen das aggressive und menschenfeindliche Wesen des imperialistischen Herrschaftssystems, die Absage an jegliche demokratischen Verhältnisse am sichtbarsten zum Ausdruck. Die „Wendung *von* der Demokratie *zur* politischen Reaktion"[10] als allgemeine Tendenz des Imperialismus hat entsprechend dem konkreten Kräfteverhältnis nach dem ersten Weltkrieg dazu geführt, daß in Europa in den 20er und 30er Jahren der Faschismus in einer Reihe von Staaten sein Haupt erheben konnte.

Die Errichtung faschistischer Diktaturen ist keine historische Unvermeidlichkeit. Gesetzmäßig ist allein das Streben der imperialistischen Bourgeoisie zur Negation der Demokratie Deshalb gelangte der Faschismus nach dem ersten Weltkrieg auch längst nicht in allen europäischen kapitalistischen Staaten an die Macht. Beispielsweise verhinderte eine machtvolle antifaschistische Volksfrontbewegung Mitte der 30er Jahre in Frankreich seine Etablierung. Überall dort, wo die Arbeiterbewegung in sich gespalten war, war sie den Ansturm der Reaktion ungenügend gewachsen und vermochte es trotz aufopfernden Kampfes besonders der Kommunisten nicht, die auf die eine oder andere Weise aufgerichtete neue Form bürgerlicher Gewaltherrschaft abzuwenden. Diese brutalste Form der Diktatur der Monopolbourgeoisie war deshalb Ausdruck der Schwäche der Arbeiterklasse. Sie war zugleich insofern Ausdruck der Schwäche der Bourgeoisie, als diese sich außerstande zeigte, ihre ökonomischen und politischen Ziele mit den herkömmlichen Mitteln der bürgerlichen Demokratie weiter zu verfolgen, und deshalb Zuflucht zur Gewaltmethode nahm.

Die Hauptkennzeichen faschistischer Regimes in staatlich-rechtlicher Hinsicht sind:

- Liquidierung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, Aufhebung der Grundsätze der formalen Gleichheit und der Unantastbarkeit der Person;
- Abschaffung oder weitgehende Entwertung der wählbaren Vertretungseinrichtungen;

[9] Derselbe, Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow), in: Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1964, S. 14.
[10] Derselbe, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus", in: Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1964, S. 34.

- Konzentration und bürokratische Zentralisation der gesamten staatlichen Exekutivmacht in wenigen Händen;
- weitgehende Zerstörung der bürgerlichen Gesetzlichkeit, Ausbreitung gesetzloser Willkür, Anwendung des außergerichtlichen Terrors;
- Verbot und schonungslose Verfolgung der Parteien und anderer Klassenorganisationen der Arbeiterbewegung (sowie evtl. auch der bürgerlichen Parteien außer der faschistischen) bis zur Vernichtung.

[77] Diese wichtigsten Merkmale faschistischer Herrschaft treten nicht immer und überall in gleicher Weise und in voller Ausprägung auf. Doch bilden sie in dieser Kombination eine neue Qualität, die das faschistische Regime von der bürgerlichen Demokratie – im Rahmen des einheitlichen bürgerlichen Staatstyps – wesentlich unterscheidet.

2. Die Vorbereitung der faschistischen Diktatur in Deutschland

Dimitroff traf 1935 die Feststellung, „daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel verschiedene Etappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus vorbereiten und unmittelbar fördern“.[11] Das läßt sich in aller Deutlichkeit bei der deutsche Variante des Faschismus beobachten.

Das faschistische Regime konnte schon in der Weimarer Republik u. a. deshalb vorbereitet werden, weil die zum Faschismus strebenden großbourgeoisen Kräfte sich gewisser äußerer „normativer“ Formen bedienen konnten, die schon bis dahin angewandt worden waren, um das bestehende Herrschaftssystem zu stabilisieren. Dies unterstreicht die bekannte Tatsache, daß der Inhalt einer bürgerlichen Ordnung und ihr Verhältnis zum gesetzten Recht nicht lediglich von der rechtlichen Form als solcher her zu erklären ist, sondern daß der Gang des Klassenkampfes, die Veränderungen im Klassenkräfteverhältnis stets in Rechnung zu stellen sind. Der Boden der Weimarer Verfassung war 1933 längst verlassen, das in ihr konzipierte parlamentarisch-demokratische Regime schrittweise zu Grabe getragen worden, bevor nach der Machtübertragung an die Faschisten die imperialistische Bourgeoisie die letzten Hüllen ihrer Diktatur abstreifte und die Zeit eines grenzenlosen Terrors anbrach.

Die entscheidende Schwäche der Weimarer Verfassung bestand darin, daß der Verwaltungs- und Justizapparat – im wesentlichen die unveränderte Beamten- und Justizbürokratie der alten kaiserlichen Staatsmaschinerie seine faktische Unabhängigkeit gegenüber dem Parlament, dem Reichstag, behielt. Dieser Staatsapparat verkörperte die reale politische Macht der imperialistischen Bourgeoisie, die ihre ökonomische Position mit Hilfe der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer hatte retten können. Im Fall eines Konflikts zwischen Parlament und Exekutive besaß diese – schon nach der Verfassung – durch das Recht des Reichspräsidenten, den Reichstag aufzulösen (Art. 25 WV), und durch sein Recht, den Ausnahmezustand nach Art. 48 WV zu verhängen, sowie durch seinen Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht (Art. 47 WV) das Übergewicht.

Für die Weimarer Republik trifft in vollem Maße zu, was Lenin hinsichtlich des kapitalistischen Staates überhaupt festgestellt hat: „Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, ‚bei Verstößen gegen die Ruhe und Ordnung‘ – in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein ‚verstößt‘ und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklaven zu verhalten – Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u. a. m.“[12]

Die „Hintertürchen“, die benutzt wurden, waren hauptsächlich die „Ermächtigungs“gesetzgebung und die sogenannte Diktatur des Reichspräsidenten nach Art. 48 WV.

[78] Nach dem formellen Vorbild des „Ermächtigungsgesetzes“ vom 4. August 1914 erringen von 1919 bis 1923 sieben derartige Gesetze. Auf der Grundlage dieser Gesetze wurde die Reichsregierung für befugt erklärt, entsprechend dem jeweils weitgespannten Ermächtigungszweck „gesetzesvertretende Verordnungen“ zu erlassen, Verordnungen der Reichsregierung, die von einschneidender Bedeutung

[11] Dimitroff, S. 95.
[12] Lenin, Die proletarische Revolution ... ‚in: Lenin, Werke, Bd. 28, S. 243.

für das gesamte gesellschaftliche Leben einschließlich der Rechtsordnung waren. Man bezeichnete diese Praxis kurzerhand als „vereinfachte Gesetzgebung".

Diese Form „gouvernementaler Gesetzgebung"[13] hatte zur Folge, daß die Weimarer Verfassung weithin zur Disposition der Exekutive stand. Die Art. 68 ff. WV über die Gesetzgebung, einschließlich Art. 76 WV mit seinen erschwerenden Bedingungen für eine Verfassungsänderung, wurden ad absurdum geführt.

Die Übung, sich eines Ermächtigungsgesetzes zu bedienen, ruhte nach 1923 bis zum Machtantritt des Hitlerfaschismus. Doch stand in der Diktatur des Reichspräsidenten nach Art. 48 WV eine Methode bereit, die in noch stärkerem Maße als die Ermächtigungsgesetzgebung angewandt wurde, um mit der tiefen Krise fertig zu werden, die die Grundfesten des Kapitalismus in Deutschland erschütterte.

Nach Art. 48 Abs. 1 WV konnte der Reichspräsident ein Land, das „die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt", „mit Hilfe der bewaffneten Macht" dazu anhalten. Nach Art. 48 Abs. 2 WV konnte der Reichspräsident, „wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten". Zu diesem Zweck durfte er eine Reihe von Grundrechten ganz oder teilweise außer Kraft setzen.

Die Formel „nötige Maßnahmen" nach Art. 48 Abs. 2 WV interpretierte man dahingehend, daß dem Reichspräsidenten – und damit faktisch der Reichsregierung – ein allgemeines Notverordnungsrecht zustände.[14] So wurde nicht nur über die Ermächtigungsgesetzgebung, sondern auch über Art. 48 WV das von der Verfassung nicht vorgesehene Notverordnungsrecht der Regierung zugebilligt. Bei alledem wurde noch davon ausgegangen, daß der Reichspräsident nach freiem Ermessen entscheiden dürfe, ob die Voraussetzungen für Maßnahmen nach Art. 48 WV vorlägen und welche Maßnahmen nötig seien.

Nach Auffassung des damaligen Reichsgerichts verlieh die „Reichsdiktatur" nach Art. 48 Abs. 2 WV dem Reichspräsidenten „ein nur durch den Inhalt der Ermächtigung beschränktes und durch das vorbehaltene Reichsgesetz beschränkbares, im übrigen aber völlig unbeschränktes und unbeschränkbares Recht zur Erlassung aller ... notwendig erscheinenden Maßnahmen"[15]. Die Grenze sei nur die Reichsverfassung selbst, die der Reichspräsident nur bezüglich der sogenannten Grundrechte außer Kraft setzen könne. In Wirklichkeit jedoch führte diese Diktaturpraxis nicht nur zu einer Außerkraftsetzung von Grundrechten, sondern auch zu einer Ausschaltung des Reichstages und anderer Organe, insbesondere der Länder (nach Art. 17 ff. WV). Betrachtet man diese Praxis näher, so wird ihr verfassungszerstörender Charakter offenkundig. Unter der Präsidentschaft von [79] Friedrich Ebert (1919 bis 1925) wurden auf Grund Art. 48 WV 136 Verordnungen erlassen. Das war der juristische Hebel, um in der revolutionären Nachkriegskrise die Aktionen der Arbeiterklasse niederzuschlagen.

Der forcierte Abbau des bürgerlich-parlamentarischen Regimes während der großen Krise 1929 bis 1932 vollzog sich unter Benutzung des Art. 48 WV als eines juristischen Feigenblatts. Der Art. 48 WV wurde uferlos ausgeweitet. An die Stelle der ursprünglich vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung eines „Ausnahmezustandes" wurden unter scheinjuristischer Berufung auf diese Diktaturbestimmung solche gesetzt, die sämtliche Lebensgebiete umfaßten und auf die Dauer berechnet waren. Reichskanzler Heinrich Brüning ging 1930 daran, mittels Art. 48 Abs. 2 WV die gesamte Gesetzgebung an sich zu reißen. Die folgenden Kabinette bauten diese Praxis zunehmend aus. Der Reichstag ließ sich fast vollständig aus dem Gesetzgebungsprozeß ausschalten. Die in ihm vertretenen Parteien der Herrschenden waren trotz vielerlei Widersprüche untereinander insgesamt daran interessiert, ihn „abwirtschaften" zu lassen. Trat er 1930 94mal zusammen, so 1931 nur 41mal und 1932 nur noch 13mal. Gegenüber fünf Notverordnungen nach Art. 48 Abs. 2 WV wurden 1930 noch

[13] So Ernst Rudolf Huber, Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit, Bd. 2, Tübingen 1951, S. 100.
[14] Siehe Fritz Poetzsch-Heffter, Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung (vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1924), in: JÖR, Bd. 13 (1925), Tübingen 1925, S. 206.
[15] Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 56, Berlin/Leipzig 1922, S. 189.

98 Reichstagsgesetze verabschiedet; 1931 standen bereits 44 Notverordnungen 34 Reichstagsgesetzen gegenüber; 1932 schließlich ergingen 66 Notverordnungen, aber nur fünf Reichstagsgesetze.[16] Die fünf Gesetze des Jahres 1932 fielen auch von der Sache her überhaupt nicht ins Gewicht gegenüber den teilweise sehr umfangreichen Notverordnungen.[17] Zu den Notverordnungen überwiegend ökonomischen Inhalts, mit deren Hilfe ein allseitiger Angriff auf die Lebenshaltung der Werktätigen geführt wurde, kamen diejenigen, die der politischen Unterdrückung und Entrechtung der Arbeiterklasse dienen sollten. Zu ihnen zählten Verordnungen zur Bekämpfung politischer „Ausschreitungen“ sowie über die Bildung von Sondergerichten.

Von 1930 bis 1932 wurde so eine autoritäre Präsidialdiktatur, die unmittelbare Vorstufe zum Faschismus, fest etabliert. „Das diktatorische ‚Regieren mit Art. 48‘ ersetzte die versagende parlamentarische Gesetzgebung und bildete den Übergang von dem bürgerlichen Rechtsstaat der Weimarer Republik zu dem an dem faschistischen Staatstypus orientierten nationalsozialistischen Staate der Gegenwart“, schrieb man 1934 im faschistischen Deutschland.[18] Es steht außer Frage, daß diese Praxis im Art. 48 WV keine normative Stütze fand, sondern daß dieser verfassungswidrig ausgelegt wurde. Der faschistische Staatsrechtler Ulrich Scheuner sprach in diesem Zusammenhang von der „rechtsschöpferischen Erweiterung der Diktaturgewalt über ihre eigentlichen Grenzen hinaus“[19].

Die Entwicklung seit 1930 demonstrierte eindringlich die beschnittene Funktion des bürgerlichen Parlaments innerhalb des sich auf die materiellen Machtmittel des Staates stützenden autoritären Präsidialregimes. Laut Art. 48 Abs. 3 WV waren die Maßnahmen nach Art. 48 Abs. 2 WV auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen. Gerhard An-[80]schütz kommentierte dieses Recht des Reichstags wie folgt: „Art. 48 Abs. 3 überträgt dem RT eine Kontrollfunktion, die insofern unbeschränkt ist, als sie ... nicht nur die Rechtmäßigkeit, sondern auch die Notwendigkeit und Nützlichkeit der ihr unterworfenen Maßnahmen zu überwachen hat.“[20]

Wie jedoch die Weimarer Zeit gezeigt hat, war diese „unbeschränkte Kontrollfunktion“ eine stumpfe Waffe. Infolge der ständig drohenden Auflösung – die einzige Einschränkung der Auflösungsmöglichkeit durch die Formel „nur einmal aus dem gleichen Anlaß“ erwies sich als ein nur sprachliches Problem, nämlich andere Worte für den gleichen Anlaß zu finden – konnte das Parlament durch das Staatsoberhaupt faktisch mattgesetzt werden.

Am 4. Juni 1932 löste Hindenburg den noch nicht einmal zwei Jahre bestehenden Reichstag mit der „Begründung“ auf, daß dieser „nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht“. Das war eine klare Parteinahme für die Nazipartei, deren Reichstagsfraktion schon Anfang Mai 1932 den Antrag eingebracht hatte, der Reichstag solle den Reichspräsidenten ersuchen, ihn aufzulösen. Die folgenden Wahlen am 31. Juli 1932 brachten den Fortgang des Polarisierungsprozesses der fortschrittlichen Kräfte einerseits und der Reaktion andererseits zum Ausdruck. Die Nazis hatten mit 13,7 Millionen Stimmen (37,4 Prozent) ihren Höhepunkt erreicht, während auf der anderen Seite die KPD ihre Stimmenzahl auf 5,3 Millionen (14,6 Prozent) erhöhen konnte. Die SPD erhielt 7,9 Millionen Stimmen (21,6 Prozent).

Der neugewählte Reichstag hatte sich kaum konstituiert, als ihn schon die – längst programmierte – Auflösungsorder des Reichspräsidenten vom 12. September 1932 erreichte. Sie war insofern ein Novum in der deutschen Parlamentsgeschichte, als sie angeordnet wurde, bevor der Reichstag überhaupt in die vorgesehene Tagesordnung eingetreten war. Diesmal erfolgte die Auflösung, weil, wie Hin-

[16] Siehe Fritz Klein, Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929-1932), in: ZfG, 6/1953, S. 891.
[17] Siehe Fritz Poetzsch-Heffter, Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung, III. (letzter) Teil (vom 1. Januar 1929 bis 31. Januar 1933), in: JöR, Bd. 21(1933/34), Tübingen 191 S. 128.
[18] Karl Schultes, Die Jurisprudenz zur Diktatur des Reichspräsidenten nach Art. 48 Abs. II der Weimarer Verfassung, Bonn 1934, S. V.
[19] Ulrich Scheuner, Die nationale Revolution, in: Archie des öffentlichen Rechts, Neue Folge, Bd. 24, Tübingen 1934, S. 284.
[20] Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (Kommentar), Berlin 1933, S. 293.

denburg die Order begründete, „die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. Sept. d. J. verlangt“. War die Auflösung des Reichstags im Jahre 1930 noch damit motiviert worden, daß der Reichstag von seinem Kontrollrecht gegenüber den präsidentiellen Notverordnungen Gebrauch gemacht *hatte*, so wurde diese neuerliche Auflösung dahingehend motiviert, daß er von dieser seiner verfassungsmäßigen Kompetenz Gebrauch machen *könnte*. Das war eine klare Absage an das in der Weimarer Verfassung verankerte parlamentarische Prinzip.

Doch die Reichstagswahlen vom 6. November 1932 trugen nicht zur Konsolidierung der politischen Lage im Sinne der Reaktion bei. Im Gegenteil, die Nazipartei verlor zwei Millionen Stimmen (Rückgang von 37,4 auf 33,1 Prozent), während die KPD 0,7 Millionen Stimmen gewann (Zuwachs von 14,6 auf 16,9 Prozent). Die Wahlresultate zeugten davon, daß sich die durch zügellose Demagogie irregeleiteten Bevölkerungsteile, im wesentlichen die Angehörigen der unter der Wirtschaftskrise schwer leidenden Mittelschichten, von den Faschisten abzuwenden begannen.

Die Papen-Regierung war zunächst trotz des neugewählten Reichstags im Amt geblieben und hatte damit ein weiteres Mal die Ignorierung des Parlaments demonstriert. Da es ihr aber nicht gelang, eine sie tolerierende Mehrheit im Reichstag zu finden und mit den sich verschärfenden innenpolitischen Widersprüchen fertig zu werden – wozu die im Septem-[81]ber 1932 begonnene, sich über mehrere Monate erstreckende Streikwelle gegen die weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter entscheidend beitrug –, mußte Papen am 17. November 1932 seinen Rücktritt erklären.

Angesichts der zwischen einzelnen Fraktionen der herrschenden Klasse vorhandenen Differenzen kam es zunächst noch nicht zu der „Lösung“, den Hitlerfaschisten die Regierung zu übertragen. Erst als die Regierung Schleicher, die ebenso wie die Papen-Regierung unabhängig vom Parlament zustande gekommen war, nach knapp zweimonatiger Amtszeit scheiterte, wurde am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt.

Am 1. Februar 1933 erfolgte durch den Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages. Die Begründung für die Auflösungsverfügung ließ erkennen, daß die Schlußphase in der Zerstörung des bürgerlichen Parlamentarismus nach der Weimarer Verfassung erreicht war: „Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstags zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt.“[21]

Das Verhältnis von Parlament und Regierung hatte sich jetzt völlig umgekehrt. Anstelle einer Regierungsbildung auf der Grundlage der parlamentarischen Konstellation wurde nunmehr die Parlamentsbildung in Abhängigkeit von bereits erfolgter Regierungsbildung für erforderlich hingestellt. Anstelle des Vertrauens des Reichstages, dessen die Regierung nach Art. 54 WV zu ihrer Amtsführung bedurfte, sollte das „Vertrauen“ der Regierung in ein Parlament treten, für dessen entsprechende Zusammensetzung die Wähler zu sorgen hätten.

Die Übergangsphase von der Weimarer bürgerlichen Demokratie hin zum „tausendjährigen Reich“ des Faschismus ging damit zu Ende. Das autoritäre Präsidialregime hatte seine profaschistische Funktion erfüllt.

3. Die Errichtung des faschistischen Regimes

In der Regel lassen sich bei der Umformung des staatlichen Herrschaftsmechanismus auf faschistischer Grundlage zwei Etappen unterscheiden.[22] Die erste Etappe ist gewöhnlich durch Änderungen in den Tätigkeitsformen und im Kaderbestand der Staatsorgane gekennzeichnet. Gewöhnlich fehlen noch abrupte strukturelle Veränderungen im System der Staatsorgane. Die reaktionären Tendenzen der Machtausübung, allen imperialistischen Staaten immanent, verschärfen sich plötzlich und rapide. Die Repressalien gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, die schroffe Verletzung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger nehmen extreme Formen an. Die Einkerkerung politischer Gegner und ihre physische Liquidierung erlangen eine qualitativ neue Dimension, erfolgen

[21] RGB1. 1933/I, S. 45; „Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags“, vom 1.2.1933.

[22] Siehe zum folgenden Ju. I. Avdeev/V. N. Strunnikov, Buržuaznoe gosudarstvo v period 1918 do 1939, Moskau 1962, S. 299 ff.

ohne daß selbst formal irgendwelche Straftatbestände erfüllt würden, erhalten massenhaften Charakter, werden zum System. Die Autorität des Parlaments sinkt weiter. Die Dominanz der Exekutiveinrichtungen, vor allem ihrer obersten Spitze, wächst rasch. Die Mißachtung der Verfassung, der bürgerlichen Gesetzlichkeit insgesamt, nehmen eine neue Qualität an.

[82] In der zweiten Etappe der Errichtung einer faschistischen Diktatur kommt es meistens zur Negation der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Gesetzlichkeit im umfassenden Sinne. Der faschistische Staat erfährt seine volle Ausprägung. Noch vorhandene Reste des bürgerlichen Parlamentarismus verschwinden oder sinken zu einer bloßen Kulisse herab. Neue, äußerst reaktionäre Staatsorgane werden geschaffen, ein ebenso neues Verfassungsrecht. Die offene Willkür, der Terror gegen politisch Andersdenkende läuft auf vollen Touren, die Ausschaltung der Bevölkerung aus dem politischen Leben, ihre politische Rechtlosigkeit, werden perfektioniert. Die Machtkonzentration in wenigen Händen wird vollendet. Die Einmischung des imperialistischen Staates in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nimmt neue Ausmaße an. Die „Verstaatlichung" der faschistischen Partei und anderer faschistischer Organisationen, ihre unmittelbare Integration in den Staatsapparat, in die direkte Machtausübung, werden zur Regel. Dadurch erhält der von ihnen ausgeübte Terror den Schein der Legalität. Gleichzeitig ist mit ihrer Einbeziehung eine Erweiterung des Staatsmechanismus verbunden.

Natürlich darf man diese Einteilung in zwei Etappen nicht schematisch anwenden. Wie die faschistische Staatsreorganisation sich in den jeweiligen Ländern im einzelnen abspielt, welche konkreten Erscheinungsformen sie annimmt, inwieweit sie gegebenenfalls bestimmte Bereiche aus der totalen Unterwerfung unter die bürokratisch-diktatorische Zwangsgewalt ausspart, wie lange sich die Etappen des Staatsumbaus hinziehen – alles das hängt von verschiedenen Umständen ab. Ganz wesentlich für den Ablauf dieses Prozesses sind die spezifischen politischen Wesenszüge der präfaschistischen Periode. Diese sind meistens von erheblichem Einfluß auf die Art und Weise der Etablierung des faschistischen Systems, auf die Schnelligkeit und Gründlichkeit der Umgestaltung des Staatsapparates, auf die Methoden der Unterdrückung der politischen Gegner, auf die Konsolidierung der politischen Macht der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals.

Der Entwicklungsgrad der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und vor allem das Gewicht des Monopolkapitals im wirtschaftlichen Leben eines Landes wirken sich in hohem Maße auf die faschistische Staatsorganisation aus. Im faschistischen Deutschland wurde es zur Regel, daß die Monopolverbände unmittelbar in die Machtausübung eingriffen und staatliche Aufgaben der Wirtschaftsregulierung übernahmen. In kapitalistisch weniger entwickelten Staaten, wo das Gewicht des Monopolkapitals im Vergleich zu dem der Großagrarier wesentlich schwächer ist, hat sich ein solcher spezieller, direkt von den Monopolen gesteuerter Leitungsapparat der Wirtschaft nicht herausgebildet.

Im faschistischen Italien und im faschistischen Deutschland liefen die Etappen der Staatsumgestaltung inhaltlich ähnlich ab. Sie unterschieden sich jedoch in ihrem Tempo. In Italien erstreckte sich die erste Etappe von Ende 1922 bis Ende 1924. In Deutschland dauerte die erste Etappe von Februar 1933 bis Juli 1933.[23] Im Unterschied zu Italien ergab sich der rasche Verlauf der Anfangsetappe in Deutschland aus dem relativ langdauernden Vorbereitungsprozeß der Präsidialdiktatur (1930 bis 1933), der alle Voraussetzungen für den tiefgreifenden Wandel in der Staatsstruktur und dem Staatshandeln vorbereitet hatte. Vor allem war dabei die schließlich erzielte weitgehende Übereinstimmung der reaktionärsten Kreise der Monopolbourgeoisie über den einzuschlagenden Kurs in der Innen- und Außenpolitik von ausschlaggebender Bedeutung. Das schloß die bedingungslose Ab-[83]rechnung mit der revolutionären Arbeiterbewegung ebenso ein wie den konsequenten Kurs auf einen neuen Krieg, durch den die Sowjetunion niedergeworfen und die Ergebnisse des ersten Weltkrieges korrigiert werden sollten.

Die in Deutschland eingetretene politische Situation gestattete es, unter dem Deckmantel äußerlicher verfassungsmäßiger Kontinuität, unter dem Schein eines bloßen Regierungswechsels, eine völlige Änderung in der Form des bürgerlichen Staates in Deutschland herbeizuführen. Der totale Bruch mit

[23] „Binnen fünf Monaten war in Deutschland eine Veränderung der politischen Zustände eingetreten, wie sie selbst kühne Propheten des Faschismus nicht vorausgesagt hatten" (Erich Paterna u. a., Deutschland von 1933 bis 1939, Berlin 1969, S. 46).

der bisherigen Staatsform wurde von allen beteiligten Hauptakteuren auch so begriffen und gewollt. Sie sprachen zur Irreführung der Massen von „deutscher Revolution", von „nationaler Erhebung". Carl Schmitt, einer der führenden juristisch-theoretischen Wegbereiter des Nazireichs, schrieb: „Die deutsche Revolution war legal, d. h. gemäß der früheren Verfassung formell korrekt. Sie war es aus Disziplin und deutschem Sinn für Ordnung ... Es wäre juristisch falsch und politisch ein Sabotageakt, aus dieser Art Legalität eine Weitergeltung überwundener Rechtsgedanken, Einrichtungen oder Normierungen und damit eine fortdauernde Unterwerfung unter den Buchstaben oder den Geist der Weimarer Verfassung abzuleiten."[24] Diese Argumentation ist auch eine Art „Unterwerfung", sie ist intellektuelle Mittäterschaft an der Schaffung und Stabilisierung eines Regimes der Unmenschlichkeit.

Einen Tag nach dem von den Nazis inszenierten Reichstagsbrand, am 28. Februar 1933, wurde auf Grund des Art. 48 Abs. 2 WV „zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat"[25] erlassen, deren Paragraph 1 Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Meinungs- und Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums „auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen" für zulässig erklärte. Diese in der Weimarer Verfassung aufgezählten Grundrechte wurden „bis auf weiteres außer Kraft gesetzt", so hieß es jedenfalls in Paragraph 1 dieser Verordnung.

Die Verordnung vom 28. Februar 1933, die bis zum Zusammenbruch des Hitlerregimes im Jahre 1945 in Kraft blieb, dokumentierte – äußerlich nicht für jeden erkennbar –, daß der permanente Ausnahmezustand begonnen hatte. Es war dies ein Ausnahmezustand, der in seinen Auswirkungen auf die Werktätigen weit über den Terror hinausging, der in der Weimarer Republik gegen die Kräfte des Fortschritts geübt worden war. Die Verordnung richtete sich entgegen ihrem vorgeschobenen Zweck nicht nur gegen Kommunisten, sondern vielmehr gegen alle, die irgendwie in Verdacht gerieten, Gegner des Faschismus zu sein.[26] Auf ihrer Grundlage wurde das System der Konzentrationslager errichtet.

[84] Der Nazijurist Werner Best, seinerzeit SS-Oberführer, schrieb zu Paragraph 1 der „Reichstagsbrandverordnung": „Damit ist nach Beseitigung aller bestehenden rechtlichen Schranken als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die zuständigen staatlichen Einrichtungen – vor allem die Polizei – in unmittelbarer normenfreier Anwendung der Staatsgewalt die erforderlichen Maßnahmen zu treffen haben."[27] Das war die unverhüllte Bekundung des Tatbestandes, daß der auszuübende Terror keinerlei juristische Begrenzung mehr kannte, sondern „normenfrei", d. h. gesetzlos, ausgeübt werden konnte.

Nicht viel anders verhielt es sich mit dem zweiten scheinlegalen Hauptinstrument zur Befestigung der faschistischen Diktatur, dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933.[28] Äußerlich an die Praxis der Weimarer Zeit anknüpfend, bedeutete es in seinen Konsequenzen jedoch die legalistisch verbrämte endgültige Beseitigung des bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftssystems in Deutschland für die kommenden zwölf Jahre.

Um völlig freie Hand bei der Durchsetzung der faschistischen Politik nach innen wie nach außen zu haben, ungehindert durch parlamentarische Schwierigkeiten, strebte Hitler ein solches Ermächtigungsgesetz an, das ihn von der Bindung an Art. 48 WV befreite. Die dafür benötigte Zweidrittelmehrheit

[24] Carl Schmitt, Staat, Bewegung, Volk, Hamburg 1933, S. 8.
[25] RGB1. 1933/I, S. 83; „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat", vom 28.2.1933.
[26] In einem Runderlaß des preußischen Innenministers (Göring) vom 3.3.1933 heißt es, daß die nach der Verordnung zulässigen erweiterten Maßnahmen sich in erster Linie gegen die Kommunisten richten, sich „dann aber auch gegen diejenigen zu richten haben, die mit den Kommunisten zusammenarbeiten und deren verbrecherische Ziele, wenn auch nur mittelbar, unterstützen oder fördern". Ausdrücklich heißt es ferner in diesem Runderlaß, daß nicht nur die in Paragraph 1 der Verordnung aufgezählten Grundrechtsartikel außer Kraft gesetzt seien, sondern daß der genannte Paragraph „auch alle sonstigen für das Tätigwerden der Polizei auf den angeführten Gebieten gezogenen reichs- und landesgesetzlichen Schranken, soweit es zur Erreichung des [84] mit der VO. erstrebten Zieles zweckmäßig und erforderlich ist", beseitige (Runderlaß des MdI. vom 3.3.1933 – II 1121, Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung I, 1933, S. 233).
[27] Werner Best, Erneuerung des Polizeirechts, in: Kriminalistik, 2/1938, S. 28.
[28] RGBl. 1933/I, S. 141; „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", vom 24. 3. 1933.

der Reichstagsabgeordneten angesichts des „verfassungsändernden“ Charakters des geplanten Gesetzes (Art. 76 WV) verschafften die Faschisten sich dadurch, daß zunächst unmittelbar nach den Wahlen vom 5. März 1933 alle gewählten 81 kommunistischen Reichstagsabgeordneten unter Mißachtung ihrer Immunität als Abgeordnete (Art. 37 WV) verfolgt und verhaftet wurden. Sie wurden, obwohl ins amtliche Verzeichnis der Reichstagsmitglieder aufgenommen, entgegen Art. 20 WV gar nicht zur Reichstagssitzung eingeladen. Dies alles geschah, lange bevor durch das auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes ergangene „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933[29] die „Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei für den Reichstag und den Preußischen Landtag auf Grund des Wahlergebnisses vom 5.3.“ nachträglich für „unwirksam“ erklärt wurde (Paragraph 10).

Gleichzeitig wurde die Geschäftsordnung des Reichstags dahingehend geändert, daß alle „unentschuldigt“ fehlenden Abgeordneten als anwesend fingiert werden konnten.[30] Durch diesen plumpen, verfassungswidrigen Trick sollte von vornherein verhindert werden, daß Fernbleiben etwa der SPD den Reichstag beschlußunfähig gemacht hätte. Man hätte die fehlenden Abgeordneten kurzerhand für anwesend erklären können.

Bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz stimmten die 441 Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien dafür und nur die anwesenden 94 SPD-Abgeordneten – von insgesamt 120 (auch von ihnen waren mehrere verhaftet worden) – dagegen.[31] Viele der damaligen bürgerlichen Abgeordneten, die gegenüber dem deutschen Volk und gegenüber den anderen Völkern durch ihre Zustimmung zu der Hitlerschen Terrorpraxis schwere [85] Schuld auf sich geladen haben, sind nach 1945 in der BRD wieder zu hohen und höchsten Würden gelangt, beispielsweise der verstorbene Bundespräsident Theodor Heuß.

Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ ermächtigte die Reichsregierung – und das ging über die in der Weimarer Republik geübte Ermächtigungspraxis weit hinaus –, nicht nur wie ehedem gesetzesvertretende Verordnungen, sondern sogar Reichsgesetze zu beschließen. Hinzu kam, daß diese mit Ausnahme der Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats sowie der Rechte des Reichspräsidenten auch verfassungsändernden Charakter tragen konnten. Damit besaß die Reichsregierung folglich auch die Funktion des Verfassungsgesetzgebers. Die Exekutive war scheinlegal zum unumschränkter Inhaber der staatlichen Macht geworden.

Von ihrem Standpunkt aus folgerichtig haben die faschistischen Staatsrechtslehrer dieses „Gesetz“ als „vorläufige Verfassung“[32] bezeichnet. Ernst Rudolf Huber, damals Professor in Leipzig, schrieb: „Dieses Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich ist kein Ermächtigungsgesetz im alten Sinne ... Es ist keine Ausnahmeregelung und Durchbrechung gegenüber einem prinzipiell fortbestehenden alten System. Es enthält in sich selbst die Grundzüge einer neuen selbständigen Ordnung, die das alte System nicht nur ‚durchbricht‘, sondern völlig einreißt und vernichtet. Es ist das erste Grundgesetz des neuen Reiches ... Sein Kernstück ist die Vereinigung der Legislative und der Exekutive in einer Hand. Das ist ein Akt von säkularer Bedeutung, in dem die ganze westliche Verfassungsentwicklung seit Montesquieu verneint, in dem der Begriff des Verfassungsstaates des 19. Jahrhunderts zerstört wird.“[33] Der bis dahin gültige bürgerliche Gesetzesbegriff hatte jetzt jegliche Berechtigung verloren.[34] Selbst die Feststellung des jährlichen Haushaltsplans durch Gesetz und die Kreditbewilligung waren dem Parlament nicht einmal mehr formal verblieben.

Der Reichstag, bald nur noch aus Faschisten zusammengesetzt, verlängerte das Ermächtigungsgesetz 1937 und 1939 (nach dem „Anschluß“ Österreichs) jeweils um vier Jahre. Im Jahre 1943 schließlich

[29] Ebenda, S. 153; „Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“, vom 11.3.1933.
[30] Siehe Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln/Opladen 1960, S. 152 f.
[31] Zu den Einzelheiten siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 28 f.
[32] Schmitt, Staat, Bewegung, Volk, S. 6.
[33] Ernst Rudolf Huber, Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, Hamburg 1939, S. 43.
[34] „Das Gesetz erhält als Führungsakt einen völlig neuen Sinn im System des Ursprungsdenkens. Es ist nicht mehr wesentlich generell abstrakte Norm, sondern oberster völkischer Wert“ (Gustav Adolf Walz, Artgleichheit gegen Gleichartigkeit, Hamburg 1938, S. 42).

„bestimmte“ der „Führer“ selber den unbefristeten Fortgang dieser Ermächtigung.[35] Dieser Akt der Selbstermächtigung rundet das Bild jener nicht mehr überbietbaren Mißachtung selbst der letzten Reste bürgerlicher Gesetzlichkeit ab.

Unter Berufung auf die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 und auf das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 wurde in den nächsten Monaten der vollständige Abbau der bürgerlichen Demokratie in rascher Folge vollzogen. Das Deutsche Reich war nach der Weimarer Verfassung ein Bundesstaat, in dem die einzelnen Gliedstaaten (Länder) eine relative Selbständigkeit besaßen und in Landesangelegenheiten auf Grund eigener Landesverfassungen tätig wurden (Art. 5 WV). Zwar war gleichzeitig der Vorrang der Reichsgewalt gegenüber der Landesgewalt postuliert (Art. 13 WV), doch verblieb den Ländern ein großer Spielraum für die eigene Initiative bei der Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens.

Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 wurden sofort, gestützt auf die Reichstagsbrandverordnung, überall in den Ländern, wo die Regierung sich noch nicht in der [86] Hand der Faschisten befand, Reichskommissare eingesetzt. Das war immerhin in neun von 17 Ländern der Fall. Durch das Vorläufige Gleichschaltungsgesetz vom 31. März 1933 und das „Zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reiche“ vom 7. April 1933 (Reichsstatthaltergesetz)[36] fand der „Prozeß der Entstaatlichung der Länder“[37] seine Fortsetzung.

Die Landesregierungen (Reichskommissare) erhielten das Recht, Landesgesetze zu beschließen, analog der Regelung für die Reichsregierung. Ferner wurden die Landtage aufgelöst und kurzerhand nach den Stimmen „neu zusammengesetzt“, die bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 abgegeben worden waren. Die den Kommunisten zustehenden Sitze wurden „nicht zugeteilt“. Ebenso wurde bei den Gemeindevertretungen verfahren. Die in den Ländern eingesetzten Reichsstatthalter erhielten das Recht, die Landesregierungen zu ernennen und zu entlassen, ebenso die Staatsbeamten und die Richter. Damit war ein wesentlicher Schritt in Richtung auf die vollständige Unitarisierung des Reiches auf faschistischer Grundlage getan. Für eine aus den Ländern kommende Fronde war jetzt kein Raum mehr. Alle Schaltstellen der Politik waren von Gefolgsleuten der NSDAP besetzt.

Mit Datum vom 7. April 1933 erging gleichzeitig das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“.[38] Durch dieses Gesetz sollte es ermöglicht werden, den gesamten Exekutivapparat auf allen Ebenen der Staatstätigkeit, also bei den Reichs-, Länder- und Gemeindebehörden, personell ohne Ausnahme ganz auf die faschistische Ordnung auszurichten. Nach Paragraph 4 des Gesetzes konnten „Beamte, die nach ihrer bisherigen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“, aus dem Dienst entlassen werden. Auch Arbeiter und Angestellte öffentlicher Einrichtungen wurden von dem Gesetz erfaßt. In erster Linie waren es Kommunisten, Sozialdemokraten und Bürger jüdischer Herkunft, die zum Kreis der Gemaßregelten gehörten. Viele von ihnen kamen ins KZ und wurden ermordet. Die Fassung des Gesetzes ließ es zu, darüber hinaus mißliebige Staatsbedienstete zu entfernen.

Doch die Auswirkungen des Gesetzes gingen weit über den staatlichen Bereich hinaus. „Das Gesetz hat ... vielfach für die freien Berufe und für Privatbetriebe als Vorbild gedient zur Bereinigung ihres Personalbestandes von Juden und Marxisten“, heißt es in einer faschistischen Abhandlung.[39] Tausende von Ärzten, Rechtsanwälten, Schauspielern, Künstlern, Lehrkräften an Schulen und Universitäten verloren so ihre Arbeit.[40] Der in der Weimarer Verfassung (Art. 109 Abs. 1) enthaltene Gleichheitsgrundsatz war damit ein weiteres Mal außer Kraft gesetzt.

---

[35] RGB1. 1943/I, S. 295; „Erlaß des Führers über die Regierungsgesetzgebung“, vom 10.5.1943.
[36] Ebenda, 1933/I, S. 173; „Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reiche“, vom 7.4.1933.
[37] So Fritz Poetzsch-Heffter u. a., Vom Deutschen Staatsleben (vom 30. Januar bis 31. Dezember 1933), in: JöR, Bd. 22 (1935), Tübingen 1935, S. 265.
[38] RGBl. 1933/I, S. 175; „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, vom 7.4.1933.
[39] Wilhelm Stuckart/Wilhelm Albrecht/Rolf Schiedermair, Neues Staatsrecht I. Der neue Staatsaufbau, Neugestaltung von Recht und Wirtschaft, 13. H., 1. Teil, Leipzig 1940, S. 24.
[40] Siehe im einzelnen Paterna u. a., S. 35 f.

Die Berufsverbotsbeschlüsse in der BRD und ihre Praktizierung haben hier ein berüchtigtes Vorbild. Wie sehr die „unbewältigte Vergangenheit“ fortwirkt, zeigen die Formulierungen des Ministerpräsidentenerlasses vom 28. Januar 1972[41], wonach in das Beamtenverhältnis nur berufen werden darf, „wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die [87] freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt“. Die sprachliche Nähe – und nicht nur diese – zu Paragraph 4 des Nazibeamtengesetzes von 1933 ist nicht zu übersehen.[42]

In diesen Zusammenhang gehört auch die „staatsrechtliche Zertrümmerung des Parteienstaates“[43], das Verbot, die Verfolgung oder die Selbstauflösung aller Parteien außer der NSDAP. Die KPD und ihre Mitglieder waren auf der Grundlage der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 sofort dem schlimmsten Terror ausgesetzt, ohne daß ein ausdrückliches Verbot ausgesprochen worden war. Am 26. Mai 1933 erging ein „Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens“[44].

Die Illusion sozialdemokratischer Führer, durch einen „Legalitätskurs“, durch die Taktik der Beschwichtigung das gleiche Schicksal vermeiden zu können, war zum Scheitern verurteilt. Am 10. Mai waren die Parteihäuser der SPD besetzt, ihre Zeitungen und ihr Vermögen beschlagnahmt worden. Trotzdem stimmten am 17. Mai 1933 noch 65 Abgeordnete der SPD im Reichstag zusammen mit den Vertretern aller bürgerlichen Parteien für das außenpolitische Programm der Naziregierung. Doch am 22. Juni 1933 erfolgte, gestützt auf die Reichstagsbrandverordnung, das Verbot der SPD und die Inhaftierung einer großen Zahl ihrer Funktionäre. Die Ausübung der Abgeordnetenmandate in allen Vertretungskörperschaften wurde „ausgeschlossen“.[45]

In den folgenden Tagen vollzogen alle bürgerlichen Parteien außer der NSDAP ihre Selbstauflösung. Das betraf die Deutsche Staatspartei, deren Abgeordnetensitze eingezogen wurden, da sie auf Wahlvorschlägen der SPD gewählt waren[46]; ferner das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, Parteien, die ihre Reichstagsabgeordneten durch Vereinbarung zumeist als sogenannte Hospitanten der Reichstagsfraktion der NSDAP weiter fungieren lassen konnten. Dasselbe geschah auch mit der Deutschnationalen Volkspartei, deren Führer Hugenberg bis zum 27. Juni 1933 im Kabinett vertreten war. Eine Anzahl der deutschnationalen Führer hatte schon zuvor ihren Übertritt zur NSDAP vorgenommen. Sämtliche genannten bürgerlichen Parteien hatten mehr oder minder freiwillig ihre Selbstaufgabe beschlossen. Sie hatten dies getan, ohne die Gelegenheit für einen öffentlichen Protest zu nutzen. Ausnahmslos unterwarfen sie sich der faschistischen Diktatur, ja, sie empfahlen ihren Mitgliedern teilweise ausdrücklich den Anschluß an die Nazipartei.

Die deutsche Monopolbourgeoisie hatte inzwischen voll und ganz auf die Nazipartei gesetzt und allen anderen bürgerlichen Parteien ihre Förderung entzogen. Sichtbarster Ausdruck dessen war die vom Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Gustav Krupp, am 30. Mai 1933 vorgeschlagene Adolf-Hitler-Spende zur ständigen Unterstützung der Nazipartei. Auf Grund dieses Vorschlages wurden im Lauf der zwölf Jahre faschistischer Diktatur über 700 Millionen RM gezahlt unter Beteiligung der „weitesten Kreise der deutschen Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft und Bankwelt“.[47] [88] Diese Kreise hatten inzwischen die Überzeugung gewonnen, daß die faschistische Führung als ihr willfähriges Instrument am besten bereit und imstande sei, alle antimonopolistischen Forderungen aus der arbeitenden Bevölkerung, nicht zuletzt auch aus ihrem eigenen kleinbürgerlichen Anhang, brutal niederzuhalten und andererseits die Forderungen der Ausbeuter zu erfüllen. Die Berufung eines „Generalrates der deutschen Wirtschaft“ durch Hitler am 15. Juli 1933 einerseits und demagogische Erklärungen der Naziführung zur gleichen Zeit über die „Beendigung

[41] Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse, Köln 1972, S. 6; Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst vom 28. Januar 1972.
[42] Siehe Ernst Gottschling, Berufsverbote gegen Demokraten in der BRD, in: Neue Justiz, 15/1975, S. 457 f.
[43] So Otto Koellreutter, Deutsches Verfassungsrecht, Berlin 1936, S. 105.
[44] RGBl. 1933/I, S. 293; „Gesetz über die Einbeziehung kommunistischen Vermögens“, vom 26.5.1933.
[45] Siehe Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, 46 S. 198 f.
[46] Siehe RGB1. 1933/I, S. 462; „Verordnung zur Sicherung der Staatsführung“, vom 7.7.1933.
[47] Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 451 f., S. 56.

der deutschen Revolution“ andererseits bilden den politisch-ideologischen Hintergrund für die Selbstliquidierung der bürgerlichen Parteien außer der nazifaschistischen.

In einem an Reichsstatthalter und Landesregierungen gerichteten Schreiben vom 11. Juli 1933 erklärte Reichsinnenminister Frick, die „deutsche Revolution“ sei abgeschlossen: „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist ... der alleinige Träger des Staates geworden. Alle Macht dieses Staates liegt in den Händen der von dem Herrn Reichskanzler allein geführten Reichsregierung, in der alle entscheidenden Ämter mit zuverlässigen Nationalsozialisten besetzt sind. Damit ist die siegreiche deutsche Revolution in das Stadium der Evolution, d. h. normaler gesetzmäßiger Aufbauarbeit getreten.“[48]

Das am 14. Juli 1933 erlassene, aus zwei Paragraphen bestehende „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“[49] besiegelte deshalb nach dem Verbot und der grausamen Unterdrückung von KPD und SPD nebst allen anderen Organisationen der Arbeiterbewegung nur noch das Ende des Scheins einer „pluralistischen“ bürgerlichen Parteienlandschaft. Es verkündete lapidar, daß als „einzige politische Partei“ nur noch die NSDAP bestehe. Die Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts einer anderen Partei oder die Neubildung einer Partei wurden mit Zuchthaus bis zu drei Jahren bedroht. Mit diesem Regierungsgesetz wurde bereits gegen die noch im Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 enthaltene Beschränkung verstoßen, daß „nicht die Einrichtung des Reichstags als solche“ betroffen werden dürfe. Arnold Köttgen schrieb im Jahre 1938, „dem parlamentarischen Reichstage im Sinne der Weimarer Verfassung“ sei mit diesem Gesetz „die verfassungsrechtliche Grundlage entzogen worden“.[50] Durch die nunmehrige Zusammensetzung des Reichstages allein aus den Vertretern der Nazipartei nebst einigen „Gästen“ war der Reichstag, so wie er als Institution selbst bei den Terrorwahlen vom 5. März 1933, nämlich aus Vertretern verschiedener Parteien, zustandegekommen war, nicht einmal mehr formal existent. Sämtliche anderen bürgerlichen Parteien hatten mit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz selbst dazu beigetragen, daß die Lawine des faschistischen Antiparlamentarismus ins Rollen kam und jetzt auch sie unter sich begrub.

Die Konsequenz, die sich daraus unmittelbar für die Formen der Machtausübung ergab, bestand in folgendem: Nach dem Ermächtigungsgesetz durfte die Reichsregierung auch von der Verfassung abweichen, ausgenommen die Regelungen über den Reichstag, den Reichsrat und die Rechte des Reichspräsidenten. Die herbeigeführte Zusammensetzung des Reichstags ausschließlich aus Parteigängern des Faschismus ermöglichte es, hier gegebenenfalls mit Zweidrittelmehrheit oder sogar einstimmig unter Beibehaltung des Scheins der Rechtmäßigkeit selbst Verfassungsänderungen über die genannten drei Reichsorgane formell beschließen zu lassen, die bislang noch ausgeschlossen waren. Wie davon Gebrauch gemacht wurde, wird noch zu zeigen sein.

[89] Sieht man von dem demagogischen Revolutions- und Evolutionsgeschwätz des zitierten Frickschen Rundschreibens ab, so läßt sein Inhalt dennoch erkennen, daß die erste Etappe der Etablierung des faschistischen Regimes auch im Verständnis seiner Hauptakteur beendet war. Mit Ausnahme des Reichspräsidentenamtes hatten die Faschisten alle Kommandopositionen im Legislativ- und Exekutivbereich in ihren Besitz gebracht.

Im Bereich der Justiz ergab sich angesichts des Funktionierens des außergerichtlichen Terrorapparates keine vordringliche Notwendigkeit, umstürzende Veränderungen vorzunehmen, nachdem die begrenzte Zahl der dort tätigen „Marxisten“ und „Juden“ entfernt worden war. Die große Mehrheit der Richter und Staatsanwälte hatte schon in der Weimarer Republik ihre Botmäßigkeit gegenüber den Kapitalinteressen hinreichend unter Beweis gestellt. Sie befleißigten sich bis zum bitteren Ende, den ihnen zugedachten Anteil zur Unterdrückung des eigenen Volkes wie anderer Völker zu liefern. Ihrer Blutjustiz fielen Tausende zum Opfer.

So konnten die monopolkapitalistischen Auftraggeber und Finanziers der Nazipartei mit den Ergebnissen der ersten Etappe der Machtaufrichtung des Faschismus in Deutschland zufrieden sein. Die

[48] Das Rundschreiben ist abgedruckt bei Poetzsch-Heffter u. a., S. 24 f.
[49] RGBl. 1933/I, S. 479; „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“, vom 14.7.1933.
[50] Arnold Köttgen, Vom Deutschen Staatsleben (vom 1. Januar 1934 bis zum 30. September 1937); in: JöR, Bd. 24 (1937), Tübingen 1938, S. 77.

Gefahr jeder wahrhaft revolutionären Entwicklung schien ein für allemal gebannt. Das „tausendjährige Reich“ ungestörter Profitgewinnung schien angebrochen. Jetzt ging es darum, in der nächsten Etappe die erzielten Ergebnisse auszuweiten, eine Konsolidierung und Stabilisierung der politischen Verhältnisse anzustreben, um den Kampf um die Neuaufteilung der Welt wiederaufnehmen zu können und dem ersten Land des Sozialismus den Garaus zu machen.

4. Der Ausbau der Diktatur zum „völkischen Führerstaat“

Die zitierte Äußerung Fricks, die NSDAP sei „der alleinige Träger des Staates“ geworden, spiegelt die besonders für faschistische Regimes charakteristische Tendenz wider, alle gesellschaftlich-politischen Organisationsformen der herrschenden Klasse zu „vereinheitlichen“. Den ausgebeuteten Klassen und Schichten bleibt ohnehin die legale Organisierung ihrer Interessen verwehrt. Die ökonomische Macht der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals soll ohne Reibungsverluste, ohne Zulassung von ernsthaftem Widerstreit in den eigenen Reihen umgesetzt werden. Das kollidiert allerdings mit den Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes, so daß sich diese Linie niemals vollständig realisieren läßt. Widersprüche brechen ständig innerhalb der von ihrem Mitgliederbestand her meist sehr heterogenen Organisationen auf, die dem beabsichtigten Zweck zuwiderlaufen. Trotzdem kann bei der Verwandlung des Willens der ökonomisch Mächtigen in den Staatswillen diese Bündelung des Spektrums der gesellschaftlich-politischen Organisationsformen bei einer entsprechenden Konstellation eine zeitweilige stärkere „Ausrichtung“ im monopolkapitalistischen Interesse herbeiführen. Italien, Deutschland und Spanien haben in ihrem faschistischen Stadium dafür Beispiele geliefert.

Plastisch kommt diese Motivation in der Ende 1933 erschienenen Schrift „Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit“ von Carl Schmitt zum Vorschein. Schon die Reihenfolge der drei im Titel aneinandergereihten Vokabeln ist bemerkenswert. In der mittels Zwang herbeigeführten „politischen Einheit“, die in der von antagonistischen Klassenwidersprüchen zerrissenen kapitalistischen Gesellschaft stets nur eine Wunschvorstellung ist, rangiert an erster Stelle der Staat als das Hauptinstrument der Machtausübung, an zweiter Stelle die „Bewegung“, und zuletzt kommt das „Volk“, das von [90] Schmitt als „die im Schutz und Schatten der politischen Entscheidungen wachsende *unpolitische* Seite“ betrachtet wird.[51] Lakonisch interpretiert ein Spezialist für Fragen der „Bewegung“ diese abwertende Einschätzung: „Dem Volk bleibt die unpolitische Sphäre der Nebensächlichkeit überantwortet“; er leitet daraus den Schluß ab, „daß ein organisatorisches Problem eben doch nur zwischen Partei und Staat besteht“.[52]

Entsprechend der Zielstellung, das ganze Volk per politischer Zwangsintegration den Profitinteressen der Ausbeuter bedingungslos zu unterwerfen, wurde im faschistischen Deutschland der Begriff „Bewegung“ in einem sehr umfassenden Sinne benutzt. Von der Nazipartei wurde behauptet, sie sei „die organisierte Volksbewegung der nationalsozialistischen Weltanschauung und als solche das einigende Band der Volksgemeinschaft“.[53] Deshalb zählten auch SA und SS, NS-Kraftfahrerkorps, HJ, NS-Studentenbund, NS-Dozentenschaft, NS-Frauenschaft als Gliederungen der faschistischen Partei, und Organisationen wie die Deutsche Arbeitsfront, der NS-Deutsche Ärztebund, der NS-Lehrerbund, der NS-Bund Deutscher Techniker, die NS-Volkswohlfahrt zu den „angeschlossenen Verbänden“.[54] Schließlich gab es noch sogenannte betreute Organisationen (NS-Reichskriegerbund und NS-Reichsbund für Leibesübungen).

Für die faschistische Führung in Deutschland ergaben sich zwei wichtige Aufgaben, die in der Mitte 1933 beginnenden zweiten Etappe des Ausbaus des Herrschaftssystems zur Lösung anstanden. Einmal kam es darauf an, den Einfluß der faschistischen Partei auf den Staatsapparat zu festigen; zum anderen mußten die aus der „Bewegung“ kommenden Ansprüche abgewehrt werden, mit dem ehedem programmatisch verkündeten „deutschen Sozialismus“ Ernst zu machen. Im Sinne einer solchen

[51] Schmitt, Staat, Bewegung, Volk, S. 12.
[52] Gottfried Neeße, Partei und Staat, in: Der deutsche Staat der Gegenwart, H. 20, Hamburg 1936, S. 21.
[53] Stuckart/Albrecht/Schiedermair, S. 35.
[54] RGBl. 1935/I, S. 502; „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“, vom 29.3.1935, §§ 2, 3.

„Konstitutionalisierung“ der Beziehungen zwischen faschistischer Partei und imperialistischem Staat erging am 1. Dezember 1933 das „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“[55]. Die NSDAP wurde als die „Trägerin des Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden“ hingestellt (Paragraph 1). Zur „Gewährleistung engster Zusammenarbeit“ zwischen NSDAP und öffentlichen Behörden wurden Hitlers Parteistellvertreter, Rudolf Heß, und der Stabschef der SA, Ernst Röhm, zu Mitgliedern der Reichsregierung (Paragraph 2). Generell verfuhr man nach dem Prinzip der Personalunion, angefangen bei Hitler als Reichskanzler und „Führer“ der NSDAP. Goebbels war in einer Person Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda und Reichspropagandaleiter der NSDAP. Auf der mittleren Ebene hatten fast durchweg die Reichsstatthalter und die preußischen Oberpräsidenten gleichzeitig die Funktion eines Gauleiters der Nazipartei inne. Auf der örtlichen Ebene sicherte nach der „Deutschen Gemeindeordnung“ vom 30. Januar 1935[56] eine besondere Dienststelle der Nazipartei, nämlich der „Beauftragte der NSDAP“, daß der bürokratische Zentralismus bis ins letzte Dorf seine faschistische Verwirklichung fand. Dieser Beauftragte wirkte bei allen wichtigen Angelegenheiten – so bei der Berufung und Abberufung des Bürgermeisters und der sogenannten Beigeordneten – mit.

[91] Von besonderer Bedeutung war die „Einheit“ von faschistischer Partei und Staat bei der Terrorpraxis gegenüber politischen Gegnern, beim Ausbau des gesamten Unterdrückungsapparates. Von Anbeginn der Nazidiktatur an wurde das Vorgehen der SA und SS gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen nicht nur gebilligt, wurden Morde nicht nur gutgeheißen, sondern SA und SS wurden im ersten halben Jahr offiziell als „Hilfspolizei“ eingesetzt. Von der SA wurden auch die ersten KZ eingerichtet und später von der SS übernommen. Die Tendenz zur Fusion von faschistischen Terrororganisationen und staatlichem Unterdrückungsmechanismus führte dazu, daß der Polizeiapparat allmählich vollständig mit der SS zusammenwuchs.[57]

Einer kritischen Wertung muß in diesem Zusammenhang die Vokabel „SS-Staat“ unterzogen werden, die von Historikern und Politikwissenschaftlern der BRD immer häufiger dazu benutzt wird, den faschistischen deutschen Staat insgesamt zu charakterisieren. Damit können falsche Vorstellungen hervorgerufen werden, die geeignet sind, von den klassenmäßigen Grundlagen des faschistischen Herrschaftssystems abzulenken. Nicht mehr der deutsche Imperialismus, das deutsche Monopolkapital sind dann verantwortlich für Krieg und millionenfachen Völkermord, nicht der Kapitalismus als gesellschaftliches System, sondern allein „die SS“. Broszat sagt z. B. von den bewaffneten SS-Einheiten, sie seien „das charakteristische Beispiel einer Sondergewalt, die auf Partei *und* Staat beruhte, aber sich von beiden losgelöst und verselbständigt hatte“.[58] Diese These begünstigt den Eindruck, als hätten die monopolkapitalistischen Macht- und Herrschaftsbeziehungen mit der von Broszat apostrophierten „Sondergewalt“ nur wenig oder gar nichts zu tun. Der theoretische Fehler dieser Art von Argumentation besteht darin, daß die relative Selbständigkeit, die der Staat wie jeder andere Bestandteil des imperialistischen politischen Systems im Rahmen der von ihm zu erfüllenden spezifischen Herrschaftsfunktionen besitzt, im Falle der SS „übertrieben“, verabsolutiert wird. Die Isolierung eines Teils des Überbaus, die „Herauslösung“ aus diesem, hat ferner zur Folge, daß die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen seinen zahlreichen Teilen, daß der Systemcharakter des Überbaus, seine Komplexität, abhanden kommen.

Mit der Formel von der „Einheit“ zwischen faschistischer Partei und Staat wurde die Frage nach dem Primat in dieser Beziehung bewußt offen gelassen. Der faschistische Staatsrechtler Koellreutter sprach es allerdings 1936 klipp und klar aus, wie die Dinge lagen: „Der Staat ist nach der nationalsozialistischen Auffassung die politische und staatsrechtliche Lebensform des Volkes. In sie muß auch die Partei eingegliedert sein.“[59] Die imperialistische Bourgeoisie bedient sich der verschiedensten Parteigründungen für ihre politischen Zwecke. Sie stützt sich einmal auf die einen, dann wieder auf

[55] Ebenda, 1933/I, S. 1016; „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“, vom 1.12.1933.
[56] Ebenda, 1935/I, S. 49; „Deutsche Gemeindeordnung“, vom 30.1.1935.
[57] Siehe dazu im einzelnen den Beitrag von Klaus Drobisch im vorliegenden Band, S. 157 ff.
[58] Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969, S. 339.
[59] Koellreutter, S. 154.

die anderen, oder sie verzichtet ganz auf ein derartiges politisches Instrument. Hier herrschen also der Wechsel, die Mobilität, vor. Niemals kann sie jedoch auf ihr Hauptinstrument zur Ausübung und Aufrechterhaltung ihrer Macht, den Staat, verzichten, mag dieser auch seine Formen abhängig vom Klassenkampf im einzelnen ändern.

Daher lag den herrschenden Kreisen des Monopolkapitals so viel daran, die „nationalsozialistische Revolution“ von unerwünschten Effekten, unkontrollierten Aktionen gegen das Ausbeutereigentum und gegen die „Staatsautorität“ freizuhalten. In dem erwähnten Rundschreiben Fricks von Anfang Juli 1933 wurde entschieden gegen diejenigen Front ge-[92]macht, die von einer „Fortsetzung der Revolution oder von einer zweiten Revolution“ redeten. „Jeder Versuch einer Sabotage der deutschen Revolution, wie er namentlich in unbefugten Eingriffen in die Wirtschaft und in Mißachtung von Anordnungen der Träger der Staatsautorität zu erblicken ist, muß daher ... mit den schärfsten Maßnahmen gegen wen immer, geahndet werden.“

Das zielte unmißverständlich gegen alle jene Kräfte der „Bewegung“ selbst, die im Vertrauen auf demagogisch hochgepeitschte Erwartungen, daß alles besser werden würde, als es in der „Systemzeit“ gewesen sei, nunmehr die Einlösung all der Versprechungen verlangten. Der Massenanhang der Nazipartei sah sich mehr und mehr in seinen Hoffnungen auf wirtschaftliche Besserstellung getäuscht. Die Unzufriedenheit wuchs, potenziert durch den sich verstärkenden Widerstand der Arbeiterklasse gegen die gesteigerte Ausbeutung. Daher stieg die nicht unberechtigte Sorge der Monopolherren, es könnten die zur Irreführung der Volksmassen von den Naziführern verkündeten Losungen über „Revolution“ und „deutschen Sozialismus“ doch noch eine antimonopolistische Spitze bekommen und eine nicht mehr kanalisierbare echte Massenbewegung gegen ihre ökonomischen und politischen Bastionen auslösen. Das erklärt den massiven Ton des Rundschreibens, in dem die Anwendung der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 angedroht wird, die bekanntlich als juristisches Instrument zur Verfolgung der Kommunisten benutzt wurde.

Der Opposition in den eigenen Reihen wurde am 30. Juni 1934 unter dem Druck des Monopolkapitals und mit Hilfe der Reichswehr das Rückgrat gebrochen. Hitler ließ den massenhaften Mord an seinen eigenen Vasallen und anderen mißliebigen Personen durch ein „Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr“ vom 3. Juli 1934[60] für „rechtens“ erklären. Eine gerichtliche Untersuchung der „deutschen Bartholomäusnacht“ wurde ein für allemal ausgeschlossen. Carl Schmitt beeilte sich, in einem am 1. August 1934 erschienenen Aufsatz „Der Führer schützt das Recht“ sogleich ein theoretisches Alibi für die Mordaktion zu liefern. Er schrieb: „Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Mißbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft.“[61] Allein die Erfindung des Titels „oberster Gerichtsherr“, die selbst unter den damaligen Bedingungen bar jeglicher juristischer Grundlage war, genügte, um Hitlers Massaker als Ausfluß des Rechts, von ihm selbst geschaffen, auszugeben.

So wie Schmitt hat die Mehrheit der bürgerlichen deutschen Rechtswissenschaftler mit ihren pseudowissenschaftlichen Konstruktionen zur Rechtfertigung einer Terrorherrschaft beigetragen, wie sie die Welt bis dahin nicht kannte. Die meisten von ihnen sind nach 1945 in der BRD wieder zu Amt und Würden gelangt.

Wie entwickelten sich seit Mitte 1933 die obersten Staatsorgane? Wie gestalteten sich die Beziehungen zwischen Reichstag, Reichskanzler, Reichsregierung, Reichspräsident? Was wurde aus dem Verhältnis zwischen Gesamtstaat und Gliedstaaten, zwischen Reichsgewalt und Ländergewalt? Der Reichstag hatte seit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 im selben Jahr kein Gesetz mehr verabschiedet. Er wurde im Oktober 1933 aufgelöst und am 12. November 1933, kombiniert mit einer Volksabstimmung gegen den Versailler Vertrag, „neu gewählt“. Mehr als zehn Prozent der Wahlberechtigten bekundeten durch Ablehnung der „Kreiswahlvorschläge der NSDAP“ oder Fernbleiben von der Scheinwahl ihre Protesthaltung gegen das faschistische Regime. Von den

[60] RGB1. 1934/I, S. 529; „Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr“, vom 3.7.1934.
[61] Carl Schmitt, Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles 1923-1939, Hamburg 1940, S. 200.

661 Mitgliedern des [93] neuen Reichstages gehörten 639 der Nazipartei an, die restlichen 22 waren renommierte Vertreter der aufgelösten bürgerlichen Parteien und des Großkapitals.

Dieser Reichstag hatte mit demjenigen aus der Weimarer Republik nur noch den Namen gemein. Er sei ein „völlig neuartiges Gebilde“,[62] schrieb ein faschistischer Verfassungsrechtler. Die „Verdrängung der ‚Wahl‘ durch das ‚Plebiszit‘ hat natürlich auch das Wesen des Reichstags als einer politischen Einrichtung von Grund auf gewandelt“.[63] So oder ähnlich verkündete es die offizielle Staatsrechtslehre. Der Reichstag war zur reinen Akklamationskörperschaft herabgesunken, sofern er – höchst selten – überhaupt zusammengerufen wurde. Man definierte ihn als eine „Versammlung politisch bewährter Persönlichkeiten, die den Beschlüssen der Führung durch ihre Zustimmung ein besonderes Gewicht nach innen und außen verleihen sollen“.[64] Weder war dem Reichstag eine Gesetzgebungs- noch eine Kontrollbefugnis gegenüber der Regierung zuerkannt. Sein Dasein erschöpfte sich in der Ausübung bloßer Fassadenfunktionen. Die verbreitete Redewendung vom größten und teuersten „Gesangverein“ traf ins Schwarze. Dies war die Attrappe und Karikatur eines bürgerlichen Parlaments. Opportunitätsgesichtspunkte allein gaben daher den Ausschlag, wenn man ausnahmsweise Gesetze durch den Reichstag „beschließen“ ließ. Doch, so lautete die Interpretation, seien solche Beschlüsse über Gesetze nicht „parlamentarische Eigenbeschlüsse im alten Sinne“.[65] Im wesentlichen beschränkten sich solche Demonstrationsakte auf das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934[66] und auf die berüchtigten Nürnberger Rassengesetze vom September 1935[67].

Im Zuge der Zentralisierungsbestrebungen markierte das „Neuaufbaugesetz“ den entscheidenden Schritt zur endgültigen Beseitigung der Eigenstaatlichkeit der Länder. Die Volksvertretungen der Länder wurden abgeschafft, die Hoheitsrechte der Länder gingen auf das Reich über, die Landesregierungen wurden der Reichsregierung unterstellt. Deutschland hatte aufgehört, ein Bundesstaat zu sein. Es war zu einem faschistischen Einheitsstaat geworden. Zwar bestanden die Länder gebietsmäßig weiter, doch war das Reich jetzt alleiniger Träger der Staatssouveränität. Die Landesregierungen wurden zu sogenannten mittelbaren Reichsbehörden, d. h. zu Verwaltungsorganen des Reiches. Sie waren der Weisungs- und Dienstaufsichtsbefugnis der Reichsregierung voll unterworfen. Die von rechten Kreisen schon während der Weimarer Zeit angestrebte Reichsreform mit dem Ziel einer völligen Neugliederung des Reiches kam allerdings nicht zustande. Die überkommene Sonderstellung Preußens blieb in gewisser Weise erhalten. Die durch die Aggressionspolitik „neu gewonnenen“ Gebiete wurden in „Reichsgaue“ gegliedert (Österreich wurde in sieben Reichsgaue aufgeteilt) oder als Ganzes unter dieser Firmierung einverleibt (Sudetengau), sofern man nicht eine formelle staatsrechtliche Eingliederung wie bei Elsaß-Lothringen und Luxemburg „zurückstellte“. Die rigorose Unterwerfung unter die faschistische „ Reichsgewalt“ war bei der einen wie der anderen Etikettierung vollauf gesichert.

Das „Neuaufbaugesetz“ bot Gelegenheit, eine weitere überkommene „Unvollkommenheit“ in der uneingeschränkten Machtausübung der herrschenden imperialistischen Kräfte [94] auszuräumen. Nach dem Ermächtigungsgesetz durfte die Reichsregierung zwar von der Verfassung abweichen, aber nicht die Institutionen des Reichstags, des Reichsrats und des Reichspräsidenten tangieren. Nun wurde in das vom Reichstag einstimmig beschlossene, also mit „verfassungsändernder Mehrheit“ angenommene Gesetz als Art. 4 der Satz aufgenommen: „Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.“ Der Prozedurvorschrift, daß „die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt“ seien, wie es in der Präambel zum „Neuaufbaugesetz“ hieß, war scheinbar Genüge getan. Obwohl jene Bestimmung des Art. 4 mit der eigentlichen Materie des Gesetzes nichts zu tun hatte, wurde mit dem gesetzestechnischen Trick ihrer Unterbringung in dem „Neuaufbaugesetz“ bewirkt, daß von nun an die Reichsregierung scheinlegal in den Rang des uneingeschränkten Verfassungsgesetzgebers aufgerückt war. Keine der laut Weimarer Verfassung bestehenden Institutionen, selbst nicht die höchsten, waren jetzt

[62] Köttgen, S. 78.
[63] Huber, Verfassungsrecht, S. 203 f.
[64] Koellreutter, S. 146.
[65] Huber, Verfassungsrecht, S. 207.
[66] RGBl. 1934/I, S. 75; „Gesetz über den Neuaufbau des Reichs“, vom 30.1.1934.
[67] Ebenda 1935/I, S. 1146; „Reichsbürgergesetz“, vom 15.9.1935; ebenda 1935/I, S. 1146; „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, vom 15.9.1935.

noch juristisch tabu. Staatsorgane, die bisher verfassungsmäßig formell abgesichert waren, konnten juristisch scheinbar korrekt abgeschafft werden. Völlig neue, als gleich- oder höherrangig deklarierte, also höchsten „Verfassungsrang“ besitzende Staatsämter, ließen sich aus der Taufe heben, ohne daß man, nach einem Worte Bismarcks, noch über juristische Zwirnsfäden stolpern mußte. Die letzte Schranke für die Spitze der Exekutive, Bekundungen jedweden Inhalts in jedweder Form zum verbindlichen Staatswillen zu erklären, war gefallen.

Die „Verfassungsrechtler“ des Nazireiches bemühten sich in der Folgezeit vergebens, eine Ordnung in dem Wirrwarr von Führererlaß, Führerverordnung, Regierungsgesetz, Reichstagsgesetz usw. ausfindig zu machen. Eine solche gab es nicht. Der Plan des Reichsinnenministers Frick vom November 1935, ein Gesetz „über die Verkündung von Rechtsvorschriften des Reiches“ zu schaffen, kam über das Entwurfsstadium nicht hinaus.[68] Welche seltsamen Blüten dieses „System“ hervortrieb, mag folgendes Ereignis erhellen. Am 1. September 1939, dem Tag des Überfalls auf Polen, hielt Hitler eine Rede vor dem Reichstag. In effekthaschender Pose äußerte er, falls ihm etwas zustoße, solle Göring sein Nachfolger werden. Dazu schrieb der faschistische Verfassungsexperte Huber, diese „Erklärung des Führers“ habe, „obwohl sie nicht als Gesetz gefaßt ist, die verbindliche Kraft eines Rechtssatzes“. Es handle sich um „eines der wichtigsten Verfassungsgesetze des nationalsozialistischen Reiches“.[69]

Eine aus einer langen, vorwiegend demagogischen Zwecken dienenden Rede stammende Passage – das also erhielt jetzt das Prädikat „Verfassungsgesetz“! Normativität, Formbestimmtheit, Schriftlichkeit als Elemente des traditionellen bürgerlichen Rechts im allgemeinen, des Verfassungsrechts im besonderen, neben der öffentlichen Verkündung Voraussetzungen dafür, daß jedermann wissen kann, was „rechtens“ sein soll, wurden nicht mehr für wesentlich erachtet. Der Auflösungsprozeß der bürgerlichen Gesetzlichkeit erreichte seinen einstweiligen Gipfelpunkt.

Die im „Neuaufbaugesetz“ eingeräumte Möglichkeit, durch Regierungsgesetz „neues Verfassungsrecht“ zu setzen, wurde mit dem „Gesetz über die Aufhebung des Reichsrats“ vom 14. Februar 1934[70] umgehend angewandt. Nach Art. 60 WV war der Reichsrat „die Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs“. Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 hatte dieses Organ, das sich aus Bevollmächtigten [95] der Länder zusammensetzte, schon praktisch funktionslos gemacht. Mit der Beseitigung der gliedstaatlichen Selbständigkeit der Länder wurde es vollends überflüssig.

Auf die Abschaffung eines zentralen Staatsorgans folgte bald darauf die „Neuschaffung“ eines solchen. Als der Reichspräsident Hindenburg am 2. August 1934 starb, trat das am Vortag von der Regierung beschlossene „Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs“[71] in Kraft. Es verkündete, daß das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinigt werde und die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den „Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“ übergingen.

Mit der Verschmelzung der Ämter des Staatsoberhaupts und des Regierungschefs war die faschistische Umstrukturierung des Staatsapparats auf der zentralen Ebene abgeschlossen. Hitler vereinigte jetzt in seiner Person alle entscheidenden Befugnisse der Machtausübung. Er ernannte und entließ die Reichsminister, ebenso besaß er das Ernennungsrecht bei den Beamten, er war Oberbefehlshaber der Wehrmacht, er konnte jederzeit den Reichstag auflösen, ihm oblag die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands.

In Hubers Buch über das „Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches“ heißt es: „Die Führergewalt ist umfassend und total; sie vereinigt in sich alle Mittel der politischen Gestaltung; ... sie ist frei und unabhängig, ausschließlich und unbeschränkt.“ Ohne das irgendeine ausdrückliche juristische Fixie-

[68] Siehe Broszat, S. 360 ff.
[69] Ernst Rudolf Huber, Reichsgewalt und Reichsführung im Kriege, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 101, Tübingen 1941, S. 542.
[70] RGBl. 1934/I, S. 89; „Gesetz über die Aufhebung des Reichsrats“, vom 14.2.1934.
[71] Ebenda, 1934/I, S. 747; „Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs“, vom 1.8.1934.

rung dafür vorhanden gewesen wäre, wurde deshalb auch unterstellt: „Der Führer ist der oberste Gerichtsherr des Volkes." Es war nur konsequent zu sagen, „daß es auf der Grundlage einer in diesem Sinne allumfassenden Führergewalt keine ‚Zuständigkeitslücken' gibt"[72].

Hitler galt als Staatsoberhaupt auf Lebenszeit und konnte seinen Stellvertreter selbst bestimmen. In dem Gesetz vom 1. August 1934 wurde erstmals das Wort „Führer" in einer nicht nur auf die Nazipartei bezogenen Bedeutung verwendet. An die Stelle des früheren Verfassungseides trat von nun an bei Soldaten, Beamten und Ministern ein „persönlicher Treueid" auf den „Führer des Deutschen Reiches und Volkes". War die offizielle Amtsbezeichnung anfänglich noch „Führer und Reichskanzler", so reduzierte sich die Bezeichnung ab 1939 schlicht auf „Der Führer". Die Führer-Begriffsinflation fand nach anfänglicher Unsicherheit, wie denn das faschistische Staatswesen in Deutschland zu charakterisieren sei, ab Ende 1933 mit der Wortprägung „völkischer Führerstaat"[73] ihre quasi wissenschaftliche, allgemein akzeptierte Deutung.

5. Führerkult, „Führerstaat" und „Führerprinzip"

Der Führerkult, während der Herrschaft des deutschen Faschismus auf die Spitze getrieben, hat in seinen beiden Aspekten, dem der Staatsorganisation und dem der Massenmobilisierung, in der bürgerlichen Literatur, soweit erkennbar, keine wissenschaftlich befriedigende Erklärung gefunden. Der erste Aspekt wird beispielsweise von Lothar Gruchmann damit „erklärt", „daß die originäre Führergewalt die staatliche Regierungs-[96]gewalt absorbiert hatte"[74]. Der zweite Aspekt wird von Hermann Glaser als „einmaliges Kapitel in der Geschichte des Massenwahns" gesehen.[75]

Indessen kann man im Imperialismus allenthalben eine Personifizierung der politischen Macht beobachten. Es handelt sich dabei um eine allgemeine Tendenz, die dem reaktionären Wesen imperialistischer Herrschaft überhaupt entspringt. Die allgemeine Krise des Kapitalismus, dessen Charakter als verfaulendes und sterbendes, zugleich menschenfeindliches und aggressives Gesellschaftssystem, bringen das Bedürfnis nach einem „starken Staat" hervor, der imstande sein soll, als Garant der Ausbeuterordnung zu fungieren. Zutreffend schreibt Šachnazarov: „Jede außerordentliche Form der Staatsgewalt erfordert ... strengste Organisation und Disziplin seitens der herrschenden Klasse, die durch Alleinherrschaft und Zentralismus auf die Spitze getrieben sind. Die logische Vollendung des Herrschaftsapparates, die Voraussetzung seiner Wirksamkeit und Beweglichkeit ist der Alleinherrscher, ein Führer", der alle Schalthebel des Staatsapparates in der Hand hat und „über dem Gesetz steht".[76] Die Personifizierung der bürokratisch-zentralistischen Staatsstrukturen und die propagandistische Herausstellung der jeweiligen obersten Vollzugsperson an der Spitze der politischen Herrschaftspyramide der Monopolbourgeoisie als „starker Mann" haben sowohl staatsorganisatorische wie ideologische und sozialpsychologische Gründe. Diese generelle Tendenz wird zum Extrem gesteigert, wenn ein faschistisches Regime zum Zuge kommt.

Die These von der „originären Führergewalt" ist insofern nur ein sehr bequemes Aushilfsmittel, alle Verbrechen des Faschismus als Ausfluß dieser Gewalt hinzustellen und damit zu mystifizieren. Schon Mitte der 20er Jahre schrieb Hans Freyer, in der Nazizeit Präsident der Deutschen Soziologischen Gesellschaft, in seinem Buch „Der Staat": „Die Position des Führers ... ist von der unfaßbarsten Unbestimmtheit für Verstandesbegriffe, aber von der unfehlbarsten Eindeutigkeit im metaphysischen Sinn ... Führerschaft ist die vollste Vollmacht und die grenzenloseste Kompetenz, weil sie der unumschränkteste Auftrag ist: mache uns reif, tüchtig und würdig zum Staat und bediene dich dazu jedes Mittels, das nötig ist."[77] Hier feiert die irrationalistische Apologetik ihren Triumph.

---

[72] Huber, Verfassungsrecht, S. 230, S. 278, S. 234.
[73] Gustav Adolf Walz, Autoritärer Staat, nationaler Rechtsstaat oder völkischer Führerstaat?, in: Deutsche Juristen-Zeitung, 20/1933, S. 1334 ff.
[74] Lothar Gruchmann, Die „Reichsregierung" im Führerstaat, in: Klassenjustiz und Pluralismus, Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag am 26. Dezember 1973, Hamburg 1973, S. 189.
[75] Hermann Glaser, Das Dritte Reich. Anspruch und Wirklichkeit, Herder-Bücherei Bd. 92, Freiburg i. Br. 1963, S. 67.
[76] Georgi Schachnasarow, Die Partei der Kommunisten in der sozialistischen Gesellschaft, Moskau 1974, S. 86 f.
[77] Hans Freyer, Der Staat, Leipzig 1926, S. 113.

Bricht man jedoch das Tabu, mit dem Typen wie Hitler umgeben wurden und werden, so stößt man unweigerlich auf diejenigen, deren Werkzeuge diese „Führer“ sind. Der vorgegebene Wille solcher Kreaturen orientiert sich in Wirklichkeit an den ökonomischen und politischen Grundinteressen der Finanzoligarchie, die darauf gerichtet sind, alle selbständigen Bewegungen der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse brutal zu unterdrücken und die Ausbeutungssphären durch Unterjochung anderer Nationen zu erweitern. Die Verhinderung der revolutionären Machtergreifung durch das Proletariat, die „Dämpfung“ des politischen Kampfes, die rigorose Beschneidung der politischen Entfaltungsmöglichkeiten für die breiten Massen, ihre Fernhaltung von den Angelegenheiten des Staates, die Apotheose der politischen Herrschaft der Finanzoligarchie – das sind die wirklichen Motive für die exorbitante Überhöhung imperialistischer „Führer“figuren.

Die Funktion des oft beschworenen „Massenwahns“ läßt sich ebenfalls rational er-[97]klären. Die imperialistische Bourgeoisie findet sich nicht damit ab, daß die soziale Basis ihrer Herrschaft einem Schrumpfungsprozeß unterliegt. Sie müht sich, diese soziale Basis künstlich zu erweitern und eine Hinwendung größerer Massen zu den revolutionären Parteien der Arbeiterklasse zu verhindern. Einem solchen Zweck dienten und dienen faschistische Bewegungen, die zielgerichtet die „nationale und soziale Erneuerung“ verkünden und mittels einer zügellosen Demagogie die von ihrer sozialen Lage her zwischen Proletariat und Bourgeoisie schwankenden kleinbürgerlichen Schichten von ihrem natürlichen Verbündeten, dem Proletariat, zu isolieren und ihrem natürlichen Feind, der imperialistischen Bourgeoisie, auszuliefern suchen. „Um das spontane kleinbürgerliche Element ‚in den Griff zu bekommen‘, um seine Energie in das gewünschte Fahrwasser zu lenken und zu einer Stütze des Regimes zu machen, bedarf es eines Führers. Am besten ist für diese Rolle ein exaltierter Angehöriger desselben Milieus geeignet, das er mobilisieren soll: ein Kleinhändler, Fleischer oder einfach ein Lumpenproletarier. So kommen die Hitler, Rockwell und Poujade ans Tageslicht.“[78]

Der „Massenwahn“ wird bewußt erzeugt. Gestalten wie Hitler werden von der imperialistischen Propaganda zu „Rettern der Nation“ hochstilisiert. Alle enttäuschten Hoffnungen der von den sozialökonomischen Auswirkungen kapitalistischer Entwicklung betroffenen Bevölkerungsschichten werden in jene „Führer“ hineinprojiziert und die wirklichen gesellschaftlichen Ursachen für Not und Elend mit Hilfe eines immer umfangreicher werdenden Manipulierungsinstrumentariums ausgeblendet.

Imperialistischer Führerkult und faschistischer „Führerstaat“ sind deshalb keine unergründlichen Phänomene. Sie haben ihre Wurzeln vielmehr in den Herrschaftsbedingungen des verfaulenden und sterbenden Kapitalismus. Ihnen liegt die Negation der schöpferischen Rolle der Volksmassen in der Geschichte zugrunde. Sie sollen demonstrieren, daß die Arbeiterklasse angeblich unfähig sei, den Staat zu leiten. Sie stehen im Zusammenhang mit der radikalen Verneinung demokratischer Formen des bürgerlichen Staates. Sie machen nicht zuletzt sichtbar, daß der Imperialismus „politische Reaktion auf der ganzen Linie“ ist.[79]

Im faschistischen Deutschland wurde das sogenannte Führerprinzip in mannigfaltigen Variationen als das die gesamte Staats- und Gesellschaftsordnung bestimmende Moment betrachtet und in Form der autoritären Einzelleitung bei allen staatlichen Einrichtungen auch weitgehend praktiziert.[80] Im faschistischen Führerprinzip fand die Negation der Demokratie prägnanten Ausdruck.

Herrschte dieses Führerprinzip auch auf allen Ebenen und in allen Bereichen staatlicher Tätigkeit, so kulminierte es doch in einer Person. Das war „Der Führer“. Herbert Krüger, nach 1945 in der BRD wieder als Professor tätig, schrieb 1935 in „Führer und Führung“: „*Der* Führer ist Person; als Person wirkt er in einem bestimmten Volk zu einer bestimmten Zeit. Beides macht ihn zu einer einmaligen Erscheinung ... Mit vollem Recht ist daher von der obersten Parteileitung verboten worden, daß sich irgendein Vereins- oder Verbandsvorsitzender ‚Der Führer‘ schlechthin nennt, ohne einen sichtlich unterscheidenden Zusatz hinzuzufügen.“[81]

[78] Schachnasarow, S. 87 f.
[79] Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, in: Lenin, Werke, Bd. 23, S. 103.
[80] Siehe Hans Bernhard Brauße, Die Führungsordnung des deutschen Volkes, Hamburg 1940/42.
[81] Herbert Krüger, Führer und Führung, Breslau 1935, S. 15, S. 25.

Mit der Schaffung des Amtes „Führer und Reichskanzler“ lag die Staatsorganisation des [98] faschistischen Deutschland in ihren Grundzügen bis an ihr Ende im wesentlichen fest. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurden mit der direkten Kriegsvorbereitung und während des Krieges die bürokratisch-staatsmonopolistischen Herrschaftsstrukturen weiter ausgebaut. Das geschah allerdings vielfach in einer Weise, die dem Führerabsolutismus Hohn sprach. So war der „Führer“ natürlich außerstande, die ihm (1941) unmittelbar untergeordneten 42 Reichsinstitutionen in ihren Aktivitäten zu überblicken, geschweige denn zu leiten. Statt der proklamierten Monokratie des einen „Führers“ herrschte die „Polykratie der Ressorts“[82]. Ein hoher Beamter der Reichskanzlei äußerte in bemerkenswerter Offenheit: „Zweifel, Reibungen, Konflikte, Kämpfe und Stockungen auf dem weiten Gebiete der verschiedensten Verwaltungszweige sind die natürlichen Begleiterscheinungen der Neugestaltung des öffentlichen und Gemeinschaftslebens ... Es liegt nun weder im Wesen des Führerstaates noch entspricht es der persönlichen Eigenart des Führers, daß alle diese Schwierigkeiten, wie sie im vorstehenden angedeutet sind, dem obersten Führer zur Entscheidung unterbreitet werden müssen. Im Gegenteil: Obgleich die Reichsminister heute grundsätzlich der uneingeschränkten Befehlsgewalt des Führers hinsichtlich aller ihrer Entscheidungen auch in belanglosen Einzelfällen unterworfen sind, besitzen sie in Wirklichkeit eine Selbständigkeit in der Führung ihrer Amtsgeschäfte, deren sich die Reichsminister der Systemzeit niemals haben erfreuen können.“[83]

Das war die widersprüchliche Realität des faschistischen „Führerstaates“ in Deutschland. In seiner zwölfjährigen Existenz war er das bisher schlimmste Beispiel politischer Machtausübung der Monopolbourgeoisie. Doch faschistische „Führerstaaten“ gab es damals noch weitere. Es gibt sie auch heute wieder, zwar nicht in Europa, wohl aber in anderen Teilen der Welt. Sie sind politische Ausdrucksformen des menschenfeindlichen im imperialistischen Herrschaftssystems, Produkte des Imperialismus. [99]

[82] Broszat, S. 363.
[83] Hermann von Stutterheim, Die Reichskanzlei. Schriften zum Staatsaufbau, H. 45, Berlin 1940, S. 25 f.

Kurt Gossweiler: Faschismus und Arbeiterklasse

In seinen „Lektionen über den Faschismus“ hat Palmiro Togliatti in bewußter Anlehnung an die Lehre Lenins von der proletarischen, marxistischen Partei neuen Typs die Faschistenpartei als die „bürgerliche Partei neuen Typs“ bezeichnet.[1] In dieser Kennzeichnung ist der Hinweis enthalten, daß das Entstehen der Faschistenpartei in kausalem Zusammenhang stand mit dem Eintritt der bürgerlichen Gesellschaft in einen neuen Zeitabschnitt, in die Epoche der Kriege und Revolutionen, in die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Im Mittelpunkt dieser Epoche steht die Arbeiterklasse, die zur Erfüllung ihrer historischen Mission herangereift ist.

Die faschistische Partei formierte sich in Italien und Deutschland in den Kriegs- und Nachkriegsjahren als Kriegs- und Bürgerkriegspartei der reaktionärsten Kreise der imperialistischen Bourgeoisie, damit betraut, die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse zu verhindern und die Voraussetzungen für die Errichtung der offenen Diktatur dieser Kreise zu schaffen.

Natürlich war es auch die Aufgabe aller anderen bürgerlichen – einschließlich der sozialdemokratischen – Parteien, die Arbeiterklasse an der Eroberung der politischen Macht zu hindern. Was die Faschistenpartei zu einer neuartigen Partei der imperialistischen Bourgeoisie machte, waren die extrem-reaktionäre Zielsetzung und die neuartigen Kampfmethoden gegen die Arbeiterbewegung.

Die extrem-reaktionäre Zielsetzung bestand darin, daß die Faschistenpartei entschlossen war, dem Verlangen der reaktionärsten Scharfmacher der herrschenden Klasse nach totaler *Vernichtung* der Arbeiterbewegung durch die Anwendung wildesten, ungezügelten Terrors nachzukommen.

Zugleich aber – und das vor allem unterschied die neue Partei der imperialistischen Bourgeoisie von den alten, konservativen Rechtsparteien – trat die Faschistenpartei als radikal antibürgerliche, antikapitalistische Partei auf, als eine Partei, deren Ziel ein „nationaler Sozialismus“ sei.[2]

Genau dies ist – in Verbindung mit der empirisch überall nachgewiesenen vorwiegend kleinbürgerlichen Gefolgschaft faschistischer Parteien – der Ansatzpunkt für alle bürgerlichen Theorien, die den Faschismus für eine originäre kleinbürgerliche Protestbewegung ausgeben, gerichtet sowohl gegen die sozialistische Arbeiterbewegung als auch gegen das Großkapital. Allen diesen „Mittelstandstheorien“ ist gemeinsam, daß sie die spezifisch [100] faschistische Paarung von Antisozialismus mit antikapitalistischer Demagogie aus der zwiespältigen Klassennatur des Kleinbürgertums ableiten.

So einleuchtend solche Deutungen auf den ersten Blick auch scheinen mögen – noch dazu, wenn sie sich dabei auf Zitate von Marx, Engels und Lenin über das Kleinbürgertum stützen –, so muß doch schon eine einfache Überlegung zu der Frage führen, wie das in der modernen kapitalistischen Gesellschaft in viele Gruppen unterschiedlichster, ja gegensätzlicher Interessen zersplitterte und atomisierte Kleinbürgertum imstande sein soll, aus sich heraus eine einheitliche (wenngleich nicht widerspruchslose) Ideologie wie die faschistische, und eine einheitliche, zentralisierte politische Bewegung wie den Faschismus, hervorzubringen.

Noch gewichtiger ist jedoch ein anderer Umstand. Einige bürgerliche Autoren erwähnen die Tatsache, daß die NSDAP zunächst gar nicht darauf aus war, das Kleinbürgertum zu organisieren – wie man es ja wohl von einer „Klassenorganisation“ des Kleinbürgertums erwarten sollte –, sondern daß ihre Werbung vor allem der Arbeiterschaft galt. So stellt Heinrich August Winkler ausdrücklich fest, daß die Nationalsozialisten in der Frühphase „Bewegung“ nicht bürgerliche Schichten als ihre Zielgruppe ansahen, sondern sich die Gewinnung der marxistisch orientierten Arbeiterschaft zum Ziele setzten.[3] Auch Karl Dietrich Bracher erwähnt, wenn auch nur beiläufig, daß die Bekehrung des sozialistisch organisierten Arbeiters zum „nationalen Sozialismus“ ein „Ausgangspunkt des Nationalsozialismus“ war.[4]

[1] Palmiro Togliatti, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt a. M. 1973, S. 19, S. 47, S. 49, S. 125 ff.
[2] B. R. Lopuchov, Fašizm i rabočee dviženie v Italii, 1919-1929, Moskau 1968, S. 30 ff.
[3] Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 160.
[4] Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln/(West.)Berlin 1969, S. 170.

Eine „autonome Kleinbürgerbewegung“, die sich zur Hauptaufgabe nicht die Vertretung von Mittelstandsinteressen stellt, sondern die „Nationalisierung“ der Arbeiterklasse – man wird zugeben müssen, daß dies doch eine ganz merkwürdige Angelegenheit wäre!

Wenn die NSDAP-Führung zunächst vor allem auf die Gewinnung von Arbeitern aus war, so fordert dies doch geradezu jeden Soziologen und Historiker heraus zu untersuchen, welchen Einfluß eine solche Zielstellung auf die Herausbildung der die faschistische Massenbewegung kennzeichnenden Besonderheiten, auf ihre Programmatik und ihre Propaganda hatte, und dazu zu fragen, ob die faschistische Kombination von Antikapitalismus und Antisozialismus weiterhin so zweifelsfrei als spontane Äußerung mittelständischer Mentalität angesehen werden darf. Vor allem aber erhebt sich dann die Frage, in welcher sozialen Schicht oder Klasse der Wunsch nach einer mit Nationalismus erfüllten Arbeiterschaft ihren Ursprung hat.

Indessen: Keiner der bürgerlichen Soziologen und Historiker – ausgenommen Dirk Stegmann[5] – hat bisher Interesse daran gezeigt, diesen Fragen nachzugehen. Bracher macht nicht einmal einen schwachen Versuch in dieser Richtung, und Winkler begnügt sich mit einer – bei Vertretern der sozialgeschichtlichen Schule sonst verpönten – rein personalistischen Erklärung: Die Umwerbung der Arbeiterschaft wird als Sache allein Hitlers dargestellt, für den sie sich von selbst habe verstehen müssen, da er schon um seiner außenpolitischen Ziele willen die totale soziale Integration gebraucht habe.[6]

[101] Dem Verhältnis des Faschismus zur Arbeiterklasse in Deutschland sind bisher – soweit ich sehe – nur zwei bedeutendere Arbeiten von allerdings ganz unterschiedlicher Qualität und Aussage aus der Feder bürgerlichen Autoren gewidmet, nämlich die Arbeit des Amerikaners Max H. Kele „Nazis and Workers“[7] und die umfangreiche Dokumentation des Engländers Timothy W. Mason „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“.[8] Was Kele betrifft, so versucht er mit allen Mitteln – vor allem durch tendenziöse Auswahl und Auslegung von Fakten – den Nachweis zu erbringen, daß die Nazipartei eher den Charakter einer Arbeiterpartei als den einer Kleinbürgerpartei getragen habe[9] – ein Versuch, der ob seiner gewaltsamen Konstruiertheit nahezu allseitiger Ablehnung verfallen ist.

Im Gegensatz zu Kele kommt Mason auf Grund seiner eingehenden Forschungen zu dem Ergebnis, daß es dem Faschismus an der Macht weder durch Beschwichtigung und auf Korruption berechnete Maßnahmen noch durch brutalen Terror gelang, die große Masse der Arbeiter für sich zu gewinnen.[10] Masons Forschungen beschränken sich jedoch im wesentlichen auf den Zeitraum von 1936 bis 1939.

Die Marxisten-Leninisten haben den Klassencharakter des Faschismus nie nach der sozialen Zusammensetzung seiner Massengefolgschaft, sondern stets nach dem Klasseninhalt seiner Politik beurteilt. Sie haben aber von allem Anfang an als Besonderheit der faschistischen Bewegung herausgestellt, daß es ihr auf die Gewinnung einer Massenbasis ankommt. Dabei wurde in den Einschätzungen der Kommunistischen Internationale seit dem IV. Weltkongreß stets hervorgehoben, daß der Faschismus eine Massenbasis nicht nur im Kleinbürgertum, sondern auch in der Arbeiterklasse zu gewinnen sucht.[11]

Im Hinblick auf die Gründung faschistischer Gewerkschaften in Italien erklärte A. Lozovskij, Leiter der Roten Gewerkschaftsinternationale, sogar, der Unterschied zwischen Reaktion überhaupt und faschistischer Reaktion bestehe darin, daß der Faschismus sich auf einen Teil der Arbeiter stützt, daß

[5] Dirk Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1919. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, XII/1972, S. 351 ff.
[6] Winkler, S. 164.
[7] Max H. Kele, Nazis and Workers. National Socialist appeals to German Labor, 1919-1933, Chapel Hill 1972.
[8] Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975.
[9] Kele, S. 212 ff.
[10] Mason, S. 173.
[11] Siehe Istorija fašizma v Zapadnoj Evrope, (im folgenden: Istorija fašizma), Moskau 1978, Kap. IX; Die internationale Kommunistische Bewegung im Kampf gegen den Faschismus; Elfriede Lewerenz, Zur Bestimmung des Wesens und der Funktion des Faschismus durch die Kommunistische Internationale, in: Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin 1974; siehe auch Lewerenz im vorliegenden Band, S. 21 ff.

er eigene faschistische Arbeiterorganisationen gründet.[12] Nachdem sich jedoch in der Praxis der folgenden Jahre erwies, daß faschistische Bewegungen, wo immer sie auftraten, ihren Massenanhang – soweit sie einen solchen überhaupt gewannen – vorwiegend im Kleinbürgertum fanden und sehr bald zielgerichtet vor allem auch dort suchten, verlor die von Lozovskij zu recht hervorgehobene Besonderheit an Bedeutung und infolgedessen auch an Beachtung. Deshalb finden sich in der marxistischen Literatur häufig auch gewissermaßen abkürzende Formulierungen, die als Ziel der faschistischen Demagogie nur auf die Absicht nach Schaffung einer *kleinbürgerlichen* [102] Massenbasis verweisen.[13] Damit wird zutreffend gekennzeichnet, was sich *letzten Endes* allgemeine Tendenz verfestigt hat.

Nicht zufällig wurde jedoch gerade in letzter Zeit in verschiedenen Arbeiten nachdrücklich auf das Bestreben besonders des frühen Faschismus, aber auch des Faschismus an der Macht, hingewiesen, in die Arbeiterklasse einzudringen, dort ideologische Eroberungen zu machen.[14] Denn für eine Untersuchung der Genesis des Faschismus vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der Herausarbeitung des Zusammenhanges zwischen allgemeiner Krise des Kapitalismus und Aufkommen des Faschismus darf die Frage hohes Interesse beanspruchen, wo die Ursachen für das ursprünglich zu beobachtende Bestreben des Faschismus nach ideologischen Eroberungen in der Arbeiterklasse liegen und welche Auswirkungen dieses Bestreben auf die Herausbildung der charakteristischen Merkmale des Faschismus besaß. Diesen Fragen am Beispiel des italienischen und des deutschen Faschismus nachzugehen, ist das Anliegen dieses Beitrags.

Im italienischen wie in jedem Faschismus flossen mehrere Tendenzen und politische Strömungen zusammen. Die Hauptbestandteile des italienischen Faschismus waren die 1910 gegründete italienische Nationalistenpartei und die von Mussolini im ersten Weltkrieg ins Leben gerufene Bewegung.[15]

Die nationalistische Bewegung in Italien entwickelte sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts als Ausdruck der aggressiven innen- und außenpolitischen Bestrebungen des sich herausbildenden italienischen Imperialismus auf der Grundlage der Enttäuschung und Unzufriedenheit der am weitesten rechts stehenden Kreise der Bourgeoisie und ihrer Intelligenz mit den mageren Ergebnissen des „Risorgimento“ und der Einigung des Landes, die weit hinter den Hoffnungen auf die Wiedererrichtung eines mächtigen, innerlich starken und gefestigten Imperiums zurückblieben.[16]

Der italienische Kapitalismus hatte mit dem deutschen gemeinsam, daß die bürgerliche Revolution, die ihm den Nationalstaat schuf, in der Hauptsache eine Revolution von oben war, relativ spät erfolgte und – vor allem hinsichtlich der Änderung der Agrarverhältnisse – auf halbem Wege stehen blieb. Er hatte folglich mit dem deutschen Kapitalismus auch das Zuspätkommen bei der Aufteilung der Welt unter die Großmächte gemeinsam und mußte sich mit einigen wenig begehrten Resten abfinden.[17] Im Unterschied zum deutschen Kapitalismus waren aber die Voraussetzungen für den Aufstieg zu einer starken Industriemacht für den italienischen Kapitalismus um vieles ungünstiger, nicht zuletzt wegen des fast völligen Fehlens der wichtigsten industriellen Rohstoffe. Mehr noch als der deutsche war der italienische Kapitalismus daher auf staatliche Förderung angewiesen.[18]

Die Schwäche des italienischen Kapitalismus drückte auch der italienischen Bourgeoisie [103] ihren Stempel auf.[19] Den Nationalisten waren die regierenden Politiker viel zu unentschlossen und kompromißlerisch. Ihr entschiedenster Teil sah deshalb in einer radikalen Neugestaltung der innenpolitischen Verhältnisse im Sinne der Errichtung einer starken, autoritären Staatsmacht die entscheidende

[12] A. Losowski, Sie und wir im Kampf gegen den Krieg, in: Die Kommunistische Internationale, 26 (1923), S. 22; siehe auch Togliatti, S. 63.
[13] Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1969, S. 573.
[14] Siehe Istorija fašizma, S. 38 ff.; ferner die Artikel von Joachim Petzold und Wolfgang Ruge im vorliegenden Band, S. 261 ff., S. 125 ff.
[15] S. M. Slobodskoj, Der italienische Faschismus und sein Zusammenbruch, Berlin 1948, S. 30 ff.; Karin Priester, Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln 1972, S. 113 ff.
[16] Slobodskoj, S. 30; Lopuchov, S. 16 ff.
[17] Slobodskoj, S. 9 ff.; Priester, S. 11 ff.
[18] Priester, S. 15 f.
[19] Togliatti, S. 34.

Voraussetzung für die angestrebte Vormachtstellung Italiens im Mittelmeerraum und auf dem Balkan. Seinen inneren Hauptfeind sah der Nationalismus in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Er war überhaupt entstanden als eine „primär antisozialistische Bewegung".[20]

Einer der führenden Ideologen des italienischen Nationalismus, Enrico Corradini, schrieb in seinem Buch „Il nazionalismo italiano", der Liberalismus sei in die Dekadenz geraten, „weil ... er ein ganz schlechter Kämpfer gegen den Sozialismus war". Der Sozialismus sei ein Feind, „den es auf Tod oder Leben und ohne Gnade zu bekämpfen gilt". Und ein Blatt der Nationalisten, die „Idea Nazionale", schrieb: „Es gibt bei uns nichts Offensichtlicheres als den Willen, den Sozialismus zu zerstören."[21]

In dieser Entschlossenheit, den Sozialismus nicht nur zu bekämpfen, sondern zu vernichten, drückte sich bereits 1914 klar und deutlich die neue Haltung der rabiatesten Teile der italienischen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterbewegung aus – eine Haltung, die zu ihrer Umsetzung in die Praxis einer neuen politischen Kraft im Spektrum des bürgerlichen Parteienfeldes bedurfte. Dieses Bedürfnis rief eine solche Kraft hervor – zunächst in Gestalt des Nationalismus, im Kriege, insbesondere nach der Oktoberrevolution, in Gestalt der Mussolini-Bewegung, die ganz folgerichtig im Februar 1923 die Nationalistenpartei in sich aufnahm.

Bereits die Nationalisten erkannten indessen, trotz ihrer Feindschaft gegenüber dem Sozialismus, daß eine Politik, die offen antiproletarisch auftrat, zum Scheitern verurteilt sein mußte in einem Lande, in dem die Arbeiterbewegung im städtischen und ländlichen Proletariat über eine starke Anhängerschaft und in den Syndikaten (Gewerkschaften) über starke Organisationen verfügte.[22] Sie gaben sich deshalb einen betont arbeiterfreundlichen Anstrich. So fixierte z. B. die Gruppe der Nationalisten in Turin, einer der norditalienischen Hochburgen der Arbeiterbewegung, ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse mit den Worten: „Da der Nationalismus nicht Klassenpartei ist, sondern eine Organisation zur Vereinigung aller Klassen, da der Nationalismus an den Aufstieg der Arbeiterklasse glaubt und sie liebt, behaupten wir, daß der Klassenkampf innerhalb der Grenzen der nationalen Solidarität gehalten werden muß, und wollen versuchen, die zwei produktiven Klassen der Nation, die der Industriellen und die der Arbeiter, miteinander zu verbinden."[23]

Hier ist – im Jahre 1909! – ein zweiter wesentlicher Bestandteil des Faschismus, seiner Zielsetzung und seiner Ideologie vorweggenommen: das Ziel der freiwilligen Preisgabe bzw. Beschränkung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse zugunsten einer fiktiven Zu-[104]sammenarbeit der „produktiven Klassen" (bei den deutschen Faschisten lautete die entsprechende Formel später „Arbeiter der Stirn und der Faust") im Namen der „nationalen Solidarität" oder der „Volksgemeinschaft".

Die „Zusammenarbeit der produktiven Klassen" erschien dem italienischen Nationalismus ganz besonders wichtig, um die außenpolitische Stoßkraft des italienischen Imperialismus zu erhöhen. Derselbe Corradini, der seinem Vernichtungswillen gegenüber dem Sozialismus so unverhohlen Ausdruck verlieh, sah in der Verbindung des Nationalismus mit dem Syndikalismus[24] einen möglichen Weg zur Herstellung der erstrebten „Klassensolidarität". Er schrieb: „Das eben haben der Syndikalismus und der Nationalismus gemeinsam: diese beiden Doktrinen sind eine Schule der Solidarität (...). Denn als was erscheint eine Nation? Als das, was sie wesentlich ist: eine Klassenkorporation, eine große Gemeinschaft."[25] Unter welcher Bedingung konnte es nach Corradini zur Zusammenarbeit von Nationalismus und Syndikalismus kommen? Seine Antwort lautete: „Wir können uns einen Syndikalismus vorstellen, der an den nationalen Grenzen haltmacht und nicht darüber hinausgeht, d. h.

[20] Priester, S. 71.
[21] Ebenda, S. 71, S. 73.
[22] Togliatti schrieb über die Stärke der politischen Organisiertheit der Arbeiterklasse im Vergleich zur italienischen Bourgeoisie: „Die Bourgeoisie konnte sich nie auf geeinte politische Organisation stützen, sie besaß nie eine einheitliche Organisation in Form einer Partei. Dies ist eines der spezifischen Merkmale der italienischen Gesellschaft in der Vorkriegsperiode ... Die einzige Partei der Vorkriegszeit, die als Partei im eigentlichen Sinne des Wortes bezeichnet werden kann, ist die Sozialistische Partei" (Togliatti, S. 34 f.).
[23] Priester, S. 65.
[24] Über den italienischen Syndikalismus siehe Togliatti, S. 64; Lopuchov, Kap. I.
[25] Priester, S. 65; Lopuchov, S. 17 ff.

der aufhört, auf internationaler Ebene zu arbeiten und nur noch auf nationaler arbeitet (...). Wenn das eintreten würde, wäre der größte Gegensatz zwischen den beiden Doktrinen überwunden.“[26]

Bereits vor dem ersten Weltkrieg versuchte der italienische Nationalismus das Proletariat für die Klassenzusammenarbeit durch Verfälschung des imperialistischen Konkurrenz- und Machtkampfes in einen internationalen Klassenkampf zu gewinnen, den Italien als „die große Proletarierin unter den Nationen“ gegen die reichen Nationen führen müsse. Auf dem Nationalistenkongreß von 1910, auf dem sich die verschiedenen Gruppen der Nationalisten zur Partei, zur „Associazione Nazionalista Italiana“ zusammenschlossen, hielt Corradini ein Hauptreferat mit dem Thema „Proletarische Klassen: Sozialismus, proletarische Nationen: Nationalismus“.[27] Die Erklärung Italiens zur „proletarischen Nation“ diente der Rechtfertigung des Eroberungskrieges unter Berufung auf die sozialistische Lehre vom Klassenkampf. „Wie der Sozialismus das Proletariat den Wert des Klassenkampfes lehrte“, so führte Corradini in seinem Referat aus, „so müssen wir Italien den Wert des internationalen Kampfes lehren.“[28] Bei einer anderen Gelegenheit schrieb er: „Die Definition des Nationalismus war also diese: Er ist der Sozialismus der italienischen Nation in der Welt.“[29] In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Alfredo Rocco, ein anderer einflußreicher Nationalistenführer.[30]

Nicht zuletzt das Werben um die italienischen Arbeiter veranlaßte die Führer des Nationalismus, diesem einen pseudorevolutionären Anstrich zu geben.[31] Bezeichnenderweise schreckte dies die Industrie, vor allem die Schwerindustrie, keineswegs ab, die nationalistischen Gruppen und die Nationalistenpartei zu fördern und zu unterstützen.[32]

[105] Karin Priester stellt resümierend fest: „Es ist geradezu verblüffend, wie der Nationalismus in dieser frühen Phase bereits alle Themen entworfen und aufgezeigt hat, in deren Varianten man später die Originalität Mussolinis hat sehen wollen. In der Phase von 1914-1919 tut Mussolini nichts anderes, als die hier entwickelten Ansätze neu für sich zu entdecken, wobei man Ähnlichkeiten bis in den Wortlaut hinein feststellen kann.“[33]

Dieser Tatsache kommt grundsätzliche Bedeutung zu. Sie erhärtet, daß der italienische Faschismus keine „Erfindung“ war und auch nicht die Schöpfung der faschistischen Führer, sondern daß er als politische Strömung und als Ideologie das Produkt von neuen Bedürfnissen der herrschenden Klasse war – Bedürfnissen, die hervorgerufen wurden durch das Hinüberwachsen des Kapitalismus in den Monopolkapitalismus und durch seinen Eintritt in das Stadium seiner allgemeinen Krise.

Wenn für die Nationalisten charakteristisch war, daß bei dem Bemühen um die Gewinnung einer breiten Zustimmung zur nationalistischen Ideologie und Praxis neben dem Bürgertum *auch* die Arbeiterklasse als Zielgruppe ins Blickfeld rückte, so waren Mussolinis anfängliche Bemühungen *vorwiegend* darauf gerichtet, die Arbeiterklasse und ihre Sozialistische Partei, zu deren Führern er bis 1914 gehörte, ins nationalistische Fahrwasser überzuleiten.[34]

Der auch äußerliche Bruch mit dem Marxismus trat bezeichnenderweise nach dem Beginn des Weltkrieges ein, als Mussolini im Zusammenbruch der II. Internationale und dem Überlaufen fast aller ihrer Parteien auf die Position der „Vaterlandsverteidigung“ einen Beweis dafür sah, daß der Nationalismus eine noch stärkere massenbewegende Kraft sei als der Sozialismus.[35] Von jetzt an erblickte er seine

[26] Priester, S. 66.
[27] Ebenda; Slobodskoj, S. 30.
[28] Priester, S. 67.
[29] Ebenda, S. 68.
[30] Ebenda, S. 76 ff. – Corradini und Rocco waren später, 1922, die eifrigsten Fürsprecher der 1923 vollzogenen Fusion der Nationalistenpartei mit Mussolinis Faschistenpartei. Beide wurden Minister in der faschistischen Regierung. Als Justizminister zeichnete Rocco verantwortlich für die Faschistengesetze von 1925/26, mit denen alle Parteien außer der faschistischen für illegal erklärt wurden und der italienische Faschismus in seine totalitäre Phase trat.
[31] Priester, S. 75.
[32] Ebenda, S. 70, S. 76.
[33] Ebenda, S. 74.
[34] Ebenda, S. 84 ff. – Zum politischen Werdegang Mussolinis siehe Slobodskoj, S. 53 ff.; Lopuchov, S. 30 ff.
[35] Priester, S. 101.

Aufgabe darin, die Sozialistische Partei mit dieser Kraft des Nationalismus zu erfüllen. In kürzester Zeit entwickelt er sich von einem Führer der äußersten Linken der Partei zu einem Chauvinisten.

Mussolini wollte die Sozialistische Partei, deren Organ „Avanti“ er als Chefredakteur leitete, dazu bewegen, ihre Neutralitätsposition aufzugeben und stattdessen die italienische Arbeiterschaft für den Kriegseintritt Italiens zu begeistern. Von der Parteiführung zur Rechenschaft gezogen, legte er die Leitung des „Avanti“ nieder, um genau einen Monat später im November 1914 unter seiner Leitung eine neue Zeitung, den „Popolo d'Italia“, erscheinen zu lassen, der alsbald eine der lautesten Fanfaren für den Kriegseintritt Italiens wurde. Mussolini bezeichnete dieses Blatt im Untertitel als „sozialistische Tageszeitung“; ihr Ziel bestand darin, die Sozialistische Partei als Ganzes oder wenigstens größere Teile von ihr auf die Position der Kriegsbejahung zu ziehen.[36]

Die Schnelligkeit, mit der das neue Mussolini-Blatt erschien, rief jedoch bei den sozialistischen Arbeitern zu Recht den Verdacht wach, daß hinter dieser Zeitung arbeiterfeindliche, großkapitalistische Kräfte standen, zu deren Werkzeug sich Mussolini gemacht hatte. Neun Tage nach Erscheinen der ersten Nummer des „Popolo“, am 24. November 1914, wurde Mussolini von seiner Mailänder Parteiorganisation mit Schimpf und Schande aus der Partei ausgeschlossen. Seine krampfhaften Bemühungen, sich weiterhin als „Sozialist“ aufzuspielen, blieben ohne Wirkung auf die sozialistischen Arbeiter. Statt [106] ihrer sammelte sich um ihn ein bunter Haufen aus nationalistischen Intellektuellen und Interventionisten aller möglichen Färbungen, d. h. Befürworter des Kriegseintritts Italiens an der Seite der Entente, darunter auch Syndikalisten und einige Abtrünnige aus der Sozialistischen Partei.[37] Sie schlossen sich im Dezember 1914 zum „Fascio d'azione rivoluzionaria“ (Bund für revolutionäre Aktion) zusammen.[38]

Die „revolutionäre Aktion“ bestand für Mussolini jetzt vor allem darin, der sozialistischen Bewegung den Internationalismus auszutreiben und sie nationalistisch zu machen. So schrieb er: „Ich frage mich, ob der Internationalismus ein absolut notwendiges Element des Begriffs Sozialismus ist.“ Und an anderer Stelle: „Die Nation ist nicht verschwunden. Wir glaubten, daß sie vernichtet sei; statt dessen sehen wir sie sich lebend ... vor uns erheben ... die Klasse kann die Nation nicht töten ... Ihr könnt die Klasse der Nation aufpfropfen, aber die eine hebt die andere nicht auf.“[39]

Nach seinem Verrat an der Partei und der Arbeiterklasse übernahm Mussolini die Aufgabe, das Proletariat zum passiven Instrument für den Krieg der herrschenden Klasse zu machen. In dieser Rolle erteilte er aber auch der herrschenden Klasse Ratschläge darüber, wie sie die Lösung dieser Aufgabe erleichtern könne. „Die tatsächliche Situation“, schrieb er im November 1916, „ist folgende: das italienische Industrieproletariat, die Arbeiterschaft in den großen und kleinen Betrieben nähern sich der Nation, gehen ein in die Nation ... Eine kluge und vorausschauende Staatspolitik kann für immer das Industrieproletariat an die Nation binden.“[40]

Die Entstehungsgeschichte des italienischen Faschismus ist somit die Geschichte einer Bewegung, die unter der Flagge eines „nationalen Sozialismus“ vor allem das Proletariat „an die Nation binden“ wollte. Der italienische Faschismus war von seinen ursprünglichen Absichten her keineswegs eine Bewegung, die ihre Aufgabe darin sah, das Kleinbürgertum für einen Zweifrontenkampf gegen das Kapital und gegen die sozialistische Bewegung zu organisieren, sondern eine Bewegung, die ihre spezifische Aufgabe in der nationalistischen Missionstätigkeit in der Arbeiterschaft erblickte, um diese mit dem Geist der Klassenzusammenarbeit im angeblichen Interesse der Nation zu erfüllen.

Der Faschismus verfehlte allerdings sein Ziel insofern, als es ihm nicht gelang, entscheidende Teile der Arbeiterklasse von ihren Organisationen loszureißen und für sich zu gewinnen. Er übte dafür jedoch um so größere Anziehungskraft auf bestimmte Kreise des Kleinbürgertums aus. Über die

[36] Ebenda, S. 102, S. 106 f. – Ab 1. August 1918 lautete der Untertitel: Tageszeitung der Kämpfer und produktiv Tätigen (ebenda, S. 212).
[37] Togliatti, S. 64; Lopuchov, S. 33 f.
[38] Priester, S. 106.
[39] Ebenda, S. 101, S. 105, S. 108.
[40] Ebenda, S. 111, siehe auch S. 210 f.

Gründe dafür wird noch zu reden sein. Für Mussolini blieb jedoch auch nach dem Kriege für lange Zeit die Gewinnung der Arbeiter ein erstrangiges Ziel.[41] Zugleich gab er sich als Sprecher und Interessenvertreter der demobilisierten, von allen verantwortlichen Instanzen vernachlässigten Kriegsteilnehmer aus.[42]

Am 23. Marz 1919 gründete er in Mailand die „Fasci di combattimento“ (Kampfbünde); bezeichnenderweise in einem Saal, der von der Industrie- und Handelskammer zur Verfügung gestellt wurde.[43] Den ursprünglichen Kern bildeten seine „Mitkämpfer“ aus dem „Fascio d’azione rivoluzionaria“ sodann vor allem Kriegsteilnehmer und aktivistische Nationalisten vorwiegend kleinbürgerlicher Herkunft. Ihr gemeinsamer Gegner war die [107] Sozialistische Partei, der nach wie vor die große Mehrheit der Arbeiter folgte. Bei den Parlamentswahlen im November 1919 erhielten die Faschisten kein einziges Mandat, die Sozialistische Partei hingegen ging aus diesen Wahlen mit 154 Mandaten als stärkste Partei hervor. In Mailand, dem Hauptstützpunkt der Faschisten, erhielten diese bei 346.000 Wahlberechtigten nur 4795 Stimmen gegenüber 180.000 für die Sozialistische Partei.[44]

Die Form der fasci und das sogenannte „Programm von San Sepolcro“ brachten die Doppelfunktion des Faschismus im Kampf gegen die Arbeiterbewegung zum Ausdruck: die Kampfbünde die Funktion des Vernichtungskampfes gegen die Arbeiterorganisation, das Programm die Methode der Werbung um die Arbeiter mittels pseudosozialistischer Demagogie. Das „Programm von San Sepolcro“ von 1919 war das Muster eines „nationalsozialistischen“ Programms, d. h. eine Mischung von unverhüllten extrem-nationalistischen und von solchen Forderungen, die dem Programm der Arbeiterbewegung entlehnt, aber in charakteristischer Weise umgeprägt und entschärft waren.[45] Unverkennbar war jedoch die Absicht, mit diesem Programm die Zustimmung breiter Kreise der Arbeiterschaft zu erringen. Gefordert wurden die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung zur Abschaffung der Monarchie, die Erweiterung des Wahlrechts und seine Ausdehnung auch auf Frauen, Verbesserung der Sozialversicherung, Festsetzung von Mindestlöhnen, Mitbestimmung der Arbeiter bei der technischen Leitung der Betriebe, Beschlagnahme von 85 Prozent der Kriegsgewinne, Einführung einer einmaligen großen Kapitalabgabe, Beschlagnahme der Kirchengüter, Aufstellung einer Volksmiliz, Nationalisierung der Rüstungsindustrie.[46] Auf der gleichen Linie lag es, wenn Mussolini nicht gegen die Fabrikbesetzungen der Arbeiter im September 1920, auf dem Höhepunkt der revolutionären Bewegung im Nachkriegsitalien, Stellung nahm, sondern vielmehr die reformistischen Führer ob ihrer Unentschlossenheit und Feigheit kritisierte und ihnen vorschlug, die Bewegung zu unterstützen.[47]

Was die andere, die terroristische Seite betrifft, so war kennzeichnend, daß die fasci schon ihrer Form nach keine Partei, sondern eine „Kampfbewegung“ waren. Aus den fasci erwuchsen die „squadri“ (Geschwader) als Sturmabteilungen, die – zuerst in den Agrargebieten Norditaliens, danach auch in den Städten – die Träger der brutalen faschistischen Terrorfeldzüge gegen die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaftshäuser und die sozialistischen Gemeindeverwaltungen wurden.[48]

Ein anderer, mit dem Squadrismus eng verbundener Bestandteil der faschistischen Bewegung waren die faschistischen „Gewerkschaften“, die vor dem Machtantritt der Faschisten etwa eine halbe Million Mitglieder erreichten, davon etwa die Hälfte Landarbeiter.[49] Mit ihrer Hilfe sollten die sozialistischen Gewerkschaften vernichtet, ihre Mitglieder aber in den faschistischen Gewerkschaften erfaßt werden. An ihrer Spitze standen Führer des zum Nationalismus abgeschwenkten Syndikalismus.

---

[41] Lopuchov, S. 54 ff.
[42] Ebenda, S. 54.
[43] Priester, S. 185; siehe auch Lopuchov, S. 55.
[44] Slobodskoj, S. 56; Lopuchov, S. 72.
[45] Priester, S. 188 f.
[46] Zum Programm von San Sepolcro siehe Giulio Aquila (d. i. Gyula Sas, ein ungarischer Kommunist), Der Faschismus an der Macht, in: Die Kommunistische Internationale, 24/25 (1923), S. 68; Togliatti, S. 22; Slobodskoj, S. 54; Priester, S. 186 ff. – Zur Umwerbung der Arbeiter durch Mussolini zu diesem Zeitpunkt siehe auch Lopuchov, S. 56 f.
[47] Slobodskoj, S. 55; Togliatti, S. 22; Francis L. Carsten, Der Aufstieg des Faschismus in Europa, Frankfurt a. M. 1968, S. 66.
[48] Slobodskoj, S. 60 ff.; Istorija fašizma, S. 58 f.; Carsten, S. 65 f.
[49] Togliatti, S. 66.

[108] Squadristen und Syndikalisten stellten den extrem radikalen Flügel des Faschismus dar, der die Macht auf dem Wege der Gewalt erobern wollte.

Mussolini hatte zwar gegen Gewaltanwendung gegenüber der Sozialistischen Partei prinzipiell nichts einzuwenden, aber er wollte alle Möglichkeiten ausnutzen, die Basis des Faschismus zu verbreitern. Seine Todfeindschaft galt den linken Kräften in der Sozialistischen Partei, die sich im Januar 1921 von der SPI trennten und zur Kommunistischen Partei zusammenschlossen.[50] Selbst ehemaliger Führer der SPI, führte Mussolini seinen Kampf gegen diese Partei jedoch in gewisser Weise bis zum Jahre 1922 immer noch auch als einen Kampf *um* diese Partei und die reformistischen Gewerkschaften – in dem Sinne nämlich, daß er Bündnisse mit den reformistischen Führern nicht ausschloß, mit deren Hilfe die ganze Organisation oder wenigstens Teile von ihr auf die Position des Faschismus herübergezogen werden könnten. Diese Linie Mussolinis zeigte sich besonders deutlich beim Abschluß des sogenannten Friedenspaktes mit der SPI und selbst noch nach dem Machtantritt der Faschisten.

Den „Friedenspakt“ schloß Mussolini am 3. August 1921 mit den Führern der Sozialistischen Partei ab; darin wurde die Einstellung der gegenseitigen Angriffe, also auch der faschistischen Terrorfeldzüge, festgelegt. Der Pakt sollte der Vorbereitung einer Koalitionsregierung der Faschisten zusammen mit der Sozialistischen Partei und der katholischen Volkspartei dienen.[51] Die Wirkung in den eigenen Reihen hatte Mussolini allerdings nicht vorausgesehen: Die Mehrheit seiner Unterführer, mit Dino Grandi, dem Faschistenführer von Bologna, an der Spitze, lehnte den „Friedenspakt“ entschieden ab und drohte, Mussolini abzusetzen. Ihr Protest entsprach den Interessen der Großgrundbesitzer und der Schwerindustrie.[52] Die faschistische Bewegung geriet in eine ernste Krise. Mussolini trat aus den Führungsgremien aus. Im November 1921, auf dem Nationalkongreß der Faschisten in Rom, kam es zur Aussöhnung zwischen den beiden Richtungen. Mussolini mußte den „Friedenspakt“ endgültig aufgeben, konnte jedoch die von ihm angestrebte Umwandlung des Faschismus in eine Partei durchsetzen.[53]

Ein letztes Mal setzte sich Mussolini durch seine Bereitschaft zum Paktieren mit Führern der sozialistischen Organisationen unmittelbar nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten durch den König in Gegensatz zu seinen Unterführern. Er nahm nämlich alsbald Verbindung auf zu Führern der „Confederazione Generale del Lavoro“, des reformistischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, um über ihren Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Die Gewerkschaftsführer waren zum Eintritt in ein Mussolini-Kabinett bereit. Nicht bereit zur Duldung dieser Leute in der Regierung waren jedoch Mussolinis eigene Leute, die Squadristen, die Syndikalisten und die Regierungspartner, die Nationalisten.[54] Sie stimmten zwar Mussolini zu, wenn er – wie am 27. November 1922 im Senat – erklärte, es könne keine „ruhige, einheitliche und einmütige Nation“ geben, wenn die 20 Millionen Arbeiter „zu einem unglücklichen Leben unter unzureichenden Bedingungen verurteilt“[55] würden, und sie hatten auch nichts dagegen einzuwenden, daß Mussolini, wenn er vor Arbeitern sprach, seine proletarische Herkunft – er war der Sohn [109] eines Schmieds – hervorhob.[56] Aber sie waren nicht bereit, die Führung der faschistischen Gewerkschaften mit den Führern der sozialistischen Gewerkschaften zu teilen.

Wir können an dieser Stelle die Untersuchung des Verhältnisses des italienischen Faschismus zur Arbeiterklasse abbrechen und versuchen, die Ergebnisse kurz zu resümieren: Die Stärke und Organisiertheit der italienischen Arbeiterbewegung machte die „Arbeiterfrage“ für die italienische Bourgeoisie schon vor dem ersten Weltkrieg zu einer Frage von erstrangiger ökonomischer und politischer Bedeutung. Während des Krieges und vor allem nach dem ersten Weltkrieg wurde sie zur entscheidenden Frage für die Sicherung und Festigung der bürgerlichen Ordnung. Keine der bestehenden bürgerlichen Parteien war zur Lösung dieser Frage imstande. Daher entstand im Schoße der italienischen Bourgeoisie das Bedürfnis nach einer neuen politischen Kraft, die die Doppelaufgabe lösen

[50] Die Kommunistische Partei Italiens. Kurzer geschichtlicher Abriß, Berlin 1952, S. 31 ff.
[51] Togliatti, S. 24; Lopuchov, S. 138; Priester, S. 196 f.
[52] Togliatti, S. 24.
[53] Aquila, S. 66; Lopuchov, S. 141 f.
[54] Aquila, S. 72; Togliatti S. 27.
[55] Aquila, S. 83.
[56] Ebenda; siehe auch Lopuchov, S. 178.

könnte, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und zugleich die Arbeiterschaft auf die Bahn des Nationalismus und der Klassenzusammenarbeit zu führen. Der Faschismus entstand als Antwort auf dieses Bedürfnis.

Der Nationalismus und die Mussolini-Bewegung gelangten folgerichtig, ja zwangsläufig zur gleichen Lösung, nämlich zur Formel eines „nationalen Sozialismus". Diese Formel entstand *nicht* als Ausdruck einer kleinbürgerlich-utopischen Sozialismusvorstellung, sondern, wie nachgewiesen, als Lockformel für Arbeiter, um sie vom internationalen klassenkämpferischen Sozialismus zu lösen und zum freiwilligen Vorspanndienst vor dem Karren des Imperialismus zu gewinnen. Während die Nationalisten von Anfang an auf die Zerschlagung der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Zulassung lediglich „nationaler" Syndikate ausgingen, hoffte Mussolini noch längere Zeit, eine von den Linken „gereinigte" Sozialistische Partei in eine „nationale" Sozialistische Partei umzuwandeln zu können.

Eine der auffälligsten Besonderheiten, die den italienischen Faschismus vor den üblichen Rechtsbewegungen und -parteien auszeichnete – seine scheinsozialistische, „antikapitalistische" Demagogie, sein „antibürgerliches" Gehabe, der Anspruch, eine „revolutionäre" Bewegung zu sein – das alles entsprang vor allem seiner Absicht, Eroberungen in der Arbeiterklasse zu machen. Genau dies aber gelang ihm nicht, genauer gesagt: Es gelang ihm bis zum „Marsch auf Rom" nur in einem so unzulänglichen Maße, daß die Aufgabe insgesamt als nicht gelöst bezeichnet werden muß.[57]

Der Versuch, durch die Lockformel vom Nationalen Sozialismus internationalistische Sozialisten zum Nationalismus zu bekehren, schlug fehl. Er zeitigte dafür aber das natürlich keineswegs unerwünschte Resultat einer kleinbürgerlichen Massengefolgschaft; dies in nennenswertem Umfang allerdings nicht sofort, sondern erst, nachdem alle Hoffnungen, die diese kleinbürgerlichen Schichten auf die Arbeiterbewegung und die bürgerliche Demokratie gesetzt hatten, enttäuscht worden waren[58], also nach dem Scheitern der großen Bewegung der Fabrikbesetzungen. Bis dahin, bis Oktober 1920, war die faschistische Bewegung kaum mehr als eine bedeutungslose Sekte.[59] Das muß unbedingt festgehalten [110] werden, denn es widerlegt schlagend die „Theorien", denen zufolge der Faschismus und die faschistische Ideologie das originäre Produkt des radikalisierten Kleinbürgertums sind. Das Kleinbürgertum brachte den Faschismus nicht hervor, sondern es wurde vom Faschismus „erobert" oder eingefangen. Daß es von einer Bewegung, die nicht nur nationalistisch war, sondern sich auch sozialistisch gab, angezogen wurde, war – ebenso wie seine vorherigen Hoffnungen auf die Arbeiterbewegung – ein Symptom dafür, daß nunmehr nicht nur das Proletariat, sondern auch die unteren Schichten des Bürgertums unter Bedingungen lebten, die sie als unerträglich empfanden und nicht länger hinnehmen wollten.

Die Anziehungskraft der Faschisten auf bestimmte kleinbürgerliche Schichten wurde zwar verstärkt durch politische Fehler der Sozialistischen Partei und der unter ihrem Einfluß stehenden Organisationen, z. B. durch Maßnahmen der Landarbeitergewerkschaften, die sich auch gegen Mittelbauern wandten, durch sektiererisches Verhalten gegenüber den Kriegsteilnehmern und Kriegsopfern u. ä.[60]; dennoch war die Mobilisierbarkeit des Kleinbürgertums durch eine pseudosozialistische, scheinrevolutionäre Bewegung wie den Faschismus in erster Linie eine Auswirkung und zugleich ein deutliches Symptom der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Auch am deutschen Beispiel läßt sich der Zusammenhang zwischen allgemeiner Krise des Kapitalismus und dem Entstehen des Bedürfnisses nach einer neuen politischen Organisation faschistischen

[57] Über die soziale Zusammensetzung der faschistischen Bewegung Ende 1921 siehe Togliatti, S. 37 u. Slobodskoj, S. 60.
[58] Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem III. Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20. Juni 1923, in: Zetkin, Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 297 ff., S. 304; Slobodskoj, S. 58.
[59] Nach Schieder betrug die Zahl der fasci am Ende des Jahres 1920 nur 88 mit insgesamt 80.476 [110] Mitgliedern (Wolfgang Schieder, Der Strukturwandel der faschistischen Partei Italiens in der Phase der Herrschaftsstabilisierung, in: Faschismus als soziale Bewegung, hrsg. von Wolfgang Schieder, Hamburg 1976, S. 80). – Ernst Nolte gibt, gestützt auf andere Quellen, zwar höhere Zahlen an, kommt aber auch zu dem Ergebnis, daß bis Oktober 1920 die Fortschritte des Faschismus gering waren (Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 319).
[60] Slobodskoj, S. 56 f.; Lopuchov, S. 104 ff.

Typs in den reaktionärsten Kreisen der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer politischen Geschäftsführer klar nachweisen.

Die „modernen“ Bourgeois bemerkten schon vor der Jahrhundertwende, daß es im Interesse der imperialistischen Herrschaft notwendig wurde, deren Massenbasis zu verbreitern, indem man sie bis in die Arbeiterklasse vorschob.[61] Um diese Zeit waren ihre schwerindustriellen Klassengenossen und deren engste Verbündete, die ostelbischen Junker, noch fest und unerschüttert in ihrem Glauben, daß zur Aufrechterhaltung der Autorität des bürgerlichen Staates gegenüber dem „Pöbel“ nur der Polizeisäbel und die Gewehrkugel geeignet, aber auch völlig ausreichend seien. Sie neigten daher dazu, die Annäherung der liberalen“ Bourgeois an die Revisionisten innerhalb der Sozialdemokratie als eine Art Klassenverrat zu betrachten.

An ihrer Feindschaft gegenüber jeder Strömung der Arbeiterbewegung – ob Reformisten oder Revolutionäre, ob Partei oder Gewerkschaft – vermochte die allgemeine Krise insofern etwas zu ändern, als diese Feindschaft noch unversöhnlicher und haßerfüllter wurde. Der bei ihnen schon immer besonders stark ausgeprägte Drang nach Anwendung von Gewalt und Terror gegenüber der Arbeiterbewegung erreichte nach der Oktoberrevolution den höchsten Grad – den Willen zu ihrer völligen Vernichtung. Zugleich aber [111] schlichen sich bei ihnen schon in den letzten Vorkriegsjahren Zweifel hinsichtlich der Allmacht der nackten Gewalt ein. Je näher der von ihnen lang ersehnte und mit aller Kraft herbeigeführte Krieg um die Neuaufteilung der Welt rückte, um so unbehaglicher wurde ihnen bei dem Gedanken an die vielen Millionen Gewehre, die dann in Arbeiterfäuste gelangen würden. Nicht zufällig begannen deshalb unmittelbar vor dem Kriege im Alldeutschen Verband die Erörterungen über die Notwendigkeit, die Masse der Arbeiter zum „nationalen Gedanken“ zurückzuführen.[62] Der Krieg selbst und noch mehr die revolutionären Ereignisse in Rußland beschleunigten dann den Prozeß der Erkenntnis auch in den Reihen dieser reaktionärsten Vertreter des imperialistischen Deutschland, daß ohne eine Basis in den Massen, auch und sogar vor allem in den Arbeitermassen, ihre Interessen nicht mehr durchsetzbar, ihre Macht gefährdet war.

Zu ihrem Verlangen nach Vernichtung der Arbeiterbewegung gesellte sich daher ein kaum minder starkes Verlangen nach „Nationalisierung“ der Arbeitermassen.

Das war eine Entwicklung von weitreichender Wirkung. Das Zusammenfallen dieser beiden so gegensätzlichen und widersprüchlichen Bestrebungen – nach Vernichtung der Organisationen der Arbeiter und zugleich nach Herüberziehen der Arbeiter auf den eigenen Klassenboden – war der Ausgangspunkt für ein jahrelanges Suchen nach Organisationsformen, die imstande wären, diesem zweiseitigen, zwiespältigen Verlangen gerecht zu werden; Ausgangspunkt auch für ein fortwährendes Experimentieren mit neuen Organisationen, die von diesem Verlangen hervorgerufen wurden. Am Ende dieser Experimentierreihe entstand, wie in Italien, so auch in Deutschland eine Partei faschistischen Typs.

Dabei verlief diese Experimentierreihe geradezu lehrbuchmäßig: von Organisationen, die mehr oder weniger direkt von der Bourgeoisie selbst geführt wurden, über Organisationen, die einen immer größeren Grad äußerer Unabhängigkeit besaßen, bis hin zur „selbständigen“, der Kapitalherrschaft scheinbar sogar feindlichen „nationalen Arbeiterpartei“. Als Etappen dieser Abfolge können angesehen werden:

- die Gründung der Vaterlandspartei (September 1917);
- die fast gleichzeitig beginnende Bildung von „Ausschüssen für einen deutschen Arbeiterfrieden“;
- die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft“ der „nationalen Arbeiterverbände“, also der gelben, von den Unternehmern ausgehaltenen Werkvereine; und schließlich
- (Februar 1918) die Bildung der „Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei“ (DAAP), die als Vorläuferin der NSDAP angesehen werden kann.[63]

[61] W. I. Lenin, Der Reformismus in der russischen Sozialdemokratie, in: Lenin, Werke, Bd. 27, Berlin 1963, S. 216; Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 325.
[62] Siehe den Artikel von Joachim Petzold im vorliegenden Band, S. 261 ff.
[63] So Stegmann, S. 391.

Obwohl die DAAP nach Kriegsende sang- und klanglos unterging, stellte ihre Gründung doch einen wichtigen Markstein auf dem Wege einer Organisation faschistischen Typs dar. Sie entstand als erstes Ergebnis der Einsicht der Hintermänner der Vaterlandspartei, insbesondere ihres stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Kapp, des späteren zivilen Führers des nach ihm benannten Militärputsches vom März 1920, daß nur eine nach außen hin von der Bourgeoisie unabhängige, selbständige Arbeiterpartei Aussicht habe, „gegen die Sozialdemokratie aufkommen zu können".[64]

[112] Das bedeutete den – allerdings, wie der Kapp-Putsch später zeigen sollte, noch nicht endgültigen – Durchbruch zu einer neuen strategischen und taktischen Konzeption der hinter dem Alldeutschen Verband stehenden schwerindustriellen Kreise in ihrem Kampf gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Auch ihnen hatte sich die Tatsache nachdrücklich fühlbar gemacht, daß ohne Massen nicht mehr auszukommen war. Das zwang sie, über ihren eigenen Schatten zu springen und, ihr bisher unüberwindliches, tiefsitzendes Mißtrauen gegen jede Form der Massenbewegung beiseiteschiebend, es ihren Klassengenossen von der liberalen Fraktion gleichzutun und sich für die Betreibung ihrer Geschäfte in den unteren und untersten Schichten der Gesellschaft politische Organisationen heranzuziehen, die formal vom Bürgertum unabhängig waren und von Angehörigen eben jener unteren Schichten geführt wurden.

Diese neue strategische Konzeption war – wie in Italien, so auch in Deutschland – die erste und wichtigste subjektive Bedingung für das Entstehen faschistischer Bewegungen. Daraus wird übrigens auch deutlich, daß die Bindung des Faschismus an die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals nicht nur eine Angelegenheit des Faschismus an der Macht, sondern ein Wesensmerkmal des Faschismus von seinem Anbeginn an ist. Er ist zuerst und vor allem die „Partei neuen Typs" eben dieser reaktionärsten, imperialistischsten und chauvinistischsten Kreise der Großbourgeoisie, die Partei der Vereinigung des Vernichtungsterrors mit der Umschmeichelung der Arbeiterklasse.

Dem ersten – erfolglosen – Versuch mit der DAAP folgten nach der Novemberrevolution verschiedene andere. Unter der Patenschaft alldeutscher Kreise wurde in München von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler im Januar 1919 die „Deutsche Arbeiterpartei" (DAP) gegründet, aus der wenig später die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" hervorging[65]; etwa zur gleichen Zeit entstand, ebenfalls auf Initiative alldeutscher Kreise, die „Deutschsozialistische Partei"[66]; im November 1921 wurde in Berlin die „Deutschsoziale Partei"[67] und im Dezember 1922 die „Deutschvölkische Freiheitspartei"[68] ins Leben gerufen.

Alle diese Parteien erklärten als ihre Hauptaufgabe die „Zurückführung des deutschen Arbeiters zum nationalen Gedanken". Keine von ihnen war eine originär kleinbürgerliche Gründung, sondern alle waren auf Initiative von Vertretern großbürgerlich-imperialistischer Organisationen wie des Alldeutschen Verbandes entstanden. Auch wenn ihre Gründung – wie etwa Drexler – aus kleinbürgerlichem Milieu bzw. aus verbürgerlichten Arbeiterschichten kamen, waren sie, wie selbst bürgerliche Autoren unterstreichen, von bürgerlichen Hintermännern gesteuert.[69]

Ihren schärfsten Kampf richteten sie jedoch gegen den „Bolschewismus" und die Novemberverbrecher". Deshalb übten sie die stärkste Anziehungskraft auf konterrevolutionär gestimmte Soldaten, Offiziere, Studenten und nationalistische Kleinbürger aus und trugen folglich ihrer sozialen Zusammensetzung nach von Anfang an vorwiegend kleinbürgerlichen Charakter.

Im Unterschied zu den fasci in Italien entstanden in Deutschland die beiden Bestand-[113]teile des Faschismus – die politische Propagandabewegung und die terroristische Kampforganisation – getrennt

---

[64] So Wilhelm Gellert, Angestellter des Kalisyndikats und Gründer der o. g. „Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei", in einem Brief an Wolfgang Kapp vom 8.11.1917 (ZStA Merseburg, Rep. 92, Nachlaß Kapp, Bd. DX 77, Bl. 40). Die Gellertsche Parteigründung erfolgte in enger Fühlungnahme und Absprache mit Kapp (ebenda).

[65] Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Bd. II, Leipzig 1970, S. 388 f.; siehe auch Istorija fašizma, Kap. 4 u. 5.

[66] Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. I, Leipzig 1968, S. 763 ff.

[67] Ebenda, Bd. I, S. 757 ff.

[68] Ebenda, Bd. I, S. 765 ff.

[69] Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung, Hamburg/(West.)Berlin 1962, S. 63 (für Drexler u. die DAP).

voneinander. Zum bewaffneten Kampf gegen die revolutionären Arbeiter hatten sich Einwohnerwehren und Freikorps gebildet, die in der ersten Zeit unter dem Kommando der Staatsorgane, vor allem der Reichswehr, in Aktion traten. Doch waren sie vom gleichen Geist des Hasses und des Vernichtungswillens gegenüber der Arbeiterbewegung durchdrungen wie die im Entstehen begriffenen faschistischen Parteien. Vielfach waren die Mitglieder von Freikorps zugleich auch Mitglieder in einer der obengenannten Parteien, so daß die Trennung zwischen beiden zwar organisatorisch fortbestand, in personeller Hinsicht aber die Beziehungen immer enger wurden.

Weshalb hat sich von den zahlreichen faschistischen Parteien und Gruppen gerade die NSDAP am erfolgversprechendsten erwiesen? Dafür sind eine ganze Reihe von Faktoren bestimmend gewesen, von denen die folgenden als besonders wichtig hervorzuheben sind:

Erstens ging die NSDAP als einzige Partei den Weg der italienischen Faschisten und nahm durch die Bildung parteieigener „Sturmabteilungen“ jene Organisationsstruktur an, die der Doppelaufgabe des terroristischen Angriffs auf die Arbeiterbewegung und der propagandistischen Bearbeitung der Massen am besten entsprach. Daß gerade sie das tat, war vor allem dem Umstand zuzuschreiben, daß Offiziere der Münchener Reichswehrführung, wie Karl Mayr und Ernst Röhm, sich ihrer annahmen[70]; sie sorgten dafür, daß in diese Partei militärisch geschulte Leute eintraten, die zum Teil aus der Reichswehr selbst, zum Teil aus den Wehrverbänden kamen und die die Organisierung der militärischen Gliederung der Partei, der SA, übernahmen.

Zweitens verschrieb sich diese Partei entschiedener als alle anderen der Aufgabe, die Arbeiter zu „nationalisieren“. Sie war am aktivsten darum bemüht, in ihre Versammlungen auch Arbeiter zu bekommen und verzeichnete dabei im Vergleich zu allen anderen gleichartigen Parteien auch die größten Erfolge, so bescheiden und unbefriedigend diese, absolut gemessen, auch waren.[71]

Wiederum war es in erster Linie das Münchener Reichswehrkommando in Gestalt vor allem von Mayr und Röhm, das die Bemühungen der Partei auf die Gewinnung von Arbeitern lenkte. Mayr bezeugte dies selbst in einem Brief, den er am 24. September 1920 an Wolfgang Kapp, also an den Initiator der ersten „nationalen Arbeiterpartei“, der DAAP, schrieb. Er und seine Freunde hätten, so teilte Mayr Kapp mit, in München die Organisation des „nationalen Radikalismus“ geschaffen. Wörtlich fuhr er mit Bezug auf die NSDAP fort: „Die nationale Arbeiterpartei muß die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den wir erhoffen. Das Programm ist gewiß noch etwas unbeholfen und vielleicht auch lückenhaft. Wir werden es ergänzen. Sicher ist nur, daß wir unter dieser Fahne schon recht viele Anhänger gewonnen haben. Seit Juli vorigen Jahres schon suche ich ... die Bewegung zu stärken ... Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht. Ein Herr Hitler z. B. ist eine bewegende Kraft geworden, ein Volksredner 1. Ranges. In der Ortsgruppe München haben wir über 2.000 Mitglieder, während es im Sommer 1919 noch keine 100 waren.“[72]

Dieser „Herr Hitler“ hatte seine politischen Lektionen in den Bildungskursen der [114] Münchener Reichswehrführung gelernt, und er hatte sie zweifellos gut gelernt. Davon zeugte z. B. seine Argumentation in einer Denkschrift an finanzkräftige Gönner der Partei von Oktober 1922, in der er um eine Subvention von rund 53 Millionen Papiermark (etwa 100.000 Goldmark zu diesem Zeitpunkt) bat.[73] In dieser Denkschrift findet sich bereits das Grundschema aller seiner späteren Auftritte vor seinen großkapitalistischen Auftraggebern.[74] Dieses Schema bezeugt, daß er sich der Doppelaufgabe, deren Lösung von ihm und seiner Partei erwartet wurde, voll bewußt war.

Zuerst brachte er zur Sprache, was seine Gönner am meisten bedrückte: „Tatsächlich stellt die Summe der ‚international-marxistisch‘ eingestellten Angehörigen unseres Volkes über 40% unserer Gesamtbevölkerung dar. Eine entsetzliche Wahrheit besonders deshalb, weil in diesen 40% die aktivsten,

[70] Ernst Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: VfZ, 2/1959, S. 177 ff.; Franz-Willing, S. 126 ff.
[71] Bis Dezember 1930 waren nur 30.718, das waren 8,5 Prozent aller in die NSDAP Aufgenommenen Arbeiter (siehe Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 98).
[72] ZStA Merseburg, Rep. 92, Nachlaß Kapp, Bd. E II 26, Bl. 339 ff.
[73] Die Denkschrift ist wiedergegeben in: Albrecht Tyrell, Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der „ Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 47 ff.
[74] Siehe Kurt Gossweiler, Hitler und das Kapital, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/1978, S. 842 ff.

tatkräftigsten Elemente der Nation zur Zeit vereinigt sind.“ Dann bot er ihnen seine Partei als Willensvollstreckerin ihrer Wünsche hinsichtlich der Arbeiterbewegung an, indem er ihr Ziel auf die knappe Formel brachte: „Vernichtung und Ausrottung der marxistischen Weltanschauung“.

Als Mittel zur Erreichung dieses Ziels nannte er:

„1. eine unvergleichliche, genial aufgezogene Propaganda- und Aufklärungsorganisation, alle Möglichkeiten menschlicher Beeinflussung erfassend;

2. eine Organisation rücksichtsloser Kraft und brutalster Entschlossenheit, bereit, jedem Terror des Marxismus einen noch zehnfach größeren entgegenzusetzen, die sogenannte ‚Sturmabteilung‘ der Bewegung.“

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Presse betonte er nochmals, daß es ihm vor allem darauf ankomme, den „nationalen Gedanken“ an jene heranzubringen, „die es in erster Linie zu gewinnen gilt, den (!) Arbeiter“.

Es war denn auch gerade die Übernahme dieser kombinierten Aufgabe der terroristischen Bekämpfung der Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger „nationaler Missionsarbeit“ unter den Arbeitern, die der NSDAP das Wohlwollen breiter Kreise der herrschenden Klasse zunächst in Bayern, dann aber auch außerhalb Bayerns sicherte. Dafür lassen sich wahllose Belege anführen, von denen hier einige wenige erwähnt seien.

General Franz Ritter von Epp, Infanterieführer der in Bayern stationierten VII. Reichswehrdivision, berichtete in einer Denkschrift vom Dezember 1922 in allerdings stark übertriebener Weise seinen Vorgesetzten über die „Verdienste“ der NSDAP, die nationalen Kräfte im Bürgertum und der Bauernschaft hätten „durch die nationalsozialistische Bewegung Hitlers in den Arbeiterkreisen starke Bundesgenossen gefunden“.[75] Friedrich Hilpert, einer der Führer der bayerischen Deutschnationalen, gab im Juli 1920 seiner Hoffnung Ausdruck, die NSDAP werde „den nationalen Gedanken in die deutsche Arbeiterschaft tragen“; denn solange dieser Gedanke nur die bürgerlichen Parteien erfasse, könne er die „Gesundung“ nicht herbeiführen.[76]

Hans Otto Sieveking, einer der Führer der Deutschnationalen in Hamburg, schrieb in den Hamburger Nachrichten im Dezember 1922, die Gründung der NSDAP sei zu verstehen und sogar zu begrüßen, „wenn ihre Anhänger ihre Aufgabe lediglich darin er-[115]blicken: den nationalen Gedanken in die Reihen des internationalen Sozialismus hineinzutragen“. Er setzte jedoch hinzu: „Die Bewegung artet aber zum Unfug aus, wenn man, wie es nördlich des Main leider nur zu oft geschieht, als Spaltpilz im nationalen Lager auftritt und Leute, die bereits national sind, nun wieder dem Sozialismus zuführt.“[77] Hier wurden Irritationen, Bedenken und Konkurrenzängste ausgesprochen, die in Kreisen Bourgeoisie und vor allem unter den Politikern der anderen bürgerlichen Parteien immer wieder zutage traten, vor allem angesichts der skrupellosen sozialen Demagogie der Nazis.

Es liegt auf der Hand, daß eine Aufgaben- und Zielstellung wie das „Hineintragen des nationalen Gedankens in die Reihen des internationalen Sozialismus“ die Wahl des Namens und noch mehr die Formulierung des Programms einer solchen Partei des „nationalen Sozialismus“ bestimmen mußte. So wurde, nachdem sich die Reichswehr der „Deutschen Arbeiterpartei“ Drexlers angenommen hatte, mit vollem Bedacht deren Name in „National*sozialistische* Deutsche Arbeiterpartei“ geändert, um ihre Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft zu erhöhen.

Was das Programm einer solchen Partei betrifft, so bedarf es eigentlich keiner Erwähnung, daß aus ihm nicht ihr sozialer Charakter und die wirklichen Ziele der Parteiführung auf gesellschaftspolitischem Gebiet abzulesen sind, sondern lediglich deren Vorstellungen darüber, mit welchen Losungen und Ideen die Massen für die wirklichen Ziele zu mobilisieren seien. Analysiert man unter diesem

[75] Siehe Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München/Wien 1962, S. 46.
[76] Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M./Bonn 1965, S. 234.
[77] ZStA Potsdam, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Bd. 285, Bl. 31.

Gesichtspunkt die „25 Punkte“ des NSDAP-Programms[78], dann stellt man fest, daß bestimmte Punkte dazu dienen sollten, Klassenbewußtsein durch „Volksgemeinschaftsdenken“ und „National- und Rassenbewußtsein“ zu verdrängen, während andere Punkte den Schein hervorrufen sollten, als bezeichne sich die NSDAP zu Recht als eine „sozialistische Arbeiterpartei“.

Zur ersten Kategorie gehörten z. B. die Punkte 1 (Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Großdeutschland), 2 (Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen), 4 („Staatsbürger können nur Volksgenossen sein, Volksgenosse nur, wer deutschen Blutes ist“), 8 („Jede Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern“).

Zur ersten Kategorie gehörte natürlich auch die Forderung nach „Land und Boden (Kolonien)“ aus Punkt 2; damit sollte der Gedanke der Hebung des Volkswohlstandes durch den Sturz des Kapitalismus und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel verdrängt werden durch den Gedanken der Bereicherung des eigenen Volkes auf Kosten fremder Völker.

Zur zweiten Kategorie gehörten die Punkte 10 („Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen“) und 11 („Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens“), womit eine bewußte Anlehnung an die in der Arbeiterbewegung sehr populäre Losung „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ erfolgte.

Zu dieser Kategorie gehörte vor allem auch der Punkt 13 („Verstaatlichung aller [bisher] bereits vergesellschafteten [Trusts] Betriebe“), womit die wenigstens teilweise Übernahme der Kernforderung des proletarischen Sozialismus, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, vorgetäuscht werden sollte. Auch Punkt 14 („Gewinnbeteiligung an Großbetrieben“) zählte zu dieser Kategorie, obwohl er enthüllte, daß an eine generelle Verstaatlichung der großkapitalistischen Betriebe nicht gedacht war; er knüpfte jedoch [116] an bestimmte Vorstellungen an, die in der reformistischen Arbeiterbewegung lebendig waren.

Zu dieser Kategorie gehörten ferner eine Reihe von Punkten, die sich an verschiedene Forderungen der Arbeiterparteien anlehnten, so etwa Punkt 7 („Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen“), der die Forderung nach Recht auf Arbeit vorspiegeln sollte, oder Punkt 15, der einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung verlangte, und Punkt 20, der „die Ermöglichung höherer Bildung“ für „jeden fähigen und fleißigen Deutschen“ verlangte.

Schließlich zielte es vor allem, wenngleich nicht allein, auf die Arbeiterklasse, wenn die Naziführer in betontem Gegensatz zu den anderen bürgerlichen Parteien die NSDAP als eine „Weltanschauungspartei“ und als Partei einer radikalen, „revolutionären“ Erneuerung der Gesellschaft, als eine Partei der sozialen Gerechtigkeit darstellten, die nicht nur das proletarische Klassendenken, sondern auch bürgerlichen Klassendünkel bekämpfe.

Über die Notwendigkeit, der marxistischen Arbeiterbewegung eine „Weltanschauung“ gegenüberzustellen, ließ sich Hitler in „Mein Kampf“ wie folgt aus: „Jeder Versuch, eine Weltanschauung mit Machtmitteln zu bekämpfen, scheitert am Ende, solange nicht der Kampf die Form des Angriffs für eine neue geistige Einstellung erhält. Nur im Ringen zweier Weltanschauungen miteinander vermag die Waffe der brutalen Gewalt, beharrlich und rücksichtslos eingesetzt, die Entscheidung für die von ihr unterstützte Seite herbeizuführen.“[79]

Mit jedem Wort verrät sich der Verfasser solcher Zeilen als Agent der Herrschenden: Er besitzt, wie sich zeigt, gar keine eigene Weltanschauung, sondern Weltanschauung ist ihm lediglich ein notwendiges Zubehör des terroristischen Kampfes gegen die Arbeiterbewegung, die zu zerschlagen er sich vorgenommen und den Herrschenden versprochen hat. Das wird womöglich noch deutlicher aus den nächsten Sätzen seiner Schrift: „Daran aber war bislang noch immer die Bekämpfung des Marxismus

[78] Das NSDAP-Programm ist abgedruckt in: Siegfried Vietzke/Heinz Wohlgemuth, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik 1919-1933, Berlin 1966, S. 393 ff.; siehe auch Istorija fašizma, S. 40.
[79] Adolf Hitler, Mein Kampf, 415./416. Aufl., München 1939, S. 189 f.

gescheitert ... Was wollte man denn den Massen geben, wenn, angenommen, die Sozialdemokratie gebrochen wäre? Nicht eine Bewegung war vorhanden, von der man hätte erwarten können, daß es ihr gelingen würde, die großen Scharen der mehr oder weniger führerlos gewordenen Arbeiter in ihren Bann zu ziehen.“ Immer wieder geht es also darum, die Arbeiter in den Bann der Reaktion und des Nationalismus zu ziehen!

Als Kern der „Weltanschauung“, deren man sich dazu bedienen wollte, betrachtete man die „Rassenlehre“, und in ihr vor allem den Antisemitismus. Hitler wandelte auch dabei in den Spuren der Alldeutschen.[80] Die Brauchbarkeit, ja Unersetzlichkeit des Antisemitismus als „Weltanschauung“ lag in den Augen vieler Führer der Nazipartei darin, daß er gewissermaßen einen Universalschlüssel zur Erklärung der gesamten Weltgeschichte und aller Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaft lieferte, indem er als bewegendes Prinzip an die Stelle des Klassenkampfes den Rassenkampf setzte.[81]

[117] Im Naziprogramm fand diese „Weltanschauung“ ihren Niederschlag in verschiedenen Punkten, hauptsächlich aber in Punkt 4: „Kein Jude kann ... Volksgenosse sein.“

Was die Selbstdarstellung der Nazipartei als revolutionäre Erneuerungspartei und Partei der sozialen Gerechtigkeit betrifft, so trat sie auch damit in eine bewußte Konkurrenz mit der Arbeiterbewegung und mit deren Ziel des Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung. Das geschah z. B. in den Punkten 6 („Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten“) und 10 („Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen“), vor allem aber in den Punkten 12 („Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne“) und 18 („Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse“).

Schließlich gehört noch Punkt 23 zur Selbstdarstellung der NSDAP als einer Partei der reinigenden Erneuerung: „Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse.“ Ein Vergleich dieses Punktes mit dem Wahrheitsgehalt der NS-Presse gibt den richtigen Maßstab zur Beurteilung der Ernsthaftigkeit aller genannten Punkte an die Hand.

Es entsprach sowohl dem Werbebedürfnis als auch dem Grundprinzip der Naziführung, ihre Partei als Instrument der Herbeiführung der die Klassenschranken überwindenden „Volksgemeinschaft“ darzustellen, wenn das Programm sich an alle Schichten wandte, also auch an das städtische Kleinbürgertum und an die Bauern. Spezifisch „mittelständische“ Forderungen enthielten jedoch nur die Punkte 11 („Brechung der Zinsknechtschaft“) und 16 („Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder oder Gemeinden“). Punkt 17 richtet sich speziell an die Bauern und Landarbeiter („Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützliche Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation“). Es wäre also eine krasse Fehlbeurteilung, wollte man das Programm der NSDAP etwa als einen utopischen Wunsch- und Forderungskatalog radikalisierter Kleinbürger bezeichnen. Es war vielmehr ein mixtum compositum [Durcheinander], zusammengestellt von raffinierten Demagogen und in seiner

[80] Besonders intensiv befaßte sich die Leitung des Alldeutschen Verbandes mit dem Antisemitismus auf ihrer Sitzung am 19. u. 20.10.1918. Prof. Gebhard vertrat dabei mit Nachdruck den Standpunkt, die „Judenfrage“ dürfe nicht lediglich als wirtschaftliche, sondern müsse „als Frage der Weltanschauung ausgekämpft werden“ (ZStA Potsdam, ADV, Bd. 121, Bl. 45).

[81] Siehe Alfred Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1942. – Für die NSDAP lag die zentrale Bedeutung dieses „Werkes“ eines geistigen Hochstaplers darin, daß sie bei ihrem Anspruch auf „Welt-[117]anschauungspartei“ wenigstens auf *ein* Buch verweisen konnte, in dem diese „Weltanschauung“ gebunden, wenn auch ungenießbar, vorlag.

Wirkung genau berechnet. Es sollte nicht ausschließlich, aber hauptsächlich dazu dienen, der extrem-reaktionären Fraktion der Herrschenden endlich eine Massenbasis auch in der Arbeiterklasse zu verschaffen; darüber hinaus zielte es darauf ab, soviel wie möglich Angehörige aller Schichten und Klassen zum Kampf gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Weimarer Republik zu mobilisieren.

Es ist hier nicht der Raum zu zeigen, wie sehr das Streben nach Gewinnung von Arbeitern auch das äußere Auftreten, den Stil und den Ritus der Aufmärsche und Versamm-[118]lungen, den Charakter der Presse und die Symbolik der NSDAP prägte. Es sei lediglich erwähnt, daß Hitler selbst bestätigte, die Bevorzugung der roten Farbe in der Fahne und in den Plakaten der Partei, die Nachahmung bestimmter äußerer Erscheinungsformen der sozialistischen Arbeiterbewegung (Massenaufmärsche, Massenkundgebungen usw.) seien darauf berechnet gewesen, Arbeiter zu beeindrucken und sie an die Partei heranzuziehen.[82]

Mit welchem Erfolg das alles unternommen wurde, ist bekannt. Es gelang der Nazipartei zwar, der herrschenden Klasse eine kleinbürgerliche Massenbasis für die Errichtung ihrer offenen terroristischen Diktatur zur Verfügung zu stellen. Es gelang ihr jedoch nicht, das den finanzkapitalistischen Gönnern gegebene Versprechen einzulösen, die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter zur Preisgabe ihrer Ideen, zur Abwendung von ihren Parteien und zum Übergang auf die Seite der Reaktion und des Faschismus zu veranlassen.[83]

Das führte zu Klagen und Beschwerden ihrer militärischen und kapitalistischen Hintermänner und Gönner. So hatte einer der militärischen Schutzpatrone der NSDAP, Major Konstantin Hierl vom Reichswehrministerium in Berlin, 1920 bei Hitler moniert, daß die NSDAP-Versammlungen so wenig von Industriearbeitern besucht würden. In einem Brief vom 3. Juli 1920 hatte Hitler hierauf die sehr aufschlußreiche Antwort gegeben: „Ihre Ansicht, daß unsere Versammlungen zu wenig Besuch erhielten aus Kreisen der industriellen Arbeiterschaft, ist nur bedingt richtig. Wir verkennen nicht die Schwierigkeit, Arbeiter, die zum Teil schon jahrzehntelang Organisationen angehörten, ohne weiteres zu uns bekehren zu können. Voraussetzung hierzu war zunächst die Abhaltung großer Massenversammlungen, um damit ein wirkungsvolles Propagandamittel gerade für die große Masse in die Hand zu bekommen. Denn als Kind des Volkes wird der Arbeiter stets nur Achtung besitzen für eine Bewegung, die sich achtunggebietend zeigt. Schon das aber stellte uns vor die Notwendigkeit, um den ruhigen Verlauf unserer Verhandlungen zu garantieren, uns an eine gewisse Mittelschicht zu wenden, von der wir wußten, daß sie innerlich national dachte und fühlte, und die nur zum Teil infolge unseres heutigen Parteielendes politisch obdachlos war.“[84]

An dieser Sachlage änderte sich auch später, zur Zeit der großen Wahlerfolge der Nazipartei Anfang der 30er Jahre, nichts. Enttäuscht und verdrossen vermerkten Blätter der [119] Monopolbourgeoisie: „Die Tatsache besteht, daß die rote Burg des Marxismus in der gegenwärtigen Wellenbewegung dieser Wahl sich als unerschütterlich erwiesen hat ... Es ist den Nationalsozialisten nicht gelungen, die Idee zu verwirklichen ..., die deutsche Arbeiterschaft dem Internationalismus zu entreißen und den deutschen sozialistischen Arbeiter zum Nationalismus zu erziehen.“[85]

---

[82] Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942. Im Auftrage des Verlages neu hrsg. von Percy Ernst Schramm, Stuttgart 1965, S. 261 f.

[83] Vergleiche dazu die Reichstagswahlergebnisse von 1928 bis 1932 für die beiden Arbeiterparteien:

Partei	in 1000			
	2.5.1928	14.9.1930	31.7.1932	6.11.1932
KPD	3265	4592	5283	5980
SPD	9153	8575	7960	7248
zusammen	12418	13167	13243	13228

(Nach Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, hrsg. von Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, bearb. von Wolfgang Ruge unter Mitarb. von Klaus Dichtl, Berlin 1975, S. 110; Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, bearb. von Kurt Gossweiler unter Mitwirkung von Margarete Piesche, Berlin 1975, S. 97).

[84] Herbert Erb/Hans Henning Freiherr Grote, Konstantin Hierl. Der Mann und sein Werk, München 1939, S. 40 f.

[85] Berliner Börsen-Zeitung, vom 14. 10. 1930. – Ähnliche Kommentare fanden sich auch in anderen großbürgerlichen Blättern.

Die oben zitierte Argumentation Hitlers gegenüber Hierl ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Zum ersten bestätigt sie den Vorrang, den beide Seiten – Hitlers „Dienstherren“ wie auch er selbst – der „Bekehrung“ der Arbeiterklasse einräumten. Der Rückgriff auf die „nationalen“ Kleinbürger war für Hitler – zumindest zu Beginn seiner Laufbahn – ein unumgänglicher Notbehelf zur Lösung der „eigentlichen“ Aufgabe. Zum anderen zeigen seine Ausführungen erneut den völligen Mangel an Kenntnissen über das Denken und Fühlen der organisierten Arbeiterschaft. Er maß sie mit seiner Elle; er glaubte, was ihn so massiv beeindruckte – die Demonstration der Macht und der Gewalttätigkeit –, müßte auch ein sicheres Mittel sein, die organisierten Arbeiter zu beeindrucken und mitzureißen. Und sie zeigt schließlich, daß der Faschismus von Anfang an gezwungen war, den anderen bürgerlichen Parteien und Verbänden ins Gehege zu kommen, in Konkurrenz mit ihnen seine Kader aus ihrem Einflußbereich herauszuholen.

Das aber brachte es mit sich, daß der Faschismus an die verschiedensten Schichten aus dem Kleinbürgertum – Offiziere und Unteroffiziere, Studenten, Schüler, „nationale“ Intelligenz, Kleinhändler und Kleingewerbetreibende, Angestellte und Beamte –, die bisher nur stramm „national“ waren, auch seine pseudosozialistische, demagogisch-„antikapitalistische“ Phraseologie heranbrachte, sie also zwar nicht zu Sozialisten machte, aber die ideologischen Schranken zerbrach, die die meisten von ihnen bisher allein schon vor dem Wort „Sozialismus“ zurückschrecken ließ. Er sorgte auf diese Weise dafür, daß in breiteren Schichten des Bürgertums der Gedanke, sich zu einem wie immer gearteten Sozialismus zu bekennen, aufhörte, ein Tabu zu sein.

Schon das allein war für viele Großbürger irritierend und wurde von ihnen als Schrittmacherdienst für den „Bolschewismus“ empfunden. So lehnte die Direktion der zum Haniel- Konzern gehörenden Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) 1922 eine finanzielle Unterstützung der NSDAP ab mit der Begründung, daß Hitler „nicht die Arbeiter gewinnen würde, sondern kleinbürgerliche und studentische Kreise mit seinen pseudo-sozialistischen Gedanken verseuche“.[86] Der deutschnationale Textilgroßindustrielle Abraham Frowein – einer der potentesten Finanziers der DNVP – besorgte sogar unerwünschte Auswirkungen von der antisemitischen Propaganda der Deutschvölkischen; er schrieb an den DNVP-Vorsitzenden Hergt am 8. Juli 1922, er befürchte, daß sich die Agitation der Deutschvölkischen letzten Endes nicht nur gegen das Kapital des Judentums, sondern gegen das Kapital überhaupt wenden werde.[87]

Hier werden Ursachen für die Irritationen sichtbar, die im Verhältnis zwischen Monopolbourgeoisie und von ihr aufgezogener faschistischer Bewegung immer wieder auftreten. Der Faschismus soll die sozialistischen Arbeiter für die Zwecke der herrschenden Klasse nationalistisch machen. Dazu muß er als „nationaler Sozialismus“ vor die Massen treten und sich gegenüber den Arbeiterparteien als der bessere Vertreter von Arbeiterinteressen [120] zu profilieren suchen. Das ist ihm jedoch unmöglich, weil ihm als unüberschreitbare Schranke das Gebot auferlegt ist, dem Klassenkampf entgegenzutreten und die „Volksgemeinschaft“, die Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmern zu verkünden und zu praktizieren.

Dieses antinomische Verhältnis von Aufgabe und Lösungsbedingungen läßt nur zwei Möglichkeiten offen: Entweder wird das Gebot zugunsten der Aufgabe mißachtet, oder auf die Lösung der Aufgabe wird um der Einhaltung des Gebotes willen verzichtet. Dieses objektiv gegebene Entweder-Oder ist die Grundlage für das Auftreten zweier Grundströmungen sowohl im italienischen als auch im deutschen Faschismus. Die eine – die führende und beherrschende – legt die Betonung in der Wortzusammensetzung „nationalsozialistisch“ auf den ersten Wortbestandteil und erklärt kurzerhand die Lösung der „nationalen“ Probleme, worunter die Expansion nach außen verstanden wird, zur Voraussetzung für den „Sozialismus“ im Innern. Die andere geht von der Erfahrung aus, daß auf diese Weise in der Arbeiterklasse keine ideologischen Eroberungen von einiger Bedeutung gemacht werden können und legt das Schwergewicht der Agitation und Propaganda auf die „sozialistische“ Demagogie.

[86] ZStA Potsdam, ADV, Nr. 258, Bl. 243; Mitteilung Claß’ an Tafel vom 8.6.1921.
[87] Ebenda, DNVP, Bd. 3, Bl. 30 ff.

In dieser unausweichlichen Alternative liegt das ganze Geheimnis des Entstehens, der Bestrebungen und der schließlichen Niederlage des Strasser-Flügels in der NSDAP. Der Strasser-Flügel – das waren jene Naziführer, die die Lösung beider Teile der Doppelaufgabe, also *auch* die ideologische Eroberung der Arbeiter für den Faschismus, ernstnahmen und daraus die Konsequenz zogen, zur Erreichung dieses Zieles alle erforderlichen Mittel anzuwenden, auch solche, die eine Übertretung des obengenannten Gebots bedeuteten, wie z. B. die Gründung faschistischer „Gewerkschaften" und die – wenn auch nur ausnahmsweise – Beteiligung an betrieblichen Lohnkämpfen. Dies waren für Gregor Strasser und seine Parteigänger aber nur Mittel, um zum gemeinsamen faschistischen Ziel der Vernichtung der Arbeiterbewegung zu gelangen. Die Methode jedoch, mit der sie dieses Ziel zu erreichen suchten, gab ihnen den äußeren Anschein von Verfechtern einer „nationalen" Arbeiterbewegung, die den Klassenkampf nicht eliminiert, sondern mit nationalistischem Vorzeichen versieht und sanktioniert. Das aber mußte auf den heftigen Widerstand jener Kreise der Ruhrschwerindustrie stoßen, die die NSDAP u. a. gerade deshalb als erste unterstützt hatten, weil sie sich von ihr einen schonungslosen Kampf gegen die Gewerkschaften versprachen, und die die Aufgabe dieser Partei ausschließlich darin erblickten, den Arbeitern den „nationalen Gedanken" einzuimpfen.

Die Strassersche Taktik, sich durch möglichst weitgehende Anpassung an das Denken und Fühlen der organisierten Arbeiter Vertrauen in der Arbeiterschaft zu erschleichen, war also die Ursache dafür, daß Gregor Strasser, der seine politische Laufbahn als Gefolgsmann Ludendorffs und als Vertrauensmann der Ruhrindustrie in der NSDAP begann, sie als Partner des Generals von Schleicher und Interessenvertreter der „modernen", besonders der Chemieindustrie, beendete.[88]

Die Strassersche Taktik bietet aber keine Grundlage dafür, den Strasser-Flügel als einen „echt sozialistischen" Flügel in der NSDAP zu bezeichnen, wie es in der bürgerlichen Literatur gang und gäbe ist. Er ist aber auch nicht – wie Reinhard Kühnl in seiner frühen Studie über „Die nationalsozialistische Linke" meinte – die Richtung „eines selbständigen kleinbürgerlichen Sozialismus in der NSDAP"[89]; auch seine Kennzeichnung als „NS-[121]Linke" ist im Grunde unkorrekt, weil sie den Schein für die Wirklichkeit nimmt. Der Strasser-Flügel (wie übrigens vor 1933 auch Goebbels als Gauleiter in Berlin) betrieb eine noch hemmungslosere Sozialdemagogie als die Münchener Führung, aber um der Erreichung der gleichen Ziele willen.

Die Münchener Parteiführung[90] befolgte im großen und ganzen einen Kurs, der davon bestimmt war, das Gebot der „Volksgemeinschaftspropaganda" höherzustellen als die Aufgabe des Eindringens in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft. Sie vermied deshalb in ihren Appellen an die Arbeiter in der Regel peinlich alle „klassenkämpferischen" Töne und setzte in erster Linie auf die Wirkung der revanchistischen Anti-Versailles-Propaganda und der antisemitischen Hetze. Nur in sehr zugespitzten Situationen, wie etwa im Novemberwahlkampf 1932, schwenkte sie auf die Strasser-Linie ein, als sie grünes Licht für die Beteiligung der NSBO am Streik der Berliner Verkehrsarbeiter gab. Die Vorwürfe, die Hitler für diese Übertretung des Gebots aus dem Munde des Reichspräsidenten von Hindenburg einstecken mußte, beantwortete er mit der bezeichnenden Erklärung: „Die Leute sind sehr erbittert. Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren; das wäre auch kein Vorteil für Deutschland."[91]

Diese Richtung nahm es nicht nur gelassen hin, daß die erhofften Arbeitermassen ausblieben, dafür aber Massen von Kleinbürgern der NSDAP zuströmten,[92] sondern konzentrierten, nachdem die Erfahrung

[88] Siehe dazu Kurt Gossweiler, Die Rolle der deutschen Monopolbourgeoisie bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre 1934, phil. Diss., Berlin 1963, S. 287 ff.

[89] Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim a. G. 1966, S. 260. – [121] Kühnls Kennzeichnung trifft auch nicht für den von Otto Strasser geführten, 1930 abgespaltenen Flügel der NSDAP zu.

[90] Genau genommen ist die Bezeichnung „Münchener Parteiführung" unrichtig, denn Gregor Strasser war in ihr bis Dezember 1932 nach Hitler der zweite Mann. Die Richtung wäre aber auch mit „Hitler-Richtung" falsch bezeichnet, weil ihr Hauptvertreter nicht Hitler, sondern Hermann Göring, damals noch intimer Freund Fritz Thyssens, war.

[91] Zit. nach Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 83.

[92] Die These Winklers, die „Entsozialisierung" der NSDAP sei die Bedingung dafür gewesen, daß sich die Mittelschichten der NSDAP anschlossen, hält keiner Prüfung stand; sie dient objektiv dazu, den Zusammenhang zwischen den abschwächenden Kommentaren Hitlers und Feders zu den 25 Punkten und den Forderungen der großkapitalistischen und junkerlichen

der um so viel leichteren Gewinnbarkeit von Anhängern in diesen Schichten einmal gemacht war, ihre Werbung ganz gezielt auf die städtischen und ländlichen Mittelschichten, ungeachtet der dadurch hervorgerufenen Rivalitäten und Spannungen mit dem deutschnationalen „Bundesgenossen". Die Linie der Münchener Parteiführung war die Linie, die ihr seitens der reaktionärsten Kräfte der herrschenden Klasse – den Ruhrindustriellen und den Junkern – als Voraussetzung für die Gewährung finanzieller und politischer Unterstützung aufgezwungen wurde.

Die endgültige Entscheidung für diese Linie fiel außerhalb der NSDAP, nämlich im Ringen der beiden hauptsächlichen Gruppierungen der Monopolbourgeoisie, bei dem sich die Koalition Schwerindustrie-Junkertum gegenüber der von den IG Farben geführten Gruppierung durchsetzen konnte. Der Sieg Görings über Strasser im Dezember 1932 war im Grunde nur ein Nachvollzug dieser außerhalb der NSDAP gefallenen Entscheidung.[93] Die Entwicklungsgeschichte des deutschen und des italienischen Faschismus beweist. daß die von ihm im Interesse und im Auftrage der reaktionärsten Kreise der herrschenden [122] Klasse unternommenen Versuche, die Doppelaufgabe der terroristischen Vernichtung der Organisationen der Arbeiterklasse und der ideologischen Gewinnung der Arbeiterklasse zu lösen, nicht zufällig, sondern gesetzmäßig scheiterten.

Diese Feststellung bedeutet natürlich nicht, daß es dem Faschismus überhaupt unmöglich ist, ideologische Eroberungen in der Arbeiterklasse zu machen.[94] Es wird unter kapitalistischen Bedingungen nie gelingen, die *ganze* Arbeiterklasse den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie zu entreißen und auf das Niveau klassenbewußter Kämpfer gegen das Kapital zu heben. Dem steht schon die strukturelle Beschaffenheit der Arbeiterklasse entgegen, von der Lenin sagte, der Kapitalismus wäre nicht Kapitalismus, „wenn das ‚reine' Proletariat nicht von einer Masse außerordentlich mannigfaltiger Übergangstypen vom Proletarier zum Halbproletarier ... umgeben wäre, wenn es innerhalb des Proletariats nicht selbst Unterteilungen in mehr oder minder entwickelte Schichtungen, Gliederungen und Landsmannschaften, nach Berufen, manchmal nach Konfessionen usw. gäbe."[95]

Auch noch so raffinierte „Propaganda" vermochte die klassenbewußten organisierten Arbeiter nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Faschismus ihr Todfeind ist, der Vertreter ihrer Organisationen, der Würger ihrer hart erkämpften sozialen und politischen Rechte, daß die Faschistenbanden die mörderischen Hetzhunde des Kapitals gegen die Arbeiterklasse darstellten. Die Arbeiter waren und blieben auch deshalb die Hauptkraft im Kampf gegen den Faschismus.

Fassen wir noch einmal zusammen: In Italien wie in Deutschland entstand die faschistische Massenbewegung nachgewiesenermaßen nicht als eine autonome Bewegung des Kleinbürgertums, sondern als eine Bewegung, die ihren Ursprung einem neuartigen politischen Bedürfnis der reaktionärsten Kreise der herrschenden Klasse verdankt, nämlich dem zweiseitigen Bedürfnis nach Vernichtung der Arbeiterbewegung *und* ideologischer Eroberung großer Teile der Arbeiterschaft in einem, vor allem jener Teile, die bisher den Arbeiterparteien folgten. Dieses komplexe zwiespältige Bedürfnis war ein typisches Produkt der neuen Existenzbedingungen der imperialistischen Bourgeoisie im Stadium der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Förderer der NSDAP zu verschleiern (Heinrich August Winkler, Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, in: Faschismus als soziale Bewegung, hrsg. von Wolfgang Schieder, Hamburg 1976, S. 102).

[93] Gossweiler, Röhm-Affäre, S. 343 ff.

[94] Ein gewisses Kriterium für den Nazieinfluß unter der Arbeiterschaft stellt die Mitgliederzahl der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation" (NSBO) dar, die 1929 gegründet wurde. Im März 1931 zählte sie 4131 Mitglieder, im Dezember 39.316; Ende des Jahres 1932 hatte sie 300.000 Mitglieder, davon jedoch überwiegend Angestellte und Beamte (bei Post, Reichsbahn, Banken und Versicherungen). Bei den Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1931 entfielen auf die Liste der NSBO 0,5 Prozent der abgegebenen Stimmen (die Zahlenangaben sind entnommen: Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsgedanke. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront", Hannover/Frankfurt a. M. 1958, S. 167 f.; Hermann Roth, Die national-sozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) von der Gründung bis zur Röhm-Affäre [1928 bis 1934], in: JfW, 1978/I, S. 54; für die Ergebnisse der Betriebsratswahlen: Gewerkschaftszeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 48/1931, S. 759). – Die Zahl der Arbeiter, die ihre Stimme für die NSDAP abgaben, wird selbst von bürgerlichen Autoren auf höchstens ein Viertel aller NSDAP-Wähler geschätzt (siehe Kühnl, Der deutsche Faschismus, S. 99, Dok. 58).

[95] W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 60.

Im bisherigen Spektrum der politischen Parteien der herrschenden Klasse fehlte ein Organisationstyp, der fähig gewesen wäre, ihm Rechnung zu tragen. Dieses neuartige politische Bedürfnis verlangte nach einer neuartigen politischen Organisation der herrschenden Klasse.

[123] Im Kapitalismus hat das Gesetz von Nachfrage und Angebot auch im Bereich der Politik Geltung. Die neuartige Organisation entstand mit Notwendigkeit, nachdem die Nachfrage nach ihr sich stark und deutlich genug auf dem Markt der Politik bemerkbar gemacht hatte. Sie entstand jedoch nicht als fertiges Gebilde, sondern entwickelte sich aus verschiedenen Organisationskeimen, die als Antwort auf die nachhaltig spürbar gewordene Nachfrage ins Leben getreten waren.

Das neuartige Bedürfnis innerhalb der Monopolbourgeoisie rief den Faschismus in Italien und Deutschland nicht nur ins Leben, sondern prägte auch seine Programmatik und seine charakteristischen Besonderheiten.

Im Ziel der Vernichtung der Arbeiterbewegung und der Beseitigung der bürgerlichen Demokratie stimmte der Faschismus prinzipiell mit den altbürgerlichen Rechtsparteien überein; das weitere Ziel, die Arbeiter ideologisch „dem Marxismus zu entreißen“, zwang ihn jedoch, seinen konterrevolutionären Charakter zu verbergen und sich als revolutionär, antibürgerlich und antikapitalistisch darzustellen. Was dies betrifft, so war nur ein Teil der konservativen Kräfte – die sogenannten „Jungkonservativen“ – bereit zu akzeptieren, daß die herrschende Klasse, um an der Herrschaft zu bleiben, sich einer „revolutionären“ Mimikry bedienen müsse. Doch blieben sie infolge ihrer Unfähigkeit, sich von dem ihnen eigenen elitären Denken freizumachen, inkonsequent, indem sie sich gerade gegenüber dem für die herrschende Klasse Wichtigsten, dem Appell an die Massen, dem Bemühen um die Schaffung einer Basis in den Massen, verständnislos und ablehnend verhielten.[96]

Dem Faschismus gelang vor seinem Machtantritt weder in Italien noch in Deutschland der beabsichtigte Einbruch in die Arbeiterklasse. Die Arbeiter blieben in ihrer übergroßen Mehrheit antifaschistisch.

Die Geschichte der italienischen und der deutschen Faschistenpartei hat aber nicht nur den Beweis erbracht für die Unlösbarkeit der „Doppelaufgabe“, sondern sie zeigte auch die unvorhergesehene Möglichkeit auf, gestützt auf eine aus dem Kleinbürgertum rekrutierte militante und terroristische Massenbewegung faschistischen Typs im Zusammenwirken mit dem staatlichen Gewaltapparat, den Sieg über die gesamte Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte zu erringen und auf formal legalem Weg, d. h. ohne riskanten Putsch, zu der von den reaktionärsten Elementen des Finanzkapitals erstrebten offenen Diktatur zu gelangen.

Nachdem diese Möglichkeit einmal gefunden und erprobt war, bedurfte es zur Motivation für die Gründung faschistischer Parteien in anderen Ländern nicht mehr der „Doppelaufgabe“: Das Motiv des Vernichtungskampfes gegen die Arbeiterbewegung und gegen die bürgerliche Demokratie reichte vollständig aus. Ob und in welchem Ausmaß dabei jeweils doch auch das Motiv der Schaffung einer Massenbasis in der Arbeiterklasse mitspielte – und noch heute mitspielt –, das müßte in jedem einzelnen Fall untersucht werden.

Die Geschichte der faschistischen Bewegungen hat aber auch noch ein anderes gezeigt: daß nämlich auch eine faschistische Partei für die imperialistische Bourgeoisie keine Gewähr bietet, die gewünschte Massenbasis zu gewinnen. Zwar ist das immer ihr Ziel, aber es wäre vollkommen verfehlt, den faschistischen Bewegungen von vornherein die Fähigkeit zuzuschreiben, dieses Ziel zu erreichen. Es hängt nicht zuletzt von der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut, von ihrer richtigen Bündnispolitik ab, alle dahinzielenden Bemühungen zu durchkreuzen.

[125]

[96] Zu den Jungkonservativen siehe Joachim Petzold, Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1978.

Wolfgang Ruge: Monopolbourgeoisie, faschistische Massenbasis und NS-Programmatik in Deutschland vor 1933

Unter imperialistischen Bedingungen liegt die Macht in den Händen einer äußerst kleinen Gruppe von Finanzkapitalisten (Großindustriellen und Bankgewaltigen), die sich – entsprechend den nationalen und historischen Gegebenheiten des jeweiligen Landes – mit dem Großgrundbesitz, dem hohen Klerus oder anderen zahlenmäßig geringfügigen Schichten verbündet und zur Ausübung der Exekutive traditionelle oder neu entstehende Eliten (führende Militärs, Ministerialbürokratie, Spitzen bürgerlicher Parteiapparate) heranzieht. So steht eine an der Macht beteiligte verschwindende Minderheit dem als Objekt der Macht dienenden Gros der Bevölkerung gegenüber. Daraus folgt, daß die imperialistische Herrschaft nur aufrecht erhalten werden kann, wenn ihre Exponenten es verstehen, beträchtliche Teile der nicht zur herrschenden Klasse gehörenden Bevölkerung zumindest zur passiven Duldung, möglichst aber zur Unterstützung des bestehenden Systems zu veranlassen, d. h. sie in eine Position zu drängen, in der sie entweder auf die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen verzichten oder aber diesen Interessen direkt zuwiderhandeln.

W. I. Lenin hat bereits im Jahre 1910 darauf hingewiesen, daß sich die imperialistische Bourgeoisie im Kampf für die Verteidigung ihrer Herrschaft gegenüber den Massen zweier Methoden oder zweier Systeme des Regierens bedient, „wobei" – wie er hervorhob – „diese Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung ... Die zweite Methode ist die Methode des ‚Liberalismus' ..."[1] Dabei verstand Lenin unter „Liberalismus" nicht nur „Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw.", sondern insbesondere auch die „*Umschmeichelung* des Volkes" und alle Spielarten „des Betrugs, der Schmeichelei, der Phrase, der millionenfachen Versprechungen ..."[2]

Nach Ausbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus (Beginn des ersten imperialistischen Weltkrieges) und ihrer vollen Ausprägung (Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution) sah sich die imperialistische Bourgeoisie gezwungen, diese beiden Methoden den sich zunehmend verschärfenden Klassenkampfbedingungen anzupassen, d. h. Gewalt und Betrug als solche zu perfektionieren und wirksamere Kombinationen von Terror und Demagogie zu entwickeln. Dabei mußte sie vor allem zweierlei berücksichtigen.

[126] Einmal waren dem imperialistischen Herrschaftsapparat teilweise modifizierte und in einigen Fällen sogar gänzlich neue Aufgaben erwachsen[3], die nur bei Vorhandensein einer *aktiv* in Erscheinung tretenden Massenbasis in Angriff genommen werden konnten, also eine intensivere Beeinflussung und neuartige organisatorische Erfassung bedeutender Teile der Bevölkerung notwendig machten. Zu den modifizierten Aufgaben gehörte zuvörderst die Verhinderung der proletarischen Revolution, die bislang lediglich als Zielsetzung des revolutionären Teils der Arbeiterklasse oder allenfalls (in der Pariser Kommune) als gescheiterter Versuch bekannt war, jetzt aber – in Rußland – ihre Lebensfähigkeit unter Beweis stellte. Aus dieser Realität ergab sich zugleich die völlig neue Aufgabe der Rückgängigmachung der siegreichen proletarischen Revolution einschließlich der Vorbereitung des eigenen Hinterlandes auf einen konterrevolutionären Interventionskrieg sowie das eng damit zusammenhängende ebenfalls neue Bestreben, die internationale Ausstrahlung des Sowjetstaates zunichte zu machen und die eben jetzt entstandenen kommunistischen Parteien in den einzelnen imperialistischen Ländern zu zerschlagen.

Zweitens mußte die imperialistische Bourgeoisie bei der Weiterentwicklung ihrer Herrschaftsmethoden die quantitativ und qualitativ außerordentlich gesteigerte Einbeziehung breitester Massen in politisch-gesellschaftliche Prozesse bzw. ihre verstärkte Beteiligung an solchen Prozessen in Rechnung

[1] W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Len in, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 356.
[2] Ebenda; derselbe, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, in: Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 48.
[3] Siehe dazu auch Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 367.

stellen – den Einsatz von Millionenheeren im Weltkrieg, die Militarisierung auch der frontfernen Gebiete, die Einschaltung ausnahmslos aller Bevölkerungsgruppen in die Auseinandersetzungen über Krieg und Nachkrieg, die fortschreitende Umwandlung bürgerlicher Parteien von Honoratiorenvereinigungen und Wahlvereinen in Massenorganisationen und natürlich in erster Linie die angewachsene Revolutionierung der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten. Da es jetzt illusorisch wurde, sich weiterhin auf die Passivität der Mehrheit der Bevölkerung oder auf eine initiativlose Unterstützung des imperialistischen Systems durch breitere Volkskreise zu orientieren, mußte sich die Bourgeoisie die Aufgabe stellen, wenigstens erhebliche Teile der in Bewegung geratenen Massen zur engagierten Parteinahme für den Imperialismus zu bewegen. Die intensivere und umfassendere Massenbeeinflussung, von der oben die Rede war, bedeutete also nicht nur eine raffiniertere, effektivere und auf einen größeren Personenkreis zugeschnittene Anwendung von Gewalt und Betrug. Sie beinhaltete zugleich eine neue Zielsetzung, nämlich die mit Einschüchterung, Brutalität, Mitschuldigmachen am Terror, mit Chauvinismus, Antikommunismus und Pseudosozialismus betriebene *Mobilisierung* von Millionenmassen zugunsten des Imperialismus.

Eine solche Mobilisierung der Massen durch militante Kräfte des Imperialismus ist denn auch – neben dem Terror gegenüber den Werktätigen – ein Wesenszug der als Faschismus in die Geschichte eingegangenen politischen Bewegungen und Regimes, die sich seit Beginn unserer Epoche in einer Reihe von Ländern als Resultat des Suchens nach einer qualitativ neuartigen Kombination von konterrevolutionärer Gewaltanwendung und reaktionärer Massenmanipulierung herausbildeten. Dabei ist es von zweitrangiger Bedeutung, ob diese Mobilisierung durch den Aufbau einer Massenbewegung vor der Errichtung der faschistischen Diktatur in Angriff genommen wurde oder ob es den faschistischen Machthabern erst später, nachdem sie mit Hilfe der bewaffneten Kräfte zur Macht gekommen waren, unter Ausnutzung des Staatsapparates gelang, sich eine breitere [127] Massenbasis zu schaffen.[4] Beide Varianten berechtigen dazu, zu den Definitionsmerkmalen des Faschismus – wie es die „Sowjetische Geschichtsenzyklopädie“ tut – auch seine „vielfältigen Verbindungen zu einem zahlenmäßig ausreichenden Teil der nicht zu den herrschenden Klassen gehörenden Bevölkerung“ zu zählen sowie „die Fähigkeit, diesen Teil im Interesse der Ausbeuterordnung zu mobilisieren und zu aktivieren“.[5]

Dort, wo die neue Synthese von Terror und Demagogie zur Maxime der Regierungspolitik erhoben werden konnte, geschah dies – wie es sich aus der Natur der Sache ergibt – durch jene Kreise der Monopolbourgeoisie, die auf Grund ihrer ökonomischen und politischen Position am wenigsten zu Zugeständnissen und Kompromissen geneigt, also am skrupellosesten und brutalsten waren. Mit anderen Worten: durch die „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, deren offene terroristische Diktatur der Faschismus darstellt.[6]

Viele antimarxistische Faschismusforscher versuchen, das Wesen des Faschismus zu verfälschen, indem sie auch die Frage der Massenbasis in die Bestimmung seines Klassencharakters mit einbeziehen und den Faschismus dementsprechend als Bewegung des Kleinbürgertums, der Landbevölkerung, des Lumpenproletariats oder anderer nichtmonopolistischer Bevölkerungsgruppen etikettieren bzw. ihn als Generationserscheinung oder ähnliches abtun. Demgegenüber unterstreicht die marxistische Geschichtsschreibung mit aller Entschiedenheit, daß die Frage der Massenbasis für das Verständnis des Faschismus zwar eine wichtige Frage ist, „aber für die Bestimmung des Klassencharakters nicht von primärer Bedeutung sein“ kann.[7]

---

[4] Siehe die Ausführungen Georgi Dimitroffs in seinem Referat und Schlußwort auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935) (Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 94, S. 124; derselbe, Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus [Schlußwort], in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate. Aus der Diskussion. Schlußwort. Resolutionen, Frankfurt a. M. 1971, S. 247). Siehe dazu auch Elfriede Lewerenz, Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale. Die Aufdeckung von Wesen und Funktion des Faschismus während der Vorbereitung und Durchführung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1933-1935), Berlin 1975, S. 135 f.

[5] Sovetskaja istoričeskaja ėnciklopedija, Bd. 14, Moskau 1973, Sp. 971.

[6] Siehe Dimitroff, Die Offensive des Faschismus, S. 93.

[7] Lewerenz, S. 136.

Zugleich muß hervorgehoben werden, daß die marxistische Forschung keineswegs dazu neigt, die Wichtigkeit der Frage der faschistischen Massenbasis zu unterschätzen. Dies ist schon daraus ersichtlich, daß sich bereits Dimitroff, der seine Faschismusanalyse nicht als akademische Erkenntnis, sondern als Anleitung zum antifaschistischen Kampf entwickelte, nicht damit begnügte, den Klassencharakter des Faschismus herauszuarbeiten, sondern auch ausführlich auf dessen Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, auf sein Verhältnis zu den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, zu den traditionellen bürgerlichen Parteien, auf die Möglichkeit der illegalen Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen und auf andere Aspekte der faschistischen Massenbasis einging.[8] Daran anknüpfend, beschäftigten sich auch alle späteren marxistischen Untersuchungen über den Faschismus mit der Frage seiner Massenbasis. Dabei konnte besonders am Beispiel [128] Deutschlands, wo die faschistische Massenbewegung schon vor der Etablierung der Hitlerdiktatur im Jahre 1933 sozusagen ihre klassische Ausprägung erfuhr, darauf aufmerksam gemacht werden, daß Tempo, Intensität und Formen der Hochzüchtung des Faschismus durch die Monopolbourgeoisie und damit auch die taktische Grundkonzeption der herrschenden Klasse bzw. einzelner ihrer Fraktionen zuweilen in erheblichem Maße von den massenpolitischen Erfolgen der faschistischen Demagogen abhingen.

Die vorliegende Studie, die nur Überblickscharakter tragen kann, will versuchen, den Klassencharakter des Faschismus speziell auch anhand seiner massenpolitischen Orientierung nachzuweisen und an einzelnen Beispielen zeigen, wie weit die Schaffung einer faschistischen Massenbasis direkt von Angehörigen der Monopolbourgeoisie inspiriert und gelenkt wurde, wie sich Erfolge und Mißerfolge auf diesem Gebiet auf die Haltung bestimmter monopolkapitalistischer Kreise zu den faschistischen Führern und Organisationen auswirkten, mit welchen Mitteln die reaktionärsten Vertreter des Finanzkapitals versuchten, die aus Werktätigen rekrutierte und folglich immer wieder antikapitalistische Tendenzen hervorbringende faschistische Massenbewegung als proimperialistisches Klassenkampfinstrument intakt zu halten und in welche Widersprüche sie sich dabei strickten.

Bei einer Untersuchung über die Hochzüchtung des Faschismus durch die deutsche Monopolbourgeoisie ist davon auszugehen, daß man sich, wie Dimitroff betonte, „den Machtantritt des Faschismus nicht so glatt und einfach vorstellen (darf), als faßte irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß, an dem und dem Tage die faschistische Diktatur zu errichten“.[9] Gleicherweise wäre es verfehlt anzunehmen, daß irgendein monopolkapitalistisches Gremium zu irgendeinem Zeitpunkt beschlossen hätte, diesen oder jenen Politiker mit dem Aufbau einer faschistischen Organisation zu beauftragen und ihm einen „Fahrplan“ der Konterrevolution zur Verfügung zu stellen.

Die Wirklichkeit sah viel komplizierter aus. Obgleich die deutsche Monopolbourgeoisie ein relativ einheitliches (und deshalb in ihren Reihen auch nicht umstrittenes) *strategisches* Ziel verfolgte, nämlich die Behauptung ihrer ökonomischen Macht, die Störfreimachung ihrer politischen Herrschaft im Innern und die Wiederaufnahme ihrer Expansionspläne nach außen, war sie doch weit davonentfernt, ein einheitliches *taktisches* Konzept zu besitzen. Erwähnt wurden schon die Konzeptionen zweier von Lenin auch als „Methoden“ oder „Taktiken“ bezeichneten Systeme des Regierens[10], die – ebenfalls nach Lenin – „nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig“ entwickelt werden, „sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer (der Bourgeoisie – W. R.) eigenen Logik“.[11] Doch nicht nur das. Auch hinsichtlich der uns interessierenden Wege und Mittel zur Errichtung eines Gewalt- oder Diktaturregimes gab es bei den einzelnen Mono-[129]polherren nicht nur unterschiedliche und wechselnde, sondern vor allem zugleich unfertige und unklare Vorstellungen.

Selbst jene Monopolgewaltigen, wie etwa Hugo Stinnes zu Beginn der 20er Jahre – durchaus zielgerichtete Rahmenpläne zur Errichtung einer Diktatur entwarfen, ließen offen, ob die Diktaturgewalt in

[8] Siehe z. B. Dimitroff, Die Offensive des Faschismus, S. 95 ff., S. 124 ff.
[9] Ebenda, S. 94.
[10] Siehe Lenin, Die Differenzen... ,in: Lenin, Werke, Bd. 16, S. 356 f.
[11] Ebenda. – Methodologisch an Lenins Ausführungen anknüpfend, hat der Verfasser der vorliegenden Studie seinerzeit versucht detailliert aufzuzeigen, aus welchen vorwiegend materiell bedingten Motiven sich einzelne deutsche Monopolherren in der Klassenkampfsituation von 1919 für die eine oder andere der beiden Taktiken einsetzten (siehe Wolfgang Ruge, Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919, in: ZfG, 6/1963, S. 1092 ff.). Er prägte dabei die Begriffe „wendig-parlamentarische“ und „abenteuerlich-militaristische“ Linie in der Politik der Großbourgeoisie.

die Hand eines Militärs, eines Demagogen oder eines „sachkundigen“ Direktoriums gelegt werden sollte und beschränkten sich darauf zu erklären, daß alles getan werden müsse, „was irgendwie nötig ist“.[12] Fest stand für sie lediglich, daß man, um an die Diktatur heranzukommen, eine „Bewegung“ brauche und daß diese „in erster Linie einen Kampf gegen den Kommunismus“ führen müsse.[13] Im einzelnen befaßten sie sich jedoch nicht mit Fragen der Organisationsstruktur einer solchen Bewegung, ihrer demagogischen Programmatik, ihrer Propagandamethoden, ihrer Wahltaktik usw.

Da die Monopolgewaltigen die Arbeiterklasse stets als ihren unmittelbaren Gegner im Klassenkampf vor Augen haben und auch bis zu einem gewissen Grade deren gesellschaftliche Schöpferkraft erkennen oder doch zumindest erahnen, hielten sie es zumeist für erstrebenswert – wie es Paul Silverberg 1927 formulierte –, „auf irgendwelchen Wegen die Arbeiterschaft vor unseren Wagen (zu) spannen“[14], d. h. ihr System durch eine vorwiegend aus Proletariern bestehende „Bewegung“ abzusichern. Nicht zufällig betonten alle präfaschistischen und faschistischen Führer von Stadtler bis Hitler ihren Hintermännern und Geldgebern gegenüber unzählige Male, daß ihr Wert gerade in ihrem vermeintlichen Vermögen bestehe, den „deutschen Arbeiter“ für die „nationale Sache“ zu gewinnen.[15] Doch konnten diese Hintermänner und Geldgeber nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß praktisch alle vor der Machtübernahme unternommenen Versuche der Faschisten, ideologisch und organisatorisch in das Industrieproletariat einzubrechen, scheiterten und daß sich die von der DNVP 1930 proklamierte Arbeitsteilung, wonach die faschistische NSDAP unter den „Sozialisten internationaler Denkungsart“, d. h. unter den Arbeitern, die traditionelle konservative Partei dagegen unter den „privatwirtschaftlich eingestellten“ Bevölkerungskreisen wirken sollte[16], insofern als nicht durchführbar erwies, als auch die Nazis vor allem im Kleinbürgertum Fuß faßten und so den alten bür-[130]gerlichen Anhänger abjagten. Ohne die Zielsetzung der Gewinnung breiter Arbeiterkreise fallenzulassen, gaben sich die Monopolherren deshalb im praktischen Bereich auch damit zufrieden, daß es dem Faschismus vorerst nur gelang, eine nichtproletarische „Bewegung“ auf die Beine zu stellen. Somit traf für Deutschland im Hinblick auf eine auch aus dem Proletariat rekrutierte faschistische Massenbasis zu, was für einige andere Länder generell im Hinblick auf die Massenbasis des Faschismus galt: Ihre Schaffung konnte erst nach der Etablierung der Diktatur unter Einsatz aller staatlichen Zwangs-, Terror- und Beeinflussungsmittel in Angriff genommen werden.

Die als Förderer und Züchter faschistischer Bewegungen auftretenden Monopolherren wandten den von ihnen im ökonomischen Bereich entwickelten Stil des Managertums abgewandelt auch auf Politik und Massendemagogie an. So wie sie es dort speziell ausgebildeten und allein nach dem Erfolg ihrer Tätigkeit honorierten Fachkräften übertrugen, die organisatorischen, technischen, finanztechnischen usw. Einzelheiten ihrer Vorhaben auszuarbeiten und zu realisieren, hielten sie es hier für zweckmäßig, Berufspolitikern die Entscheidung über Fragen der Massenbeeinflussung und Massenmobilisierung zu überlassen. Dabei hatten sie es in Deutschland nach 1918/19 nicht nötig, solche Politiker zu suchen oder anzuwerben. Innerhalb des Kleinbürgertums, der entwurzelten Schichten des Bürgertums und unter den arbeitslos gewordenen ehrgeizigen Offizieren gab es unendlich viele Organisationsfachleute, Demagogen, Phantasten, Abenteurer und Karrieristen, die, im nationalistisch-antikommunistischen

[12] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 662 f.; Telegramm des Botschafters der USA in Deutschland an seine Regierung über seine Unterredung mit Stinnes vom 21.9.1923.

[13] Ebenda, S. 662. – Zutreffend stellt der BRD-Historiker Stegmann über die Magnaten des Steinkohlebergbaus an der Ruhr, die die NSDAP seit 1930 unterstützten, fest: Was diese Männer „an der Hitler-Bewegung faszinierte, war jener neue Typ von ‚Bewegung‘, der über die bestehenden Parteien und Agitationsvereine der Rechten hinausging. Massen zu mobilisieren und zu binden, war ja ein Ziel, das die Rechtsparteien und der Alldeutsche Verband immer vergeblich zu erreichen versucht hatten“ (Dirk Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt a. M. 1976, S. 32).

[14] Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 19/1922, S. 11.

[15] Zu den Bemühungen der herrschenden Klasse, ideologisch und organisatorisch in die Arbeiterklasse einzubrechen, siehe vor allem Kurt Gossweiler, Über Wesen und Funktion des Faschismus, in: Kurt Gossweiler/Reinhard Kühnl/Reinhard Opitz, Faschismus: Entstehung und Verhinderung, Frankfurt a. M. 1977, S. 22 ff.; derselbe, Die herrschende Klasse Deutschlands und die NSDAP 1919-1923, in Vorbereitung; sowie derselbe im vorliegenden Band, S. 99 ff.

[16] Zit. nach Wolfgang Ruge, Deutschnationale Volkspartei, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Bd. 1, Leipzig 1968, S. 744.

Geist groß geworden, in unzähligen Denkschriften[17], Broschüren und Reden ihre Dienste mitsamt ihren Visionen eines von einer monolithen „Volksgemeinschaft“ getragenen „starken nationalen Staates“ feilboten, so daß sich die Wirtschaftskapitäne unschwer jene Kandidaten aussuchen konnten, deren Aktivitäten aus dem einen oder anderen Grunde erfolgversprechend schienen.

Diese Sachlage war für die Monopolherren in vielerlei Hinsicht außerordentlich günstig. Sie ermöglichte es ihnen, stets frei zu entscheiden, wo und in welchem Umfang Beziehungen zu ihren politischen Agenten (denn um solche handelte es sich trotz formaler Anstellungsverträge) aufzunehmen und zu unterhalten waren. Dabei konnten sie erstens immer im Hintergrund bleiben, was notwendig war, weil – wie sie es selbst sahen – die faschistischen Organisationen durch offene finanzkapitalistische Unterstützung bei der „völlig verhetzten Masse“ kompromittiert würden.[18] Zweitens liefen sie keine Gefahr, sich mit Mißerfolgen der von ihnen ausgehaltenen Bewegungen zu belasten oder sich zu sehr auf bestimmte Details festzulegen.[19] Vielmehr konnten sie – drittens – jeden ihrer Agenten unter Druck setzen oder fallenlassen, wenn er ungeschickt oder erfolglos auftrat[20] bzw. [131] aus Übereifer oder Unkenntnis gegen ihre Grundinteressen verstieß. Viertens – und das ist vielleicht das Wichtigste – hatten sie die Möglichkeit, nebeneinander und gegeneinander die verschiedensten Führer, Gruppen und Grüppchen auszuhalten, so daß sich nach dem Prinzip der „gesunden Konkurrenz“ und auch – worauf Joachim Petzold in einer unlängst veröffentlichten Studie aufmerksam macht – „nach den Gesichtspunkten einer effektiven Wirtschaftsführung“[21] herauskristallisieren mußte, wer die größte Eignung zur Bewältigung der gestellten Aufgaben besaß.

Den ersten bedeutenden Anlauf in Richtung auf den Faschismus in Deutschland nahm die berüchtigte Antibolschewistische Liga Eduard Stadtlers. Sie entstand inmitten der Novemberrevolution (Dezember 1918), d. h. zu einem Zeitpunkt, als sich die gesellschaftsumgestaltende Kraft der Arbeiterklasse sichtbarer offenbarte als je zuvor. Dementsprechend stellte sich Stadtler die Aufgabe, eine vornehmlich von Arbeitern getragene aktive konterrevolutionäre Bewegung ins Leben zu rufen.[22] Um aber an die Arbeiterklasse heranzukommen, war es – wie bekanntlich schon zahlreiche bürgerliche Demagogen im Vorkriegsdeutschland erkannt hatten – notwendig, die tief im Proletariat verwurzelten sozialistischen Zielvorstellungen zu usurpieren. Stadtler proklamierte deshalb einen „nationalen“ bzw. „christlich-nationalen Sozialismus“, der den „Klassenkampf-Sozialismus“ überwinden sollte.[23]

Eine so weit getriebene Demagogie barg in den Augen der mächtigsten Repräsentanten des kapitalistischen Systems große Gefahren in sich, doch blieb den in äußerste Bedrängnis geratenen Monopolherren in der gegebenen Situation nichts anderes übrig, als nach dem gebotenen Strohhalm zu greifen.[24] War doch die Situation, als sich Stadtler mit der Bitte um Unterstützung an den Direktor der Deutschen Bank Mankiewitz wandte, dadurch gekennzeichnet, daß die Revolutionsbezwinger sowohl in Gestalt der Ebert und Scheidemann als auch in Gestalt der Hindenburg und Groener noch keine entscheidenden Erfolge im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft errungen hatten. Mehr noch. In dem Moment, als sich die Creme der deutschen Monopolbourgeoisie, der Einladung Mankiewitz’ folgend, zusammenfand, um sich Stadtlers programmatische Auslassungen anzuhören,

---

[17] Erinnert sei nur an Hitlers Denkschrift an die Finanziers der NSDAP vom Oktober 1922 (siehe Albrecht Tyrell, Führer, befiehl ..., Düsseldorf 1969, S. 47 ff.) und an seine Niederschrift für Emil Kirdorf aus dem Jahre 1927 (siehe Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972, S. 43 ff.).

[18] Siehe die Ausführungen Helfferichs gegenüber Stadtler (Eduard Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf o. J. [1935], S. 12).

[19] Thyssen kommentiert seine an Ludendorff gegebene für Hitler bestimmte 100.000-Goldmark-Spende vom Oktober 1923 mit den Worten: „Ich kümmerte mich nicht um die Einzelheiten des Planes von Ludendorff und Hitler. Ich habe bereits gesagt, daß ich mich nicht in die Politik einzumischen wünschte“ (Fritz Thyssen, I paid Hitler, London 1941, S. 115).

[20] Zutreffend stellt Joachim Petzold fest: „Wer gefördert werden sollte, mußte seine Brauchbarkeit nachweisen und ständig seine Eignung bestätigen“ (Joachim Petzold, Monopolkapital und faschistische Ideologie, in: ZfG, 3/1977, S. 299).

[21] Ebenda, S. 296 ff.

[22] Stadtler erklärte bekanntlich, „daß die ‚Arbeiterratsidee‘ etwas Gesundes in sich berge ... und daß es auf eine enge funktionelle Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ankomme“ (Stadtler, S. 70 f.).

[23] Ebenda, S. 10 ff.

[24] Robert Bosch hatte kurz vor der Revolution erklärt: „Wenn das Haus brennt, löscht man auch schließlich mit Jauche, auf die Gefahr hin, daß es nachher in dem Hause eine Weile nachstinkt“ (Deutschland im ersten Weltkrieg, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Bd. 3, Berlin 1970, S. 483).

tobten in Berlin die Januarkämpfe, von denen nicht abzusehen war, ob sie nicht den Auftakt zu einem neuen Aufschwung der Revolution darstellten. So nimmt es nicht wunder, daß sich die Stinnes, Vögler, Siemens, Henrich (vom Siemens-Schuckert-Konzern), Borsig, Deutsch (von der AEG), Salomonsohn (von der Disconto-Gesellschaft) u. a., für die der faschistoide Demagoge noch wenige Stunden zuvor „‚irgendein' Dr. Stadtler" gewesen war[25], sofort bereit erklärten, ihm die als „Versicherungsprämie" gegen den Bolschewismus apostrophierte Summe von mehreren Hundert Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.[26]

[132] Wenige Wochen später hatte sich die politische Szene jedoch grundlegend gewandelt. Das Berliner Proletariat war in den Januarkämpfen (später auch in den Märzkämpfen) blutig niedergeschlagen worden, die bewaffnete Konterrevolution triumphierte auch in anderen Gebieten Deutschlands, und das Ende der Revolution zeichnete sich ab. Doch war diese Entwicklung, bei der die präfaschistischen und faschistischen Kräfte zwar (z. B. bei der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg) eine gewisse Rolle gespielt hatten, im wesentlichen das Ergebnis des konterrevolutionären Wirkens der rechten sozialdemokratischen Führer (Noske) und der mit ihnen Hand in Hand arbeitenden Offiziere des alten Heeres, die jetzt an der Spitze von Freiwilligenverbänden sowie der neugeschaffenen republikanischen Wehrmacht standen.

Angesichts eines solchen Sachverhalts mußten sich die Monopolgewaltigen sagen, daß sie mit der Speisung des antibolschewistischen Fonds und der organisatorischen Unterstützung der Liga eine Fehlinvestition vorgenommen hatten. Dementsprechend wandten sie sich von Stadtler ab. Nach dessen eigenen Worten geriet er schon im März 1919, als er eine neue, noch betonter pseudosozialistisch akzentuierte Fassung seines „Aktionsprogramms zur Überwindung der bolschewistischen Anarchie" (sowie unrealistische außenpolitische Vorstellungen) vorlegte, „in akuten Gegensatz zu den Geldgebern der Liga".[27] Als Deutsch, der sich schon vorher „ungnädig" über die Übernahme des Rätegedankens geäußert hatte,[28] gegen Stadtler Stellung nahm, engagierten sich auch Stinnes und Vögler nicht mehr für ihn.

Aus der Niederlage des Proletariats in der Revolution zogen zahlreiche Monopolherren die Schlußfolgerung, daß die revolutionären Energien der Arbeiterklasse doch keine so unmittelbare Gefahr darstellten, wie in den Sturmtagen des November, Dezember und Januar vermutet worden war. In die nunmehrigen politischen Planungen der Reaktion zur weiteren Zurückdrängung der Revolutionsgefahr (was unter den gegebenen Verhältnissen zunächst einmal die Festigung der bürgerlichen Republik beinhaltete) und – auf längere Sicht – zur Zertrümmerung des Parlamentarismus, wurden deshalb logischerweise vorrangig jene beiden konterrevolutionären Kräfte einbezogen, die sich in den letzten Monaten am erfolgreichsten erwiesen hatten – die rechten sozialdemokratischen Führer und das von ehemaligen kaiserlichen Offizieren geführte Militär. Dementsprechend bekräftigte die Gründungsversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Februar 1919) nachhaltig die Grundgedanken des unmittelbar vor der Novemberrevolution ausgehandelten Arbeitsgemeinschaftsabkommens[29] zwischen den Unternehmern und den reformistisch-bürgerlichen Gewerkschaftsführern, während sich die kurz danach zur führenden konterrevolutionären Organisation aufrückende Nationale Vereinigung[30] in ihrem prononciert republikanischen Kampf auf das alte Offizierskorps orientierte.

---

[25] Siehe Stadtler, S. 47.

[26] Ob die von Stinnes genannte „historische" Summe von 500 Millionen Mark (siehe ebenda, S. 48) tatsächlich in voller Höhe aufgebracht und ob sie Stadtler ausschließlich für seine eigene [132] Organisation oder auch zur Finanzierung anderer konterrevolutionärer Vorhaben zur Verfügung gestellt wurde, ist dabei von untergeordneter Bedeutung. Wichtig ist, daß es sich um eine immense Summe handelte (die Mark war zu diesem Zeitpunkt erst um etwa 50 Prozent entwertet) und daß auch in den folgenden Tagen und Wochen reichlich Geld in den antibolschewistischen Fonds strömte.

[27] Ebenda, S. 107.

[28] Siehe ebenda, S. 70.

[29] Nach Siemens waren die Unternehmer zu den durch das zentrale Arbeitsgemeinschaftsabkommen zugestandenen arbeitsrechtlichen Verbesserungen nur bereit gewesen, um „hierdurch auf die Revolutionswelle etwas Öl" zu gießen (Gert von Klass, Hugo Stinnes, Tübingen 1958, S. 195).

[30] Siehe Nationale Vereinigung (NVg) 1919-1920, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II, Leipzig 1970, S. 339 f.

[133] Die innerhalb der Nationalen Vereinigung geführte Taktikdiskussion betraf vor allem die Frage, ob man sich bei der Errichtung einer offenen terroristischen Diktatur auch auf die rechten sozialdemokratischen Führer stützen könne und solle. Dabei weist diese Diskussion, die u. a. durch die berüchtigte, von Karl Schnitzler oder Wilhelm Schiele verfaßte Denkschrift vom 18. September 1919 charakterisiert wird, zugleich aus, daß sich die militaristischen Verschwörer, die aus den bewaffneten Kämpfen der ersten drei Monate Jahres 1919 schlußfolgerten, daß Waffengewalt mehr bewirke als Demagogie, nicht vorrangig auf eine wie auch immer geartete aktive Massenbewegung zu stützen gedachten. Der Hauptverschwörer Kapp sah die Aufgabe der Propaganda lediglich in der „Schaffung eines Resonanzbodens für die Gegenrevolution".[31]

Während einige Wortführer der Nationalen Vereinigung dafür eintraten, rechte Sozialdemokraten in die Diktaturregierung hineinzunehmen, wandten sich die Verfasser der September-Denkschrift dagegen.[32] Ihre Konzeption der reinen Militärdiktatur setzte sich im Zuge der Vorbereitung des Kapp-Putsches durch und fand auch die Billigung der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals. Soweit aus den – allerdings nur spärlich erhaltenen – Angaben über die Verbindungen der Putschisten zu Großindustriellen ersichtlich ist, knüpften diese ihre Geldzuwendungen für die Staatsstreichler an keinerlei massenpolitischen Auflagen, sondern betonten vielfach, daß sie dem Unternehmen, so wie es geplant war, „außerordentlich geneigt" seien.[33]

Die Niederschlagung des Kapp-Putsches durch die geeint handelnde Arbeiterklasse wirkte auf alle Befürworter der offenen terroristischen Diktatur des Finanzkapitals wie ein Schock. Ihr Fiasko sowie die Tatsache, daß sich aus den Abwehrreaktionen des Proletariats Offensivkämpfe zur Zurückdrängung der imperialistischen Ordnung zu entwickeln begannen,[34] machte ihnen bewußt, daß die Arbeiterklasse doch, wie seinerzeit in der Novemberrevolution befürchtet, befähigt ist, das entscheidende Wort in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu sprechen.

Selbst extrem reaktionäre Wirtschaftskapitäne und nationalistische Politiker mußten jetzt eingestehen, daß die mit Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer betriebene Spaltung der Arbeiterklasse unerläßlich für die Aufrechterhaltung und Festigung ihrer Herrschaft sei. Sogar Scharfmacher vom Schlage Vöglers warnten nunmehr – zumindest für die nächste Zeit – ausdrücklich vor „neuen militärischen Putschabsichten".[35] Ende Juni 1920 arbeitete die ansonsten streng antisozialdemokratische deutschnationale Parteiführung zum ersten- und letztenmal in ihrer Geschichte ein Dokument über „Koalitions-[134]bedingungen für eine Regierungsbildung mit der Sozialdemokratie" aus.[36] Noch weiter, nämlich bis zur Verwirklichung eines solchen Koalitionsprogramms, ging die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei. Bei Ausbruch der nächsten politischen Krise, im Jahre 1923, übernahm ihr Führer, Stresemann, der allerdings keineswegs die volle Unterstützung seiner Parteifreunde Stinnes und Vögler genoß, die Reichskanzlerschaft und begründete dabei seine Massenpolitik mit den Worten: „Es (erscheint) mir ausgeschlossen ... sie (die Sozialdemokratie – W. R.) ohne die schwersten vaterländischen Schäden etwa gegen ihren eigenen Willen aus der Mitarbeit mit den bürgerlichen Parteien herauszudrängen. Die Folge davon würde nur sein, daß die Sozialdemokratie sich mit dem Kommunismus zusammenfände."[37]

Indes konnte die Niederlage der Kapp und Konsorten die extrem reaktionäre Fraktion der Monopolbourgeoisie natürlich nicht dazu veranlassen, ihre Pläne der Errichtung einer terroristischen Diktatur

[31] Siehe Auszug aus der Denkschrift Kapps über die Vorbereitung und Auslösung des Putsches, in: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen, ausgewählt u. bearb. von Erwin Könnemann u. a , Berlin 1971, S. 103.
[32] Siehe die Denkschrift der Putschisten „Die Beteiligung von Mehrheitssozialisten an der Regierungsgewalt", in: ebenda, S. 13, S. 16.
[33] Siehe Brief der Mitteldeutschen Creditbank, Filiale Königsberg i. Pr., an Geheimrat Kapp über die Bereitschaft verschiedener Banken, seine Bestrebungen zu unterstützen, in: ebenda, S. 55 f.; siehe auch Dokumente zur deutschen Geschichte, hrsg. von Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Bd. 1919-1923, Berlin 1975, S. 28 f.
[34] Alarmiert schrieb die schwerindustrielle Deutsche Allgemeine Zeitung, vom 24.3.1920: „Das Regime Kapp hat den Kommunismus aufs neue zusammengeschweißt und gefestigt."
[35] ZStA Potsdam, Deutschnationale Volkspartei, Nr. 7, Bl. 64; Schreiben Hugenbergs an Hergt vom 31.5.1920.
[36] Ebenda, Bl. 52. Siehe auch Wolfgang Ruge, Germanskaja monopolističeskaja buržuazija i revolucionnyj krizis 1919-1923 gg., in. Germanskij imperializm i militarizm, Moskau 1965, S. 105.
[37] Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. 1, Berlin 1932, S. 158.

grundsätzlich aufzugeben. Bei den nunmehr – allerdings langfristig – innerhalb dieser Fraktion und ihrer politischen Agenturen angestellten Überlegungen über einen Gewaltstreich gegen die parlamentarische Republik spielten vor allem zwei aus dem Kapp-Abenteuer gewonnene Erkenntnisse eine Rolle. Erstens, so sagten sich die Gewaltpolitiker, müsse die Arbeiterklasse kampfunfähig gemacht, d. h. gespalten und verwirrt werden, zweitens gelte es, eine aktive reaktionäre Massenbewegung aufzubauen.

Die erste Schlußfolgerung beherzigten zunächst vor allem die Militärs. Um die proletarischen Massen nicht zu gefährlichen Abwehrkämpfen herauszufordern und um den rechten sozialdemokratischen Führern ein Alibi für ihre spalterische Stillhaltepolitik im Moment der Errichtung der Diktatur zuzuschanzen, hielten sie es in erster Linie für erforderlich, einen künftigen Staatsstreich – im Gegensatz zum Kapp-Putsch – mit dem Schein der Rechtstaatlichkeit zu umgeben. Dieser Überlegung folgte z. B. General von Seeckt, der im Herbst 1923 eine verfassungsmäßig verbrämte Militärdiktatur errichtete.

Die bei der Niederwerfung des Kapp-Putsches demonstrierte Kampfkraft der Arbeiterklasse veranlaßte zahlreiche Monopolherren bei den Versuchen, eine aktive reaktionäre Massenbewegung aufzubauen, sich wieder verstärkt der Förderung jener rechtsextremen Organisationen und Gruppen zuzuwenden, deren erklärtes Ziel der Einbruch in das Proletariat war.

Aus keiner anderen Periode der deutschen Geschichte sind so viele von Äußerungen von Industriellen und Rechtspolitikern über die Notwendigkeit des „Kampfes um die Arbeiterschaft“ bekannt wie aus der Zeit nach dem Kapp-Putsch. Ludendorff zeterte in einem 1921 geschriebenen Buch über das seit eh und je bestehende „Unglück“, daß „die arbeitgebenden Kreise in der Mehrzahl nicht den richtigen Ton gegenüber der Arbeiterschaft“ gefunden hätten,[38] und der ehemalige deutsche Kronprinz hoffte, die Arbeiter mit einem „paritätischen (in Wirklichkeit konterrevolutionären – W. R.) Ausbau des Rätegedankens“ ködern zu können.[39] Bei Erörterungen über den möglichen Zusammenschluß von Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei wandte sich der Hauptgeschäfts-[135]führer der DNVP, Lindeiner-Wildau, strikt gegen ein solches Projekt, weil die DVP „zu kapitalistisch“ und deshalb „für einen erfolgreichen Kampf um die deutsche Arbeiterschaft ... nicht geeignet“ sei.[40] Der eng mit der Großindustrie liierte Stahlhelmführer und deutschnationale Landesvorsitzende Duesterberg erörterte 1921 in einem Bericht an den DNVP-Vorsitzenden Hergt die Aussichten eines erneuten Rechtsputsches und schrieb dazu: „Würde irgendwo im Reiche ein gewaltsamer Umschwung Erfolg haben, so muß man leider auch heute noch zugeben, daß fast die gesamte Arbeiterschaft in unserem Bezirk (Halle-Merseburg – W. R.) sofort in einen Generalstreik treten und außerdem mit Gewalt sich der Einführung eines anderen Regierungssystems entgegenstellen würde. Ähnlich liegen, soweit man es von Halle aus beurteilen kann, die Verhältnisse in Thüringen und im ehemaligen Königreich Sachsen. So bedauerlich es ist, muß man mit diesen Tatsachen rechnen und kann nur hoffen,[41] daß durch fortgesetzte Kleinarbeit es allmählich glücken wird, wenigstens einen Teil der Arbeiter den sozialistischen Banden zu entreißen.“[42]

Besonders aufschlußreich sind jene Dokumente, in denen auf den direkten Zusammenhang zwischen der massenpolitischen Konzeption des Faschismus und seiner Finanzierung durch die Großbourgeoisie hingewiesen wird. So schrieb der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Claß, im Juni 1921 an den Fabrikanten Tafel, der sowohl dem Vorstand des ADV als auch dem Vorstand des Bayerischen Industriellenverbandes angehörte: „In diesen Tagen waren Hitler und der Geschäftsführer des ‚Völkischen Beobachters‘ bei mir, um zu sehen, ob sie Geld bekommen könnten. Ich war natürlich nicht in der Lage, habe aber versprochen, daß ich mich bei den entsprechenden Stellen darum bemühen wolle. Dies habe ich sofort getan, aber mit einem eigenartigen Erfolge. Es wurde mir gesagt, es lägen

[38] Siehe Erich Ludendorff, Kriegführung und Politik, Berlin 1922, S. 48.
[39] ZStA Potsdam, Deutschnationale Volkspartei, Nr. 4, Bl. 80; Bericht Lindeiner-Wildaus über seinen Besuch beim Kronprinzen in Holland vom 23.10.1920.
[40] Ebenda, Bl. 79.
[41] Zu diesem Wort siehe nächste Textseite.
[42] ZStA Potsdam, Deutschnationale Volkspartei, Nr. 4, Bl. 42; Beurteilung der politischen Lage im Regierungsbezirk Merseburg vom 9.9.1921.

Berichte urteilsfähiger Männer aus München vor, die sich dahin aussprächen, daß die Bewegung von Drexler und Hitler dieselbe Entwicklung nehme wie bisher alle sogenannten nationalsozialistischen Versuche. Es gelingt nicht, aus der Arbeiterschaft in nennenswertem Maße Zuzug zu bekommen.“[43]

Dieses Schriftstück weist zugleich aus, daß sich einige Hintermänner der faschistischen Organisationen und Gruppen schon ein Jahr nach dem Kapp-Putsch davon zu überzeugen begannen, daß ihre Zielsetzung, einen Einbruch in die Arbeiterklasse zu erringen, illusorisch war. Zu dieser Ernüchterung trug insbesondere die Reaktion der Arbeiter auf die Ermordung Erzbergers[44] (später auch auf die Ermordung Walther Rathenaus) bei. Auf der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes eine Woche nach dem Mord an Erzberger stellte Claß resigniert fest, „daß es nach seiner Überzeugung so gut wie unmöglich sei, an die Arbeiterschaft heranzukommen. Dazu sei die Verhetzung der Arbeiter viel zu groß. Durch Versammlungsbeschlüsse und Vorträge (also durch Demagogie – W. R.) werde die Befreiung (!– W. R.) der Arbeiterschaft nicht durchgeführt; auch das sei eine Machtfrage.“[45] Genauso dachte zu diesem Zeitpunkt der Vorsitzende Deutschnationalen Partei, Hergt. Er strich das auf die Gewinnung von Arbeitern bezo-[136]gene Wort „hoffen“ in dem oben zitierten Bericht[46] mit Rotstift durch und schrieb an den Rand: „Allmählich gibt man auch diese Hoffnung auf – vgl. Thüringen.“[47]

Im Zuge dieses Erkenntnistrends, der selbstverständlich nicht plötzlich eintrat und sich nicht hundertprozentig durchsetzen konnte, gelangte auch Stinnes 1923 (wahrscheinlich sogar früher) zu der Überzeugung, daß es zwecklos sei, die deutsche Arbeiterklasse für die „Notwendigkeiten“ einer uneingeschränkten Monopolherrschaft (nach Stinnes: in erster Linie für die „Notwendigkeit“ des Zehnstundentages) gewinnen zu wollen und deshalb eine „nationale Diktatur“ mit Unterstützung „aller Rechtsparteien ... und einer ansehnlichen Gruppe gemäßigter Männer in der Mitte“[48], d. h. gestützt auf eine nichtproletarische Massenbewegung, errichtet werden müsse. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kamen auch andere Großindustrielle. Darüber hinaus waren führende Kräfte des ostelbischen Junkertums der Meinung, daß die Diktatur nur mit Hilfe der Wehrmacht errichtet werden könne.[49]

Die erneute Wandlung der massenpolitischen Konzeption der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals wirkte sich unter sehr komplizierten Bedingungen auf die Beziehungen einzelner Monopolherren zu rechtsextremen Führern und Verbänden aus. Als nach dem Kapp-Putsch die Auffassung überwog, daß versucht werden müsse, Teile der Arbeiterklasse für die Reaktion zu aktivieren, waren den Faschisten erneut Gelder aus den Kasse der Konzerne und Werkleitungen zugeflossen.[50] Da die hohe Fehlinvestition in Stadtlers Unternehmen aber noch nicht vergessen (und die wirtschaftliche Lage der meisten Betriebe miserabel) war, hatte man sich jedoch vorerst mit relativ geringen Zuwendungen begnügt. Davon ausgehend, daß es herauszufinden galt, welche Partei oder welcher Bund die besten Leistungen erbringen könne, finanzierte man zudem eine ziemlich große Anzahl von Organisationen und Organisatiönchen, so daß sich – allerdings auch auf andere Ursachen zurückgehend – eine außerordentliche Zersplitterung des faschistischen Verbandsgefüges ergab.

Als sich nun herausstellte, daß der Einbruch in die Arbeiterklasse nicht gelang und man versuchen mußte zu analysieren, auf welche Faktoren massenpolitische Teilerfolge einzelner faschistischer Gruppen zurückzuführen waren, erwies sich, daß das Kleinbürgertum den günstigsten Boden für die Kultivierung von Demagogie und Terrorideologie abgab. Außerdem mußte bei der Neufassung reaktionärer massenpolitischer Konzeptionen berücksichtigt werden, daß das Kleinbürgertum die anderen

[43] Ebenda, Alldeutscher Verband, Nr. 258, Bl. 243; Schreiben Claß’ an Tafel vom 8.6.1921.
[44] Siehe u. a. den in Anm. 42 genannten Bericht, Bl. 40.
[45] ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 132, Bl. 24; Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses in Goslar vom 2.9.1921.
[46] Siehe Anm. 41.
[47] ZStA Potsdam, Deutschnationale Volkspartei, Nr. 4, Bl. 42.
[48] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 662; Telegramm des Botschafters der USA in Deutschland ...
[49] Siehe die Angaben über das Gespräch von Oberst von Seißer mit der Landbundführung Ende Oktober oder Anfang November 1923 bei Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 397.
[50] Zu Einzelheiten siehe Gossweiler, Die herrschende Klasse, (MS), S. 385 ff; Walter Görlitz/Herbert A. Quint, Hitler. Eine Biographie, Stuttgart 1952, S. 168, teilen ferner mit, daß sich Borsig schon 1921 zu den Finanziers der NSDAP gesellte.

Bevölkerungsschichten an Militärfrömmigkeit übertraf, so daß hier auch am ehesten mit Sympathie für den Einsatz der bewaffneten Macht in innerpolitischen Auseinandersetzungen gerechnet werden konnte.

Am gefestigtsten stand der Faschismus, der damals noch keineswegs allein durch die NSDAP repräsentiert wurde, in Bayern, also in einem ausgesprochen kleinbürgerlich-bäuerlichen Land da, das aber zugleich groß genug war, um gewichtig in das Reichsge-[137]schick eingreifen zu können. Hinzu kam (und auch das hing mit der Bevölkerungsstruktur zusammen), daß der Antikommunismus in Bayern nach der Niederschlagung der Münchener Räterepublik 1919 besonders üppige Früchte getragen hatte, daß dort infolge des gelungenen „kalten Staatsstreiches" des Kapp-Komplicen Kahr seit März 1920 eine Landesregierung am Ruder war, die das Wachstum des Faschismus begünstigte, daß die antipreußisch-partikularistischen Ressentiments der Bevölkerung dieses Landes in Stimmungen gegen die Novemberrevolution und deren Ergebnisse sowie gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung umfunktioniert werden konnten, daß der reaktionäre Katholizismus stärker als anderswo in Deutschland verwurzelt war und anderes. Demzufolge verstärkte die gesamte deutsche Reaktion ihre Orientierung auf München und betrachtete Bayern zunehmend als das, als was es Alldeutsche und lokale Hakenkreuzgrößen schon seit dem blutigen Feldzug gegen die Räterepublik glorifiziert hatten – als „Ordnungszelle" und Ausgangspunkt der „deutschen Gesundung".

Auf der bereits erwähnten Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes im September 1921, auf der Claß die Unmöglichkeit eingestand, an die Arbeiterschaft heranzukommen, erklärte er: „In dieser Not (ist) Bayern in wachsendem Maße die Zuversicht aller Gutgesinnten."[51] Auch in dem schon erwähnten Stinnes-Plan von 1923 heißt es, nachdem die Eigenschaften des künftigen Diktators beschrieben worden waren (offenbar unter Anspielung auf Kahr[52]): „So ein Mann steht bereit. Eine große, von Bayern ausgehende Bewegung, entschlossen die alten Monarchien wiederherzustellen, (ist) nahe."[53]

In dieser vordergründig geographischen Umorientierung auf die reaktionärsten Kräfte Bayerns kam die massenpolitische Umorientierung der faschistischen Bewegung auf das Kleinbürgertum zum Ausdruck. Damit soll indes keineswegs behauptet werden, daß sich die Faschisten vorher nicht um das Kleinbürgertum bemüht oder in der Folgezeit alle Versuche aufgegeben hätten, Einfluß auf die Arbeiterklasse zu gewinnen. Eine solche Deutung wäre eine undialektische Simplifizierung. In der Tat verhielt es sich so, daß die Faschisten verschiedener Couleur auch vorher schon erkannt hatten, daß das Kleinbürgertum, erstens, stets von neuem davor zurückgehalten werden mußte, sich als Bündnispartner an die Seite der Arbeiterklasse zu schlagen und daß es, zweitens, schon im Hinblick auf kleinbürgerliche Mentalitätsrudimente in der Arbeiterklasse, geeignet war, eine Basis für den ideologischen Einbruch in das Proletariat abzugeben. Wichtig ist jedoch, daß die tatsächlich praktizierte massenpolitische Grundorientierung des deutschen Faschismus etwa seit der Zeit des Erzberger- und Rathenaumordes vorrangig auf die Eroberung des Kleinbürgertums abzielte.

Von diesem Zeitpunkt an, d. h. seitdem der Faschismus das ihm massenpolitisch adäquate Wirkungsfeld gefunden hatte, begann denn auch das, was Kurt Gossweiler pointiert als den Marsch der NSDAP aus der Bedeutungslosigkeit bezeichnet.[54] Dabei ist es – da es ja auch andere dort agierende Gruppen gab – selbstverständlich nicht allein auf das bayerisch-kleinbürgerliche Wirkungsfeld der Hitlerpartei zurückzuführen, daß sie sich gegenüber der Konkurrenz behaupten und schließlich zur bedeutendsten faschistischen Organisation [138] in Deutschland mausern konnte. Zu dieser Entwicklung trugen auch andere Faktoren, nicht zuletzt Zufälle, wie etwa personelle Gegebenheiten oder geschickt genutzte Rivalitäten, bei.[55] Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte zugleich der Umstand, daß jetzt, bei der verstärkten Orientierung der Umsturzplaner auf die bewaffnete Macht, insbesondere jene Organisationen begünstigt wurden, die enge Beziehungen zur Reichswehr bzw. zu bestimmten Teilen

[51] ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 132, Bl. 9; Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses in Goslar vom 2.9.1921.
[52] Siehe Gossweiler, Die herrschende Klasse, Kap. IX, Anm. 8; Kap. IV, Anm. 1.
[53] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 662; Telegramm des Botschafters der USA in Deutschland ...
[54] Gossweiler, Die herrschende Klasse, S. 343.
[55] Am ausführlichsten wird diese Problematik behandelt in ebenda, Kap. V-VI.

der Reichswehr (Wehrkreiskommando München) unterhielten und von dieser gefördert wurden. Das aber traf auf die NSDAP in besonders hohem Grade zu.

Der Aufstieg der Hitlerpartei 1922/23 zeigt anschaulich, daß die Förderung[56] faschistischer Organisationen durch das Großkapital hochgradig von den massenpolitischen Erfolgen dieser Organisationen abhing, diese Relation aber insofern als ein echtes Eskalationsverhältnis betrachtet werden muß, als nicht nur die Förderung vom Masseneinfluß, sondern umgekehrt wiederum der Masseneinfluß von der Förderung abhing. Jedenfalls flossen dem deutschen Faschismus in dieser Zeit erstmals wieder seit 1919 fünf- und sechsstellige Beträge zu.[57]

Dennoch hielt der nicht zuletzt durch die Zersplitterung der rechtsextremen Bewegung gehemmte Aufstieg der NSDAP und ihre Ausdehnung von Bayern auf das gesamte Reichsgebiet nicht mit der Zuspitzung der Klassenkampfsituation Schritt. Als im Herbst 1923 erneut eine politische Krise heranreifte, stellte die Nazipartei lediglich in Bayern einen Machtfaktor dar. In den übrigen Teilen Deutschlands stand eine extrem reaktionäre kleinbürgerliche Massenbasis nicht bereit. So ließen sich die zur akuten Realisierung drängenden Diktaturpläne des Großkapitals nur in Form einer Reichswehrdiktatur mit (dem dazu unter Druck gesetzten[58]) General von Seeckt[59] an der Spitze verwirklichen. Um ein solches Regime wenigstens durch eine passive Haltung der reformistisch beeinflußten Teile der Arbeiterklasse abzusichern, war es, wie bereits erwähnt, notwendig, die Veränderungen in der Staatsexekutive in einer Form zu vollziehen, die es den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern ermöglichte, die Diktatur als verfassungsgerecht hinzustellen. Das wurde aber in Frage gestellt, als Hitler am 8. November unter Mißachtung der Legalitätslehren aus dem Kapp-Putsch seinen Bierkellerputsch inszenierte. Um einer gewaltigen antifaschistischen und möglicherweise antiimperialistischen Abwehrbewegung der Arbeiterklasse gegen dieses Unternehmen zuvorzukommen, blieb den zur Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung angetretenen Machthabern nichts anderes übrig, als auch gegen den Nazihäuptling vorzugehen.

Mußte somit Ende 1923 auf die faschistische Variante der Diktatur verzichtet werden, so erwies sich auch die Militärdiktatur, da sie jeder aktiven Massenbasis entbehrte, als höchst fragwürdig.

Als Fazit der Herbst-/Winterkrise 1923/24 mußten die großkapitalistischen Befürworter einer Gewaltherrschaft nämlich feststellen, daß die parlamentarisch verbrämte Reichswehrdiktatur ihnen zwar kurzfristig über die größten Gefahren hinweggeholfen, sich aber [139] ungeeignet erwiesen hatte, als langfristig gegen Störungen gefeites Organ der Machtausübung zu funktionieren. Da zu diesem Zeitpunkt keine Massenbasis für die Errichtung einer auf Dauer angelegten Diktatur bereitstand, setzte sich selbst in betont antirepublikanischen Kreisen der Monopolbourgeoisie der Standpunkt durch, daß man – wie es der deutsch-nationale Parteivorsitzende Westarp ausdrückte – bei der gegebenen „Lage und Stimmung im Lande“ vorerst keine „große Politik“ betreiben könne.[60]

Hingegen zogen die extremsten Reaktionäre aus der Krise des Jahres 1923 die mehr oder weniger deutlich artikulierte Schlußfolgerung, daß man schon jetzt vorsorglich eine rechtsradikale Massenbasis aufbauen müsse, um sich ihrer in künftigen Krisensituationen bedienen zu können. Besonders in den Dokumenten des Alldeutschen Verbandes wurde unentwegt wiederholt: „Angesichts der bestehenden Sachlage und der zu befürchtenden Entwicklung ist es unbedingtes Gebot, die nationale Opposition draußen im Lande zu erhalten.“[61]

---

[56] Unter Förderung darf keineswegs, wie es die apologetische bürgerliche Geschichtsschreibung tut, allein die finanzielle Unterstützung verstanden werden.

[57] Hanns Hubert Hofmann, Der Hitlerputsch, München 1961, S. 116; Konrad Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus, Berlin 1933, S. 144; Thyssen, I paid Hitler, S. 115; Ernst Deuerlein, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968, S. 181.

[58] Siehe u. a. Meier-Welcker, S. 393 ff.

[59] Zum Regierungsprogramm Seeckts vom (wahrscheinlich) 25.9.1923 bemerkt sein bürgerlicher Biograph: „Hier sind gewisse (! – W. R.) Vorstellungen aus der Großindustrie sichtbar“ (Meier-Welcker, S. 391).

[60] ZStA Potsdam, ADV, Nr. 149, Bl. 46; Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes vom 12.2.1927.

[61] Ebenda, 131. 38; Kundgebung des Alldeutschen Verbandes vom 12.2.1927.

Daß sich die scharfmacherischen Tendenzen in der Monopolbourgeoisie in der Mitte der 20er Jahre nicht durchsetzen konnten und demzufolge die profaschistischen und militärputschistischen Aktivitäten sprunghaft abnahmen, erklärt sich zuvörderst aus dem konjunkturellen Aufschwung und der durch ihn bedingten Entschärfung des politischen Klimas. Die parlamentarischen Bürger- bzw. Bürgerblockregierungen, die von 1924 bis 1928 mit äußerlich passiver (unterhalb der Ebene des Reichskabinetts jedoch mit höchst aktiver) Unterstützung der Sozialdemokratie regierten, sicherten die Stabilisierungsoffensive des Kapitals, die Ankurbelung der Rationalisierung großen Stils usw. in zufriedenstellender Weise politisch ab. Besonders brauchbar erwiesen sich diese Regierungen auf außenpolitischem Gebiet, wo bei der schrittweisen Rückgängigmachung der Kriegsergebnisse von 1914/18 zunächst nur Aufgaben in Angriff genommen werden konnten, die besser mit Unterstützung ausländischen Kapitals, mit Friedensbeteuerungen und einer demokratisch aufgemachten Antisowjetkooperation gelöst werden konnten als mit den der Diktatur eigenen Mitteln der Gewalt bzw. der Drohung mit Gewalt.

Unter diesen Umständen wurde die Taktik der Großbourgeoisie im Laufe etwa eines Jahrfünfts vorwiegend vom wendig-parlamentarischen Konzept bestimmt. Da diese Herrschaftsmethode die Heranziehung der reformistisch beeinflußten Teile des Proletariats voraussetzt und also auch mehr oder weniger bedeutende materielle Zugeständnisse an die Arbeiterklasse erfordert, war sie unter günstigen konjunkturellen Bedingungen eher realisierbar. In der Zeit nach 1924 spielte außerdem eine Rolle, daß zumindest ein Großteil der schwerindustriellen Monopole (Kohle – Eisen – Stahl) durch Inflationsgewinne, Micum-Verträge, Ruhrentschädigungen sowie durch andere Gegebenheiten (z. B. durch Exportprofite in der Zeit des englischen Bergarbeiterstreiks 1926) relativ gefestigt dastand. Aus diesen und anderen Gründen[62] erweiterte sich in der hier genannten Zeitspanne auch für zahlreiche schwerindustrielle Unternehmen der Spielraum für materielle Zugeständnisse an die Arbeiterklasse.

Jetzt schlossen auch Spitzenrepräsentanten der Schwerindustrie und des Bergbaus ihren, wenn nicht Frieden, so doch Waffenstillstand mit der bürgerlich-parlamentarischen Republik. In einem ausdrücklich nicht für die Presse bestimmten Manuskript, welches der [140] Reichstagsabgeordnete Reinhard Georg Quaatz 1928 für den deutschnationalen Parteivorstand anfertigte, wurde betont, daß das „Drängen der Wirtschaftskreise (d. h. vor allem von Schwerindustriellen – W. R.) zu einem zweimaligen Versuch der aktiven Beteiligung an der Regierung in den Jahren 1925 und 1927 führte“.[63]

Am bezeichnendsten für diese Tendenz ist vielleicht die bekannte programmatische Dresdener Rede des stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Paul Silverberg, vom September 1926. Er plädierte in dieser Rede nicht nur für die Unterstützung der Republik, sondern, auf die Perfektionierung der flexiblen Herrschaftsmethode der Bourgeoisie bedacht, auch für die Zusammenarbeit mit den rechten Führern der Sozialdemokratie, die „mit dem Unternehmertum und unter seiner Führung (! – W. R.) Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder zu Erfolgen und zur Blüte führen“ müßten. „Ich glaube also“, sagte er, „hier feststellen zu dürfen, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt und daß, darauf fußend, auch weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Mut zu der Schlußfolgerung haben, daß die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei angestrebt werden muß.“[64]

Es wäre jedoch völlig verfehlt, in diesem Punkte von einer einhelligen Auffassung der Monopolherren oder auch nur ihrer Mehrheit zu sprechen. Das bezeugen nicht nur der Widerspruch, den Reusch von der Gutehoffnungshütte (Hanielkonzern), Thyssen u. a. Silverberg entgegensetzten, sondern auch erneute Staatsstreichpläne von Großindustriellen (Reichert, Borsig, Gröbler, Bäumer)[65], die kurz vor

[62] Siehe dazu Ruge, Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie, S. 1092 f.
[63] ZStA Potsdam, DNVP, Nr. 393, Bl. 221 (R. G. Quaatz, Der Weg des Nationalsozialismus).
[64] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 462; aus der Rede Paul Silverbergs auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 4.9.1926.
[65] Diese Namen nennt sogar Stresemann (siehe Stresemann, Vermächtnis, Bd. 2, S. 380 f.). Dennoch behauptet Turner, daß die Ruhrindustriellen nichts mit dem Komplott gegen die Republik zu tun gehabt hätten (Turner jr., S. 65). Fest steht ferner, daß Hugenberg als Minister der Putschregierung vorgesehen war (siehe ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Film 2385, K 534 187 ff.; Protokoll der Kabinettssitzung vom 4.6.1926).

Silverbergs Auftreten aufgedeckt worden waren.[66] Diese Pläne sowie die etwa seit dieser Zeit zu beobachtende zunehmende Aktivität der rechtsextremen Großkapitalisten gingen in letzter Konsequenz darauf zurück, daß sich die Weimarer Republik – im Prinzip nicht anders als die Militärdiktatur Seeckts – doch nur als fähig erwies, augenblickliche Belange der reaktionärsten und aggressivsten Monopolherren zu vertreten, aber – nach Auffassung dieser Kreise – dort versagte, wo es planmäßig und langfristig galt, die in der Novemberrevolution gewährten ökonomischen und politischen Zugeständnisse an die Werktätigen zurückzunehmen, die Sozialgesetzgebung zu zerstören, die Gewerkschaften zu zertrümmern sowie die gezielte ideologische und materielle Kriegsvorbereitung zu forcieren.

Hier lagen die Chancen für die faschistischen Gruppen und Führer, die sich nach ihrem Fiasko von 1923 auf einen Restbestand ihres Anhangs stützend, schon sehr bald wieder um ein Comeback bemühten.[67] Sie traten auch jetzt wieder, wo sie nur irgend konnten, mit [141] Denkschriften, Vorträgen, Organisationsplänen u. ä. an die Spitzen der Monopolbourgeoisie heran, um deren Förderung zu erfahren. In diesem Licht muß auch Hitlers in der Festung Landsberg verfaßtes Machwerk „Mein Kampf“ gesehen werden, das in erster Linie eine Propagandaschrift war, zugleich aber die Rolle eines Empfehlungsschreibens an die großen Wirtschaftskapitäne spielte. Bekannt geworden sind auch andere Versuche Hitlers, wieder Kontakte zu den eigentlichen Hintermännern der Diktaturpläne anzuknüpfen.[68]

Einen Durchbruch erreichte der Naziführer jedoch erst im Juli 1927, als es ihm gelang, die Aufmerksamkeit des Seniors der Ruhrindustriellen, Emil Kirdorf, auf sich zu lenken. Kirdorf, der schon 1923 mit der NSDAP sympathisiert hatte[69] und zu den reaktionärsten und militantesten deutschen Monopolherren gezählt werden kann, war zu diesem Zeitpunkt auch durch persönliche Verärgerung besonders interessiert an Hitlers Pamphleten.[70] Er selbst berichtet über seine Unterredung mit dem NSDAP-Chef: „In viereinhalb Stunden entwickelte mir Adolf Hitler im einzelnen sein Programm. Die unerbittliche Folgerichtigkeit und klare Zusammenfassung seiner Gedankengänge begeisterten mich derart, daß ich mich völlig einverstanden erklärte mit dem, was er mir vorgetragen hatte. Ich bat den Führer, den mir gehaltenen Vortrag in einer Broschüre zusammenzufassen.“[71] Die für großindustrielle Kreise berechnete Broschüre, die den Titel „Der Weg zum Wiederaufstieg“ erhielt,[72] wurde von Kirdorf an ausgewählte Konzerngewaltige verteilt. Auf Grund ihrer Lektüre fanden sich am 26. Oktober 1927 14 (namentlich nirgends genannte) „deutsche Wirtschaftsführer“ bereit, einen privaten Vortrag des Nazichefs im Hause Kirdorf anzuhören. Der Erfolg war durchschlagend: Alle Vierzehn waren von Hitlers „packenden Darlegungen tief ergriffen“.[73]

Kirdorf selbst und die anderen 13 Monopolherren dürften bei der Manipulierung der deutschen öffentlichen Meinung in den folgenden Jahren eine nicht weniger verhängnisvolle Rolle gespielt haben, als das 1919 in aller Verborgenheit von führenden Schwerindustriellen gegründete und geheimnisumwobene berüchtigte zwölfköpfige Gremium der sogenannten Wirtschaftsvereinigung, welches mit dem Aufbau des Hugenbergschen Presse- und Propagandakonzerns maßgeblich an der Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik beteiligt war.[74] Beide Gremien setzten sich aus Konzernvertretern zusammen, die gewohnt waren, ohne viel Aufhebens zu handeln, bei der Durchsetzung ihrer Pläne vor nichts zurückzuschrecken und dabei so wenig wie möglich Dokumente über ihre volksfeindlichen Aktivitäten zu hinterlassen.[75]

---

[66] Siehe Wolfgang Ruge, Hindenburg, Berlin 1977, S. 239 ff.

[67] Wie die Klassenjustiz z. B. beim Hitlerprozeß 1924 bemüht war, optimale Voraussetzungen für ein solches Comeback zu schaffen, zeigt Gossweiler, Die herrschende Klasse, Kap. IX, Abschn. 4.

[68] Erwähnt sei z. B. sein Vortrag im „Nationalclub 1919“ in Hamburg am 28.2.1926 und sein Auftreten in Essen im Juni des gleichen Jahres.

[69] Siehe Geheimrat Kirdorf, Begegnungen mit Adolf Hitler, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, vom 28.7.1935.

[70] Kirdorf war offenbar in die Staatsstreichvorbereitungen vom Sommer 1926 verwickelt und deshalb ebenfalls in die polizeilichen Untersuchungen mit einbezogen (siehe Anm. 66).

[71] Zit. nach Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, hrsg. von Ernst Deuerlein, Düsseldorf 1968, S. 285 f.

[72] Veröffentlicht in Turner jr., S. 43 ff.

[73] Siehe ebenda, S. 70.

[74] Vgl. Albert Norden, Lehren deutscher Geschichte, Berlin 1947, S. 64 ff. und Georg Honigmann, Kapitalverbrechen oder der Fall des Geheimrats Hugenberg, Berlin 1976. Bezeichnenderweise gehörte Kirdorf auch schon diesem Gremium an.

[75] Fortschrittlichen Historikern wird der Zugang zu den Konzernarchiven, die solche Zeugnisse [142] enthalten könnten, grundsätzlich verwehrt (vgl. z. B. Joachim Petzold, Monopolkapital und faschistische Ideologie ..., S. 295).

[142] Es läßt sich verfolgen, daß sich vom genannten Zeitpunkt an – Oktober 1927 – immer mehr Industrielle und Bankiers für die NSDAP interessierten, d. h. ihr – trotz oftmals geäußerter partieller Vorbehalte[76] – Unterstützung zukommen ließen, und daß sich die Partei seit 1928 in immer günstigere Bedingungen versetzt sah. Im Mai 1928 wurde das Parteiverbot in Berlin-Brandenburg aufgehoben; im September fiel das Redeverbot für Hitler in Preußen; im November konnte Hitler erstmalig auf einer Massenkundgebung im Berliner Sportpalast auftreten; im Juli 1929 schließlich fand sich die traditionelle Partei der Reaktion, die DNVP, an deren Spitze nunmehr Hugenberg stand, bereit, die faschistische NSDAP als gleichberechtigten Partner in der großangelegten demagogischen Kampagne gegen den Young-Plan anzuerkennen.[77]

Diese Aufwertung machte die Nazipartei, die bis dahin noch von vielen Bürgern und zum Teil auch Kleinbürgern als revoluzzerhaft-anrüchig betrachtet wurde, mit einem Schlag „salonfähig“ (d. h. in der Perspektive auch „regierungsfähig“). „Damit“, schreibt Karl Dietrich Bracher, „öffneten sich für die lange verachtete NSDAP neue Zugänge zu Gesellschaftskreisen und zu Geld- und Einflußmitteln, die der Propaganda und Organisation der Partei ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten boten ... Eine wachsende Zahl von Wirtschaftsführern begann sich für die NSDAP und die agitatorischen Fähigkeiten ihrer Funktionäre zu interessieren.“[78]

Die Folgen dieser – hier nur mit einigen äußeren Erscheinungen belegten – Entwicklung ließen nicht auf sich warten. Bei den Landtagswahlen des Jahres 1929 konnte die Nazipartei ihre Stimmen in Sachsen und Mecklenburg-Schwerin (Mai bzw. Juni) verdreifachen, in Baden (Oktober) auf Anhieb sieben Prozent der Stimmen gewinnen und in Thüringen (Dezember) sogar 11,6 Prozent erreichen und sich damit den Weg zum ersten Ministersessel in einer Landesregierung freilegen. Bei den erneuten sächsischen Wahlen im Juni 1930 verdreifachte die NSDAP ihre Stimmen wiederum, so daß sie gegenüber Wahlen vom Oktober 1926 einen 900prozentigen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte. Über welche Summen die NSDAP bereits zu diesem Zeitpunkt verfügte, ist u. a. daraus zu ersehen, daß sie zu ihrem Parteitag im August 1929 35 Sonderzüge aus allen Teilen Deutschlands nach Nürnberg rollen lassen konnte, am Jahresende mehr als 50 Tageszeitungen besaß, eine SA-Armee von der Iststärke der Reichswehr (100.000 Mann) einkleidete und ausbildete und zahlreiche Betriebs-, Jugend-, Studenten-, Berufs-, Kultur- u. a. Organisationen aufzubauen begann.[79]

Das Jahr 1929 war dadurch gekennzeichnet, daß die große Wirtschaftskrise ihre Schatten schon vorauswarf und der Antikommunismus-Antisowjetismus unter sozialdemokra-[143]tisch geführten Koalitionsregierungen im Reich und in Preußen eine intensive Belebung erfuhr. Anfang des Jahres hatte die Arbeitslosenzahl die Drei-Millionen-Grenze überschritten, die Steuereinnahmen gingen zurück, Reich und Länder litten an chronischem Geldmangel. In Berlin war am 1. Mai ein blutiges Massaker inszeniert worden, das eine antikommunistische Hysterie auslöste und zum Vorwand für das Verbot des Roten Frontkämpferbundes und zahlreicher kommunistischer Zeitungen benutzt wurde. Im Zusammenhang mit der Kollektivierung in der Sowjetunion veranstalteten Regierung, Kirche und bürgerliche Massenmedien einen propagandistischen Kreuzzug gegen den Sowjetstaat.

Die zunehmende materielle Verelendung im Proletariat und die damit verbundene Deklassierung bestimmter proletarischer Schichten, die wachsende soziale Unsicherheit des Mittelstandes, der gesteigerte antikommunistische Druck auf die Werktätigen und bald auch der Straßenterror der SA sowie der künstlich gezüchtete Erfolgsnymbus der NSDAP trieben dem Faschismus von Monat zu Monat

[76] Um solche Vorbehalte abzubauen, sah sich Hitler eben zu dieser Zeit genötigt, sein angeblich unabänderliches Parteiprogramm von 1920, welches auch Seitenhiebe gegen das Privateigentum enthielt, dahingehend zu „erläutern“, daß z. B. die „unentgeltliche Enteignung von Boden“ nur gegen „die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften“ Anwendung finden würde (siehe die Erklärung Hitlers vom 13.4.1928 bei Manfred Weißbecker, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II, S. 402).

[77] Einige Konzernherren, z. B. Hapag-Direktor Wilhelm Cuno, machten ihre Zustimmung zum Volksbegehren gegen den Young-Plan von der Beteiligung der NSDAP abhängig (siehe ZStA Potsdam, Stahlhelm, Nr. 44, Bl. 10; Schreiben von Levetzows an Cuno am 15.1.1929.)

[78] Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln 1969, S. 176.

[79] Ebenda, S. 182; Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917-1933, Berlin 1974, S. 348 f.

neue Massen zu und wiesen ihn in den Augen seiner Gönner und Finanziers immer überzeugender als Kraft der „nationalen Mobilisierung“ aus.

Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erhielt die NSDAP, für die bei den letzten Wahlen 1928 nur 0,8 Millionen Wähler gestimmt hatten, 6,4 Millionen Stimmen und zog mit 107 Abgeordneten als zweitstärkste Fraktion ins Parlament ein. Dieser außerordentliche (auch für die faschistischen Führer selbst unerwartete) Erfolg, der demonstrierte, daß es gelungen war, am Vorabend der angesichts der Wirtschaftslage zu erwartenden politischen Krise und im Moment der erneuten Einengung des Spielraums für materielle Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, eine faschistische Massenbasis aufzubauen, stellte nicht nur eine Zäsur in der Geschichte der NSDAP dar, sondern wirkte sich auch tiefgreifend auf das Verhältnis von Monopolkapital und Faschismus aus.[80]

Von nun ab waren drei Fragen, die bislang eine große Rolle bei Überlegungen über die Förderung Parteien durch extreme Monopolherren gespielt hatten, geklärt. Erstens betraf dies die Frage, ob es überhaupt möglich sei, mit Hilfe pseudosozialistischer (natürlich mit Nationalismus vermischter) Demagogie Millionenmassen im antikommunistisch-antidemokratischen Sinne zu aktivieren. Zweitens hatte die Praxis die Frage nach der sozialen Zusammensetzung einer solchen Massenbewegung dahingehend beantwortet, daß (zumindest solange der Faschismus nicht an der Macht war) vorrangig mit der Gewinnung kleinbürgerlicher Schichten, nicht aber mit der Gewinnung wesentlicher Teile der Arbeiterklasse gerechnet werden konnte. Drittens schließlich hatte sich mit der Durchsetzung der Hitlerpartei als einzig erfolgreicher faschistischer Gruppe die Eignungsfrage erübrigt. Es entfiel für die extrem rechten Monopolherren in hohem Maße die Möglichkeit, Führer verschiedener faschistischer Organisationen gegeneinander auszuspielen oder den einen zugunsten eines anderen fallenzulassen.[81]

[144] Natürlich gab es auch in der Folgezeit Versuche einzelner Monopolherren oder -gruppen, im Entstehen befindliche Fraktionen innerhalb der NSDAP als Gegengewicht zu Hitler und seinen engsten Gefolgsleuten zu unterstützen. Doch abgesehen davon, daß alle diese Versuche langfristig gesehen scheiterten (und scheitern mußten, weil keine andere NS-Größe über solchen Masseneinfluß und solche Organisationsmöglichkeiten verfügte, wie der an der Spitze eines zentralisierten Apparates stehende Hitler[82]), handelte es sich hier um eine Erscheinung, die sich grundsätzlich von der parallelen Förderung verschiedener faschistischer Organisationen vor 1923 unterschied. War es damals darum gegangen, den Verfechtern modifizierter taktischer, massenpolitischer und organisatorischer Konzeptionen eine Bewährungsmöglichkeit zu geben, so zielten derartige Bemühungen bestimmter Monopolgruppen jetzt darauf ab, Schlüsselfiguren bei der Durchsetzung einer schon bewährten politischen Linie auf die Wahrnehmung bestimmter Sonderinteressen von Konzernen und Konzerngruppen festzulegen.[83]

Es liegt auf der Hand, daß die NSDAP-Führung und Hitler durch die Erledigung der Eignungsfrage einen gewissen Handlungsspielraum gegenüber einzelnen ihrer Förderer erlangten. Jetzt waren die extremsten Monopolherren in mancher Beziehung an ihren Staragenten gebunden und hatten nicht

[80] Von nun an traten auch Großindustrielle direkt der Nazipartei bei (so z. B. noch 1930 Generaldirektor Tengelmann von der Essener Steinkohlen AG, Kirdorfs Schwiegersohn Kauert vom Aufsichtsrat der Vestag und 1931 Thyssen – siehe Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, in: Archie für Sozialgeschichte, XIII/1973, S. 417; derselbe, Kapitalismus und Faschismus, S. 78).

[81] So wies Bücher von der AEG in einem Schreiben an Reusch vom 24.6.1931 darauf hin, daß der Gefahr der antikapitalistischen Aktivierung der Nazianhänger nur durch eine Unterstützung Hitlers entgegengetreten werden könne. Er schrieb: „Diese Partei (NSDAP – W. R.) muß, da sie aus den mit den gegenwärtigen Zeitumständen unzufriedenen Elementen zusammengesetzt [144] ist, sobald sie zum praktischen Handeln kommt, sich zwangsläufig nach der kommunistischen Seite hin entwickeln ... Ich bin also ein Gegner des Abwartens und bin auch heute noch der Überzeugung, daß man nur über die Leitung dieser Partei einen Einfluß auf die Gestaltung der Politik nehmen könnte“ (Stegmann, Kapitalismus und Faschismus, S. 79 f.).

[82] Wie u. a. das Beispiel Gregor Strassers zeigt, konnten nur solche Naziführer in puncto Masseneinfluß mit Hitler rivalisieren, die ihn durch verstärkt antikapitalistische Demagogie zu überbieten trachteten, wodurch sie sich aber auf die Dauer gesehen in den Augen ihrer monopolkapitalistischen Gönner disqualifizierten.

[83] Zu den ökonomischen Sonderinteressen einzelner Monopolgruppen siehe u. a. Ulrike Hörster-Philipps, Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus, in: Die Zerstörung der Weimarer Republik, hrsg. von Reinhard Kühnl u. Gerd Hardach, Köln 1977, S. 96 ff., S. 112 ff.

mehr (wie in der Zeit des Frühfaschismus) die Möglichkeit, andere Agenten als Rivalen einzusetzen. Dabei konnte die NSDAP-Führung natürlich auch jetzt in keinem Falle (was ja auch gar nicht in ihrem Interesse lag) gegen die Gesamtinteressen der hinter den Diktaturplänen stehenden Monopolherren verstoßen. Doch brauchte sie jetzt, wenn sie die eine oder andere taktische Frage in anderer Weise löste als es bestimmten Geldgebern erwünscht schien, nicht mehr zu befürchten, zugunsten rivalisierender Gruppen von der Finanzierung ausgeschlossen zu werden. Im Grunde konnte dies auch nicht anders sein, weil sich jetzt immer mehr und also auch unterschiedliche Teilinteressen vertretende Großkapitalisten hinter die Nazipartei stellten und diese folglich solche Teilinteressen bisweilen gewollt oder ungewollt unbeachtet lassen mußte.

Welche Rolle die spezifischen Belange bestimmter Monopolgruppen bei der weiteren Ausgestaltung der Verbindungen zwischen Finanzkapital und NSDAP spielten, läßt sich nicht zuletzt am Beispiel der mit außerordentlicher Intensität erfolgten Einschaltung einzelner Konzernvertreter in die Ausarbeitung des wirtschaftspolitischen Programms der Nazipartei verfolgen. Jetzt, nach der Reichstagswahl von 1930, als man zum erstenmal eine Machtübertragung an die NSDAP als reale Chance ins Auge fassen konnte, begannen nämlich Faschismus – was sie bis dahin nie getan hatten – der Parteiführung sehr konkrete Hinweise hinsichtlich der künftigen Wirtschaftspolitik eines NS-Regimes zu geben. Dabei mußte sich die Naziführung darüber im klaren sein, daß sie, wollte sie die Unterstützung weiterer Kreise des Finanzkapitals gewinnen, jetzt beim [145] Herantreten au diese Kreise nicht mehr ihre massenpolitisch-sozialdemagogische Konzeption zu betonen brauchte (die Befürworter dieser Konzeption standen ohnehin auf ihrer Seite), sondern versuchen mußte, sich durch das Bekenntnis zu bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu empfehlen.

Vorher hatte die nur auf Propaganda bedachte Nazipartei ein Wirtschaftsprogramm weder gebraucht noch besessen. Für den Dummenfang hatten die jedes faßbaren Inhalts baren Schlagworte vom „schaffenden und raffenden Kapital“, von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ und dergleichen ausgereicht. Diese primitiven Parolen wurden zwar den Massen gegenüber beibehalten, ja die reaktionären Wirtschaftskapitäne selbst empfahlen Hitler, auf keinen Fall mit einer Konkretisierung seines Wirtschaftsprogramms an die Öffentlichkeit zu treten[84], doch wollte man im internen Kreise bis ins Detail geklärt haben, was künftige NS-Minister unter den komplizierten Bedingungen der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und der Forcierung der sozialreaktionären Offensive des Großkapitals auf ökonomischem Gebiet zu tun und zu lassen hatten.

Ehe wir uns jedoch den Lektionen zuwenden, die die extrem reaktionären Konzernherren ihren braunen Schützlingen darüber erteilten, wie deren Wirtschaftspolitik auszusehen habe, ist es notwendig, nochmals daran zu erinnern, daß es bis zu diesem Zeitpunkt stets nur relativ kleine, eben die reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Gruppen des Monopolkapitals waren, die den Faschismus aktiv förderten, während sich die Mehrheit der Großbourgeoisie – gleicherweise aus nüchternen Zweckmäßigkeitserwägungen – auch noch nach der Reichstagswahl von 1930 reserviert gegenüber der Nazipartei verhielt. Dies bestätigt u. a. eine Einschätzung der NSDAP aus der Feder finanzkapitalistischer Experten, die sich als Sprecher des gesamten Monopolkapitals verstanden.

Kurz nach der Septemberwahl 1930, als die NS-Reichstagsfraktion erstmalig mit großaufgemachten Parlamentsanträgen hervortrat, beschäftigte sich die Statistische (Wissenschaftliche) Abteilung der Reichsbank mit dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm und stellte fest, daß es „etwas Unfertiges und Halbes (sei), das jeder logischen Grundlage und besonders jedes ökonomischen Verständnisses entbehrt“.[85] Auf die Frage, wie sich dieses Programm in den von den Nazis eingebrachten

[84] Der Großbankier und ehemalige Reichsbankpräsident Schacht, der nach 1933 wieder Reichsbankpräsident und danach faschistischer Wirtschaftsminister und „Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft“ wurde, erteilte Hitler ausdrücklich den Rat: „Bringen Sie möglichst kein detailliertes Wirtschaftsprogramm. Es gibt kein solches, worüber sich 14 Millionen (d. h. die NSDAP-Wähler von 1932 – W. R.) einigen könnten“ (Brief Hjalmar Schachts vom 29.8.1932 an Adolf Hitler mit Versicherung seiner weiteren Unterstützung, in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1932, S. 73); siehe auch Anm. 108.

[85] ZStA Potsdam, Reichsbank, Nr. 6788, Bl. 19; Aufzeichnung „Die nationalsozialistischen Reichstagsanträge vom 15. bis 30. Oktober 1930“.

Gesetzesentwürfen widerspiegele, antworteten die Experten: „Die Anträge sind rauf abgestellt, die Massen bei der Stange zu halten. Eine Partei, die *auf der einen Seite* mit kapitalistischen Wirtschaftsführern liebäugelt (Krupp, Thyssen, Kirdorf, Abbe, Mannesmann, Siemens), sich gleichzeitig mit der sozialistischen Arbeiterschaft nicht entzweien will ... und überdies noch auf kräftigen Zuzug aus der Landwirtschaft hofft, *auf der anderen Seite* aber auf die Durchführung ihrer eigenen Ideologie nicht verzichtet, muß notwendigerweise nach allen Richtungen hin weitgehende Konzessionen machen. Ihre wirtschaftspolitischen Anträge [146] bilden daher ein Kuriosum, wie es in der Wirtschaftsgeschichte wohl einzig dasteht.“[86] Zugleich hoben die Experten hervor, daß sich die Bourgeoisie keine Sorge wegen etwaiger künftiger Wirtschaftspraktiken der Faschisten zu machen brauche: „Die Nationalsozialisten pflegen dort, wo sie selbst die Regierung in der Hand haben,[87] weit vorsichtiger und den realen Verhältnissen Rechnung tragend vorzugehen ... Es wirft einen interessanten Lichtblick auf die Taktik der Partei, wenn man sieht, wie z. B. jeder Schritt hinsichtlich der im Programm so heftig geforderten Verstaatlichung der Großbetriebe, die ja auch die bei den Nationalsozialisten beliebten Wirtschaftsführer treffen müßte, unterlassen wird. Nichts beleuchtet treffender die Doppelzüngigkeit der Nationalsozialisten.“[88]

In der neuen Situation nach dem spektakulären faschistischen Wahlerfolg von 1930 wurde der bisherige Wirtschaftsberater Hitlers, Gottfried Feder, der als Autor der meisten inhaltslosen wirtschaftspolitischen Schlagworte der Partei zeichnete, Schritt für Schritt kaltgestellt. Der von ihm geleitete Wirtschaftsrat der Reichsleitung der NSDAP blieb zwar bestehen, doch gingen alle seine Kompetenzen an eine neugegründete Wirtschaftspolitische Abteilung der Partei über, in der nicht mehr kleinbürgerliche Phantasten, sondern hauptamtliche Konzernmanager (die zum Teil formal keine Parteimitglieder waren) den Ton angaben. So arbeiteten der Direktor der Deutschen Bank, von Stauß, der Vertreter der IG Farbenindustrie, Fischer, der Aufsichtsratsvorsitzende der zum Flick-Konzern gehörigen Vereinigten Hüttenwerke Gleiwitz, von Lucke (der im April 1933 als Regierungskommissar in die Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie übernommen wurde), und der auch privat mit der Familie Siemens liierte Mitarbeiter des Siemens-Schuckert-Konzerns Cordemann, in der Wirtschaftspolitischen Abteilung mit.[89]

Als erstes Ergebnis seiner Präzisierungsarbeiten zum wirtschaftspolitischen Programm der NSDAP (faktisch zur Aufstellung eines solchen Programms) legte der Ausschuß Anfang März 1931 eine nicht zur Veröffentlichung vorgesehene Denkschrift über „Wirtschaftspolitische Grundanschauungen und Ziele der NSDAP“ vor, in der es u. a. heißt: Der Nationalsozialismus erkennt im *persönlichen Eigentum* (womit unzweideutig das Privateigentum an den Produktionsmitteln gemeint war – W. R.) eine Voraussetzung für das Höherstreben der einzelnen und eine Grundlage der Kultur ... Die Möglichkeit freier Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten und der Ansporn durch einen *gesunden Wettbewerb* kommen einer Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungen zugute ... Der Nationalsozialismus spricht auch heute den Wirtschaftsführern das Recht auf *autoritative Leitung* der Betriebe innerhalb der zum *sozialen Schutze des Arbeitertums* gesetzlich gezogenen Schranken zu.“[90]

Sieht man von der rein demagogischen Floskel über den Schutz der Arbeiterschaft ab, so wurde hier das uneingeschränkte Recht der Unternehmer auf Ausbeutung und ihre [147] Alleinverantwortung für die Wirtschaftsführung proklamiert. Der Parteiführung und auch den schon mehr oder weniger vorbehaltlos zur NSDAP stehenden rechtsextremen Monopolherren kam es nun darauf an, möglichst viele der noch fernstehenden Großindustriellen und Bankiers mit diesen Grundsätzen vertraut zu machen und sie davon zu überzeugen, daß die Faschisten auch in der Lage sein würden, dieselben in die

[86] Ebenda.
[87] Die NSDAP war in Thüringen seit dem 23.1. und in Braunschweig seit dem 1.10.1930 Regierungspartei.
[88] ZStA Potsdam, Reichsbank, Nr. 6788, Bl. 18, Bl. 23; Aufzeichnung „Die nationalsozialistischen Reichstagsanträge vom 15. bis 30. Oktober 1930“.
[89] Avraham Barkai, Die Wirtschaftsauffassung der NSDAP, in: Aus Politik und Zeitgeschehen (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, vom 1.3.1975), S. 9. – Zur Aufstellung faschistischer Wirtschaftsprogramme nach den Reichstagswahlen 1930 siehe auch Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus S. 430 ff. sowie Hörster-Philipps, S. 79 ff.
[90] Barkai, S. 12 f.

Praxis umzusetzen. Es begann eine Periode der äußerst intensiven Fühlungnahme zu neuen Monopolkreisen und des buchstäblichen Hausierens bei ihnen.[91]

Noch im September 1930 kaufte der Leiter der soeben gegründeten Wirtschaftspolitischen Abteilung, Wagener (seit April 1933 kürzere Zeit ebenfalls Regierungskommissar in der Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie), die als Industriellenorgan renommierte „Essener National-Zeitung", deren Redakteur Otto Dietrich (Schwiegersohn des Besitzers der schwerindustriell-alldeutschen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" Reismann-Grone, bislang Geschäftsführer des Rheinischen Stahlwarensyndikats, später faschistischer Reichspressechef) wurde. Einer Weisung Hitlers entsprechend, sollte dieses Blatt zum führenden nationalsozialistischen Wirtschaftsorgan ausgebaut werden.[92]

Von noch größerer Bedeutung für die Festigung bestehender und Knüpfung neuer Verbindungen zum Großkapital war die Gründung eines internen „Wirtschaftspolitischen Pressedienstes" der NSDAP, der fortan als einzige parteioffizielle Quelle für wirtschaftspolitische Veröffentlichungen der Nazipartei galt. Als Chefredakteur dieser ab 1. Januar 1931 regelmäßig erscheinenden Korrespondenz wurde der vom „Bergbauverein" protegierte Walther Funk (später faschistischer Wirtschaftsminister, Reichsbankpräsident und Hauptkriegsverbrecher) gewonnen, der sich als Wirtschaftsredakteur der großbürgerlichen „Berliner Börsen-Zeitung" einen Namen gemacht und das Vertrauen weiter finanzkapitalistischer Kreise gewonnen hatte. Der „Pressedienst" wurde von etwa 60 außerordentlich gut zahlenden Monopolherren (Thyssen, Peter Klöckner, Krupp, Duisberg u. a.)[93] bezogen und diente ihnen als Forum des Meinungsaustausches über die mit Hilfe einer faschistischen Regierung durchzuführenden wirtschaftlichen Maßnahmen. Außerdem stellte der „Pressedienst" ein Organisationszentrum dar, über das der Nazipartei (nach der offensichtlich untertriebenen Aussage Funks in Nürnberg) mehr als zwei Millionen Mark zuflossen.[94]

Eine ähnliche Rolle spielte der „Freundeskreis der Wirtschaft" (später „Freundeskreis Himmler"), den ein Vertrauensmann der Ruhrindustriellen, Keppler (Mitglied der NSDAP seit 1927), im Jahre 1932 wahrscheinlich im direkten Auftrag Hitlers organisierte. Außer Vögler von den Vereinigten Stahlwerken und Rosterg von der Wintershall AG, die beide auch als Abonnenten des „Wirtschaftspolitischen Pressedienstes" genannt werden, gehörten dem Freundeskreis bei seiner Gründung zehn prominente Repräsentanten des Monopolkapitals an, darunter die Bankiers Schacht und von Schröder, der Großkaufmann (später Hapag-Direktor) Emil Helfferich und der Montanherr Hecker (Ilseder Hütte).[95] Indem Hitler vor diesem Kreis erklärte, er sei Politiker und verlasse sich, was die [148] Wirtschaft anbelange, auf den Sachverstand des anwesenden Gremiums,[96] gab er den Monopolgewaltigen de facto eine Blancovollmacht zur Aufstellung des faschistischen Wirtschaftsprogramms.

Immer häufiger kamen jetzt Begegnungen Hitlers und anderer Nazigrößen mit führenden Industriellen und Bankiers zustande. Obwohl nur ein kleiner Teil dieser stets in äußerster Verschwiegenheit arrangierten Treffen bekannt geworden sein dürfte, steht doch z. B. fest, daß sich Schacht (gemeinsam mit Stauß) im Dezember 1930 mit Göring und im folgenden Monat (gemeinsam mit Thyssen) mit Hitler traf, daß diesen Gesprächen weitere folgten, daß der westfälische Gauleiter der Nazipartei im Januar 1931 in Solingen 300 Industrielle zu einem Ausspracheabend empfing, daß Kirdorf im August des gleichen Jahres einen Meinungsaustausch Hitlers mit 30 bis 40 Kohle- und Stahlmagnaten organisierte, daß der Nazichef im Juni 1931 mit Edmund Stinnes und im September und Dezember im Berliner Hotel „Kaiserhof" mit Thyssen, Vögler, Brandi, Poensgen und Springorum zusammentraf und im Januar des folgenden Jahres im Düsseldorfer Industrieclub einen vielbeachteten Vortrag vor der Creme der Ruhrindustrie hielt.

---

[91] Man denke nur an die vielzitierte Geheimtournee Hitlers im Sommer 1931 von Industriellenvilla zu Industriellenvilla (siehe Norden, S. 159).
[92] Barkai, S. 9.
[93] Funk nannte in Nürnberg etwa 20 Namen prominenter Finanzkapitalisten (siehe Norden, S. 159 ff.).
[94] Ebenda, S. 161.
[95] Siehe Klaus Drobisch, Der Freundeskreis Himmler, in: ZfG, 2/1960, S. 309; Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1967, S. 24 ff.
[96] Siehe Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 427.

Wie eng die Beziehungen zwischen NSDAP und führenden Monopolherren schon im Herbst 1931 waren, demonstrierte die berüchtigte Harzburger Tagung der reaktionären Elite Deutschlands, auf der sich Hitler nicht nur als anerkannter Häuptling einer alle rechtsradikalen Organisationen (DNVP, Stahlhelm, Alldeutscher Verband usw.) einschließenden Phalanx gebärdete und zahlreiche nunmehr schon „alte Bekannte“ aus Industrie und Bankwelt (Poensgen, Brandi, Schacht, Stauß), aus Generalität und Angehörigen der ehemals herrschenden Fürstenhäuser begrüßte, sondern auch neue Verbindungen knüpfen konnte, z. B. zum Geschäftsführer der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Grauert, und zum Geschäftsführer des Langnamvereins Schlenker.[97]

Die offene Parteinahme von Monopolherren für den Faschismus ging im Juli 1931 schon so weit, daß sich – allerdings weniger bekannte – Vertreter namhafter Konzerne (Krupp, IG Farben u. a.) bereit fanden, gemeinsam mit reaktionären Adligen und Junkern in einer Petition an den Reichspräsidenten Hindenburg die Berufung Hitlers zum Reichskanzler zu fordern. „Kein Staatsstreich“, umschrieben die Bittsteller pharisäisch ihre Empfehlung, die Lehren des Kapp-Putsches zu beherzigen, „und keine Gewalt sind unsere Hoffnung, nur die Vollziehung des obersten Grundsatzes der Demokratie (! – W. R.), daß die Regierung das Vertrauens des Volkes bedarf, das heißt, daß der stärksten nationalen Partei die Regierung übertragen wird.“[98]

Die Tatsache, daß sich den Gönnern und Fürsprechern der NSDAP auch immer mehr (wenngleich zum Teil noch zweitrangige) Vertreter der elektrotechnischen und chemischen Industrie anschlossen, zeigt, in welchem Maße sich jetzt, bei der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, d. h. bei der Einengung des Spielraums für ökonomische Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, bei der Zuspitzung der Klassenkampfsituation und der wachsenden Ohnmacht des parlamentarischen Regierungsmechanismus, auch ehemalige [149] Befürworter der wendig-parlamentarischen Taktik für die Praktizierung der perfektionierten Gewalt einzusetzen begannen. Symptomatisch für diesen Stellungswechsel ist die Laufbahn Schachts (ursprünglich Dresdner Bank), der sich nach der Novemberrevolution vorübergehend der Demokratischen Partei angeschlossen hatte, dann aber Schritt für Schritt nach rechts ging, seit seiner oben erwähnten ersten Begegnung mit Hitler – nach eigenen Worten – alles unternahm, um die Nazis in die Regierung zu bringen,[99] im Juni 1932 eine „Arbeitsstelle Dr. Schacht“ zur Erstellung eines NS-Wirtschaftsprogramms durch Spitzenvertreter der Monopolbourgeoisie einrichtete[100], und schließlich viele Ja als einer der engsten Wirtschaftsberater und -praktiker des Faschismus fungierte.

Die meisten früheren Verfechter der wendig-parlamentarischen großbürgerlichen Taktik, die in der Mehrzahl aus den Reihen der Chemie- und Elektroindustriellen kamen, übten jedoch Hitler gegenüber bis spät in das Jahr 1932 hinein noch Zurückhaltung. Sie waren in der Regel weniger von der Wirtschaftskrise betroffen, hatten es also nicht so eilig mit dem weiteren Sozialabbau, mit der Zerschlagung des Tarifrechts, der Ankurbelung der Rüstung usw., und drängten deshalb nicht so heftig auf die Errichtung der offenen Diktatur. Sie konnten sich für längere Zeit mit dem Präsidialregime abfinden, das infolge der politischen Struktur des Weimarer Staates als Präsidentschaftsrepublik mit vielen Splitterparteien zur spezifisch deutschen Vorform der faschistischen Herrschaft geworden war.[101] Insbesondere sahen sie in diesem Regime ein geeignetes Feld, um effektivere Methoden zur Spaltung der Arbeiterbewegung zu entwickeln und alle Möglichkeiten der rechtssozialdemokratischen Stillhaltepolitik

[97] Siehe L. I. Gincberg, Na puti v imperskuju kanceljariju, Moskau 1972, S. 197.

[98] ZStA Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 46, Bl. 139 ff.; Schreiben der Wirtschaftspolitischen Vereinigung Frankfurt/M. an Hindenburg vom Juli 1931. – Siehe auch Lothar Berthold, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, Berlin 1956, S. 188 f.; Kurt Schützle, Reichswehr wider die Nation, Berlin 1963, S. 116.

[99] Siehe Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1959, S. 352.

[100] Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 426, S. 452.

[101] Die Deutsche Allgemeine Zeitung, vom 4.10.1931, schrieb: „Brünings politische Tätigkeit kann man doch nur dahin zusammenfassen, daß sie ... die *Vorfrucht der nationalen Diktatur* bedeutet, d. h. *er gewöhnt das Volk an die Diktatur* und ermöglicht es seinen Nachfolgern, sich zu behaupten unter Hinweis auf ihren Vorgänger“ (zit. nach Fritz Klein, Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie, in: ZfG, 6/1953, S. 895 f.). – Zur Konzeption Brünings siehe auch Ruge, Hindenburg, S. 340 ff.; derselbe, Heinrich Brünings postume Selbstentlarvung, in: ZfG, 10/1971, S. 1261 ff.

auszuloten.[102] Diese Kreise waren es auch, die – wie noch gezeigt werden soll – dem Ende 1932 unternommenen Versuch Schleichers, eine Militärdiktatur mit nichthitlerfaschistischer Massenbasis zu errichten, zumindest vorübergehend wohlwollend gegenüberstanden.

Die Chemie- und Elektrobosse waren ferner deshalb nicht an einem zu raschen Übergang zur offenen Diktatur interessiert, weil sie auf Grund der relativ geringeren Krisenanfälligkeit ihrer Betriebe mit einer Festigung ihrer Positionen innerhalb der gesamten Monopolbourgeoisie rechnen und sich also einen desto größeren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik einer künftigen Diktaturregierung versprechen konnten, je später diese Regierung berufen wurde. Darüber hinaus konnten sie für eine Verzögerung der Machtübertragung an den Faschismus ins Feld führen, daß die Diktatur mehr Chancen haben würde, wenn sie erst nach Überschreiten des Tiefpunktes der Wirtschaftskrise zu funktionieren begänne.

Demgegenüber drängten die Montanherren, die Großreeder und andere Unternehmer, die seit 1931 auf unmittelbare Subventionen des Staates angewiesen waren, auf die rasche [150] Abkehr vom Präsidialkurs[103] und völlige Ausbootung der rechten sozialdemokratischen Führer aus dem Staatsapparat. Auf Initiative dieser Kräfte[104] wurde am 20. Juli 1932 mit dem Papenschen Staatsstreich gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung ein Modellfall für diese Ausbootung geschaffen, der zugleich testen sollte, inwieweit die reformistisch beeinflußten Massen den zur Kapitulation rufenden Führern folgen würden und welche Chancen für das Zustandekommen einer wirksamen Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bestanden.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung hebt beharrlich hervor, daß die mit der NSDAP in dieser oder jener Weise kooperierenden oder liebäugelnden „Wirtschaftsführer“, von denen in der vorliegenden Studie nur einige mit Namen und Adresse genannt werden konnten, in der Zeit vor 1933 nicht nur die Nazipartei, sondern gleichzeitig auch andere bürgerliche Rechtsparteien finanzierten.[105] Obwohl dies zweifellos den Tatsachen entspricht, kann daraus keinesfalls ein Desinteresse der Monopolgewaltigen am Faschismus oder – was die apologetische Geschichtsschreibung ja bezweckt – ihre Schuldlosigkeit an dessen Aufkommen geschlußfolgert werden.

Sehen wir einmal von den traditionellen parteipolitischen Bindungen einzelner Monopolisten und der bislang bewährten Zwei- und Mehrgleisigkeit ihrer politischen Finanzhilfen ab, so waren es vor allem vier eng miteinander zusammenhängende Gründe, die die Konzerngewaltigen veranlaßten, ihre Förderung nicht allein auf die NSDAP zu beschränken.

Erstens und vorrangig war dies die bereits erwähnte Befürchtung, daß die durch die Nazipropaganda antikapitalistisch aufgeputschten und aktivierten Massen Hitler und dessen Komplicen hinwegschieben, durch kleinbürgerliche Revolutionäre ersetzen und die Bewegung zu einer antiimperialistischen Kraft entwickeln könnten. Dafür gibt es unzählige Beweise. Angeführt sei nur eine besonders repräsentative und drastische Äußerung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die am 7. März 1932 schrieb: „Offen gesagt: uns imponiert am Nationalsozialismus viel eher sein Nationalismus als sein Sozialismus ... Besorgnisse sind insofern gerechtfertigt, als die Frage entsteht, ob der Nationalismus imstande sein wird, im Augenblick der politischen Bewährung ... die mit Demagogie gefütterten Anhängerscharen abzuwehren.“

In der berüchtigten Eingabe von Monopolisten und Junkern an Hindenburg vom November 1932, die die Berufung Hitlers zum Reichskanzler forderte, wurde diese Besorgnis in die Worte gekleidet, daß es darauf ankomme, „die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften,

[102] Nicht von ungefähr erklärte Brüning, der als Schöpfer des Präsidialregimes gelten kann, „der Abbau der Sozialpolitik sei mit der Sozialdemokratie leichter durchführbar als mit der Rechten“ (Wolfgang Ruge, Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die Brüning-Regierung, in: ZfG, 1/1968, S. 36).

[103] In einem Konsortium eben dieser Kreise gehörende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb schon am 8.10.1931 (Morgenausgabe), „daß wahrscheinlich das System der Notverordnungen, das eine Zeitlang ein ausgezeichnetes Aushilfsmittel der Staatsführung gewesen sein mag, ... sich totgelaufen hat.“

[104] Siehe Joachim Petzold, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: ZfG, 6/1956, S. 1165.

[105] Siehe z. B. Turner jr., S. 127 ff.

aus(zu)merzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mit(zu)reißen“.[106] Dabei läßt der zitierte Satz erkennen, daß die Unterzeichner dieser Eingabe, die ja stellvertretend für einen großen Teil des Monopolkapitals agierten, angesichts ihrer Erfahrungen mit den taktisch skrupellosen Faschisten zuversichtlich hinsichtlich der Lösung dieser Aufgabe waren.

[151] Ein zweiter Grund für die Vorbehalte der sich zum Faschismus hinwendenden Monopolherren (und die parallele Förderung anderer bürgerlicher Parteien war ja Ausdruck solcher Vorbehalte) bestand darin, daß ihre Bedenken gegen das ursprünglich rein demagogisch-wirre und erst seit 1930 durch noch keineswegs detaillierte promonopolistische Bekenntnisse ersetzte Wirtschaftsprogramm der NSDAP nicht mit einem Schlage ausgeräumt werden konnten. Schacht, der 1932 schon unverhohlen als Emissär Hitlers auftrat, schrieb im April des genannten Jahres an den Nazichef, daß es ihm noch nicht gelungen sei, die „großmächtigen Herren im Westen“ zum *offenen* Eintreten für die Faschisten zu bewegen und daß dies zweierlei Ursachen habe. Erstens seien die Unternehmer in der Krise auf das Wohlwollen (im Klartext: auf Steuererleichterungen, Subventionen usw.) der Regierung angewiesen, zweitens hegten sie „Unklarheit über das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus“. Schacht konnte aber zugleich hinzufügen: „Bezüglich des letzteren Punktes nun habe ich insofern Erfolg gehabt, als eine Reihe von Herren sich bereit erklärt haben, gemeinsam mit mir eine Stelle[107] zu finanzieren, die die wirtschaftspolitischen Ansichten des Nationalsozialismus auf die Möglichkeit hin studieren soll ..., sie mit dem Gedeihen privater Wirtschaft in Einklang zu bringen.“[108]

Hier ist wiederum deutlich erkennbar, daß die reaktionären Konzerngewaltigen weniger am Willen als an der Fähigkeit der Naziführer zweifelten, ein vom Standpunkt der Monopole aus qualifiziertes Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten und durchzusetzen.

Schon wenige Wochen vor der Septemberwahl von 1930 hatte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnenderweise in einem Artikel unter der Überschrift „Wer ist Adolf Hitler?“ geschrieben, daß der Nationalsozialismus „entwicklungsfähig“ sei und keineswegs starr an seinem ungereimten Wirtschaftsprogramm festhalten werde. Etwas später hatte sie noch deutlicher hervorgehoben, daß die „oberste Führung“ der NSDAP zwar „genötigt sei, Zugeständnisse an die antikapitalistische Vulgärpropaganda zu machen“, sich aber bemühe, „Aufklärung über ihre wirtschaftlichen Ziele zu schaffen“ und bereit sei, „die Mitarbeit erfahrener Wirtschaftskenner zu verwerten“.[109]

Finanzkapitalistische Manager, die nicht so eng an spezifisch schwerindustrielle Interessen gebunden waren wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und sich für das gesamte deutsche Monopolkapital verantwortlich fühlten, gelangten – allerdings etwas später – zu ähnlichen Aussagen. So stellten die Experten der Statistischen Abteilung der Reichsbank, die sich noch anderthalb Jahre zuvor halb belustigt über die wirtschaftspolitischen Parolen der Nazis geäußert hatten, im März 1932 nüchtern fest: „An der Spitze des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms steht der Grundsatz des unbedingten Schutzes des Privateigentums. Die Grundlage der modernen kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird hiermit vom Nationalsozialismus anerkannt. Mit dem freien Eigentum wird auch die freie Konkurrenz, die Vertragsfreiheit, das Gewinnstreben und die Rentabilität anerkannt. Der Kampf des Nationalsozialismus gilt nur dem sogenannten Finanzkapital oder, [152] wie Hitler sich auszudrücken pflegte, dem raffenden im Gegensatz zum schaffenden Kapital. In der Praxis dürfte die Grenze zwischen diesen beiden Kapitalbegriffen nur schwer zu finden sein. Für die Propaganda des Nationalsozialismus genügt es, daß die eine Kapitalart als arisch, die andere als jüdisch bezeichnet werden kann.“ Nachdem die Experten auch auf andere „Unklarheiten und Unebenheiten“ des nazistischen

[106] Albert Schreiner, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932), in: ZfG, 2/1956, S. 367.
[107] Es handelt sich um die obenerwähnte „Arbeitsstelle Dr. Schacht“.
[108] Fritz Klein, Neue Dokumente zur Rolle Schachts bei der Vorbereitung der Hitlerdiktatur, in: ZfG, 4/1957, S. 821; Schreiben Schachts an Hitler vom 12.4.1932. – Schacht fuhr fort: „Ich habe die feste Überzeugung, daß sich bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen läßt“ (ebenda).
[109] Deutsche Allgemeine Zeitung, vom 6.10. und 15.12.1930 (jeweils Abendausgabe). Zur Haltung der hinter dieser Zeitung stehenden Kreise zum Faschisierungsprozeß vgl. Ruge, Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, S. 19 ff.

Programms hingewiesen hatten, nahmen sie im letzten Absatz der zitierten Untersuchung zur Frage der Brauchbarkeit des Faschismus Stellung: „Es muß auf die *wertvollen Kräfte* hingewiesen werden, die in dieser Bewegung ruhen. Der nationale Schwung, die ideale Opferbereitschaft, der sogenannte Irrationalismus sind Werte, die für die gesamte Staatsgestaltung und das Staatsleben fruchtbar werden können und müssen.“[110]

In diesem Satz klingt der unter den Monopolherren weit verbreitete Gedanke an, daß die faschistische Führung, die „einen starken Glauben, einen glühenden Besserungswillen“ zu erzeugen verstehe, aber „keine handfesten Pläne“ vorzuweisen habe,[111] zwar an der Um- und Neugestaltung des Staates beteiligt werden müsse, ihr jedoch nicht die Verantwortung für so delikate Dinge wie die Konzipierung ökonomischer Maßnahmen überlassen werden könne. Damit sind wir bereits beim dritten Grund, der einen großen Teil der monopolkapitalistischen Gönner des Faschismus veranlaßte, neben der NSDAP weiterhin andere reaktionäre Kräfte zu fördern. Es handelt sich dabei um die im Unglauben an die Fachkenntnisse der Nazigrößen wurzelnde Vorstellung, daß es zweckmäßig sei, in eine faschistische Diktaturregierung nicht nur NSDAP-Vertreter als Demagogie- und Terrorspezialisten aufzunehmen, sondern ihnen bewährte reaktionäre „Fachleute“ aus Wirtschaft, Justiz, Militär usw. beizugeben, um auf diese Weise (zumindest bis zu dem Zeitpunkt, wo die Faschisten gezeigt haben würden, was sie können) eine Kontrolle der NS-Minister zu sichern. Als solche „Fachleute“, deren Parteien und Organisationen natürlich weiter gefördert werden mußten, wenn sie gegenüber den Nazimitgliedern der faschistischen Regierung Gewicht behalten sollten, kamen Männer wie Hugenberg oder Gürtner von der DNVP, der eng mit dieser Partei liierte Papen, Seldte vom Stahlhelm, General von Blomberg, der Diplomat Freiherr von Neurath u. ä. in Betracht.

Bekanntlich wurde diese Variante der Errichtung der faschistischen Diktatur denn auch am 30. Januar 1933 praktiziert. Neben Hitler, Göring und Frick erhielten die genannten Männer (sowie einige andere: Graf Schwerin von Krosigk, Freiherr Eltz von Rübenach) Ministerposten in dem faschistischen „Koalitions“kabinett.

Darin zeigt sich u. a., daß die Frage der Kontrolle der Naziführer (d. h. die Frage nach ihrer Brauchbarkeit) zugleich zumindest auf zweierlei Art mit der Frage des Weges in die faschistische Diktatur verbunden war. Einmal konnten den Legalitätsbezeugungen der Nazis, die aus schon behandelten massenpolitischen Erwägungen unbedingt notwendig erschienen, im Falle der Bildung einer als Koalition aufgemachten Regierung mehr Glaubhaftigkeit verliehen werden. Zum anderen konnte das Monopolkapital bei dieser Form der Inthronisierung eines faschistischen Kabinetts den Nazigrößen eine praktische Bewährungsmöglichkeit bieten, die unter Umständen – im Falle des Versagens des NS-Führungskerns – eine Abwendung von der hitlerfaschistischen Variante der Diktatur durch eine (natürlich gefahrenreiche) Umstellung der Massenbewegung auf andere Führungskräfte zumindest offengelassen hätte. Tatsächlich verlief jedoch die Entwicklung so, daß sich das [153] deutsche Monopolkapital schon wenige Monate nach der Machtübertragung an Hitler nahezu geschlossen zur Naziführung bekannte, weil es dieser mit dem Terrorfeldzug gegen die Kommunistische Partei und andere fortschrittliche Kräfte, mit der Neuorganisation der Wirtschaft nach dem „Führerprinzip“ und ähnlichen Maßnahmen gelang, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Äußerlich kam die Aufgabe bis dahin bestehender Vorbehalte einzelner Monopolkapitalisten und monopolkapitalistischer Gruppen in der von Krupp[112] federführend in die Wege geleiteten Stiftung der Adolf-Hitler-Spende, der Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien und der Entlassung Hugenbergs von sein Ministerposten zum Ausdruck.

Der vierte Grund, aus dem sich zahlreiche reaktionäre Monopolherren vor 1933 nicht bereit fanden, die Nazipartei allein zu fördern, besteht schließlich darin, daß viele von ihnen bemüht waren, ihre

[110] ZStA Potsdam, Reichsbank Nr. 6788, Bl. 79, B1. 82; Aufzeichnung „Die Ziele des Nationalsozialismus“ vom 11.3.1932.
[111] Ebenda.
[112] Als Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie führte Krupp im April 1933 aus: „Die politische Entwicklung begegnet sich mit Wünschen, die ich selbst und das Präsidium (des Reichsverbandes – W. R.) seit langem gehegt haben“ (zit. nach Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1945/46, Bd. 35, Nürnberg 1949, S. 26).

jahrelang bestehenden Verbindungen zu anderen rechtsextremen politischen Kräften zu nutzen, um in der Wirtschaftspolitik einer künftigen faschistischen Regierung ihre spezifisch konzern- und gruppenegoistischen Interessen durchzusetzen. Die Auseinandersetzungen, die sich auf dieser Ebene abspielten und naturgemäß desto intensiver wurden, je näher die Errichtung des Hitlerregimes rückte, sind außerordentlich kompliziert und können hier nicht im einzelnen geschildert werden. Ausführlich untersucht sie Kurt Gossweiler in seiner Arbeit über die Vorgeschichte der Röhm-Affäre.[113] Dabei werden diese Auseinandersetzungen am treffendsten durch einen an Zynismus nicht zu überbietenden Satz aus der Feder Thyssens charakterisiert, der deutlich macht, daß zumindest die mächtigsten Monopolherren unverfroren und zuversichtlich darauf spekulierten, der faschistischen Regierung ihr eigenes Wirtschaftsprogramm vorschreiben zu können. „Einigt man sich auf Hitler als Kanzler", schrieb dieser Konzerngewaltige an Schlenker, „so glaube ich ... daß man sich über die Ziele seiner Politik ... einigen könnte."[114]

Der Prozeß der Hinwendung maßgeblicher imperialistischer Kreise zum Hitlerfaschismus, den auch den Übergang nichtfaschistischer Monopolherren auf faschistische Positionen beinhaltete, fand zwar erst nach dem 30. Januar 1933 seinen Abschluß, war aber bereits mehrere Monate vorher schon so weit fortgeschritten, daß man für die Zeit November/Dezember 1932 durchaus von einem profaschistischen Engagement der deutschen Monopolbourgeoisie als solcher sprechen kann. Das kam nur zum Teil in der vielzitierten Eingabe an Hindenburg vom November 1932[115] zum Ausdruck, die u. a. von Thyssen, Schacht, Schröder, Rosterg, Kurt Woermann, Hecken, Helfferich, Witthoeft, dem Landbundpräsidenten Graf von Kalckreuth, dem Bankier Reinhart unterzeichnet war und zu der sich auch Vögler, Reusch und Springorum bekannten. Vielmehr war diese Eingabe vor allem ein Symptom des Stimmungsumschwungs in der Monopolbourgeoisie, die zwar das Wirtschaftsprogramm Papens ganz passabel fand, sich aber namentlich angesichts der Streikwelle im Herbst 1932 davon überzeugen mußte, daß auf die Dauer mit dem jeder Massenbasis entbehrenden Präsidialkabinett nicht regiert werden konnte. Dieser Sti-[154]mmungsumschwung wird von vielen Fakten bezeugt. So hieß es in einem Bericht an die Reichsregierung über eine Versammlung der einflußreichsten Ruhrindustriellen in der zweiten Novemberhälfte 1932: „Die Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf, die wohl ursprünglich im Rahmen des Papen-Programms und zur Stützung (seiner Regierung – W. R.) vorgesehen war, ergab anläßlich der zwangslosen Unterhaltung die unübersehbare Tatsache, daß fast die gesamte Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen, wünscht. Während man noch vor wenigen Wochen Papen zugejubelt hat, ist man heute der Auffassung, daß es der größte Fehler sei, wenn Hitler, auch unter Vorbringung ernsthafter Gründe, nicht mit der Regierungsbildung beauftragt würde."[116] Obwohl Papen, wie sein bekanntes Treffen mit Hitler am 4. Januar 1933, seine weiteren Aktivitäten vor dem 30. Januar und seine Betrauung mit dem Vizekanzleramt in der faschistischen Regierung beweisen, durchaus noch als fähiger und die kollektiven Interessen der Monopolbourgeoisie wahrnehmender Politikfachmann betrachtet wurde, erhob doch kein einziger Großkapitalist, Militär oder bürgerlicher Parteiführer Einspruch, als er wenige Tage nach Erstattung des soeben zitierten Berichts und unmittelbar nach der bekannten Planübung des Reichswehrministeriums vom 25./26. November[117] zum Rücktritt vom Reichskanzlerposten gezwungen wurde.

---

[113] Siehe Kurt Gossweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, phil. Diss., Berlin 1963; siehe ferner derselbe, Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken, in: J[W, 1965/IV, S. 11 ff.

[114] Zit. nach Gossweiler, Die Rolle des Monopolkapitals, S. 348.

[115] Siehe Schreiner, S. 366 ff.

[116] Nach dem Nachlaß Franz Bracht zit. bei Wolfgang Schlicker, „Freiwilliger" Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht 1919-1933, phil. Diss., Potsdam 1968, Bd. 2, S. 137. – Auch die vertraulichen Industriellen-Korrespondenzen „Deutsche Führerbriefe" und „Veltenbriefe", die sich zunächst hinter Papen gestellt hatten, traten seit November 1932 für den Rücktritt des Präsidialkanzlers und für die Berufung Hitlers ein (siehe dazu Werner Müller/Jürgen Stockfisch, Die „Veltenbriefe", in: ZfG, 12/1969, S. 1567, S. 1571).

[117] Zu dieser Übung siehe Fritz Arndt, Vorbereitungen der Reichswehr für den militärischen Ausnahmezustand, in: ZfM, 2/1965, S. 195 ff. – Schleicher wertete die Ergebnisse der Planübung bekanntlich dahingehend, daß es unmöglich sei, „gegen 9/10 des Volkes mit dem MG" zu kämpfen (siehe Otto-Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik, Frankfurt a. M. 1955, S. 350), also keine Diktatur ohne Massenbasis errichtet werden könne.

Allerdings stellten sich zunächst einige Monopolgruppen hinter Papens Nachfolger, General von Schleicher, dessen Anfang Dezember gebildetes Kabinett die Zeitspanne bis zum Abschluß der Verhandlungen über die Modalitäten einer Hitlerregierung überbrücken sollte, vom Regierungschef selbst jedoch möglichst als Beginn eines dauerhaften militärfaschistischen Regimes oder doch wenigstens als eine Zwischenlösung zur Sicherung eines maximalen Einflusses der Reichswehrführung in einer künftigen Hitlerdiktatur konzipiert worden war. Es handelte sich bei diesen Gruppen einmal um Konzerne, die es sich (wie die IG Farben und andere „neue" Industrien)[118] auf Grund ihres längeren ökonomischen Atems leisten konnten, wegen der gefürchteten antikapitalistischen Stimmungen und Aktionen der Nazianhänger einen behutsameren Übergang zur faschistischen Diktatur und unter Umständen eine nichthitlerfaschistische Variante dieser Diktatur anzusteuern. Zum anderen traten für den Reichskanzler im Generalsrang jene Konzernvertreter ein, die (wie z. B. Otto Wolff) aus rivalitätsbedingten Gründen den Schleicherschen Plänen der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie zustimmten, [119] deren Objekt namentlich die Vestag war.[120]

[155] Doch dauerte die Unterstützung monopolkapitalistischer Kreise für Schleicher nicht lange. Gar bald stellte sich heraus, daß der neue Regierungschef in einer Kernfrage der Absicherung seiner Machtausübung einem völligen Fiasko entgegenging. Sein Konzept der Schaffung einer promilitärfaschistischen Massenbasis, die von den reformistischen Gewerkschaften bis zum Strasser-Flügel der NSDAP reichen sollte[121], scheiterte nämlich schon bei den ersten Versuchen seiner Verwirklichung, weil sich die organisierten Arbeiter nicht für eine Generalsdiktatur gewinnen ließen und weil Hitler unter dem Einfluß Görings, Schachts und Thyssens sich gegen dieses Konzept wandte und Strasser fallen ließ. So wurde Schleicher seitens der Monopolbourgeoisie nur solange geduldet, bis die auf unterschiedlichen Ebenen betriebenen Vorbereitungen für die Machtübertragung an Hitler abgeschlossen waren.

Über die Situation an der Jahreswende 1932/33 sagte Bankier Schröder von der Untersuchungsbehörde des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg aus: „Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen ... Ein gemeinsames Interesse den Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte."[122] Ganz im gleichen Sinne schrieb der Staatssekretär der Reichskanzlei Otto Meißner, der bei allen Verhandlungen über die Ernennung Hitlers die Hand im Spiele hatte, in seinen Memoiren: „In der Wirtschaft hoffte man insbesondere, daß die von Hitler in die vom Gedanken des Klassenkampfes beherrschte Arbeiterschaft hineingetragene Idee der klassenlosen Volksgemeinschaft den bisherigen marxistischen internationalen Sozialismus überwinden und damit die bedrohliche Gefahr einer Bolschewisierung bannen werde."[123]

Damit schließt sich der Kreis von den Anfängen des Faschismus in Deutschland im Jahre 1919 bis zum Vorabend der Errichtung der Hitlerdiktatur im Januar 1933: Hier wie dort war es das Bestreben, die großkapitalistische Herrschaft abzusichern und auszubauen, welches zunächst die extremsten Monopolherren und schließlich die große Mehrheit der Monopolbourgeoisie dazu veranlaßte, ihren verbrecherischen und menschheitsverachtenden Agenten die Mittel zur Hochzüchtung einer Massenbasis zur Verfügung zu stellen. Sie taten dies, weil sie die Angst vor der Beschneidung und Einengung

[118] Siehe Frank Müller, Zum Anteil der Reichswehrführung an der Vorbereitung des Faschismus, in: Die Zerstörung der Weimarer Republik, S. 151 ff.
[119] Siehe u. a. Müller, S. 113 f.
[120] Siehe dazu Gossweiler, Die Vereinigten Stahlwerke, sowie Gerhard Volkland, Hintergründe und politische Auswirkungen der Gelsenkirchen-Affäre im Jahre 1932, in: ZfG, 2/1963, S. 288 ff.
[121] Siehe u. a. Müller, S. 157 ff.
[122] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 606; aus der eidesstattlichen Erklärung des Freiherrn Kurt von Schröder vor der amerikanischen Untersuchungsbehörde des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg zu den Verhandlungen in seinem Hause in Köln am 4.1.1933.
[123] Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler, Hamburg 1950, S. 276.

ihrer ökonomischen und politischen Macht und letztendlich die Angst vor der proletarischen Revolution zu dem Versuch trieb, ihre Macht mit neuen Methoden – eben mit den Methoden des Faschismus – zu festigen.

Diese Wahrheit beherzigen die marxistischen Historiker, die mit der Erforschung der Geschichte des Faschismus einen Beitrag zur Niederringung der immer wieder in neuem Gewande auftretenden Reaktion leisten wollen und auf Grund der historischen Erfahrungen davon ausgehen, daß der antifaschistische Kampf nur durch die völlige Entmachtung und Überwindung des Monopolkapitals zum Siege geführt werden kann.

[157]

Klaus Drobisch: Über den Terror und seine Institutionen in Nazideutschland

Die faschistische Diktatur ist imperialistische Klassenherrschaft, die offene Gewalt anwendet; die bürgerliche Demokratie wird durch ein terroristisches Regime ersetzt, das ins Extrem gesteigerte imperialistische Ziele mit ebenso extremen Mitteln und Methoden verfolgt.

Von allen faschistischen Regimes trug der faschistische deutsche Imperialismus die reaktionärsten Züge. Vom ersten Tage an charakterisierten ihn Abschaffung der demokratischen Rechte und Freiheiten bis zur völligen Rechtlosigkeit der Werktätigen, skrupellose Drangsalierung, Unterdrückung und Verfolgung aller tatsächlichen und vermeintlichen Gegner des Regimes bis zur physischen Vernichtung. Kein Mittel dieser Art, das er nicht benutzte, um alle Hindernisse zu beseitigen, die ihm im Weg standen, und alle Kräfte auszuschalten, die nicht mit seiner erklärten Absicht übereinstimmten, die imperialistische Ordnung zu stabilisieren, seine Hegemonie in Europa und seine Vorherrschaft in der Welt zu errichten.

Aus dem weiten Feld der Anwendung physischen Terrors, der mit erheblichem ideologisch-propagandistischem Aufwand einherging und begründet wurde, treten zwei wesentliche Aspekte hervor:

- seine Hauptstoßrichtung gegen den Klassengegner des deutschen Imperialismus, die revolutionäre Arbeiterbewegung, und gegen ihre Verbündeten,
- die systematische Entwicklung, die stetige Konzentration und Verschmelzung der außergerichtlichen Überwachungs- und Terrororgane sowie ihre arbeitsteilige Kooperation mit den Einrichtungen der Strafjustiz.

Beide Gesichtspunkte sollen hier in ihrer Verknüpfung mit den historischen Phaseneinschnitten umrissen werden, wobei auch propagandistische Aktivitäten zu streifen sind.[1]

1. Die Etablierung des Terrorregimes

Maßgebliche Kreise der Naziführung machten schon vor 1933 kein Hehl aus der Absicht, Gewalt als Hauptbestandteil künftiger Herrschaft zu gebrauchen, und zwar in einer Heftigkeit und in einem Ausmaß, wie sie bisherige Machthaber nur in Situationen anwandten, in denen sie die ganze Gesellschaftsordnung bedroht sahen, der sie dienten. Hinter den publizierten Naziäußerungen standen geheime Ausarbeitungen, die Jahre zurückgingen. So trug der Oberlandesgerichtsrat Theodor von der Pfordten, als er am Putsch vom 9. No-[158]vember 1923 teilnahm, einen Verfassungsentwurf bei sich, an den man sich offensichtlich nach Gelingen des Putsches halten wollte. Nach Artikel 9 dieses Entwurfes war es beabsichtigt, den Belagerungszustand zu verhängen, die persönliche Freiheit, das Versammlungsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung zu beschränken, in das Brief- und Fernsprechgeheimnis einzugreifen, Haussuchungen und Beschlagnahmen durchzuführen, jeweils „außerhalb der gesetzlichen Grenzen“. Artikel 16 sah die „Entfernung aller sicherheitsgefährlichen Personen und unnützen Esser“ vor, die „in Sammellager zu verbringen und nach Möglichkeit zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen“ seien. Die Todesstrafe war für diejenigen vorgesehen, die sich der Verschleppung entzogen oder Fluchthilfe leisteten.[2] Der von Werner Best, einem anderen Juristen und Naziparteigänger, Mitte 1931 ausgearbeitete „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der bisherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeignetem Gebiet“ gipfelte in dem Satz: „Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft.“ Der Verfasser setzte hinzu: „Das bedeutet, daß mit diesem Augenblick (der Zerschlagung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse – K. D.) die Gefahr des Bürgerkrieges für immer gebannt ist.“[3] Beide Entwürfe formulierten Grundzüge der späteren Terrorpolitik sowohl in bezug auf die Mittel und Methoden als auch hinsichtlich der zu verfolgenden und zu unterdrückenden Kräfte. Sie wurden 1928 bzw. 1931 publik, so daß es über den Charakter der künftigen Herrschaft keine Zweifel geben konnte.

[1] Siehe Istorija fašizma v Zapadnoj Evrope, Moskau 1978, S. 65 ff.

[2] Zitiert nach Hans Hubert Hofmann, Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920-1924, München 1961, S. 287 ff. – Hofmann verweist auf ähnliche, zum Teil wörtlich übereinstimmende Passagen in einem Notverfassungsentwurf des Alldeutschen Verbandes und auf Einflüsse nationalkonservativer Kreise (ebenda, S. 154).

[3] Werner Best, ... wird erschossen. Die Wahrheit über das Boxheimer Dokument, Mainz 1932, S. 27.

Die sich in den beiden Ausarbeitungen dokumentierende Brutalität und Willkür wurde von den Nazis, je mehr sich die Klassenauseinandersetzungen in der Weltwirtschaftskrise zuspitzten, zunehmend auf der Straße praktiziert. Mit Messern, Totschlägern und Schußwaffen überfielen ihre Mordkolonnen Kommunisten und andere Antifaschisten. Die braunen Terroristen fanden, soweit die Polizei sie nicht überhaupt laufen ließ, in aller Regel das Wohlwollen der Gerichte des Weimarer Staates.

Das Ziel des faschistischen Terrors faßte Hitler – wie schon früher, beispielsweise im Oktober 1922 in seiner Denkschrift an potente Geldgeber – erneut im Januar 1932 vor rund 300 Industriellen zusammen. Er betonte damals „den unerbittlichen Entschluß ..., den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten“.[4] Unter Marxismus verstand er, wie der Kontext erwies, in erster Linie die KPD, darüber hinaus jedoch die gesamte Arbeiterbewegung.

Das Zentralkomitee der KPD erklärte in seinem Aufruf am 30. Januar 1933: „Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse! ... Das blutige, barbarische Terrorregime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet.“[5] Ernst Thälmann wies am 7. Februar 1933 vor dem Zentralkomitee darauf hin, es gebe „in den Methoden dieser Regierung der offenen, faschistischen Diktatur noch eine ganze Reihe von Steigerungsmöglichkeiten. Jeder Zweifel darüber, daß diese Regierung vor irgendwelchen Methoden [159] des äußersten Terrors zurückschrecken würde, wäre sehr gefährlich.“ Besonders hob der KPD-Vorsitzende hervor, daß, abgesehen vom Justizterror, unzählige Kommunisten ohne jede gesetzliche Bemäntelung in Konzentrationslager verschleppt und hinterhältig und grausam ermordet werden würden.[6] Damit war vorausschauend das hauptsächliche Ziel des faschistischen Terrors gekennzeichnet: mit nackter Gewalt die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse zu zerschlagen, mit ihren Trägern die marxistisch-leninistische Ideologie auszurotten, auch andere progressive Kräfte zu unterjochen und das deutsche Volk für eine verbrecherische Politik nach innen und außen gefügig zu machen.

In der Dimension und vor allem in Ziel und Methode – der physischen Liquidierung und Vernichtung des Gegners – bestand ein wesentlicher Unterschied zwischen dem faschistischen Terror und demjenigen in anderen Formen bürgerlicher Herrschaft. Die extreme Grausamkeit, die den deutschen Faschismus hingegen noch vor anderen faschistischen Regimes auszeichnete, entsprang der besonders aggressiven Natur des faschistischen deutschen Imperialismus, der im Inneren Friedhofsruhe zu schaffen suchte, um sich ungestört mit Kriegsvorbereitung und Aggression nach außen befassen zu können.

Nach dem Machtantritt des deutschen Faschismus dominierte der präventive Zugriff, der Terror mit außergerichtlichen Mitteln, ein Charakteristikum faschistischer Herrschaft schlechthin, in Nazideutschland allerdings besonders umfassend und brutal praktiziert. Synchron mit der massenhaften und ungezügelten Verfolgung revolutionärer Arbeiter beseitigte das Naziregime in den ersten Wochen die demokratischen Rechte und Freiheiten.

Schon während der ersten Sitzungen des neuen Kabinetts stand die Legalisierung des Terrors auf der Tagesordnung. Am 30. Januar 1933 schlug Wirtschaftsminister Alfred Hugenberg das Verbot der KPD vor. Am 1. Februar 1933 legten Hermann Göring als preußischer Ministerpräsident und Wilhelm Frick als Reichsminister des Innern die sogenannte Schubkastenverordnung vor[7]; es handelte sich dabei um eine schon vor dem 30. Januar 1933 im Kabinett Schleicher vorbereitete Verordnung, die Reichspräsident Paul von Hindenburg am 4. Februar 1933 als „Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes“ in Kraft setzte. Sie stellte u. a. die Presse und Versammlungen politischer Gegner unter Ausnahmerecht und sah polizeiliche Haft für Antifaschisten vor. Am 17. Februar 1933 wies Göring die preußische Polizei an, skrupellos die Waffe gegen Regimegegner zu gebrauchen. Fünf Tage später setzte er ungefähr 50.000 Mitglieder der SA, der SS und des Stahlhelm als Hilfspolizisten ein, ihnen damit faktisch Befugnisse der Staatsgewalt zusprechend.

---

[4] Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 22.1.1932, München 1932, S. 28.

[5] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 5, Berlin 1966, S. 441, Dok. 1.

[6] Ebenda, S. 446, Dok. 5.

[7] ZStA Potsdam, Filmsammlung (im folgenden werden Filme aus dieser Sammlung ohne Verweis auf den Bestand zitiert), Film 11 435.

Währenddessen bekräftigte Hitler am 3. Februar vor Militärbefehlshabern und am 20. Februar 1933 vor führenden Repräsentanten der Wirtschaft die Absicht, den Marxismus zu erledigen und auszumerzen. Am 28. Februar 1933, nach dem zu diesem Zweck inszenierten Reichstagsbrand, erklärte er die „rücksichtslose Auseinandersetzung mit der KPD“ für geboten, die „nicht von juristischen Erwägungen abhängig gemacht werden“ dürfe. Göring berichtete während derselben Kabinettssitzung triumphierend, daß KPD-Funktionäre und -Abgeordnete verhaftet, die kommunistische Presse verboten und kommunistische Büros geschlossen seien.[8] Eine amtliche Verlautbarung über den Reichstagsbrand hob ausdrücklich den Schieß- und den Hilfspolizeierlaß sowie die Inschutzhaft-[160]nahme von Kommunisten hervor, allerdings ohne zu erwähnen, daß die in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 von Hilfs- und regulärer Polizei vorgenommenen Massenverhaftungen nach schon in der Weimarer Republik angelegten und nunmehr lediglich ergänzten „Schubladen“listen erfolgt waren.

Während die erste große Verfolgungswelle lief, unterzeichnete Hindenburg die „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“, die Hitler während der Kabinettssitzung am 28. Februar 1933 als „Verordnung zum Schutze der Gesellschaft gegen die kommunistische Gefahr“ bezeichnete.[9] Sie hob – übrigens in gleicher Formulierung wie die Verordnungen des Reichspräsidenten Friedrich Ebert von 1920 und 1923 – die durch die Weimarer Verfassung verbrieften politischen Rechte auf und drohte für „Hochverrat“ die Todesstrafe an. Damit war jenes Grundgesetz in Kraft gesetzt, das die faschistische Diktatur bis zu ihrer Zerschlagung charakterisierte: der politische Ausnahmezustand.

Mit Erlaß dieser Verordnung schritten die faschistischen Machthaber zum uneingeschränkten und systematischen Terror großen Stils. Nicht Gerechtigkeit zu üben, sondern zu vernichten und auszumerzen, war, wie Göring am 3. März 1933 auf einer öffentlichen Kundgebung ausrief, ihre Devise. 14 Tage später wiederholte und ergänzte er: „Nicht nur ausrotten werden wir diese Pest. Wir werden das Wort Marxismus aus jedem Buch herausreißen. In fünfzig Jahren darf in Deutschland überhaupt kein Mensch mehr wissen, was das Wort bedeutet.“[10]

In diesem Sinne beraubten Polizei- und Naziorgane „vorbeugend“ Regimegegner der Freiheit. Gestützt auf die Reichstagsbrandverordnung, die ausdrücklich den Verfassungsartikel 114 aufhob, der die persönliche Freiheit garantiert hatte, griffen sie zu, ohne daß – wie bisher gesetzlich vorgeschrieben – eine mit Strafe bedrohte Handlung vorlag und der Verhaftete der Justiz zugeführt wurde. Allein in Preußen waren im März 1933 ständig etwa 15.000 Personen in „Schutzhaft“[11], nicht einbegriffen diejenigen, die nur für kurze Zeit festgehalten oder die von SA- und SS-Einheiten verschleppt wurden.

Die Häftlinge sperrte man meist in leere Fabrikgebäude, alte Burgen, Schlösser oder Justizhaftanstalten, vorwiegend in Großstädten und Industriegebieten oder in deren Nähe. Seltener waren vorerst Barackenlager wie bei Börgermoor und Esterwegen im Emsland. In den ersten im März 1933 geschaffenen Konzentrationslagern herrschte unter SA- oder SS-Kommando ein erbarmungsloses Prügel- und Mordregime, kraft „Standrechts“, wie es in der ersten Dachauer Lagerordnung vom Frühjahr 1933 hieß.[12]

Bis Mitte 1934 verringerte sich die Zahl der Konzentrationslager durch Auflösung kleiner Lager, Übernahme von Lagern durch die Justiz und Übergabe der Häftlinge an größere er auf rund ein Dutzend, ungefähr ein Achtel der ursprünglichen Anzahl. Zur gleichen Zeit entstand bei der SS-Führung die Inspektion der Konzentrationslager unter SS-Oberführer Theodor Eicke, welche die bisher regional organisierten und verschiedenen Institutionen unterstellten Lager zusammenfaßte und eine auf dem Dachauer Vorbild beruhende erweiterte Lagerordnung einführte.

---

[8] Ebenda.
[9] Ebenda.
[10] IMG, Bd. 29, Nürnberg 1948, S. 27, Dok. PS-1856; Völkischer Beobachter, vom 18./19.3.1933.
[11] ZStA Potsdam, Film 14 929; ungezeichnete Notiz des Preußischen Ministeriums des Innern für das Reichsministerium des Innern von Juni 1933. – Im Juli 1933 waren in Preußen immer noch 15.000, in Sachsen 4500, in Bayern 4100 und insgesamt im Reichsgebiet rund 26.800 Menschen in Schutzhaft“ (ebenda, Film 19 609).
[12] IMG, Bd. 36, Nürnberg 1949, S. 7, Dok. D-922.

[161] Rückblickend äußerte der „Reichsführer SS“ Heinrich Himmler im Mai 1944 vor Juristen, daß im Jahre 1933 „die harten Zugriffe (die Massenverhaftungen und das Errichten von Konzentrationslagern – K. D.) ohne gesetzliche Grundlage erfolgten“. Am Vortage hatte er vor Generalen einer ähnlichen Äußerung hinzugefügt, man habe dies „damals vielfach nicht verstanden“.[13] Er spielte damit auf den Umstand an, daß 1933 noch relativ regellos und willkürlich vorgegangen wurde und daß in bisherigen Rechtsbegriffen Denkende im In- und Ausland vor allem an diesem ungezügelten Vorgehen der Nazi- und Polizeiorgane Anstoß nahmen. Um dem zu begegnen, suchte das Regime zunehmend seine Untaten normativ zu umschreiben. Federführend waren dabei Ministerialbeamte und Juristen, die oft auf demselben Gebiet schon dem Weimarer Staat gedient hatten, gemeinsam mit SS- und Polizeioffizieren, vielfach jungen Akademikern, die neu in die Ämter einrückten oder die neuen Terrororgane einrichteten. Auf diese Weise verbanden sich langjährige Erfahrungen und herkömmliche Formen der Verfolgung des Gegners mit der brachialen Absicht, ihn zu vernichten. Das juristisch bemäntelte und institutionalisierte Vorgehen, gleich, ob durch Polizeiorgane oder Justizeinrichtungen, blieb letztlich glatte Willkür und nacktes Unrecht.

Hinsichtlich der Schutzhaft vereinheitlichten Verwaltungsjuristen die Verfahrensweise in den einzelnen Ländern und bauten sie aus. Ein Erlaß des Reichsministeriums des Innern vom April 1934 bestimmte, daß vor allem das Geheime Staatspolizeiamt und dessen regionale Stellen sowie ihnen übergeordnete Instanzen in Preußen und ähnliche Behörden in anderen Ländern Schutzhaft verhängen durften.[14]

Das Geheime Staatspolizeiamt ging aus der Abteilung IA beim Berliner Polizeipräsidium hervor, die in der Weimarer Republik de facto die politische Polizeizentrale in Preußen war. Göring ließ diese Abteilung noch im Februar 1933 herauslösen und erweitern, insbesondere durch ein Referat zur „Bekämpfung des Kommunismus“. Sie erhielt sogleich exekutive Vollmachten, „um die wirksame Bekämpfung aller gegen den Bestand und die Sicherheit des Staates gerichteten Bestrebungen zu sichern“.[15] Ebenso übernahm der Chef des Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, im März 1933 die politische Abteilung der Polizei in München. Ähnlich wurden in den anderen Landesteilen die politischen Polizeiorgane verselbständigt und zum Teil bereits Geheime Staatspolizei genannt, so in Sachsen im Juli und in Baden im August 1933. Im Laufe eines Jahres übertrug man Himmler als Politischem Polizeikommandeur der Länder ihre Führung, darunter im April 1934 die des Preußischen Geheimen Staatspolizeiamtes, dessen unmittelbare Leitung Heydrich erhielt.

Damit war die Zentralisierung und zum Teil auch die Vereinheitlichung der politischen Polizeiorgane abgeschlossen, denen die Verfolgung der Regimegegner oblag. Sie bedienten sich dabei zahlreicher Spitzel. Darüber hinaus hielt eine Anordnung des stellvertretenden NSDAP-Chefs, Rudolf Heß, seit Oktober 1934 die Einrichtungen der Nazipartei an, „Vorgänge politisch-polizeilichen Charakters“, besonders Vermutungen über hoch- und landesverräterische Betätigung, „unverzüglich den Dienststellen der Geheimen Staatspolis zur Kenntnis zu bringen“.[16] Die einlaufenden Meldungen und die Verhaftungen schlug [162] sich in regelmäßigen Berichten der regionalen politischen Polizei nieder, die seit Ende 1933 zentral zusammengefaßt wurden.

Der Sicherheitsdienst hatte schon vor 1933 nachrichtendienstlich politische Gegner beobachtet. Von 1933 an besetzte er Schlüsselstellungen in der Gestapo, nicht zuletzt im Geheimen Staatspolizeiamt, zum Teil in Personalunion mit Positionen in der SD-Zentrale. Nach wie vor richtete der SD, besonders seine sogenannte Abwehrabteilung, ein Hauptaugenmerk auf die Regimegegner, wobei er sich regional in zehn Oberabschnitten mit zusammen rund 30 Abschnitten auf viele „Vertrauensleute“ stützte. Sein wahrscheinlich erster zusammenfassender Lagebericht vom Mai/Juni 1934 umfaßte einen längeren Abschnitt über die laufend beobachtete KPD.

Das Zusammenspiel von SD und Gestapo betonte Himmler ausdrücklich in seiner Richtlinie vom Juli 1934, nach welcher der SD „eine wesentliche Ergänzung der mit diesen Aufgaben (des „Staatsschutzes“

[13] ZStA Potsdam, Filme 3361 u. 4141.
[14] Ebenda, Film 14 929.
[15] Preußische Gesetzsammlung, 29/1933, S. 122.
[16] ZStA Potsdam, Film 14 355. – Dies ergibt sich aus dem Bezug der zitierten erneuten Anweisung Bormanns vom November 1937. Heß bestätigte im Dezember 1938 die Hilfeleistungspflicht der NSDAP für die Gestapo (ebenda).

– K. D.) betrauten staatlichen Vollzugsorgane“ sei. „Als Grundsatz für die klare Trennung der Arbeitsgebiete bei der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Polizeibehörden und dem SD gilt: a) daß die staatlichen Polizeibehörden die Feinde des NS-Staates abwehren und sie bekämpfen, b) daß der SD die Feinde der NS-Idee ermittelt und die Bekämpfung und Abwehr bei den staatlichen Polizeibehörden anregt.“[17] Ende 1934/Anfang 1935 hieß es in einer Studie des Polizei-Instituts Berlin-Charlottenburg, der SD stehe „dem Beamtenapparat der Politischen Polizei als Hilfsorgan zur Seite“, um die Aufgaben der Gestapo – nach faschistischem Sprachgebrauch: Ermittlung politischer Straftaten, polizeilicher Schutz des Staates, Erforschung und Bekämpfung aller staatsfeindlichen Bestrebungen sowie auch Ermittlung von politischen Anschauungen im Volke und Beobachtung des gesamten politischen Lebens – erfüllen zu helfen, „da die Politische Polizei nicht so verzweigt ist wie der SD“. Beantrage der SD „eine polizeiliche Maßnahme, so hat die Politische Polizei dem Ersuchen nachzukommen“. Weiter hieß es in dem Text, laut Anweisung des Reichsführers SS sei neben der Politischen Polizei der SD „wichtiges Organ des Staatsschutzes“.[18]

Weitere Institutionen, die in dieser Zeit überwiegend oder zum Teil politische Gegner bespitzelten und exekutive Schritte empfahlen, waren u. a. das „Forschungsamt“ des Reichsluftfahrtministeriums, das den Fernsprech- und Funkverkehr abhörte; lokale und regionale Organe der NSDAP, die monatlich u. a. über die politische Lage in ihrem Gebiet berichteten; die Regierungs- und Oberpräsidenten, die sich bei ihren Rapporten auf Meldungen der Landräte und Bürgermeister stützten; die Deutsche Arbeitsfront, die seit Mitte 1933 über einen SA- und SS-Verbindungsstab, später über ein Abwehramt (danach [163] Amt Information) verfügte, die vor allem staatsfeindlicher Betätigung in den Betrieben nachspürten und die politische Einstellung der Arbeiter überwachten.[19]

Den politischen Gegner auch unter gerichtlichem Deckmantel in beschleunigten Verfahren zu vernichten, war Hauptaufgabe von Ausnahmegerichten, zunächst vor allem der im März 1933 in jedem Gerichtsbezirk gebildeten Sondergerichte, die Verstöße gegen die Verordnung vom 28. Februar 1933 unanfechtbar verurteilten. Die ersten Todesstrafen gegen Kommunisten verhängte das Schleswig-Holsteinische Sondergericht nach einer Verhandlung vom 8. Mai bis 2. Juni 1933. Mit dem sogenannten Volksgerichtshof – im Einvernehmen mit Hitler von Frick im Januar 1934 angeregt – entstand im April desselben Jahres das oberste Sondergericht, das in erster und letzter Instanz für Hoch- und Landesverratsfälle zuständig war.

Generell galt für die Strafjustiz der von Reichsjustizminister Franz Gürtner aufgestellte Grundsatz, das Regime sehe „als Unrecht jeden Angriff auf die Belange der Volksgemeinschaft an, jeden Verstoß gegen die Forderungen der völkischen Sittenordnung. Unrecht ist also künftig in Deutschland auch da möglich, wo es kein Gesetz mit Strafe bedroht.“[20] Sein Staatssekretär Roland Freisler erklärte, bereits der „Wille“ des Gegners, „der Bestand, Kraft und Friede des Volkes von innen heraus bedroht“, sei zu „vernichten“: „Soll das Strafrecht seinen Zweck, das Volk zu schützen, erfüllen, so muß es diesen gegnerischen Willen angreifen, ihn vernichten.“[21]

---

[17] Ebenda, Film 14 354. – Im Mai 1935 waren in dem – seit Januar dieses Jahres so bezeichneten – Sicherheitshauptamt 1419 Mitglieder der SS beschäftigt (ebenda, Film 14 455). Die Anzahl der SD-Angehörigen stieg bis Januar 1938 auf 5050 und bis Dezember 1938 auf 7230 (Alwin Ramme, Der Sicherheitsdienst der SS. Zu seiner Funktion im faschistischen Machtapparat und im Besatzungsregime des sogenannten Generalgouvernements Polen, Berlin 1970, S. 53). Die 607 männlichen Angehörigen des Geheimen Staatspolizeiamtes und der Gestapo in Preußen im Juni 1935 lassen sich dazu nicht in Beziehung setzen, da die Zahl offensichtlich nur eine Teilangabe ist (Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland 1933-1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit, (West-)Berlin 1965, S. 159). In den Konzentrationslagern gab es zur gleichen Zeit (Mai 1935) 2241 Angehörige der Wachtruppe (ZStA Potsdam, Film 14 451).

[18] ZStA Potsdam, Film 14 354.

[19] Auf das hier nicht zu verfolgende Zusammenspiel von Gestapo, Sicherheitsdienst, Auswärtiges Amt, diplomatischen Vertretungen und NSDAP-Einrichtungen gegenüber Emigranten sei zumindest hingewiesen.

[20] Franz Gärtner, Der Gedanke der Gerechtigkeit in der deutschen Strafrechtserneuerung. Vortrag, gehalten auf dem XV. Internationalen Strafrechts- und Gefängniskongreß am 18.8.1935 in Berlin, in: Franz Gärtner/Roland Freisler, Das neue Strafrecht. Grundsätzliche Gedanken zum Geleit, Berlin 1935, S. 23.

[21] Roland Freisler, Das neue Strafrecht als nationalsozialistisches Bekenntnis, in: Gärtner/Freisler, S. 134.

Diese Vernichtungsabsicht durchzog neuerlassene Strafgesetze, z. B. das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom April 1934, die Debatten der Strafrechts- und der Strafprozeßkommission wie die Spruchpraxis bei politischen Verfahren und den Strafvollzug.

Für das Zusammenspiel der Repressivorgane war es schon in dieser Zeit symptomatisch, daß politische Häftlinge nach Ablauf der Strafzeit an die politische Polizei zur „Inschutzhaftnahme“ ausgeliefert wurden, wie das Preußische Justizministerium im Mai 1934 anwies[22], und daß das Reichsjustizministerium die Konzentrationslager im Emsland ab April 1934 übernahm und beibehielt. Ferner billigte das Reichsgericht die extensive Auslegung der am 28. Februar 1933 erlassenen Verordnung und die darin enthaltene Androhung der Todesstrafe für Hochverrat. Das Preußische Oberverwaltungsgericht entschied, daß alle Verfügungen der Gestapo der verwaltungsgerichtlichen Nachprüfung entzogen seien.

Nicht zuletzt trug die Propaganda dazu bei, Terrormaßnahmen bekanntzumachen und Furcht zu verbreiten. Publikationen über Verhaftungen, Konzentrationslager und Gerichtsverfahren häuften sich gerade in der ersten Zeit. Hinzu kamen Gerüchte über Mißhandlungen, Morde und KZ-Greuel.

Überwog in den ersten Wochen der faschistischen Herrschaft noch der regellose Terror, der zum Teil dem Vorgehen der Nazis gegen politische Gegner vor 1933 ähnelte, so wurde er [164] ab Ende Februar 1933 zunehmend kanalisiert, institutionalisiert und bürokratisiert. Befaßten sich zunächst Hitler, Göring, Frick, Himmler und andere faschistische Führer im Ministerrang und in zentralen NSDAP-Funktionen maßgeblich mit der Ingangsetzung der politischen Verfolgung, so bauten in der Folgezeit untergeordnete Instanzen den Terror zum System aus. Doch schon 1933/34, als sich der zentral geleitete und in sich verzahnte Terrorapparat erst in den Grundzügen herausbildete, hatte die Handhabung des Terrors in Dimension und Brutalität eine völlig neue Qualität angenommen, so sehr sich das System auch noch als ausbaufähig und perfektibel erweisen sollte.

2. Ausbau des Terrorsystems mit Blick auf den Krieg

Im Mai 1933 verfolgten SS-Gruppenführer Kurt Daluege, im preußischen Innenministerium Leiter der Polizeiabteilung, und Oberregierungsrat Rudolf Diels, Inspekteur des Preußischen Geheimen Staatspolizeiamtes, den Gedanken, die politische Polizei in Reichsverwaltung zu nehmen. Der Reichsminister des Innern ließ die Pläne dahingehend erweitern, das Preußische Geheime Staatspolizeiamt zum Geheimen Polizeiamt des Reiches und das Preußische Landeskriminalpolizeiamt zum Reichskriminalpolizeiamt auszubauen und beide dem Innenministerium zu unterstellen.[23] Das im November 1933 konzipierte und im Januar 1934 erlassene Gesetz über den Neuaufbau des Reiches schrieb schließlich vor, daß die Landesrechte – damit auch die über die Polizei – auf die Reichsregierung übergingen. Für den Bereich der politischen Polizei waren wesentliche Schritte in diese Richtung schon getan.

Im Frühjahr 1936, nach einer Phase der inneren Festigung des Regimes und nach Einsetzen der forcierten Kriegsvorbereitung, wurde im Reichsinnenministerium ein Entwurf für einen Hitlererlaß über die Zentralisierung der Polizeigewalt im Reich formuliert, der im Juni desselben Jahres verabschiedet wurde. Durch den Erlaß wurde „zur einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben im Reich“ Himmler als Chef der Polizei eingesetzt. Er führte seither die Dienstbezeichnung „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern“.[24]

Wenige Tage später ordnete Himmler eine Neugliederung der Polizei an. Im Hauptamt Sicherheitspolizei wurden politische und Kriminalpolizei unter Heydrich zusammengefaßt, der in Personalunion Chef des SD blieb. Ab Oktober 1936 nahm das Preußische Geheime Staatspolizeiamt die Aufgaben des Politischen Polizeikommandeurs der Länder wahr. Auf der mittleren Ebene koordinierten Inspekteure der Sicherheitspolizei die einheitlich so bezeichneten Staatspolizei- und Kriminalpolizeistellen und sorgten für deren Zusammenspiel mit Verwaltungsbehörden, militärischen Dienststellen und

[22] IML/ZPA, PSt. 3/271.
[23] ZStA Potsdam, Film 14 355.
[24] RGBl., 1936/I, S. 487.

NSDAP-Einrichtungen. Die Funktion der Inspekteure übernahmen die Leiter der SD-Oberabschnitte, so daß der SD im Gefüge der Sicherheitspolizei auf allen Ebenen präsent und eine geschlossene Führung aller drei Zweige des Überwachungs- und Vollzugsapparates gewährleistet war.

Wesentlicher Impuls der Zentralisierung und Vereinheitlichung war der Übergang zur forcierten Kriegsvorbereitung in den Jahren 1935/36. Auf sie bezogen sich ausdrücklich begleitende Maßnahmen: die Ausweitung des Terrorapparates, speziell auf Betriebe, der [165] Auf- und Ausbau großer Konzentrationslager und die Einrichtung einer Verhaftungskartei (A-Kartei).

Auf Grund von Anregungen, die der Rüstungsbeirat des Reichswehrministeriums in Frühjahr 1935 von Monopolunternehmen einholte, wurde der Werkschutz der Großbetriebe ausgebaut. Seit Ende 1937 stand dieser unter der sicherheitspolizeilichen Aufsicht Himmlers, der mit ihrer Wahrnehmung im März 1938 die Gestapostellen betraute. Bei den Unternehmen lag die Leitung des Werkschutzes in den Händen von Abwehrbeauftragten, meist leitenden Konzernmanagern. Vom Geheimen Staatspolizeiamt offenbar vor September 1939 herausgegebene „Richtlinien für die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit der Abwehrbeauftragten“ besagten, Aufgabe des einzelnen Beauftragten als „Hilfsorgan der Geheimen Staatspolizei“ sei es, „a) alle Beobachtungen und Feststellungen über staatsgefährliche Bestrebungen innerhalb seines Betriebes oder Geschäftsbereiches der Geheimen Staatspolizei sofort mitzuteilen, b) als Meldestelle der Betriebsführung für alle anfallenden Verrats- und Sabotageangelegenheiten tätig zu werden, c) den Anweisungen der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr und Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen Folge zu leisten“. Besonders habe er auf „Unruhestiftung, Aufwiegelung, Verrats- und Sabotagehandlungen“ sowie auf „frühere und gegenwärtige Staatsfeinde aller politischen Richtungen“ zu achten, die „insbesondere in Spannungszeiten ständige Gefahrenquellen für die reibungslose Durchführung des Wirtschaftsprogramms darstellen“.[25]

Die Mitte 1936 beginnende Errichtung großer Konzentrationslager stand von vornherein unter dem Gesichtspunkt, daß diese „den Bedürfnissen eines Krieges im erhöhten Maße Rechnung tragen“ müßten.[26] Sie sollten nicht nur Tausende Häftlinge aus kleineren Lagern aufnehmen, sondern auch für weitere Verhaftungsaktionen, besonders bei der Entfesselung des geplanten Krieges, gerüstet sein und außerdem Platz dafür bieten, jeweils eine SS-Totenkopf-Standarte in Regimentsstärke zu stationieren. Bei Wahl der Lage sprachen, wie für Sachsenhausen nachweisbar, militärische Dienststellen mit. Unter diesen Aspekten wurde Dachau 1936 vergrößert, im Juli 1936 Sachsenhausen, ein Jahr darauf Buchenwald, im Mai 1938 Flossenbürg, im August Mauthausen und im November desselben Jahres Ravensbrück errichtet.

Im Zusammenhang mit der Planung von Kriegsgefangenenlagern zeigte es sich übrigens, wie das OKW auf diese typisch faschistischen Einrichtungen zurückgriff. Es regte im März 1938 an: „Für den Lageraufbau und die Lagerbewachung“ müßten „die Erfahrungen der Gestapo bei der Anlage der Konzentrationslager“ berücksichtigt werden.[27] So gingen also der spezifisch faschistische Terrorapparat und die militärischen Instanzen bei der Kriegsvorbereitung voll und ganz konform.

Auch bei weiteren Maßnahmen kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen Gestapo, Armee und Verwaltung. Damit „jederzeit die Möglichkeit besteht, im Falle außergewöhn-[166]licher Ereignisse (Kriegsfall) alle Staatsfeinde oder auch gegebenenfalls die Staatsfeinde bestimmter Richtungen im gesamten Staatsgebiet schlagartig in Schutzhaft nehmen zu können“, verfügte im Februar 1936 der Politische Polizeikommandeur der Länder, es sei eine Kartei solcher Personen anzulegen. Sie habe alle zu erfassen, „von denen ohne weiteres zu erwarten steht, daß sie sich gemäß ihrer früheren politischen

[25] Zit. nach Klaus Drobisch, Dokumente zur direkten Zusammenarbeit zwischen Flick-Konzern und Gestapo bei der Unterdrückung der Arbeiter, in: JfW, 1963/III, S. 214; siehe auch derselbe, Der Werkschutz – betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: JfW, 1965/IV, S. 219 f

[26] Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, Berlin 1961, S. 32; Schreiben Eickes vom 27.10.1936.

[27] Zit. nach Laurenz Demps, Einige Bemerkungen zur Genesis der faschistischen Arbeitseinsatzkonzeption, in: Deutscher Imperialismus und polnische Arbeiter in Deutschland 1900-1945. Materialien eines wiss. Koll. der Sekt. Gesch. der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Mai 1977, S. 95.

Einstellung und Tätigkeit oder auf Grund ihrer jetzigen Einstellung als Hetzer oder Aufwiegler, als Saboteure oder Nachrichtenagenten oder in ähnlicher, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdender Weise betätigen".[28] Eine weitere Anweisung vom Januar 1937 hob nochmals hervor, daß vor allem Kommunisten in dieser A-Kartei festzuhalten seien. Ab Juli 1938 wurde sie neu gegliedert. Die Gruppe A 1 umfaßte alle als besonders bedeutend und gefährlich angesehenen „Staatsfeinde", die schon bei Vorausmaßnahmen für die Mobilmachung festzusetzen, die Gruppe A 2 die politischen Gegner, die bei Kriegsentfesselung zu verhaften, die Gruppe A 3 diejenigen, die bei schweren Belastungsproben und innenpolitischen Spannungen zu beobachten oder zu arretieren seien. Auf den Karteikarten kennzeichneten farbige Reiter die Parteizugehörigkeit: Kommunisten erhielten dunkelrot.[29] Zwei Monate später ausgegebene Richtlinien legten fest, von welchen Gestapostellen die Festzunehmenden den Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen oder „dem in Ostpreußen zu richtenden Konzentrationslager zuzuführen" seien.[30] Die Verhaftungsaktionen nach der A-Kartei wurden in das Mobilmachungsbuch für die Zivilverwaltungen aufgenommen, dessen Ausarbeitung das Wehrmachtamt im Februar 1935 anordnete. Sie erhielt die Chiffren Z 1112 für die Gruppe A 1 und Z 1352 für die Gruppe A 2.[31]

Der Sicherheitsdienst intensivierte in dieser Zeit die Beobachtung des politischen Gegners und die Erforschung der Stimmung und Haltung des deutschen Volkes. Der Erlaß Heydrichs vom Juli 1937 legte zur „gegenseitige(n) Ergänzung unter Vermeidung von jeder Doppelarbeit" fest, die Gestapo übernehme die Bereiche Kommunismus/Marxismus, Landesverrat und Emigranten, der SD die Gebiete Wissenschaft, Volkstum, Erziehung, NSDAP und Staat sowie Verwaltung. Hinsichtlich der Bereiche Kirchen, Pazifismus, Juden, Rechtsopposition, Wirtschaft und Presse gelte: Die Gestapo bearbeite Einzelfälle, in denen staatspolizeiliche Maßnahmen in Betracht kämen, der SD alle allgemeinen und grundsätzlichen Fragen. Das bedeutete, so ergänzte Heydrich im September 1937: „Aufgabe der Lageberichterstattung auf den Lebensgebieten kann es nur sein zu berichten, wie sich die nationalsozialistische Weltanschauung auf den einzelnen Lebensgebieten durchsetzt und welche Widerstände und ggf. von wem zu verzeichnen sind."[32]

[167] Die ausgedehnte Beobachtungstätigkeit des SD komplettierten – abgesehen von der Aktivität schon existierender Institutionen, deren periodische Meldungen zentral zusammengefaßt wurden – weitere Institutionen, so der „Beauftragte des Führers für Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP", die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte und das Hauptamt für NS-Volkswohlfahrt. Die unterste Stufe in diesem in sich eng verflochtenen Überwachungsnetz nahmen die Blockleiter der NSDAP ein, die zur Kontrolle eine Haushaltungskartei führten. Ihre Aufgaben waren in offiziellen Publikationen festgehalten: „Die Verbreiter schädigender Gerüchte hat er (der Blockleiter – K. D.) feststellen zu lassen und sie an die Ortsgruppe zu melden, damit die zuständige Dienststelle benachrichtigt werden kann."[33] Auch die Sammler für das Winterhilfswerk und für ähnliche Spendenaktionen bedeuteten eine Gefahr für jeden, der kritische oder ablehnende Worte äußerte.

Im propagandistischen Bereich taten sich führende Leute aus dem Terrorapparat selbst aktiv hervor, so Heydrich 1935 mit der Veröffentlichung „Wandlungen unseres Kampfes"; Heydrich, sein Stellvertreter Best und der Regierungsrat im Geheimen Staatspolizeiamt Hans Tesmer im April 1936 mit

[28] BA Koblenz, R 58/264.

[29] ZStA Potsdam, Film 2939. – Der Umfang der A-Kartei ist bisher nicht bekannt. Die Hauptkartei des Geheimen Staatspolizeiamtes verfügte am 1.1.1939 über 1.980.558 Karten mit Personalangaben und 641.497 dazugehörige Akten (ebenda, Film 14355).

[30] BA Koblenz, R 58/1027. – Dachau wurde möglicherweise deswegen nicht berücksichtigt, da es offenbar schon zu diesem Zeitpunkt für die Formierung der zum Kriegseinsatz bestimmten SS-Totenkopf-Einheiten vorgesehen war.

[31] ZStA Potsdam, Filme 2939 u. 10732. – Über Zusammenhänge und weitergehende Terrormaßnahmen während der Vorbereitung und Entfesselung des Krieges siehe auch Laurenz Demps, Dokumente zur Funktion und Rolle der faschistischen Partei (NSDAP) bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1937-1939), in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg", 3-4/1977, S. 52 ff., bes. S. 69 f.

[32] Zit. nach Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944, hrsg. von Heinz Boberach, Neuwied/(West-)Berlin 1965, S. XIV.

[33] Eberhard Kadatz, Block und Zelle in der NSDAP. Nach Richtlinien des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley, Dresden 1937, S. 15.

Aufsätzen über die Bekämpfung der Staatsfeinde, über die Gestapo und über die Schutzhaft in der Zeitschrift „Deutsches Recht“; Himmler 1936 mit der Schrift „Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation“, die die unveränderte Stoßrichtung des Terrors ein weiteres Mal verdeutlichte, und mit seinem Vortrag „Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei“ auf einem Lehrgang der Wehrmacht im Januar 1937, wo er u. a. vom künftigen „Kriegsschauplatz Innerdeutschland“ und dessen Sicherung sprach. Der Text wurde in einer vertraulichen militärischen Schrift publiziert.[34]

Von Mitte 1938 an machte man sich beim Sicherheitsdienst Gedanken über die weitere Organisation des Überwachungs- und Vollzugsapparates. Sie fanden ihren Niederschlag u. a. in einer Denkschrift der Stabskanzlei des SD vom 24. Februar 1939. Ziel der Überlegungen war die „Garantierung der inneren Sicherheit“ im A-Fall, der Kriegsentfesselung. „In der weiteren konsequenten Durchführung der politischen Entwicklungslinie der SS, d. h. im Prozeß der Verschmelzung von Polizei und SS“, sei die „Schaffung des Reichssicherheitsdienstes (Verschmelzung SD – Sipo)“ durch „sinnvolle Zusammenlegung der gemeinsamen Reichszentralstellen“ ein „weiterer Meilenstein“. In der Ausarbeitung tauchte auch der Name Reichssicherheitshauptamt auf. Dafür seien unter Beibehaltung des Erlasses vom Juli 1937 über die Funktion von SD und Gestapo, der noch nicht das erforderliche „zahnradmäßige Ineinandergreifen“ gebracht habe, sechs Ämter (I Verwaltung und Recht, II Forschungsamt, III Nachrichtendienst Inland, IV Nachrichtendienst Ausland – also die drei bisherigen 8 D-Ämter –, V Abwehr und politische Exekutive, d. h. die Gestapo und VI Verbrechensbekämpfung, Kriminalpolizei) zusammenzufassen. Die Aufgaben der für die politische Überwachung im Innern zuständigen Ämter wurden bereits abgesteckt: Amt II sollte eine „großlinige Planung der Bekämpfung der Gegner durch Erforschung ihrer Ideologien, Weltanschauungen, taktischen Kampfmethoden und Strategien“ betreiben, Amt III „Träger eines wirklich schlagkräftigen Nachrichtendienstes auf alle(n) Lebensgebieten“ sein. Als spätester Termin der Neuorganisation war der 1. Oktober 19 vorgesehen.[35]

[168] Nach einem Vermerk über Äußerungen Heydrichs vom 4. April 1939 lehnte Himmler den vorgeschlagenen Namen Reichssicherheitsdienst ab, da diesen schon das Kommando zum Schutze Hitlers trage. Bestätigt wurden die Aufgaben der SD-Ämter, unterstrichen die enge Zusammenarbeit zwischen den künftigen Ämtern III und V.[36] Eine undatierte Studie „Grundsätzliche Gedanken zur Neugliederung“, die sich mit der Geheimen Staatspolizei befaßte, stimmte der neuen Gliederung zu und verwies außerdem auf das Interesse der „militärischen Stellen, unter Zugrundelegung der Theorie des Totalen Krieges auch die Beobachtung der politischen Entwicklung im In- und Ausland wenigstens in der Spitze total zu beherrschen“. Der Verfasser plädierte desweiteren für eine Reichskartei, gab jedoch wegen zu erwartender Anlaufschwierigkeiten zu bedenken, die Zusammenlegung und Neugliederung „erst dann vorzunehmen, wenn die in Aussicht genommenen größeren Aufgaben gelöst sind“.[37] Zweifellos waren damit Terroraktionen bei Kriegsentfesselung gemeint.

Auf den Zeitpunkt des Kriegsausbruchs waren in der zweiten Hälfte der 30er Jahre der gesamte Ausbau, die Spezialisierung und die Verzahnung des Terrorapparats orientiert. Besonderen Anteil hatten daran Himmler und Heydrich, allerdings nicht, wie in zahlreichen bürgerlichen Darstellungen behauptet, in erster Linie aus persönlichem Machtstreben, sondern vorrangig im Interesse der Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus. Diese Politik im Innern durchzusetzen sowie das ganze Regime politisch, insbesondere gegenüber dem Klassengegner, abzusichern, war die erklärte Hauptaufgabe der faschistischen Überwachungs- und Exekutivorgane. Die ausschlaggebende Rolle spielten dabei nach wie vor die sich ergänzenden Repressiveinrichtungen der Polizei und Nazipartei.

3. Die ersten Kriegswochen

In den Nachtstunden des 31. August 1939 ordnete ein Fernschreiben des Chefs der Sicherheitspolizei, Heydrich, an die Staatspolizeistellen an, am nächsten Tag ab sieben Uhr die in Gruppe A 1 der A-

[34] IMG, Bd. 29, S. 225, Dok. PS-1992-A.
[35] ZStA Potsdam, Film 626.
[36] Ebenda.
[37] Ebenda, Film 1174.

Kartei Verzeichneten festzunehmen.[38] Rund 2000 Kommunisten und eine nicht mehr feststellbare Anzahl sozialdemokratischer Funktionäre wurden daraufhin verhaftet und alsbald in Konzentrationslager geworfen. Darüber hinaus verfügte das Geheime Staatspolizeiamt am 1. September 1939, die zentrale Aufgabe sei es, „staatsfeindliche und staatsgefährdende Umtriebe, namentlich auf kommunistisch-marxistischer Grundlage sowie im Rahmen der sogenannten Volksfrontpolitik mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen und niederzuhalten".[39] Nach den höchstwahrscheinlich von Heydrich oder dessen Stab verfaßten „Grundsätzen der inneren Staatssicherung während des Krieges" vom 3. September 1939 sollten alle verhafteten politischen Gegner unver-[169]züglich dem Chef der Sicherheitspolizei gemeldet werden, der über ihre „brutale Liquidierung" entscheide. Personen, die aktiver kommunistischer und sozialdemokratischer Betätigung, „Aufwiegelung oder Zersetzung" der Wehrmacht oder größerer Personengruppen sowie Sabotage verdächtig seien, so hieß es in einer ergänzenden Verfügung vom 20. September 1939, würden durch „rücksichtslosestes Vorgehen (nämlich durch Exekution) ausgemerzt".[40]

Tatsächlich ließ Himmler nach Vortrag Heydrichs in den Septembertagen 1939 eine Reihe von Exekutionen durchführen. Außerdem befahl er, alle nach Kriegsbeginn in Konzentrationslager gebrachten politischen Häftlinge dort zunächst in Strafabteilungen zu stecken. In Hinblick darauf ordnete der Gestapochef Heinrich Müller im Oktober 1939 an, in den Betrieben, wo durch den Verhafteten die Belegschaft politisch beeinflußt worden sei, solle „durch Anschlag die Einweisung in ein Konzentrationslager" bekanntgemacht werden. Mittels „einer geschickt einsetzenden Flüsterpropaganda" könne die „abschreckende Wirkung erhöht" werden.[41]

Sprunghaft erhöhte sich in den ersten Kriegstagen die Zahl der Strafandrohungen. Offenkundig von langer Hand vorbereitet, stellten solche Schubladenbestimmungen u. a. das Abhören ausländischer Sender, Wehrkraftzersetzung, Kontakte mit Kriegsgefangenen, Vernichtung von Rohstoffen, fehlerhafte Produktion und Zerstörung von militärischen Ausrüstungsgegenständen, Störungen in wichtigen Betrieben und den Zusammenschluß gegen den Krieg unter Todesstrafe. Die Zahl der Urteile in politischen Verfahren stieg gleichfalls rapide an, so bei sogenannten Rundfunkverbrechen von 36 im Jahre 1939 auf 830 im Jahre 1940, und wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen im selben Zeitraum von 3 auf 1909. Beim Volksgerichtshof erhöhte sich von 1939 zu 1940 die Anzahl der Angeklagten von 470 auf 1091, die der Urteile von 281 auf 556. Gegenüber der späteren Häufung von Todesurteilen überwogen noch die Haftstrafen.[42] Sie sollten allerdings [170] erst ab Kriegsende

[38] Ebenda, Film 1628.– Eine ähnliche Verhaftungsaktion ließ Heydrich durch eine Anweisung vom 18.6.1941 vorbereiten, wobei ausdrücklich zunächst nicht die in der weiter existierenden A-Kartei Erfaßten, sondern besonders gefährlich erscheinende KPD-Funktionäre festgenommen werden sollten. Die Arretierung erfolgte – in geringerem Maße als am 1.9.1939 – am 22.6.1941. In einer anderen Anweisung vom 18.6.1941 heißt es: „Bei allen fremdvölkischen Arbeitskräften ist im Falle von Arbeitsverweigerungen, Feindpropaganda oder Sabotageverdacht mit Festnahmen und Schutzhaft schärfstens durchzugreifen" (ebenda, Film 1176).

[39] Ebenda, Film 1629.

[40] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 525, Dok. 60; S. 527, Dok. 62.

[41] ZStA Potsdam, Film 1628. – Abschreckung war auch eine Funktion der sogenannten Arbeitserziehungslager. Sie gingen auf Straflager für zum Westwallbau gepreßte Arbeiter zurück (z. B. Lager Hinzert, errichtet im Oktober 1939) und waren nach von Himmler unterzeichneten Weisungen vom Mai und Dezember 1941 für Arbeitsunlustige und -verweigerer bestimmt. Zu den ersten Arbeitserziehungslagern gehörten Hunswinkel (Januar 1940) und Watenstedt (Oktober 1940). Ihre Insassen mußten zum Teil bei Großbetrieben arbeiten, z. B. aus Hunswinkel für die AG für Hoch- und Tiefbau. Im April 1941 berichtete der SD, Leitungen von Großunternehmen hätten „auf die dringende Notwendigkeit schärferer Maßnahmen bei absichtlichen und böswilligen Disziplinlosigkeiten" aufmerksam gemacht. Da zwischen Anzeige und Strafe eine zu lange Zeitspanne liege, „würde durch eine derart verspätete Bestrafung das Moment der Abschreckung auf die übrige Gefolgschaft fortfallen". Deshalb nähmen verschiedene Unternehmen die „Zuweisung in eigens hierfür vorgesehene Erziehungslager" selbst vor (ebenda, Film 4837). Den Gestapostellen unterstehend, kamen die Arbeitserziehungslager nach Art und Verfahren, einschließlich der Strafordnung, den Konzentrationslagern nahe, wie sie denn auch oft die letzte Station vor der Einweisung in ein Konzentrationslager waren oder unmittelbar bei ihnen eingerichtet wurden. In einigen Arbeitserziehungslagern, so denen der Berliner Gestapoleitstelle in Berlin-Wuhlheide (Mai 1941) und Großbeeren (Herbst 1942), sperrte man auch politische Häftlinge ein.

[42] Deutschland im zweiten Weltkrieg, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Leitung Gerhart Hass, Berlin 1974, S. 118; Walter Wagner, Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat, Stuttgart 1974, S. 875 f., S. 945.

angerechnet werden, obwohl die Verurteilten sofort in Haftanstalten gebracht wurden. Vollstreckte Todesurteile wurden durch blutrote Plakate an den Anschlagsäulen und -tafeln angezeigt. Propagandaminister Joseph Goebbels drang darauf, in regelmäßigen Abständen neue harte Strafen, beispielsweise wegen des Abhörens ausländischer Sender, zu veröffentlichen.

Inmitten der Verordnungsflut legte Heydrich einen Entwurf über den sogenannten Volksmeldedienst vor. Nach ihm sollten alle erwachsenen Deutschen verpflichtet werden, alles anzuzeigen, was die Kriegführung beeinträchtigen könne.[43] Eine entsprechende Verordnung wurde zwar nicht erlassen; doch war die Absicht, die Überwachung bis zum Äußersten auszudehnen, charakteristisch für die Atmosphäre zu Kriegsbeginn. Im gleichen Sinne hielt die NSDAP-Führung ihre Mitglieder an, „den Beginn gefährlicher und widerspenstiger Regungen rechtzeitig ... (zu) erkennen, so daß sie mit der Wurzel ausgerottet werden können, ohne daß größere Teile der Bevölkerung von ihnen erfaßt werden“. Engste Zusammenarbeit mit der Gestapo sei notwendig, um blitzschnell und rücksichtslos zugreifen zu können.[44]

Im Zuge des mit Kriegsbeginn gesteigerten Terrors fand der Verschmelzungsprozeß der politischen Überwachungs- und Repressivorgane seinen Abschluß. Schon am 31. August 1939 hatte der Chef der Sicherheitspolizei angeordnet, die Geheime Staatspolizei habe die Tätigkeit in den Bereichen Kirche, Reaktion, Wirtschaft, NSDAP und Presse einzuschränken, hingegen die Verfolgung in den Bereichen Kommunismus/Marxismus, Opposition, Schutzhaft und Abwehr zu verstärken. Am folgenden Tag gab Heydrich eine Interimslösung für die Neugliederung des Sicherheitshauptamtes heraus. Den zentralen Zusammenschluß zum Reichssicherheitshauptamt verfügte Himmler am 27. September 1939. In den Grundzügen entsprach das Hauptamt dem vorliegenden Plan, ausgenommen die Bezifferung der Ämter: Gegnerforschung (Amt II), Deutsche Lebensgebiete (Amt III), Gegnerbekämpfung (Amt IV) und Verbrechensbekämpfung (Amt V) standen strukturell nebeneinander, danach der SD Ausland (Amt VI).[45] Eine undatierte Studie über „Organisation und Aufgaben der Geheimen Staatspolizei“ sprach daraufhin von „ineinander verflochtene(n) Aufgabenzweige(n) der Sicherheitspolizei und des SD“. Sie verfügten über 60 SD-Abschnitte und 71 Staatspolizeistellen.[46]

Mit dem Reichssicherheitshauptamt und seinen Untergliederungen war mit Kriegsbeginn das Terrorinstrument perfekt, dessen Aufgabe, wie Heydrich hervorhob, „nicht nur die exekutive Sicherung, sondern auch die weltanschauliche und lebensgebietsmäßige“ war. Dazu zählte, wie er weiter schrieb, „die totale, ständige Erfassung aller Menschen des [171] Reiches und die damit verbundene Möglichkeit einer ständigen Übersicht über die Situation der einzelnen Menschen“.[47]

Die Überwachung und Verfolgung umschloß in diesem Sinne auch die Angehörigen der Streitkräfte, wie aus der sechs Wochen vor Kriegsbeginn vom Chef des OKW, Wilhelm Keitel, erlassenen Dienstvorschrift für die Geheime Feldpolizei hervorging. Ihr wurde es übertragen, in der Armee und im Operationsgebiet „alle volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen“ zu bekämpfen und „polizeiliche Ermittlungen in Hoch- und Landesverratssachen, in Sachen Spionage, Sabotage, Wehrmittelbeschädigung, der Zersetzung sowie bei sonstigen strafbaren Angriffen gegen den Staat und die Wehrmacht“ anzustellen, im Reichsgebiet gemeinsam mit der Gestapo.[48] Die Geheime Feldpolizei rekrutierte sich

[43] ZStA Potsdam, Film 19435; Entwurf vom 18.9.1939 u. entsprechender Artikel im „NS-Schulungsbrief“.
[44] Zitiert nach Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 210.
[45] ZStA Potsdam, Filme 2436 u. 1174. – Als im Herbst 1940 das Amt I (Verwaltung und Recht) in zwei Ämter (Personal, Ausbildung und Organisation sowie Haushalt und Wirtschaft) geteilt wurde, bekam das bisherige Amt II die Bezeichnung Amt VII (Weltanschauliche Forschung und Auswertung). Obwohl es später innerhalb der Ämter Verschiebungen und auch Begriffsveränderungen gab, blieb die Hauptgliederung des Reichssicherheitshauptamtes bis zum Kriegsende bestehen. Die SS-Mitarbeiterzahl nahm im Verlauf des Krieges weiter zu. Sie betrug im Juni 1941 fast 14.300, im Dezember desselben Jahres rund 15.200, im Dezember 1942 über 16.600 und am Ende des folgenden Jahres mehr als 18.100 (ebenda, Filme 14 451, 3347 u. 1562).
[46] Ebenda, Film 1174.
[47] Zit. nach Hans Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Hans Buchheim/Marti Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Bd. I, Olten/Freiburg i. Br. 1965, S. 116; Schreiben Heydrichs an Daluege vom 30.10.1941.
[48] ZStA Potsdam, Film 14 354.

im starken Maße aus der Sicherheitspolizei und wurde 1942 eines ihrer Teile. Weiter nahmen zu Kriegsbeginn beim OKW die Brief- und bei der Gestapo die Telegrammprüfstelle ihre Tätigkeit auf.

Die in den ersten Kriegswochen getroffenen Terrormaßnahmen und ihre Wirkungen überblickend, äußerte sich Heydrich befriedigt in einer Rede, die der „Völkische Beobachter“ am 17. Februar 1941 abdruckte: Man spreche darüber mit „einer Mischung von Furcht und Grauen“ und höre von „Brutalität, ans Sadistische grenzender Unmenschlichkeit und Herzlosigkeit“. In der Tat: Basierend auf dem 1933 inaugurierten Gewaltregime und seinen in den Vorkriegsjahren ausgebauten und zusammenwirkenden Einrichtungen, agierte zu Kriegsbeginn ein zentralisiertes Terrorsystem, das die Situation im Innern beherrschte, um die Konzentration auf die ersten Kriegshandlungen und die folgenden Aggressionsakte zu gewährleisten. Offenkundig schwang auch die Erinnerung an die revolutionären Ereignisse von 1918 mit, die die Machthaber veranlaßte, in kurzer Zeit den Terror in derart umfassender Weise auszudehnen und seine Zentrale auszubauen.

4. Nach dem Zusammenbruch der Blitzkriegsstrategie

Das Menetekel des November 1918 trat den Herrschenden in Nazideutschland stärker ab 1942, vor allem aber mit der Wende des Krieges 1943 vor Augen. Nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie im Winter 1941/42 suchten sie durch erhöhten Terror auf allen Gebieten die Lage im Innern weiterhin in der Hand zu behalten. Ausdrücklich bezog sich Himmler auf die veränderte Kriegssituation, als er dem SS-Hauptamtschefs im Juni 1942 schrieb: „Die politische Entwicklung des Reiches ist durch die Kriegsereignisse noch beschleunigt worden.“ Die „erforderlichen politischen Entscheidungen werden wir nur mit der erforderlichen Durchschlagskraft zur Geltung bringen, wenn sie absolut einheitlich ausgerichtet sind und in richtiger Form den jeweiligen Schwankungen der Entwicklung Rechnung tragen“.[49]

Besondere Aufmerksamkeit widmete das Terrorregime nach wie vor der Arbeiterklasse. „Die getroffenen Vorbeugungsmaßnahmen“, so verlautete im Dezember 1941 von der Gestapo, „insbesondere die weitgehende Intensivierung der staatspolizeilichen Überwachung in den Betrieben unter Einschaltung der Abwehrbeauftragten der Rüstungsbetriebe [172] und des Werkschutzes, bieten Gewähr, daß aus diesen Kreisen eine Überraschung nicht kommen kann und jede tatsächliche Tätigkeit sofort unterbunden wird.“[50] Während der Stalingrader Schlacht wies das Reichssicherheitshauptamt die Abwehrbeauftragten an, es sei „immer dringlicher“, die Betriebe „vor Störungen durch die gegnerischen Kräfte zu schützen“.[51] Durchschnittlich wurden aus politischen Gründen monatlich verhaftet: 1941 fast 3000, 1942 knapp 5500, 1943 rund 7300 und 1944 ungefähr 8300 Personen.[52]

Zu den gegnerischen Kräften rechnete man in zunehmendem Maße die ausländischen Zwangsarbeiter. Heydrich schlug im Dezember 1941 vor, eine Arbeitsgemeinschaft aller beteiligten Ressorts zu bilden, die regelmäßig unter Leitung des Reichssicherheitshauptamtes auftauchende Probleme des Zwangsarbeitereinsatzes besprechen und entscheiden sollte.[53] Dem noch im selben Monat zusammentretenden „Arbeitskreis zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes“ gehörten Vertreter von 16 Ministerien, zivilen Ämtern, militärischen Dienststellen, NSDAP-Instanzen und Repressivorganen an.[54]

---

[49] Ebenda.

[50] Zit. nach Deutschland im zweiten Weltkrieg, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Leitung Karl Drechsler unter Mitarbeit von Klaus Drobisch und Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 91.

[51] ZStA Potsdam, Film 5216; Materialien für die Unterrichtung der politisch-polizeilichen Abwehrbeauftragten vom 2.2.1943.

[52] Errechnet aus fragmentarischen Angaben für Juni bis Dezember 1941, Mai bis August 1942, Januar bis September 1943, Januar bis Juni 1944 (IML/ZPA, St. 3/101, St. 3/103, St. 3/104, St. 3/105, St. 3/107, St. 3/108, St. 3/115, St. 3/117, St. 3/118, St. 3/119, St. 3/100/1; Günther Weisenborn, Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, Frankfurt a. M. 1974, S. 175 f.).

[53] ZStA Potsdam, Nürnberger Nachfolgeprozesse Fall 11 (Wilhelmstraßenprozeß) Nr. 373, Bl. 55, Dok. NG-3347; Notiz des Vertreters des AA über die Besprechung am 3.12.1941.

[54] Ein Hauptthema des Arbeitskreises waren Arbeitsverweigerungen und Flucht ausländischer Zwangsarbeiter. Auf Grund von Meldungen betrieblicher Terrororgane, ständigen Kontrollen und Großfahndungen, an denen sich die NSDAP, deren

In erster Linie berge „der Einsatz von Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet … größere Gefahren in sich als jeder andere Ausländereinsatz“, hieß es in der Anweisung Himmlers an Sicherheitspolizei und SD vom Februar 1942; Gestapobeamte müßten die Abwehrbeauftragten instruieren, die Überwachung an den Arbeitsplätzen und in den Unterkünften durch Werkschutz, Meister, Vorarbeiter und Lagerführer zu verstärken. Besonderes Augenmerk sei „auf die Verbreitung kommunistischen Gedankengutes und die Gefahr von Sabotagehandlungen“ zu richten. Auf jegliche dem Regime abträgliche Betätigung stehe Einweisung in Konzentrationslager oder „Sonderbehandlung“. Zugleich gelte es, „jede Solidarität zwischen deutschen Menschen und den Arbeitskräften aus dem altsowjetischen Gebiet zu vermeiden“.[55] Dementsprechend erhielten deutsche Arbeiter von [173] den Betriebsleitungen Weisung, unter Androhung der Todesstrafe alle Beziehungen zu sowjetischen Zwangsarbeitern zu unterlassen und jeden Kontaktversuch von deren Seite zu melden. Die Abwehrbeauftragten der Konzerne und Rüstungsbetriebe waren befugt, nach Gestaporichtlinien Ausländerunterkünfte zu durchsuchen, Ermittlungen anzustellen und zusammen mit Polizisten und NSDAP-Funktionären Razzien durchzuführen.[56] Je stärker die Zahl der ausländischen Zwangsarbeiter anwuchs und je mehr sich die Kriegslage für die Faschisten verschlechterte, desto härter wurde der Terror und desto enger ~ Zusammenspiel zwischen Wirtschafts- und Terrorapparat. So verlangte die Reichsvereinigung Eisen im Oktober 1943 von der Gestapo und dem Reichstreuhänder der Arbeit „schnelle Verfolgung und strenge Bestrafung“ von widerspenstigen Ausländern und „Bummelanten“, „notfalls bis zum Konzentrationslager“.[57]

Die Konzentrationslager erhielten angesichts der veränderten Lage „eine neue und zwar außerordentlich bedeutungsvolle Aufgabe“, erläuterte Himmler Anfang März 1942 dem Leiter des neugeschaffenen SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes Oswald Pohl, nämlich die KZ-Insassen für die Rüstungsproduktion auszunutzen. „Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund“, so gab Pohl diese Weisung weiter. „Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert.“ Himmler bestätigte dies, wies jedoch darauf hin, daß zumindest bei der Öffentlichkeit der Eindruck bestehen bleiben müsse, die Konzentrationslager hätten vor allem einen „Erziehungszweck“.[58]

Tatsächlich dienten die Konzentrationslager nach wie vor der Terrorisierung und Vernichtung; sie waren jedoch seit 1942 zugleich Stätten der massenhaften Ausbeutung unter sklavereiähnlichen Bedingungen. Nach den Erfahrungen, die die IG Farbenindustrie seit 1941 beim Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen gesammelt hatte, begannen Ende 1941/Anfang 1942 vor allem Großunternehmen der Flugzeugindustrie KZ-Insassen zu beschäftigen. Ihnen folgten in wachsender Zahl weitere Rüstungskonzerne, so daß 1944 das KZ-System seine größte Ausdehnung erreichte. Im März 1944 existierten 20 Haupt- und 165 Nebenlager.[59] Bis Ende 1944 verringerte sich durch Kriegsereignisse zwar die Zahl der Stammlager, doch erhöhte sich die Zahl ihrer Außenlager auf schätzungsweise 500. Die Anzahl der KZ-Häftlinge stieg von 98.000 im Juli 1942 auf 123.000 im Januar 1943, 234.000 im August 1943, über 524.000 im Juli 1944 und über 714.000 mm Januar 1945.[60]

Gliederungen und die Wehrmacht beteiligten, wurden im Monatsdurchschnitt wegen sogenannter Arbeitsniederlegungen verhaftet: 1941 rund 6500, 1942 etwa 20.000, 1943 ungefähr 29.000, 1944 über 32.000 Ausländer (siehe Anmerkung 52). Einem Bericht Kaltenbrunners vom Oktober 1944 zufolge nahm man im ersten Halbjahr 1944 rund 170.000 ausländische Zwangsarbeiter bei Kriegsfahndungen fest (ZStA Potsdam, Film 14355).

[55] IMG, Bd. 31, Nürnberg 1948, S. 501 ff., Dok. PS-018. – Außerdem kontrollierte die Auslandsprüfstelle den Briefverkehr Zwangsarbeiter. Nach dem Geschäftsverteilungsplan des Reichssicherheitshauptamtes vom Februar 1944 unterstand diese Stelle der Gestapo.

[56] Auf die durch Himmler, Ley, Sauckel und Seldte geförderte ständige Ausdehnung der unmittelbaren Strafgewalt der Unternehmer seit 1942 und ihre Strafaussprüche über die Deutsche Arbeitsfront und die Treuhänder der Arbeit, die bis zur Einweisung in Konzentrationslager gingen, kann hier nur hingewiesen werden.

[57] Zit. nach Klaus Drobisch/Dietrich Eichholtz, Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des zweiten Weltkrieges, in: ZfG, 5/1970, S. 635.

[58] Zit. nach Klaus Drobisch, Widerstand in Buchenwald, Berlin 1977, S. 56, S. 61.

[59] ZStA Potsdam, Film 14 428. – Außerdem gab es drei Jugendschutz- und knapp 50 Arbeitserziehungslager, die teilweise direkt neben Großbetrieben eingerichtet waren.

[60] Arch. GKBZHP, Proc. Nor. 4, dok. prok., T. 6, k. 40/41, Dok. PS-1469; Schreiben Pohls an Himmler vom 30.9.1943; T. 3, k. 117, Dok. NO-1990; Schreiben Burgers an Lörner vom 15.8.1944; ZStA Potsdam, Film 14428; ungezeichnete

Auch der Justizterror nahm seit 1942 zu. Im August 1942, als Hitler Georg Thierack zum Justizminister, Gurt Rothenberger zu dessen Staatssekretär und Roland Freisler zum [174] Präsidenten des Volksgerichtshofes berief, unterstrich er, die Justiz habe alles, was der Kriegführung abträglich sei, mit äußerster Härte zu verfolgen, sonst käme „das, was 1918 war". Deshalb müsse sie „rücksichtslos das Geschmeiß" ausrotten.[61] In erster Linie ging es den Faschisten darum, die Strafjustiz bei gleichbleibender Zielstellung auf die gewandelte Situation einzustellen, sie zu befähigen, noch brutaler, schneller und direkter vorzugehen. Ein wichtiges Mittel war die Vereinfachung und Verschärfung der Rechtsnormen. Den „Rahmen einer friedensmäßigen Rechtsprechung" zu sprengen, regte Rothenberger im März 1942, damals Oberlandesgerichtspräsident in Hamburg, in seiner Denkschrift „Gedanken über eine nationalsozialistische Justizreform" an.[62] Er setzte auf ein „einheitlich ausgerichtetes, in sich geschlossenes Richterkorps", wie er 1943 schrieb, das „ein schlagkräftiges Instrument ... zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Volksgemeinschaft" sei.[63]

Vereinfachte und verschärfte Handhaben boten u. a. seit Mai 1944 die neugefaßte Kriegssonderstrafrechtsverordnung und seit August 1944 die Verordnung zur Sicherung des totalen Kriegseinsatzes, die, fast wörtlich übereinstimmend, für Wehrmachtangehörige und Zivilisten besagten, daß, wer „einen besonders schweren Nachteil oder eine besonders ernste Gefahr für die Kriegsführung oder die Sicherheit des Reiches" verschulde, mit dem Tode bestraft werden könne.[64]

In der Folge stieg die Zahl der Todesurteile sprunghaft an, beispielsweise beim Volksgerichtshof von 1192 im Jahre 1942 auf 2097 im Jahre 1944.[65] Ebenso nahm die Zahl der Todesstrafen bei der Wehrmachtjustiz zu; dort wurde im Juni 1943 ein Zentrales Sonderstandgericht und im April 1944 das Zentralgericht des Heeres eingerichtet, das auch für politische Delikte zuständig war.

Indem die Strafjustiz den Terror intensivierte und forcierte, rückte sie noch näher an die Polizeiorgane heran und baute das Zusammenspiel aus. Zwar fälle die Justiz sehr harte Urteile, teilte Thierack im Oktober 1942 dem Leiter der Naziparteikanzlei, Martin Bormann, mit; doch könne sie „nur im kleinen Umfange" zur physischen Vernichtung, speziell der Slawen und Juden, beitragen. Die Polizei, die „frei von gesetzlichen Straftatbeständen ihre Maßnahmen" treffe, erreiche „wesentlich bessere Ergebnisse".[66] Unter demselben Aspekt hatten Thierack und Himmler im Vormonat vereinbart, Justizhäftlinge zur „Vernichtung durch Arbeit" in Konzentrationslager schaffen zu lassen.[67] Offensichtlich spielte dabei die Forderung der IG Farbenindustrie AG eine Rolle, Insassen von Haftanstalten für ihr Werk nach Auschwitz zu verschleppen.

Im Juni 1943 bestimmte das Reichssicherheitshauptamt, „die anfallenden Strafsachen [175] mit den zur Verfügung stehenden staatspolizeilichen Zwangsmitteln, erforderlichenfalls durch Beantragung einer Sonderbehandlung beim Reichssicherheitshauptamt zu erledigen". An die Justizbehörden seien „nur die Fälle weiterzuleiten, in denen aus stimmungspolitischen Gründen eine gerichtliche Aburteilung wünschenswert erscheint und durch vorherige Fühlungsnahme sichergestellt ist, daß das Gericht die Todesstrafe verhängt."[68] Dies betraf schließlich auch zu Zuchthaushaft verurteilte Wehrmachtangehörige,

---

Aufstellung per 1. u. 15.1.1945. – Die Wachmannschaften in den Konzentrationslagern zählten im Januar 1945 fast 41.200 Mann (ebenda). Darunter waren zahlreiche Angehörige der Luftwaffe.

[61] Zit. nach Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2, S. 404.

[62] ZStA Potsdam, Film 19 455.

[63] Zit. nach Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2, S. 404.

[64] Otto Hennicke, Über den Justizterror in der deutschen Wehrmacht am Ende des zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Militärgeschichte 6/1965, S. 719; RGBl, 1944/I, S. 184.

[65] Wagner, Volksgerichtshof, S. 945.

[66] SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1964, S. 417.

[67] IMG, Bd. 26, Nürnberg 1947, S. 201, Dok. PS-654. – Die Zahl der Insassen von Justizhaftanstalten betrug im Juni 1939 fast 109.000, im November 1940 über 134.000, im Oktober 1942 rund 196.000, im März 1943 über 181.000 und im September 1944 annähernd 198.000 (Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2, S. 417; ZStA Potsdam, Filme 1648 u. 1646). Rückgang und ungefährer Gleichstand resultierten aus der Übergabe von Strafgefangenen an Polizei und Konzentrationslager.

[68] Zit. nach Albrecht Wagner, Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens- und Richterrechts im nationalsozialistischen Staat, in: Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus, Stuttgart 1968, S. 306.

die nach einer Anordnung Himmlers vom Sommer 1944 unter dem Stichwort „Zwischenhaft II“ in Konzentrationslager gebracht wurden.[69]

Obwohl ab Mitte 1942 Strafjustiz und Polizei stärker als zuvor zusammenwirkten, ließ sich bei aller Anstrengung der Anteil der Justiz nicht so ausweiten wie derjenige der Polizeigewalt, die ihr Übergewicht im faschistischen Terrorsystem behielt. Unbeeinträchtigt blieb das enge Einvernehmen zwischen Polizei- und Justizbehörden, die beide als Exekutivorgane mit Hilfe skrupelloser Ausweitung ihrer Befugnisse und unbegrenzter Terrorbestimmungen, durch schrankenlosen Zugriff auf ihre Weise und auf ihrem Gebiet dazu beitrugen, die Situation im Innern unter Kontrolle zu halten.

Ab Januar 1942 standen die Landwacht und seit Dezember 1942 die Stadtwacht als neue Terrororgane zur Verfügung. Nach einem Übereinkommen zwischen Bormann und Himmler rekrutierten sie sich aus Angehörigen der SA, der SS und anderer Naziorganisationen sowie aus für den Kriegsdienst unabkömmlichen Zivilisten und verstärkten die örtlichen Polizeikräfte bei besonderen Terroraktionen wie Razzien u. ä. Sie standen ständig dafür bereit, gegen ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und andere „gefährliche Personen“ vorzugehen, die Ruhe in Arbeitslagern zu gewährleisten, an Fahndungen teilzunehmen oder befürchtete größere Gefangenenausbrüche und Erhebungen zu vereiteln.[70]

In ähnlicher Weise stellten Großunternehmen im Zusammenwirken mit Wehrmacht und Polizei neben dem Werkschutz Betriebstrupps und Alarmeinheiten auf, beispielsweise die Friedrich Krupp AG in ihren Essener Stammwerken zur „Bekämpfung etwaiger Unruhe unter unseren etwa 18000 (davon 6000 Ostarbeiter) ausländischen Gefolgschaftsmitgliedern“.[71] Andernorts nannten sich diese Kräfte Werk- und Gruppenwacht oder Sicherungstrupps und entstanden, unterstützt vom Reichssicherheitshauptamt, aus den Werkscharen der Deutschen Arbeitsfront.[72]

Enger gestaltete sich ferner die Zusammenarbeit zwischen Nazipartei und Geheimpolizei, z. B. gemäß der Absprache zwischen NSDAP- und SD-Führung vom August 1942, Parteidienststellen stärker in die Tätigkeit des Sicherheitsdienstes einzuschalten; durch Bormanns Anordnung vom Juni 1943, der Gestapo bei der Ermittlung von Hörern ausländischer Sender zu helfen; durch die Anweisung des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, vom Dezember 1943, die Gestapostellen hätten Anzeigen von Nazifunktionären sofort nachzugehen; durch den Runderlaß Himmlers vom April [176] und das Rundschreiben Bormanns vom Mai 1944, nach denen NSDAP-Funktionäre der Sicherheitspolizei zur Verfügung gestellt werden sollten.[73]

Himmler hob im Juni 1942 die führende Rolle des Reichssicherheitshauptamtes hervor: Die „erforderliche Anpassung“ des Terrorregimes „an die jeweils herrschende Situation“ könne „nur gesichert werden, wenn die Abstimmung aller politischen Handlungen seitens der SS von einer Stelle vorgenommen wird, die sofort und unmittelbar jede derartige Schwankung erfährt. Unter den SS-Hauptämtern hat allein das Reichssicherheitshauptamt die Möglichkeit, durch seine überwiegend politische Arbeit diesen ständigen unmittelbaren Kontakt mit jeder politischen Entwicklungsphase zu halten.“[74] Am 28. Dezember 1942 erörterte der Chef der Reichskanzlei, Hans-Heinrich Lammers, mit Himmler den Gedanken, die Polizei völlig aus dem Reichsministerium des Innern herauszulösen und ein Polizeiministerium zu schaffen.[75] Er ließ daraufhin Überlegungen mit dem Ziel anstellen, ein zentrales Polizeiministerium zu schaffen, in das das Reichssicherheitshauptamt und die Ordnungspolizei sowie der

[69] ZStA Potsdam, Film 1628; Mitteilung des Amtes IV des Reichssicherheitshauptamtes vom 5.9.1944. – Ähnlich war schon vor Kriegsbeginn verfahren worden; so bestand im KZ Sachsenhausen eine Sonderabteilung Wehrmacht (SAW).
[70] Ebenda, Film 4579; BA Koblenz, NS 6/vorl. 338, NS 6/167.
[71] Zit. nach Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2, S. 413.
[72] BA Koblenz, R 16/162; Prot. der Sitzung des Arbeitskreises für sicherheitspolizeiliche Fragen des Ausländereinsatzes am 31.3.1943.
[73] Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970, S. 19, S. 349; ZStA Potsdam, Film 3902. – Im Februar 1944 verfügte die Gestapo über fast 31.400 und der SD über knapp 6500 hauptamtliche Mitarbeiter (ebenda, Film 1629). Davon war nur ein Teil Mitglied der SS, deren Zahl im gesamten Reichssicherheitshauptamt im Juni 1944 rund 18300 betrug (ebenda, Film 14 451).
[74] ZStA Potsdam, Film 14 354.
[75] Ebenda, Film 19 608.

Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums eingehen sollten. Die Zentralbehörde, das künftige Reichssicherheitsministerium, sollte auch Aufgaben übernehmen, „die zur Zeit noch in verschiedenen Teilen des Reichsministeriums des Innern bearbeitet werden bzw. zur Zuständigkeit einzelner Fachministerien gehören". Zwar sei dies „im Augenblick noch nicht akut", teilte im März 1943 der persönliche Referent Himmlers dem Reichssicherheitshauptamt mit, doch „könne die Angelegenheit eines Tages einmal plötzlich als vordringlich auftreten".[76]

Um den Terrorapparat weiter zu zentralisieren und seine Machtbefugnisse entsprechend zu konzentrieren, wurden 1942 Maßnahmen und Entwicklungen eingeleitet, die sich 1943/44 voll auswirkten, vor allem im KZ-System, das unerhörte Dimensionen annahm. Zentralisation und Machtvollkommenheit der Überwachungs- und Polizeiorgane erreichten nicht zufällig im Verlauf der durch die Schlacht bei Kursk vollendeten Wende des zweiten Weltkrieges ihren Höhepunkt, als Himmler im August 1943 die Leitung des Reichsministeriums des Innern übernahm. Namens des großindustriellen „Freundeskreises des Reichsführers SS" gratulierte Bankier Kurt von Schröder ihm mit der Bemerkung, daß „eine starke Hand jetzt für die Führung dieses Ministeriums sicher sehr notwendig" sei.[77] Und der „Völkische Beobachter" kündigte am 27. August 1943 an, daß nun „klare Front gegen jeden Feigling, gegen den Schwächling, gegen Schmutz und Halbheit, gegen jedes kleine und große Hindernis" bezogen werde.

Der gesteigerte Terror fand gewichtige propagandistische Unterstützung dadurch, daß führende Nazis öffentlich immer drohendere Töne anschlugen. Noch vor dem Ende der Stalingrader Schlacht unterstrich beispielsweise Thierack während einer Rede in Breslau, nun müsse die „Justiz zufassen, und zwar hart zufassen. Denn wir wollen doch nicht [177] etwa die Wege von 1918 gehen."[78] Dieser Bezug auf die Novemberrevolution wiederholte sich oft in Reden, Veröffentlichungen und auch in Gerichtsurteilen, besonders seit 1943. Einer Entwicklung wie 1918 mit aller Gewalt zu begegnen, war zu einem der wichtigsten Beweggründe des Naziterrors geworden. Doch man war in Anbetracht der Erfahrungen von 1918 wiederum bemüht, keine einheitliche Front der Gegner entstehen und sich keine zusätzlichen Widersacher erwachsen zu lassen. Deshalb wurden die Hauptfeinde des faschistischen Regimes als charakterlich besonders minderwertig und ihre Taten als kriminell diffamiert. Der Verurteilte habe sich durch seine Handlungen selbst aus der „Volks-" und „Schicksalgemeinschaft" ausgeschlossen, hieß es immer häufiger in Gerichtsurteilen und in der Propaganda; er sei ein Verräter am deutschen Volk, ein ehrloser Knecht der Feinde Deutschlands. Damit sollten die deutschen Antifaschisten soweit als möglich „ausgemerzt", auf jeden Fall aber auch vom Volke isoliert werden.

Auffällig lautstark war die propagandistische Kampagne zeitweilig nach dem Abfall des faschistischen Italien. Goebbels registrierte im November 1943, die Veröffentlichungen über Hinrichtungen hätten „sehr ernüchternd und abschreckend gewirkt".[79] Ähnlich äußerte sich Himmler im Januar 1944 vor den Leitern der Reichspropagandaämter und glaubte versichern zu können, „durch irgendeine Revolte im Innern, irgendeine das staatliche, wirtschaftliche oder politische Leben bedrohende Entwicklung" sei wegen der ausgedehnten Repressalien „dieser Krieg und der Sieg dieses Krieges niemals auch nur im geringsten gefährdet". Vor allem sitze „das Gros der politischen kommunistischen Funktionäre seit vielen Jahren im Konzentrationslager". Gegen sie sei man „unnachsichtig und unbarmherzig vorgegangen". Man werde weiter „hart sein" und, wenn nötig, „Hunderte an die Wand stellen".[80]

5. Die letzten Kriegsmonate

Angesichts der Landung der Westalliierten in Frankreich und der Großoffensive der Roten Armee in Belorußland, mit denen die letzte Kriegsphase begann, sowie unter dem Eindruck des Wirkens starker, zentral geleiteter KPD- und Widerstandsorganisationen holte das Regime zum vermeintlich entscheidenden Schlag im Innern aus. Dieser Schlag traf von Juni 1944 an mit besonderer Wucht die

[76] Ebenda, Film 2918.
[77] IMG, Bd. 36, S. 534, Dok. EC-454.
[78] Arch. GKBZHP, Proc. Nor. 3, dok. prok., T. 34, k. 164.
[79] Goebbels' Tagebücher. Aus den Jahren 1942-1945. Mit anderen Dokumenten hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 477.
[80] ZStA Potsdam, Film 4141.

Kommunisten und die mit ihnen verbündeten antifaschistischen Kräfte, nach dem 20. Juli 1944 im geringeren Maße auch oppositionelle bürgerliche Kreise sowie Anhänger einer imperialistischen Politik ohne Hitler.

Während die Verhaftungs-, Verurteilungs-, Hinrichtungs- und Verleumdungswelle lief, entschieden Hitler und Himmler am 14. August 1944, den Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, ermorden zu lassen, was in der Nacht vom 17. zum 18. August 1944 in KZ Buchenwald geschah. Gleichfalls um die progressiven Kräfte im deutschen Volk zu schwächen und sie der führenden Köpfe einer vom Regime befürchteten revolutionären Erhebung und einer künftigen politischen Neugestaltung zu berauben, wurden danach in anderen Konzentrationslagern weitere KPD-Funktionäre umgebracht, so in Sachsenhausen u. a. die Reichs- und Landtagsabgeordneten Rudolf Hennig, Augustin Sandtner, [178] Ernst Schneller und Matthias Thesen, in Dora-Mittelbau der Kandidat des ZK der KPD Albert Kuntz und andere bewährte Kommunisten. In den Richtstätten der Justiz fielen ebenfalls in dieser Zeit zahlreiche Funktionäre der KPD unter dem Henkerbeil.

Am 14. August 1944 besprachen Himmler und Hitler außerdem die Verhaftung von weiteren KPD- und SPD-Abgeordneten und von SPD- und Gewerkschaftsfunktionären. Sie erfolgte unter dem Decknamen „Gitter“ eine Woche später und erstreckte sich auch auf bürgerliche Parlamentarier. Ein Teil von ihnen wurde nach einiger Zeit freigelassen, ein anderer, vor allem Angehörige der Arbeiterbewegung, wurde in Konzentrationslager verschleppt. Offenkundig beabsichtigte man, mit der „Gitter“aktion Furcht und Schrecken zu vertiefen, oppositionelle Kräfte zu treffen und zu dezimieren, damit sie nach der Niederlage nicht zur Verfügung standen.

Seit Ende 1944/Anfang 1945 ergriff der Massenmord weitere Kreise. Gestapoleute, Justizbeamte, KZ-Wächter, NSDAP-Funktionäre und auch Werkdirektoren wetteiferten darin, Häftlinge in Polizeihand, Justizanstalten, Konzentrationslagern und ihren Außenkommandos umzubringen bzw. sie bei deren Räumung zu ermorden. Es war jedoch nicht einfach ein Amoklauf, bei dem der Faschismus blindwütig um sich schlug. Nach eiskaltem Kalkül versuchte es das Regime noch angesichts seines Untergangs, die progressiven Kräfte sowohl des deutschen Volkes wie anderer Völker in möglichst großer Zahl zu beseitigen. Beispielsweise wies der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Düsseldorf am 24. Januar 1945 unter Berufung auf den Wehrmachtoberbefehlshaber West, Gerd von Rundstedt, die Gestapostellen in Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster an, gegen deutsche Kommunisten und ausländische Arbeiter „sofort und brutal zuzuschlagen. Die Betreffenden sind zu vernichten, ohne im formellen Weg vorher beim RSHA Sonderbehandlung zu beantragen.“[81] So ermordeten im Februar/März 1945 Gestapoangehörige 1800 inhaftierte Deutsche und Ausländer bei Köln und von Februar bis April 268 Bürger aus sieben Staaten in der Nähe von Dortmund. Im Zuchthaus Sonnenburg wurden Ende Januar 1945 auf Anweisung des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium, Herbert Klemm, nach Zeugenberichten über 810 Häftlinge hingemeuchelt. In einer Verfügung vom Februar 1945 ordnete der Justizminister ausdrücklich an, einige Gefangenenkategorien der Polizei zur Beseitigung zu überstellen“ oder „durch Erschießen unschädlich zu machen. Die Spuren der Unschädlichmachung sind sorgfältig zu beseitigen.“[82] Und auf Zehntausende belief sich die Zahl der Häftlinge, die unmittelbar vor oder während der Evakuierung der Konzentrationslager umkamen. Dabei wurden zum Teil gezielt diejenigen Häftlinge niedergemacht, die tieferen Einblick in faschistische Verbrechen gewonnen und Posten in den Lagern bekleidet hatten.

Gegen Zivilisten, Volkssturmleute und Soldaten wüteten bis in die letzten Tage Wehrmachtstandgerichte, die nach sich überschlagenden Anweisungen reihenweise Todesurteile fällten und sogleich durch Erschießen oder Erhängen an Bäumen und Masten vollstrecken ließen. Oft bekamen die Ermordeten – wie schon seit Jahren in den Konzentrationslagern praktiziert – Schilder mit Schmähworten umgehängt.

[81] Ebenda, Film 1176.

[82] Zit. nach Fall 3. Das Urteil im Juristenprozeß gefällt am 4. Dezember 1947 vom Militärgerichtshof III der Vereinigten Staaten von Amerika, hrsg. von P. A. Steiniger u. K. Leszczyńki, Berlin 969, S. 232.

Die Politische Funktion des faschistischen Terrors in Nazideutschland war es, wie bei vorangegangenen Regimes, die Ausbeuterordnung zu sichern, indem der Klassengegner [179] niedergehalten wurde. Der Unterschied bestand jedoch nicht allein in der Zahl seiner Opfer, sondern in dem präventiven Zugriff und den Verfolgungsmethoden, im offenen und hemmungslosen Vorgehen mit dem vorrangigen Ziel, revolutionäre und oppositionelle Kräfte möglichst für immer und vollständig auszuschalten. Charakteristisch für den faschistischen Terror war neben dem engen Zusammenspiel von Polizei- und Justizorganen, zu dem die Propaganda ihr Teil beitrug, die Anwendung neuer Mittel, um die Gegner isolieren, zu diffamieren, zu entwürdigen, physisch und psychisch zu brechen und zu vernichten, sowie die Aufnahme neuer Elemente in das herkömmliche Repressivsystem. Dabei überwogen der Sicherheitsdienst und andere Überwachungsorgane, Geheime Staatspolizei, betriebliche Terroreinrichtungen und Institutionen der NSDAP sowie die Konzentrationslager.

Der offene, blutige Terror war ein erstrangiges Mittel des faschistischen deutschen Imperialismus, gewaltsam den Grundwiderspruch zwischen den Hauptklassen zu seinen Gunsten zu lösen und vom inneren Gegner weitgehend ungestört sein Regime zu etablieren, seine Eroberungs- und Weltherrschaftspolitik vorzubereiten und durchzuführen. In der Phase seines Untergangs diente er dazu, möglichst viele derjenigen Kräfte zu vernichten, die das deutsche Volk und andere Völker in eine neue, fortschrittliche Gesellschaftsordnung zu führen befähigt waren.

[181]

Kurt Pätzold: Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus

In der bürgerlichen Geschichtsliteratur ist die Behauptung in Mode gekommen, die materialistische Geschichtstheorie versage vor dem Phänomen des Faschismus. Die allgemeine Aussage quasi belegend, wird ihr eine andere, ebenso unbewiesene hinzugefügt: Marxistisches Denken sei insbesondere gegenüber dem Versuch der faschistischen Machthaber, die jüdische und jüdisch-herkünftige Bevölkerung[1] Europas restlos auszurotten, ganz und gar hilflos. „Marxisten sind nicht in der Lage", so schreibt der amerikanische Religionshistoriker Erich Goldhagen, „auf derartige Fragen befriedigende Antworten im Rahmen ihrer Theorie zu geben."[2] Die unmittelbare Absicht, die mit derartigen Auslassungen verfolgt wird, liegt wohl darin, die eigenen idealistischen und apologieinteressierten Deutungen des Genozids als allein wahr anzubieten und eine prinzipiell andere Fragestellung von vornherein als abwegig und falsch zu kennzeichnen.

Innerhalb der bürgerlichen Historiographie setzt sich jene Betrachtungsweise immer mehr durch, die Rassismus und Antisemitismus zum Ausgangs- und Endpunkt jeglicher Faschismusforschung erklärt. Die gesamte faschistische Politik und der zweite Weltkrieg sollen einzig aus der vermeintlich zentralen und höchsten Zielsetzung des Hitlerfaschismus begriffen werden, die „Juden" zu vernichten; alle Entscheidungen und Maßnahmen des Regimes seien dem zu- und untergeordnet gewesen. Rassismus und Antisemitismus werden schlechthin als Wesen und Hauptcharakteristikum des deutschen Faschismus ausgegeben.

So meint Andreas Hillgruber, die „Hitlerschen (!) Kriegsziele" hätten eine „rassenideologische Komponente" besessen, die „den Verlauf und den Charakter des Krieges" entscheidend prägten und „in der systematischen Ausrottung des europäischen Judentums ihren Ausdruck" fanden. Diese Version, die von den komplexen, letztlich im sozialen System des Imperialismus wurzelnden Ursachen und Zielen des zweiten Weltkrieges weglenkt, gilt Hillgruber als „quellengesättigt", und er glaubt, die „westlichen Historiker" besäßen mit ihr eine den Marxismus „aus den Angeln bebende Argumentation".[3]

[182] In einer nur wenig abgeschwächten Form vertrat unlängst Martin Broszat die gleiche These. Der Krieg sei „gerade deswegen auch *gewollt*" worden, weil er neue „Möglichkeiten des gewaltsamen Vorgehens" gegen die jüdischen Menschen schuf. Die Absicht der „Judenvernichtung" wäre „selbst ein Stück Kriegsmotivation" gewesen. Imperiale Zwecke der Aggression werden demgegenüber von Broszat nur nebenher erwähnt und nicht näher bezeichnet.[4] Auch er will es dabei belassen, daß der Rassismus und insbesondere der Antisemitismus die alleinige oder dominierende Triebkraft bei allen wesentlichen Schritten des Regimes und die hauptsächliche Kriegsursache gebildet hätten. Historiker der BRD meinen offenkundig von den Zusammenhängen zwischen Kapitalismus und Faschismus, Bourgeoisie und NSDAP dadurch weglenken zu können, daß sie Rassenwahn und Judenhaß der faschistischen Führungsclique zum gedanklichen Ansatz jedweder Beschäftigung mit der Geschichte des deutschen Faschismus erklären.

Hitler, Rosenberg, Göring, Goebbels, Streicher, Himmler, Hans Frank, Reinhard Heydrich und viele weitere Faschistenführer dachten über die jüdischen Menschen im allgemeinen und die Deutschen jüdischer Herkunft im besonderen nicht nur abfällig und verächtlich, sondern auch sadistisch und mörderisch. Das ist unbestritten. In ihren Reden, Artikeln und Büchern bezeichneten sie die „Juden" lange vor 1933 immer wieder als „Parasiten" und „Schmarotzer". Diese von den Nazis nicht erfundene, aber massenhaft verbreitete und durch zahllose Verdrehungen der Geschichte der Völker

[1] Zur Terminologie Kurt Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935) Berlin 1975, S. 84 ff.
[2] Erich Goldhagen, Weltanschauung und Endlösung, in: VfZ, 4/1976, S. 394.
[3] Siehe die Besprechung Andreas Hillgrubers zu Deutschland im zweiten Weltkrieg, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Leitung Gerhart Hass, Berlin 1974; Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Leitung Karl Drechsler unter Mitarbeit von Klaus Drobisch u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, in: Historische Zeitschrift, Bd. 223, H. 2, S. 366.
[4] Martin Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung". Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: VfZ, 4/1977, S. 770 f.

„glaubhaft“ gemachte Diffamierung bereitete ideologisch auf lange Sicht Verfolgungen der jüdischen Deutschen vor, die durch keinen Anflug eines humanen Gedankens oder menschlichen Gefühls gehemmt waren.

Schon im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 wurde, ungeachtet seiner Verschwommenheit in anderen innen- und insbesondere wirtschaftspolitischen Passagen, die klare Absicht ausgedrückt, den deutschen Staatsbürgern jüdischer Herkunft im faschistischen Staat die Lebensgrundlagen zu entziehen und sie über die Grenzen zu treiben. Aus dem Programm konnten bereits Schritte, Methoden und selbst Vorwände der Judenverfolgung, wenn auch noch unvollständig, abgelesen werden. Beispielsweise ging aus seinem Text hervor, daß der Faschismus an der Macht unter den Juden zuerst die Geistes- und Kulturschaffenden verfolgen und ihnen die Arbeitsmöglichkeiten entziehen wollte. Allein dieses Detail wirft ein Licht auf die politische Funktionalität der nationalsozialistischen Judenfeindschaft, ging es im Kern dieser Forderung doch nicht darum, daß die Angehörigen der jüdischen Intelligenz „undeutsch“ dachten und schrieben, sondern um die Tatsache, daß sie als Demokraten, Republikaner, Liberale, auch als Sozialisten und Kommunisten in Wort und Schrift, mit den Mitteln der Wissenschaft und Kunst gegen jedwede, insbesondere aber gegen die faschistische Reaktion wirkten.

Zweierlei war also bereits vor 1933 vorhanden: die mörderische rassistisch motivierte judenfeindliche Ideologie nationalsozialistischer Prägung und eine politische Programmatik, die zwar nicht alle denkbaren Ableitungen enthielt, nichtsdestoweniger aber erkennen ließ, daß die jüdischen Deutschen im „Dritten Reich“ der Willkür der Machthaber recht- und schutzlos ausgesetzt werden sollten.

Der Judenhaß der faschistischen Ideologen und Politiker hätte indessen geschichtlich niemals seine grausigen Folgen hervorbringen können, wäre ihnen nicht 1933 die Macht übertragen worden. Hier ist auf eine noch wenig analysierte Tatsache zu verweisen. We-[183]der die extrem antijüdische Ideologie noch die vergleichsweise begrenzte, aber auch in dieser Begrenzung verbrecherische Parteiprogrammatik der NSDAP hinderten die am meisten chauvinistischen und imperialistischen Kreise des deutschen Finanzkapitals daran, die Nazipartei zu fördern und ihre Führer schließlich als diejenige Kraft zu favorisieren, welche die offene terroristische Diktatur aufrichten sollte. Wie ist das zu erklären, zumal da es doch nicht das kleinste Zeichen dafür gab, daß die Hitlerfaschisten Rassismus, Antisemitismus und Judenfeindschaft lediglich – was abscheulich und abstoßend genug gewesen wäre – als zeitweiliges Mittel zur Gewinnung eines vorwiegend kleinbürgerlichen Massenanhangs zu benutzen gedachten? Wie ist die von allen einschlägigen Quellen erteilte Auskunft zu begreifen, daß Hitler während seiner vielen Treffen, die er vor 1933 mit Angehörigen der Kapitalistenklasse hatte, zwar gezwungen war, immer wieder die Besorgnisse seines Publikums über die sozialdemagogische Propaganda und insbesondere über die antikapitalistische Demagogie der NSDAP zu zerstreuen, sich aber nie genötigt fühlte, intern auch nur die schärfsten antisemitischen Drohungen abzumildern?

Die Feststellung, daß in der deutschen Bourgeoisie der Antisemitismus weit verbreitet und tief verwurzelt war, genügt zur Erklärung offenkundig nicht. Erst wenn bedacht wird, daß die herrschende Klasse in Deutschland Krieg, Novemberrevolution und revolutionäre Nachkriegskrise hinter sich hatte, Jahre, in denen sie kalt über Millionen Tote hinwegschritt und nicht nur den Massenmord an den Kriegstoten verantwortete, sondern am die Massaker an Spartakisten, Kommunisten und anderen revolutionären Kämpfern, die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an Leo Jogiches, Kurt Eisner, Eugen Leviné, an Walther Rathenau und Matthias Erzberger, schließlich auch den Terror der Fememörder – erst wenn also das ganze Ausmaß der Verrohung der Politik der Bourgeoisie, namentlich seit dem Eintritt in das imperialistische Stadium und seit dem ersten Weltkrieg, in Betracht gezogen wird, kann verstanden werden, warum die Kirdorf, Thyssen, Flick, Schacht, die IG-Farben-Chefs und viele andere ihresgleichen sich von einer Partei angezogen fühlten, die tagtäglich Morddrohungen gegen deutsche Marxisten und gegen Deutsche jüdischer Abkunft ausstieß. Um von diesen Zusammenhängen abzulenken, ist nach 1945 oft gesagt worden, was der Machtübergabe folgte, hätte sich nicht absehen lassen. Indessen hat nicht ein einziger stichhaltiger Beweis dafür beigebracht werden können, worauf sich denn vor 1933 die Erwartung hätte stützen lassen, daß der mörderischen Ideologie nicht eine adäquate verbrecherische Praxis folgen werde.

Das Vorhandensein einer Ideologie, die den Massenmord an „Rassefeinden“ rechtfertigte und vorbereitete, besagt freilich nichts über die Existenz eines generellen unwandelbaren Mordplans der hitlerfaschistischen Führer. Für den faschistischen Antisemitismus und die Judenverfolgung gilt, was schon in der Anklageschrift des Internationalen Militärgerichtshofs von 1945 über das Regime als Ganzes geschrieben wurde: „Die Ziele und Zwecke der Naziverschwörer waren nicht ein für allemal festgelegt, sondern entwickelten und erweiterten sich im gleichen Maßstabe, wie ihre Macht sich erweiterte und wie sie imstande waren, wirksamer mit Gewalt und Angriffskrieg zu drohen.“[5]

Im Gegensatz zu dieser Auffassung, die Ziele, Bedingungen und Politik des deutschen Faschismus an der Macht in ein dialektisches Verhältnis setzt, hat sich die Meinung, „die Judenvernichtung sei die unvermeidliche Folge der von den Nazis seit ihrer Machtübernahme konzipierten Rassenpolitik gewesen“, auch unter bürgerlichen Historikern jener Staaten weit verbreitet, deren kompetente Vertreter 1945 an der Herstellung der Nürn-[184]berger Anklageschrift maßgeblich beteiligt waren. Rita Thalmann, französische Germanistin und Historikerin, die diese Feststellung trifft, bemerkt über die Funktion jener haltlosen Hypothese, daß sich mit ihr „ein bequemes Alibi“ für die Vorkriegspolitiker „der großen westlichen Nationen“ liefern ließe, „deren schwächliche, wenn nicht gar völlig ausgebliebenen Reaktionen“ auf die faschistische Politik eine Bedingung dafür schufen, daß sich „die Gewalt ... bis zur Ausrottung von Millionen von Juden, Slawen oder Zigeunern“ eskalieren konnte.[6]

Auch Martin Broszat polemisiert dagegen, „die Judenvernichtung als eine Art metahistorisches Ereignis“ aufzufassen und einzig „als konsequente Erfüllung eines Programms“ zu begreifen, „lange vorgeformt in den ursprünglichen Denkansätzen, methodisch und ‚logisch‘ Stufe um Stufe ins Werk gesetzt“.[7] Er faßt indessen Entwicklung und Radikalisierung der faschistischen Judenverfolgung lediglich als Folge von Veränderungen in den Plänen und Entscheidungen Hitlers auf. Damit aber wird die Geschichte der Judenverfolgungen nicht in die Totalität des geschichtlichen Prozesses hineingestellt, sondern einem seiner Faktoren zugeordnet. Und in der Tat bettet Broszat die Erkenntnis, daß die antisemitische Politik der Faschisten sich bis zu ihrer abschließenden Stufe, dem Genozid, entwickelte, fest in die von ihm verfochtene extrem personalistische Interpretation des Faschismus ein, die auf alle Fragen nach Ursachen und Triebkräften des Regimes letztlich stereotyp mit der Formel „Hitler“ antwortet und auf diese Weise dem deutschen Monopolkapital das umfassendste Alibi ausstellt.[8]

Das strategische Ziel der Judenverfolgung im faschistischen Staat bestand seit seiner Etablierung bis zum Kriegsbeginn darin, die jüdischen Deutschen außer Landes zu treiben. Die politischen, ökonomischen und juristischen Regierungsmaßnahmen, die sich auf dieses strategische Ziel richteten, setzten 1933 ein, als vorwiegend jüdische Angehörige der deutschen Intelligenz gezwungen wurden, ihr Vaterland zu verlassen. Die Politik der Vertreibung gipfelte vor und nach dem Pogrom des 9./10. November 1938 darin, den jüdischen Bourgeois die Profitchancen und der kleinbürgerlichen Schicht die ohnehin zusammengeronnenen Verdienstmöglichkeiten restlos zu entziehen.

Ökonomischer und sozialer Druck, politische Drohung und terroristische Gewalttat verstärkten sich nun unausgesetzt und gewannen eine neue Qualität. Sie sollten gemeinsam mit der absichtsvoll erzeugten Furcht vor sich steigernden Pogromen bewirken, daß die deutschen jüdischer Herkunft ihrer Heimat den Rücken kehrten, selbst wenn sie die ungewisseste Zukunft auf sich zu nehmen hatten. Das erklärte Vorhaben der Faschisten war es nun, das Deutsche Reich „judenrein“ zu machen. In einem an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen gerichteten Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939 heißt es unumwunden: „Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden.“ Das „Schicksalsjahr 1938“ habe „die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht“.[9]

---

[5] IMG, Bd. 1, Nürnberg 1947, S. 32.

[6] Rita Thalmann Das Protokoll der Wannseekonferenz: Vom Antisemitismus Zur „Endlösung der Judenfrage“, in: Wie war es möglich? Die Wirklichkeit des Nationalsozialismus Neun Studien, hrsg. von Alfred Grosser, München 1977, S. 149.

[7] Broszat, S. 770, S. 746.

[8] Ebenda, bes. S. 770.

[9] Arch. GKBZHP NTN 332; Rundschreiben des AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen im Ausland vom 25.1 1939, betr. „Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938“.

[185] In der ausnahmslosen Vertreibung aller Deutschen jüdischer Herkunft erblickten die faschistischen Machthaber 1938/39 also die „Endlösung der Judenfrage“ – ein Begriff, der seit 1933 im Sprachgebrauch der Staatsbürokratie bereits angetroffen wird und anfänglich vor allem die Vorläufigkeit der ersten antijüdischen Maßnahmen des Regimes hervorheben sollte.[10]

Zu dem staatspolitischen Organ, das die Strategie der Vertreibung plante, leitete und organisierte, entwickelte sich 1935/36 der Sicherheitsdienst (SD) des Reichsführers SS. An seiner Spitze stand Reinhard Heydrich. Er leitete das 1935 geschaffene Sicherheits-Hauptamt und auch die im Juni 1936 entstandene erweiterte Institution, das Hauptamt Sicherheitspolizei. Heydrichs Verbindungslinien zu den mächtigsten Politikern im faschistischen Herrschaftsapparat liefen direkt zu seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Reichsführer SS und (seit 1936) de-facto-Polizeiminister Heinrich Himmler, zu Hermann Göring, der am Vorabend des Krieges unumstritten der zweite Mann im Staate war und als der einzige Generalfeldmarschall im Reiche Entscheidungsbefugnisse und Einflußmöglichkeiten weit über seinen eigentlichen und ohnehin riesigen ökonomischen, politischen und militärischen Kompetenzbereich hinaus besaß, und schließlich zu Hitler selbst.

Während sich die Mitarbeiter Heydrichs zunächst darauf konzentrierten, die „Judenfrage“ zu studieren, antisemitische Pamphlete für den Gebrauch im SD und in der SS auszuarbeiten und anderen Institutionen des faschistischen Herrschaftsapparates Vorschläge für die Verfolgung und Vertreibung der Deutschen jüdischer Herkunft zu unterbreiten, setzten sie sich ab 1937 zum Ziel, jegliche „Entscheidungen über die weitere Lösung der Judenfrage“ maßgeblich mitzubestimmen und, vor allem durch Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und dem Auswärtigen Amt, „direkten Einfluß auf die praktische Durchführung der Auswanderung zu bekommen“. Intern wurde die Absicht offen ausgesprochen, das Hauptamt Sicherheitspolizei zur zentralen und allgewaltigen Reichsstelle für die Judenverfolgung zu entwickeln: „Das Endziel ... ist die Zentralisierung der gesamten Bearbeitung der Judenfrage in Deutschland bei SD und Gestapo.“[11]

Diesem Ziel kamen Heydrich und seine Mitarbeiter rasch näher. Sie stellten stabile Beziehungen zu den wichtigsten Ministerien her, deren Entschlüsse und Aktivitäten sich auf die Art und Weise und das Tempo der Vertreibung auswirkten. Durch ihre besonders enge Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, dem Auswärtigen Amt, dem Reichswirtschafts- und dem Reichskriegsministerium bzw. der Wehrmachtführung lernten die SD-Mitarbeiter die verschiedenen Aspekte kennen, die in die Vertreibungspolitik hineinspielten. Sie fanden sich in den Komplikationen zurecht, die für die Außenpolitik aus unbedachten Schritten entstehen konnten, und erhielten Einblick in die vielschichtigen wirtschaftspolitischen Rücksichten, welche im Interesse des Fortgangs der Aufrüstung bei der Judenverfolgung noch zu nehmen waren.

Während dieser praktischen Tätigkeit festigte sich in der SD-Führung die Auffassung, daß die energische, nichtsdestoweniger Zeit erfordernde Vertreibung der einzig gangbare Weg wäre, die jüdischen Deutschen zu beseitigen. Heydrichs Dienststelle versuchte folgerichtig, auch die gesamte antijüdische Hetze so auszurichten, daß sie den Strom über die Grenzen beleben und unterhalten half. Dem dienten Verbindungen zu den zahlreichen pseudowissenschaftlichen Instituten, die sich mit der „Lösung der Judenfrage“ beschäftigten, u. a. zur „Judenabteilung“ des „Reichsinstituts für die Geschichte des neuen [186] Deutschland“. Mitarbeiter des Hauptamtes sprachen vor Besuchern von SS-, SD-, SA- und BDM-Schulen, vor Kursanten der Kriegsakademie und vor Offizieren des Marineoberkommandos; dabei erhielt ihr Publikum die Gelegenheit, die Berliner SD-Zentrale zu besichtigen und sich an Ort und Stelle über die Funktionsweise des Apparates der Judenvertreibung zu unterrichten.

Die SD-Führer nahmen, wie Heydrich sich rückblickend ausdrückte, „angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten“ jene Nachteile bewußt in Kauf, die aus ihrer Praxis erwuchsen.[12] Durch diese

[10] Pätzold, S. 138 f.

[11] BA Koblenz, R 58/991, Bl. 89; Schreiben von 11/112 an 11/1 vom 7.12.1937.

[12] Die Frage nach den langfristigen außenpolitischen Folgen der Judenvertreibung wurde von den Mitarbeitern des SD gesehen, aber geradezu verdrängt, um das Konzept nicht zu gefährden. Auf eine Aufforderung des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS vom 8.7.1937 hatten die Spezialisten der Judenverfolgung im SD sich auch zu der Frage zu äußern, was aus Palästina durch die gesteigerte Einwanderung von jüdischen Menschen werden würde. In der Vorlage für ein SS-

Praxis wurde ein Prozeß gefördert, den die Faschisten selbst als „Aufjudung“ (analog zu der Zielstellung faschistischer Rassenpolitik, das deutsche Volk „aufzunorden“) bezeichneten. Sie sahen, daß der geistige Einfluß des Zionismus wuchs und die praktische Rolle der in Deutschland bis 1933 nahezu bedeutungslosen zionistischen Organisationen zunahm. Sie hielten diese unerwünschten Auswirkungen der Judenverfolgungen aber für unabänderlich und machten sie sich sogar zunutze, indem sie die zionistischen Führer bei der Verwirklichung der „SD-Linie“ als Helfer heranzogen.

Nichtsdestoweniger existierten noch Anfang 1938 unter den Mitarbeitern des Hauptamtes Sicherheitspolizei, die sich mit der Lösung der „Judenfrage“ befaßten, Zweifel darüber, wie weit man es mit der bisherigen Praxis der Verdrängung der jüdischen Deutschen ins Ausland bringen werde. Über die zwischen 1933 und 1937 erreichten Ergebnisse der Judenverfolgung herrschte Unzufriedenheit. Es tauchte die Idee auf, statt der sukzessiven Vertreibung einzelner Personen und Familien eine außenpolitische Generallösung zu suchen, die den massenhaften Abtransport in andere Staaten ermöglichte. Bereits in diesem Zusammenhang wurde in Heydrichs Amt das sogenannte Madagaskar-Projekt erwähnt. Die vagen Vorstellungen über eine andere Methodik der Vertreibung, die rascher zum Endziel führen könnte, galten indessen schon bald als überholt. Würde die Tendenz, das Deutsche Reich zu verlassen, unter den Verfolgten gleichbleiben, so errechneten die Nazispezialisten, dann dürfte es „in mindestens 10 Jahren“ innerhalb der deutschen Grenzen nur noch 60000 meist alte jüdische Menschen geben.[13]

Ein Anschwellen des Flüchtlingsstroms aber wurde von einer Radikalisierung und Vereinheitlichung aller antijüdischen Maßnahmen erwartet. Die umfassendste Gelegenheit dazu entstand, als die faschistischen deutschen Imperialisten im März 1938 den ersten souveränen europäischen Staat liquidierten.

Das eroberte Österreich bot nicht nur Gelegenheit, die bisherigen Praktiken und darüber hinausgehende Pläne der Judenvertreibung in großem Stil anzuwenden, sondern stellte auch eine Herausforderung an die Okkupanten dar, sie weiter zu entwickeln und zu effektivieren. Hinzu kam, daß sich mit dem „Anschluß“ Österreichs die Zahl der jüdischen Bewohner Deutschlands mit einem Schlage vergrößerte und alle Ergebnisse der Judenver-[187]treibung quantitativ zunichte gemacht waren. In „Großdeutschland“ lebten nun mehr jüdische Menschen als 1933 im „Altreich“.

Es wäre indessen verfehlt, das Vorgehen der faschistischen Eindringlinge gegenüber den österreichischen Juden in erster Linie aus dem freilich vorhandenen Vorsatz erklären zu wollen, diesen quantitativen Rückschlag rasch wettzumachen. Dieses Vorgehen war vielmehr grundlegend dadurch bestimmt, daß in der faschistischen Politik 1938 ganz allgemein die langfristigen außenpolitischen und Expansionsziele und der Krieg als das Instrument zu ihrer Erreichung immer mehr in den Vordergrund traten. Für Antisemitismus und Judenverfolgung bedeutete dies ebenfalls, daß deren strategische Funktionen das Übergewicht gewannen. Daraus erklärte es sich, daß die antijüdischen Verfolgungen auf dem Territorium Österreichs nicht an jenem Punkte begannen, an dem sie 1933 in Deutschland eingesetzt hatten. Die einleitenden Schritte stellten nicht einmal eine verkürzte Rekapitulation der judenfeindlichen Politik dar, die in den fünf Jahren seit der Machtübergabe so viel Qualen für die jüdischen Deutschen gebracht hatte. Sie richteten sich, die ersten Stufen gewissermaßen überspringend, direkt auf das Ziel der Vertreibung.

Sicherheitsdienst, Gestapo und die anderen Organe des faschistischen Repressivapparates waren auf den Einfall in Österreich sorgfältig vorbereitet. In Wien etablierte sich sogleich ein Sonderkommando des SD unter der Leitung von Adolf Eichmann. Es ging unverzüglich daran, die unter den jüdischen Österreichern entstandene Panik auszunutzen und durch Terror, u. a. durch die Verschleppung von führenden jüdischen Persönlichkeiten in Konzentrationslager, zu verstärken, um einen breiten Flüchtlingsstrom aus Angehörigen aller sozialen Klassen und Schichten, vor allem aber der weniger bemittelten und armen Juden, in Gang zu bringen und in Gang zu halten. Gnadenlos wurden die österreichischen Juden aus den neugeschaffenen österreichischen Gauen nach Wien verdrängt. Dort vegetierten sie in

Leitheft wurde darauf geantwortet: „Wir können der Entwicklung dieses jüdischen Gemeinwesens nicht gleichgültig gegenüberstehen.“ Eines Tages würden seine Vertreter im Völkerbund sitzen. Die zitierte Passage wurde nach Beratungen in der Zentrale des SD gestrichen (BA Koblenz, R 58/989, El. 9 ff., Dl. 29).

[13] BA Koblenz, R 58/979, unpag. ; Schreiben von II/112 an II/1123, o. D. (etwa März 1938).

elenden Quartieren unter ghettoähnlichen Bedingungen. In einem noch vor Kriegsbeginn vom Verband der jüdischen Kriegsopfer, Invaliden, Witwen und Waisen in Wien an Hitler gerichteten Notschrei hieß es, daß die jüdischen Angehörige der k. u. k.-Armee, die einst an der Seite der Heere des kaiserlichen Deutschlands gekämpft hatten, „in engen Räumen zusammengedrängt" hausten, „in denen für Kranke ein Leben undenkbar ist".[14]

Im okkupierten Österreich offenbarte sich zuerst die grausige Konsequenz der faschistischen These, daß „jüdisches Leben" angeblich „unwertes Leben" sei. Sie trat aber zunächst als eine Art Nebenerscheinung der Vertreibungspolitik hervor. Noch erreichten Tausende jüdischer Menschen die Grenzen. Noch lebten in Österreichs einstiger Hauptstadt die Verfolgten. Erstmalig aber begannen die Organisatoren der Judenverfolgungen ihre Opfer unter objektive Bedingungen zu zwingen, denen nicht mehr jeder gewachsen war. Physische Liquidierung war noch nicht das Ziel, störte aber die Faschisten nicht, trug der Tod einiger jüdischer Menschen doch dazu bei, die Vertreibung vieler zu beschleunigen.

Die Einzelheiten der Praxis des Kommandos Eichmann sind bekannt und zusammenfassend im Eichmann-Prozeß festgestellt worden. Für das hier zu untersuchende Problem ist zweierlei wichtig: Erstens betrachtete die Berliner SD-Zentrale Österreich als das Exerzierfeld für eine radikalisierte antijüdische Politik, die bald auch im „Altreich" angewendet werden sollte. Zweitens galten die von Eichmann und dessen Mitarbeitern gemeinsam mit der Gestapo erreichten Erfolge als der unwiderlegbare Beweis dafür, daß die „SD-mäßige" [188] Behandlung der „Judenfrage" die einzige Methode sei, die zu einer „Endlösung" führen würde. Zu dieser Auffassung konnten die Spezialisten der Judenvertreibung im SD freilich nur gelangen, weil sie 1938 noch nicht in Betracht zu ziehen hatten, daß ein europäischer Krieg die Wirksamkeit ihrer Methode entscheidend beeinträchtigen könnte. Tatsächlich war die Entscheidung darüber, wann der große Krieg, der den militärischen Zusammenprall mit England und Frankreich, vor allem aber mit der Sowjetunion bedeutete, riskiert werden sollte, selbst im engsten Kreis der faschistischen Machthaber noch nicht gefallen. Nur so konnte sich im leitenden und organisierenden Zentrum der Judenvertreibung die Auffassung bilden, der Verfahrensweg für die „Endlösung" sei gefunden worden.

In Wien wurde seit Frühjahr 1938 die Judenvertreibung in einer Weise gehandhabt, die eine neue Stufe der Verfolgungen darstellte. Ihr Wesen wird allerdings nicht erfaßt, wenn sich der Blick nur auf das bürokratische Zentrum der Tätigkeit des Kommandos Eichmann im Palais Rothschild richtet, das jüdische Menschen nach vielen Zeugnissen Überlebender als Antragsteller reich oder doch begütert betreten konnten, das sie aber pauperisiert wieder verließen, wenn ihnen schließlich die Papiere zur legalen Flucht ausgehändigt wurden. Daß die Zentrale der Vertreibung funktionierte und sich sogar noch den Anschein eines geregelten, von den „Juden" selbst gebilligten und unterstützten Wirkens geben konnte, war hauptsächlich das Resultat der brutalen Verfolgungen, denen die jüdischen Menschen durch Gestapo, nazistische Organisationen und alle Institutionen des faschistischen Staates tagtäglich ausgesetzt blieben. Dies allein sollte es verbieten, Legenden um die Tätigkeit des SD in Wien zu bilden.

Dennoch wird in bürgerlichen Geschichtsdarstellungen das sich in Wien 1938 ereignende Verbrechen an jüdischen Menschen beschönigt und als eine „milde Praxis" des Antisemitismus dargestellt. Es wird darauf verwiesen, daß, wer vertrieben worden sei, doch nicht hätte deportiert und ermordet werden können. Den SD-Mitarbeitern wird für eine Zeit ihrer Tätigkeit nachträglich das objektive Verdienst zugeschrieben, ihre Opfer immerhin vor der Vernichtung bewahrt zu haben – ein Verdienst, das auch Eichmann im Jerusalemer Prozeß für sich beanspruchte. Indem das Überleben einer Minderheit gegen den Mord an der Mehrheit aufgerechnet wird, erscheinen Vertreibung und Vernichtung als zwei völlig entgegengesetzte Praktiken und außerhalb ihres engen historischen Zusammenhanges.

Das allgemeine, fortwirkende Resultat der in Wien geübten Praxis bestand aber objektiv in einer Annäherung an die Vernichtungspraxis, gingen doch die Vertreibung und das Bestreben, die Zahl der Fliehenden zu erhöhen, mit der Radikalisierung aller antijüdischen Maßnahmen einher, insbesondere mit einem wachsenden ökonomischen Druck, der sich bis zur faktischen Enteignung steigerte, die

[14] Ebenda, R 43 II/599 b, Bl. 142 f.; Schreiben des Verbandes der jüdischen Kriegsopfer, Invaliden u. Waisen in Wien an Hitler vom 7.7.1939.

Betroffenen wirtschaftlich für das Regime wertlos machte und sie sozial von Stufe zu Stufe hinabstieß, bis sie schließlich, nachdem die letzten eigenen Mittel aufgebraucht waren, nur noch durch Almosen dahinvegetieren konnten.

Die verbrecherische faschistische These von dem „unwerten" jüdischen Leben verwirklichte sich gewissermaßen im faschistischen Staat in der Unwertigkeit der arbeits- und funktionslos gemachten jüdischen Menschen – einer Unwertigkeit wohlgemerkt, die sich nach den Verwertungskriterien der Tauglichkeit für Kriegsvorbereitungen und Krieg bemaß. Der Flüchtlingsstrom und das organisierte Elend, die radikale Zerschlagung aller wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Bindungen der jüdischen Deutschen und Österreicher zur Mehrheit ihres Volkes und zu seinem Leben, bilden zwei Seiten einer Sache, der „SD-mäßigen" Behandlung und Lösung der „Judenfrage". Wer zurückblieb, der konnte sich aus-[189]rechnen, wann er unweigerlich auf die Stufe des Paupers gesunken sein würde. Die Frage, wie diese jeder finanziellen Mittel beraubten und weitgehend um ihre physischen und psychischen Kräfte gebrachten Menschen über die Grenze abzuschieben sein würden, beschäftigte die SD-Spezialisten früh.[15]

Die Politik der Vertreibung, richtiger wäre zu sagen: der forcierten Vertreibung, im besetzten Österreich erprobt und alsbald auf das „Altreich" übertragen, besaß also ein doppeltes Resultat. Sie führte zur Flucht des kleineren Teils der Deutschen und Österreicher (nach der Okkupation der Tschechoslowakei auch der im „Protektorat Böhmen und Mähren" lebenden Tschechen jüdischer Herkunft), und sie versetzte bis Kriegsbeginn den größeren Teil, der im faschistischen Machtbereich verblieb, zwangsweise in einen fluchtwilligen Zustand. Als dieses Teilziel der faschistischen Führung erreicht war und die Bereitschaft, außer Landes zu gehen, als Folge des Pogroms vom 9./10. November 1938 auf dem Höhepunkt, die Hoffnung, in Deutschland selbst noch einmal bessere Zeiten zu erleben, auf dem Tiefpunkt angekommen waren, da ließen Krieg und Kriegsereignisse den Flüchtlingsstrom rasch versiegen. Nur wer dieses zweifache Ergebnis ignoriert, kann einen Satz niederschreiben wie den, daß die „Auswanderungspolitik Heydrichs ... sich aus der Rückschau ... als eine Art großangelegter Rettungs-Aktion für Hunderttausende von Juden entpuppte".[16] Wenn von den objektiven Wirkungen dieser Politik die Rede ist, muß vor allem betont werden, daß sie einen Zustand herbeiführte, der die faschistische „Lösung der Judenfrage" in immer radikalere Bahnen drängte.

Der Blick auf das doppelte Resultat der Vertreibungspolitik macht auch deutlich, daß die Unterscheidung innerhalb der führenden faschistischen Politiker zwischen einer „Partei der Extremisten" des Antisemitismus und der Judenverfolgung, die vor allem von Hitler, Streicher und Goebbels gebildet worden sein soll, und deren Widersachern mit Heydrich als personellem und dem SD als institutionellem Mittelpunkt, konstruiert und unhaltbar ist.[17] Ideologisch und programmatisch können Unterschiede, die eine solche Differenzierung rechtfertigen, ohnehin nicht nachgewiesen werden. Praktisch wirkten die faschistischen Führer 1938/39 bei der forcierten Verdrängung der jüdischen Menschen, ungeachtet abweichender Auffassung über Methode und Tempo des Vorgehens, einträchtig zusammen. Praktisch bildete die hemmungslose antijüdische Hetze Streichers und der „Stürmer"-Redaktion, die bereits die Aufputschung zum Mord einschloß, eine Art Motor der Vertreibungspolitik. Heydrichs und des SD verbrecherische Erfolge können so mit Recht die Erfolge von Streicher und Goebbels genannt werden.

Die Praxis der forcierten Vertreibung widerlegt alle Behauptungen, wonach die faschistischen Machthaber vor dem Kriege bereits einen generellen Mordplan besessen hätten, dem sich alle anderen und namentlich die Kriegspläne des deutschen Imperialismus untergeordnet hätten. Die Judenverfolgung zur Kriegsursache zu erklären, heißt die ge-[190]schichtlichen Zusammenhänge geradezu auf den

[15] Eine Lösung schien mit der Ausraubung der reichen und begüterten Menschen in Osterreich gefunden. Siehe Schreiben Eichmanns an II/112 vom 14.9.1938, in dem die Absicht geäußert wird, einen reichen „Juden" zu zwingen, neun ärmere mit sich zu nehmen (ebenda, R 58/1353, unpag.). Um die tatsächliche Verwendung der geraubten Geldbeträge entbrannte zwischen SD, Gestapo und anderen faschistischen Stellen des Staates und der Partei eine Auseinandersetzung, siehe ebenda; Schreiben Eichmanns an Herbert Hagen vom 10.5. u. 16.6.1939.

[16] Günther Deschner, Reinhard Heydrich. Statthalter der totalen Macht. Biographie, Eßlingen 1977, S. 174.

[17] Beispielsweise ebenda, S. 166.

Kopf zu stellen. Im Zentrum der faschistischen Politik stand als das nächste strategische Ziel unverrückbar, das Deutsche Reich materiell und geistig zum frühestmöglichen Termin in Kriegsbereitschaft zu versetzen. Dieser Strategie dienten Antisemitismus und Judenverfolgung. Die Hauptfunktion der antijüdischen Ideologie und Praxis der Vorkriegsjahre bestand aber darin, die „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ aggressiv zu formieren und sie sukzessive auf ihre Rolle als Kriegsgemeinschaft vorzubereiten. Für die den Deutschen zugedachte Bestimmung, Instrumente imperialistischer Eroberungspolitik zu sein, sollten sie hassen, verachten, knechten, quälen, foltern, töten und morden lernen. Sich verbrecherisch gegenüber Angehörigen anderer Völker und Rassen zu benehmen, sollte ihnen geradezu als das natürliche Vorrecht ihrer „Rasse“ erscheinen. Judenfeindschaft und -verfolgung drillten vielen Deutschen jene unmenschliche Weise des Denkens und Fühlens ein, die, als sie sich seit 1939 austobte, Millionen Menschen in der Welt vor Entsetzen erstarren ließ.

In der geistigen und moralischen Kriegsvorbereitung der Deutschen erschöpften sich Antisemitismus und Judenschinderei aber nicht. Sie dienten dem Regime vor dem und auch noch im Kriege dazu, sich als revolutionär auszugeben. Die „Arisierungen“, das Verschwinden der jüdischen Banken und industriellen Firmen, der jüdischen Warenhäuser, Geschäfte und Läden sollte darüber hinwegtäuschen, daß diese vorgebliche „nationalsozialistische Revolution“ in Wirklichkeit an den Eigentumsverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft nicht einmal gerüttelt hatte. In seiner Anwendungsform als Revolutionsersatz hatte sich der Antisemitismus 1938 nicht erschöpft. Waren die „jüdischen Plutokraten“ auch im faschistischen Staat schließlich liquidiert, so existierten sie doch in London, Paris und anderswo fort und leiteten angeblich von da aus den Kampf gegen das „neue Deutschland“. Die antijüdische Aufstachelung gegen „den Juden“ als den angeblichen inneren Feind ging bruchlos in die Legende vom „Weltfeind Judentum“ über. Die Aufrufe, die dem deutschen Volk Anfang September 1939 begründeten, warum es nun Krieg zu führen hätte, zeugen davon, wie die faschistische Führung die Volksmassen von einer „blutsmäßigen“ Erkenntnis zur folgenden, d. h. von einer antisemitischen Lüge zur nächsten, noch ungeheuerlicheren drängte.[18]

In seiner Anwendung für den Krieg, auf den das Regime vom Tage seiner Errichtung an zugestrebt hatte, konnte sich der faschistische Antisemitismus praktisch niemals vernutzen, solange auf dem Erdball noch irgendwo „Juden“ lebten, wirkliche oder deklarierte. Nach der pragmatischen, auf die Bedürfnisse des deutschen Imperialismus zugeschnittenen Struktur des faschistischen Antisemitismus war es unmöglich, daß die „Juden“ den Hitler und Goebbels, den Himmler und Heydrich ausgehen konnten, bevor dieser Imperialismus an seinem Endziel, der Beherrschung der Welt, anlangte. Waren die jüdischen Menschen aus Berlin, Wien und Prag, aus Warschau, Amsterdam, Brüssel und Paris viehisch umgebracht, so wirkte der „Weltfeind“ in seiner angeblich zwiefachen Gestalt doch in Moskau und New York weiter als der „jüdische Bolschewismus“ und das „jüdische Plutokratentum“.

Die Anstrengungen, die der Vertreibung der jüdischen Menschen aus dem faschistischen Machtbereich galten, lassen sich in ein Geschichtsbild nicht einpassen, das einen vorgefaßten faschistischen Stufenplan der Judenverfolgung bis zum Massenmord zeichnet. Deportation und Vernichtung waren nicht, wie Karl Dietrich Bracher schreibt, „nur eine Frage [191] der Zeit und Gelegenheit“[19]. Sie bildeten 1939 noch keine von der faschistischen Führung für irgendeine künftige Situation beschlossene Politik. Daher stellte die Vertreibung der jüdischen Einwohner bis zum Kriegsbeginn eine reale Alternative zu jener Vernichtungsstrategie dar, die in einem späteren Stadium geplant und verwirklicht wurde. Diese zeitweilige Alternative konnte hunderttausendfache Lebensrettung aber nur unter der Bedingung bringen, daß die faschistischen Machthaber durch Abschreckung zum Frieden gezwungen wurden. Dieser Fall trat nicht ein. Als die Faschisten zur forcierten Vertreibung übergingen, erreichte die Münchner Politik ihren Höhepunkt, jene Politik, aus der für die Faschisten die stärkste Ermutigung zu immer abenteuerlicheren kriegerischen Schritt erwuchs.

[18] Siehe die faschistischen Appelle an das Volk und die Mitgliedschaft der NSDAP nach den Kriegserklärungen Frankreichs und Englands, Völkischer Beobachter, vom 4.9.1939.
[19] Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969, S. 397.

Eine Darstellung der faschistischen Judenverfolgung, die sich von dem wissenschaftlich nicht haltbaren Schema „Am Anfang war der Mordplan, am Ende der Massenmord“ löst und von ihrer Geschichte selbst handelt, wird den Schritt von der Strategie der Vertreibung zur Strategie des Genozids dann und dort verfolgen müssen, wo er sich vollzog: während des Krieges und auf dem Territorium Polens. Eine derartige Untersuchung hat aber nur Erfolgsaussichten, wenn sie den imperialistischen Krieg der Hitlerfaschisten als eine soziale Totalität auffaßt und ihn nicht lediglich als eine Folge von Ereignissen ansieht. Von den Frage nach dem Charakter des Krieges und den Zielen, die der deutsche Imperialismus durch ihn zu erreichen suchte, kann dabei nicht abgesehen werden.

Der zweite Weltkrieg begann als europäischer Krieg und militärische Auseinandersetzung imperialistischer Mächte. Er wird schon durch seinen Namen in Beziehung zum Krieg der Jahre 1914 bis 1918 gesetzt. Beide Kriege entstanden aus dem Bestreben imperialistischer Mächtegruppen, die zwischen ihnen existierenden und aufs äußerste zugespitzten Widersprüche mit militärischer Gewalt, durch Expansion und Okkupation zu lösen. In beiden Fällen war es der deutsche Imperialismus, der – vor allen anderen an einer Neuaufteilung von Territorien, wirtschaftlichen Ressourcen und Einflußsphären interessiert – auf den Krieg drängte und ihn auslöste.

Imperialistisch wie die Kriegsziele und ihnen angemessen war auch die Ideologie, durch deren Verbreitung die herrschenden Kreise in Deutschland die Massen auf die Politik der militärischen Eroberungen geistig und psychisch eingestellt hatten. Maß- und grenzenlos wie jene war diese eine extreme Aufgipfelung geistiger Aggressivität gegen andere Völker und Nationen. Die Absicht der deutschen Imperialisten, in einer Kette von aufeinanderfolgenden Kriegen die Vorherrschaft auf dem Erdball zu erlangen und sie dauernd zu behaupten, besaß ihre ideologische Entsprechung in einer Weltanschauung, derzufolge die Deutschen ein von der Vorsehung auserwähltes Volk waren, dazu berufen, über andere „verjudete“ und „vernegerte“ Nationen zu herrschen. Die Deutschen sollten glauben, daß sie einem geheimen, von ihren faschistischen Führern erkannten Weltplan folgten, wenn sie über andere Völker herfielen, um sie sich – in Wirklichkeit jedoch den realen ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Finanzkapitals – untertan zu machen.

Die hier schon gekennzeichnete Rolle, die insbesondere der Antisemitismus in der faschistischen Kriegsideologie und bei der Beantwortung der Fragen spielte, warum der Krieg entstand und wer an ihm interessiert sei, ließ von vornherein Schlimmes für die jü-[192]dischen Menschen befürchten, die sich bis zum 1. September 1939 noch nicht zur Flucht entschlossen hatten oder deren Pläne der Kriegsausbruch durchkreuzte.

Mit dem Kriegsbeginn trat eine objektive Lageveränderung ein. Dieser Wandel berechtigt dazu, ungeachtet der anfänglich noch ausbleibenden schärferen antijüdischen Maßnahmen und Verfolgungen, den Kriegsbeginn als den Ausgangspunkt einer neuen Etappe des antisemitischen Rassismus der Faschisten zu bewerten. So sah übrigens auch der SS-Offizier Dieter Wisliceny rückblickend die Sache an, als er im Herbst 1946, kurz vor seiner Hinrichtung, im Gefängnis von Bratislava schrieb: „Der Ausbruch des Krieges, die schnelle Besetzung Polens und Hitlers Entschluß, die polnischen Gebiete zu annektieren, schufen eine völlig neue Situation und brachten neue Konsequenzen.“[20]

Wodurch war die neue Situation im einzelnen charakterisiert?

Erstens erschwerte der Kriegsbeginn die organisatorischen, ökonomischen, finanziellen und technischen Maßnahmen zur Vertreibung der „Juden“ aus dem Reichsgebiet. Die Tätigkeit den „Auswanderungszentralen“ mit so weitgesteckten Hoffnungen begonnen, stieß auf immer größere Hindernisse.

Zweitens waren gelegentlich erwogene Generallösungen, die so oder so darauf hinausgelaufen wären, die jüdischen Menschen gegen eine möglichst hohe Devisensumme an das Ausland zu verkaufen – Devisen, die wiederum der Kriegsvorbereitung dienen sollten –, durch die Ereignisse überholt. Nun sollte der Krieg den Krieg ernähren, die Eroberung eines Landes die materiellen Ressourcen für den Angriff auf das nächste schaffen.

[20] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 773.

Drittens vermehrte sich mit jedem Kilometer, den die faschistische Militärmaschine nach Osten vorrückte, die Zahl der jüdischen Menschen im deutschen Machtbereich. Sie vergrößerte sich wegen des relativ hohen Anteils der jüdischen Bevölkerung Polens ungleich rascher, als die Zahl der Deutschen, Österreicher und Tschechen jüdischer Herkunft durch die versiegende Emigration abnahm.

Viertens ließ sich von vornherein erkennen, daß die Organisierung der Auswanderung dieser auf polnischem Territorium lebenden Menschen eine unlösbare Aufgabe sein würde. Unter ihnen befanden sich, gemessen an den Verhältnissen im Deutschen Reich und den okkupierten Gebieten Österreichs und der Tschechoslowakei, eine ungleich höhere Anzahl sehr armer Juden. Die Emigration der jüdischen Armut bereitete aber, wie es namentlich die österreichischen Erfahrungen gezeigt hatten, den Faschisten besondere Schwierigkeiten.

Fünftens stellte sich schon in den ersten Kriegswochen heraus, daß die faschistischen Eroberer mit den jüdischen Menschen, die ihnen in Polen während eines Feldzuges in die Hände fielen und nicht nur als „Juden“, sondern obendrein als „Juden in einem Feindvolk“ galten, augenblicklich rabiater, brutaler und – im wahrsten Wortsinn – sogleich auch mörderisch verfuhren. In Polen begann die faschistische Judenverfolgung im September 1939 auf einer anderen Stufe als in dem im Frieden okkupierten Gebiete des ehemaligen österreichischen und tschechoslowakischen Staates. Zusammentreibung, Ghettoisierung, erste Deportationen und Massaker gaben ihr von Anbeginn das Gepräge. Diese auf dem Territorium Polens geübte Praxis konnte auf die Dauer nicht ohne Rückwirkungen auf die Mißhandlung der jüdischen Menschen in allen anderen Teilen des faschistischen Machtbereiches bleiben.

Sechstens ließ der Krieg das Bedürfnis der imperialistischen Machthaber nach rassistischer und antisemitischer Ideologie unausgesetzt weiter steigen, zumal der innere Zwang des Regimes fortexistierte, dem eigenen Volke immer wieder einzuschärfen, warum es [193] Krieg zu führen hätte. Das galt auch für das Interesse, die deutschen Besatzungssoldaten in Polen mit einer Rechtfertigungsideologie für die allen internationalen Rechtsnormen widersprechenden Gewalttätigkeiten und Grausamkeiten auszustatten, die buchstäblich Tag für Tag begangen wurden.

Aus dieser hier im thesenhaften Aufriß gegebenen Situation konnte über kurz oder lang für alle jüdischen Menschen im faschistischen Herrschaftsbereich nur Unheil erwachsen: Es war nur abzuwenden, wenn sich der Kriegsverlauf grundlegend und rasch zuungunsten der deutschen Imperialisten veränderte. Daran aber war im Herbst 1939 nach dem für sie so erfolgreichen Feldzug gegen Polen angesichts den Untätigkeit der imperialistischen Westmächte nicht zu denken.

Noch während der letzten militärischen Kämpfe gegen die Reste der polnischen Armee befaßten sich die faschistischen Spezialisten mit den veränderten Umständen für die „Lösung den Judenfrage“. Heydrich, den wenige Tage später an die Spitze des neugeschaffenen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) gestellt wurde, rief am 21. September 1939 die Chefs der sogenannten Einsatzgruppen der SS, die in Polen auch nur jeden Gedanken an Widerstand durch abschreckendsten Blutterror zu ersticken suchten, zu einer Besprechung nach Berlin, die der „Judenfrage im besetzten Gebiet“ galt. Ihr Ergebnis wurde am gleiche Tage in einem Erlaß[21] zusammengefaßt. Er enthielt, noch bevor über die Organisation des Okkupationsregimes insgesamt entschieden war, den Generalplan für die Judenverfolgungen in Polen.

Heydrichs Erlaß unterschied zwischen einem Endziel, dessen Erreichung eine längere Frist erfordere, und „den Abschnitten der Erfüllung dieses Endziels“, die kurzfristig zurückzulegen wären. Es ging allerdings nicht daraus hervor, was im Rahmen dieses ersten antijüdischen Generalplans für die eroberten polnischen Gebiete unten den Begriffen „Endziel“ oder – dieser Ausdruck wurde synonym gebraucht – „geplante Gesamtmaßnahmen“ verstanden wurde. Jedenfalls wurde ausdrücklich bestimmt, daß dieses „Endziel“ streng geheim zu halten wäre. Indessen wiesen die einzuleitenden Schritte bereits in eine eindeutige Richtung. „Als erste Vorausnahme“ (das dürfte ein Schreibfehler sein und dem faschistischen Sprachgebrauch entsprechend „Vorausmaßnahme“ heißen) sei, so hieß es, „die Konzentrierung der Juden vom Lande in die größeren Städte“ vorzunehmen. Da weiter bestimmt wurde, es

[21] Ebenda, Dok. 775.

solle sich in allen Fällen um Eisenbahnknotenpunkte, wenigstens aber um Orte mit Eisenbahnstationen handeln, war nicht daran zu zweifeln, daß es sich um vorläufige Konzentrierungsräume handelte, aus denen die jüdischen Menschen zu gegebener Zeit in fernere Gebiete deportiert werden sollten.

Bereits dieser ersten Entscheidung der faschistischen Machthaber vom September 1939 lag die – allerdings, wie sich bald zeigte, in ihren Folgen für die faschistischen Eroberungs- und Kriegsinteressen auch nicht annähernd durchdachte – Überlegung zugrunde, daß sie nun selbstherrlich über ein Territorium verfügen konnten, in das sich Polen und „Juden“ vertreiben ließen, ohne daß mit irgendeiner ausländischen Regierung verhandelt, Einwanderungsquoten und -bedingungen beachtet werden müßten. Auch andere Rücksichten, insbesondere wegen unerwünschter propagandistischer Wirkungen im Ausland, schienen nun ganz überflüssig zu sein. Unter diesen Umständen gewann die Politik der Vertreibung eine neue Qualität, und auch ihre Methoden wurden von Anbeginn brutaler. Vor allem unterschied sich das Ergebnis der Vertreibung grundlegend von jenem, das bis [194] zum 1. September 1939 erreicht wurde. Jetzt blieben die Vertriebenen im faschistischen Bereich und damit der Entscheidung und dem Zugriff ihrer Peiniger ausgesetzt.

Diente Heydrichs Erlaß vom 21. September 1939 der Vorbereitung der Deportationen, bestimmte eine von Himmler am 30. Oktober 1939 in seiner neuen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gegebene Anordnung Beginn, Umfang und Fristen der Vertreibung.[22] Binnen vier Monaten, zwischen November 1339 und Februar 1940, sollten aus den ehemals west- und nordpolnischen, „jetzt reichsdeutschen Provinzen und Gebieten“ alle Juden, alle in Danzig-Westpreußen ansässigen „Kongreßpolen“ und eine noch nicht näher bezeichnete Gruppe „besonders feindlicher polnischer Bevölkerung“ ins Generalgouvernement transportiert werden. Die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) und die Inspekteure bzw. Befehlshaber den Sicherheitspolizei wurden beauftragt, den „Umsiedlungsplan“ gemeinsam festzulegen.

Bereits am 31. Oktober 1939 informierte der Chef der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement, SS-Brigadeführer Bruno Streckenbach, seinen Vorgesetzten Hans Frank Łódź, wo dessen Zentralbehörde vor ihrer Etablierung in Krakau arbeitete, über den bevorstehenden Auftrag, Hunderttausende vertriebener Polen und „Juden“ in geschlossenen Transporten aufzunehmen und zu verteilen. Frank beauftragte seinerseits den HSSPF im Generalgouvernement, Wilhelm Krüger, die „Flüchtlingstransporte“ zu organisieren.[23] Praktisch fühlte sich die Sicherheitspolizei nun dafür zuständig, die Opfer der Deportation zusammenzutreiben, zu verladen, die Eisenbahnzüge während der Fahrt zu bewachen, damit niemand entkam, und für den raschen Rücktransport der Waggons zu sorgen, damit der Vertriebenenstrom nicht unterbrochen wurde. An den Bestimmungsorten waren die polnischen Behörden und die nach Heydrichs Erlaß geschaffenen Judenräte[24] für die Unterbringung der Deportierten verantwortlich.

Berücksichtigt man, daß sich als Folge der Aggression in weiten Gebieten Polens eine furchtbare soziale Katastrophe anbahnte, dann wird die verzweifelte Lage derjenigen vorstellbar, die, enteignet und vertrieben, mit Handgepäck und einer ihnen zugestandenen winzigen Barschaft in fremder Umgebung und widrigsten Umständen einer ungewissen Zukunft ausgesetzt wurden. Hinzu kam, daß die Organisation der Vertreibung hastig und zum Teil improvisiert war und die Witterungsverhältnisse sich täglich verschlechterten.

Am 12. November 1939 erließ der HSSPF Posen die für den Reichsgau Wartheland gültigen Durchführungsbestimmungen zu Himmlers Anordnung, die als Maßnahmen zur „Durchführung der vom Führer gestellten großen historischen Aufgabe“ charakterisiert wurden.[25] Ihr Text machte die besatzungspolitischen Zwecke der Deportation besonders deutlich, wurde als Ziel doch „die Säuberung

[22] Arch. GKBZHP, NTN 332, Bl. 10; Anordnung 1/II des Reichsführers SS als Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums vom 30.10.1939.
[23] Ebenda, Hans Franks Tagebuch, (im folgenden: Frank Tgb.); Empfang des SS-Obergruppenführers Krüger durch Frank am 31.10 1939; siehe auch Stanisław Piotrowski, Hans Franks Tagebuch, Warschau 1963, S. 279
[24] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 775.
[25] Arch. GKBZHP, NTN 332; Rundschreiben des HSSPF Posen vom 12.11.1939, betr. Abschiebung von Juden u. Polen aus dem Reichsgau „Warthe-Land“.

und Sicherung der neuen deutschen Gebiete“ und „die Schaffung von Wohnungen und Erwerbsmöglichkeiten für die einwandernden Volksdeutschen“ bezeichnet. Mit den Juden zusammen sollten „die geistig führende Schicht, die gesamte Intelligenz“ sowie alle politisch tätigen Polen, insbesondere maßgebliche Mit-[195]glieder von Parteien und Verbänden, engagierte Katholiken, Priester wie Laien, gewaltsam abtransportiert werden. Insgesamt waren während der „Erstaktion“ 200.000 Polen und 100.000 „Juden“ aus dem Warthegau ostwärts zu treiben.

Polen und „Juden“ wurden allerdings seit Beginn der „Germanisierung“ nach ungleichen Grundsätzen behandelt. Für jene existierten, wenn auch nur grob umrissene politische Maßstäbe, nach denen die Deportierten auszuwählen waren, für diese galt prinzipiell keine Ausnahme. Diese Verfahrensweise entsprang vor allem dem unterschiedlichen Urteil der Faschisten über die Tauglichkeit von Polen und „Juden“ als Arbeitssklaven. Die jüdischen Einwohner, zumeist Händler, Handwerker und auch Angehörige der Intelligenz, schienen für die Ausbeutung in industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben weniger geeignet und nicht notwendig zu sein und galten deshalb als durchweg deportationsfähig. Die generelle Vertreibung der Polen hätte hingegen Arbeitskräfte betroffen, die – so hieß es auch in den Bestimmungen des HSSPF Posen – „nicht zu entbehren sind“.[26] Hinzu kam, daß der Wert der polnischen Arbeitskräfte namentlich den ostelbischen Großgrundbesitzern seit langem bekannt war. Diese beuteten seit Jahrzehnten Saison- und andere Arbeiter aus Polen schamlos aus, ließen sie vom Morgengrauen bis zur Finsternis auf ihr Gütern schuften, in kasernenähnlichen, menschenunwürdigen Unterkünften vegetieren und gestanden ihnen keinerlei politische, gewerkschaftliche oder allgemeine Menschenrechte zu. Dieses Pariadasein der polnischen Saisonarbeiter gab für die faschistische Kolonialpolitik in Osteuropa eine Art Leitbild ab. Gleichzeitig galt die nichtjüdische Bevölkerung Polens als Arbeitskräftereservoir für die gesamte Landwirtschaft des „Altreichs“, die als Folge der Einberufung von Bauern und Landarbeitern zur Wehrmacht dringend Arbeitskräfte benötigte.

Die faschistische Deportationspraxis wurde also von realen strategischen und taktischen Überlegungen bestimmt, von denen die materiellen letztlich ausschlaggebend waren. Gleichzeitig sind in ihr auch die direkten Einflüsse der Rassenideologie auf die Handelnden nachweisbar, denen die „Juden“ einzig als parasitäre Subjekte galten, nicht produzierend, aber konsumierend, als „Schmarotzer“ also, die angeblich überall von den Arbeitsfrüchten anderen zehnten und den Körper ihrer „Wirtsvölker“ aussaugten und schwächten. Aus diesem Gesichtspunkt mußten die „Juden“ in Polen den Eroberern geradezu als lästige Konkurrenz erscheinen, wollten sich doch nun die deutschen Imperialisten an den Polen, ihrer Arbeitskraft und ihrem Eigentum schadlos halten.

Auf der faschistischen Skala den Wertigkeit der Völker standen die „Juden“ am untersten Ende, sozusagen unterhalb des Nullwertes und damit jenseits der Marke, die zwischen Brauchbarkeit und Unbrauchbarkeit entschied. Selbst als „Händlervolk“, als das die Nazipropaganda die „Juden“ diffamiert hatte, waren sie in Polen nun zeitweilig und bedingt vonnöten, wollten die Okkupanten doch nicht handeln, sondern requirieren, nicht kaufen, sondern rauben.

So sicher wie das faschistische Zerrbild vom „Judentum“ selbst zur Quelle antijüdischer Pläne und Verfolgungen wurde, so sicher widerspiegelte dieses Bild – im weitesten und vollständigsten Sinne – materielle Interessen des Imperialismus und diente ihnen. Mehr noch: Das verlogene Bild vom unwerten „Juden“ wurde selbst von den fanatischsten Rassisten dann aufgegeben, wenn reale Macht- und Ausbeutungsinteressen es geboten erscheinen ließen. Dann konnten sich die angeblich unproduktiven und unschöpferischen Opfer der Verfolgungen augenblicklich in brauchbare, unter Umständen sogar gesuchte [196] Arbeitssklaven verwandeln. Darüber gibt vor allem die Geschichte der Judenverfolgungen im Generalgouvernement Aufschluß.

Der Entschluß zur Deportation löste im Rahmen des faschistischen Eroberungsprogramms unweigerlich den Zwang zu weiteren Entscheidungen aus. Sie lauteten: Ghettoisierung und Arbeitslagerhaft. Auf einer weiteren Beratung Heydrichs mit leitenden Mitarbeitern am 30. Januar 1940 wurde davon ausgegangen, daß in den annektierten Gebieten auf Grund der Deportationen eine „Judenfrage“ bald nicht mehr existieren werde. Im Generalgouvernement aber sollte sie dadurch gelöst werden, daß Frauen,

[26] Ebenda.

Kinder und andere nicht arbeitsfähige Personen in Ghettos und die arbeitsfähigen Männer – Heydrich sprach von mehreren Hunderttausend Juden – in Zwangsarbeitslagern zusammengepfercht wurden. Dabei war daran gedacht, die jüdischen Arbeitssklaven beim „Bau des Walles (gemeint waren militärische Anlagen an der Grenze zur UdSSR – K. P.) und sonstigen Vorhaben im Osten“ einzusetzen.[27]

Diese Besprechung bildet das früheste Zeugnis dafür, daß die faschistischen Machthaber die Tötung tausender jüdischer Menschen als Ergebnis ihrer judenfeindlichen Politik zumindest einkalkulierten. Der Weg in die Zwangsarbeitslager, den die jüdischen Männer zu gehen hatten, würde ebenso wie die Ghettoisierung aller anderen Personen ihre physische und psychische Zermürbung, schließlich ihre Dezimierung durch Arbeit, Hunger, Seuchen, Schikanen jeden Art, klimatische und Wetterunbilden bedeuten. Die mörderische antisemitische Idee, bisher in einer allgemeinen, abstrakten Form existierend, begann die Gestalt eines konkreten Vorhabens anzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt war der Entschluß zur Ermordung von Millionen noch nicht gefallen, aber gedanklich wie praktisch war ein Schritt auf ihn hin getan.

Dennoch hing das weitere Schicksal der jüdischen Menschen im Machtbereich des deutschen Imperialismus nicht nur von den Entschlüssen der faschistischen Machthaber ab. Die innere Logik ihres antijüdischen Denkens mußte nicht notwendig zur Logik der Geschichte werden. Konnten die Deportationsmaßnahmen in Polen überhaupt nur unter den Bedingungen des „Komischen Krieges“ vorangetrieben werden, so vermochte der Krieg in Westeuropa, einmal entbrannt, die Pläne und Möglichkeiten der Judenverfolgung unter Umständen nachhaltig zu verändern.

Der Plan, die jüdische Bevölkerung massenhaft als die billigsten Zwangsarbeiter einzusetzen, beherrschte die Spezialisten der Judenverfolgung, seit sich mit Kriegsbeginn die Arbeitskräftesituation des deutschen Imperialismus drastisch verschlechtert hatte. Es lag auf dieser Linie, daß eines der ersten antijüdischen Gesetze im Generalgouvernement am 26. Oktober 1939 den Arbeitszwang für alle „Juden“ und deren Einsatz in geschlossenen Zwangsarbeitstrupps bestimmte.[28] Wichtiger noch war die gleichzeitige Ermächtigung des HSSPF im Generalgouvernement, die Durchführungsvorschriften zu erlassen. Damit sollte das gesamte Leben der „Juden“ einschließlich ihrer Arbeitstätigkeit direkt der Polizei, d. h. den Inspekteuren und Befehlshabern der Sicherheitspolizei und deren Apparaten, unterstellt werden. Der im SD ursprünglich gefaßte Vorsatz, führenden Einfluß auf alle Fragen der Judenverfolgung zu erlangen, hatte sich nun dahin ausgeweitet, [197] dem RSHA das uneingeschränkte Verfügungsmonopol über alle jüdischen Menschen zu übertragen.

Indessen stellte sich bald heraus, daß Heydrichs weitgesteckte Pläne zur Errichtung von Zwangsarbeiterlagern sich nicht verwirklichen ließen. Zwar wollten die Faschisten die jüdischen Menschen schamlos ausbeuten, gleichzeitig aber scheuten sie die Kosten, die bereits die Errichtung der vier ersten Konzentrationslager für jüdische Zwangsarbeiter verursachen würden.[29] Auch die Schwierigkeit, das Minimum an Baumaterial für diese Lager herbeizuschaffen, waren angesichts der Anforderungen, welche die Zentralbehörden des Reiches u. a. an Holzlieferungen aus dem Generalgouvernement stellten, zunächst unüberwindbar.

So reduzierte sich die Absicht, hunderttausende „Juden“ in Zwangsarbeitslager zu sperren, auf die nicht weniger brutale Praxis, die jüdischen Einwohner des Generalgouvernements einschließlich der arbeitsfähigen Männer in Ghettos zu treiben, die in Städten errichtet wurden. Das verursachte nicht jene finanziellen und technischen Probleme, die mit dem Aufbau von besonderen Lagern verbunden waren; denn die Ghettoisierten wurden einfach in Wohnviertel gezwungen, in denen entweder bereits jüdische Menschen wohnten oder aus denen Polen gewaltsam verdrängt wurden. Und die Insassen

[27] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 468; Besprechung Heydrichs mit Seyss-Inquart, HSSPF aus den besetzten Gebieten Polens u. a. SS-Führern vom 30.1.1940.

[28] Albert Weh (d. i. der Leiter der Abteilung Gesetzgebung im Amt des Generalgouverneurs), Das Recht des Generalgouvernements Krakau 1940, Dok. 250. – Die vom HSSPF erlassenen Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung siehe ebenda, Dok. 251, Dok. 252.

[29] Arch. GKBZHP, Frank Tgb. 1940/1/III, Bl. 25 f.; Vortrag von Finanzpräsident Spindler beim Generalgouverneur über Etatslage vom 15.1.1940. – Im Gespräch wandte sich Frank gegen die hohen, auf 90 Mill. Zł. bezifferten Kosten für die Organisation der Zwangsarbeit.

der Ghettos waren stets abrufbereit, besonders für ihre Kommandierung zu beliebigen Arbeitseinsätzen. Die Idee der Ghettoisierung und der Zwangsarbeit wurde derart auf die für die Faschisten billigste, für die Opfer folgenschwerste Weise kombiniert.

Ghettos entstanden, da der Abtransport aus den Reichsgauen in das Generalgouvernement nicht in dem geplanten Tempo erfolgte und schließlich im Zusammenhang mit Schwierigkeiten im Generalgouvernement sowie wegen des Feldzugs gegen Frankreich weitgehend zum Erliegen kam, auch in den annektierten Gebieten. Eines der berüchtigtsten befand sich seit Dezember 1939 in Łódź, das die Eroberer Litzmannstadt nannten. In diese Stadt, deren Zugehörigkeit zum Reichsgau Wartheland oder zum Generalgouvernement zunächst ungeklärt blieb, ließ Gauleiter Greisen die jüdischen Einwohner in der Erwartung treiben, daß sie von dort – so oder so – in den Verantwortungsbereich Franks geraten würden.

An der Geschichte jener Hölle in Łódź läßt sich am deutlichsten erkennen, welche Konsequenzen die rigorose Deportations- und Ghettoisierungspraxis mit sich brachte und daß sie wiederum auf das Denken und die Entscheidungen der faschistischen Führer zurückwirkte. Als Greisen im Sommer 1940 Krakau besuchte, wollte er vom Generalgouverneur u. a. die Zustimmung erhalten, die 250.000 Insassen des Łódźer Ghettos in das Generalgouvernement „abzuschieben“. Dieses Ansinnen begründete Greisen damit, daß sich die Situation im Ghetto so zugespitzt habe, daß man weder ernährungspolitisch noch seuchenpolizeilich über den nächsten Winter kommen werde. Der HSSPF des Warthegaues sprach von einer sich von Tag zu Tag verschlimmernden Lage. Aber Greisers Ansicht scheiterte an der bestimmten Ablehnung Franks: Das Generalgouvernement sei nicht in der Lage, die Viertelmillion Juden „auch nur interimistisch aufzunehmen“. Der zu Greisers Begleitung gehörende zuständige Regierungspräsident Mehlhorn erklärte dennoch, „die Judenfrage“ müsse „auf irgendeine Weise gelöst werden“.[30]

[198] Wie die geheimen Verhandlungen in Krakau zeigten, hatten die faschistischen Judenverfolgungen den kritischen Punkt erreicht, da sich die Frage nach der künftigen Politik auf die Entscheidung über Leben und Tod zuspitzte. Die bisherigen Mißhandlungen der „Juden“ hatten die Arbeits- und Lebenskräfte vieler Menschen bereits weitgehend ausgezehrt. Tagtäglich wurden mehr Opfer in den Zustand des Nicht-leben-und-nicht-sterben-Könnens versetzt. Was im September und Oktober 1939 als „historische Lösung“ ins Werk gesetzt worden war, entpuppte sich im Frühjahr und Frühsommer 1940, als der Feldzug in Westeuropa die Aufmerksamkeit der Welt bannte, als Organisierung sich ausweitender katastrophaler und chaotischer Zustände. Im Sinne der Heydrichschen Forderung, an Ort und Stelle „praktische Überlegungen“ anzustellen, gingen die faschistischen Potentaten in Polen – wie das Gespräch Frank-Greiser enthüllt – daran, selbst Auswege aus einer Lage zu suchen, deren Entwicklung ihren Verursachern zu entgleiten drohte.

Zunächst aber existierte in der Führung des faschistischen Reiches, nachdem die erste Deportationswelle verebbt war und „wilde Transporte“ ins Generalgouvernement ausdrücklich verboten wurden[31], nichts, was ein verbindliches Gesamtkonzept zur „Lösung Judenfrage“ genannt werden könnte. Über Denkrichtungen, Kontroversen und ferne Pläne geben [die] Reden Franks einen gewissen Aufschluß, die zwischen März und Mai 1940 gehalten wurden. Demnach hatte sich bei den deutschen Zentralstellen die Meinung gebildet, das Generalgouvernement „östlich der Weichsel immer mehr als eine Art Judenreservat in Aussicht“ zu nehmen, in das die jüdische Bevölkerung aus den neu annektierten wie aus den alten Gebieten des faschistischen Staates vollständig deportiert werden sollte. Frank sprach von „einer nach Belieben festzusetzenden Zahl von Juden“, die aus dem Reich herbeigeschafft werden würde.[32]

Meinungsverschiedenheiten gab es innerhalb der faschistischen Führung in jener Zeit darüber, so geht aus einer Rede Franks vor Kreis- und Stadthauptleuten des Distrikts Lublin am 4. März 1940 hervor, in welchem Tempo die „Juden“ herantransportiert werden sollten. Erst nachdem „der schwierigste

[30] Ebenda, 1940/2/IV, Bl. 741 ff.; Besprechung Franks mit Greiser u. Angehörigen seiner Begleitung am 31.7.1940.
[31] Nach einer Mitteilung Franks hatte Göring am 12.2.1940 in Anwesenheit Himmlers entschieden, keine Deportationen ohne Genehmigung durch den Generalgouverneur vorzunehmen (ebenda, 1940/2/IX, Bl. 176; Rede Franks auf einer Dienstversammlung der Kreis- u. Stadthauptleute des Distrikts Lublin am 4.3.1940).
[32] Ebenda, Bl. 176 f.

Kampf“ geführt worden sei, habe sich der Standpunkt durchgesetzt, daß das Reich nicht schon während des Krieges „judenrein“ gemacht werden könne.[33]

Im Verlauf des ersten Halbjahres 1940 entstand jedoch zumindest in den Köpfen einzelner faschistischer Machthaber die Idee, das Generalgouvernement werde nicht die letzte Station der Judendeportationen sein. Sie entsprach auch den persönlichen Wünschen Franks am meisten, der es offenbar für nicht sehr ehrenvoll hielt, Machthaber eines „Judenreservats“ zu sein. Zwar wußte er nicht, „was noch alles an Generalgouvernements und Protektoraten entstehen wird“[34], aber in einer vagen Form beschäftigte ihn der Gedanke immer häufiger, die „Juden“ eines Tages weiter ostwärts treiben zu können. Schon Anfang Mai 1940 sagte Frank, daß Veränderungen an der Ostgrenze des Generalgouvernements darin bestehen könnten, daß diese Grenze „durch Ereignisse weiter nach Osten getrieben [199] wird“.[35] Als die faschistischen Truppen auf Paris marschierten, führte er am 30. Mai 1940 vor leitenden Mitarbeitern der Polizei aus: „Vielleicht ist die Ostgrenze, die wir heute haben, nicht die letzte Entwicklung.“ Das Generalgouvernement sei „eines der wichtigsten Gebiete des kommenden Weltreiches der Deutschen“ und ein Teil „der großen Brücke nach dem Osten, deren Ende wir noch nicht sehen“.[36]

Zur zentral nicht beschlossenen, nichtsdestoweniger im Generalgouvernement aber als Provisorium betriebenen Politik der Judenverfolgungen trat also die adäquate Auslegung hinzu. Alles was geschah, wurde zur Zwischenlösung erklärt, das Generalgouvernement nur als ein zeitweiliges „Aufnahmebecken“ für Polen, Zigeuner und „Juden“[37] betrachtet, als Gebiet, in dem die „polnische arbeitende Unterschicht auf weite Sicht“ germanisiert werden sollte, für die nicht germanisierungswürdigen „Juden“ also auf die Dauer Platz nicht sein könne. In neuen Kriegen und mit neuen Siegen werde sich alles lösen ...

In der Tat veränderten die faschistischen Eroberungen in Nord- und Westeuropa während des Frühjahrs und Sommers 1940 die Situation. Nachdem große Teile der jüdisch-herkünftigen Bevölkerung in sechs weiteren europäischen Staaten in die Hände den Faschisten gefallen waren, erhielt die „Lösung der Judenfrage“ auch praktisch jene Dimension, die sie im Denken der extremen antisemitischen Rassisten schon vordem besessen hatte. Offen wurde nun über „eine künftig vom Deutschen Reich ausgehende gesamteuropäische Regelung den Judenfrage“ geschrieben.[38] In den Beratungen innerhalb der Reichszentrale des faschistischen Regimes und zwischen den Machthabern im besetzten Polen tauchte eine neue Formel auf: Deportation der europäischen „Juden“ nach Übersee. Darauf setzten auch Frank und Greiser ihre zunächst noch unbestimmten Hoffnungen.[39]

Der Umstand, daß die Planungen den faschistischen Rassisten bei Kriegsbeginn in ein neues Stadium getreten waren, hatte nicht sofort eine generelle Änderung der Judenpolitik im gesamten Machtbereich des deutschen Imperialismus bewirkt. Vorerst bestand ein erheblicher Unterschied zwischen den judenfeindlichen Maßnahmen in Polen und innenhalb der Grenzen des Reichsgebietes, wie es bis zum 31. August 1939 bestanden hatte. Hier wurde nach wie vor die Strategie der Vertreibung ins Ausland befolgt. Auch unter Kriegsbedingungen galt der Erlaß weiter, den Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan am 24. Januar 1939 gegeben hatte und dessen einleitender Satz besagte: „Die Auswanderung der Juden aus Deutschland ist mit allen Mitteln zu fördern.“[40] In einer Mitteilung des RSHA an die Stapostellen und deren nachgeordnete Einrichtungen hieß es noch am 20. Mai 1941: „Gemäß einer Mitteilung des Reichsmarschalls des Großdeutschen

[33] Ebenda, Bl. 177.
[34] Ebenda, 1940/4/IX, Bl. 402; Rede Franks auf der Reichsarbeitstagung des Hauptamtes für Kommunale Politik in Kattowitz am 15.3.1940.
[35] Ebenda, 1940/1/IX, Bl. 65; Rede Franks vor dem Reichsverteidigungsausschuß des Generalgouvernements in Warschau am 2.3.1940.
[36] Ebenda, 1940/3/IX, 131. 340, Bl. 370; Rede u. Schlußwort Franks auf der Polizeisitzung am 30.5.1940.
[37] Ebenda, Bl. 335 f.
[38] P. H. Seraphim, Der Rassencharakter der Ostjuden, in: Das Vorfeld, 1. Jg. 1940, 3. Folge (November 1940), S. 11.
[39] Arch. GKBZHP, Frank Tgb., 1940/2/IV, Bl. 741; Besprechung Franks mit Greiser u. Angehörigen seiner Begleitung am 31. 7. 1940.
[40] Rolf Vogel, Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München 1977, S. 291; Schreiben Görings an den Reichsminister des Innern vom 24.1.1939.

Reiches (Göring – K. P.) ist die Judenauswanderung aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren auch während des Krieges [200] verstärkt im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten unter Beachtung der aufgestellten Richtlinien für die Judenauswanderung durchzuführen.“[41]

Zu diesem Zeitpunkt umfaßte das faschistische Okkupationsgebiet außer Polen bereits Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, große Teile Frankreichs, Jugoslawien und Griechenland. Faktisch bestimmten die deutschen Machthaber auch die Innenpolitik einer Reihe weiterer europäischer Staaten, so beispielsweise die des klerikal-faschistischen Satellitenregimes in der Slowakei. In allen diesen Staaten und Territorien lebten jüdische Menschen, die ihren Peinigern zu entfliehen trachteten. Daher legte der Mai-Erlaß des RSHA – übrigens nicht zum erstenmal – den absoluten Vorrang der Vertreibung aus dem Reichsgebiet fest, die vor allem über die Route Spanien und Portugal betrieben werden sollte. Weitere Erfolge dieser Politik ließen sich nach Meinung des RSHA nur erreichen, wenn die Emigration namentlich aus dem besetzten Frankreich und aus Belgien verhindert würde, da nach Lage der Dinge ein Auswanderungsstrom aus diesen Ländern nur zu Lasten der „Lösung der Judenfrage“ im „Großdeutschen Reich“ gehen könne. Lediglich einzelnen Personen in den eroberten Territorien sollte erlaubt werden, ins unbesetzte Frankreich überzusiedeln. Das Hauptamt behielt es sich jedoch vor, darüber in jedem Fall selbst und gesondert zu entscheiden.

Zweimal erwähnte Heydrich im Erlaß vom 20. Mai 1941 ausdrücklich „die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage“. Dieser Hinweis enthielt nicht nur eine Absichtserklärung. An „Endlösungsprojekten“ war im RSHA, dem Auswärtigen Amt und in anderen Dienststellen des faschistischen Staates und der NSDAP seit dem Sommer 1940 intensiv gearbeitet worden. Das geschah, nachdem die französisch-englischen Streitkräfte auf dem Territorium Frankreichs geschlagen worden waren, in der größenwahnsinnigen Annahme, die Herren Europas zu sein und zu bleiben. Die faschistischen Projektanten der europäischen Nachkriegsordnung wähnten, den Besiegten in einem Friedensvertrag alles und jedes zudiktieren zu können, den Krieg also mit einem „Üben-Versailles“ zu beenden und dann nach Belieben zu entscheiden, wann sie den nächsten, über den Kontinent hinausgreifenden Krieg vom Zaune brechen wollten.

Da den sich im Frühsommer 1940 herausbildenden Plan, binnen kurzem und womöglich von der Kapitulation Großbritanniens die UdSSR anzugreifen und zu vernichten, nur wenige führende Faschisten in Hitlers Umgebung kannten, wurde er noch nicht in die Überlegungen jener Stellen einbezogen, welche neue Pläne für die „Endlösung“ ausarbeiteten. Diese Stellen gingen von der Vorstellung eines nahen Friedensschlusses aus. In der Ausarbeitung „Die Judenfrage im Friedensvertrage“, die der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes Franz Rademacher am 3. Juli 1940 anfertigte, wurde einleitend festgestellt: „Der bevorstehende Sieg gibt Deutschland die Möglichkeit und meines Erachtens auch die Pflicht, die Judenfrage in Europa zu lösen.“[42] England wurde demnach bereits für besiegt, weil für unfähig gehalten, sich auf die Dauer allein gegenüber dem Deutschen Reich und dessen Verbündeten zu behaupten.

In diesem vermeintlichen Endstadium des Krieges bemühte sich das RSHA, an allen Debatten, Ausarbeitungen und Entscheidungen beteiligt zu werden, die im Hinblick auf den Friedensschluß erfolgten. Unter seiner Federführung sollte auch die „Endlösung der Judenfrage“ bindend projektiert werden. Dieses Interesse des RSHA war von der Vorstellung mitdiktiert, daß die bisherige Politik der Vertreibung nicht zum Ziele führen werde.

[201] In einem Schreiben Heydrichs an Ribbentrop vom 24. Juni 1940 wurde zwar der Erfolg der Vertreibungspolitik noch einmal herausgestellt und darauf verwiesen, daß es seit dem 1. Januar 1939 gelungen sei, etwa 200.000 jüdische Menschen aus dem Reichsgebiet zu drängen, und daß der Flüchtlingsstrom „selbst auch während des Krieges“ nicht ganz versiegt sei. Dann aber konstatierte Heydrich:[43] „*Das Gesamtproblem* – es handelt sich bereits um rund 3¼ Millionen Juden in den *heute*

[41] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 441.
[42] Arch. GKBZHP, NTN 332, unpag. (= Nürnberger Dok. NG-2586).
[43] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 464.

deutscher Hoheitsgewalt untenstehenden Gebieten – kann aber *durch Auswanderung* nicht mehr gelöst werden. Eine territoriale Endlösung wird daher notwendig."

Im faschistischen Machtapparat suchte man also im Frühsommer 1940 nach einer neuen Gesamtstrategie zur „Lösung der Judenfrage", die die im Verlauf der faschistischen Okkupation entstandenen unterschiedlichen „Judenprobleme" als Ganzes und einheitlich behandeln sollte. In der neuen Strategie, die sich zu dieser Zeit herauszubilden begann, gab man die Linie der Vertreibung der jüdischen Menschen aus dem Machtbereich des deutschen Imperialismus auf, die faktisch mit der von den Faschisten unkontrollierten Dispension der Vertriebenen in weite Teile der Erde verbunden war, und strebte die Konzentrierung der „Juden" in einem Gebiet an, in das sie zwangsweise deportiert und in dem sie gewaltsam festgehalten werden sollten. Konkreter konnte sich Heydrich Ende Juni gegenüber dem Leiter des Auswärtigen Amtes, dem bei der Vorbereitung eines Friedensdiktats eine federführende Rolle zukam, noch nicht auslassen. Er bat Ribbentrop lediglich darum, „bei bevorstehenden Besprechungen, die sich mit der Endlösung der Judenfrage befassen, falls solche von dort aus vorgesehen sein sollten (!), durch das RSHA beteiligt zu sein."[44]

In den folgenden knapp zwei Monaten wurde das „Madagaskar-Projekt" als Vorschlag für die „territoriale Endlösung" ausgearbeitet. Seine Leitidee lautete: „Alle Juden heraus aus Europa".[45] Die Urheberschaft dieses Planes, der ältere antisemitische Vorhaben aufnahm und sie im Sinne deutscher imperialistischer Weltherrschaftspolitik umprägte, schrieb Rademacher sich und dem von ihm geleiteten „Judenreferat" im Auswärtigen Amt zu. Nachdem der Reichsaußenminister „den Vorarbeiten zur Abschiebung der Juden aus Europa zugestimmt" habe, sei das Projekt in einer frühen Ausarbeitungsstufe „vom Reichssicherheitshauptamt begeistert aufgenommen" und in „einen bis ins einzelne gehenden Plan für die Evakuierung der Juden nach Madagaskar" konkretisiert worden. Himmler habe den Plan gebilligt[46], so daß er am 15. August 1940 an die beteiligten faschistischen Zentralstellen, darunter das Auswärtige Amt, versandt wurde[47].

Die gedankliche Prämisse, die dem mehrseitigen Dokument vorangestellt war, lautete: „Die bisherige Praxis zeigte, daß schon die Lösung des jüdischen Problems im Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren *im Wege der Auswanderung* ... in absehbarer Zeit schwer zu Ende geführt werden kann. Nach dem Hinzukommen der Massen des Ostens ist eine Bereinigung des Judenproblems durch Auswanderung unmöglich geworden."[48] Daraus folgerten die Spezialisten der Judenverfolgung im RSHA, es müsse ein an-[202]derer Weg beschritten werden, um vier Millionen „Juden" – so hoch wurde die Gesamtzahl im faschistischen Einflußbereich beziffert – endgültig loszuwerden.

Das Madagaskarprojekt gehörte außenpolitisch zu jenen vielschichtigen Planungen, die sich sämtlich auf die Errichtung einer Nachkriegswelt unter deutscher Vorherrschaft richteten. Insofern ist es ein Zeugnis für die absolute Maßlosigkeit, welche das Denken und Trachten der faschistischen Machthaber sowie ihrer willfährigen Staatsbürokraten charakterisierte. Lag doch der infamen Gesamtidee die Erwartung zugrunde, die deutschen Imperialisten würden als Ergebnis des Krieges so viel Macht gewinnen, daß sie die besiegten Staaten in einem Friedensdiktat verpflichten könnten, ihre Bürger jüdischer Herkunft den Hitlerfaschisten auf Gedeih und Verderb auszuliefern. Selbst die neutralen Staaten sollten gezwungen werden, ihre jüdischen Bürger den Organisatoren der „territorialen Endlösung" in die Arme zu treiben.[49] Solche Pläne konnte nur für realisierbar halten, wer davon ausging,

---

[44] Ebenda.

[45] Arch. GKBZHP, NTN 332, unpag.; Die Judenfrage im Friedensvertrage. Ausarbeitung Rademachers vom 3.7.1942 (= Nürnberger Dok. NG-2586).

[46] Ebenda; Aufzeichnung Luthers vom 21.8.1942 (= Nürnberger Dok. NG-2586).

[47] Ebenda; Schreiben des SS-Obersturmführers Dannecker, Reichssicherheitshauptamt, an Rademacher, AA, vom 15.8.1940 (= Nürnberger Dok. NG-2586).

[48] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5435, Dok. 172.

[49] Arch. GKBZHP, NTN 332, unpag.; Aufzeichnung Rademachers vom 12.8.1940 „Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa" (Nürnberger Dok. NG-2586). – Darin wurden Staatsverträge vorgeschlagen, „die mit den einzelnen europäischen Ländern über die Regelung der Judenfrage abzuschließen wären."

daß sich in allen besiegten und neutralen Staaten dauerhaft Regierungen und Machtapparate etablieren ließen, die durchweg faschistisch oder parafaschistisch beschaffen waren. So setzte der Madagaskar-Plan gewissermaßen stillschweigend die Konsolidierung eines vom deutschen Imperialismus beherrschten Europas voraus.

Im einzelnen sah der Madagaskar-Plan[50] die Abtretung der französischen Kolonialinsel im Indischen Ozean an das Deutsche Reich und die Aussiedlung der dort ansässigen Franzosen vor. Dann sollte die Insel einem zweifachen Zweck dienen: Die deutschen Imperialisten gedachten sie in einen militärischen Stützpunkt für Luft- und Seestreitkräfte und gleichzeitig in ein riesiges Konzentrationslager für die jüdischen Menschen Europas zu verwandeln. Die Deportation dieser Menschen nach Madagaskar war binnen vier Jahren vorgesehen, da sich nach den Schätzungen der Urheber dieses Projektes jährlich nicht mehr als eine Million Menschen über See abtransportieren ließ. Auf der Insel, an denen Spitze ein faschistischer „Polizeigouverneur“, also ein SS-General, stehen sollte, war den Deportierten die schwerste Arbeit bestimmt, an der sich die faschistischen Machthaber ebenso zu bereichern gedachten wie bereits vorher an der Enteignung der zum Abtransport bestimmten Menschen. Tatsächlich beabsichtigten die Projektanten des Madagaskar-Plans, die Regierungen aller europäischen Staaten dazu zu zwingen, nicht nur die jüdischen Einwohner auszuliefern, nicht nur Schiffsraum für den Abtransport bereitzustellen, sondern auch das Eigentum der Opfer einer „intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa“, die selbstredend als Institution des deutschen Faschismus gedacht war, zu übertragen.[51]

So stellte der Madagaskar-Plan auch eine Art Zusammenfassung jener niederträchtigen Ideen und Praktiken dar, welche die faschistischen Judenverfolgungen seit Jahren prägten. In ihm konzentrierten sich die Vorhaben der Beraubung und Enteignung, der gewaltsamen Wegschaffung der Einpferchung in Arbeitslager, der Herauspressung der Arbeitskraft bei Strafe des Hungertodes und der Leitung und Lenkung aller dieser infamen Maßnahmen durch die Sicherheitspolizei Heydrichs. Zugleich sollten die Millionen jüdischer [203] Einwohner Madagaskars ein gigantisches Faustpfand in den Händen der Faschisten bilden, das sie gegen jene vorwiegend in den USA lebenden „Juden“ zu gebrauchen beabsichtigten. Millionen von Geiseln – auch das sollten die Deportierten sein.

Den Projektanten im RSHA und Auswärtigen Amt galt weder das Schicksal der Einwohner Madagaskars etwas noch das Leben der zur Deportation bestimmten Opfer. Was verhüllend „Judenwohnstätte“ genannt wurde und überhaupt erst durch ein polizeiliches Vorkommando in Augenschein genommen werden sollte, erschien den Faschisten als Verbannungsstätte und Konzentrationslager doch deshalb geeignet, weil dort die Bedingungen erwartet wurden, die eine „natürliche“ Dezimierung der verschleppten Opfer herbeiführen mußten. Die „Überseelösung insularen Charakters“, die nach Ansicht der RSHA „jeder anderen vorzuziehen“ sei[52], war darauf angelegt, die Vertriebenen widrigen klimatischen und Witterungsbedingungen, verheerenden Seuchen und auszehrende Arbeitsqual, ständigem Mangel an Nahrungsmitteln und anderen Lebensquellen, geistiger Dumpfheit und dem allgegenwärtigen SS-Terror auszusetzen – Bedingungen also, denen viele der Opfer nicht oder nur kurze Zeit würden standhalten können. Der Madagaskar Plan bedeutete folglich mehr als nur eine „territoriale Endlösung“.

Für eine kurze Zeit wurden auch die antijüdischen Maßnahmen im eroberten Polen durch die Ausarbeitung dieses Projektes beeinflußt.

Zwei Tage nach einem Gespräch mit Hitler, das Frank am 8. Juli 1940 geführt hatte, unterrichtete der Generalgouverneur seinen HSSPF Krüger von der Neuregelung, derzufolge Judenaussiedlungen aus dem Reichsgebiet nicht mehr stattfinden würden. Alle „Juden“, die des Generalgouvernements eingeschlossen, würden „nach den Kolonien Afrikas überführt ..., die die französische Regierung zu diesem Zweck an das Deutsche Reich ausliefern muß“.[53]

---

[50] Nicht alle im faschistischen Staatsapparat zum „Madagaskar-Plan“ angefertigten Ausarbeitungen enthalten die im folgenden zusammengefaßten Charakteristika des Projekts.
[51] Arch. GKBZHP NTN 332, unpag.; Aufzeichnung Rademachers vom 12.8.1940.
[52] Ebenda; Madagaskar-Projekt in der Fassung des Reichssicherheitshauptamtes, wie sie am 15.8.1940 versandt wurde.
[53] Ebenda, Frank Tgb., 1940/2/IV, Bl. 646; Besprechung Franks mit dem HSSPF Krüger am 10.7.1940.

Am 25. Juli 1940 kündigte Frank Beamten und Angestellten der faschistischen Distriktverwaltung in Lublin an, das Generalgouvernement werde auf Grund eines besonderen „Programms“ in absehbarer Zeit „judenfrei“ sein. Lublin könne dann „eine anständige, dienstliche, berufliche und auch menschliche Stadt für deutsche Volksgenossinnen und Volksgenossen werden“.[54]

Sorgen bereitete den faschistischen Machthabern im besetzten Polen im Juli 1940 allerdings die Frage, in welchen Fristen sich diese „Endlösung“ verwirklichen lasse. Während den Verhandlungen zwischen Frank und Greiser am 31. Juli wies der HSSPF Krüger zwar darauf hin, daß zur Sache bereits Denkschriften existierten, der Chef der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement, Strekkenbach, dämpfte aber übertriebene Erwartungen mit der Bemerkung, daß das Wann und Wie eine „Frage des Friedensschlusses“ sei und dann überhaupt erst endgültig bestimmt werde, ob die „Juden“ tatsächlich nach Madagaskar kommen sollten.[55]

Insgesamt bestätigen die Aufzeichnungen in Franks Tagebuch, daß die faschistischen Machthaber im Juli 1940 die Konzentrierung von mehreren Millionen „Juden“ im Osten [204] Polens nicht mehr als eine Lösung ansahen, die den immer weitergesteckten Germanisierungsplänen in Osteuropa angemessen war.

Obgleich der Madagaskar-Plan ein Stück Papier blieb, prägte sich während seiner Ausarbeitung doch die mörderische Denkwelt weiter aus, in der sich die Projektanten der Endlösung“ bewegten. Während die Mehrzahl der faschistischen Politiker, Militärs und Wirtschaftsspezialisten die militärische Eroberung der UdSSR plante, vorbereitete und organisierte, entwarfen Dienststellen des gleichen Machtapparates in engstem Kontakt mit Hitler, Himmler und Heydrich die abscheulichsten, streng geheim gehaltenen Vorhaben, die sich immer klarer auf das Ziel richteten, die Menschen jüdischer Herkunft massenweise zu töten. In dem Maße, wie sich neue Vorstellungen über die Dauer des Krieges herausbildeten, rückten die Erfahrungen und Probleme der faschistischen Judenverfolgungen in Polen, besonders im Generalgouvernement, „in dem die Judenfrage am drängendsten ist“, wieder in das Zentrum der Planungen.[56] Öffentlich wurde geschrieben, die räumliche, soziale und wirtschaftliche Enge der Ghettos fordere „eine Druckentlastung und eine Lösung“.[57]

Während der Winter 1940/41 jüdische Menschen innerhalb und außerhalb von Ghettos und Zwangsarbeiterlagern auszehrte und das Leben vieler auslöschte, wurden die Arbeiten an einem anderen verbrecherischen Plan gegen die „Juden“ beendet. Am 28. März 1941 teilte der Oberdienstleiter in den Parteikanzlei, Viktor Brack, Himmler den Abschluß von Untersuchungen mit, welche die massenhafte Sterilisation von „Juden“ zum Ziele hatten. Die lebende Generation jüdischer Menschen sollte demnach noch am Leben bleiben, ihre Fortpflanzung aber verhindert werden. Zu diesem Zweck wäre die Konstruktion von etwa 20 Anlagen notwendig, mit deren Hilfe man täglich etwa 3000 bis 4000 Menschen sterilisieren könne, ohne daß die Betroffenen sogleich bemerkten, welche Untat an ihnen verübt wurde.[58] Auch dieser teuflische Plan setzte gedanklich voraus, daß die „abzufertigenden Personen“ territorial konzentriert und streng isoliert wurden.

Die Monate nach der Kapitulation Frankreichs, in denen die faschistischen Machthaber auf den Höhepunkt ihres Einflusses in Europa gelangten und sich in naher Zukunft als die unumschränkten Herren des Kontinents wähnten, waren also auch dadurch gekennzeichnet, daß sich die Inspiratoren und Organisatoren des rassistischen Terrors und namentlich der Judenverfolgungen gedanklich schrittweise jenem Plan näherten, bereits die lebende Generation jüdischer Menschen physisch zu vernichten. Die Formel von der „Endlösung der Judenfrage“, die schon bald nach der Übergabe der Macht an die Hitlerfaschisten im Sprachgebrauch der Staatsbürokratie anzutreffen war, erhielt jetzt ihren berüchtigten, grausig-verbrecherischen Inhalt.[59] Der Prozeß des Übergangs von der Strategie der Vertreibung in das Ausland, die ohnehin nur noch als ein Überbleibsel aus der Vorkriegszeit existierte, zur Strategie der Massenvernichtung trat in sein abschließendes Stadium.

---

[54] Piotrowski, S. 331.
[55] Arch. GKBZHP, Frank Tgb., 1940/2/IV, Bl. 743; Besprechung Franks mit Greiser u. dessen Begleitung am 31.7.1940.
[56] Seraphim.
[57] Heinrich Gottong, Die Juden im Generalgouvernement, in: Das Vorfeld, Jg. 1, 1940, 3. Folge, November 1940), S. 20.
[58] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 556.
[59] Siehe Pätzold, S. 138 ff.

Wie die faschistischen Dokumente und die Judenverfolgungen beweisen, entstand der schließlich verwirklichte Mordplan im Verlauf der ersten beiden Kriegsjahre über mehrere gedankliche und praktische Stufen. Auf der ersten Konstruktionsstufe des Projekts sollte noch nicht der millionenfache direkte Mord die Vernichtung der „Juden“ bewirken, sondern es war beabsichtigt, die Opfer solchen Bedingungen auszusetzen, unter denen ihr [205] Leben früher oder später, nur in Abhängigkeit von ihrer unterschiedlichen Widerstandskraft, zwangsläufig erlöschen mußte. Auf einer zweiten Konstruktionsstufe befand sich jenes Vorhaben, das die Nichtfortpflanzung der lebenden Generation jüdischer Menschen durch Sterilisation vorsah, die de facto bereits einen direkten tätlichen und tödlichen Angriff auf das existierende Leben und nicht nur Auslöschung potentiellen menschlichen Daseins bedeutete.

Von diesem Punkt aus war es für die Faschisten nur noch ein kleiner Schritt zum Massenmord: denn wenn es eine kommende Generation jüdischer Herkunft nicht geben sollte, warum eigentlich dann mit der lebenden so viele Umstände machen? Diese Frage mußte sich in der Gedankenwelt der Planer – man möchte sagen: mit Notwendigkeit – einstellen und sich in neuen „Endlösungs“entwürfen niederschlagen, zumal ihnen die selbstverursachten katastrophalen und infernalischen Zustände auf dem Territorium Polens während einer längeren Kriegsdauer als nicht haltbar schienen.

Für die verbrecherischen und schließlich mörderischen Dokumente, die seit Kriegsbeginn in den faschistischen Zentralen angefertigt wurden, ist es charakteristisch, daß ihr Inhalt nahezu ausschließlich durch die Frage bestimmt wird, *wie* die Menschen jüdischer Herkunft erfaßt, konzentriert, weggeschafft und ausgebeutet werden könnten. Allgemeine Begründungen für die Judenverfolgung spielten in den internen Ausarbeitungen kaum noch eine Rolle. Minderwertigkeit und Nichtswürdigkeit den „Juden“ galten den fanatischen Faschisten als Axiom. Jetzt wurde nur noch praktiziert, was aus der These folgte, wonach die „Juden“ – wie Himmler es schon 1935 öffentlich ausgesprochen hatte – das Volk wären, „das aus den Abfallprodukten sämtlicher Völker und Nationen dieses Erdballs zusammengesetzt“ sei.[60] Auf dem Höhepunkt ihren Macht, den sie selbst freilich erst als einen Anfang und nicht als einen Kulminationspunkt begriffen, befaßten sich die faschistischen Rassisten wie selbstverständlich damit, diesen „Abfall“ aus der Geschichte zu beseitigen. Soweit sie sich seit Kriegsbeginn überhaupt noch der Mühe unterzogen, Rechtfertigungen für die Verfolgung den „Juden“ für die Öffentlichkeit zu ersinnen, machten sie unter sich bereits keinen Hehl daraus, daß es sich nur um Zweckbehauptungen handelte.

Die entscheidende Phase im Übergang zur Strategie des Genozids fiel in das zweite Halbjahr 1941. Am 31. Juli 1941 – die faschistischen Imperialisten waren in die UdSSR eingefallen, und ihre Armeen marschierten in Richtung Moskau, Leningrad und Kiew – erteilte Göring Heydrich die neue Weisung, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa“. Heydrich hatte dafür „in Bälde einen Gesamtentwurf“ vorzulegen, der die „Vorausmaßnahmen“ für die „Endlösung“ enthalte sollte.[61] Der Madagaskar-Plan war, wie es rückblickend in einer Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Luther, heißt, „durch die politische Entwicklung überholt“.[62]

In Görings Weisung an Heydrich vom 31. Juli 1941 wurde einleitend noch einmal auf die voraufgegangene vom 24. Januar 1939 Bezug genommen, die angeblich den Auftrag enthalten hätte, „die Judenfrage in Form der Auswanderung und der Evakuierung einer [206] den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen“. In Wirklichkeit war von „Evakuierung“ nach dem Pogrom der „Reichskristallnacht“ nicht die Rede gewesen. Diese Korrektur sollte lediglich die These ermöglichen, der neue Erlaß ergänze den alten. In Wirklichkeit aber wurde die bisherige Strategie der Judenverfolgungen aufgegeben. Jetzt ging man daran, die teuflischen Planungen für das Genozid zu systematisieren und in einer abschließenden, praktisch durchführbaren Fassung vorzulegen. Eine solche Fassung wurde ein halbes Jahr später den Teilnehmern der sogenannten Wannsee-Konferenz bekanntgemacht.

---

[60] Heinrich Himmler, Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation, München 1936.
[61] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 461.
[62] Arch. GKBZHP, NTN 332, unpag.; Aufzeichnung Unterstaatssekretär Luthers vom 21.8.1942 (= Nürnberger Dok. NG-2586).

Die Vorbereitung und der Beginn des Überfalls auf die UdSSR markieren damit auch den tiefsten Einschnitt in der Geschichte der faschistischen Judenverfolgungen. Daß der 22. Juni einen „Wendepunkt in der Leidensgeschichte“ zumal des polnischen Judentums bezeichnet, wurde in Forschungen polnischer Historiker nach Kriegsende hervorgehoben. Von da an seien die faschistischen Eroberer „von vereinzelten Pogromen, Exekutionen und vor allem Einzelermordungen“, wie sie an der jüdischen Bevölkerung Polens vom ersten Augenblick des Einfalls an begangen worden waren, zum Massenmord übergegangen. Auf die „Vorhölle“, wie die Zeit zwischen September 1939 und Juni 1941 auch bezeichnet wurde, sei die wahre Hölle gefolgt.[63]

Nicht grundsätzlich anders sahen diejenigen die Entwicklung, die das blutige Handwerk betrieben. Wisliceny schrieb 1946: „Vom Zeitpunkt des Ausbruchs des Krieges mit Rußland und dem Kriegseintritt der USA begann sich eine grundlegende Wandlung in der Behandlung des jüdischen Problems zu vollziehen. Diese Wandlung erfolgte nicht von heut auf morgen, sondern stufenweise.“[64] Anfang 1942 beurteilte Rademacher die Bedeutung den Aggression gegen die UdSSR für die Genesis der „Endlösungs“pläne ganz ähnlich: „Der Krieg gegen die Sowjetunion hat inzwischen die Möglichkeit gegeben, andere Territorien für die Endlösung der Judenfrage (als Madagaskar – K. P.) zur Verfügung zu stellen. Demgemäß hat der Führer entschieden, daß die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen.“[65]

Während der ersten Monate des Feldzuges gegen die UdSSR scheiterte zwar bereits die Blitzkriegskonzeption der faschistischen Machthaber; doch sie eroberten zunächst weite Gebiete des Landes. An diese Anfangserfolge knüpfte sich die Hoffnung, im Jahre 1942 das schon für 1941 gesteckte Ziel zu erreichen und die UdSSR niederzuwerfen. Dementsprechend euphorisch beschäftigte man sich noch einmal mit Nachkriegsplanungen, namentlich für Osteuropa. Das Generalgouvernement erhielt im Denken der faschistischen Projektanten eine neue politisch-geographische Bewertung. Auf lange Sicht sollte es vollständig germanisiert werden, um jene Funktion im „Vorfeld“ zu erfüllen, an die Frank bereits seit längerem dachte.

Im Rahmen dieser alles bisher Dagewesene übertreffenden Planungen muß auch das Problem analysiert werden, das in der physischen Vernichtung von Millionen Menschen liegt, die kapitalistischen Grundsätzen der Ausbeutung von Arbeitskraft und der Profitmacherei so vollkommen zu widersprechen scheint. An dieses Problem knüpfen bürgerliche Autoren immer wieder die Frage, ob ein Regime, das so handelt, überhaupt noch als kapitalistisch bezeichnet werden kann und nicht vielmehr antikapitalistisch genannt werden muß.

Der Überfall auf die UdSSR und die damit verbundene Notwendigkeit, die annektierten [207] polnischen Gebiete und das Generalgouvernement zu einer funktionstüchtigen Nachschubbasis zu machen, ließ den Wert der Arbeitskraft auch der jüdischen Menschen in diesem Gebiet bis zu einem gewissen Grade und für eine beschränkte Frist steigen. Greiser erklärte auf einer Tagung der Reichstreuhänder der Arbeit der Ostgebiete am 9. Oktober 1941, er sei froh darüber, „daß er 200-300.000 Juden im Gau habe. Die könnten viele Arbeiten verrichten, die sonst nicht zu leisten wären.“ Diese Wertbestimmung wurde sogleich durch den Zusatz näher charakterisiert, daß „Juden“ und Polen als „eine Arbeitskraft“ zu betrachten wären, „der wir ohne Gefühl gegenüberzutreten hätten“. Die „Volkstumsfrage“ bleibe immer das „oberste Prinzip“.[66]

Wichtiger als solche kurzfristig angelegten pragmatischen Erörterungen ist die Tatsache, daß die faschistischen Eroberer – wie es sich insbesondere in den Ausarbeitungen zum „Generalplan Ost“ zeigte – aus dem Bewußtsein heraus planten, in den eroberten Gebieten bereits einen Überfluß an Menschen zu besitzen. In einer Stellungnahme, die von der Verschleppung, Verdrängung und Vernichtung von Millionen Menschen – Russen, Polen, „Juden“ – handelte, spiegelte sich diese Denkweise in dem lakonischen Satz

[63] Dokumenty i Materialy do Dziejów Okupacji Niemieckiej w Polsce, Bd. II. Akcje i Wysiedlenia, Część, bearb. von J. Kermisz, Warschau, S. IV, S. XI.
[64] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 773.
[65] Ebenda, Dok. 762; Schreiben Rademachers an Bielfeld vom 10.2.1942.
[66] Arch. GKBZHP, Prozeß Greiser, Bd. 37/IV, Bl. 627; Bericht über die Tagung der Reichstreuhänder der Arbeit der Ostgebiete in Posen am 9.10.1941.

wieder: „Wir haben das ungeheure Menschenreservoir des Ostens vor uns.“[67] Probleme der dauernden Unterwerfung dieser Menschen, die mit den Angehörigen anderer in faschistische Gewalt geratener Völker die Zahl der Reichs- und „Volksdeutschen“ bereits weit übertrafen, beherrschten 1941/42 die Projektanten der Neuordnung des europäischen Ostens bis zum Ural, und nicht Sorgen um einen Mangel an Arbeitskräften.

Die Frage, wie der Entschluß zur massenweisen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Machtapparat eines kapitalistischen Regimes zustandekam, wird unhistorisch gestellt, wenn man sie aus den konkreten historischen Umständen herauslöst, auf die sie sich bezieht, und sie in die spätere Situation der Wende des Krieges und der sich abzeichnenden Krise des Regimes transponiert. Zu diesem späteren Zeitpunkt sahen die faschistischen Führer viele Fragen anders an. Der mörderische Apparat zur „Endlösung der Judenfrage“ war da aber bereits in vollen Gang gebracht.

Den Krieg – das war zum Zeitpunkt, da die unvorstellbar barbarischen Entschlüsse fielen, in erster Linie der Krieg gegen die UdSSR. Er wurde im Sommer 1942 durch eine Offensive der faschistischen Wehrmacht geprägt, die wiederum riesigen Landgewinn eintrug und bis zum Kaukasus und nach Stalingrad führte. Dieser Erfolg ließ noch einmal die größenwahnsinnigsten und verbrecherischsten Ideen und Pläne grassieren. Jetzt, da sich Deutschland mit allen Großmächten, ausgenommen Japan, im Krieg befand, fielen angesichts des unabweisbaren Entweder-Oder, das im totalen Sieg oder in den totalen Niederlage des deutschen Imperialismus bestand, auch die letzten politischen und ideologischen Barrieren, die der grausamsten, vollständigen und kurzfristigen „Endlösung der Judenfrage“ im Wege gestanden hatten.

Es war letztlich der Grundgedanke, die Weltgeschichte ganz unter den Stiefel des faschistischen deutschen Imperialismus treten zu können, der die auf der Wannsee-Konferenz vorgetragenen Entscheidungen zeitigte und ihre Verwirklichung leitete. Die jüdischen Menschen Europas wurden das Opfer einer Strategie, die einem umfassenderen imperialistischen Konzept zugehörte: dem Plan des deutschen Imperialismus, die Welt zu [208] beherrschen, in ihr für alle Zeiten faschistisches „Recht“ zu setzen und über Leben und Tod von Dutzenden von Völkern zu entscheiden.

Das Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung Europas entsprang also nicht einfach einer mörderischen Ideologie, die in den Köpfen einiger wenigen Naziführer hauste. Es wurde letztlich durch die maßlosen Ziele des deutschen Imperialismus hervorgerufen, dessen Grund- und Gesamtinteresse jene faschistischen Führer verfochten. Zu einem Zeitpunkt, da ein stabiler sozialistischer Großstaat existierte und viele Völker ihre Wege zu nationaler und sozialer Befreiung suchten und beschritten, ein faschistisches Weltreich von Dauer errichten zu wollen, war anachronistisch, war historisch objektiv aussichtslos. Aber schon der Versuch mußte seine spezifischen barbarischen Mittel und Methoden zeitigen.

[209]

[67] Zit. in VfZ, 3/1958, S. 311 f.; Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichs-führers SS (von Dr. Erhard Wetzel).

Manfred Weißbecker: Der Faschismus in der Gegenwart. Grundlagen – Erscheinungsformen – Aktivitäten – Organisationen[1]

Wie die Geschichte unserer Epoche zeigt, bemühten sich die herrschenden Kreise imperialistischer Länder immer wieder, aus dem ständig dichter und komplizierten werdenden Geflecht ihrer inneren Widersprüche sowie aus ihren vielfältigen Krisen mit vielfältigen und unterschiedlichen Mitteln herauszukommen, vor allem mit Hilfe eines aufgeblähten Rüstungsapparates, aggressiver Politik und militärischer Abenteuer. In den einzelnen Perioden der allgemeinen Krise des Kapitalismus hat sich dieser Drang des Monopolkapitals gesetzmäßig verstärkt. Dies ging stets mit Versuchen unterschiedlichster Art zur Stabilisierung seiner innenpolitischen Machtpositionen und zu antidemokratischen, autoritären Modifikationen seiner Herrschaftsform Hand in Hand. In der Regel erwiesen sich die Phasen akuter Krisen und sich zuspitzender Klassenkämpfe als Zeiten einer außerordentlich menschenfeindlichen, militanten und extrem reaktionären Negation des gesamten gesellschaftlichen Fortschritts und selbst der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, d. h. eines stärkeren Hervortretens organisierter ultrarechter und faschistischer Kräfte.

Auch in der Gegenwart, die in den imperialistischen Staaten durch eine ganz besondere Art der Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise gekennzeichnet ist[2], versuchen einflußreiche staatsmonopolistische Gruppen, mit militaristischen[3] und rechtsextremistischen[4] Mitteln der Vertiefung der allgemeinen Krise zu entgehen. Sie fördern mit allen zur Verfügung stehenden Kräften – und dazu gehören auch ihre Parteien und sonstigen gesellschaftlichen Organisationen – die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes, sie forcieren die Aufrüstung, sie bekämpfen die bisherigen Ergebnisse des Ringens der sozialistischen Staaten und der progressiven Kräfte um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz sowie der politischen und militärischen Entspannung. [210] Sie unternehmen alle Anstrengungen, um das Wachstum des Sozialismus zu stoppen und um die Entwicklung der anderen Hauptströme des revolutionären Prozesses zu behindern. Ihr Ziel ist es, aus der historischen Defensive herauszukommen und verlorene Einflußgebiete wieder zu gewinnen.[5] Die von der Krise des Kapitals hervorgerufenen inneren Schwierigkeiten stimulieren die Bemühungen der aggressivsten Kreise der Monopolbourgeoisie, das Wettrüsten auszudehnen, internationale Konflikte zuzuspitzen, zu den Bedingungen der Periode des „Kalten Krieges“ zurückzukehren und die Politik der Entspannung zu bremsen, zu stören und sogar rückgängig zu machen. All das bedeutet zwangsläufig nicht nur eine Zuspitzung in den internationalen Beziehungen und in den ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus[6], sondern auch eine Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Monopolgruppen und deren politischen Repräsentanten.

Diese und viele andere Faktoren tragen wesentlich zur wachsenden Differenzierung in der Monopolbourgeoisie bei, die heute rechtsextremistischen und sogar offen faschistischen Kräften wieder erheblich breiteren Raum in der politischen Organisation der imperialistischen Gesellschaft[7] – und damit

[1] Der Beitrag, dessen Erarbeitung im März 1978 abgeschlossen wurde, stellt eine Weiterführung und Ergänzung folgender Artikel des Verfasser dar: Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus, in: IP W-Berichte, 8/1975; Extrem reaktionäre Organisationen und werktätige Massen, in: ZfG, 3/1977; Extrem reaktionäre Organisationen und die Realität der Gefahr des Faschismus in der Gegenwart, in: Gegen Imperialismus und bürgerliche Ideologie. Wiss. Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1977.

[2] Siehe Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den IX. Parteitag der SED, Berlin 1976, S. 23.

[3] Siehe Albrecht Charisius/Klaus Engelhardt, Militarismus heute – Hauptfeind von Entspannung und Sicherheit, in: Einheit, 6/1977, S. 729 ff.; Horst Fiedler, Wesen und Erscheinungsform des Militarismus der Gegenwart, in: IPW-Berichte, 8/1977, S. 9 ff.

[4] Siehe Ludwig Elm, Der „neue“ Konservatismus. Zur Ideologie und Politik einer reaktionären Strömung in der BRD, Berlin 1974, S. 66 ff.

[5] Siehe Erich Honecker, Die Aufgaben der Partei bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, in: Neues Deutschland, vom 18./19.2.1978.

[6] Siehe Kurt Hager, Der IX. Parteitag und die Gesellschaftswissenschaften. Rede auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler der DDR am 25. und 26. November 1976 in Berlin, Berlin 1976, S. 24.

[7] Siehe W. E. Gulijew, Der imperialistische Staat in der Gegenwart, Berlin 1976, S. 45 ff. – Zur Diskussion der sowjetischen Gesellschaftswissenschaftler über den Begriff s. N. I. Asarow/J. M. Penkow, Die politische Organisation der Gesellschaft (Literaturübersicht), in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, 5/1973, S. 501 ff.

auch im Feld der bürgerlichen Parteien und Interessenorganisationen – als in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 bietet. Manchen Teilen den Monopolbourgeoisie erscheint der Faschismus – natürlich modernisiert und modifiziert – wieder als ein möglicher Ausweg aus einer Situation, in der sie ihre Macht und die Höhe des Profits ernsthaft gefährdet sehen. Diese Erscheinung – die nicht überschätzt, vor allem aber auch nicht unterschätzt werden darf – steht nicht im Widerspruch zur allgemein anerkannten Tatsache, daß insgesamt das „ Klima“ unserer Zeit für den Faschismus ungünstig geworden ist. Die Wurzeln der noch immer bestehenden Gefahr des Faschismus liegen in der weiteren Existenz des Imperialismus, in seinem Profit- und Expansionsstreben und in seiner unveränderten grundsätzlichen Fortschrittsfeindlichkeit. Diese Gefahr resultiert aber auch aus den durch dieses „Klima“ nicht veränderten akuten kapitalistischen Krisenprozessen auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und ideologischem Gebiet. Sie bedroht den Frieden und die von den Kräften des Sozialismus bisher erreichten Fortschritte im Entspannungsprozeß sowie den sozialen Fortschritt den Menschen in vielen Teilen der Welt. Rasche Wendungen in der Politik und Herrschaftsmethodik des Imperialismus sind keinesfalls auszuschließen.

1. Kampf gegen Faschismus und Reaktion ist ein Gebot der Zeit

In zahlreichen Dokumenten den internationalen Arbeiterbewegung[8] ist bereits von dem Wiedererstehen des Faschismus und vor neofaschistischen Gefahren gewarnt, ist zu großer Wachsamkeit aufgerufen und die Notwendigkeit hervorgehoben worden, bereits den [211] Anfängen zu wehren und die Versuche der Erneuerung des Faschismus bereits im Keime zu ersticken. Aus der Fülle der Analysen und Appelle seien hier nur einige herausgegriffen:

Im Frühjahr 1973 fanden sich in Essen (BRD) Vertreter von kommunistischen und Arbeiterparteien aus 21 kapitalistischen Ländern zu einem wissenschaftlichen Symposium zusammen, das dem Thema „Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr“ gewidmet war.[9] K. I. Sarodov, Chefredakteur der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, erklärte in seinem Referat, daß in den kommenden Jahren der revolutionären Arbeiterbewegung und ihren Verbündeten ein beharrlicher Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Reaktion und den Faschismus bevorsteht.[10] Das Ergebnis der Diskussion wurde in eindringlichen Worten zusammengefaßt: „Eine Verstärkung des Kampfes gegen den Faschismus, den Neofaschismus und die Reaktion ist ein *Gebe der Zeit*.“[11]

Im Oktober 1973 machte der Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau mit großem Ernst auf den besorgniserregenden Widerstand des imperialistischen Militär-Industrie-Komplexes sowie der offen faschistischen und rassistischen Regimes gegen die vom XXIV. Parteitag der KPdSU eingeleitete weltweite Friedensoffensive aufmerksam. Im Kommuniqué wurde besonders auf den faschistischen Putsch vom 11. September 1973 in Chile verwiesen, der gezeigt hat, „welche große Gefahr die Politik der imperialistischen, reaktionären Kräfte für die Völker darstellt, die den Weg der Freiheit, der selbständigen, unabhängigen politischen und sozialen Entwicklung gewählt haben. Der Sturz der legitimen Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende erinnert daran, daß die internationalen Monopole, die Kräfte der äußeren und inneren Reaktion bereit sind, zu einem beliebigen Zeitpunkt zum Gegenangriff überzugehen, der den bewaffneten Umsturz, die Errichtung einer Militärdiktatur und die blutige Abrechnung mit dem Volk einschließt.“[12] Die Teilnehmer eines internationalen Rundtischgesprächs, das im April 1974 am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED stattfand und an dem Vertreter der wissenschaftlichen Institute von zehn Bruderparteien teilnahmen, riefen zum verstärkten Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus auf.[13]

[8] Siehe vor allem: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969. Dokumente, Berlin 1969, S. 40 f.
[9] Siehe Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr, (im folgenden: Der gegenwärtige Faschismus), in: PFS, 4/1973, S. 471 ff.; 5/1973, S. 619 ff.
[10] Ebenda, 4/1973, S. 482.
[11] Ebenda, 5/1973, S. 646 (Hervorhebung von mir – M. W.).
[12] Neues Deutschland, vom 4.11.1973.
[13] Siehe BzG, 4/1974, S. 690 f.

Auch die Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas, die Anfang 1974 in Brüssel tagte, wies auf die sich erheblich verstärkenden „autoritären Tendenzen“ in der Großbourgeoisie hin, die Ausdruck der um sich greifenden Krisen des Kapitalismus seien.[14] Mit Nachdruck unterstrichen die Teilnehmer der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas Ende Juni 1976 ihre gemeinsame Forderung, „den Faschismus auszurotten, sein Wiedererstehen – in offener oder getarnter Form – zu verhindern, die Organisierung und Aktivität faschistischer und neofaschistischer Terrororganisationen und Gruppen sowie rassistische Propaganda und Aktivitäten zu bekämpfen ...“[15]

[212] Gerade durch den Putsch vom 11. September 1973 und die weitere Entwicklung in Chile sind die Probleme des Faschismus wieder stärker in das Bewußtsein der Völker gedrungen. In vielen imperialistischen Ländern tauchte angesichts der Krisenerscheinungen auf ökonomischen und politischem Gebiet die Frage auf, ob der Faschismus und „chilenische Lösungen“ auch woanders möglich seien.[16] Mit Recht schlußfolgerte der sowjetische Gesellschaftswissenschaftler A. I. Sobolev aus dem Fall Chile: „Obwohl die Möglichkeiten des bürgerlichen Liberalismus noch nicht ausgeschöpft sind, tritt doch heute der Kampf zwischen den beiden Varianten des Ausweges aus der Krise, die die kapitalistische Gesellschaft jetzt erfaßt hat, an die erste Stelle: zwischen der demokratisch-revolutionären und der reaktionär-faschistischen Variante.“[17]

Die Vertreter von Friedensbewegungen, politischen Parteien und Massenbewegungen, internationalen und nationalen Organisationen, Delegierte aus 125 Ländern aller Kontinente und 50 internationalen Organisationen, die sich im Mai 1977 zur Weltversammlung der Erbauer des Friedens in Warschau vereinten, klagten die aggressivsten Kreise des internationalen Monopolkapitals an, „in der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise und Depression des kapitalistischen Systems ... zum Faschismus Zuflucht“ zu nehmen. Gegen bagatellisierende und die Gefährlichkeit des Faschismus unterschätzende Gedanken gerichtet, erklärten sie: „Faschismus und Neofaschismus treten heute in vielfältigen neuen Formen auf, ohne daß sich, wenn sie zur Macht gelangt sind, ihr Charakter als offen terroristische Diktatur der aggressivsten und reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals geändert hätte.“ In ihrem Appell an alle Völker der Erde entwickelten sie gleichzeitig eine umfassende und differenzierte Taktik des antifaschistischen Kampfes, indem sie forderten,[18]

„– auf nationaler und internationaler Ebene alle offenen und versteckten Methoden der Propagierung der faschistischen Ideologie zu entlarven;
– in jedem Land eine geschlossene antifaschistische Bewegung zu schaffen, in die alle Menschen guten Willens einbezogen sind, ungeachtet ihrer sozialen Stellung, ihrer politischen Überzeugung und ihrer Weltanschauung;
– die Praktiken reaktionärer Diktaturen, die faschistische Methoden der Gewalt und Unterdrückung anwenden, zu verurteilen;
– wachsam zu sein und das Wiedererstehen neofaschistischer Gruppierungen und andere Aktivitäten rechtsextremer Kräfte, die in zunehmendem Maße Gewalt und Terror praktizieren, zu entlarven;
– die faschistischen Regimes weiter international zu isolieren, um den antifaschistischen Kampf wirksam zu unterstützen, den die Völker dieser Länder unter den Bedingungen des Terrors führen; besonders wichtig ist es, alle Formen der Wirtschafts- und Militärhilfe zu entlarven, um die Regierungen, die sie gewähren, zu deren Einstellung zu zwingen;
– die Anstrengungen zu verstärken, um den Kämpfern gegen Faschismus und den Opfern faschistischer Regimes materielle und moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Angesichts der

[14] Neues Deutschland, vom 1.2.1974.
[15] Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa. Dokument der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, in: Einheit, 8/1976, S. 853.
[16] Siehe Der BRD-Imperialismus und das militärfaschistische Regime in Chile, in: IPW-Berichte, 5/1974, S. 46 f.
[17] A. I. Sobolew, Was Chile lehrt, Teil I, in: horizont, 21/1974, S. 25.
[18] Wir rufen alle Nationen und Völker. Appell der Warschauer Weltversammlung der Erbauer des Friedens. Zit. nach die tat, vom 20.5.1977, S. 16.

Macht der multilateralen Monopole kommt dabei der internationalen Solidarität der Gewerkschaften besondere Bedeutung zu."

[213] Die in den genannten und in vielen weiteren Dokumenten entwickelte Strategie und Taktik der revolutionären Kräfte in aller Welt gehen davon aus, daß die Gefahr des Faschismus als real eingeschätzt werden muß und daß es folglich darauf ankommt, die allgemeinen Aufgaben des Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus mit den spezifischen Aufgaben des antifaschistischen Kampfes zu verbinden. Das schließt die Notwendigkeit ein, alle Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Faschismus sorgfältig zu analysieren, die Erfahrungen und Lehren des bisherigen Kampfes gegen den Faschismus zu verallgemeinern, wobei in der Faschismusanalyse durch die Kommunistische Internationale in den 20er und 30er Jahren[19] ein festes marxistisch-leninistisches Fundament gelegt wurde.

Auf dieser Grundlage und in unmittelbarer Anlehnung an die Ausführungen Georgi Dimitroffs wurde von Sarodov die bisher umfassendste Definition des gegenwärtigen Faschismus vorgelegt: Dieser sei der „Faschismus, der sich den Bedingungen der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der neuen Kräftegruppierung innerhalb der kapitalistischen Welt und in der internationalen Arena anpaßt. Das ist ein Ausdruck des Strebens der reaktionärsten Elemente des Monopolkapitals, den nicht umkehrbaren Prozeß des Zerfalls der alten Ordnung nicht einfach durch Verletzungen der demokratischen Rechte und Freiheiten, durch brutale Polizeirepressalien und Verfolgungen, durch arbeiterfeindliche Gesetzgebung, sondern auch durch Errichtung einer offen terroristischen, konterrevolutionären Diktatur aufzuhalten. Das ist ein Faschismus, der in der Regel dem USA-Imperialismus dienstbar ist."[20]

2. Geschlagen, aber immer noch gefährlich

Die Situation des gegenwärtigen Faschismus wird weitgehend dadurch charakterisiert, daß es ihm nach seiner totalen Niederlage im Jahre 1945

- in keinem der imperialistischen Hauptländer gelungen ist, erneut an die Macht zu kommen, selbst nicht in der Zeit des „Kalten Krieges";
- nur möglich war, an der Peripherie des imperialistischen Weltsystems alte faschistische Diktaturen aufrechtzuerhalten und neue zu errichten;
- schwer möglich – aber nicht unmöglich – ist, erneut eine breite und willkürliche manipulierbare Massenbasis aus verblendeten und fanatisierten Angehörigen der ländlichen und städtischen Mittelschichten aufzubauen;
- trotz verschiedener Manöver nur in relativ wenigen Fällen gelingt, sich in den Augen der Volksmassen von den Verbrechen des historisch diskreditierten Faschismus der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, dem „traditionellen" Faschismus, zu distanzieren.

Darin kommt zum Ausdruck, daß der Imperialismus in wachsendem Maße dem Zwang unterliegt, sich an die neuen äußeren und inneren Existenzbedingungen anzupassen, die mit dem Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung und der werktätigen Massen gegen [214] ihn entstanden sind. Der Anpassungsprozeß, der mit zu den entscheidenden Kennzeichen des heutigen Imperialismus gehört,[21] vollzieht sich allerdings nicht im Wesen des Imperialismus, sondern lediglich im Bereich seiner Formen, im Mechanismus seines Funktionierens, wodurch er einen sehr widerspruchsvollen Charakter erhält. Die dialektische Einheit von Anpassungszwang und Widerstand gegen diesen besitzt prägenden Charakter für die imperialistische Politik. So versucht der Imperialismus selbst die neuen, durch die erzwungene Anerkennung vieler Prinzipien der friedlichen Koexistenz gekennzeichneten Bedingungen für die Sammlung seiner eigenen Kräfte und für die Rückgewinnung verlorener Positionen

[19] Siehe Erwin Lewin, Zur Faschismus-Analyse durch die Kommunistische Internationale (1922-1933), in: BzG, 1/1970, S. 44 ff.; Elfriede Lewerenz, Zu einigen Fragen der Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale in Vorbereitung des VII. Weltkongresses (1933-1935) in: Ebenda, 5/1971, S. 733 ff. Siehe auch den Beitrag von Elfriede Lewerenz im vorliegender Bd., S. 21 ff.

[20] Der gegenwärtige Faschismus, in: PFS, 5/1973, S. 644.

[21] Lutz Maier, Dialektik der Anpassung. Zu einigen neuen Problemen der Imperialismus-Analyse, in: Einheit, 4/1972, S. 514.

zu mißbrauchen. Vor allem seine aggressivsten Kreise leisten erheblichen, militanten Widerstand gegen die Fortsetzung der Entspannung, verschärfen das Wettrüsten, wenden sich gegen die Materialisierung der Entspannung durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstung und „entfachen eine zügellose antikommunistische und antisowjetische Hetze“.[22]

Das komplizierte, für den gegenwärtigen Imperialismus jedoch so charakteristische dialektische Wechselverhältnis zwischen solchen Faktoren, die das „Klima“ für den Faschismus ungünstig gestalten, und jenen Faktoren, die ein Anwachsen der realen Gefahren des Faschismus mit sich bringen, durchzieht die gesamte bisherige Geschichte des Faschismus. Der Drang nach Faschismus gehörte und gehört zum reaktionären Wesen der Monopolbourgeoisie, wenn auch heute die Mittel und Realisierungsformen zum Teil andere als in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus sind. Der Faschismus – gleich ob als politische Strömung oder als offen terroristische Herrschaftsform – war und ist eine Form des Reagierens des Finanzkapitals und insbesondere seiner reaktionärsten, seiner aggressivsten Teile auf die veränderten Bedingungen des Klassenkampfes, seitdem sich die allgemeine Krise des Kapitalismus entfaltet und der Niedergangsprozeß des kapitalistischen Systems eingesetzt hat, seitdem die Menschheit mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eingetreten ist.

Im Unterschied zur gegenwärtigen Situation stellten in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Entstehung und Entfaltung des Faschismus *eine* der möglichen Antworten des gesamten Monopolkapitals, der gesamten herrschenden Klasse, auf die neuen Bedingungen des Klassenkampfes nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und nach dem Eintritt in die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus dar. Sie verkörperten zugleich *die* Antwort der jeweils reaktionärsten Kräfte der herrschenden Klassen.[23] Der „traditionelle“ Faschismus war daher sowohl Ausdruck von monopolbourgeoisen Gesamtinteressen als auch spezifischer Interessenvertreter jeweils bestimmter Gruppen bzw. Fraktionen der Monopolbourgeoisie, deren profitgefährdete ökonomische Situation und aggressive politische Konzeption ein extrem reaktionäres Verhältnis zur Arbeiterklasse, ihren politischen Organisationen und zu den bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen bedingten. Insbesondere die marxistisch-[215]leninistische Geschichtswissenschaft der DDR hat im einzelnen belegt, welche Teile der deutschen Monopolbourgeoisie besonders den Nationalsozialismus und die faschistische Hitlerdiktatur förderten und unterstützten.[24] Gleiches für den gegenwärtigen Faschismus zu untersuchen – darauf sei hier am Rande verwiesen –, ist angesichts des Wirkens von USA- und BRD-Monopolen in Chile und zugunsten zahlreicher neofaschistischer Gruppierungen eine bedeutsame Aufgabe der marxistischen Gesellschaftswissenschaftler, ungeachtet der zweifellos schwierigen Quellensituation. Von noch größerer Bedeutung ist es aber, die Identität und Wesensgleichheit der monopolkapitalistischen Interessen und des Faschismus nachzuweisen sowie zu analysieren, unter welchen historisch-konkreten Entwicklungsbedingungen faschistische Kräfte und Ideen gleich fauligen Blasen aus dem Sumpf des Imperialismus an die Oberfläche gelangen können.

Der Imperialismus konnte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Geschicke der meisten Völker auf der Erde bestimmen. Seine Gesetzmäßigkeiten waren im Grunde identisch mit denen der Weltentwicklung. Nach dem ersten Weltkrieg und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vollzog sich die Entwicklung des Imperialismus zumindest noch im eigenen Herrschaftsbereich „gewissermaßen nach der Logik der dem Imperialismus eigenen Gesetze“.[25] Das hieß beispielsweise für den deutschen Imperialismus, als strategisches Ziel die völlige, allerdings nur schrittweise zu erreichende Revision der Ergebnisse des verlorenen ersten Weltkrieges und darauf aufbauend seine Vorherrschaft in Europa und in großen Teilen der Welt ins Auge fassen zu können, wobei eine wesentliche Voraussetzung darin bestand, die Ergebnisse der Novemberrevolution, d. h. die von der Arbeiterklasse erkämpften

[22] Siehe Kurt Hager, Der IX. Parteitag und die Gesellschaftswissenschaften. Rede auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler der DDR am 25. und 26. November 1976 in Berlin, Berlin 1976, S. 23.
[23] Siehe Manfred Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen neueren Tendenzen der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer, Berlin 1975, S. 25.
[24] Siehe die Literaturhinweise in: Ebenda, S. 104.
[25] Siehe Maier, S. 514.

demokratischen Rechte und Freiheiten, zu liquidieren. Dieses strategische Konzept führte zur Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche, zur stetigen Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik, zur faschistischen Diktatur und schließlich zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Obwohl der faschistische deutsche Imperialismus scheiterte – gesetzmäßig scheitern mußte an der überlegenen Macht des Sozialismus und am antifaschistischen Kampf der in der Antihitlerkoalition zusammengeschlossenen Völker –, entsprach die Revanchekonzeption des BRD-Imperialismus nach der Restauration der Macht der Monopole und des Militarismus in mancherlei Hinsicht diesem „Modell" der 20er und 30er Jahre, besonders gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik.

Allerdings zeigte sich bald, daß einer solchen möglichen Entwicklung noch weniger eine schicksalhafte Unvermeidbarkeit als in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus anhaftete. Der Imperialismus entwickelte sich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges unter Einwirkung des immer stärker werdenden weltweiten revolutionären Prozesses, dessen Hauptkraft das nach dem Sieg über den Faschismus im zweiten Weltkrieg entstandene sozialistische Weltsystem ist. In der Gegenwart ist daher der Faschismus immer weniger allein *eine* oder gar *die* einzige Antwort bzw. Variante imperialistischer Politik. Die historische Situation des Imperialismus hat sich entscheidend verändert: Seine Möglichkeiten, unterschiedliche Herrschaftssysteme zu organisieren, sind eingeschränkt. Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus setzte ihm deutliche Grenzen, sich durch modifizierte Praktiken in der Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption sowie in der Regulierung von Herrschaftsverhältnissen der veränderten Situation anzupassen. Der Imperialismus kann sich weder weitgehende parlamentarisch-demo-[216]kratische Methoden leisten[26] noch ohne weiteres und ohne größere Risiken zu offen faschistischen Regierungsformen übergehen. Er sieht sich gezwungen, neue Kombinationsformen beider Grundmethoden bourgeoiser Herrschaft zu suchen. Zu welchen politischen Herrschaftsformen und -methoden dabei die Monopolbourgeoisie greift, ist heute angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses weniger denn je in ihr alleiniges Belieben gestellt. Auf diese Entscheidung wirken viele innere und äußere Faktoren ein, insbesondere die Stärke, Kampfbereitschaft und Aktionen der Arbeiterklasse in diesen Ländern.

Mit den Veränderungen in den Existenzbedingungen des Imperialismus sowie im Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus haben sich gleichzeitig auch die Gewichte von Faschismus und Antifaschismus in beträchtlichen Maße zugunsten des letzteren verschoben. Vor allem aus diesen Gründen nehmen in der Taktik der herrschenden Klasse die Bemühungen einen gewichtigen Platz ein, die in den kapitalistischen Hauptländern bestehenden bürgerlich-demokratischen Formen der Herrschaft sozusagen unterhalb der Schwelle des Übergangs zum Faschismus einzuschränken, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie bis zu ihrer äußersten Grenze autoritär zu gestalten.[27] Die politische Ordnung der meisten imperialistischen Länder kann heute als „eingeschränkte bürgerliche Demokratie" charakterisiert werden.[28] Horst Stuckmann, der die Rechtsentwicklung in der BRD als das brennendste Problem betrachtet, hinter dem der Neofaschismus als reale Gefahr heraufziehe, spricht in diesem Zusammenhang von einer „fortgesetzte(n) Reduzierung der Demokratie", die jedoch selbst noch nicht neofaschistisch sei.[29] Die Tendenz zur verstärkten Anwendung konservativ-

[26] Rechte und rechtsextremistische Ideologen der BRD bekämpfen eine Politik nach Willy Brandts Formel „mehr Demokratie wagen" von 1969 auch mit der Begründung, sie sei eine „Strategie der Systemüberwindung". Siehe Helmut Schelsky, Die Strategie der „Systemüberwindung", in: Schelsky, Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung – Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik, o. O. 1973, S. 19 ff. – Bei einem anderen bürgerlichen Ideologen des Konservatismus mündeten die gleichen Gedanken in die ungeheuerlich-demagogische Formel: „Die Gesellschaft ist um so fortschrittlicher, überlebensfähiger, je mehr reaktionäre Elemente in ihr wirksam werden" (Deutsche Zeitung/Christ und Welt, vom 11.6.1976).

[27] Siehe Hermann Kahn, Vor uns die guten Jahre. Ein realistisches Modell unserer Zukunft, Wien/München/Zürich/Innsbruck 1977. – Kahn schlußfolgert aus seinen Analysen, daß künftig einige der sogenannten Demokratien westlicher Prägung „voraussichtlich eher autoritäre als echt parlamentarische Regierungen haben" werden (S. 281) und eine „zunehmende Fähigkeit ... zu Gewalt und Zerstörung" entwickeln (S. 250). Siehe auch Ekkehard Lieberam, Krise der Regierbarkeit – ein neues Thema bürgerlicher Staatsideologie, Berlin 1977.

[28] Der politische Mechanismus der Monopoldiktatur, Berlin 1977, S. 26 ff.

[29] Horst Stuckmann, Rechtsentwicklung und Neofaschismus in der BRD, in: Kurt Gossweiler, Faschismus und antifaschistischer Kampf, Frankfurt a. M. 1978, S. 63, S. 48.

autoritärer Herrschaftsmethoden kann in bestimmten Situationen durchaus in den Faschismus umschlagen. Die reaktionärsten Kräfte versuchen, dem Faschismus günstige Entwicklungsbedingungen für den Fall zu schaffen, daß auf ihn zurückgegriffen und er aus der Reservestellung in die vorderste Front geholt werden muß. Gegenwärtig ist das jedoch noch nicht dominierend, im Gegenteil: Der Imperialismus bemüht sich sogar recht intensiv darum, die noch existierenden faschistischen Regimes ähnlich wie seit 1974 in Griechenland und in Spanien seit 1976/77 ohne wirklich antiimperialistische, revolutionäre Veränderungen abzubauen. Mit diesen als „Demokratisierung" gepriesenen Veränderungen soll gewährleistet werden, daß der von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten angestrebte und in vieler Hinsicht [217] unvermeidliche Sturz faschistischer Diktaturen unter Kontrolle gehalten werden kann, die monopolkapitalistischen Machtpositionen als Ganzes nicht gefährdet und nicht zu einer Stärkung der Kräfte des historischen Fortschritts, vor allem der Kommunisten, führt.

Mit einer solchen strategisch-gesellschaftspolitischen Konzeption, die zwar grundsätzlich der historischen Defensivposition des Imperialismus entspringt, die aber dennoch eng mit offensiven Aktionen gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen verbunden sein kann, verändert sich natürlich die Rolle der extrem reaktionären Kräfte und Organisationen innerhalb der politischen Organisation der Gesellschaft und des bürgerlichen Parteien- und Verbändesystems.[30] Aus den ehemaligen partei- und organisationspolitischen Trägern der faschistischen Diktatur entwickeln sich angepaßte neofaschistische Organisationen, die trotz ihres mitunter zu verzeichnenden Übergangs auf scheinbar „gemäßigte" Positionen die objektive Diskrepanz zwischen den Interessen der herrschenden Klasse und denen der Volksmassen widerspiegeln.

Darin liegt eine wesentliche Ursache für ihren schwindenden Einfluß unter den Massen, für ihre zunehmende Zersplitterung sowie für die wachsende Brutalisierung ihres Auftretens. Daß es sich dabei nicht um Besonderheiten in der Entwicklung jener Staaten handelt, die bis in die jüngste Zeit hinein faschistisch beherrscht wurden; geht aus der Gleichartigkeit dieser Erscheinungen und Tendenzen in allen imperialistischen Ländern hervor.

3. Vielfältige Erscheinungsformen des Faschismus unserer Tage

Um das Wesen des gegenwärtigen Faschismus richtig und vollständig erfassen zu können, müssen seine „traditionellen" und seine neuen Erscheinungsformen und seine Organisationen analysiert werden. Dem sollen die folgenden Abschnitte dienen.

a) Faschistische Diktaturen

Die *erste* Erscheinungsform des Faschismus der Nachkriegszeit bilden die bereits in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus errichteten Diktaturen, die nach 1945 noch für mehrere Jahrzehnte, seit Mitte der 70er Jahre jedoch nicht länger aufrechterhalten werden konnten. Die Geschichte der Endphase des Faschismus in Portugal und Spanien läßt interessante Schlußfolgerungen zu unserem Thema zu.

Als 1968 in Portugal Caetano an die Stelle Salazars trat, gab er sich bewußt „modern", „liberal" und „reformerisch"; er kehrte aber angesichts der Niederlagen im aussichtslosen Kolonialkrieg und des wachsenden Volkswiderstandes bald zu den alten brutalen Mitteln der Herrschaft zurück. Von Dauer blieb lediglich die Namensänderung für die faschistische Partei und für die berüchtigte politische Polizei[31], bis die demokratische Bewegung [218] der Streitkräfte und die unter Führung der Portugiesischen Kommunistischen Partei bestehenden fortschrittlichen Kräfte dem Faschismus ein Ende bereiteten. Da die Widersprüche mit einer solchen „Modernisierung" des Regimes nicht beseitigt wurden, blieb nur ihre Lösung durch eine revolutionäre Explosion, die zu weitgehenden Veränderungen antifaschistischen und sogar antiimperialistischen Charakters führte.

[30] Siehe Weißbecker, Extrem reaktionäre Organisationen, S. 282 f.

[31] Die Gestapo des faschistischen Regimes, Policia Intelligencia del Estada (PIDE) = Geheime Staatspolizei, wurde 1969 umbenannt in „Generaldirektion für Sicherheit". Die Militärjunta Chiles folgte diesem Beispiel und gab ihrer Gestapo den Namen DINA (Direcion de Informaciones Nacional = Nationale Informationszentrale).

Die revolutionären Ereignisse im Nachbarland Portugal und nachdrückliche „Empfehlungen“ vor allem aus den USA trugen entscheidend dazu bei, daß bestimmte Teile der herrschenden Klasse Spaniens nach dem Tode Francos hartnäckig die allmähliche „Modernisierung“ der franquistischen Diktatur betrieben.

Da das franquistische Regime dem wachsenden Widerstand und dem Druck der antifaschistisch-demokratischen Kräfte mit verstärktem Terror, aber auch mit einer Orientierung auf eine enge Anlehnung an die EWG und die USA und mit dem Anschein von Veränderungen in Richtung Demokratie begegnen wollte, entstand eine komplizierte und widersprüchliche Situation.

Als Hauptblock der Ultrarechten trat die 1975 gegründete „Volksallianz“ in Erscheinung, als deren Führer u. a. sechs ehemalige Minister Francos fungierten. Die in dieser Allianz vertretenen reaktionären spanischen Parteien beschlossen im März 1977 auf ihrem ersten Kongreß in Madrid weitere Schritte zur Umwandlung in eine einheitliche Rechtspartei. Die Formierung neuer bürgerlicher und reformistischer Parteien im Rahmen der Vorbereitung der ersten Parlamentswahlen vom Juni 1977 sollte dem großen Einfluß der Arbeiterkommissionen und der Kommunistischen Partei Spaniens entgegenwirken.

Gleichzeitig wurden seitens der Regierung Reste der „Falange“ (bzw. der aus ihr hervorgegangenen franquistischen Sammlungsbewegung „Movimiento“), die sich häufig und in Anlehnung an den letzten Aufenthaltsort Hitlers als „Bunker“ bezeichnen, sowie neue rechtsextremistische und faschistische Organisationen unterstützt bzw. unzureichend bekämpft. Als „Apostolische Antikommunistische Allianz“, „Christkönigskämpfer“ („Guerilleros de Christo Rey“), „Kommando Adolf Hitler“, „Bund der Veteranen des Bürgerkriegs“ (mit etwa 400.000 Mitgliedern), „Kommando für den Kampf gegen den Marxismus“, „Neue Kraft“ („Fuerza Nueva“), „Nationale Bruderschaft der Garde Francos“, „Nationale Spanische Union“, „Comunion Tradicionalista“ „Frente Anticomunista Español“ usw. starten diese faschistischen Organisationen eine Terrorwelle nach der anderen. Ihr Interesse war und ist es, „eine Schreckensstimmung zu schaffen und massive Gewaltverbrechen zu provozieren ...; einen Hexenkessel von Untaten und Gegenreaktionen zu schaffen, so zum Schluß die spanische Armee eingreift und die Ordnung wieder herstellt – so nahe der alten Ordnung wie nur möglich“.[32]

Ähnliches gilt auch für Portugal, wo in den drei Jahren nach dem Sturz der faschistischen Diktatur zwar eine demokratische Ordnung hergestellt werden konnte,[33] rechtsgerichtete und faschistische Organisationen aber provokatorische Kampagnen gegen die Arbeiterbewegung, die Streitkräfte und alle fortschrittlichen Kräfte durchführen. Insbesondere das revanchistisch-kolonialistisch Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS) betreibt mit seinen Aktionen einen Kurs auf die Errichtung einer neuen reaktionären Dik-[219]tatur,[34] unterstützt von solchen noch weiter rechts stehenden Organisationen wie dem 5000 Mitglieder umfassenden „Portugiesischen Befreiungsheer“ (ELP), dem „Komitee für die Verteidigung der Freiheit“ (CDL) und der von General Kaúlza de Arriaga geleiteten „Unabhängigen Bewegung des nationalen Wiederaufbaus“ (MIRN).

Anfang 1977 hob der Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei, Alvaro Cunhal, hervor, daß die „faschistische Verschwörung“ weiterwühle. Das Zentralorgan der PKP, „Avante“, stellte im Februar 1978 fest, daß sich die faschistische Reaktion aufs neue vereinigt und alle Kräfte mobilisiert, „so daß die davon ausgehende Gefahr in Portugal realere Gestalt annehmen könnte“. Gleichzeitig verwies „Avante“ auf den Antikommunismus und Antisowjetismus als entscheidende ideologische „Substanz der faschistischen Propaganda“.[35]

Die *zweite* Erscheinungsform verkörpern die nach 1945 entstandenen faschistischen Diktaturen. Dazu gehört vor allem seit dem 11. September 1973 das Pinochet-Regime in Chile, dazu sind auch einige

[32] Zu dieser Einschätzung gelangte die schwedische großbürgerliche Zeitung „Dagens Nyheter“. Zit. nach Junge Welt, vom 29./30.1.1977.
[33] Siehe die Einschätzung der Situation durch Alvaro Cunhal auf dem VIII. Parteitag der PKP in Lissabon, in: Neues Deutschland, vom 12.11.1976.
[34] Siehe Neues Deutschland, vom 5.3.1976.
[35] Ebenda, vom 24.2.1978.

andere Militärdiktaturen[36] in Lateinamerika[37] zu zählen. Wie auch in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus, gibt es in der Gegenwart mehrere Ursachen für die Errichtung neuer faschistischer Machtstrukturen. Dabei ragen aber vor allem drei Ursachenkomplexe heraus, die sehr eng miteinander verknüpft sind, zugleich aber nicht unwesentliche Unterschiede in den einzelnen terroristischen Herrschaftsformen bedingen:

1. Die Errichtung eines faschistischen Regimes erfolgt vor allem mit dem Ziel, den in der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und in der antiimperialistischen Volksfront zusammengeführten Kräfte in entscheidenden Phasen des Klassenkampfes den Weg zum Fortschritt zu verlegen. In Situationen, die eine reale Bedrohung der Macht der Monopolbourgeoisie darstellen, klammern sich ihre reaktionärsten und aggressivsten Kräfte wie Ertrinkende an den Strohhalm der anscheinend gebotenen Möglichkeit, mit Hilfe des Faschismus die eigenen Positionen retten und in einer Offensive der Gewalt die historische Defensivposition des Imperialismus überwinden zu können. Dabei stimmen die Interessen der jeweiligen nationalstaatlich organisierten Großbourgeoisie gewöhnlich mit denen des Weltimperialismus überein, vor allem dann, wenn letzterer an der strategischen Position des jeweiligen Landes besonders interessiert ist. So war es in Chile 1973 und in Griechenland 1967.

Mehr und mehr offenbart sich in der jüngsten Geschichte, daß die Initiative für faschistische Umsturzversuche beim USA-Imperialismus liegt, der sich zur Realisierung seiner antikommunistischen und entspannungsfeindlichen Pläne auf die jeweilige innere Reaktion eines Landes stützt. Auf diesen neuen Aspekt in der Geschichte des Faschismus verwies P. Mavromatis, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands, während des Essener Symposiums, als er erklärte, daß Griechenland bereits vor der Errichtung der Militärdiktatur zu einem wichtigen Stützpunkt in der Globalstrategie des USA-Imperialismus gegen die sozialistischen Länder und den nationalen Befreiungskampf der Völker geworden sei. Die demokratische Bewegung des griechischen Volkes habe diese Pläne gefährdet: „Der im April 1967 mit Hilfe von Amerikanern ver-[220]übte militär-faschistische Putsch sollte garantieren, daß Griechenland weiterhin ein Sprungbrett für die imperialistische Aggression bleibt.“[38]

Auch in Chile zeigte es sich, daß maßgebliche Kräfte des Weltimperialismus nicht davor zurückschrecken, die Anwendung brutalster Gewalt und die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie zu initiieren und nach Kräften zu unterstützen, wenn es um die Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt oder wenn es darum geht, das Ausbrechen des einen oder anderen Landes aus dem imperialistischen System zu verhindern.

2. Die Hinwendung zu neuen faschistischen bzw. halbfaschistischen Herrschaftsformen erfolgt gleichzeitig in der Absicht, eigene hegemoniale Ansprüche, darunter ökonomische Expansionsgelüste, durchzusetzen.[39] Dieses enge Wechselverhältnis zwischen dem Hauptwiderspruch Kapital und Arbeit und dem Gegensatz zwischen dem Monopolkapital und den Volksmassen einerseits sowie den Gegensätzen innerimperialistischer Natur andererseits, das 1933 für die Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur in Deutschland ausschlaggebend war, dürfte z. B. auch bei der Faschisierung in Brasilien eine große Rolle gespielt haben. Konkurrenz und Rivalität schließen die bewußte Anlehnung an das internationale Monopolkapital, insbesondere der USA, nicht aus, da in der Regel die eigenen Pläne nicht ohne Unterstützung durch das Auslandskapital, nicht ohne das Hereinholen multinationaler Monopole, realisiert werden können. So sucht das Monopolkapital in Brasilien mit Unterstützung der USA die traditionelle Auseinandersetzung mit Argentinien, um die Hegemonie in Südamerika zu seinen Gunsten zu entscheiden und en eigenen „ Subimperialismus“ zu entwickeln.

3. Faschistoide Regimes konnten sich schließlich dort entwickeln, wo Sicherung und Maximierung des Profits sehr eng mit dem verzweifelten, zum Teil auch militärischen Ringen der herrschenden

[36] Zum Problem der Unterscheidung zwischen faschistischen Regimes und Militärdiktaturen siehe die grundsätzlichen Äußerungen über „Militär und Faschismus“ bei Gossweiler, S. 18 ff.
[37] Siehe dazu den Beitrag von Eberhard Hackethal im vorliegenden Band, S. 237 ff.
[38] Siehe Der gegenwärtige Faschismus, in: PFS, 5/1973, S. 620.
[39] Siehe Die revolutionären Erfahrungen der Kommunisten. Die Besonderheiten der gegenwärtigen Etappe des antiimperialistischen Kampfes in Lateinamerika, in: PFS, 5/1974, S. 676.

Klasse um die Aufrechterhaltung des Rassismus und kolonialer Praktiken verbunden ist. So haben die herrschenden Kreise in Südafrika einen „schleichenden Faschismus“ in Gang gesetzt, mit dessen Hilfe seit 1948 durch die Nationalistische Partei ein umfangreiches Repressionssystem zur Unterdrückung, Ausbeutung und Entrechtung der zahlenmäßig überwiegenden afrikanischen Bevölkerung sowie des „weißen“ Proletariats geschaffen worden ist. Die illegale Kommunistische Partei Südafrikas verdeutlicht die Besonderheiten des Faschismus in ihrem Lande, wenn sie erklärt: „Das, was gegenwärtig im Lande geschieht, ist nicht einfach das Produkt der 25jährigen Regierungszeit einer äußerst gefährlichen Partei faschistischer Prägung. Das ist auch das Ergebnis jahrhundertelanger Aggression, Annexion, Aussiedlung der afrikanischen Stammbevölkerung und ihrer brutalen Ausbeutung durch den niederländischen und britischen Kolonialismus. Nur unter den Bedingungen, da der gewaltigen Mehrheit des Volkes alle demokratischen und Bürgerrechte versagt waren, konnte die neonazistische Nationalistische Partei an die Macht gelangen.“[40]

Die Existenz und die Existenzformen der neuen faschistischen oder halbfaschistischen Regimes, deren Politik und Situation hier nicht im einzelnen dargestellt werden können und brauchen, verdeutlichen die Dialektik von offensiv-terroristischen Aktionen und historischer Defensivposition des Imperialismus. Gravierend zeigt sich das in der Tatsache, daß diese Regimes kaum über Versuche und Ansätze zur Bildung von systemstabilisieren-[221]den Parteien und Verbänden hinausgekommen sind. Die faschistische Militär-Junta Chiles konnte sich zwar bei der Vorbereitung und Durchführung ihres Putsches vom 11. September 1973 auf einige Organisationen stützen –, z. B. „Vaterland und Freiheit“ (Patria y Libertad), das katholische „Werk Gottes“ (Opus dei), die ultrarechte „Nationalpartei Chiles“ und teilweise auch auf die „Christdemokratische Partei“ –, mußte aber Schnitt für Schritt selbst die rechtsgerichteten Parteien und Verbände zurückdrängen.

Die gleichen Erfahrungen mußten die griechischen Obristen in den Jahren ihrer faschistischen Diktatur 1967 bis 1974 machen. Auch ihnen gelang es nicht, eine oder mehrere Organisationen mit Masseneinfluß aufzubauen. Das nicht nur für den griechischen, sondern für den gegenwärtigen Faschismus überhaupt charakteristische Merkmal des Kollaborationismus[41] und der Unterordnung unter die Interessen des Weltimperialismus, insbesondere des USA-Imperialismus, stieß auf den Widerstand aller antifaschistischen, aber auch patriotischen Kräfte.

Etwas anders gestaltet sich die Situation rechtsextremistischer Organisationen in einigen lateinamerikanischen Ländern, in denen sich einige reaktionäre Militärdiktaturen schrittweise faschisiert haben. In Brasilien, Uruguay, Paraguay und anderen Staaten sind Parteien zugelassen und werden gewisse Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus praktiziert. Um den Charakter dieser Zerrbilder bürgerlichen Parlamentarismus zu verdeutlichen, sei hier nur darauf verwiesen, daß bis 1976 in Paraguay die „Asociación Nacional Republicana“, die sogenannte Colorado-Partei des Diktators Stroessner, entsprechend der Wahlgesetzgebung automatisch 20 von den 30 Senatorensitzen und 40 der 60 Abgeordnetenmandate erhielt.[42] Gleichzeitig besorgen ultrarechte Organisationen wie die brasilianischen „Todesschwadronen“ das terroristische Geschäft des Faschismus.

b) Rechtsextremistische Potentiale und Faschisierungsprozesse

Die in einer ganzen Reihe von imperialistischen Ländern zu beobachtende Rechtsentwicklung sowie die auch zu verzeichnende allmähliche Transformation von bürgerlich-demokratischen in konservativ-autoritäre Regimes und faschistische Diktaturen belegen ebenfalls die Gefährlichkeit des gegenwärtigen Faschismus. Sie machen aber zugleich deutlich, daß Wendungen nach rechts, Faschisierungsprozesse und die Errichtung faschistischer Diktaturen nicht nur mit dem Entstehen und Anwachsen faschistischer Organisationen verbunden sind. Für den Faschismus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg war die Parallelität zweier Prozesse im Bereich der Exekutive charakteristisch. Im Rahmen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Verschmelzung des Apparats der

[40] Der gegenwärtige Faschismus in: PFS, 5/1973, S. 625.

[41] Siehe Konstantin Zarodov, Suščnost‘ neofašizma i nekotorye voprosy taktiki kommunističeskogo dviženija, in: Sovremennyj fašizm: ego oblič’e i borba s nim, Prag 1975, S. 14.

[42] Siehe Neues Deutschland, vom 21./22.8.1976. Ob die Anwendung parlamentarischer Mittel auch zur Zersetzung faschistischer und faschistoider Herrschaftsformen beiträgt, wird beispielsweis die weitere Entwicklung in Brasilien erkennen lassen.

Monopole und des Staates, vollzog sich zum einen ein Prozeß der Faschisierung des Staates und zum anderen ein Prozeß der Verstaatlichung der faschistischen Partei. Heute besteht die Faschisierung imperialistischer Länder angesichts der neuen Situation für die faschistischen Parteien, die ihnen – wenigstens bisher – kaum den Aufbau von Massenorganisationen erlaubt, in geringerem Maße als früher im Zusammenwachsen von Staats- bzw. staatsmo-[222]nopolistischem Apparat mit Parteien und Organisationen faschistischer Prägung. Vielmehr ist „der Staatsmechanismus selbst zu einem gewaltigen Inkubator faschistischer Bazillen geworden", d. h.: „Der Staat faschisiert die Gesellschaft."[43] Die neuen faschistischen Regimes sind in der Regel auch nicht an ein Einparteiensystem gebunden. Oft wird versucht, ohne Parteien auszukommen bzw. das Parteienwesen völlig zu liquidieren.

Wenn nach den Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus gefragt wird, darf das starke rechtsextremistische Potential nicht außer Betracht bleiben, das in einer Reihe von Instrumenten monopolbourgeoiser Herrschaft und gesellschaftlicher Organisationen nichtfaschistischer Länder existiert. Dieses Potential – es enthält neben dem Konservatismus, dem Revanchismus und dem Rassismus die *dritte* Erscheinungsform des gegenwärtigen Faschismus – ist vor allem in den Führungsschichten der Armee und der Polizei, der Justiz und der Staatsbürokratie sowie in den rechten bürgerlichen Parteien fast aller hochentwickelten imperialistischen Länder zu finden. Nicht zufällig werden vor allem im Offizierskorps imperialistischer Länder prophylaktische Überlegungen für eine „chilenische Lösung", d. h. für einen Putsch der reaktionären Militärs im Fall sich zuspitzender innenpolitischer Krisen, angestellt. Beispiele dafür sind aus Italien, aber auch aus der BRD und aus anderen Ländern bekannt. Antikommunistische und antisowjetische „Traditionspflege" bietet dabei oft den Rahmen für die Erfassung größerer Teile von Soldaten und ehemaligen Militärangehörigen in einer Vielzahl von Organisationen, die für sich genommen in ihrer großen Mehrheit nicht direkt als faschistisch charakterisiert werden können. Mit Abscheu werden in allen Teilen der Welt die antisemitischen und rassistischen Exzesse von Offizieren der Bundeswehr zur Kenntnis genommen, wird gegen die faktische Straffreiheit für jene protestiert, die „symbolische Judenverbnennungen" organisierten, den faschistischen Gruß „Heil Hitler" bei Wachablösungen verwandten oder sogenannte Kameradschaftstreffen der SS-Traditionsverbände besuchten und unterstützten. Mit Empörung reagiert die demokratische Weltöffentlichkeit auch auf den Polizeischutz für neofaschistische Kundgebungen und Demonstrationen, selbst wenn deren Teilnehmer solche unmenschlichen Parolen verbreiten wie „Rotfront verrecke", „Fegt das rote Gesindel weg" und „Die Roten breiten sich nicht aus, hast Du Zyklon B im Haus".[44] In ähnlicher Weise findet entschiedene Ablehnung, daß die Justizbehörden der BRD die Verfolgung und Verurteilung von Nazi- und Kriegsverbrechern mehr be- und verhindern als betreiben.

Als Wegbereiter und in gewissen Hinsicht auch als ideologischen Reflex dieser Erscheinungsform des gegenwärtigen Faschismus muß auch die wachsende Zahl von Versuchen zur Rehabilitierung und erneuten Verherrlichung des Hitlerfaschismus und seinen Führer betrachtet werden. Gerade in den BRD häufen sich in den letzten Jahren die Bestrebungen, die toten „Helden" des Antikommunismus und Antisowjetismus zu neuem Leben zu erwecken und mit ihnen Politik gegen den historischen Fortschritt zu betreiben. Es ist offensichtlich, daß auch die propagandistische „Vermarktung" der Geschichte des Faschismus, die sogenannte Hitler-Renaissance und die gesamte „Welle der Gegenaufklärung",[45] die werktätigen Massen zu einer breiten Zustimmung für die konservativ-autoritäre Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten führen soll. Daher verbreiteten die [223] Massenmedien solche Denkschablonen wie: Wer die Arbeitslosigkeit beseitigt, wer Ordnung und Sicherheit gewährt, wer den „Terrorismus" bekämpft sehen wolle, der müsse sich auch für den „starken Staat", für einen „starken Mann" engagieren. Andererseits soll dem Leitbild eines obrigkeitsgläubigen und -hörigen Untertanen erneut Geltung verschafft werden, nicht zuletzt durch die skandalöse Praxis des Berufsverbots.[46]

[43] W. E. Gulijew, Demokratie und Imperialismus, Berlin 1972, S. 177.
[44] die tat, vom 10.3.1978, S. 2; siehe auch Dietrich Gayko, Das Anwachsen des Neonazismus – Ausdruck gefährlicher Rechtstendenzen in der BRD, in: IPW-Berichte, 1/1978, S. 51.
[45] Siehe Stuckmann in: Gossweiler, S. 62.
[46] Siehe Ludwig Elm, Berufsverbot im Bildungswesen. Zu aktuellen antidemokratischen Bestrebungen in Schule und Hochschule der BRD, hrsg. vom Institut für Hochschulbildung, Berlin 1974.

Die große „Welle“ von Büchern, Filmen, Schallplatten und Illustrierten-Serien ist inhaltlich sehr differenziert und reicht von partieller Rechtfertigung des „Dritten Reiches“ über die „Entteufelung“ des Faschismus bis zur Glorifizierung des Nazismus, von der Bagatellisierung der faschistischen Verbrechen bis zu deren völliger Leugnung. Diese „Welle“ ist wesentlich mehr als eine politische Randerscheinung, von der viele Politiker der BRD gern sprechen; in ihrem Resultat soll der Faschismus wieder als „denkbar, akzeptabel, ja, als Ausweg aus der Krisenmisere erscheinen“.[47]

Das Potential den reaktionärsten Kräfte befindet sich in der BRD also nicht nun bei den offen neonazistischen Organisationen, sondern auch – wie H. Adler und H. Pötschke zutreffend feststellen – im „organisierten landsmannschaftlichen Revanchismus, in vielfältigen rechtsextremen Interessenverbänden und ‚Freundeskreisen‘, im höheren Offizierskorps der Bundeswehr und nicht zuletzt in den von F. J. Strauß geführten CSU sowie in Kreisen der CDU“.[48] Daß extrem reaktionäre Tendenzen in den bürgerlichen Parteien, besonders bei deren rechtem Flügel, um sich greifen, ermöglicht es den faschistischen Kräften in einigen Ländern, die konservativen und militant antikommunistischen Parteien offen oder verschleiert zu unterstützen.

Zum rechtsextremistischen Potential, das für die Faschisierungsprozesse von wesentlicher Bedeutung ist, gehört nicht zuletzt auch die Anwendung faschistischer Methoden und Praktiken in bestimmten Bereichen imperialistischer Politik. So sind die grausame amerikanische Kriegführung in Indochina[49] und bestimmte terroristische Züge in den Aggressions- und Annexionspolitik Israels gegenüber den arabischen Ländern und dem Volk von Palästina mit den faschistischen Methoden der totalen Kriegführung Hitlerdeutschlands vergleichbar. Faschistischen Charakter hatte gleichermaßen die blutige Liquidierung von einer halben Million indonesischer Kommunisten oder die Unterdrückung nationaler oder rassischer Minderheiten in mehreren kapitalistischen Ländern. Dabei ist nicht nur an die berüchtigte Apartheidpolitik in Südafrika, sondern auch an die barbarische Behandlung der Indios in Brasilien oder den farbigen Bürger (zehn Prozent der Bevölkerung!) in den USA zu denken. Teilweise bedient sich das imperialistische Herrschaftssystem auf Einzelgebieten – insbesondere gegenüber nationalen Minderheiten – faschistischer Methoden, wenngleich die Gesamtheit des Systems nicht als faschistisch bezeichnet werden kann. [224]

c) Faschistische Organisationen und Bewegungen[50]

Am weitesten ist der gegenwärtige Faschismus in seiner *vierten* Erscheinungsform verbreitet, d. h. in Gestalt der in fast allen imperialistischen Ländern mit „parlamentarischer“ Herrschaftsform bestehenden Organisationen und Bewegungen faschistischen Typs. Die politische und soziale Funktion dieser Organisationen[51] ist überall gleich: Sie bilden ein zusätzliches und den staatsmonopolistischen Machtmechanismus ergänzendes Pressionsmittel gegenüber der Arbeiterklasse; sie werden von der Monopolbourgeoisie zur Rechtfertigung ihres gegen die Demokratie und den historischen Fortschritt gerichteten Autoritarismus benötigt und stellen eine Reserve für den Fall dar, daß die Aufrechterhaltung der Reste bürgerlicher Demokratie dem Monopolkapital als ungeeignet zur Sicherung seiner Macht erscheint. Sowohl in ihrer Existenz als auch in den Funktionen dieser rechtsextremistischen,

[47] die tat, vom 9.9.1977, S. 11.

[48] H. Adler/H. Pötschke, Neofaschistische Aktivitäten in Westeuropa, in: IP W-Berichte, 12/1974, S. 43.

[49] Der demokratische USA-Senator McGovern bezeichnete die massiven Bombardements auf wehrlose Bauern in Vietnam, Laos und Kambodscha als moralische Niederlage der USA und erklärte: „Es ist der barbarischste Akt, der seit dem Tod von Adolf Hitler von irgendeiner modernen Macht verübt wurde“ (zit. nach R. Lettau, Täglicher Faschismus. Amerikanische Evidenz aus 6 Monaten, Leipzig 1973, S. 201).

[50] Siehe dazu die im Anhang zu diesem Beitrag enthaltene Zusammenstellung (S. 232 ff.) der bekanntesten rechtsextremistischen und faschistischen Organisationen, wobei im wesentlichen von den Einschätzungen der kommunistischen Parteien der betreffenden Länder ausgegangen worden ist.

[51] Siehe Der gegenwärtige Faschismus in: PFS, 5/1973; A. Galkin, Der Faschismus erleidet Niederlagen, die Gefahr des Rechtsradikalismus bleibt, in: PFS, 12/1974, S. 1609; Hans Pirsch/Karlfried Pröger/Max Schmidt, Monopolherrschaft und Neonazismus in Westdeutschland, Berlin 1969; Reinhard Kühnl u. a., Die KPD. Struktur, Ideologie und Funktion der neofaschistischen Partei, Frankfurt a. M. 1969; Manfred Weißbecker Die historisch-politische Funktion des Neonazismus und der Nationaldemokratischen Partei in Westdeutschland, in: ZfG, 7/1968; derselbe, Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus, IPW-Berichte 8/1975.

faschistischen Organisationen widerspiegelt sich das menschen- und menschenrechtsfeindliche Wesen des Imperialismus ganz offen.

In der BRD hat sich als offen neofaschistische Organisation Ende 1964 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (KPD) konstituiert und entfaltet.[52] Nach zeitweiligen Mißerfolgen und Rückschlägen bei den Bundestags- und Landtagswahlen seit 1969 konnte diese Partei in den letzten Jahren ihre Mitgliederzahl auf etwa 15.000 erhöhen. Nach offiziellen Angaben der Bonner Regierung existierten 1975 insgesamt 148 solcher rechtsextremistischen und neonazistischen Organisationen sowie 121 nazistische Presseorgane mit jährlich mehr als 11,6 Millionen Exemplaren. In Wirklichkeit liegen diese Zahlen sicher noch etwas höher.[53] Vorsichtige Schätzungen ergeben eine Zahl von etwa 600 rechtsextremistischen Organisationen. Wenn im Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für 1977 nur die Zahl von 93 Organisationen mit 17.800 aktiven Mitgliedern genannt ist[54], dann liegt dem die regierungsoffizielle Linie zugrunde, Rechtsextremismus und Neonazismus als einen lediglich von den Linken aufgebauten „braunen Popanz“ und demgegenüber die „Gefahr“ des „Linksextremismus“ als die Hauptgefahr für den Bestand der Bundesrepublik darzustellen.

Unter den offen und unverhüllt neonazistischen Organisationen gibt es gegenwärtig drei Richtungen. Die erste – repräsentiert von der KPD – unterliegt einem Prozeß den Umfor-[225]mierung und Umorientierung. Nach Vorstellung des KPD-Bundesvorstandes soll die „Partei der KPD-Wähler“ in eine „Kaderpartei“ und „Kampfgemeinschaft“ umgewandelt werden, wobei heute schon die „Jungen Nationaldemokraten“ den eigentlichen und aktiven Kern der KPD bilden.[55] Die JN bemühen sich nicht ohne Erfolg auch um die Gewinnung arbeitsloser Jugendlicher.[56] Eine zweite große Gruppe offen neonazistischer Organisationen bildet die 1972 von Gerhard Frey gegründete Sammelbewegung „National-Freiheitliche Rechte“, die vor allem publizistisch wirksam ist. Zu ihr gehören solche Organisationen wie die „Deutsche Volksunion“, der „Jugendbund Adler“, die „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), der „Deutsche Block“, der „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände“, der „Stahlhelm-Kampfbund für Europa“, die „Wiking Jugend“ u. a. m.[57] Neben den beiden genannten Richtungen hat sich in den letzten Jahren eine weitere herausgebildet. Sie wird häufig als „neuer Rechtsextremismus“ bezeichnet und umfaßt solche Organisationen, die hauptsächlich terroristische Aktionen unternehmen und sich mehr oder weniger als Vortrupp einer neuen NSDAP verstehen. Dazu zählen die „Deutsche Bürgerinitiative“ des ehemaligen Rechtsanwaltes Manfred Roeder, die „Bürger- und Bauerninitiative“ des Journalisten Thies Christophersen, der „Kampfbund Deutscher Soldaten“ des Verlegers Erwin Schönborn, die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in Nürnberg. Ähnliche Nazi-Kampfgruppen gibt es bereits ebenfalls in Mainz und in Schleswig. Am auffälligsten tritt zur Zeit die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ hervor, die von dem ehemaligen Bundeswehrleutnant Michael Kühnen geleitet wird. Dieser Kühnen – um nur eine seiner Aktionen zu erwähnen – legte im 16. Oktober 1977 im Nürnberger Justizgebäude Kränze nieder und klebte Plakate mit folgendem Text: „Am 16. Oktober 1946 ermordete das jüdisch-bolschewistische Untermenschentum die deutsche Reichsregierung. Sie starb mit den Worten: Es lebe Deutschland. Ihr Leben, ihr Tod – unserer Verpflichtung. Der Kampf beginnt.“[58] Dafür erhielt Kühnen eine Freiheitsstrafe, die jedoch zur „Bewährung“ ausgesetzt wurde. Dazu verfügte der Richter, Kühnen solle zur Bewährung 80 Stunden in einem Kinderheim Dienste leisten. Welch eine Strafe: Der Faschist erhält so Gelegenheit, seine neonazistische Ideologie sogar unter Kindern zu verbreiten!

Die französische „Ordre Nouveau“ agierte bis zu ihrem Verbot in aller Öffentlichkeit mit gleichen sozialdemagogischen, zum Teil sogar scheinbar antikapitalistischen Parolen wie ihre Vorgänger. In England forderte 1974 der Vorsitzende des Verbandes britischer Militärfreiwilliger, Paul A. Daniels,

[52] Siehe vor allem Kühnl u. a.
[53] Siehe dazu auch Georg Herde, Entspannungsfeindliche Organisationen in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1977, S. 552 ff.
[54] Siehe Frankfurter Rundschau, vom 4.8.1977.
[55] Ebenda, vom 21.3.1978.
[56] Süddeutsche Zeitung, vom 2.5.1978.
[57] Siehe Jörg Berlin u. a., Neofaschismus in der Bundesrepublik. Aktivität, Ideologie und Funktion rechtsextremer Gruppen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1978, S. 530.
[58] Zit. nach die tat, vom 21.7.1978 S. 4.

die Machtübernahme durch General Walter Walker, der bis 1972 Kommandeur der NATO-Streitkräfte in Nordeuropa war, während gleichzeitig neofaschistische Organisationen wie die unter Oberst David Stirling Konzeptionen über den Einsatz paramilitärischer Verbände gegen streikende Arbeiter ausarbeiteten. In den letzten Jahren trat die neofaschistische und rassistische „National Front“ als aktivste und größte Organisation in den Vordergrund. In Kommunalwahlen erhielt sie teilweise bis zu 19 Prozent der Stimmen.

Zu den größten der gegenwärtig existierenden faschistischen Organisationen gehört die Movimento Sociale Italiano (MSI), die in Verbindung mit rund 250 rechtsradikalen Terrorgruppen eine „Strategie der Spannungen“ verfolgt, um mit Morden, Bombenanschlägen [226] und provokatorischen Ausschreitungen (von 1969 bis 1976 allein in Rom über 1500) ein Klima der Unsicherheit zu schaffen, demokratische Reformen zu torpedieren und die Apenninen-Halbinsel für einen neuen „starken Mann“ reif zu machen. Eine der ersten größeren Aktionen, ein Bombenattentat in der Landwirtschaftsbank an der Mailänder Piazza Fontana im Dezember 1969, forderte 17 Tote und weit über 50 Verletzte. Die Tat wurde nächst anarchistischen Gruppen zugeschrieben. Hohe Beamte der italienischen Polizei lenkten die Fahndung bewußt in eine falsche Richtung, während der militärische Geheimdienst SID drei Attentätern zur Flucht ins Ausland verhalf. Erst Anfang 1977 wurden sieben führende Neofaschisten wegen ihrer Urheberschaft und Beteiligung an diesem Verbrechen vor Gericht gestellt.[59]

An der „Strategie der Spannungen“ hat auch die Wahlniederlage vom 20. Juni 1976 nichts geändert.[60] Zwar bemühten sich, als Reaktion auf den Stimmenrückgang von 9,2 auf 6,4 Prozent, einige Führer der MSI um die Gründung einer neuen Rechtspartei bzw. um die Umwandlung der MSI in eine Partei von „gemäßigten Neofaschisten“. Aber die sich selbst als „nationale Demokraten“ bezeichnenden „gemäßigten“ faschistischen Kräfte um Covelli und Manco sind inzwischen aus der MSI ausgeschlossen worden.[61] Auf dem 11. Parteitag der MSI im Januar 1977 propagierten Almirante und Romualdi, zwei alte Faschisten, eine „chilenische Lösung“ für Italien. Mit frenetischem Beifall feierten die Delegierten in Hochrufen Pinochet, Franco, Vorster, Jan Smith und andere faschistisch-rassistische „Führer“. Die Verfassungswidrigkeit der MSI als Nachfolgeorganisation der Nationalen Faschistischen Partei Mussolinis ist offensichtlich. Trotz nachdrücklicher Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung wurde sie dennoch bis heute nicht verboten.

Die neofaschistischen Organisationen zielen, wie sich am italienischen Beispiel besonders deutlich erkennen läßt, durchaus auch auf die Regierungsgewalt. So erklärte Almirante, die „nationale Rechte“ in Italien sei bereit, „diesen Staat zu ersetzen“.[62] Die Strategie der neofaschistischen „Machteroberung“ bewegt sich in drei Richtungen. Sie verfolgt einmal das Ziel, eine große Rechtskoalition zu formieren, zum anderen ist sie selbst an der Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Wählerstimmen interessiert, um mit den Christdemokraten gemeinsam regieren zu können. Schließlich setzte sie auch auf die Vorbereitung und Durchführung eines Staatsstreichs im geheimen Einverständnis mit bestimmten Kräften des Staatsapparats, wie der Versuch vom 9. Dezember 1970 gezeigt hat und jüngste Enthüllungen über Absichten und Verbindungen der Neofaschisten erneut zeigen.

Das politisch-ideologische Kettenglied aller ihrer Bestrebungen ist ein militanter Antikommunismus. Almirante verband seine Bereitschaftserklärung zur Übernahme des Staates durch die „nationale Rechte“ mit der Aufforderung an die italienische Jugend, sich auf eine direkte, auch physische Auseinandersetzung mit den Kommunisten vorzubereiten.[63] „Il Borghese“, eines der rund 60 neofaschistischen Blätter in Italien, druckte am 29. Mai 1969, was der MSI-Senator Mario Tedeschi auf einer Tagung der „Gruppi di Azione Nazionale“ erklärt hatte: „Ruiniert mit allen Mitteln jene, die dem Kommunismus und einer Konzilsrepublik freundlich gegenüberstehen ... Ich kann hier nicht deutlicher wer-[227]den, aber jeder, der diese Arbeit leisten will, und ebenso unsere Gruppen wissen sehr

[59] Siehe ebenda, vom 28.1.1977.
[60] Siehe Hermann Mierecker, Die Unterstützung des USA-Imperialismus für die Putschpläne der italienischen Neofaschisten, in: Militärwesen, 2/1977, S. 26 ff.
[61] Siehe Neues Deutschland, vom 12.1.1977.
[62] Zit. nach Karin Priester, Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln 1972, S. 7.
[63] Siehe Frankfurter Rundschau, vom 7.6.1972.

gut, was getan werden muß ... Den unblutigen Späßen ziehen wir die blutigen Bomben vor. Von jetzt an muß sich jeder, der ernsthaft Antikommunismus betreiben will, außerhalb des Systems und gegen das Regime stellen.“[64]

Das Beispiel des italienischen Neofaschismus verdeutlicht ferner, wie die „Strategie der Spannungen“ von der MSI mit dem Versuch verbunden wird, die eigenen Terroraktionen als Taten der „Linken“ erscheinen zu lassen und die Politik der Italienischen Kommunistischen Partei zu verunglimpfen.[65] Unmittelbar nach dem Anschlag auf den Brenner-Expreß verkündete Almirante, dieser sei von „roten Terroristen“ durchgeführt worden. Der von ihm benannte Kronzeuge war allerdings, wie rasch enthüllt werden konnte, bestochen. Eine Million Lire hatte er ausgezahlt bekommen, weitere zehn Millionen waren zugesagt.[66]

Es ist ferner nachweisbar, daß die Neofaschisten eigene Anhänger vorwiegend in linksradikale Organisationen geschleust haben. So trat an der Universität Rom eine Gruppe als „nazistisch-maoistische Bewegung“ auf und propagierte als Losungen „Hitler und Mao im gemeinsamen Kampf vereint“ und „Es lebe die faschistische Diktatur des Proletariats“.[67] Spektakuläre Aktionen neo- und profaschistischen Charakters starten vor allem die „Roten Brigaden“, die im Frühjahr 1978 Aldo Moro, den Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei, entführten und ermordeten.

Diese Kräfte leisten nicht nur der Politik konservativ-autoritärer Kräfte, sondern auch dem allgemeinen Bemühen imperialistischer Ideologen Vorschub, den historisch diskreditierten Faschismus im Sinne ihres Antikommunismus und Antisowjetismus zu nutzen, indem sie undifferenziert trotzkistisch-abenteuerliche Gruppen und wirklich revolutionäre Kräfte mit dem Etikett „linksfaschistisch“ diffamieren.

So vielfältig wie die Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus sind auch die der extrem reaktionären Organisationen. Nach Angaben eines sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlers treiben diese in etwa 60 Ländern des imperialistischen Teils der Welt ihr Unwesen.[68] Das ist ein objektiv gegebener Tatbestand, der nicht bagatellisiert oder geleugnet werden kann. Bürgerliche Ideologen versuchen dies dennoch immer wieder, indem sie insbesondere den Faschismusbegriff in Frage stellen. Unter Verwendung merkwürdiger Kriterien[69] vergleichen sie den gegenwärtigen Faschismus ausschließlich mit den Regimen in Italien unter Mussolini und im „Dritten Reich“, um schlußfolgern zu können, die „Epoche des Faschismus“ sei 1945 zu Ende gegangen, und deshalb könne es heute gar keinen [228] Faschismus mehr geben. Während einige bürgerliche Historiker diese Argumentation durch die Behauptung zu schützen versuchen, der deutsche Faschismus sei überhaupt nur als „Hitlerismus“ zu begreifen, verweisen andere auf das Beispiel der Nationalen Faschistischen Partei in Italien und der NSDAP in Deutschland, die Massenorganisationen waren. Die geringere Größe und Anziehungskraft der heutigen faschistischen Organisationen wird als Beweis für die These angeführt, daß es *nur* noch „Polizei- und Militärdiktaturen“, aber keinen Faschismus mehr geben könne.

Gegen solche Auffassungen wenden sich die kommunistischen Parteien vieler Länder. Sie berufen sich u. a. auf die grundlegenden Analysen des Faschismus durch den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und auf Georgi Dimitroff, der erklärte, daß der Faschismus nicht in erster

---

[64] Zit. nach Hermann Mierecker, Die Verschwörungen der Movimento Sociale Italiano – die neofaschistische Gefahr in Italien, Teil 2, in: Militärwesen, 1/1974, S. 39.

[65] Mierecker spricht in diesem Zusammenhang sogar von der „Neuauflage der hitlerfaschistischen Reichstagsbrandstrategie“ (Mierecker, Die Unterstützung, S. 31).

[66] Mierecker, Die Verschwörungen, S. 39.

[67] Siehe Neues Deutschland, vom 14.8.1974.

[68] Siehe G. Filatow, Fragen der Geschichte des Faschismus und die Gegenwart, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, 5/1977, S. 472.

[69] Solche Kriterien werden vor allem von Vertretern der antikommunistischen Totalitarismusdoktrin zweckbestimmt verwendet. U. a. spricht auch Nolte von sechs sogenannten „Fundamentalmerkmalen“ des Faschismus und meint damit: Antimarxismus, Antiliberalismus, Führerprinzip, Parteiarmee, tendenzieller Antikonservatismus und Totalitätsanspruch (siehe Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, München 1966, S. 315).

Linie durch das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Massenpartei definiert wird, sondern durch seinen Klassencharakter sowie durch die Ablösung der Staatsform der bürgerlichen Demokratie durch die offene terroristische Diktatur.[70]

In seinen „Gedanken zum Faschismus im heutigen Lateinamerika" betonte Rodney Arismendi, der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Uruguays, daß die Charakterisierung verschiedener Herrschaftssysteme in Südamerika als faschistische Diktaturen „keine rein verbale oder emotionale" Angelegenheit sei.[71] Die Existenz einer Massenpartei gehöre nicht zu den Kriterien des Faschismus, sondern verkörpere nationale und historisch-konkrete Besonderheiten. Die Feststellung einiger Theoretiker, daß nur von Faschismus gesprochen werden könne, wenn gleichzeitig die Existenz einer entsprechenden Massenpartei nachgewiesen werde, ist – so erklärte Arismendi – „dogmatisch, da sie verlangt, daß sich ein historisches Ereignis bei gleichem Inhalt in den gleichen Formen wiederholt".[72]

Die außerordentlich große Vielfalt erweist sich in der Gegenwart als ein wesentliches Merkmal faschistischer Kräfte im Rahmen des organisierten Rechtsextremismus. Im Vergleich zur ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus existieren zweifellos weniger Organisationen, die als politische Parteien im üblichen Sinne bezeichnet werden können. Es entsprach der Taktik der Faschisten, sich nach 1945 in illegalen Gruppen zu organisieren und „Gelegenheitsparteien" zu schaffen, „deren demokratische Fassade den Untergrundorganisationen nutzen konnte".[73] Da, wo sich die Faschisten direkt parteipolitisch organisieren konnten, verfügen sie – mit Ausnahme der MSI und einigen wenigen anderen – über keinen Massenanhang. Dagegen besitzen solche Organisationen einen größeren Einfluß, in denen sich konservativ-autoritäre und faschistische Kräfte des Rechtsextremismus vereinigt haben. Die ersteren distanzieren sich in der Regel, wenn auch mehr vordergründig, von einem offenen Bekenntnis zum Faschismus. Über eine gewisse Massenbasis verfügen auch solche Verbände, die vorgeben, keine politischen Ziele zu verfolgen und sich zumeist speziellen Aufgaben, wie z. B. der Sammlung und „Betreuung" von ehemaligen Militärangehörigen, widmen. Die meisten rechtsextremistisch-faschistischen Organisationen sind kleine Zirkel und Aktionsgruppen, die oft Namen und Strukturen än-[229]dern. Sie konzentrieren sich auf die Vorbereitung und Durchführung terroristischer Aktionen und arbeiten eng mit den imperialistischen Geheimdienstzentralen, in wachsenden Maße auch mit der kriminellen Unterwelt, zusammen.

Offensichtlich vollziehen sich gegenwärtig wichtige Prozesse der Konzentration und der Sammlung des organisatorisch zersplitterten Potentials dieser Kräfte. Dabei überwiegt zur Zeit das Bestreben, über Vereinbarungen, Absprachen und Kompromisse zwischen den unterschiedlichsten Gruppen zum Ziel zu gelangen. Während sich in Großbritannien die „National Front" als dominierende Organisation durchgesetzt zu haben scheint, läßt sich in der BRD noch nicht erkennen, ob und zugunsten welcher Organisation sich der Konzentrationsprozeß auswirken wird. Gegenwärtig bestimmen Verfilzung, Umgruppierung und Neuformierung der faschistischen Kräfte das Bild, die mit der Anpassung der „traditionalistisch", d. h. auf eine einfache Fortführung des Modells der 20er und 30er Jahre orientierten Gruppen an die neuen Existenzbedingungen des Imperialismus verbunden sind. Dabei geben sich die meisten legalen politischen Organisationen noch als „gemäßigt", sie wollen sich nicht „in die braune Ecke" stellen lassen und suchen nach neuen Formen einer Zusammenarbeit mit den konservativen Parteien.[74] Generell gilt jedoch, daß sich alle Organisationen der extrem reaktionären Kräfte des Imperialismus bemühen, mit den Mitteln des Antikommunismus und Antisowjetismus, mit militaristischer Abenteuerlichkeit und entspannungsfeindlicher Politik, mit sozialer Demagogie und vor allem mit Hilfe terroristischer Aktionen die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voll zu nutzen.

[70] VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 93 ff.
[71] Rodney Arismendi, Einige Gedanken zum Faschismus im heutigen Lateinamerika, in: Einheit, 2/1977, S. 215.
[72] Ebenda, S. 217.
[73] die tat, vom 24.3.1978, S. 16.
[74] Siehe A. Galkin, Sovremennyj fašizm: ego istoki i charakter, in: Meždunarodnaja žizn', 9/1974.

d) Internationale Aktivitäten des Neofaschismus

Schließlich sind Faschismus und Neofaschismus *fünftens* in einer internationalen Erscheinungsform anzutreffen. Allerdings hat sich der Faschismus hier eine außerordentlich komplizierte und im einzelnen schwer zu erhellende Gestalt gegeben. Viele Aktionen der Neofaschisten – einschließlich der Errichtung faschistischer Diktaturen – sind das Werk oder sind zumindest stark beeinflußt von den großen Geheimdiensten, insbesondere der amerikanischen CIA, von den multinationalen Monopolen und von internationalen Organisationen der imperialistischen Welt wie dem Oberkommando der NATO. Mit Recht ist behauptet worden, daß die faschistische Gefahr nicht so sehr in den Überbleibseln des alten Faschismus und nicht einmal in den neuen faschistischen Banden besteht: „Die zunehmende Gefahr wird durch eine Verbindung zwischen den Banden und den imperialistischen Weltzentmalen, den Geheimdiensten, dem Oberkommando der NATO, dem gesamten Apparat heraufbeschworen.“[75]

Anders als in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus verbinden sich die extrem reaktionären Organisationen in geheimen, aber relativ stabilen internationalen Vereinigungen. In den ‚50er Jahren formierte sich die „Schwarze Internationale“.[76] Deren extremste Kräfte schufen 1951 die „Europäische Neue Ordnung“ (NOE), die gegenwärtig wieder stärker in den Vordergrund tritt und die Tätigkeit der verschiedenen subversiven Zentralen zu koordinieren versucht. Ihr Sitz befindet sich in Lausanne, ihr Gründer und Sekretär ist der schweizerische Faschist und ehemalige SS-Mann Guy Gaston Amandruz. [230] Die „Neue Ordnung“ stützt sich auf angeschlossene Gruppen in Italien – hier hat sie bisher den größten Einfluß erreicht –, Frankreich, Belgien, Österreich und in einigen anderen Ländern. Inzwischen sollen mehrere Kongresse stattgefunden haben.[77] In München trafen sich während der Olympischen Spiele am 16. und 17. September 1972 etwa 600 bis 1000 Faschisten, organisiert von den in der BRD legal erscheinenden faschistischen Zeitschriften „Mut“ und „Nation Europa“. Dieses größte Faschistentreffen der Nachkriegszeit, bei dem u. a. 40 Gruppen aus Italien vertreten waren, konzentrierte sich auf Fragen der Terrorisierung Italiens als dem „schwächsten Glied“ der EWG.[78]

Auf der internationalen Szene der Faschisten spielt auch der spanische Zirkel der Freunde Europas (CEDADE) eine große Rolle. Im Jahre 1962 gründete der englische Faschist Colin Jordan, der zu den Führern der „Schwarzen Internationale“ gehörte und schon vor 1945 von sich reden gemacht hatte, die „World Union of National Socialists“ (WUNS), die ihre Stützpunkte in Frankreich, Belgien, der BRD, den USA, Australien, Argentinien und Chile aufbauen konnte. Sie arbeitet eng mit der chilenischen Geheimpolizei und der „Antikommunistischen Allianz Argentiniens“ (AAA) zusammen.[79] Mitte Juli 1976 fand in Barcelona ein Treffen von Vertretern faschistischer Organisationen aus 15 Ländern statt. Alles spricht dafür, daß bei dieser Gelegenheit eine operative Neugründung der „Schwarzen Internationale“ erfolgte und die Verbindungen zur argentinischen AAA sowie zu den brasilianischen „Todesschwadronen“ gefestigt wurden. „Das läßt von nun an auch eine Neuauflage des rechten Terrors auf europäischer Ebene befürchten“, schrieb dazu die antifaschistische Wochenzeitung der BRD, „die tat“.[80] Die zahlreichen koordinierten Aktionen der neofaschistischen Kräfte in Italien und anderen Ländern während der letzten Jahre und Monate bestätigen diese Befürchtung voll und ganz.

Obwohl sich die Mehrheit der Monopolbourgeoisie nicht mit den gegenwärtigen faschistischen Organisationen identifiziert und die Positionen der sogenannten Rosen-und-Schwert-Philosophie[81] vertritt, erfreuen sich die Regimes und Organisationen des gegenwärtigen Faschismus großer materieller,

[75] I. Trofimowa, Die Verschwörung der Reaktion in Italien, in: Neue Zeit, 13/1971, S. 21.
[76] Siehe Ernst Genri, Černy Internacional, in: Literaturnaja gaseta, 33/1973, S. 14.
[77] Ebenda.
[78] Siehe Volkswacht, vom 4.9.1974, die einen Artikel „In den Bierkellern Hitlers“ aus der italienischen Wochenzeitung „ Epoca“ zitiert.
[79] Siehe die tat, vom 28.1.1977.
[80] Ebenda.
[81] Leiter der Generaldirektion Wettbewerb in der (West-)Europäischen Kommission, Schlieder erklärte dieses „Leitbild“ wie folgt: „... der Unternehmer unserer Tage *braucht* eine *Rosen- und-Schwert-Philosophie*: die Rose für das Bekenntnis zur sozialen Bindung und zur sozialen Innovation, das Schwert für die entschlossene Verteidigung der Rechtsordnung

ideeller und rechtlicher Unterstützung. Vor allem dient ihnen jede Art von Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, jeder Schritt zu einer weiteren Beschneidung sozialer Errungenschaften und politischer Freiheiten, jede „Tendenzwende“ und Schwenkung nach rechts. Solche Schritte, die in der Regel für sich genommen nicht faschistisch sind, begünstigen objektiv die dem Imperialismus wesenseigenen Tendenzen zum Faschismus. In ihrem schließlichen Ergebnis können[82] [231] die bestehenden Formen monopolbourgeoiser Machtausübung durch reaktionär-terroristische und faschistische ersetzt werden. Die Methoden und Instrumente gewaltsamer Unterdrückung aller sozialistischen und demokratischen Kräfte stehen stets präventiv bereit. Der vorsorgliche Ausbau und die Perfektionierung eines terroristischen Apparates sowie faschistische Erscheinungen in Politik und Ideologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus gehören auch heute zu den Voraussetzungen flexiblerer Varianten imperialistischer Herrschaftsausübung.

Die Realität der Gefahr des Faschismus beginnt bereits dort, wo schrittweise reaktionäre Modifikationen der imperialistischen Herrschaft zuungunsten der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen vorgenommen werden, nicht erst dort, wo er sich wie in Chile Pinochets erneut als Herrschaftsform etabliert oder wo er sich in Parteien und großen Massenorganisationen formiert hat. Sie ist bereits in der Duldung und Förderung der vielen kleinen rechtsextremistischen Organisationen zu sehen. Darüber hinaus ist sie auch in der sinnentstellenden Nutzung parlamentarischer Methoden, in ihrer teilweisen Aufhebung und in ihrer brutalen antikommunistischen Verkehrung in das Gegenteil bürgerlich-demokratischer Prinzipien von Recht und Gesetz zu spüren. Die Realität der Gefahr des Faschismus darf also nicht einzig und allein in der Existenz großer rechtsextremistischer Massenparteien gesehen werden und auch nicht nur dort, wo in bestimmten Situationen das „latente faschistische Potential großer Bevölkerungsteile“[83], also eine faschistische Massenbasis, mobilisiert werden kann. Seine Möglichkeiten der politischen Massenbeeinflussung sind zwar eingeschränkter als in früheren Jahrzehnten, aber noch nicht erschöpft. Ähnlich wie durch die These, der Faschismus sei eine Diktatur des Mittelstandes bzw. des Lumpenproletariats, und wie durch die Behauptung, der Faschismus sei eine völlig eigenständige gesellschaftliche Kraft, die mit dem Monopolkapital nichts zu tun habe, allenfalls unter bestimmten Bedingungen ein „Bündnis“ mit Teilen der Großbourgeoisie schließe, wird auch durch die Überbetonung des partei- und organisationspolitischen Faktors als Kriterium einer Charakterisierung des Faschismus dessen Klassenwesen negiert und – wichtiger noch – der antifaschistische Kampf, der nur als antiimperialistischer Kampf den Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung entsprechen und zum Sieg der Kräfte des Friedens, des sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts führen kann, desorientiert.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten gehen in ihrer antiimperialistischen Strategie und Taktik mit Recht davon aus, daß unter dem zugunsten des Sozialismus gegenüber dem Imperialismus veränderten Kräfteverhältnis der Faschismus, welcher insbesondere in Europa seine größten Niederlagen erlitten hat, zwar daran gehindert werden kann, erneut sein Haupt zu erheben,[84] sie widmet aber gleichzeitig dem Kampf gegen die rechtsextremistischen und faschistischen Tendenzen und Aktivitäten größte Aufmerksamkeit. Sie warnt vor dem sich aus dem Imperialismus ergebenden Streben nach einer Faschisierung des gesellschaftlich-politischen Lebens, sie berücksichtigt die Möglichkeit von jähen Wendungen in der Herrschaftsmethodik des Monopolkapitals. Die Anhänger des Sozialismus, des Friedens und des historischen Fortschritts mobilisieren in allen Klassen und Schichten die potentiellen antifaschistischen Kräfte und suchen – mit wachsendem Erfolg – politische Bündnisse und breite Volksbewegungen gegen den Faschismus zu formieren. [232]

---

und der marktwirtschaftlichen Prinzipien“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 21.11.1975, zit. nach Lilo Schneider, Ideologische Konzepte des Monopolkapitals in der Krise und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in: Marxistische Blätter, 4/1976, S. 40).

[82] Es ist in diesem Zusammenhang immer wichtig zu betonen, daß es sich dabei nur um eine mögliche, nicht um eine zwangsläufige und unvermeidbare Entwicklung handelt.

[83] Iring Fetscher, Ist die Epoche des Faschismus beendet?, in: Ist die Epoche des Faschismus beendet?, hrsg. von Detlef Horster u. Marios Nikolinakos, Frankfurt a. M. 1971, S. 64.

[84] Siehe Galkin, Der Faschismus erleidet Niederlagen, S. 1616.

4. Auswahlverzeichnis der wichtigsten nach 1945 in Erscheinung getretenen rechtsextremistischen und neofaschistischen Organisationen

Argentinien

- Antikommunistische Allianz Argentiniens
- Nationalsozialistische Front

Belgien

- Europa-Partei
- Flämische Volksunion

Bolivien

- Socialist Falange

Brasilien

- Antikommunistische Brasilianische Allianz
- Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Eigentum
- Todesschwadron (Escadrao Muerto)

Bundesrepublik Deutschland

- Adler-Jugend
- Aktion Deutscher Sozialismus – Deutsche Arbeitsgemeinschaft Nationalrevolutionärer Bewegungen
- Aktion Oder Neiße (AKON)
- Aktionsfront Nationaler Sozialisten
- Aktionsgemeinschaft Nationales Europa (ANE)
- Aktionsgemeinschaft Demokratische Neuordnung
- Antibolschewistischer Block der Nationen
- Antikommunistische Kampfgruppe Horst Wessel
- Arbeitsgemeinschaft der Reservisten-, Soldaten- und Traditionsverbände (ARST)
- Arbeitskreis für Lebenskunde, entstanden aus: Bund für Gotterkenntnis, Weltanschauungsgemeinschaft Mathilde Ludendorff e. V.
- Arbeitskreis Volkstreuer Verbände (AVV)
- Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)
- Bund der Vertriebenen
- Deutsch-chilenischer Freundeskreis
- Deutsche Bürgerinitiative
- Deutsche Volksfront (DV)
- Deutsche Volksunion (DVU)
- Deutscher Block (DBl)
- Deutscher Freundeskreis
- Deutsches Kulturwerk europäischen Gebietes
- Deutschvölkische Gemeinschaft (DVG)
- Europäische Föderalistische Partei (EFP)
- Freiheitlicher Rat
- Gau Berlin der NSDAP
- Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer (GOG)
- Gesamtdeutscher Freundeskreis [233]
- Gesellschaft für freie Publizistik
- Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V. (HIAG)
- Hilfskomitee südliches Afrika

- Jungdeutscher Bund (JB)
- Junge Nationaldemokraten (JN)
- Kampfbund Deutscher Soldaten (KDS)
- Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß
- Kampfgruppe Werwolf für ein Großdeutschland
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (KPD)
- Nation Europa Freunde
- Nationales Forum der volkssozialistischen Bewegung Deutschlands
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslandsorganisation (bzw. Aufbauorganisation)
- Nationalsozialistische Kampfgruppe Groß-Deutschland
- Neues Nationales Europa (NNE)
- Notverwaltung des Deutschen Ostens (NDO)
- Partei der Arbeit
- Politischer Informations-Club
- SA-Sturm Hamburg, entstanden aus: Freizeitverein Hansa
- Solidaristische Volksbewegung
- Stahlhelm – Kampfbund für Europa
- Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP)
- Vereinigung Deutsche Nationalversammlung (VDNV)
- Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte (VVK)
- Volksbund Deutscher Ring
- Wehrsportgruppe Hoffmann
- Werwolfgruppe Saar Pfalz
- Wiking-Jugend (WJ)
- Witikobund

Chile

- Patria y Libertad

Finnland

- Patriotische Volksfront

Frankreich

- Action Française
- Französische Nationalsozialistische Partei
- Jeunesse d'Action Européenne
- Gruppe Peiper
- Partei der neuen Kräfte (Parti de forces nouvelles, PFN), entstanden aus: Neue Ordnung (Ordre Nouveau)

Griechenland

- Bewegung Vierter August
- Nationale Volkspartei [234]
- Neue Ordnung (Nea Taxis)
- Vogel-Phönix-Bewegung

Großbritannien

- Britische Liga für Europäische Freiheit
- British Movement
- Kolonne 88

- Monday Club
- National Association for Freedom
- National Front
- National Party of Great Britain
- Union-Komitee
- Verband britischer Militärfreiwilliger
- Young National Front

Guatemala

- Antikommunistische Geheimarmee (Ejercito Secreto Antikomunista, ESA)
- Mano blanco (Weiße Hand)
- Neue Antikommunistische Organisation (NOA)
- Organisierte Nationale Antikommunistische Bewegung (MANO)

Haiti

- Leopardenkorps
- Tontons macoutes

Indien

- Nationale Selbsthilfe-Union (Rashtriya Swayamoserak Sangh)
- Jana-Sangh-Partei

Italien

- Bewaffneter Revolutionärer Kern
- Fronte Antibolscevico Italiano (FAI)
- Fronte Antibolscevico Rivoluzionario (FAR)
- Geheime Antikommunistische Streitkräfte (Esercito Clandestina Anticomunista, ECA)
- Italienische Sozialbewegung (Movimento Sociale Italiano, MSI)
- Kampfverband Mussolini (Squadre d'Azione Mussolini, SAM)
- Legion Europa
- Nationale Avantgarde
- Nationale Befreiungsfront
- Nationale Front
- Nationale Europäische Kämpfer
- Nationale Sozialistische Ordnung
- Nationalsozialistische Union
- Neuer Phönix
- Rächer Italiens
- Revolutionäre Aktionsbewegung (MAR)
- Rote Brigaden
- Schwarze Ordnung (Ordine Nero), standen aus: Neue Ordnung (Ordine Nuovo)
- Windrose (Rosa dei Venti) [235]

Japan

- Jugendtrupp zur Verteidigung des Staates (Kokubo seinentai)
- Liga des Blauen Sturms bzw. Sommersturmgesellschaft (Sairankai)
- Patriotische Partei Großjapans (Dainippon aikokuto)
- Sonnenflagge (Hinomaru)

Kolumbien

- Vaterland und Ordnung (Patria y Orden)

Libanon

- Hüter der Zeder
- Libanesische Phalangistenpartei (Kataeb)

Nordirland

- Arbeiterrat Ulsters
- Demokratische Unionistische Partei
- Ulster Dienstcorps (USC)
- United Unionist Action Council (UUAC)
- Vereinigungsbund von Ulster (UDA)

Norwegen

- Norsh Front

Österreich

- Aktion Neue Rechte (ANR)
- Freikorps Europa
- Volksbewußte Arbeiterpartei
- Volkssozialistische Bewegung

Portugal

- Befreiungsfront der Azoren (FLA)
- Dachverband der Afrikavertriebenen
- Demokratische Bewegung für die Befreiung Portugals (MDLP)
- Die Kette (Catena)
- Komitee für die Verteidigung der Freiheit (CDL)
- Operativkommando für die Verteidigung der westlichen Zivilisation (CODECO)
- Partei der Portugiesischen Allianz (PAP)
- Portugiesisches Befreiungsheer (ELP)
- Unabhängige Bewegung des nationalen Wiederaufbaus (MIRN)
- Viriatos (Verband der ehemaligen Kämpfer gegen das demokratische Spanien)

Puerto Rico (USA)

- Antikommunistische Front

Republik Südafrika

- Broederbond
- Engel der Hölle

Schweden

- Nationalverband Schwedens [236]

Schweiz

- Europäische Neuordnung (ENO)
- Nationale Aktion
- Republikanische Bewegung

Spanien

- Apostolische Antikommunistische Allianz
- Bund der Veteranen des Bürgerkrieges
- Bunker

– Christkönigskämpfer (Guerilleros de Christo Rey)
– Comunión Tradicionalista
– Frente Anticomunista Español
– Kommando Adolf Hitler
– Kommando für den Kampf gegen den Marxismus
– Nationale Bruderschaft der Garde Francos
– Nationale Spanische Union
– Neue Kraft (Fuerza Nueva)
– Volksallianz

Thailand

– Antikommunistische Front
– Nawapol (Nations around the world seek the peace of love)
– Rote Büffel (Krating Daeng)
– Vereinigung zum Schutz der thailändischen Nation

Türkei

– Graue Wölfe
– Nationalistische Aktionspartei (Milliyetci Hareket Partisi, MHP)

USA

– Americans for Constitutional Action
– Amerikanischer Sicherheitsrat
– Christian Anti-Communism Crusade
– Conservative Society of America
– John Birch Society
– Ku-Klux-Klan
– Nationalsozialistische Befreiungsfront
– Nationalsozialistische Partei von Amerika
– Nationalsozialistische Weiße Volkspartei

Internationale faschistische Organisationen

– Europäische Neue Ordnung (NOE)
– Schwarze Internationale
– World Union of National Socialists
– Zirkel der Freunde Europas (CEDADE)

[237]

Eberhard Hackethal: Faschismus in Lateinamerika

Der Faschismus, barbarischer Ausdruck der dem Imperialismus gesetzmäßig innewohnenden Tendenz zur „Reaktion auf der ganzen Linie“[1], ist eng an die Entwicklung und Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus gebunden. Er ersteht als Resultante mannigfacher rechtsextremer, antidemokratischer und vor allem antikommunistischer Strömungen immer wieder aufs neue und signalisiert damit sowohl die extreme Aggressivität und Gefährlichkeit des Imperialismus als auch seine Unfähigkeit, sein System der Profitmaximierung, ja das Ausbeutungssystem selbst, mit den herkömmlichen Mitteln der politischen Organisation des Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Er ist, wie es schon von der Kommunistischen Internationale formuliert wurde, „sowohl Offensive als auch Verteidigungsmaßnahme des Kapitals“[2]. Solange das Instrumentarium der parlamentarischen Demokratie und der staatsmonopolistischen Regulierung ausreicht, die Grundlagen imperialistischer Herrschaft zu sichern, bleiben die permanent vorhandenen faschistischen Strömungen in der Regel im Hintergrund und fristen ihr Dasein als Reserve des Imperialismus für Krisensituationen. Sobald aber eine akute Krise jener Herrschaft auftritt, ist stets eine Belebung, manchmal sogar eine explosive Entfaltung faschistischer Strömungen zu beobachten. Das ist in erster Linie ein Ausdruck der Offensive des Monopolkapitals gegen antiimperialistische Kräfte, insbesondere in einer Situation, in der breite Volksmassen politisch aktiviert werden und dem Apparat traditioneller Manipulierung zu entgleiten drohen.

Vereinfacht kann man sagen, daß der Faschismus in zwei unterschiedlichen sozialen Situationen sein Haupt erhob. Zum einen in denjenigen entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Schichten stark genug war, eine Alternative zur Krise des Imperialismus zu schaffen (Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien in den 30er Jahren), zum anderen dort, wo der Imperialismus nur über die Vermittlung eines abhängigen und rückständigen Kapitalismus seine Interessen wahrzunehmen vermochte und deshalb besonders rasch in systemgefährdende Krisensituationen geriet (Ungarn, Polen, baltische Länder, zur gleichen Zeit). Diese zwei Grundformen, die als „Faschismus entwickelter Länder des Kapitalismus“ und als „Faschismus des abhängigen und rückständigen Kapitalismus“ bezeichnet werden können, existieren auch heute in den verschiedensten Formen als ideologische Strömungen, politische Organisationen, politisch-[238]ökonomische Konzeptionen von Monopolgruppen und Regierungen und schließlich als offene terroristische Diktatur.

Gegenwärtig ist ein gleichzeitiger Prozeß des Zusammenbruchs traditioneller faschistischer Diktaturen in Europa, der Reaktivierung faschistischer Strömungen in den imperialistischen Ländern[3] und der Errichtung faschistischer Regimes in den sogenannten „peripheren“ Zonen des imperialistischen Systems, insbesondere in Lateinamerika, zu beobachten.

Die letztgenannte Erscheinung ist ohne Zweifel auf die Tatsache zurückzuführen, daß, „wenn sich immer eine reale Gefahr für die Herrschaft des Monopolkapitals und seiner politischen Strömungen ergibt, ... der Imperialismus zu allem bereit (ist), wobei er selbst auf den geringsten Anschein von Demokratie verzichtet“.[4]

Diese Erscheinung hat zu lebhaften Diskussionen im wissenschaftlich-theoretischen wie im praktisch-politischen Bereich geführt. Die Auffassungen reichen hier von der Leugnung des faschistischen Charakters terroristischer Regimes in Lateinamerika[5] bis zu einer fatalistischen Konzeption der

[1] W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 292.
[2] Zit. nach Erwin Lewin, Zur Faschismus-Analyse durch die Kommunistische Internationale (1922-33), in: BzG, 1/1970, S. 55.
[3] Siehe Manfred Weißbecker, Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus, in: IPW-Berichte, 8/1975, S. 36 ff.
[4] XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berlin 1976, S. 38.
[5] Mehrere ultralinke Organisationen in Lateinamerika, so z. B. der chilenischen MIR, lehnen es ab, den Faschismusbegriff auf die Diktaturen Chiles, Uruguays oder Brasiliens anzuwenden. Der Hintergrund dieser theoretisch nicht untermauerten Positionen liegt in der Auffassung, daß nicht das breite antifaschistische Bündnis, sondern die Formierung der Kräfte für die sozialistische Revolution in Lateinamerika Tagesaufgabe sei (siehe MIR – Chile-Dokumentation, o. O. Juni 1977, S. 3 ff.).

unvermeidlichen „Faschisierung“ unter den Bedingungen der Zuspitzung der allgemeinen Krise[6]. Im Grunde tauchen in dieser Diskussion, wenn auch auf höherer Stufe und unter veränderten Bedingungen, alle jene Fragen wieder auf, die bereits den Auseinandersetzungen der 20er und 30er Jahre eine Rolle spielten.

Damals entstanden neben der Herrschaft des Faschismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern ebenfalls diktatorische Regimes in weniger entwickelten Ländern Europas in mehr oder weniger direkter Anlehnung an den deutschen und italienischen Faschismus bis hin zur regelrechten Abhängigkeit, insbesondere in Südosteuropa. Neu erscheint heute, daß solche Regimes entstehen, während in den imperialistischen Hauptländern der Faschismus nicht an der Macht ist. Das deutet auf eine erweiterte, internationalisierte Funktion des Faschismus hin: Mit seiner Hilfe soll nunmehr das Gesamtsystem des Imperialismus im Sinne der vom USA-Imperialismus gelenkten Globalstrategie gesichert werden.

Der „periphere“ Faschismus widerspricht in keiner Weise der Tatsache, daß die wesentliche Funktion des Faschismus in der Sicherung des imperialistischen Herrschaftssystems besteht. Im Gegenteil, gerade in den Ländern, wo die nationale Befreiung mit der Lösung tiefer sozialer Widersprüche verflochten ist und die Arbeiterklasse bereits eine wirksame Kraft darstellt, ergibt sich am ehesten eine Situation, in der der Imperialismus eine faschistische Lösung anstrebt.[7] Diese Regionen sind heute offensichtlich die „schwächsten Kettenglieder“ des Imperialismus.

[239] Wenn diese Frage hier am Beispiel Lateinamerikas untersucht wird, soll das keineswegs bedeuten, daß die Problematik des abhängigen Faschismus nicht auch auf andere abhängige und rückständige Länder zutrifft, z. B. auf Indien, wo die kommunistische Partei seit langem vor der wachsenden faschistischen Gefahr warnt, oder auf Thailand, das wegen seines besonderen strategischen Werts eine für den Imperialismus wichtige Position darstellt.[8]

Daß diese neue Erscheinungsform des Faschismus nicht ohne weiteres mit dem „traditionellen“ Großmachtfaschismus gleichsetzbar ist, liegt auf der Hand. Ebenso falsch wäre es aber, wegen der neuen Züge den faschistischen Charakter der Regimes z. B. in Brasilien, Uruguay, Chile und Paraguay zu leugnen, weil sie nicht in ein vorgefaßtes „Modell“ des Faschismus passen.[9]

Es scheint deshalb nötig, einige Grundfragen der Faschismusanalyse anhand der lateinamerikanischen Wirklichkeit erneut zu überprüfen und in die weitere Diskussion einzubeziehen. Das betrifft besonders folgende Probleme:

- Ist die Definition des Klassenwesens des Faschismus, wie sie von der Kommunistischen Internationale getroffen wurde, auch für abhängige und rückständige Länder gültig? Kann insbesondere in Ländern ohne entwickeltes einheimisches Monopolkapital im Sinne dieser Definition von Faschismus gesprochen werden?[10]
- Wie ist die Anwendung faschistischer *Methoden* von der offenen terroristischen Diktatur vom Faschismus als Herrschaftsform des Finanzkapitals abgrenzbar? Bekanntlich rührt eine der wesentlichsten Verwirrungen (die durch die bürgerliche Totalitarismusdoktrin bewußt geschürt wird) daher, daß der Faschismus nur als Herrschaftsmethode untersucht wird.[11]

[6] Siehe z. B. A. A. Borén, El fascismo como categoria histórica, in: Revista Mexicana de Sociología, 2/1977, S. 481 ff.
[7] Siehe J. Soares, Gibt es in Lateinamerika Faschismus?, in: PFS, 12/1976.
[8] Siehe Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr, (im folgenden: Der gegenwärtige Faschismus), in: PFS, 4/1973, 5/1973.
[9] Typisch für diese Position ist die Arbeit von J. F. Petras, La naturaleza de la junta chilena y las opciones de la oposición, in: Chile – America, 25-27/1976, S. 149 ff.
[10] Diese Frage wirft Rodney Arismendi in seinem Artikel „Einige Gedanken zum Faschismus im heutigen Lateinamerika“ auf, in: Einheit, 2/1977, S. 215. Ohne Zweifel kann man die Entstehung faschistischer Diktaturen in Lateinamerika endgültig nur durch die Untersuchung der Veränderungen in der sozialökonomischen Basis des abhängigen Kapitalismus klären.
[11] Siehe Ernst Gottschling, Die antikommunistische Totalitarismus-Doktrin unter dem Druck der Realitäten, in: IPW-Berichte, 10/1976, S. 2 ff.

- Wie stellt sich das Verhältnis von faschistischem politischem System und Massenbasis in den Entwicklungsländern dar? Nicht wenige Theoretiker glauben, gerade aus der fehlenden organisierten Massenbasis den nichtfaschistischen Charakter der terroristischen Regimes in Lateinamerika ableiten zu können.[12]
- Welche Modifikation erfährt das Verhältnis innerer und äußerer Faktoren unter den Bedingungen eines abhängigen Kapitalismus? Das ist ohne Zweifel eine der wesentlichsten Fragen, um die Möglichkeiten der Entstehung faschistischer Regimes in rückständigen und abhängigen Ländern zu analysieren.[13]

[240] Aus all dem ergibt sich die Frage, in welchem Verhältnis die faschistischen Regimes in Lateinamerika einerseits zu den traditionellen Militärdiktaturen, die ja in dieser Region keine Seltenheit waren, und andererseits zum Faschismus der 20er und 30er Jahre als Gegenstand der Faschismusanalyse der Kommunistischen Internationale stehen. Das ist, wenn sie nicht undialektisch und ohne Berücksichtigung der vielfachen Übergänge zwischen den verschiedenen Herrschaftsformen der Ausbeuterklasse gestellt wird, keineswegs eine akademische Frage der formalen Einordnung gesellschaftlicher Prozesse in vorgefaßte Schemata, sondern sowohl ein Problem der historischen Forschung als auch eine Frage der Ausarbeitung der Strategie und Taktik der antiimperialistischen und Arbeiterbewegung in jedem Lande.

Die Tatsachen sprechen in Lateinamerika für sich. In Brasilien, Chile und Uruguay sind Regimes an der Macht, die offensichtlich faschistischen Charakter tragen. Andere „traditionelle“ Diktaturen, wie in Paraguay und in einigen Ländern Zentralamerikas und des karibischen Raumes (Guatemala, El Salvador, Haiti, Nicaragua), machen eine rasche Evolution von der Diktatur der traditionellen Oligarchie zur faschistischen Herrschaft durch. Auch verstärkte Angriffe rechtsextremer Kräfte auf mehr oder weniger konsequente und in der Tendenz antiimperialistische nationalreformistische Bewegungen in Jamaika, Guayana, Venezuela, Mexiko, Panama und anderen Ländern zeugen vom Wachsen der faschistischen Gefahr.[14]

Der Versuch des internationalen Monopolkapitals und insbesondere des USA-Imperialismus, in Lateinamerika, der Sicherheitszone Nr. 1 der USA[15], eine Politik des „roll back“ diesmal im unmittelbaren Einflußbereich der Hauptmacht des Imperialismus durchzuführen, ist unübersehbar. Lateinamerika und der karibische Raum sind für den USA-Imperialismus nicht nur ein beliebiges Expansionsgebiet, sondern Bestandteil der Existenzbedingungen des imperialistischen Systems. Der wirkungsvolle Einbruch des Weltsozialismus diese bislang eindeutig vom Imperialismus beherrschte Hemisphäre durch die erfolgreiche kubanische Revolution zwang sowohl den USA-Imperialismus als auch die mit ihm eng verbundenen herrschenden Klassen der lateinamerikanischen Länder zu einer konterrevolutionären Neuorientierung.[16]

Die Neuauflage des „New Deal“ Roosevelts in Kennedys Politik der „Allianz für den Fortschritt“ gegenüber den lateinamerikanischen Ländern war verbunden mit den Aggressionen gegen Kuba und der Vernichtung der Guerillabewegung Lateinamerikas in der ersten Hälfte der 60er Jahre. Die Ergebnisse dieser Kombination der Politik der Gewalt und der reformistischen Stabilisierung waren jedoch äußerst gering. Mitte der 60er Jahre zeichneten sich breite antiimperialistisch-demokratische Bewegungen unter maßgeblicher Beteiligung der organisierten Arbeiterklasse in den Hauptländern Lateinamerikas, d. h. Brasilien, Argentinien, Chile und Mexiko, ab.[17] Damit trat eine Situation ein, in der der internationale Imperialismus, vorwiegend – aber nicht ausschließlich – durch die USA-

[12] In der gegenwärtig in Lateinamerika lebhaft geführten Faschismusdiskussion wird immer wieder versucht, den Faschismus als kleinbürgerliche Massenbewegung im Dienste des ausländischen Imperialismus und nicht als offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals darzustellen (siehe z. B. die Beiträge von Ribeiro, Zéa, Zavaleta u. Zemelman in: El Facismo en América, Mexiko 1975).

[13] Siehe Der gegenwärtige Faschismus, in: PFS, 4/1973, 5/1973.

[14] R. Arismendi, Einige Gedanken zum Faschismus im heutigen Lateinamerika, in: Einheit, 2/1977, S. 215.

[15] K. S. Sergeev/W. G. Tkačenko, Latinskaja Amerika – Bor’ba za nezavisimost’, Moskau 1975, S. 31 ff.

[16] Siehe I. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, Berlin 1976, S. 256 ff.

[17] Siehe Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart, Teil II, Berlin 1974, S. 1173 ff.

Monopole repräsentiert, weder mit den Methoden der traditionellen militärischen Inter-[241]vention (die in Kuba angesichts der entschlossenen Haltung der Sowjetunion gescheitert war) noch mit reformistischen Beschwichtigungsprogrammen lebenswichtige Interessen wahren konnte.

Das Scheitern der auf kapitalistische Stabilisierung berechneten „Allianz für den Fortschritt" und das Voranschreiten der sozialistischen Entwicklung in Kuba veranlaßten den Imperialismus, in der Gegenoffensive zu faschistischen Methoden zu greifen. Erster Ausdruck dieser neuen Phase war der Staatsstreich in Brasilien 1964, der die sehr gemäßigte national-demokratische Reformpolitik João Goularts mit einem Präventivschlag angesichts möglicher Weiterungen beantwortete.[18] In die gleiche Zeit fiel der Versuch, mit Hilfe der Militärclique um Onganía 1965 auch in Argentinien eine faschistische Entwicklung einzuleiten.[19] Gleichzeitig wurde in der Dominikanischen Republik der vorerst letzte Versuch des USA-Imperialismus unternommen, durch offene militärische Intervention die antiimperialistische Bewegung zu unterdrücken. Das führte zu einer tiefen Krise des imperialistischen Systems des „Panamerikanismus", die bis heute anhält.[20]

Der Wahlsieg der chilenischen Volkseinheit 1970 spitzte die Auseinandersetzung zwischen Revolution und Konterrevolution im kontinentalen Maßstab weiter zu. Ein „zweites Kuba" war gemäß der Johnson-Doktrin für den USA-Imperialismus nicht akzeptabel. Wegen der Gefährdung der imperialistischen Herrschaft im unmittelbaren Einflußbereich der imperialistischen Hauptmacht wählte man den Ausweg des Faschismus, um eine Katastrophe" internationalen Ausmaßes zu vermeiden. Ähnliches trifft auf Uruguay zu. Man kann also feststellen:

- Der Faschismus in Lateinamerika ging aus einer unmittelbaren Existenzkrise des in imperialistischen Systems hervor, das in schärfstem Widerspruch zu den Lebensinteressen der lateinamerikanischen Völker steht.
- Die Errichtung faschistischer Diktaturen war mit der Abwehr antiimperialistisch-revolutionärer Bewegungen verbunden, war also direkt konterrevolutionär.
- Die faschistische Variante imperialistischer Herrschaft in Lateinamerika ist Ausdruck der Unmöglichkeit, mit traditionell-demokratischen Mitteln, z. B. des bürgerlichen Reformismus, in einer Reihe lateinamerikanischer Länder den revolutionären Prozeß zu unterdrücken.[21]

Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß nicht für alle Länder Lateinamerikas diese Variante der Aufrechterhaltung imperialistischer Herrschaft zutrifft. Es ist deshalb wenig fruchtbar, die konterrevolutionären Gegenaktionen pauschal als Faschisierung des Kontinents zu bezeichnen, sondern man muß mit der Aufrechterhaltung des *gesamten* Instrumentariums imperialistischer Politik rechnen, was insbesondere in der Politik des USA-Präsidenten Carter zum Ausdruck kommt.[22] Es ist offensichtlich, daß die Erfolgs-[242]chancen einer rechtsorientierten Stabilisierung Lateinamerikas von der Stärke der antiimperialistischen Volksbewegung abhängen. Deshalb ist die Abwehr der faschistischen Gefahr und aller anderen reaktionären Bestrebungen heute die Tagesaufgabe der antiimperialistischen Kräfte in Lateinamerika.

Schon im September 1971, also vor dem Sturz der Allende-Regierung in Chile, riefen die kommunistischen Parteien von einer Reihe lateinamerikanischer Länder zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus auf.[23] Das waren eben jene Parteien, in deren Ländern heute faschistische Regimes herrschen oder die faschistische Gefahr präsent ist, nämlich die Parteien Argentiniens, Boliviens, Brasiliens, Chiles, Paraguays und Uruguays. Der faschistische Putsch in Chile im September 1973 war ein Einschnitt in der konterrevolutionären Offensive des Imperialismus und leitete den breiten Massenkampf gegen die faschistischen Bestrebungen der Reaktion ein. Er wirkte in starkem Maße auf die

[18] B. I. Koval', Brazilija včera i segodnja, Moskau 1975, S. 145 ff.
[19] E. D. Stroganov, Rabočee dviženie Argentiniej, Moskau 1975, S. 100 ff.
[20] Siehe Manfred Uschner, Lateinamerika – Schauplatz revolutionärer Kämpfe, Berlin 1975, S. 122 ff.
[21] Rodney Arismendi, Zu einigen aktuellen Fragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Lateinamerikas, Berlin 1977, S. 6; M. Harnecker, Fascismo y dependencia, in: Chile Informativo, 123-124/1977, S. 4 ff.
[22] Ein Versuch, die Politik der Carter-Administration gegenüber Lateinamerika zu deuten, ist der Essay von T. Dos Santos, La crisis imperialista y la politica norte-americana, Mexiko 1977.
[23] Der antiimperialistische Kampf in Lateinamerika. Kleines Nachschlagewerk, Berlin 1973, S. 383 f.

revolutionären Kräfte Lateinamerikas ein, die mehr und mehr zu einer konsequenten antifaschistischen Orientierung übergingen. So erklärten die kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raumes Mitte 1975: „Der verbrecherische Staatsstreich in Chile bestätigt, wie wichtig es ist, die Reihen der Verteidiger der Demokratie gegen jede faschistische Bedrohung schneller zu schließen.“[24]

Die gegenwärtig besonders zugespitzte Konfrontation von Revolution und Konterrevolution in Lateinamerika erfordert eine genaue Analyse des Wesens, der Erscheinungsformen und der Perspektiven des Faschismus wie auch eine entsprechende Strategie und Taktik seitens der antifaschistischen Kräfte.[25]

Ohne in unberechtigten Optimismus oder in eine Konzeption des automatischen Zusammenbruchs des Faschismus in Lateinamerika zu verfallen, muß man sicherlich den lateinamerikanischen Faschismus als labil und überaus krisenanfällig ansehen. Das hängt damit zusammen, daß der Imperialismus in einer ungünstigen historischen Gesamtsituation zur konterrevolutionären Offensive übergeht und die objektiven und subjektiven Grundlagen einer kapitalistischen Stabilisierung in Lateinamerika ständig durch den Volkskampf wie auch durch die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses in Frage gestellt werden.

Die weltweiten ungünstigen Wirkungsbedingungen des Faschismus gelten verstärkt für Lateinamerika. Das wurde besonders deutlich an der neuen Qualität, die die internationale Solidarität mit dem Volk Chiles erreicht hat.[26] Sie erfaßt breiteste Kreise der demokratischen, antiimperialistischen Kräfte und hat sich gegenüber allen Manövern der chilenischen Faschisten und ihrer Helfer durchgesetzt. Von besonderer Bedeutung ist es, daß diese Solidaritätsbewegung nicht nur zu einer umfassenden demokratischen Massenbewegung geworden ist, sondern auch in den Gremien der UNO und in der Mehrzahl der [243] internationalen Organisationen ihren völkerrechtlich wirksamen Niederschlag gefunden hat.[27]

In den sozialistischen Ländern ist die Solidarität mit den antiimperialistischen Kämpfern Chiles, Uruguays, Brasiliens und anderer vom Faschismus unterdrückter oder bedrohter Völker zum Massenverhalten im Sinne des proletarischen Internationalismus geworden. Das unterstrich der IX. Parteitag der SED im Bericht des Zentralkomitees mit folgenden Worten: „Wir bekunden von unserem Parteitag aus unsere aktive und uneingeschränkte Solidarität mit den Kommunisten und allen antiimperialistisch-demokratischen Kräften Chiles, Uruguays und ganz Lateinamerikas.“[28] Die internationale Ächtung der faschistischen Regimes Lateinamerikas ist ein wesentlicher Faktor des weltweiten Kampfes um Entspannung und Abrüstung und schränkt die Möglichkeiten der Ausweitung faschistischer Regimes erheblich ein.

Aber auch abgesehen von der durch die weltweite Veränderung des Kräfteverhältnisses bedingten Isolierung und Labilität faschistischer Regimes, muß man davon ausgehen, daß diese Form der terroristischen Diktatur durch die Abhängigkeit und Rückständigkeit der lateinamerikanischen Länder besonders widersprüchlich ist. Die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Finanzoligarchie, die eigenständige Entwicklungstendenzen und Widersprüche zum USA-Imperialismus nicht ausschließt, erschwert ihre Stabilisierung im eigenen Lande. Da der Faschismus in Lateinamerika in erster Linie Interessenvertreter des internationalen Monopolkapitals ist, befindet er sich ständig in dem Konflikt

[24] horizont, 30/1975, Beilage.

[25] Die seit dem faschistischen Putsch in Chile erschienene Literatur zur Problematik des Klassenkampfes in Lateinamerika ist so umfangreich und vielfältig, daß sie im Rahmen dieses Beitrages nicht ausgewiesen werden kann. Verwiesen sei besonders auf die bereits genannten Arbeiten Rodney Arismendis.

[26] Im Bericht des ZK der Kommunistischen Partei Chiles an das Plenum vom August 1977 heißt es z. B: „Diese Hilfe, diese breite und tiefe Bewegung der internationalen Solidarität mit der antifaschistischen Sache unseres Volkes ist ebenfalls einer der wichtigsten Vorgänge in der heutigen Welt“ (Partido Comunista de Chile, Boletín Exterior, 26/1977, S. 87).

[27] Siehe Chile – America, 37-38/1977, S 183 ff.

[28] IX. Parteitag der SED, Berlin, 18. bis 22. Mai 1976. Bericht des Zentralkomitees der SED an den IX. Parteitag der SED, Berlin 1976, S. 26.

zwischen den inneren Bedingungen seiner Herrschaft und den Anforderungen der ausländischen imperialistischen Ausbeuter. Das schränkt seine Manövrierfähigkeit auf ökonomischem, politischem und sozialem Gebiet erheblich ein. Er ist in erster Linie ein Faschismus im Interesse des internationalen Monopolkapitals, und seine Hauptfunktion besteht in der Umsetzung dieser Interessen in eine nationalistisch drapierte Politik.[29]

1. Klassencharakter des Faschismus

Die Tatsachen beweisen, daß alle faschistischen Regimes in Lateinamerika unter aktiver Mitwirkung der USA und anderer imperialistischer Mächte entstanden sind. Am bekanntesten sind die Enthüllungen über die Einmischung des USA-Geheimdienstes CIA in Chile,[30] aber auch in Brasilien und Uruguay ist dieses Abhängigkeitsverhältnis eindeutig nachweisbar[31].

Dennoch wäre es falsch, den heutigen lateinamerikanischen Faschismus einseitig als einen von den USA oktroyierten Import oder als bloßes Produkt neokolonialer Politik der [244] imperialistischen „Metropole“ zu betrachten.[32] Die Herausbildung faschistischer Regimes ist sowohl Ausdruck der Gegenoffensive des internationalen Monopolkapitals und der Systemsicherung des USA-Imperialismus in seinem unmittelbaren Einflußbereich als auch der Veränderung der sozialökonomischen Bedingungen des Ausbeutersystems in den lateinamerikanischen Ländern selbst. Man darf dem Faschismus in Lateinamerika nicht einfach die Rolle eines Instruments ausländischer Interessen zuschreiben. Der abhängige Charakter des Faschismus in Brasilien, Chile oder Uruguay schließt nicht aus, daß diese Regimes sehr spezifische Klassen- und Gruppeninteressen wahrnehmen, die zwar in ihren Existenzgrundlagen untrennbar mit dem ausländischen Imperialismus verbunden sind, aber zeitweilige Widersprüche zwischen den verschiedenen internationalen Monopolgruppen als auch zwischen der einheimischen und der internationalen Finanzoligarchie reflektieren können. Das ist mit einer simplen „Dependenz“ nicht erklärbar und wird besonders im Falle Brasiliens deutlich, wo faschistische Herrschaftsmethoden im Inneren mit der Verschärfung des Kampfes um eine günstige äußere Wirkungsmöglichkeit der einheimischen Monopole einhergehen, aber auch engstens mit dem Kampf der internationalen Monopole um Einflußsphären (z. B. in der Kernenergiefrage) verbunden sind.

„Abhängiger Faschismus“ bedeutet insofern nichts anderes, als die widersprüchliche Verschmelzung der Klasseninteressen des ausländischen Monopolkapitals mit der einheimischen Finanzoligarchie unter nichtgleichberechtigten Bedingungen. Dieser Prozeß vollzieht sich in Lateinamerika unter den Bedingungen eines rückständigen und deformierten Kapitalismus. Die Finanzoligarchie Lateinamerikas besitzt nicht die ökonomische Kraft, eine auch nur zeitweilige Überwindung der Krise der Gesellschaft in allen Bereichen zu erzielen. Eben deshalb muß sie zur absoluten und perfektionierten Repression greifen.[33] Während dem Faschismus traditioneller Prägung noch recht umfangreiche Möglichkeiten zur Massenkorrumpierung und staatsmonopolistischen Regulierung der Krisenerscheinungen zur Verfügung standen, ist dieser Weg einer faschistischen Stabilisierung des imperialistischen Systems in Lateinamerika weitgehend versperrt. Dieses Problem wird in den abhängigen und rückständigen Ländern durch die katastrophalen Auswirkungen der Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus vertieft. Eine der Funktionen des Faschismus in diesen Ländern besteht gerade darin, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Volksmassen der von den imperialistischen Führungszentren, besonders den USA, beherrschten Länder zu erleichtern. Damit entstehen aber neue Widersprüche im Inneren der faschistisch beherrschten Länder Lateinamerikas.

---

[29] So schreibt Fazio: „Der Faschismus ist eine spezifische Herrschaftsform der Reaktion. In einem abhängigen Land ist er vor allem Ausdruck der Herrschaft des Monopolkapitals der imperialistischen Metropole, in unserem Land der USA-Monopole“ (H. Fazio, Die Kommunisten im Kampf um demokratische Einheit, Berlin 1976, S. 249).

[30] Siehe Chile – ein Schwarzbuch, Köln 1974, S. 42 ff.

[31] Siehe L. C. Prestes, Brasilien: Aufschwung des Kampfes der Massen und Isolierung der Diktatur, in: PFS, 3/1978, S. 382 ff.

[32] So deutlich in der Arbeit von G. Pierre-Charles, Fascismo y crisis de la dominación imperialista, in: El fascismo en América, S. 163 ff.; auch bei Poulantzas (N. Poulantzas, Fascisme et dictature, Paris 1974; ders., Las crisis de las dictaturas, Mexiko 1976) scheint die Dialektik von inneren und äußeren Faktoren des abhängigen Faschismus nicht voll erfaßt.

[33] Das heißt, die Anwendung brutalster Repression ist ein sekundäres Merkmal des lateinamerikanischen Faschismus, das sich aus seinen besonderen Existenzbedingungen herleitet, und macht nicht sein Wesen aus, wie es z. B. sozialdemokratisch orientierte Faschismus-Kritiker behaupten.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Arbeiterklasse Lateinamerikas und ihre Führungskräfte nicht voraussetzungslos den antifaschistischen Kampf aufnehmen. Sie verfügen besonders in Chile, Brasilien, Uruguay und Argentinien über einen reichen Erfahrungsschatz, der aus der Abwehr faschistischer Angriffe in den 30er und 40er Jahren herrührt.[34] In Chile sind die Errungenschaften der Unidad Popular unvergessen, und in [245] Argentinien ist die Drohung des „Pinochetismus“[35] ein Alarmsignal für die Volksmassen. Die dem Faschismus entgegenstehenden Kräfte sind heute wesentlich bewußter und besser organisiert als in der Zeit des „Kalten Krieges“. Die subjektiven Faktoren des Widerstandes erschweren es den faschistischen Regimes, sich zu stabilisieren, und zwingen sie sowohl zur brutalen Repression als auch zum politischen Manövrieren.

Dem steht gegenüber, daß in Gestalt der USA die imperialistische Hauptmacht mit all ihren Ressourcen die faschistischen Regimes in Lateinamerika unterstützt. Das ist die Kehrseite des Faschismus in den rückständigen und abhängigen Ländern. Ein Teil seiner Schwächen kann durch die direkte Einwirkung der USA-Monopole zumindest zeitweilig kompensiert werden. Auf ökonomischem Gebiet zeigt sich das in den wachsenden Investitionen in Brasilien und Chile,[36] politisch in der Rückendeckung der USA für die faschistischen Regimes in der panamerikanischen und sonstigen internationalen Zusammenarbeit und ideologisch darin, daß dem lateinamerikanischen Faschismus der gesamte Apparat der US-amerikanischen Massenkommunikation zur Verfügung steht.

Dennoch ist zu berücksichtigen, daß für die Strategie des USA-Imperialismus die faschistische „Lösung“ in Lateinamerika auch politische und ökonomische Belastungen mit sich bringt. Er sucht daher nach für die imperialistischen Interessen akzeptablen Auswegen aus dem faschistischen Dilemma von repressiver Stabilisierung und Zuspitzung der Krisenfaktoren. Die Politik der USA-Regierung, insbesondere der Carter-Administration, bewegt sich in dem engen Spielraum zwischen dem grundsätzlichen Ziel, mit allen Mitteln die imperialistische Dominanz in Lateinamerika aufrechtzuerhalten, und der Suche nach dauerhaften Lösungen, die der Faschismus nicht mehr bieten kann. Daraus resultiert die Widersprüchlichkeit des Verhaltens der USA-Regierung gegenüber den faschistischen Regimes in Lateinamerika, die sie zwar stützt, die aber nicht die einzige und nicht einmal die für den Imperialismus günstigste Variante der Systemstabilisierung darstellen.

Abhängigkeit und Rückständigkeit des lateinamerikanischen Faschismus bedingen also einerseits seine Labilität, beziehen aber andererseits das Gesamtpotential des internationalen Imperialismus in die Auseinandersetzung um Sein oder Nichtsein der faschistischen Regimes ein. Diese Internationalisierung der klassenmäßigen Basis des Faschismus in Lateinamerika scheint der bemerkenswerteste Grundzug seiner gegenwärtigen Erscheinungsformen zu sein.

In einigen lateinamerikanischen Ländern hat sich ein eigenständiges, engstens mit dem internationalen Imperialismus verflochtenes Monopolkapital entwickelt.[37] Gleichzeitig ist ein Prozeß der „Modernisierung“ der angestammten Agraroligarchie zu beobachten (z. B. in Uruguay und Argentinien), die ihre Profite zunehmend in den Reproduktionsprozeß des internationalen Finanzkapitals einfließen läßt.

Zur Zeit entsteht offensichtlich eine neue Oligarchie in Lateinamerika, die sich aus der Verschmelzung von modernisierter Agraroligarchie, einheimischer Monopolbourgeoisie und internationaler Finanzoligarchie rekrutiert. Dabei spielen die multinationalen Monopolgruppen eine entscheidende Rolle. Sie dringen über Direktinvestitionen, Tochterunternehmen und Kredite in die am weitesten entwickelten Länder Lateinamerikas ein, wo sie günstige Verwertungsbedingungen des Kapitals, z. B. niedrige Lohnkosten und Rohstoff-[246]ressourcen, finden.[38] Eben wegen dieser günstigen Bedingungen sind die internationalen Monopole an der Aufrechterhaltung der Abhängigkeit und relativen Rückständigkeit dieser Länder interessiert. Gleichzeitig brauchen sie Partner für diese neue Form der Abhängigkeit in jenen Ländern und finden sie in der genannten „neuen“ Oligarchie.

---

[34] Siehe A. I. Garanin, Narodnij front v Čili, Moskau 1975; H. Ramirez Necochéa, El fascismo en la evolución política de Chile hasta 1970, o. O., (Masch.).

[35] A. Fava, Charakter und Weg des Kampfes um die Erneuerung der Demokratie, in: PFS, 11/1977, S. 1537 ff.

[36] Genaue Zahlenangaben in: Chile-Informativo, 125/1977, S. 21 ff.

[37] Arismendi, Einige Gedanken zum Faschismus, S. 215.

[38] Siehe Ėkonomika stran Latinskoj Ameriki, Bd. 1, Moskau 1973, S. 25 ff.

Auf diese Weise entsteht in den meisten lateinamerikanischen Ländern ein System der dreifachen Ausbeutung: Zum einen dauern die für Entwicklungsländer typischen vorkapitalistischen Formen der Ausbeutung an, zum anderen wird durch eine international kontrollierte Industrialisierung eine neue Profitquelle für das einheimische Finanzkapital geschaffen, und zum dritten fließt durch den Gewinntransfer dem internationalen Monopolkapital ein erheblicher Teil des Nationaleinkommens der lateinamerikanischen Länder zu.[39] Das bedeutet aber nichts anderes, als daß auch die neuen Erscheinungen der Entwicklung des Kapitalismus in Lateinamerika die seit langem bestehenden Widersprüche in diesem Subkontinent weiter verschärfen[40] und neue hervorrufen. Die Tendenz, in einer Reihe lateinamerikanischer Länder faschistische Diktaturen zu errichten oder vorhandene diktatorische Regimes zu faschisieren, ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß unter den spezifischen Bedingungen Lateinamerikas[41] ein weiterer Vormarsch des internationalen Monopolkapitals wie auch die Entfaltung einheimischer Monopole nicht möglich ist, ohne den Klassenkampf zu verschärfen und das bisherige Ausbeutungssystem selbst in Frage zu stellen.

Bereits von der Kommunistischen Internationale wurde der Faschismus als internationale Erscheinung erkannt. Das gilt heute mehr denn je. Faschistische Diktaturen (Chile, Uruguay, Brasilien, Bolivien) oder einflußreiche faschistische Strömungen (Argentinien) treten heute in jenen Ländern Lateinamerikas auf, wo die Herausbildung des einheimischen Monopolkapitals, die „Eingliederung" von Teilen der Agraroligarchie in das imperialistische System und die neue Form der Verflechtung in- und ausländischer Monopole am meisten ausgeprägt sind.[42] In diesem Sinne trifft die Definition des Faschismus durch die Kommunistische Internationale auf die faschistischen Regimes in Lateinamerika durchaus zu.

Auch in Mexiko finden wir im Grunde, wenn man von dem geringeren Gewicht der Agraroligarchie absieht, alle vorgenannten Symptome. Dennoch kann man dort trotz der Existenz rechtsextremer und faschistischer Strömungen und Organisationen[43] nicht von einer akuten faschistischen Gefahr sprechen. Offensichtlich erklärt sich dies aus der Tatsache, daß die mexikanische Bourgeoisie sich durch eine antifeudale Umwälzung in den ersten Dezennien unseres Jahrhunderts und in der Periode des Präsidenten Cárdenas in den 30er Jahren ein politisches Instrumentarium geschaffen hat, das genügend elastisch und anpassungsfähig ist, um die zunehmenden sozialen Spannungen vorläufig noch abzufangen[44] bzw. die Gegenkräfte, insbesondere die Arbeiterbewegung, entweder zu unter-[247]drücken oder, besonders im gewerkschaftlichen Sektor, zu manipulieren. Für die mexikanische Großbourgeoisie ist der Faschismus eine Reserve, die jetzt nicht mobilisiert zu werden braucht, aber vorhanden ist. Das Beispiel Mexikos zeigt, daß die ökonomische und soziale Entwicklung nicht automatisch zum Faschismus führt.

Eine wesentliche Schlußfolgerung der Analyse der Entwicklung in Lateinamerika ist die, daß der Faschismus als politische Strömung und als Form der Machtausübung in abhängigen und rückständigen Ländern an die Entstehung der für das letzte Jahrzehnt charakteristischen Verbindung von einheimischer Finanzoligarchie und Internationalisierung des Monopolisierungsprozesses gebunden ist.

2. Faschistische Massenbasis

Der Klassencharakter des Faschismus in seinen heutigen Erscheinungsformen ist unbestritten derselbe, der bereits in den 20er und 30er Jahren durch die internationale Arbeiterbewegung herausgearbeitet wurde. Es erhebt sich aber, auf Lateinamerika bezogen, die Frage, inwieweit sich das Verhältnis von Klassencharakter und sozialer Basis unter den Bedingungen der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus verändert hat.

---

[39] Ebenda.
[40] Arismendi, Aktuelle Fragen, S. 12.
[41] Uschner, S. 20 ff.
[42] Siehe A. Van, L'America Latina all' interno del sistema imperialistico: colonizzazione e independenza, Milano 1977.
[43] Der antiimperialistische Kampf in Lateinamerika, S. 234 f.
[44] J. J. Visgunova, Problemy edinstva demokratičeskich i antiimperialističeskich sil v Meksike, in: Latinskaja Amerika. Problemy edinstva antiimperialističeskich sil, Bd. 2, Moskau 1974, S. 61 ff.

Ohne Zweifel zielt jede faschistische Diktatur auf die Gewinnung einer stabilen Basis in den Massen des Volkes. Der Faschismus will die Arbeiterklasse nicht nur unterdrücken, sondern sie im Interesse des Monopolkapitals auch manipulieren.[45] Das ist eine notwendige Folge der systemstabilisierenden Funktion des Faschismus. Die faschistische Politik und Propaganda ist also darauf gerichtet, eine Massenbasis zu gewinnen und den antiimperialistischen Kräften ihre Bündnispartner zu entziehen. Man kann das auf die einfache Formel bringen: Unterdrückung und Manipulierung der Arbeiterbewegung einerseits, Gewinnung der schwankenden Zwischenschichten andererseits.[46]

Eben dieses Konzept versuchte man sowohl in Brasilien als auch in Uruguay und Chile anzuwenden. So führte die brasilianische Militärjunta eine Reihe von sozialen Verbesserungen für genau begrenzte Schichten der qualifizierten Arbeiter ein und eröffnete – in den 60er Jahren, also noch während einer ökonomischen Konjunktur – dem Kleinbürgertum bestimmte soziale Aufstiegschancen.[47]

Auch die chilenische Militärjunta suchte nach Wegen, breitere soziale Schichten für sich zu gewinnen. Es wurde die nationale Sammlungsbewegung Movimiento de Unidad Naciona (MUN) gebildet. Aber sowohl die brasilianische Alianza Renovadora Nacional (ARENA) als auch die Organisationsversuche der chilenischen Faschisten blieben in den Anfängen stecken. In Uruguay und Bolivien wurden solche Versuche angesichts ihrer Aussichtslosigkeit gar nicht erst unternommen.

Die organisierte Basis des lateinamerikanischen Faschismus beschränkt sich auf die Streitkräfte, Geheimdienste und kleinere faschistische Gruppierungen. Angesichts dieser Situation erhebt sich die Frage, ob der dortige Faschismus dadurch charakterisiert ist, daß er die Zwischenschichten gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren versucht, und welche Rolle diese Schichten bei der Etablierung faschistischer Regimes in Lateinamerika über-[248]haupt spielen. Es fehlte und fehlt nicht an Versuchen, den Faschismus als Bewegung der Zwischenschichten oder zumindest als zeitweilige Manipulierung kleinbürgerlicher Kräfte gegen die Arbeiterbewegung zu interpretieren. Das Beispiel Chiles zeigt, daß die konterrevolutionäre Zerstörung des natürlichen Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten dem Faschismus den Weg bahnte.[48] Unbestritten ist auch, daß es der Militärdiktatur Brasiliens in den ersten Jahren ihrer Herrschaft unter den Bedingungen eines internationalen konjunkturellen Aufschwungs gelang, nicht nur große Teile des Kleinbürgertums für sich zu gewinnen, sondern auch die Herausbildung des kleinen und mittleren Bürgertums zu fördern.

Das aber macht nicht den Charakter des gegenwärtigen Faschismus in Lateinamerika aus, sondern die faschistischen Diktaturen sind eben dadurch gekennzeichnet, daß es ihnen *nicht* gelingt, eine breite soziale Basis zu gewinnen. Das ist übrigens keine neue Erscheinung. Bereits Georgi Dimitroff wies darauf hin, daß in einigen Ländern Südosteuropas der Faschismus auf „eigentümliche“ Weise entsteht: „Die Eigentümlichkeit besteht vor allem darin, daß sich der Faschismus in diesen Ländern, zum Unterschied vom Faschismus Italien zum Beispiel, vorwiegend nicht *von unten*, durch eine Massenbewegung, als *staatliche Regierungsform* durchsetzt, sondern im Gegenteil *von oben*.“[49] Es entbehrt jeder Grundlage, die Existenz des Faschismus vom Grad seines Masseneinflusses oder dem Vorhandensein einer faschistischen Massenpartei abzuleiten, wie dies gegenwärtig besonders von ultralinker Seite, aber auch von der bürgerlichen Soziologie getan wird.

Der Faschismus von heute hat geringere Möglichkeiten der Massenbeeinflussung. Dabei muß unterstrichen werden, daß zwar breite Kreise des kleinen und mittleren Bürgertums den Faschismus nicht aktiv bekämpfen, aber auch nicht bereit sind, sich seinem sozialökonomischen Konzept zu beugen.

Die Gründe für dieses von manchen für „atypisch“ gehaltene Fehlen einer organisierten faschistischen Massenbasis liegen in der abhängigen und rückständigen Entwicklung des Kapitalismus in Lateinamerika sowie im veränderten internationalen Kräfteverhältnis. Unter solchen Bedingungen entsteht das, was Dimitroff als „Faschismus von oben“ bezeichnete.

---

[45] Palmiro Togliatti, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt a. M. 1973, S. 63 ff.
[46] Siehe zu dieser Problematik Kurt Gossweiler, Faschismus, Imperialismus und Kleinbürgertum, in: Jenaer Beiträge zur Parteigeschichte, 37-38/1976, S. 95 ff.
[47] Koval’, S. 158 ff.
[48] Partido Comunista de Chile – Informe al pleno de agosto 1977, S. 22 ff.
[49] Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 143.

Die Bedingungen für eine solche Kräftekonstellation leiten sich für Lateinamerika aus einer Reihe spezifischer Faktoren her. Der Faschismus muß als konterrevolutionäre Stoßkraft gegen gut organisierte und erfahrene antiimperialistische Kräfte (Uruguay, Brasilien, Argentinien) oder sogar als direkte konterrevolutionäre Alternative gegen einen bereits im Gange befindlichen revolutionären Prozeß (Chile) antreten. Die faschistischen Kräfte treffen deshalb auf weitgehend in den politischen Kampf einbezogene Volksmassen bei relativ weit entwickelter Führungskraft der Arbeiterklasse.

Dem abhängigen Faschismus fehlen die ökonomischen Mittel, um breitere Kreise der Zwischenschichten und bestimmte Teile der Arbeiterklasse am faschistischen „Entwicklungsmodell" zu interessieren, oder anders gesagt, diejenigen Schichten der Bevölkerung, die als Massenbasis für den Faschismus dienen könnten, zu korrumpieren. Der Abfluß von Nationaleinkommen wie auch die geringere Akkumulationsrate verschärft durch die weltweite Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, schränken das Feld sozialer Manöver des Faschismus an der Macht stark ein und erschweren die Erfüllung seiner wesentlichen Funktion: die Arbeiterbewegung auszuschalten und schwankende Schichten zu [249] gewinnen. Im Unterschied zum „traditionellen" Faschismus der 30er Jahre ist der Faschismus Lateinamerikas, mit Ausnahme der Anfangsphase der Militärdiktatur in Brasilien, mit den allgemeinen und zyklischen Krisenerscheinungen des Kapitalismus der Gegenwart eng verbunden. Damit wird die Gewinnung einer Massenbasis in den lateinamerikanischen Ländern zu einem geradezu unlösbaren Problem, weil diese Regimes keine spürbare Verbesserung der ohnehin prekären Lebenslage der Volksmassen herbeiführ können.

Trotz aller ungünstigen Bedingungen versucht der Faschismus natürlich mit ideologischen, ökonomischen und repressiven Mitteln ständig, eine soziale Basis zu gewinnen. Die Ansatzpunkte liegen teilweise in den profaschistischen Bewegungen und Gruppen, etwa in der von Brasilien ausgehenden Bewegung zur „Wahrung von Tradition, Familie und Eigentum" (TFP), die in Chile in den faschistischen Organisationen „Fiducia" und „Patria y Libertad" ihre Entsprechung fanden.[50] Alle Versuche, eine breitere profaschistische oder faschistische Bewegung ins Leben zu rufen, fanden aber keine wesentliche Resonanz. Daß es weder in Brasilien, Chile, Uruguay, Bolivien noch in Argentinien gelang, wesentliche Teile der Arbeiterklasse zu gewinnen, ist ein besonders wichtiger Tatbestand.

Angesichts dieser Lage scheint es notwendig, auf die große Bedeutung des Bündnisses der proletarischen Linkskräfte mit den mehr oder weniger antifaschistisch orientierten Kräften anderer Klassen und Schichten hinzuweisen. Die innere Isolierung der faschistischen Regimes ist in Lateinamerika in dem Maße möglich, wie es gelingt, die Zwischenschichten und die nichtimperialistische Bourgeoisie für Alternativen zu gewinnen, die den Interessen der breiten antifaschistischen Schichten entsprechen.[51]

Das Fehlen einer organisierten Massenbasis des Faschismus in Lateinamerika darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß heutzutage die Möglichkeiten der Beeinflussung der Volksmassen im Sinne des Antikommunismus und Antidemokratismus gewachsen sind. Der Faschismus in Lateinamerika verfügt über ein propagandistisches Instrumentarium, das vorwiegend von den Monopolen der USA gesteuert wird. Dadurch ist es bisher gelungen, große Teile antiimperialistischer Kräfte zu neutralisieren oder sie vom direkten antifaschistischen Kampf abzuhalten.

Eine der Aufgaben des Faschismus besteht eben darin, potentiell revolutionäre Kräfte zu gewinnen und damit dem antiimperialistischen Kampf zu entziehen. Deshalb trachtet jede faschistische Strömung, jedes faschistische Regime nach der Formierung einer organisierten sozialen Basis bei Ausschaltung der antiimperialistischen Vorhut, also in erster Linie der organisierten Arbeiterklasse. Ob diese Tendenz des Faschismus sich zeitweilig durchsetzen kann oder nicht, ist von den konkreten Wirkungsbedingungen des konterrevolutionären Angriffs bestimmt. So gelang es z. B. in Brasilien bis Anfang der 70er Jahre, die Zwischenschichten zu neutralisieren und teilweise sogar zu aktiver Unterstützung zu gewinnen. In Chile, im Stadium eines fortgeschrittenen revolutionären Prozesses, war diese Aufgabe weit schwieriger und scheiterte schon nach wenigen Monaten faschistischer Herrschaft, was an der Haltung der katholischen Kirche als einem typischen Indikator deutlich wurde. Der

[50] Siehe L. A. Kosyčev, „Patria i Libertad", in: Latinskaja Amerika, 3/1977, S. 100 ff.
[51] Partido Comunista de Chile – Informe al pleno de agosto 1977, S. 72 ff.

Faschismus in Lateinamerika sucht jedenfalls eine soziale Basis, er ist insofern massenorientiert wie alle anderen faschistischen Regimes in der Geschichte.

Dennoch bleibt einer der gravierendsten Faktoren bei der Einschätzung der faschistischen Diktaturen in Lateinamerika das Fehlen einer organisierten Massenbasis. Können [250] die Streitkräfte dieses Vakuum ausfüllen, fungieren sie als „Quasi-Massenbasis" des Faschismus in Lateinamerika?[52] Das ist eine der wesentlichsten Fragen bei der Analyse des Faschismus in Lateinamerika.

Die Rolle der Streitkräfte in Lateinamerika ist seit langem Objekt politischer Auseinandersetzung und wissenschaftlicher Diskussion.[53] Ihre Rolle bei der Errichtung faschistischer Regimes oder bei der Formierung faschistischer Gruppierungen hat oft zu einem vordergründigen Antimilitarismus geführt, vor dem die Marxisten-Leninisten seit je gewarnt haben. In vielen Ländern Lateinamerikas spielten die Streitkräfte auch in der Vergangenheit eine relativ selbständige politische Rolle. Sie stellten oft in den unterschiedlichsten historischen Situationen den Träger der politischen Macht oder die entscheidende Kraft bei der Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses dar. Diese als „Interventionismus"[54] bezeichnete Tatsache darf aber nicht dazu verleiten, den heutigen Faschismus in Lateinamerika auf eine Militärfrage zu reduzieren, wie dies bei einer Reihe bürgerlicher oder linksrevisionistischer Autoren geschieht.[55] Dem steht schon entgegen, daß die politische Rolle der Streitkräfte in Lateinamerika außerordentlich differenziert ist und in jüngster Zeit von nationalrevolutionären bis zu faschistischen Positionen reicht.

In Brasilien, Uruguay, Bolivien und Chile bezogen zum Zeitpunkt der militärischen Putsche stets bedeutende Minderheiten der Streitkräfte antiimperialistische Positionen. Die gegenwärtige Lage in Argentinien zeigt, daß eben diese innere Differenzierung der Streitkräfte auch eine faschistische Entwicklung aufhalten kann. Unbestritten bleibt aber, daß in allen Fällen das Militär ein entscheidender Faktor der faschistischen Bewegung und Herrschaftsformen ist. Das ist mit einem historischen Funktionswandel der Streitkräfte verbunden, die vom militärischen Instrument der Ausbeuterklasse zum Träger der politischen Macht werden.

Dieser Prozeß, der hier nicht in seiner ganzen Tragweite untersucht werden kann, ist ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß der Überbau des abhängigen und rückständigen Kapitalismus in Lateinamerika sich in einer tiefen Krise befindet und die traditionellen Methoden und Organe der Machtausübung nicht mehr in der Lage sind, das Ausbeutersystem zu stabilisieren. Unter solchen Bedingungen sind die Streitkräfte oft der einzige Teil des Machtapparates, der aktionsfähig bleibt und vom antiimperialistischen Kampf am wenigsten berührt wird, während andere Teile des Überbaus, wie Parteiensystem, Staatsapparat und parlamentarische Institutionen, durch den Einfluß des Volkskampfes weitgehend aktionsunfähig werden.[56]

Dabei muß man die relative Selbständigkeit der Streitkräfte im kapitalistischen Machtapparat sowie eine gewisse Abgeschlossenheit des Militärs als „Institution" gegenüber politischen Prozessen, die bewußt gefördert wird, sowie die Besonderheiten der „vertikalen Struktur", d. h. der notwendigerweise autoritären Befehlsgewalt, berücksichtigen, die es gestatten, die Streitkräfte von sozialen Veränderungen und Auseinandersetzungen bis zu [251] einem gewissen Grade abzuschirmen. So besteht keine direkte Beziehung zwischen der Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und dem Verhalten der Streitkräfte, wenngleich sich natürlich die gesellschaftlichen Prozesse in den Streitkräften widerspiegeln.

Hinzu kommt, daß gerade die Streitkräfte in Lateinamerika derjenige Sektor des kapitalistischen Machtapparates sind, der am stärksten und intensivsten vom ausländischen Imperialismus beeinflußt

---

[52] Siehe Harnecker, S. 20.

[53] Nach wie vor ist der Beitrag von Manfred Kossok, Zur politischen Funktion der Armeen in Lateinamerika, in: ZfG, 2/1962, von orientierendem Wert. Siehe auch die Diskussion Wem dient die Armee, in: PFS, 4/1974.

[54] Siehe E. Lieuwen, Arms and Politics in Latin America, New York 1960.

[55] Siehe z. B. Die bewaffneten Technokraten – Militär und Politik in Lateinamerika, Hannover 1975.

[56] F. Mires, Die Militärs und die Macht, (West-)Berlin 1975; siehe auch Eberhard Hackethal, Die chilenischen Streitkräfte – historische Entwicklung und politische Funktion, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, 2/1974.

und gelenkt wird.[57] In Chile haben etwa zwei Drittel aller höheren Offiziere Ausbildungseinrichtungen der USA durchlaufen. Ähnlich ist das Verhältnis in anderen Ländern Lateinamerikas.[58]

Das Beispiel Chiles lehrt, daß es eine gefährliche Illusion ist zu glauben, daß revolutionäre Prozesse im Leben der Gesellschaft unvermittelt auch auf die Streitkräfte übergreifen oder daß es möglich sei, das Militär in der Klassenauseinandersetzung dauerhaft zu neutralisieren. So schreibt Volodja Teitelboim bezüglich der bewaffneten und Sicherheitsorgane: „Der Fehler bestand darin, daß der Klassencharakter dieser Institutionen nicht gebührend berücksichtigt wurde; ignoriert wurde die Möglichkeit, daß diese Institutionen unter dem Druck des Imperialismus und der reaktionären Kreise gleichzeitig mit dem Übergang der Mittelschichten in das Lager der Opposition in eine Etappe der Krise eintreten und eine Erosion durchmachen werden.“[59] Diese „Erosion“ bedeutete in Chile die Verdrängung progressiver Elemente in den Streitkräften und die Übernahme der Führung durch den faschistischen Sektor des Offizierskorps.

Profaschistische Strömungen in den lateinamerikanischen Streitkräften sind ebensowenig neu wie antiimperialistische Tendenzen in Teilen der Militärs.[60] Es hängt vom Grad der inneren Differenzierung der Streitkräfte und vom Kräfteverhältnis in der Klassenauseinandersetzung selbst ab, welche Tendenz überwiegt. In Brasilien, Uruguay, Chile und Bolivien ist es gelungen, eine „Faschisierung“ der Streitkräfte durchzusetzen. In Argentinien besteht gegenwärtig ein labiles Gleichgewicht zwischen faschistischen und nichtfaschistischen Gruppierungen in den Streitkräften.

Der „Faschismus an der Macht“ stellt sich heute in Lateinamerika als Militärdiktatur dar. Es ist deshalb oft von „Militärfaschismus“ gesprochen worden. Das ist darauf zurückzuführen, daß der militärische Apparat einerseits die fehlende Massenbasis des Faschismus in Lateinamerika ersetzen muß und daß andererseits die notwendige totale Repression nur von den Streitkräften übernommen werden kann.

Die Armee dient in gewisser Weise als Substitut der faschistischen Massenbewegung und faschistischer Parteien, die der abhängige und rückständige Kapitalismus Lateinamerikas nicht hervorzubringen vermochte.[61] Der Militärapparat, die militärische Hierarchie und die militärische Ideologie geben dem Faschismus in Lateinamerika seine politisch-organisatorische Struktur, weil das zivile politische Instrumentarium des Kapitalismus zu schwach [252] ist, um das System zu stabilisieren. Dabei darf man aber nicht übersehen, daß ein enger Zusammenhang zwischen den faschistischen Strömungen im „zivilen Sektor“ und dem Verhalten des Militärs besteht. Auch hier bietet das Beispiel Chiles die klarsten Anhaltspunkte. Die faschistischen Bewegungen wie „Patria y Libertad“ und „Fiducia“ hatten die Funktion, eine Situation des Chaos und der politischen Unsicherheit im Lande zu schaffen, um die Streitkräfte zum profaschistischen Eingreifen zu bewegen. Diese Aktionen zielten insbesondere auf die Zwischenschichten, über deren Verunsicherung das vorwiegend aus diesen Schichten stammende Offizierskorps der chilenischen Armee beeinflußt wurde.

Die besondere Rolle des Militärs im Faschismus Lateinamerikas ist also Ausdruck der Unfähigkeit des abhängigen und rückständigen Kapitalismus, eine stabile Massenbasis zu gewinnen, und nicht etwa, in Anknüpfung an die Traditionen der Militärdiktaturen in Lateinamerika, eine kontinentalspezifische Variante des Faschismus. Dieser nur auf das Militär und die bewaffnete Repression gestützte Faschismus ist natürlich besonders labil. Da auch heute die Differenzierungsprozesse in den Streitkräften Lateinamerikas anhalten und sich vertiefen, ist die Stabilität der faschistischen Regimes von der Wahrung der politischen Homogenität der Streitkräfte abhängig und daher stets durch innere

[57] Für Brasilien siehe die genaue Untersuchung von J. A. Antonov, Brazilija – armija i politika, Moskau 1973.
[58] Siehe K. S. Tarasov, SŠA i Latinskaja Amerika, S. 136 ff.
[59] Volodia Teitelboim, Auftakt zu kommenden Siegen, in: PFS, 3/1974, S. 377.
[60] Insofern gab es nie eine politische Neutralität des Militärs in Lateinamerika, sondern bestenfalls eine zeitweilige Neutralisierung.
[61] Diese Erscheinung geht freilich konform mit der dem Faschismus allgemein eigenen Tendenz zur Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens. Trotzdem ist es nicht richtig, ein Gleichheitszeichen zwischen Faschismus und Militarismus zu setzen, wie das André Glucksmann in der Anthologie „Neuer Faschismus – Neue Demokratie“, (West-)Berlin 1972, tut. Diese Position wird der Differenzierung in den Streitkräften des heutigen Imperialismus nicht gerecht.

Auseinandersetzungen bedroht. Das wurde besonders deutlich, als Anfang 1978 aus Anlaß des sogenannten „Referendums“ in Chile eine offene Polemik zwischen General Pinochet und den übrigen Mitgliedern der Militärjunta ausbrach.[62] Das Beispiel Portugals zeigt, daß faschistische Regimes schnell zusammenbrechen, sobald die Streitkräfte nicht mehr als homogener Träger der Machtausübung funktionieren. Deshalb ist eine antifaschistische Militärpolitik von ausschlaggebender Bedeutung für den Sieg über den Faschismus.[63]

3. Faschistische Ideologie und Propaganda

Neben der Repression ist es das Hauptziel jedes faschistischen Regimes, die Volksmassen im Interesse des Monopolkapitals ideologisch zu manipulieren. Zwar gibt es eine faschistische Ideologie im Sinne einer in sich geschlossenen Weltanschauung nicht; bereits Palmiro Togliatti schreibt: „Wenn wir diese Ideologie analysieren, was finden wir in ihr vor? Kurz gesagt: von allem etwas. Sie ist folglich als eine eklektische Ideologie anzusehen.“[64] Doch diese Feststellung darf nicht dazu führen, die Wirkung faschistischer Propaganda zu unterschätzen. Ihr antikommunistischer, nationalistischer und sozialdemagogischer Inhalt richtet sich besonders auf jene Kreise, die in unsicherer sozialer Lage nach einfachen und raschen Lösungen suchen: das Kleinbürgertum und die am meisten verelendeten Schichten. Die faschistische Ideologie versucht, die klassenmäßig heterogenen Schichten auf einer ideologischen Basis zusammenzuschweißen und ist in diesem Sinne pragmatisch darauf orientiert, den eigentlichen Klassencharakter des Faschismus zu verschleiern und sich als klassenneutral zu geben.

Gerade auf ideologischem Gebiet ist, trotz aller Flexibilität und Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten, die Übereinstimmung des Faschismus in Lateinamerika mit dem [253] sogenannten „traditionellen Faschismus“ besonders deutlich. Das betrifft nicht nur die ideologischen Wurzeln des heutigen Faschismus in Lateinamerika, die vom Korporativismus Mussolinis über die nazifaschistische Geopolitik bis zum Klerikalfaschismus in Spanien reichen,[65] sondern insbesondere die Grundzüge der faschistischen Massenpropaganda im heutigen Lateinamerika, die in allen kapitalistischen Ländern Lateinamerikas mehr oder weniger ausgeprägt auftritt. Das sind besonders:

- Antikommunismus und Antisowjetismus als Basis jeder faschistischen Ideologie,
- Antidemokratismus als ideologische Rechtfertigung der Diktatur,
- Extremer Nationalismus und nationale Demagogie, deren Propagierung allerdings durch den abhängigen Charakter des lateinamerikanischen Faschismus erschwert wird,
- Übertragung der Normen der militärischen Hierarchie auf die gesamte Gesellschaft unter dem Firmenschild von „Ordnung und Sicherheit“,
- Soziale Demagogie, die auf den Gedanken einer „Volksgemeinschaft“ ohne Klassenkampf zurückgeht.

Der Antikommunismus wird von den faschistischen Regimes zum Mythos erhoben, zum Hauptziel und zum Hauptinhalt des Sendungsbewußtseins der Diktaturen gemacht. So verkündete Pinochet am 11. September 1976: „Der Marxismus ist nicht einfach eine irrige Doktrin, wie es viele in der Geschichte gegeben hat. Nein – der Marxismus ist eine innerlich perverse Doktrin, und das bedeutet, daß alles, was aus ihr entspringt, so gesund es immer erscheinen möge, von dem Gift durchdrungen ist, das aus ihren Wurzeln fließt.“[66]

Mit diesem antikommunistischen Sendungsbewußtsein, das auf die Erzeugung einer Massenhysterie gerichtet ist, sollen die schlimmsten Exzesse des Faschismus, die ständige Verletzung der Menschenrechte, gerechtfertigt werden.

---

[62] Siehe El Mercurio, vom 28./29.12.1977.

[63] Die Kommunistische Partei Chiles hat auf ihrem Plenum im August 1977 ein umfangreiches und ausgereiftes Programm der Einbeziehung des Militärs in den Prozeß der Entwicklung einer neuen antifaschistischen Demokratie entwikkelt; siehe Partido Comunista de Chile – Informe al pleno de agosto 1977, S. 68.

[64] Togliatti, S. 15.

[65] Siehe Eberhard Hackethal, Faschismus und faschistische Ideologie in Lateinamerika, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, 4/1977, S. 646 ff.

[66] Zit. nach J. Silva Solar, El integralismo catélico-fascista en in ideología de in Junta Militar, in: Chile – América, 1/1975, Beilage, S. 11.

Charakteristisch für die faschistische Ideologie, trotz all ihrer Buntscheckigkeit, ist die nationalistische Propaganda. Besonders ausgeprägt äußert sie sich in den subkontinentalen Hegemoniebestrebungen Brasiliens und im Schüren von Grenzkonflikten, in der Störung der Beziehungen zu den Nachbarländern, wie im Falle Chiles.[67]

Das steht allerdings im eklatanten Widerspruch zur eigentlichen Funktion des abhängigen Faschismus, günstigste Verwertungsbedingungen für das ausländische Monopolkapital zu schaffen. Der Nationalismus wird im antikommunistischen Sinne zur „Verteidigung der Zivilisation“ umfunktioniert; die Erhaltung der „inneren Sicherheit“ wird zur obersten nationalen Pflicht erhoben. Die dem Faschismus eigene Aggressivität richtet sich unter solchen Bedingungen als „innerer Krieg“ in erster Linie gegen das eigene Volk.[68]

[254] Tatsächlich sind sowohl in Brasilien als auch in Chile die faschistischen Putsche als stabsmäßig geführte militärische Operationen unter Einsatz der gesamten Armee durchgerührt worden. In die Ideologie des lateinamerikanischen Faschismus ist aber vor allem ein neues Element eingeflossen – die globalstrategischen, antikommunistischen Doktrinen der Außenpolitik der USA.[69]

Der geschilderte militärische Charakter des Faschismus in Lateinamerika bringt eine Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, vom Bildungswesen bis zur Arbeitsgesetzgebung, mit sich. Die Übertragung militärisch-autoritärer Strukturen auf die Gesellschaft, die für den Faschismus überhaupt charakteristisch ist, hat in den faschistischen Diktaturen Lateinamerikas eine besondere Ausprägung erfahren.[70]

Die Normen des militärischen Lebens wurden zu allgemeinen Verhaltensregeln erhoben und gestatten damit jede Form von ungesetzlicher Gewaltanwendung. Das wurde in verschiedenen sogenannten „konstitutionellen Akten“ der Diktaturen in Brasilien, Uruguay und Chile klar ausgedrückt. So begründete Chiles Diktator Pinochet die totale Vernichtung der demokratischen Institutionen folgendermaßen: „Die philosophische Inspiration so grundlegender juristischer Dokumente ist klar und einfach die, daß Chile aufgehört hat, ein ideologisch neutraler Staat zu sein, wie das der philosophische Liberalismus unterstützt hat, und entschlossen zu einer klaren, festen und wirksamen Doktrin greift, der die rechtlichen Grundlagen der chilenischen Institutionalität entspringen und die nicht von der Existenz des Staates zu lösen sind.“[71]

Dieser Kurs, dessen Modalitäten innerhalb der faschistischen Machtgruppierungen und auch von Land zu Land verschieden sind, weist auf ein wesentliches Merkmal des Faschismus hin, das als Abgrenzungskriterium gegenüber dem traditionellen militärischen „Caudillismo“ dienen kann. Die faschistischen Regimes begreifen sich nicht als einfache Wahrer des Status quo, sondern als Träger und Verwirklicher einer „neuen“ gesellschaftlichen Doktrin.

4. Das politische und wirtschaftliche System des Faschismus

Ziel des Faschismus ist die dauerhafte Stabilisierung des abhängigen und rückständigen Kapitalismus und die endgültige Ausschaltung der Arbeiterbewegung sowie die Zerstörung aller politischen Institutionen, die den Werktätigen ein gewisses Maß an Mitbestimmung und Einflußnahme auf die ge-

[67] So haben z. B. die Auseinandersetzung um die Schiffahrtswege an der Südspitze Amerikas zwischen Chile und Argentinien, der Streit um die Nutzung der Ressourcen des La Plata-Beckens, die Frage eines bolivianischen Zugangs zum Weltmeer dazu beigetragen, daß im Südkonus Amerikas nationalistische Bewegungen angefacht werden konnten.

[68] Diese Doktrin des „inneren Krieges“ geht auf die in den 60er Jahren von den USA gelenkte „antisubversive“ Ausrichtung des Militärs in Lateinamerika zurück. In den faschistischen Diktaturen hat jedoch der „innere Krieg“ insofern eine neue Qualität erreicht, als sich die militärischen Aktionen nicht mehr gegen begrenzbare Gruppen von Guerilla- Kämpfern richten, sondern als Staatspolitik gegenüber der Masse der Bevölkerung angewendet wird. Auch dieses Symptom des lateinamerikanischen Faschismus ist in Chile am deutlichsten ausgeprägt (siehe Kritika [254] ideologii neofašizma, Moskau 1976, S. 388 ff.; C. Almeyda, El problema militar en la experiencia de la Unidad Popular Chilena, in: Chile – América, 37-38/1977, S. 63 ff.).

[69] Ta rasov, S. 221 ff.

[70] Hierzu beispielhaft Análisis de la situacion educacional y cultural durante el cuarto trimestre de en Chile, Berlin 1977 (Masch.).

[71] El Mercurio, vom 12.9.1976.

sellschaftlichen Prozesse ermöglichen. Dieses Ziel, in der gegenwärtigen Diskussion meist als „Institutionalisierung“ des Faschismus bezeichnet,[72] geht in seinen ideengeschichtlichen Wurzeln auf den Korporativismus Mussolinis, auf die nazistische „Volksgemeinschafts“ideologie und auf die franquistische soziale Demagogie in Spanien zurück. Die Eckpfeiler dieser Politik sind die Allmacht der Exekutive wie sie z. B. im „Institutionellen Akt Nr. 5“ in Brasilien 1968 fixiert wurde, und die [255] Ausschaltung politischer Organisationen, insbesondere des bürgerlichen Parteiensystems. Die konkrete Ausprägung dieser Politik hängt wiederum vom Grad der Systemgefährdung ab. Während sich die brasilianische Diktatur noch eine Scheinopposition leisten konnte – die ihr neuerlich allerdings lästig wird –, war der chilenische Faschismus als offen antidemokratisches Regime von vornherein gezwungen, alle Möglichkeiten politischer Alternativen, selbst aus den Kreisen der Bourgeoisie, z. B. der Christdemokraten, zu ersticken.

Das politische System des lateinamerikanischen Faschismus lehnt sich in einer ganzen Reihe von Erscheinungsformen stark an den „traditionellen Faschismus“ an. Die innere Verwandtschaft, die hier besteht, ergibt sich jedoch weniger aus historischen Wurzeln, als vielmehr aus der gleichartigen Klassengrundlage und der Funktion des Faschismus. In beiden Fällen galt es, das nicht mehr funktionierende System der bürgerlichen Demokratie durch eine neue, für die Ausbeuter effektivere Form der politischen Organisation der Gesellschaft zu ersetzen. Die dafür gewählten Formen sind in Lateinamerika sehr vielfältig und reichen von willkürlich ernannten Staatsräten (Chile) bis zu Scheinwahlen (Brasilien), die keinerlei Einfluß auf das eigentliche Machtgefüge haben. Parallel dazu – auch das ist ein allgemeiner Wesenszug des Faschismus – entstehen neue politische Organe, die die Interessen des Monopolkapitals vertreten, vor allem staatsmonopolistische Organisationen im wirtschaftlichen Bereich und der öffentlichen Kontrolle völlig entzogene Geheimdienste. Besonders die Geheimdienste spielen zur Absicherung der faschistischen Regimes und als Haupteinflußgebiet des ausländischen Imperialismus eine immer größere Rolle.[73]

In der Endkonsequenz ist der abhängige Faschismus in Lateinamerika von den ökonomischen Interessen des ausländischen Monopolkapitals und seiner einheimischen Verbündeten bestimmt. Deshalb ist die Wirtschaftspolitik dieser Regimes extrem widersprüchlich. Die Funktion des abhängigen Faschismus als Interessenvertreter des internationalen Monopolkapitals verhindert eine ökonomische Konsolidierung im eigenen Land. Dazu kommen die tiefgreifenden Auswirkungen der weltweiten Krise des Imperialismus in der Gegenwart.[74] Während der brasilianische Faschismus Ende der 60er Jahre noch von einer gewissen Aufschwungsphase des Imperialismus zehrte und deshalb eine zeitweilige politische Stabilisierung erreichte, ist dies den faschistischen Kräften in Chile und Uruguay nicht mehr möglich. Heutzutage schwankt die Wirtschaftspolitik der faschistisch beherrschten Länder Lateinamerikas (auch Argentiniens) zwischen staatsmonopolistischer Regulierung und traditionellem ökonomischen Liberalismus.[75] Charakteristisch für den abhängigen Faschismus ist die Öffnung des inneren Marktes für das ausländische Monopolkapital, die Begünstigung ausländischer Investitionen und die Abwälzung der Krisenlasten auf die werktätige Bevölkerung.[76]

Diese Mischung von Protektionismus im Interesse der einheimischen Monopolgruppen und gleichzeitiger Auslieferung der Wirtschaft des Landes an den internationalen Im-[256]perialismus scheint für den abhängigen Faschismus Lateinamerikas charakteristisch zu sein und bedingt gleichzeitig seine ökonomische Labilität. Sie führt aber nicht nur zur Verelendung der Volksmassen, die in allen bisher erwähnten Ländern statistisch nachweisbar ist,[77] sondern auch zu wachsenden Widersprüchen innerhalb der Bourgeoisie, die nur sehr differenziert von der widersprüchlichen Wirtschaftspolitik

[72] Institucionalización: camino a la Casa Blanca, in: Chile-Informativo, 124/1977, S. 7 ff.
[73] Siehe G. Selser, Chile para recordar, Buenos Aires 1974.
[74] Siehe Secretaria Ejecutiva de la Unidad Popular. Documentos y Materiales Economicos, o. O. 1977.
[75] Das schließt Projekte zur „Modernisierung“ des bestehenden Systems und die Anlehnung an die kapitalistische, rein quantitativ aufgefaßte Entwicklungspolitik nicht aus. Das Wirtschaftsprogramm der brasilianischen Militärs ist dafür typisch, ebenso sein Scheitern (siehe Mires, S. 146 ff.; I. Soleto/K. Eßer/B. Moltmann, Die bewaffneten Technokraten, Hannover 1975, bes. S. 79 ff.).
[76] Neujahrsbotschaft Rodney Arismendis, in: Desde Uruguay, o. O. Februar 1978, S. 1.
[77] Siehe z. B. Secretaria Ejecutipa de la Unidad Popular, S. 1 f.

des Faschismus profitiert. So entstehen heute in Chile, Brasilien, Uruguay, aber auch in Argentinien, breite oppositionelle Gruppen der einheimischen Bourgeoisie, die sich im Interesse des eigenen Profitstrebens gegen die Wirtschaftspolitik des abhängigen Faschismus wenden.[78]

Der heutige Faschismus in Lateinamerika, mag er als ideologische Strömung, politische Konzeption oder terroristische Herrschaftsform auftreten, ist – so kann zusammenfassend festgestellt werden – nur begreifbar als Ausdruck von entscheidenden Veränderungen in der sozialökonomischen Basis des Ausbeutungssystems in Lateinamerika selbst, im internationalen, kontinentalen und nationalen Klassenkräfteverhältnis und in der gleichzeitigen Fortdauer des abhängigen und rückständigen Wesens des Kapitalismus in Lateinamerika. Nur aus diesen Faktoren können die Kriterien der Abgrenzung zwischen traditionellen Diktaturen in Lateinamerika und dem historisch jungen Phänomen des „Faschismus an der Macht“ in dieser Region abgeleitet werden.

Zu berücksichtigen ist freilich, daß die faschistische Diktatur sich über eine breite Skala von Übergangsformen, Verschmelzungen mit dem traditionellen Konservatismus und autoritären politischen Konzeptionen entwickelt.[79] Nach wie vor gilt der von der Kommunistischen Internationale entwickelte Grundsatz, zwischen faschistischen Strömungen und politischen Bewegungen und dem Faschismus an der Macht zu unterscheiden.[80] Die Gefahr des Faschismus existiert ohne Zweifel auf dem ganzen lateinamerikanischen Subkontinent. Inwieweit diese Gefahr aber zur politischen Realität werden kann, hängt in erster Linie von der Stärke der antifaschistischen Kräfte und ihres Kerns, der organisierten Arbeiterklasse, ab.[81]

Der Faschismus in abhängigen und rückständigen Ländern ist, wie gezeigt, von seiner sozialökonomischen Basis her wie auch durch die Widersprüchlichkeit seiner Ideologie außerordentlich labil und verfügt keinesfalls über jene Stabilisierungsfaktoren, die es dem Hitlerfaschismus oder dem Franco-Regime erlaubten, lange Jahre an der Macht zu bleiben. Im Gegenteil, die faschistischen Diktaturen Lateinamerikas verschärfen in kurzer Zeit alle gesellschaftlichen Widersprüche, die sie lösen sollten, und führen zu einer Konfrontation zwischen antifaschistischen Kräften und der minimalen faschistischen Herrschaftsschicht.

[257] Die Arbeiterklasse wird durch die multiplizierte Ausbeutung und den Abbau ihrer sozialen und politischen Rechte von vornherein in die schärfste Opposition zur faschistischen Diktatur gedrängt. Große Teile der Zwischenschichten, wie die starkem ökonomischem und politischem Druck ausgesetzten staatlichen Angestellten, die Intelligenz und die kleinen Unternehmer, sehen angesichts der Politik des „Gesundschrumpfens“ der Wirtschaft ebenfalls einer unsicheren Zukunft entgegen. Schließlich führt die faschistische Herrschaft zu einer Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Großbourgeoisie. Die Öffnung des Landes für ausländische imperialistische Investitionen und die Diktatur einiger weniger beherrschender Monopole schränken aber besonders die Bewegungsmöglichkeit der in Lateinamerika sehr breiten Schicht des mittleren Unternehmertums erheblich ein, ja führen teilweise den Ruin für sie herbei.

Die Wandlung in der Haltung der chilenischen Christdemokratischen Partei und des brasilianischen „Movimiento Democratico Brasileño“ von wohlwollender Duldung der faschistischen Diktatur zu antidiktatorischen (nicht in jedem Falle antifaschistischen) Positionen ist nur so zu verstehen, daß große Teile der Bourgeoisie ihre ökonomischen Interessen nicht mehr durch die faschistischen Regimes repräsentiert und gesichert sehen. Ein sicherer Indikator dieser Tatsache ist die Haltung der Führung der katholischen Kirche in Brasilien, Chile, Uruguay und Argentinien zu den faschistischen Diktaturen bzw. zur faschistischen Gefahr.[82] Die politische Haltung der kirchlichen Hierarchie war

[78] Siehe die ausführliche Diskussion unter sowjetischen Lateinamerikanisten, bes. in: America Latina, 2/1975, 5/1977.
[79] A. Galkin, Der Faschismus erleidet Niederlagen, die Gefahr des Rechtsradikalismus bleibt, in: PFS, 12/1974, S. 1609 ff.
[80] Siehe Elfriede Lewerenz, Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale, Berlin 1975, S. 31 ff.
[81] Es ist deshalb notwendig, sich gegen die fatalistische These der „Faschisierung“ Lateinamerikas zu wenden, die im Grunde nur eine Neuauflage des jahrzehntelang von kleinbürgerlichen Kräften verbreiteten „geographischen Fatalismus“ ist (siehe Arismendi, Fragen des antiimperialistischen Kampfes, S. 8 ff.).
[82] Siehe Eberhard Hackethal, Kreuzweg Chile, Berlin 1976; F. Correia, La Chiesa e la dittatura i Brasile, Milano 1977.

in Lateinamerika seit je Ausdruck der Interessen der Bourgeoisie *als Klasse*. Die gegenwärtig vorwiegend antifaschistische Einstellung der katholischen Kirche unterstreicht, daß der abhängige und rückständige Faschismus nicht mehr die Interessen dieser Klasse zu vertreten vermag. Bestimmte christliche Kreise gehen sogar über die reformatorischen Zielstellungen der offiziellen Kirche hinaus und bringen sozialistische Orientierungen in die Diskussion um antifaschistische Alternativen ein.[83]

So hat der Faschismus in den abhängigen und rückständigen Ländern Lateinamerikas eine Wirkung, die seinem eigentlichen Ziel entgegensteht: Anstatt eine Stabilisierung des internationalen Ausbeutungssystems zu erreichen, bringt er neue objektive Faktoren seiner Labilität hervor. Das heißt jedoch nicht, daß die faschistischen Regimes wegen ihrer inneren Widersprüchlichkeit sozusagen „automatisch" zusammenbrechen.

Die Krise der faschistischen Regimes in Lateinamerika ist offensichtlich. Allerdings erhebt sich die Frage, inwieweit es den sehr heterogenen antifaschistischen Kräften gelingt, diese Krise zu einem neuen Aufschwung des sozialen Massenkampfes zu nutzen, oder ob eine „kanalisierte" Überleitung der faschistischen Diktatur in eine mehr oder weniger autoritäre Demokratie im Interesse ebenderselben Kräfte eintritt, die sich im Moment der Gefährdung des Ausbeutungssystems nicht scheuen, eine brutale terroristische Diktatur zu unterstützen.[84] Der Vergleich mit der Situation in Spanien und Griechenland in den 70er Jahren drängt sich auf und ist einer genaueren Untersuchung wert.

Die entschiedensten antifaschistischen Kräfte Lateinamerikas, d. h. die organisierte Arbeiterklasse, an der Spitze die kommunistischen Parteien, haben ein klares taktisches und strategisches Konzept, das den bewährten historischen Erfahrungen der Kommuni-[258]stischen Internationale folgt. Sie gehen davon aus, daß der Kampf gegen die faschistische Diktatur nicht nur den Zusammenschluß aller nichtfaschistischen Kräfte des zivilen und militärischen Bereichs fordert, sondern daß durch die Zuspitzung aller gesellschaftlichen Probleme auch ein breites Bündnis, das weit über die auf den Sozialismus orientierten Kräfte hinausgeht, möglich wird. So heißt es in der Deklaration der Kommunistischen Partei Uruguays vom Dezember 1977: „Wir werden die größten Anstrengungen unternehmen, um die Aktionen der ‚Breiten Front' auf allen Ebenen wiederzubeleben, indem wir die Aktionseinheit mit allen gegen die Diktatur gerichteten Kräften stärken und die Einheit oder Übereinstimmung in der gemeinsamen Aktion auf der Basis eines Minimalprogramms konkretisieren."[85]

Das Zentralkomitee der KP Chiles hat auf seiner Plenartagung im August 1977 ein umfassendes Programm der antifaschistischen Aktionseinheit angenommen, das in der Feststellung gipfelt: „Wir sehen in der Wiedervereinigung aller demokratischen Chilenen in einer großen, voranschreitenden sozialen Kraft die Möglichkeit, das Land wieder aufzubauen."[86]

Das heißt natürlich nicht, daß mit dem Sturz der faschistischen Regimes in Lateinamerika notwendigerweise eine revolutionäre Situation entstehen muß. Die Illusion linksrevisionistischer Kräfte, daß nach dem Faschismus nur noch der Sozialismus möglich sei, ist durch die Geschichte längst widerlegt. Es geht zuvörderst um die Schaffung der günstigsten Kampfbedingungen für die Sammlung derjenigen Kräfte, die auch den Völkern Lateinamerikas eine sozialistische Zukunft eröffnen können. Daß dieser Prozeß langwierig und kompliziert sein wird, ergibt sich aus der Analyse der objektiven und subjektiven Bedingungen dieser Klassenauseinandersetzung.

Die Kommunisten Chiles, Brasiliens, Paraguays und Uruguays haben konkrete Aktionsprogramme des antifaschistischen Kampfes entwickelt. Sie gehen dabei von der Tatsache aus, daß der Faschismus in Lateinamerika im Widerspruch zu den Interessen breitester Schichten des werktätigen Volkes und von Teilen der Bourgeoisie steht. In Argentinien findet die Konzeption der demokratischen Offensive aller antifaschistischen Kräfte, ob ziviler oder militärischer Provenienz, zunehmendes Echo.

---

[83] Das trifft z. B. auf die bereits zitierte Gruppe von linken Christen zu, die in Rom das Bulleti „Chile – América" herausgeben.
[84] Siehe Poulantzas.
[85] Manifiesto del Partido Comunista del Uruguay, Montevideo, 30 de diciembre de 1977, o. O. (Masch.), S. 27.
[86] Partido Comunista de Chile, Boletin del exterior, o. O., Nr. 26, S. 82.

Die faschistische Bedrohung trifft in Lateinamerika auf eine offensive und erfolgreiche Gegenwehr, die mehr und mehr Massencharakter annimmt. In welcher Weise und mit welchen historischen Perspektiven der Faschismus in Lateinamerika bekämpft, eingedämmt und gestürzt werden kann, hängt freilich von der Stärke der ihm entgegenstehenden Kräfte, in erster Linie der organisierten Arbeiterbewegung, ab.

[261]

Teil II: Fragen der faschistischen Ideologie

Joachim Petzold: Die Entstehung der Naziideologie

„Vieles von dem, was in unserem Programm damals stand, oder was ich in diesem Saale an dem heutigen Tage vor achtzehn Jahren verkündete, ist vorher auch längst schon gedacht worden.“[1] An sich war es überraschend, daß Adolf Hitler, von dem diese Worte stammen, einmal so offenherzig bekannte, nicht selbst an der Wiege der „nationalsozialistischen“ Ideologie gestanden, geschweige denn sie begründet zu haben. Da er aber vor den „alten Kämpfern“ im Münchner Hofbräuhaus sprach, konnte er nicht ohne weiteres an der Tatsache vorübergehen, daß er von Anfang an auf die Ideen anderer zurückgegriffen hatte, saßen doch am 24. Februar 1938 im Saale noch viele, die das genau wußten oder sich gar selbst mit Recht als Ideenspender betrachteten.

Die Entstehung der faschistischen Ideologie im allgemeinen und ihrer nazistischen Variante im speziellen ist unmittelbar mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus und der beginnenden allgemeinen Krise des Kapitalismus verbunden. Sie wuchs aus den Bestrebungen der reaktionärsten und aggressivsten Gruppen der herrschenden Klasse heraus, sich auf den Kampf um die imperialistische Neuaufteilung der Welt vorzubereiten und dem drohenden Untergang angesichts der einsetzenden proletarischen Weltrevolution entgegenzuwirken.[2]

Schon lange vor dem ersten Weltkrieg hatte man sich im Alldeutschen Verband – diesem ideologischen Führungszentrum der reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals –[3] mit der Frage beschäftigt, wie man das deutsche Volk ideologisch [262] auf die militärische Auseinandersetzung um die Neuaufteilung der Welt vorbereiten und vom revolutionären Kampf gegen die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung abhalten könnte. Der Vorsitzende dieses Alldeutschen Verbandes, Justizrat Heinrich Claß, hat diese Überlegung in seinem 1912 unter dem Pseudonym Daniel Frymann erschienenen Buch „Wenn ich der Kaiser wär’“ zusammengefaßt und einem breiten Leserkreis zur Kenntnis gebracht.[4]

Das in dieser Publikation enthaltene politische und ideologische Programm des Alldeutschen Verbandes reflektierte das grundsätzliche Interesse eines nach innenpolitischer Herrschaftsfestigung und außenpolitischer Machterweiterung strebenden Großkapitals, das in seine monopolistische Entwicklungsetappe eingetreten war. Um beide Ziele zu erreichen, forderte Claß einen starken „Führer“ und notfalls die Errichtung einer Diktatur. Er blieb sich stets bewußt, daß der revolutionäre Kern der Arbeiterklasse die kapitalistische Gesellschaftsordnung immer stärker in Frage stellte. Da ihm selbst eine Reformpolitik bedenklich und das Anwachsen opportunistischer Einflüsse in der Arbeiterbewegung nebensächlich erschienen, beunruhigte ihn „das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und die Verdopplung der Machtstellung der Partei im Reichstage“ außerordentlich.[5]

Das erste, was Claß verlangte, war daher die Liquidierung der Arbeiterbewegung. Alles, was sich gegen den bestehenden Staat wende, müsse rücksichtslos unterdrückt werden. Das gelte nicht etwa nur für einen bewaffneten Aufstand, sondern auch schon für „jede parteilos gegründete Zeitung, die Miene macht, sozialistisch im Sinne der Staatsfeindlichkeit zu werden“. Eine Änderung des Wahlrechts sei

---

[1] Zit. nach Reichsleiter Philipp Bouhler im Geleitwort zu A. Ciller, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und der Ostmark, Hamburg 1939.

[2] Die politischen Aspekte bei der Entwicklung der Nazibewegung in Deutschland werden ausführlich von Kurt Gossweiler in seinem demnächst erscheinenden Buch über die herrschende Klasse Deutschlands und die NSDAP in Bayern 1919-1923 untersucht, dem diese Studie manche Anregung verdankt. Die theoretische Grundlegung der faschistischen Ideologie in Deutschland wird in dem 1978 erschienenen Buch von Joachim Petzold, Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, behandelt. Sehr wichtig für die Fragestellung ist die materialreiche Studie von Dirk Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, XII/1972, S. 351 ff.

[3] Siehe dazu Edgar Hartwig, Alldeutscher Verband (ADV) 1891-1939, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Bd. I, Leipzig 1968, S. 1 ff.; Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. II: Propagandaorganisationen des Monopolkapitals, Berlin 1950.

[4] Daniel Frymann, Wenn ich der Kaiser wär’ – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, 1. Aufl., Leipzig 1912.

[5] Ebenda, S. VIII.

um jeden Preis, auch um den eines Staatsstreichs, zu erreichen. Streiks wären rücksichtslos zu unterbinden. Wer Arbeitswillige zu hindern suche oder Streikposten stehe, sollte – auch wenn er sich sonst keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht hätte – „in *Sicherungshaft* genommen werden" können.[6]

Alle innenpolitischen Unterdrückungsmaßnahmen hatten dem zweiten großen Ziel des Monopolkapitals zu dienen, das Claß mit den Worten „tätige äußere Politik – sagen wir ruhig aggressive" umriß, um „uns im guten oder bösen das zu verschaffen, was wir brauchen: Land". Er deutete an, daß derartige Eroberungen am besten mit der Vertreibung der einheimischen Bevölkerung verbunden würden.[7] Da Claß auf Grund außenpolitischer Rücksichtnahmen und innerverbandlicher Meinungsverschiedenheiten nicht offen an der Bismarckschen Forderung nach guten Beziehungen zu Rußland zu rütteln wagte, gab er in seinem Kaiserbuch als Expansionshauptrichtung Südosteuropa an. Als es schließlich 1914 zum Kriege mit Rußland kam, wurde Claß zu einem der eifrigsten Verfechter umfangreicher und rücksichtsloser Ostannexionen.

Es ist leicht zu erkennen, daß Claß von seinem alldeutschen Standpunkt aus jene zwei Hauptziele formulierte, von denen sich später auch der deutsche Faschismus leiten ließ. Er entwickelte darüber hinaus politische Kampfmethoden, die die Faschisten ebenfalls übernehmen konnten und nur den veränderten Kampfbedingungen anzupassen brauchten. So ging Claß von dem Grundsatz aus, daß die „Rassenfrage" zu „den allerwichtigsten" [263] zähle und daß die „Judenfrage" mit den „‚radikalsten' Mitteln" gelöst werden müsse.[8] Obwohl er immer bestrebt war, die kapitalistische Ausbeuterordnung uneingeschränkt zu verteidigen, stellte er in seinem Kaiserbuch die angeblich organisch gewachsenen Großbetriebe Krupp, Blohm & Voß und Schichau den traditionsfeindlichen Großbanken und Warenhäusern gegenüber.[9] Die Nazis haben das demagogisch in den angeblichen Gegensatz vom „schaffenden arischen" und dem nur „raffenden jüdischen" Kapital umfunktioniert.

Hitler hat deshalb dem Alldeutschen Verband vielfaches Lob gespendet.[10] Claß revanchierte sich seinerseits 1925 in der 7. Auflage seines Kaiserbuchs mit der Anerkennung der NSDAP als neuen Bundesgenossen, „die durch *Adolf Hitlers* Wirksamkeit ins Große wuchs".[11] Trotzdem hat die bürgerliche Geschichtsschreibung über den Faschismus diese Beziehungen verwischt oder zumindest wenig beachtet. Das ist nicht verwunderlich, lassen sie doch deutliche Abhängigkeiten erkennen, die der immer wieder behaupteten Eigenständigkeit der faschistischen Bewegung widersprechen und darüber hinaus peinliche Kontinuitätslinien enthüllen. Abgesehen davon, daß der Alldeutsche Verband wesentlich mehr der konservativen Tradition und dem preußisch-deutschen Kaiserreich verhaftet blieb und – wie es Claß 1914 selbst formulierte – auf vielen Gebieten die Rolle eines „Wegbahners" spielte[12], scheint vor allem zweierlei auf einen Gegensatz zwischen alldeutschen und faschistischen Bestrebungen hinzudeuten.

Dem ausgesprochen englandfeindlichen Alldeutschen Verband wird das Streben nach einem guten Verhältnis zu Rußland im Sinne der Bismarck-Tradition nachgesagt. Erst als es 1914 zum unerwünschten Konflikt mit dem Zarenreich gekommen ist, hätte Claß sich der von anderer Seite erhobenen Forderung nach umfangreichen Annexionen im Osten angeschlossen. In seinem Kaiserbuch war davon noch keine Rede. Hitler dagegen habe sich von vornherein gegen „die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit" gewandt und „den Blick nach dem Land im Osten" gewiesen.[13] Wer so argumentiert, ignoriert zunächst die Auswirkung der in Rußland eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen. Vor dem ersten Weltkrieg hatten die Alldeutschen das Zarenregime vor Augen, das einigen führenden Vertretern als natürlicher Bundesgenosse des preußisch-deutschen Kaiserreichs

[6] Ebenda, S. 4, S. 67.
[7] Ebenda, S. 136 ff.
[8] ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 95, Bl. 21 f.; Erklärung Claß' auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes in Berlin am 4.7.1914.
[9] Frymann, S. 28, S. 62 f., S. 58 ff.
[10] Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1930, S. 133; ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband. Nr. 392, Bl. 134; Hopfen am 10.8.1920 an Claß über ein Gespräch mit Hitler; Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954, S. 192.
[11] Frymann, 7. Aufl., Leipzig 1925, S. 215.
[12] ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 95, Bl. 23.
[13] Hitler, S. 742.

erschien. Nach dem ersten Weltkrieg waren die Faschisten mit dem ersten sozialistischen Staat der Welt konfrontiert, der dem weltrevolutionären Umwälzungsprozeß als Beispiel diente und der dem sozialen und nationalen Befreiungskampf in allen Ländern Rückhalt bot. Ihn zu vernichten, mußte deshalb das außenpolitische Hauptziel bilden, wenn die Faschisten ihrem Klassenauftrag gerecht werden wollten.

Darüber hinaus darf man Claß nicht nur nach seinen Äußerungen im Kaiserbuch beurteilen. Selbst darin hatte er durchblicken lassen, daß sich seine Einstellung zu Rußland sofort ändern würde, „wenn das mit einer Verfassung beglückte Land die gewaltigen Gegensätze der verschiedenen Nationalitäten zum Ausbruch kommen läßt und ein Auseinander-[264]fallen in verschiedene Staaten erfolgte“[14]. Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes am 19. April 1913 in München – also noch viele Monate vor Beginn des ersten Weltkrieges – erklärte er streng vertraulich: „Die Sicherung gegen die slawische Vormacht muß erfolgen durch eine Schwächung des Russentums, bis es uns nicht mehr gefährlich werden kann. Rußland hat schon 165 Millionen Einwohner, alles, was zur Zertrümmerung dieses Kolosses führt, muß uns willkommen sein ... Bismarck sagte, es gebe nur zweierlei: entweder sehr gute oder sehr schlechte Beziehungen zum Zarenreich. Ersteres ist heute ausgeschlossen, also bleibt uns das zweite. Also muß man auf den Kampf hinarbeiten, um das Deutschtum endgültig vor dem Slawentum zu sichern und die zentrifugalen Bestrebungen in Rußland zu fördern. Diese Gedanken können wir in der Öffentlichkeit nicht ausbreiten. Man muß nur gegen die Behauptung auftreten, daß die friedliche Verständigung mit Rußland möglich sei.“[15]

Wie aber soll man die pauschale Forderung von Claß, alle „*im Dienste der sozialistischen Propaganda Stehenden*“ ohne Umschweife aus dem Deutschen Reiche auszuweisen,[16] die keinen Raum für Sozialismus-Demagogie zu geben schien, mit Hitlers „Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterpartei“ und ihrem sozialdemagogischen Parteiprogramm in Übereinstimmung bringen? Wiederum hatte sich Claß durchaus Spielraum für demagogische Manöver gelassen. Er verurteilte das Sozialistische „im Sinne der Staatsfeindlichkeit“ und ließ im übrigen durchblicken, daß „unser öffentliches Leben“ eine Arbeiterpartei, „die auf dem Boden des Staates, der Nation, der Monarchie steht ... verdauen, vielleicht sogar ganz gut gebrauchen“ kann.[17]

Immerhin gab es unter alldeutscher Regie in Österreich-Ungarn seit 1904 eine nationalistische Deutsche Arbeiterpartei, die zumindest zeitweilig aus dem „Wehrschatz“ des Alltdeutschen Verbandes gefördert wurde.[18] Diese Organisation, deren Hauptbetätigungsfeld in Nordböhmen und in Nordmähren lag und die sich seit Frühjahr 1918 Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei nannte, stand unter dem ideologischen Einfluß des österreichischen Alldeutschen Georg von Schönerer, der zielbewußt eine deutschvölkische Bewegung im Habsburgerreich zu entwickeln suchte, dabei allerdings nicht immer den Beifall von Claß fand. Die erklärte Absicht der österreichischen Alldeutschen, die auf den jungen Hitler großen Einfluß ausübten, war, mit allen demagogischen Mitteln die nationalen Gegensätze zu schüren und auf diese Weise auch einen Einbruch in die Arbeiterbewegung zu bewirken.

Das ließ die Großindustriellen aufhorchen, bot sich hier doch die willkommene Möglichkeit, mit dem Nationalismus die sozialistischen Lippenbekenntnisse zu entwerten und privilegierte Arbeiter für die völkische Bewegung zu gewinnen. Es gab seit geraumer Zeit in den Unternehmerverbänden ernsthafte Überlegungen und heftige Kontroversen über die Frage, wie man die Arbeiterbewegung von innen her zerstören oder sich unterwerfen konnte. Jenen Schwerindustriellen, die einen bedingungslosen Herr-im-Hause-Standpunkt verfochten und grundsätzlich Interessenvertretungen der Arbeiter und Angestellten ablehnten, standen die Repräsentanten der modernen elektrotechnischen Konzerne gegenüber, die sich langfristig auf die Zusammenarbeit mit den opportunistischen Führern innerhalb [265] der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation orientierten. Vor dem ersten

[14] Frymann, 1. Aufl., S. 169.
[15] ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 88, Bl. 6, Bl. 6v; Erklärung Claß’ auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes in München am 19.4.1913.
[16] Frymann, 1. Aufl., S. 4, S. 67.
[17] Ebenda, S. 66.
[18] ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 88, Bl. 12, Bl. 12v.

Weltkrieg wurde jedoch das Hauptaugenmerk von den Unternehmern auf die Entwicklung sogenannter wirtschaftsfriedlicher Arbeitervertretungen gerichtet. Selbst innerhalb der Schwerindustrie gab es dafür wachsende Zustimmung.[19]

Das war der Grund, warum sich auch der Alldeutsche Verband dieser Frage nicht mehr verschließen konnte. Auf der Ausschußtagung vom 19. April 1913 in München lag ein Antrag des völkischen Publizisten Friedrich Lange, Herausgeber der alldeutsch orientierten „Deutschen Zeitung“ und Vorstandsmitglied des von Krupp finanzierten Förderungsausschusses vaterländischer Arbeitervereine, zwecks Unterstützung der „nationalen Arbeiterbewegung“ vor. Der Berichterstatter von der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, Major Freiherr von Stössel, glaubte „zwar nicht an einen nachhaltigen Erfolg, da die Arbeiter doch nur für materielle Dinge Sinn haben“, empfahl aber, auf Langes Vorschläge einzugehen. Der Hamburger Hafendirektor Winter, der weniger weltfremd urteilte als der Potsdamer Offizier, erklärte weitaus entschiedener: „Die Unterstützung solcher Organisationen, die im Frieden mit der Arbeitgeberschaft ihre Lage zu verbessern suchen, ist sehr zu empfehlen.“ Der Besitzer der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in Essen, Reismann-Grone, mahnte dagegen zur Vorsicht. Claß setzte aber als Verbandsvorsitzender durch, daß „keine Absage“ erteilt werden dürfe, „wenn irgend eine Hoffnung bestehe, daß etwas Gutes“ für die Absichten des Alldeutschen Verbandes herauskomme.[20]

Dieser Tagesordnungspunkt unter vielen sollte für die Zukunft große Bedeutung erlangen. Es wurden genau wie in der Frage des Verhältnisses zu Rußland schon im Jahre vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges Weichen gestellt. Der Alldeutsche Verband bekundete durch einen offiziellen Beschluß sein Interesse an einer „nationalen Arbeiterbewegung“. Von nun an beschäftigte deren Unterstützung und Förderung den Alldeutschen Verband immer wieder. Am 3. Juli 1913 lag dem Geschäftsführenden Ausschuß bereits ein neuer Vorschlag von Lange vor, der zu dieser Zeit sich dieser Frage besonders intensiv annahm. Er beabsichtigte, im August 1913 am Denkmal Hermanns des Cheruskers im Teutoburger Wald eine demonstrative Kundgebung durchzuführen, zu der nicht nur die Vertreter aller „nationalen Arbeiterorganisationen“, sondern auch die führenden Repräsentanten des Alldeutschen Verbandes, des Ostmarkenvereins und aller anderen imperialistischen Propagandaorganisationen der herrschenden Klasse geladen werden sollten.

Lange hat sein Anliegen selbst mit den Worten umrissen: „In der Sorge um die zuverlässige Untermauerung unserer deutschen Zukunft empfinde ich die immer noch fortschreitende nationale und wirtschaftspolitische Zersetzung unseres Volkes durch die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften als die schlimmste Gefahr.“ Da sich alle bisher angewandten Gegenmittel der herrschenden Klasse als unzulänglich erwiesen hätten, wollte er in einer „Kundgebung für die nationalen Arbeiter“ erklären, „daß der Arbeiter nur durch Seinesgleichen, der zum ‚Proletarier‘ verhetzte nur durch den zum bürgerlichen Bewußtsein wieder erwachten Arbeiter (! – J. P.) für Volk und Vaterland zurückgewonnen werden kann“. Lange verwies darauf, daß seit dem Jahre 1910 ein „Hauptausschuß nationaler Arbeiterverbände“ bestehe und diese Verbände insgesamt über fast 200.000 Mitglieder verfügten. Dabei ließ er allerdings unerwähnt, daß es sich dabei größtenteils um Handwerker und Vorarbeiter handelte. Diese Kraft gelte es noch viel mehr als bisher in den Dienst „organischer Heilung“ des deutschen Volkes zu stellen. Deshalb sollte sich auch der [266] Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes auf der geplanten Kundgebung als Hauptredner zur Verfügung stellen.[21]

Dieser Antrag brachte den Geschäftsführenden Ausschuß in nicht geringe Verlegenheit. Direktor Winter hatte Claß schriftlich über seine Eindrücke auf einer Vorbesprechung mit Lange informiert: „So unanfechtbar richtig mancher Gedanke Langes ist, insbesondere der Grundgedanke, daß der nationalen Arbeiterschaft mit allen verfügbaren Mitteln geholfen werden muß, so zweifelhaft ist mir der nachhaltige Erfolg auf dem gewiesenen Wege. Es fehlt wieder einmal an der Einheit.“ Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband – die Angestelltenorganisation –, „der für die Bewe-

[19] Stegmann, S. 353 ff.
[20] ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 88, Bl. 2.
[21] Ebenda, Nr. 89, Bl. 24 ff., bes. Dl. 42; Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes in Berlin am 3.7.1913.

gung ja geradezu vorbildlich wirkt“, wollte seine guten Verbindungen zu den christlichen Gewerkschaften nicht aufs Spiel setzen, die wiederum nicht für genügend „national“ und „wirtschaftsfriedlich“ angesehen wurden. Der alldeutsche „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ hatte mit Lange persönliche Differenzen. Auch Direktor Winter spielte mit seinem Kommentar auf dessen Repräsentationsbedürfnis an: „Ein Schauspiel, aber auch ein Schauspiel nur!“ Er war jedoch wiederum der Meinung, daß man keine Chance ungenutzt lassen dürfe, unter Arbeitern alldeutsche Propaganda zu betreiben. Die moralische Hilfe, die Lange den nationalistischen Arbeiterorganisationen in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie bringen wolle, werde aber „nicht ausreichen, die materielle muß sie nachhaltig und wirksam ergänzen“.[22]

Einige Ausschußmitglieder sprachen sich gegen eine Teilnahme an dem Langeschen Vorhaben aus. Reismann-Grone verwies auf frühere schlechte Erfahrungen mit Lange und wollte die christlichen Gewerkschaften nicht vor den Kopf gestoßen wissen. Claß setzte sich jedoch mit dem Argument durch, daß die Person Langes nebensächlich wäre. Es ginge schließlich um die Unterstützung aller Ansätze, um zu einer wirklich umfassenden „nationalen Arbeiterbewegung“ zu kommen. Daraufhin wurde der Teilnahme an der Kundgebung im Teutoburger Wald zugestimmt, die am Ende jedoch nicht zustande kam.[23] Auf späteren Ausschußsitzungen ist man immer wieder auf diese Grundsatzentscheidung zurückgekommen.[24]

Damit ist erwiesen, daß der Alldeutsche Verband bereits vor dem ersten Weltkrieg wachsendes Interesse am Aufbau, an der Förderung und Entwicklung einer nationalistischen Arbeiterbewegung zeigte, die sich auf die bereits vorhandenen Interessenvertretungen privilegierter Arbeiter- und Angestelltenschichten stützen sollte, und der man zu einer alldeutschen „Weltanschauung“ auf der Grundlage von Rassismus und Antisemitismus verhelfen wollte. Daß dafür einmal eine national„sozialistische“ Demagogie notwendig sein würde, daran dachte vor 1914 in den leitenden Gremien des Alldeutschen Verbandes noch niemand. Die insbesondere von Reismann-Grone geäußerten Bedenken gegen jedes Abweichen vom alten Bismarck-Kurs lassen die ideologischen Hemmnisse klar erkennen.

Der Kriegsausbruch von 1914 veranlaßte den Alldeutschen Verband zu keiner Änderung in seiner Politik gegenüber den Arbeitern. Der chauvinistische Rausch, dem sich auch die sozialdemokratische Parteiführung nicht entzog und der vorübergehend einen großen Teil der sozialdemokratischen Wählermassen verwirrte, schien vielmehr die Möglichkeit zu bestätigen, allein mit nationalistischen Parolen bei der angestrebten Umerziehung der [267] Arbeiterklasse auszukommen. Doch je länger der Krieg dauerte, um so mehr erwies sich das als eine Illusion. Als der Alldeutsche Verband sein maßloses Kriegszielprogramm der Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte, war die Legende von der Verteidigung des Vaterlandes, die unter der Arbeiterschaft und den übrigen Volksschichten so viel Verwirrung gestiftet hatte, nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Der Gefahr, in der Öffentlichkeit isoliert zu werden und jeglichen Einfluß auf die Arbeiterkreise zu verlieren, wollte der Alldeutsche Verband mit allen Mitteln entgegenwirken. Mitte 1916 wurde das lobbyistische System der Kriegszieldenkschriften durch eine angeblich unabhängige Ausschußbewegung für einen „Deutschen Frieden“ ergänzt. Dazu gehörte auch die Bildung spezieller „Arbeiter“ausschüsse. Da diese nicht wie der zentrale „Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden“ unter der Leitung von Professoren wie Dietrich Schäfer operieren konnten, suchte man nach geeigneten „Arbeitern“. In Bremen gründete der offiziell als Schlosser ausgewiesene Wilhelm Wahl einen „Freien Ausschuß für einen Deutschen Arbeiterfrieden“. Wahl war jedoch in Wirklichkeit Leiter eines „wirtschaftsfriedlichen“, d. h. unternehmerfreundlichen Werkvereins auf der Kruppschen Großschiffswerft AG Weser.[25] Außerdem gründeten die Verfechter einer bedingungslosen

[22] Ebenda, Bl. 27; Brief Winters vom 22.6.1913 an Claß.
[23] Ebenda, Bl. 60.
[24] Ebenda, Nr. 93, Bl. 7; Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes in Berlin am 10.1.1914.
[25] Siehe dazu Karl-Heinz Schädlich, Der „Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden“ als ein Zentrum der Annexionspropaganda des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, in: Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg, Berlin 1964, S. 50 ff., bes. S. 57; Stegmann, S. 381 f.

Kriegführung bis zum völligen Siege zur Propagierung dieses Zieles die „Deutsche Vaterlandspartei“[26].

Beide Organisationen – der „Freie Ausschuß für einen Deutschen Arbeiterfrieden“ und die „Deutsche Vaterlandspartei“ –, ideologisch gesteuert vom Alldeutschen Verband, wurden zu unmittelbaren Geburtshelfern der Nazibewegung. Ort der Handlung war die bayrische Landeshauptstadt München. Hier hatte sich ein ganz eigentümliches Knäuel von politischen und sozialen Widersprüchen gebildet. Die Palette der Parteien, Verbände und Organisationen reichte vom rückständigsten bayrischen Partikularismus bis zum anarchistischen Linksradikalismus. In diesem Spannungsfeld wirkte das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes, der Verleger Julius Friedrich Lehmann. Als finanzkräftiger und geschäftstüchtiger Eigentümer eines an sich auf medizinische Fachliteratur spezialisierten Verlages hatte er die direkte Möglichkeit, die meisten alldeutschen Propagandaschriften herauszubringen.[27] Er hatte dabei den Ratschlag von Lange nicht vergessen, sich mehr um die nationalistischen Arbeiterorganisationen zu kümmern und dabei zu bedenken, „daß der Arbeiter nur durch Seinesgleichen“ der Bourgeoisie zurückgewonnen werden könne. Das war auch die Überzeugung des aus Unternehmerkreisen stammenden Ingenieurs Paul Tafel, der in München das eng mit dem Alldeutschen Verband verknüpfte deutsch-völkische Lager repräsentierte und der ebenfalls der Deutschen Vaterlandspartei angehörte. Die Deutschvölkischen hatten – wie schon ihr Name besagt – die spezielle Aufgabe übernommen, auf der Basis einer romantisierenden Volkstumsideologie und eines ausgeprägten Germanenkults unmittelbare Verbindung zum „Volke“ herzustellen.[28]

[268] Der von Lehmann und Tafel gesuchte Arbeiter wurde schließlich in dem Werkzeugausgeber Anton Drexler, der in den Münchner Eisenbahnhauptwerkstätten tätig war, gefunden. Drexler, der nach eigener Aussage sich schon lange mit den Angehörigen sozialdemokratischer Arbeiterorganisationen überworfen hatte, trat an die Deutsche Vaterlandspartei heran, um einen annexionistischen Aufruf drucken zu lassen. Er wurde mit offenen Armen empfangen, blieb aber nur drei Monate Parteimitglied. Er mußte erkennen, daß er in dieser Funktion bei seinen Kollegen in den Münchner Eisenbahnhauptwerkstätten überhaupt nichts ausrichten konnte. „Soviel ich mich“, lautete sein eigenes Eingeständnis, „meinen Kollegen gegenüber gegen den Vorwurf verwahrte, ich fördere kapitalistische Interessen, es half alles nichts, ich war in ihren Augen entweder der ‚Verdummte‘ oder der ‚Bezahlte‘.“[29]

Man hielt es deshalb in den Kreisen der Münchner Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei für angebracht, ihn scheinbar ganz selbständig operieren zu lassen. Die Betreuung übernahm jedoch Paul Tafel. Er sorgte dafür, daß Drexler nicht mehr, wie dieser selbst naiverweise eingestand, „*überall ins Dunkle*“ tappte.[30] Die erste Bewährungsprobe kam im Januar 1918. Angesichts der Versuche des deutschen Imperialismus, das sowjetische Friedensangebot zur Durchsetzung eines räuberischen Siegfriedens auszunutzen, traten mehr als eine Million Metallarbeiter in den Streik. Auch München wurde von dieser Streikbewegung erfaßt. Von Drexler erwarteten die Alldeutschen eine Gegenaktion. Er hatte in der „München-Augsburger Abendzeitung“ einen Artikel zum Thema „Das Versagen der proletarischen Internationale und über das Scheitern der Verbrüderungsidee“ veröffentlicht, in dem zum „Durchhalten“ aufgefordert wurde. Daraufhin ließ man ihn noch einen Aufruf publizieren, in dem es kategorisch hieß, „Streiken ist Wahnsinn“. Die Arbeiter sollten mit dem Argument vom Kampf abgehalten werden, ihre französischen und englischen Klassengenossen würden das nur ausnützen, denn

[26] Siehe dazu Robert Ullrich, Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) 1917-19 18, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. 1, S. 620 ff.
[27] ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 93, Bl. 3 ff.
[28] Siehe dazu die einschlägigen Artikel in dem zweibändigen Handbuch Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Leipzig 1968, 1970. Zur Rolle Tafels siehe die Akten über den Deutschvölkischen [268] Schutz- und Trutzbund, in: ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 252 bis 256. Weitere Angaben wurden den Büchern von Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919-1922, Hamburg 1962; Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965, entnommen.
[29] Anton Drexler, Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters, München 1919, S. 13.
[30] Ebenda, S. 12.

im Ringen um den Frieden gäbe es keinen proletarischen Internationalismus, hier helfe nur der militärische Sieg.[31]

Das Ergebnis dieser Propagandaaktion war eine große Enttäuschung für Drexler und seine Hintermänner. Die klassenbewußten Münchner Arbeiter distanzierten sich scharf von derartigen Unterstellungen. Drexler geriet selbst bei seinen unmittelbaren Arbeitskollegen in eine immer größere Isolierung. Obwohl ihm von seinen alldeutschen Mentoren gestattet wurde, die „rücksichtslose Bestrafung der Kriegswucherer" und „eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel" zu fordern, also der allgemeinen Arbeiterstimmung entgegenzukommen, trugen ihm seine Aufrufe in der Eisenbahnhauptwerkstätte „Drohungen, ja Anspucken" ein. Von jungen Arbeitern wurde ihm zum Spott ein Holzkreuz errichtet, auf dem die Worte standen: „Gestorben den Hungertod fürs Vaterland."[32] Unter diesen Umständen suchte Drexler beim Bremer „Freien Ausschuß für einen Deutschen Arbeiterfrieden" Rückhalt, der dank der alldeutschen und vaterlandsparteilichen Schützenhilfe [269] und des „Hauptausschusses nationaler Arbeiterverbände" sich rasch ausdehnen und schließlich sogar eine Reichskonferenz durchführen konnte.

Drexler erklärte sich bereit, in München einen Ortsausschuß unter dem Namen „Freier Arbeiterausschuß für einen guten Frieden" zu gründen. Am 7. März 1918 wurde ein entsprechender Beschluß gefaßt. Der anschließend verbreitete Aufruf zeigt deutlich, daß Drexler und seine Hintermänner, gewitzigt von schlechten Erfahrungen, ein weitaus höheres Maß von Demagogie als bisher für notwendig hielten. Es wurde scheinbar ein brutaler Gewaltfrieden abgelehnt und ein guter Frieden ohne Verzicht auf Elsaß-Lothringen gefordert. Der Siegeswille der Arbeiterschaft und der Bayern überhaupt könne allerdings erst dann wieder gehoben werden, wenn die „Hemmungen des Durchhaltens" durch „entsprechende Schritte bei den Behörden" beseitigt würden und dem schamlosen „Treiben der Kriegswucherer und Schleichhändler" das Handwerk gelegt werde.[33]

Diese demagogische Propagandaform hatte mehr Erfolg. Drexler vermochte etwa 40 Mitglieder für seinen Ausschuß zu gewinnen. Der Gründerkern bestand vornehmlich aus Arbeitskollegen, die er in der Eisenbahnhauptwerkstätte selbst geworben hatte. Das war sicher für seine alldeutschen Mentoren sehr lehrreich. Sie hatten bei ihren Bemühungen, endlich in Arbeiterkreisen Fuß zu fassen, die wichtige Erfahrung machen müssen, daß das durch eine rein alldeutsche Propaganda nicht mehr möglich war. Es mußte ein gehöriger Schuß sozialer Demagogie hinzukommen. Vor allem war es unumgänglich, an die Tag und Lebensinteressen der Arbeiter anzuknüpfen. Auf jeden Fall hatte sich der alte Rat von Lange als richtig erwiesen, daß zum Arbeiter „durch seinesgleichen" gesprochen werden müsse. Zu offenkundige Schöpfungen des Alldeutschen Verbandes und der Deutschen Vaterlandspartei hatten keine Erfolgschancen. Daran krankte von vornherein die von Dirk Stegmann der Vergessenheit entrissene „Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei" (DAAP), die 1918 von Wilhelm Gellert unter der Protektion der Deutschen Vaterlandspartei gegründet wurde. Gellert, der selbst ein Angestellter des Kalisyndikats in Berlin war und sich einen Gründungsausschuß aus Leuten seines Schlages zusammengesucht hatte, vermochte keine Anziehungskraft zu entfalten und ist nur als symptomatischer Beweis für derartige Bemühungen interessant geblieben.[34]

Drexler ist demgegenüber nie müde geworden, den Arbeiter herauszukehren, „*der noch am Schraubstock steht – und stehen bleibt*".[35] Er wollte jedoch mit dem eigentlichen Proletariat nichts zu tun haben, fühlte sich als Werkzeugausgeber selbst zum Mittelstand gehörig und war auf die Gewinnung der gelernten und ansässigen Arbeiter, die sich noch als Handwerker verstanden, aus. Das war genau die Zielgruppe, an die der Alldeutsche Verband vor 1914 gedacht hatte. Der klassenbewußte Kern des Proletariats galt ihm mit Recht als unerreichbar und war wegen seiner klassenkämpferischen Grundeinstellung dem Alldeutschen Verband suspekt.

---

[31] Ebenda, S. 18 f.
[32] Ebenda, S. 19.
[33] Maser, S. 143 f.
[34] Stegmann, S. 392 ff.
[35] Drexler, S. 17. Siehe dazu auch Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit" der NSDAP, Dokumentation und Analyse, hrsg. von Albrecht Tyrell, Düsseldorf 1969, S. 20 ff.

Als über die Vorschläge von Lange im Geschäftsführenden Ausschuß diskutiert wurde, hatte nicht nur der Essener Zeitungsbesitzer Reismann-Grone zur Vorsicht gemahnt, auch Direktor Winter, der ansonsten für die umstrittene Problematik großes Verständnis zeigte, war in seinem Brief an Claß besorgt auf die Frage zu sprechen gekommen, ob nicht schon der Kontakt zu den christlichen Gewerkschaften gefährlich werden könnte. Es sei [270] schließlich nicht sicher, daß bei einer derartigen Zusammenarbeit die zwischen den Klassenfronten schwankenden „gelben" Arbeiterorganisationen von den eindeutig rechts orientierten „nationalen" befruchtet würden; „es kann auch anders kommen".[36] Für den Alldeutschen Verband als Interessenvertretung der herrschenden Klasse waren Arbeiterorganisationen eben heiße Eisen.

Die politische Entwicklung am Ende des ersten Weltkrieges zwang jedoch alle Parteien und Verbände der herrschenden Klasse, ihre Einstellung zur Arbeiterbewegung zu überprüfen und nach Auswegen aus der höchst kritisch gewordenen Lage zu suchen. Es wurde unübersehbar, daß das kapitalistische Gesellschaftssystem zumindest in den Verliererstaaten in eine schwere Krise geraten war und daß sich monarchistische und offen arbeiterfeindliche Herrschaftsformen nicht mehr aufrecht erhalten ließen. In Rußland hatte sogar schon die proletarische Revolution gesiegt und sich trotz deutscher Intervention behauptet. Im Herbst 1918 mußte die militärische Führung des deutschen Imperialismus eingestehen, daß der Krieg verloren war.

Unter diesen Umständen hatte auch die alldeutsche Siegfrieden-Propaganda unter den Arbeitern jeglichen Sinn verloren. Die Wahlsche Arbeiterausschußbewegung verschwand ebenso von der politischen Bildfläche wie die ganze Deutsche Vaterlandspartei. Für den Alldeutschen Verband war der militärische und politische Zusammenbruch des Kaiserreichs eine Katastrophe, die nur noch durch den Sieg einer sozialistischen Revolution übertroffen werden konnte. Selbst namhafte Mitglieder und führende Vertreter beeilten sich, das vermeintlich sinkende, zumindest aber in schärfstes Kreuzfeuer geratene Schiff des Alldeutschen Verbandes zu verlassen. Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 19. und 20. Oktober 1918 in Berlin wurde jedoch keine Konkursbilanz gezogen, sondern die Parole zu neuen Anstrengungen bei der Verwirklichung alter Ziele ausgegeben. Dabei ließ man notgedrungen auch traditionelle Einwände gegen allzu demagogische Kampfmethoden fallen.

General von Keim erklärte grundsätzlich, „es sei zu manchen Zeiten angebracht, den Löwenschwanz einzuziehen und den Fuchsschwanz herauszustecken". Verleger Lehmann appellierte an die Zahlungsbereitschaft der Mitglieder und Hintermänner des Alldeutschen Verbandes: „Ich habe in meinem engsten Bekanntenkreise bereits 40000 Mark gesammelt und glaube, bald 100000 zusammen zu haben, ich bitte, es überall so zu machen, damit wir die Mittel zur nationalen Propaganda erhalten. Ein jeder Kaufmann weiß, daß es jetzt um Sein oder Nichtsein geht und daß er sonst ¾ seines Eigentums verliert." Claß hob den propagandistischen Nutzen der antisemitischen Propaganda hervor: „Ich bin ganz damit einverstanden, daß, wie bereits vorgeschlagen, die Judenfrage nicht nur wissenschaftlich-politisch, sondern auch praktisch-demagogisch behandelt wird ... Ich werde vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleist's, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: ‚Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht'." Justizrat Stolte kam es „vor allem auf das ‚Wie'" an: „Ich bin derselben Ansicht, daß es nicht darauf ankommt, die Gebildeten zu gewinnen, sondern darauf, die Massen einzufangen. Über das ‚Wie' möchte ich folgendes sagen: Wir müssen Mittel und Wege zu schaffen (wissen), um an das Volk heranzukommen. Wir müssen in ihre Versammlungen gehen und selbst welche veranstalten. Eine Unzahl von Agitatoren muß in den Gewerkschaften arbeiten, und wir müssen auch (auf) die Straße gehen."[37]

[271] Da der Alldeutsche Verband in der Öffentlichkeit zu diskreditiert war und Claß angesichts der ausbrechenden Revolution sogar die Novembertagung des Geschäftsführenden Ausschusses ausfallen lassen mußte, wurde das Schwergewicht der politischen Arbeit in die deutschvölkischen Organisationen verlagert. Sie hatten ohnehin größere Erfahrungen bei der Anwendung demagogischer Mittel

[36] ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 89, Bl. 27.

[37] Ebenda, Nr. 121, Bl. 22, Bl. 40v, Bl. 44, Bl. 45v; Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses [271] des Alldeutschen Verbandes in Berlin am 19./20. Oktober 1918. – Es wird nach der ursprünglichen Mitschrift zitiert, da Claß z. B. seine Äußerungen später redigiert hat.

und verfügten bereits über eine gewisse kleinbürgerliche Massenbasis. Der Antisemit Theodor Fritsch, der noch aus der Stöcker-Bewegung stammte und einstmals die Deutsch-soziale Partei mit begründet hatte, mahnte schon im Oktober 1918 den Hauptgeschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, Freiherrn von Vietinghoff-Scheel, „beizeiten auf die Erneuerung der Männer bedacht zu sein", die die politischen Zügel in die Hand nehmen könnten, „wenn das Chaos hereinbricht". Es wäre jedoch zweckmäßig, „dabei das Alldeutsche nicht zu sehr in den Vordergrund treten zu lassen". Er hätte schon lange auf die kommenden Gefahren hingewiesen. Man habe ihn zu Unrecht als Pessimisten gescholten: „Die Entwicklung ist viel schlimmer und rascher gekommen, als ich sie an die Wand malte."[38]

In München, wo nach dem Urteil Lehmanns schon vor der Novemberrevolution auf die Deutsche Vaterlandspartei kein Verlaß mehr war,[39] versuchte man, nach diesen Ratschlägen zu verfahren. Für einige Monate trat eine auf den ersten Blick wenig geeignete Figur in den Vordergrund und – wie sich rückschauend erkennen läßt – damit an die Wiege der Nazibewegung. Es handelte sich um Rudolf Freiherr von Sebottendorff.[40] Er soll ursprünglich Erwin Torre geheißen haben, hatte sich aber angeblich im Orient von einem Adligen adoptieren lassen.[41] Als er 1917 nach Deutschland zurückkehrte, schloß er sich dem 1912 gegründeten Germanenorden an, in dem auch Theodor Fritsch eine Rolle spielte. Diese extrem völkisch orientierte Geheimgesellschaft wollte im Stile von Freimaurerlogen das Germanische im deutschen Volke pflegen und den jüdischen Einfluß mit allen Mitteln bekämpfen.

Sebottendorff übernahm die Ordensprovinz Bayern. Da er über beträchtliche Geldmittel verfügte, konnte er eine rege organisatorische und propagandistische Tätigkeit entfalten. Durch Presseanzeigen sammelte er Anhänger, für die er die „Allgemeinen Ordens-Nachrichten" und die Zeitschrift „Runen" herausgab. Dabei verwandte er das Hakenkreuz und die späteren SS-Runen als Symbole. Er kaufte im Sommer 1918 den „Münchner Beobachter", gab ihm zur Tarnung den Charakter eines Sportblattes und machte ihn zur Zeitung der im Entstehen begriffenen Nazibewegung. Später wurde der Name in „Völkischer Beobachter" umgewandelt. Schließlich mietete er Räume des Münchner Hotels „Vier Jahreszeiten", die zu Versammlungen genutzt werden konnten und die allen reaktionären und völkischen Organisationen Münchens zur Verfügung standen.

Sebottendorff, der seine Münchner Ordensorganisation geheimnisvoll die „Thule" nannte, legte großes Gewicht auf die ideologische Schulung seiner Anhänger. Ganz im Sinne des deutschvölkischen Germanenordens betrieb er intensive antisemitische Propaganda. Bei ihm reduzierte sich alles – die Mängel der Kriegführung, die Ernährungsschwierigkeiten, der verlorene Krieg und schließlich der Ausbruch der Revolution – auf das Wirken von Juden. Das war die einfache Formel, die es gestattete, in primitivster Wei-[272]se die wachsende Unzufriedenheit politisch zurückgebliebener Volksschichten zu kanalisieren. Deshalb wurde der Antisemitismus später folgerichtig auch zur „Weltanschauung" der Nazibewegung.

Von dieser Warte aus konnte auch den Bestrebungen Anton Drexlers ein neuer Inhalt gegeben werden. Als dieser im Oktober 1918 eine öffentliche Veranstaltung durchführte, in der nochmals für einen „guten" Frieden Propaganda gemacht werden sollte, schickte Sebottendorff den Sportjournalisten Karl Harrer zur Beobachtung des Unternehmens. Ziel war die Umwandlung des Drexlerschen Arbeiterausschusses in eine politische Arbeiterpartei. Harrer, der persönlich mehr im geheimen nach dem Vorbild der „Thule" wirken wollte, vereinbarte mit Drexler zunächst die Bildung eines politischen Arbeiterzirkels, in dem er vor allem antisemitische Propaganda betrieb. Dadurch wurde bewirkt, daß Drexler seine an sich bewährte Kritik an Schiebern und Spekulanten noch mehr mit antisemitischen Akzenten versehen und den „ansehen" Kriegsgewinnlern annehmbarer machen konnte.[42]

Um die Jahreswende von 1918 zu 1919 erschien in der Nr. 15 der Sebottendorffschen „Allgemeinen Ordens-Nachrichten" ein Aufruf des Germanenordens „An das Deutsche Volk", in dem die Gründung

[38] Ebenda, Bl. 6 f.; Brief Fritzschs vom 18.10.1918.
[39] Ebenda, Bl. 47.
[40] Siehe dazu Rudolf von Sebottendorff, Bevor Hitler kam, München 1933.
[41] Maser, S. 146 f.
[42] Siehe dazu Manfred Weißbecker, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 1919 bis 1945, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. 2, Leipzig 1970, S. 384 ff.

einer „Deutsch-Sozialistischen Partei“ gefordert wurde, die sowohl „deutschvölkisch“ als auch „sozialistisch“ sein sollte.[43] Dergleichen hatte man im Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes nie erwogen. Offensichtlich war man aber in den völkischen Führungskreisen zu dem Schluß gekommen, daß angesichts der völlig veränderten politischen Situation nur noch auf diesem Wege Masseneinfluß zu erreichen war. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß selbst die kleinbürgerlichen Grenzschichten der Arbeiterklasse zum Sozialismus strebten. Unter dem Eindruck der Kriegserfahrungen und des schamlosen Treibens der großkapitalistischen Kriegsgewinner begann man sich auch im Kleinbürgertum mit der Idee des Sozialismus zu befreunden. Sogar der alte bürgerliche Mittelstand, der vor dem Ruin stand, sah sich in seinen Vorbehalten gegen den „Großkapitalismus“ bestätigt. Allerdings waren die Sozialismusvorstellungen in diesen Kreisen höchst wirr und hatten zumeist nichts mit dem zu tun, was die Arbeiterklasse wollte.

Das nutzten die Deutschvölkischen aus. Geschickt knüpften sie an die populären Losungen und Schlagworte der Zeit an. Ihr Sirenengesang von einer heilen Welt, die romantischen Vorstellungen der Vergangenheit entsprach, war ganz auf den von Krieg und Inflation schwer erschütterten Mittelstand und das Kleinbürgertum in Stadt und Land abgestimmt. Er sprach aber auch die aus diesen Schichten stammenden oder in sie strebenden Arbeiter an. Das eigentliche Ziel, um dessentwillen eine Deutsch-Sozialistische Partei gegründet werden sollte, war jedoch der Kampf gegen den „falschen Judensozialismus“. Darunter verstand man das von Marx und Engels geprägte Sozialismusbild, um dessen Verwirklichung die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland kämpfte, und das die Bolschewiki in Rußland unter Lenins Führung zu realisieren begannen. Das war die alte Hauptaufgabe, die sich der Alldeutsche Verband gestellt und dem der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ gedient hatte. Die Form, in der sich dieser Kampf vollzog, wurde allerdings verändert. Der Sozialismusbegriff sollte nicht mehr direkt attackiert und verworfen werden. Man versuchte vielmehr, ihn im reaktionären Sinne zu mißbrauchen.

[273] Die alldeutsch-deutschvölkischen Kreise in München ließen sich auf ihre Weise von Überlegungen leiten, die den Stuttgarter Elektroindustriellen Robert Bosch – persönlich kein Freund der Faschisten – schon am Vorabend der Novemberrevolution veranlaßten, für das „Öffnen großer weiter Sicherheitsventile“ einzutreten. Er schrieb beschwörend an Staatssekretär Haußmann, daß man sich nur so „vor einer Katastrophe bewahren“ könne; denn „je weiter wir nach links gehen, desto eher werden wir Eindruck machen und eine Katastrophe ablenken können“. Was die Wahl der Mittel anbetraf, so hatte selbst dieser Anhänger eines bürgerlichen Liberalismus keine Bedenken: „... wenn das Haus brennt, löscht man auch schließlich mit Jauche, auf die Gefahr hin, daß es nachher in dem Hause eine Weile nachstinkt.“[44]

Aus ähnlichen Erwägungen heraus wurde von anderen Kreisen eine national„sozialistische“ Propagandakampagne inszeniert, die auf den direkten Mißbrauch proletarischer Kampflosungen für konterrevolutionäre und faschistische Zwecke hinauslief.

Das Grundmodell dafür hatte in München der Ingenieur Gottfried Feder geschaffen. Er, der von Hitler in „Mein Kampf“ als der große und fundamentale Theoretiker der Nazibewegung gerühmt wurde[45], hatte vor dem Kriege eine leitende Stellung in der Industrie innegehabt. Er war jedoch als Unternehmer und Erfinder gescheitert. Offensichtlich hatte er persönlich schlechte Erfahrungen mit dem Finanzkapital gemacht; denn sein Haß richtete sich gegen die von den Geldverleihern ausgeübte „Zinsknechtschaft“. Eine diesbezügliche Denkschrift vom November 1918 erregte in der „Thule“ große Aufmerksamkeit und wurde als brauchbare Propagandawaffe der „nationalsozialistischen“ Bewegung erkannt. Feder, der selbst betonte, daß bei ihm „eigentliche sozialistische Gedankengänge in keiner Weise mitsprachen“,[46] entwickelte sich zu einem der eifrigsten Propagandaredner auf den

[43] Sebottendorff, S. 171 (Fotokopie S. 205).
[44] Abgedruckt in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1917-1919, hrsg. von Wolfgang Ruge u. Wo gang Schumann, bearb. von Joachim Petzold u. Dagmar Zink, Berlin 1975, S. 53, Dok. 36; Brief Boschs an Haußmann vom 24.10.1918.
[45] Hitler, S. 229.
[46] Gottfried Feder, Innere Geschichte der Zinsknechtschaft, in: Völkischer Beobachter, 72/1920 (abgedruckt in: Feder, Der Kampf gegen die Hochfinanz, München 1933, S. 11 ff.).

zahlreichen deutschvölkischen Veranstaltungen in der bayrischen Landeshauptstadt. Er verarbeitete seine ideologische Konzeption und politische Argumentation zu einer Broschüre, die 1919 in dem späteren Nazihauptverlag Franz Eher unter dem Titel „Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“ erschien.

Dem Inhalt nach wandte sich Feder wiederum in erster Linie an das von Schulden und Inflation bedrückte Kleinbürgertum und den sogenannten „gehobenen“ Arbeiterstand. Er nutzte dabei aus, daß der Zins wirklich eine Geißel der kleinen Geschäftsleute, Handwerker, Bauern und auch der in den „Mittelstand“ strebenden Arbeiter war. Seine Eingangsthese lautete: „Der *Mammonismus* ist die schwere, alles erfassende und überwuchernde Krankheit, an der unsere heutige Kulturwelt, ja die ganze Menschheit, leidet ... *Die Hauptkraftquelle des Mammonismus ist der mühe- und endlose Güterzufluß, der durch den Zins geschaffen wird*.“[47]

Als „einziges Heilmittel, das Radikalmittel zur Gesundung der leidenden Menschheit“, empfahl Feder die „Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“. Wenn die sozialen Mißstände überwunden werden sollten, müsse der Hebel beim Leihkapital angesetzt werden. Das war an sich kein neuer Gedanke. Schon 1908 hatte der alldeutsche Nationalökonom Gustav Ruhland in seinem „System der politischen Ökonomie“ die „Zinsknechtschaft“ [274] zur Ursache allen sozialen Elends erklärt.[48] Auch Claß hatte in seinem Kaiserbuch einer derartigen demagogischen Argumentation zumindest nicht widersprochen, sondern sich lediglich bemüht, sie nicht zu einer generellen Kritik am Kapitalismus werden zu lassen.[49] Das wollte auch Feder nicht.

Er erklärte ausdrücklich, daß nicht das Kapital schlechthin verderblich sei. Das Industriekapital schaffe vielmehr Arbeitsplätze und gewähre militärischen Schutz. So schließe z. B. der Name Krupp für jeden Deutschen den „Höhepunkt unserer industriellen Entwicklung“ ein: „Für Hunderttausende unserer Volksgenossen bedeutete das Kruppsche Unternehmen Brot und Arbeit. Für unser Volk Wehr und Waffen.“[50] Deshalb sei dieses Industriekapital zu schützen und zu fördern. Die Macht des Leihkapitals aber müsse gebrochen werden; dann könne man auch an die Aufhebung aller direkten und indirekten Steuern denken, weil diese ohnehin in die Taschen der großen Geldverleiher flössen.

Die Federschen Vorschläge zur Neuordnung der Wirtschaft und der Staatsfinanzen konnten in keiner Weise ernst genommen werden. Der zinspflichtige Kredit gehört schließlich untrennbar zur kapitalistischen Produktionsweise. Wichtig blieb allein, daß sich mit ihnen eine erstaunliche propagandistische Wirkung erzielen ließ, denn die Federsche Parole von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ wurde von den faschistischen Gruppen begierig aufgegriffen und von großen Teilen der Mittelschichten zustimmend akzeptiert. Ihre Verwirklichung schien für den in höchste Bedrängnis geratenen und verzweifelt nach einem Ausweg aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten suchenden Kleinbürger die erhoffte Rettung zu bringen. Daß Feder notgedrungen dabei einige Interessen des von Zinsen lebenden Rentier-Mittelstandes unberücksichtigt lassen mußte, fiel politisch wenig ins Gewicht. Diese Bevölkerungsgruppe kam ohnehin als Massenbasis der faschistischen Bewegung nicht in Frage.

Die großindustriellen Interessenvertreter sahen die schon von Claß angedeutete Gegenüberstellung des schaffenden und des raffenden Kapitals gewahrt. Selbst die Bankiers mußten sich nicht unbedingt angegriffen fühlen. Feder hatte nämlich noch entschiedener als seine alldeutschen Lehrmeister das Leihkapital an das Judentum geknüpft. Der „arische“ Geldverleiher konnte gegebenenfalls auf die seiner „Rasse“ angeblich eigenen produktiven Absichten bei Finanzoperationen verweisen. Der Antisemitismus erwies sich erneut und in noch viel stärkerem Maße als geeignet, die zur Massenmanipulierung notwendige antikapitalistische Kritik zu entschärfen. Wer wie Feder argumentierte, der konnte sowohl die Zustimmung breiter, mit dem Kapitalismus unzufriedener Volksschichten finden als auch die Forderung durch das „arische“ Finanzkapital erhalten.

---

[47] Feder, Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, München 1919, S. 7.
[48] Gustav Ruhland, Das System der politischen Ökonomie, Bde. 1-3, Berlin 1903 ff.
[49] Frymann, 1. Aufl., S. 58 ff.
[50] Feder, S. 18.

Drexler sah endlich eine Möglichkeit, sich scheinbar wissenschaftlich mit den politökonomischen Theorien der Marxisten auseinanderzusetzen, die ihm in der Vergangenheit große Schwierigkeiten bereitet hatten. Hitler gestand noch Jahre später in „Mein Kampf“ ein: „Zum ersten Male in meinem Leben vernahm ich eine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem internationalen Börsen- und Leihkapital. Nachdem ich den ersten Vortrag Feders angehört hatte, zuckte mir auch sofort der Gedanke durch den Kopf, nun den Weg zu einer der wesentlichsten Voraussetzungen zur Gründung einer neuen Partei gefunden zu haben. Das Verdienst Feders beruhte in meinen Augen darin, mit rücksichtsloser Brutalität den ebenso spekulativen wie volkswirtschaftlichen Charakter des [275] Börsen- und Leihkapitals festgestellt, seine urewige Voraussetzung des Zinses aber bloßgelegt zu haben. Seine Ausführungen waren in allen grundsätzlichen Fragen so richtig, daß die Kritiker derselben von vornherein weniger die theoretische Richtigkeit der Idee bestritten, als vielmehr die praktische Möglichkeit ihrer Durchführung anzweifelten. Allein, was so in den Augen anderer eine Schwäche der Federschen Darlegung war, bildete in den meinen ihre Stärke.“[51]

Hitler gestand also unumwunden ein, daß er die Konzeption Feders gerade deshalb so schätzte, weil sie im Bereich einer unverbindlichen Theorie blieb und keine Aussicht auf Realisierung besaß. Man konnte sie demnach zu rein propagandistischen Zwecken nutzen, ohne sich für die praktische Wirtschaftspolitik die Hände zu binden. Das war auch die Meinung der alldeutschen und deutschvölkischen Regisseure des nationalsozialistischen Propagandafeldzuges, in dem Feder eine Hauptrolle spielte, und der sowohl das von revolutionären Ideen bewegte Kleinbürgertum der Reaktion zurückgewinnen als auch den seit langem angestrebten Einbruch in die Reihen der Arbeiterklasse ermöglichen sollte.

So sehr Feder inhaltlich auf dem Boden einer kleinbürgerlichen Vorstellungswelt blieb, so sehr suchte er den Eindruck eines sozialistischen Revolutionärs zu erwecken. Zu diesem Zwecke ging er daran, auf das schamloseste progressive Assoziationen seiner Zuhörer und Leser auszunützen. Bereits das Wort „Manifest“ im Broschürentitel war nicht zufällig gewählt. Die Anspielung auf das gerade 1918/19 wieder vieldiskutierte „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels sollte Interesse wecken.

Feder wollte sogar direkt vom Widerhall berühmter Losungen der revolutionären Arbeiterbewegung profitieren. Er schloß seine Broschüre zur Verteidigung des sogenannten produktiven Kapitalismus mit dem weltberühmten Kampfruf gegen die kapitalistische Ausbeutung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Allerdings „übersetzte“ er dabei das Wort Proletarier mit dem weitaus allgemeineren Begriff Werktätige. Das gestattete die Einbeziehung von Kleinbürgern aller Art und ließ sogar ein Hintertürchen für Industriekapitalisten, Fabrikdirektoren und leitende Angestellte offen, die doch allesamt „Werktätige“ seien und gleichermaßen unter dem Druck jüdischer Zinsknechtschaft litten.

Um möglichst keine populäre Assoziation ungenutzt zu lassen, wählte Feder für den Einband seiner Broschüre die Farbe Rot. Aus dem gleichen Grunde haben die Nazis später ihr Hakenkreuzemblem auf ein rotes Fahnentuch geheftet, verbanden doch viele Menschen mit dieser Farbe die Idee des Fortschritts und der Revolution. Und schließlich mißbrauchte Feder sogar noch den Anfang des berühmten Funkspruchs der siegreichen Oktoberrevolution „An Alle, Alle!“ als Blickfang auf dem Broschüreneinband. Allerdings ließ er nicht den geringsten Zweifel an seiner Kampfstellung gegen den Bolschewismus, der „falsches Mittel“ im Kampf gegen den „Mammonismus sei. Die Nationalisierung der Industriebetriebe und Banken in Rußland habe sich angeblich als Fehlschlag erwiesen und sei Wahnsinn gewesen. Der eigentliche Sinn der in Gang gekommenen Weltrevolution wäre der Kampf gegen die Zinsknechtschaft des Kapitals; jedoch seien die „Methoden, die der Bolschewismus hierfür anzuwenden sucht, ... Eisenbartkuren. Sie sind der Versuch, mit dem Seziermesser einem an innerer Vergiftung leidenden Kranken durch Amputation von Kopf, Armen und Beinen zu helfen.“[52]

Diese Wendung zu einer national„sozialistischen“ Demagogie, die schließlich dazu füh-[276]ren sollte, daß die Deutsche Arbeiterpartei Drexlers in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umbenannt wurde, und die für die Naziideologie charakteristisch war, hatte Claß ganz gewiß nicht

[51] Hitler, S. 229.
[52] Feder, S. 15.

vorausgesehen, als er 1912 in seinem Kaiserbuch auf die Brauchbarkeit einer staatstreuen und nationalistisch gesinnten Arbeiterpartei verwies, der – wie es einmal der Philosoph Oswald Spengler formulierte[53] – „der anständige Teil der Arbeiterschaft" folgen würde. Sie ergab sich aus einer politischen Entwicklung, die die herrschende Klasse insgesamt veranlaßte, ihre Beziehungen zur Arbeiterklasse und den Volksmassen überhaupt neu zu überdenken.

Während die politisch flexibleren, vorzugsweise mit parlamentarischen Mitteln operierenden Gruppen des Monopolkapitals am Ende des ersten Weltkrieges und bis weit in die Weimarer Republik hinein ihre Hoffnungen auf die beschwichtigende Wirkung reformsozialistischer Propaganda setzten und demzufolge mit den rechten sozialdemokratischen Führern zusammenarbeiteten, begannen sich die reaktionärsten und aggressivsten Gruppen mit der nationalsozialistischen Demagogie zu befreunden und der faschistischen Bewegung zuzuwenden. Das war keineswegs nur in München der Fall.

In Berlin hatte schon 1919 ein haßerfüllter Feind der Sowjetmacht, Eduard Stadtler, die Aufmerksamkeit der Großindustriellen und Bankiers erregt. Sie stellten ihm im wachsenden Umfang Geld zur Verfügung und ermöglichten ihm den Ausbau eines „Generalsekretariats zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus".[54] Es wurde sogar Zusammenkunft organisiert, auf der Stadtler den Spitzenvertretern des deutschen Monopolkapitals einen Vortrag über die „bolschewistische Gefahr" hielt. Der mächtigste und verschlagenste aller Ruhrindustriellen, der spätere Inflationskönig Hugo Stinnes, sorgte anschließend dafür, daß ein 500 Millionen Mark umfassender „Antibolschewistenfonds" zusammengebracht wurde, aus dem die konterrevolutionären Aktivitäten und auch faschistische Organisationen finanziert werden konnten.

Hugo Stinnes und seine Generaldirektoren Albert Vögler und Karl Fehrmann stießen sich nicht daran, daß es Stadtler auf Arbeiterversammlungen für notwendig hielt, für einen „deutschen Sozialismus" einzutreten. Sie wußten aus persönlichen Gesprächen mit ihm genau, wie das gemeint war. Außerdem kannten sie den maßgeblichen Anteil Stadtlers an der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Stinnes, der nach den Vorstellungen Stadtlers zum „nationalen Diktator der sozialen Revolution" werden sollte,[55] sah wie viele Monopolkapitalisten nach ihm in der faschistischen Sozialismus-Propaganda eine Möglichkeit, die staatsmonopolistische Entwicklung voranzutreiben und seinen eigenen Einflußbereich – nicht zuletzt auf Kosten des Bankkapitals – zu vergrößern. Stadtlers Plan, Stinnes an die Spitze eines deutschen Staatswesens zu stellen, das sich sozialistisch nannte, entlarvt übrigens völlig den Klassencharakter dieser national-„sozialistischen" Demagogie.

Da wollten selbst die meisten deutschen Monopolkapitalisten nicht mehr folgen. Abgesehen davon, daß die Mehrheit 1919 noch die Zusammenarbeit mit den rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern für notwendig hielt und das parlamentarische Regierungssystem der Weimarer Republik ganz brauchbar fand, sahen sie mit Recht hinter Stadtlers Aktivitäten das persönliche Machtstreben von Hugo Stinnes. Vor [277] allem aber mußte sich die herrschende Klasse Deutschlands erst an die neuartige national„sozialistische" Kampfmethode gewöhnen.

Ein ideologischer Durchbruch bei der herrschenden Klasse wurde von dem Münchner Philosophen Spengler bewirkt. Er hatte sich 1918 durch die Veröffentlichung seines Buches „Der Untergang des Abendlandes" einen Namen gemacht. Von ihm, den das Ruhrkapital hoch schätzte und der in dem Industriemanager Paul Reusch einen einflußreichen Mentor und persönlichen Freund erlangte, wurde genau erkannt, daß der Sozialismus die „lauteste Frage der Zeit" geworden war.[56] Er begann sich deshalb ebenfalls dem Problem zuzuwenden, wie man das im Volk weit verbreitete Sozialismusstreben im reaktionären Sinne mißbrauchen konnte. 1919 veröffentlichte er zu diesem Zwecke in der Beckschen Verlagsbuchhandlung die politische Programmschrift „Preußentum und Sozialismus".

[53] Oswald Spengler, Briefe 1913-1936, in Zusammenarbeit mit Manfred Schröter hrsg. von Anton M. Koktanek, München 1963, S. 112 f.; Spengler an Klöres am 18.12.1918.
[54] Eduard Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf (1935), S. 12 ff.
[55] Ebenda, S. 71.
[56] Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus, München 1920, S. 3.

Darin verlangte er ausdrücklich, „den deutschen Sozialismus von Marx zu befreien“ und auf eine ganz andere, antikommunistische, Grundlage zu stellen.[57]

Spengler meinte, daß das am besten dadurch geschehen könnte, wenn man sich am Preußentum orientierte. Nach seiner Meinung wäre der wahre Sozialismus bei den alten preußischen Königen zu finden. Er bedeutete: „Organisation der Produktion, des Verkehrs durch den Staat; jeder ein Diener des Staates; also unliberale und autoritative Formen schroffster Art“.[58] Die von ihm entwickelte Möglichkeit, mit sozialistischen Parolen bewährte Leitbilder der Reaktion aufzuwerten und die staatsmonopolistische Entwicklung als Sozialismus auszugeben, beeindruckte die herrschende Klasse tief. Fortan suchten die reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals unentwegt nach einer geeigneten politischen Kraft, die den vorgezeichneten theoretischen Weg in die politische Praxis umsetzen konnte. Die inzwischen in München auf Betreiben der „Thule“ von Drexler, Harrer und Lotter gegründete kleine Deutsche Arbeiterpartei hatte sich noch nicht zur Geltung bringen können. Offensichtlich fehlte ihr ein Führer, der Massen zu mobilisieren wußte und über das notwendige rhetorische Talent verfügte. Die Parteigründer besaßen diese Eigenschaften nicht.

Worauf es der Reaktion aber ankam, das hat der antisemitische Schriftsteller und spätere Mentor Hitlers, Dietrich Eckart, in drastischer Weise formuliert: „Ein Kerl muß an die Spitze, der ein Maschinengewehr hören kann. Das Pack muß Angst in die Hosen kriegen. Einen Offizier kann ich nicht brauchen, vor denen hat das Volk keinen Respekt mehr. Am besten wäre ein Arbeiter, der das Maul auf dem rechten Fleck hat. Herrgott, wenn Noske nicht solch’ ein ... gewesen wäre! Verstand braucht er nicht viel, Politik ist das dümmste Geschäft in der Welt. Ein eitler Affe, der den Roten eine saftige Antwort geben kann und nicht vor jedem geschwungenen Stuhlbein davonläuft, ist mir lieber als ein Dutzend gelehrter Professoren, die zitternd auf dem feuchten Hosenboden der Tatsachen sitzen. Es muß ein Junggeselle sein, dann kriegen wir die Weiber!“[59]

Das war die Situation, in der Hauptmann Mayr von der Nachrichten- und Pressestelle des Reichswehrgruppenkommandos IV (München) den Gefreiten Adolf Hitler beauftragte, sich einmal eine Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei anzusehen und über die Absichten dieser kleinen Organisation zu berichten. Die Zusammenkunft fand am 12. September 1919 im „Sternecker“ statt. Referent war wieder einmal Gottfried Feder. Er [278] sprach zum Thema „Wie und mit welchen Mitteln beseitigt man den Kapitalismus?“. Hitler begnügte sich nicht mit der Beobachtung. Als er einen bayrischen Separatisten binnen 15 Minuten niederdiskutierte, flüsterte Drexler dem neben ihm sitzenden Schriftführer begeistert zu: „Mensch, der hat a Gosch’n, den kunnt ma braucha.“ Er drückte Hitler seine soeben erschienene Broschüre „Mein politisches Erwachen“ in die Hand. Wenige Tage später erhielt Hitler von Lotter die handschriftliche Mitteilung, man habe ihn als Parteimitglied aufgenommen.[60] Damit war – wie sich rasch zeigen sollte – für die im Prinzip schon vorhandene Naziideologie der geeignete „Trommler“ gefunden.

[279]

[57] Ebenda, S. 4.
[58] Ebenda; derselbe, Briefe, S. 112 f.; Spengler an Klöres am 18.12.1918.
[59] Überliefert von Konrad Heiden, Adolf Hitler, Zürich 1936, S. 76 f.
[60] Franz-Willing, S. 66 f.

Heinz Malorny: Friedrich Nietzsche und der deutsche Faschismus

Als 1933 die Faschisten in Deutschland ihre Diktatur errichteten, als eine blutige Terrorwelle ohnegleichen über das Land ging und hervorragende Werke der humanistischen Geisteskultur in die Flammen geworfen wurden, brachten bürgerliche antifaschistische Intellektuelle ihr Entsetzen und ihr Unverständnis für die Vorgänge in der Frage zum Ausdruck: Wie konnte es geschehen, daß Deutschland, das Land der Dichter und Denker, zu einem Lande der Richter und Henker wurde?

Lassen wir es dahingestellt, ob die Frage so richtig gestellt ist, ob die Voraussetzung stimmt, daß Deutschland vordem einmal das Land der Dichter und Denker gewesen war. Die Frage hat jedenfalls ihren rationellen Kern darin, daß sie das Problem kenntlich machte: Wie konnte es dazu kommen, daß in dem Land, das einen Lessing und Herder, einen Goethe und Schiller, einen Kant, Fichte und Hegel, einen Bach, Händel und Beethoven hervorgebracht hatte, der barbarische Ungeist der Hitler, Goebbels und Rosenberg triumphierte? Wie kam es, daß die geistigen Abwehrkräfte gegen das Gift der faschistischen Ideologie bei der bürgerlichen Intelligenz im ganzen gesehen so gering waren? Natürlich übersehen wir in diesem Zusammenhang nicht, daß die besten Vertreter auch des bürgerlichen Geisteslebens, der Literatur, Kunst und Wissenschaft in die Emigration gingen und zum großen Teil aktiv am ideologischen Kampf gegen den Faschismus teilnahmen. Die Beispiele Heinrich Manns, Thomas Manns, Lion Feuchtwangers, Albert Einsteins und vieler anderer sind allgemein bekannt. Aber die Masse der bürgerlichen Intelligenz, darunter auch die Träger sehr bekannter Namen, blieb in Deutschland, paßte sich an, viele legten Bekenntnisse zum faschistischen Regime ab, ließen sich „gleichschalten“, um sich die Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten, soweit sie nicht sogar zu aktiven Parteigängern der Nazis und ihrer Ideologie wurden. Bekannte Beispiele hierfür sind der Philosoph Martin Heidegger, der Sozialwissenschaftler Werner Sombart, der Schriftsteller Gottfried Benn, die Schauspieler Heinrich George und Gustav Gründgens, der Komponist Richard Strauß. Ein sogenanntes „Treuegelöbnis der deutschen Dichter für den Volkskanzler Adolf Hitler“ unterzeichneten 88 Schriftsteller. Zehntausende Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Hochschullehrer und Angehörige der technischen Intelligenz traten der NSDAP bei.

Dieser verhängnisvolle Schritt vieler Intellektueller war nicht nur ein Ergebnis des Drucks oder auch verlockender Angebote seitens der Faschisten, er ergab sich nicht nur aus noch vorhandenen Illusionen über den Charakter des Faschismus oder der Einwirkung des faschistischen Taumels, in den die Nazis erhebliche Teile des deutschen Volkes zeitweilig versetzten, er war zugleich auch das Resultat der jahrzehntelangen Einwirkung der reaktionären Ideologien des Nationalismus und Antidemokratismus und vor allem des Antikommunismus und Antimarxismus auf die deutsche Intelligenz. Die Haltung der In-[280]telligenz gegenüber dem Faschismus zeigte, wie weit die großen humanistischen Traditionen des deutschen Geistes im Zeitalter des Imperialismus bereits zersetzt waren, wie wenig die Ideale der klassischen Philosophie und Literatur noch galten. So sehr auch hier wieder im einzelnen zu differenzieren ist, es bleibt die Tatsache bestehen, daß 1933 große Teile der deutschen Intelligenz entgegen ihren Lebensinteressen und einer großen geistigen Tradition mit ihrem Verhalten die Massenbasis des deutschen Faschismus verstärkten und zur Stabilisierung seines Herrschaftssystems beitrugen.

Obwohl die eingangs gestellte Frage also verständlich ist, so offenbart sich doch zugleich die theoretische Hilflosigkeit der Fragenden gegenüber dem damaligen Geschehen. Sie macht die Erklärung der Vorgänge von 1933 zu einem primär geistesgeschichtlichen Problem. Die Illusion, der die Fragesteller unterliegen, daß Deutschland vordem ein Land der Dichter und Denker gewesen sei, enthält im Keim die bis heute in der bürgerlichen Wissenschaft anzutreffende Auffassung von der „Ausnahmesituation“ und der „Abweichung“ von der Traditionslinie des deutschen Bürgertums, die die Zeit von 1933 bis 1945 darstellen soll. Dementsprechend fielen auch die Antworten aus, die die bürgerlichen Denker seinerzeit auf die selbstgestellte Frage fanden. Sie sahen in dem Geschehen in Deutschland zumeist einen unerklärlichen „Rückfall in die Barbarei“, einen „Ausbruch irrationaler Mächte“, einen „Aufstand der weniger Gesitteten gegen Vernunft und Kultur“, einen Ausdruck einer latent immer vorhandenen „unaufhebbaren Grausamkeit des Menschen“.

In Auseinandersetzung mit diesen anthropologisierenden und psychologisierenden, die wirklichen Ursachen verschleiernden statt aufdeckenden Erklärungsversuchen arbeitete das Kollektiv der Theoretiker der kommunistischen Weltbewegung das wahre Wesen und die historischen, sozialökonomischen und politischen Ursachen für die Errichtung der faschistischen Diktatur heraus. Zugleich leisteten damals marxistische Theoretiker eine intensive Arbeit bei der Aufdeckung der geistigen Vorgeschichte des Faschismus. Es seien hier nur Hans Günthers Buch „Der Herren eigner Geist“ von 1935 und seine Artikel in der „Internationalen Literatur“, die Artikel von Georg Lukács und sein Buch „Die Zerstörung der Vernunft“, Alexander Abuschs „Der Irrweg einer Nation“, Johannes R. Bechers Artikel „Deutsche Lehre“ und „Deutsche Sendung“ und sein Vortrag „Zur Frage der politisch-moralischen Vernichtung des Faschismus“ oder Walter Wolfs im Konzentrationslager Buchenwald entstandene Arbeit „Kritik der Unvernunft“ erwähnt.[1]

Diese und andere Arbeiten führten den Nachweis: Die barbarische Ideologie des Faschismus, die sogenannte nationalsozialistische Weltanschauung, konnte einen Boden finden, weil ihr eine weit zurückreichende, einflußreiche und vielfältige Vorläuferschaft in Deutschland vorgearbeitet hatte. Angesichts der bis heute in der BRD anhaltenden Versuche der Reinwaschung dieser Vorläuferschaft ist es immer wieder notwendig zu be-[281]tonen: Der humanistische Geist der Blüteperiode der klassischen bürgerlichen Philosophie und Literatur in Deutschland war lange vor Hitler innerhalb der Hauptrichtung der bürgerlichen Ideologie zersetzt, zerstört und in sein Gegenteil verkehrt worden. Die Ausfälle Hitlers in „Mein Kampf“ und die wüste Phantastik des Rosenbergschen „Mythus des 20. Jahrhunderts“ fielen keineswegs wie der Blitz aus heiterem Himmel. Diese Machwerke boten wie die gesamte faschistische Ideologie im Grunde inhaltlich keine neuen Gedanken. Sie entlehnten ihre Leitideen den bereits vorhandenen reaktionären Ideologien. Die Faschisten konnten diese Ideologien übernehmen, weil deren allgemeine soziale und politische Grundlagen dieselben waren wie die des Faschismus selbst: die Herrschaft des Monopolkapitals und die von ihm verursachte Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion, sein Drang nach Herrschaft, Expansion, Gewalt und Eroberungskrieg.

Als geistiger Reflex eines sich stürmisch entwickelnden und besonders aggressiven und raubgierigen Imperialismus hatte sich in Deutschland seit dem Ausgang des vorigen Jahrhunderts auch eine besonders reaktionäre, antidemokratische und antihumanistische Ideologie entwickelt. Diese neu sich formierende Ideologie des deutschen Monopolkapitals bezog wesentliche Elemente aus dem junkerlich-preußischen Geist des Militarismus und der Kriegsverherrlichung, der Anbetung des autoritären Staates und der Machtpolitik, der Fortschrittsfeindschaft, des aristokratischen Standesdünkels und der Volksverachtung, der seit der Reichseinigung von 1871 unter der Vorherrschaft Preußens alle Poren des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland durchdrang. Auf der Grundlage des Bündnisses von Monopolkapital und Junkertum verschmolzen die Traditionen des preußisch-deutschen Militarismus mit den neu entwickelten Formen der imperialistischen Ideologie. Ein zügelloser Nationalismus und Chauvinismus, Rassismus und Geopolitik, Germanenkult und die Deutschtümelei „völkischer“ Vereine, die Theorien vom „Platz an der Sonne“, den man erobern müsse, vom „deutschen Wesen“, an dem die Welt genesen sollte, die Propaganda der Alldeutschen, der Kolonialgesellschaft und des Flottenvereins verbreiteten die Idee einer besonderen „deutschen Mission“ und rechtfertigten das Streben des deutschen Monopolkapitals nach Expansion, nach kriegerischer Neuaufteilung der Welt. Wie breit die Wirkung dieser Ideologie war, ließ sich an dem chauvinistischen Taumel bei Ausbruch des ersten Weltkrieges ablesen.

[1] Hans Günther, Der Herren eigner Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus, Moskau/Leningrad 1935; derselbe, Der Fall Nietzsche, in: Unter dem Banner des Marxismus, Moskau/ Leningrad, 5-6/1935, S. 539 ff.; Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler, Berlin 1955; derselbe, Schicksalswende. Beiträge zu einer neuen deutschen Ideologie, Berlin 1948, bes. S. 5-36, S. 37-67, S. 68-94; Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1947; Johannes R. Becher, Deutsche Lehre, in: Internationale Literatur. Deutsche Blätter, Moskau 4/1943, S. 13 ff.; derselbe, Deutsche Sendung. Ein Ruf an die deutsche Nation, Moskau 1943; derselbe, Zur Frage der politisch-moralischen Vernichtung des Faschismus, in: Die Weltbühne, 16-18/1961; 20/1961; 21/1961; Walter Wolf, Kritik der Unvernunft. Zur Analyse der nationalsozialistischen Pseudophilosophie, Weimar 1947.

Nach dem Scheitern des ersten Versuchs zur Eroberung der Vorherrschaft in der Welt wurde diese Ideologie durch den Revanchismus, durch die Dolchstoßlegende, durch die literarische Verherrlichung des „Fronterlebnisses“ , durch die demagogische Propaganda gegen Versailles und gegen die sogenannte Erfüllungspolitik ergänzt und weitergeführt. Die nationalistische Ideologie war stets mit Antidemokratismus und Antiliberalismus mit der Ablehnung demokratischer Rechte und Freiheiten für die Volksmassen, mit der Feindschaft gegen jede demokratische und revolutionäre Bewegung, vor allem gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und den Marxismus, gepaart. Ausprägungen dieser Ideologie traten immer wieder mit einem romantisierenden, demagogischen Antikapitalismus, zunehmend auch mit der Losung einer „Revolution von rechts“ oder einer „konservativen Revolution“ auf. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Entstehung des ersten sozialistischen Staates und der kommunistischen Weltbewegung wurden Antikommunismus und Antisowjetismus zu Grundgehalten dieser Ideologie.

Natürlich ist die oben gekennzeichnete Entwicklungslinie nicht die einzige innerhalb der überaus vielfältigen bürgerlichen Ideologie im 20. Jahrhundert, aber sie ist diejenige, die am prägnantesten die neuen ideologischen Bedürfnisse der imperialistischen Bourgeoisie sie zum Ausdruck brachte.

[282] Das gilt sinngemäß auch für eine bestimmte Entwicklungslinie innerhalb der bürgerlichen Philosophie. Die vorstehend kurz umrissene Ideologie des deutschen Imperialismus hat notwendige philosophisch-weltanschauliche und methodologische Voraussetzungen und Grundlagen, die zum Teil bereits vorher, zum Teil parallel zu ihr und in Wechselwirkung mit ihr und auf gleicher Klassengrundlage ebenfalls im Laufe des 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geschaffen wurden. Es geschah dies, allgemein gesagt, innerhalb der reaktionären philosophischen Linie der irrationalistischen Abkehr von den großen Traditionen der bürgerlichen Aufstiegsperiode, speziell denen der Aufklärung und der klassischen bürgerlichen Philosophie und Literatur in Deutschland. Die Anfänge dieser Linie reichen bis zu den philosophischen Reaktionen auf die bürgerliche französische Revolution und die revolutionären Erhebungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei dem späten Schelling und bei Arthur Schopenhauer zurück; sie wurde weitergeführt u. a. von Eduard von Hartmann, Friedrich Nietzsche, Houston Stewart Chamberlain, Oswald Spengler, Ludwig Klages, Ernst Jünger, Othmar Spann, Martin Heidegger, Alfred Bäumler und Ernst Krieck, sie führte zu Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“, ohne bei diesem zu enden, wie die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg zeigt.

Ein Knotenpunkt in dieser Entwicklung, prototypisch für viele ihrer grundlegenden Tendenzen, ist die Philosophie Friedrich Nietzsches. Es ist in dem hier gegebenen Rahmen nicht möglich, eine umfassende Einschätzung und Kritik dieser Philosophie zu geben; es kann auch nicht auf die Biographie Nietzsches und die Entwicklung seiner Auffassungen in verschiedenen Perioden seines Wirkens eingegangen werden. Wir müssen uns auf einige wesentliche Seiten seines Denkens beschränken, die für das Verständnis seiner Nachwirkung im Faschismus wichtig sind.[2] Um sogleich möglichen Mißverständnissen vorzubeugen: Wir identifizieren Nietzsche keineswegs mit den Faschisten. Es ist dies unzulässig nicht nur wegen des Unterschieds, der zwischen reaktionären, antihumanen philosophischen Ideen und der Praxis

[2] Wir verweisen hier vor allem auf die ausführliche Darstellung durch S. F. Odujev, Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie, Berlin 1977. – Neben den bereits angeführten Arbeiten von Hans Günther, Georg Lukács und Johannes R. Becher sei weiterhin empfohlen: Otto Grotewohl, Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus. Rede auf dem 1. Kulturtag der SED vom 5. bis 7. Mai 1948, in: Grotewohl, Deutsche Kulturpolitik, Dresden 1952, S. 1 ff.; Wolfgang Heise, Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964, bes. S. 139 ff., S. 158 f., S. 188 ff., S. 366 f., S. 459 ff.; derselbe, Friedrich Nietzsche: Werke in drei Bänden, in: DZfPh, 4/1958, S. 653 ff.; Bernhard Kaufhold, Zur Nietzsche-Rezeption in der westdeutschen Philosophie der Nachkriegszeit, in: Beiträge zur Kritik der gegenwärtigen bürgerlichen Geschichtsphilosophie, hrsg. von Robert Schulz, Berlin 1958, S. 279 ff.; Franz Mehring, [Über Nietzsche], in: Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 13: Philosophische Aufsätze, Berlin 1961, S. 159 ff.; Georg Mende, Gespräch, in: Urania-Universum, Bd. 11, Leipzig/Jena/Berlin 1965, S. 389 ff.; Theodor Schwarz, Sein, Mensch und Gesellschaft im Existentialismus, mit zwei Arbeiten über Schopenhauer und Nietzsche, Frankfurt a. M. 1973, S. 43 ff.; Geschichte der deutschen Literatur von 1830 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, von einem Autorenkollektiv unter Leitung u. Gesamtbear. von Kurt Böttcher, 2. Hbd., in Zusammenarb. mit Paul Günter Krohn u. Peter Wruck, Berlin 1975, S. 731 f., S. 922 ff.; A. S. Bogomolov, Nemeckaja buržuaznaja filosofija posle 1865 goda, Moskau 1969, S. 109 ff.; S. F. Odujev, Reakcionnaja suibnost' nicšeanstva, Moskau 1959.

des blutigen Terrors und des millionenfachen Verbrechens besteht. [283] Es handelt sich auch nicht nur um den Abstand im kulturell-geistigen Niveau, der zwischen Nietzsche und einem Hitler oder Rosenberg klafft. Wir haben auch alle inhaltlichen Unterschiede der Auffassungen Nietzsches gegenüber der sogenannten „nationalsozialistischen Weltanschauung“ zu beachten. Es gab vieles in seiner innerlich überaus widersprüchlichen Philosophie, was den Auffassungen der Faschisten direkt entgegenstand. Um dies hier nur anzudeuten: Er war kein Rassist im eigentlichen Sinne, er wandte sich wiederholt gegen den Antisemitismus seiner Zeit, er war, von den Anfängen abgesehen, auch kein bornierter preußisch-deutscher Nationalist, vielmehr übte er heftige Kritik an den Deutschen und ihrer Kultur. Es kann auch angenommen werden, daß er, hätte er sie erlebt, in den Hitler, Göring und Goebbels nicht die „neuen Herren der Erde“, die „Übermenschen“ erblickt hätte, die er erwartete und für die er schrieb, die er mit seiner Philosophie „heranzuzüchten“ helfen wollte. Ausdrücklich schrieb Georg Lukács im Jahre 1943 über die Beziehung zwischen dem deutschen Faschismus und Nietzsche: „Selbstverständlich ist Nietzsches Lehre mit der offiziellen Ideologie des Hitlerismus nicht identisch. Sie kann es schon deshalb nicht sein, weil Nietzsche am Vorabend des Imperialismus zu denken aufhörte: bei ihm ist also das Zeitalter der imperialistischen Barbarei noch ein Zukunftstraum, während die faschistische Ideologie als widerwärtiges Fäulnisprodukt des entfalteten Imperialismus entstanden ist.“[3]

Wir sehen allerdings in Nietzsche einen der wichtigsten geistigen Vorläufer und Wegbereiter der Philosophie und Ideologie des Imperialismus, darunter auch der faschistischen Ideologie in Deutschland. Dieser Tatbestand resultiert natürlich nicht aus einem nur in der Phantasie der Naziideologen existierenden „germanischen Geist“, der angeblich Nietzsche gleich seinen Nachfolgern beseelt habe, sondern aus dem Klassencharakter seiner Philosophie. Nietzsches philosophisches Welt- und Geschichtsbild, seine Auffassung über die menschliche Erkenntnis, seine Morallehre und selbst seine Ästhetik haben einen eindeutigen klassenmäßigen Sinn. Sie entspringen einer durch reaktionäre Klasseninteressen bedingten Stellungnahme zu den wichtigsten gesellschaftlichen Prozessen seiner Zeit.

Friedrich Nietzsche entwickelte seine philosophischen Ideen in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Das war die Zeit, in der der Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium hinüberzuwachsen begann, die Epoche, die Lenin als „die Epoche der vollen Herrschaft und des Niedergangs der Bourgeoisie, die Epoche des Übergangs von der fortschrittlichen Bourgeoisie zum reaktionären und erzreaktionären Finanzkapital“[4] kennzeichnete.

In seiner Imperialismusanalyse hat Lenin die Folgen der Ablösung der freien Konkurrenz durch die ökonomische Herrschaft der Monopole für die Politik der Bourgeoisie herausgearbeitet: den Drang zu unumschränkter Herrschaft, zu Gewalt, Terror, Expansion, Aggression und Krieg, die „Negation“ der Demokratie[5], die „Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System“, die „äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet“[6]. „Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus“, so schreibt Lenin, „ist die Wendung von der Demokratie [284] zur politischen Reaktion.“[7] Die ganze Tragweite dieser Feststellungen zeigt sich gerade in den faschistischen Diktaturen unseres Zeitalters, die in ihrem Wesen nur auf der Grundlage der Leninschen Analyse des Imperialismus zu verstehen sind. Seine Untersuchungen führten Lenin zu dem Schluß, daß der Imperialismus parasitärer, faulender und sterbender Kapitalismus[8], das höchste Stadium des Kapitalismus, der Vorabend der sozialistischen Revolution sei[9].

All das hatte schwerwiegende Folgen auch für das Gebiet der Weltanschauung und Philosophie. Die Wendung zur Reaktion vollzog sich, wie auf dem Gebiet der Politik und politischen Ideologie, so auch hier. Auf der veränderten gesellschaftlichen Grundlage, angesichts der außerordentlichen Zuspitzung

[3] Georg Lukács, Der deutsche Faschismus und Nietzsche, in: Schicksalswende. Beiträge zu ein neuen deutschen Ideologie, Berlin 1948, S. 35 f.
[4] W. I. Lenin, Unter fremder Flagge, in: Lenin, Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 135.
[5] Derselbe, Über eine Karikatur auf den Marxismus, in: Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 34.
[6] Derselbe, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 302.
[7] Derselbe, Über eine Karikatur..., in: Lenin, Werke, Bd. 23, S. 34.
[8] Derselbe, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, in: Lenin, Werke, Bd. 23, S. 102.
[9] Derselbe, Der Imperialismus als höchstes Stadium ... , in: Lenin, Werke, Bd. 22, S. 191.

der gesellschaftlichen Widersprüche und sozialen Kämpfe traten neue, sehr komplexe weltanschauliche Bedürfnisse der Bourgeoisie hervor. Sie erwuchsen aus den Erfordernissen der philosophisch-theoretischen Rechtfertigung ihrer Klassenherrschaft und ihrer abenteuerlichen, expansiven Außenpolitik, aus dem Streben nach ideologischer Beherrschung und reaktionärer Mobilisierung der politisch immer aktiver und bewußter auftretenden Volksmassen sowie bei alldem zugleich aus den Erfordernissen des Kampfes gegen die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse. Zur Erfüllung dieser Bedürfnisse erwies sich das überlieferte philosophische Gedankengut zunehmend als ungeeignet, ja zum Teil geradezu als hemmend. Eine wachsende Zahl bürgerlicher Philosophen vollzog daher die offene Abkehr von den geistigen Errungenschaften der bürgerlichen Aufstiegsperiode, die Hinwendung zum erklärten Irrationalismus, zum Antihumanismus und moralischen Nihilismus, zum geschichtsphilosophischen Pessimismus und ähnlichen Tendenzen. Die „Weltanschauung“ des Faschismus entstand gerade als die vulgarisierende und zuspitzende Zusammenfassung dieses „lebensphilosophischen“ Irrationalismus und Antihumanismus.

In Nietzsches Philosophie haben wir den ersten massiven, vieles vorwegnehmenden und in Gang setzenden Durchbruch der neuen Tendenzen in der bürgerlichen Philosophie vor uns. Seine „Umwertung der Werte“ stellt die wohl entschiedenste, umfassendste und national wie international einflußreichste Erscheinungsform des spätbürgerlichen Bruches mit den großen Traditionen und Idealen der Aufstiegsphase der eigenen Klasse dar. Er hat tatsächlich, wie er selbst sagte, mit dem Hammer gegen die Gesetzestafeln der bisherigen Philosophie und Moral philosophiert.

Wollte man einige Hauptrichtungen der Wendung kurz skizzieren, die Nietzsche – durchaus nicht immer als erster, aber radikaler als alle Vorgänger – gegenüber der klassischen bürgerlichen Philosophie vollzog, so wäre vor allem auf die folgenden hinzuweisen:

Er vollführte die Wendung

- vom rationalen Herangehen an die Fragen der Weltanschauung und Erkenntnistheorie zum offenen Irrationalismus, zur Herabsetzung von Verstand, Vernunft und Wissenschaft;
- vom Streben nach rationaler Auflösung der traditionellen religiösen Mythen zur Schaffung neuer Mythen wie denen des „Willens zur Macht“, der „ewigen Wiederkehr des Gleichen“ und des „Übermenschen“;
- vom Optimismus und der Zukunftsgewißheit in der Geschichtsauffassung, in deren Mittelpunkt der Fortschrittsgedanke stand, zu einem tiefen Pessimismus hinsichtlich der Geschichte und der Perspektiven der Menschheit; [285]
- vom Erkenntnisoptimismus zu einem radikalen Agnostizismus, Relativismus und Fiktionalismus, zur Abwertung der Erkenntnis zugunsten des irrationalen „Lebens“;
- vom optimistischen und humanistischen Menschenbild, das auf der Hochschätzung des Menschen und seines Geistes beruhte, zur Verachtung der Masse der Menschen, zur Auffassung des Menschen als Triebwesen und Tier;
- vom Bewußtsein der moralischen Verpflichtung gegenüber den Menschen und der Menschheit zum zynischen Amoralismus und Nihilismus, zum Kult von Gewalt, Stärke und Grausamkeit.

Der klassenmäßige Sinn dieser Wendung ist von Nietzsche selbst unmißverständlich ausgesprochen worden: „Ich schreibe für eine Gattung Menschen, welche noch nicht vorhanden ist: für die Herren der Erde.“[10] Nietzsche verstand in der letzten Periode seines Wirkens sein Denken erklärtermaßen als Versuch, eine Philosophie für künftige „Herren der Erde“ zu begründen. Während die Ideologen des aufstrebenden Bürgertums – zu ihrer Zeit mit einem gewissen Recht – mit dem großen humanistischen Anspruch auftraten, die Interessen der ganzen Menschheit zu verfechten, während ihre Weltanschauung vom Pathos der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen getragen war, verteidigte Nietzsche unverhüllt die Interessen einer kleinen Minderheit, ihren unumschränkten Herrschaftsanspruch, ihr vorgebliches Recht auf Ausbeutung, Unterdrückung und Versklavung der breiten

[10] Nietzsches Werke (Großoktavausgabe), Leipzig 1905 ff., Bd. XVI, S. 340. – Im folgenden wird nach dieser Ausgabe durch Angabe der römischen Band- und arabischen Seitenzahl zitiert. Die Rechtschreibung wurde der heutigen angenähert.

Massen. Er bejahte und rechtfertigte ausdrücklich Privateigentum, „Besitzerinstinkt“, „Haben- und Mehrhaben-Wollen“, Konkurrenzkampf, Kolonialismus, Expansionsstreben und Aggressivität und sang ein Preislied auf den Krieg. Die Existenz von Zwangsarbeit, Not, Elend und Rechtlosigkeit der werktätigen Massen erschien ihm als notwendig und unabänderlich, weil angeblich im Wesen des Lebens selber liegend. Soweit sich Nietzsche zu allgemein-weltanschaulichen oder naturphilosophischen Fragen äußerte, verfolgte er dabei hauptsächlich das Ziel, den gesellschaftlichen Tatbeständen der „Rangordnung“, der Kastentrennung zwischen „Herrenmenschen“ und Volksmassen, der Unterdrückung, der Ausbeutung und dem Krieg die Weihe des kosmologisch und biologisch Begründeten und daher Unabänderlichen zu verleihen. Sein metaphysisches Grundprinzip des „Willens zur Macht“ hatte letztlich keinen anderen Sinn. Mit alldem entsprach die Philosophie Nietzsches grundlegenden weltanschaulichen Erfordernissen des heraufziehenden imperialistischen Zeitalters.

Zu seiner vorausgreifenden Leistung befähigte Nietzsche eine außerordentliche Empfindsamkeit für das, was an der Zeit war, sein Spürsinn für neue, häufig noch latente gesellschaftliche Entwicklungen und ihre ideologischen Erfordernisse. Er ist wegen dieser Fähigkeiten häufig mit einem Seismographen verglichen worden.

Nietzsche erkannte auf seine Weise früher als andere bürgerliche Denker die Krisenhaftigkeit und Brüchigkeit der bürgerlichen Ordnung und den allgemeinen Niedergang der bürgerlichen Kultur. Er hielt zu Recht den äußeren Glanz des neugeschaffenen deutschen Kaiserreichs für wenig wert und das Gefühl der „Sekurität“ und den Glauben an einen unbegrenzten kapitalistischen Fortschritt für illusionär. Anders als die liberalen Ideologen sah er deutlich, wie hohl und heuchlerisch die traditionellen Ideen, Werte und Ideale in Philosophie, Religion und Moral geworden waren, in welchem eklatanten Widerspruch sie zur kapitalistischen Praxis standen. Nietzsche erblickte in den 80er Jahren [286] auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, in allen Bereichen der geistigen Kultur seiner Zeit Verflachung und Niedergang, „Dekadenz“, er konstatierte die „Entwertung“ der bisher gültigen obersten Werte („Gott ist tot!“)[11], das Vordringen von Pessimismus und Skeptizismus, die „Heraufkunft des Nihilismus“[12].

Natürlich waren diese Einsichten Nietzsches nicht vom Wissen um die bestimmenden sozialökonomischen Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten der von ihm beobachteten Entwicklungen getragen. Sein Denken bewegte sich in der Sphäre der Ideen und sozialen Gefühle, und die Erklärungen für die Vorgänge in dieser Sphäre suchte er fälschlich in der Biologie, Physiologie und Psychologie, in den dort entlehnten Formeln der „Degenereszenz“, der „Entartung“ und „Krankheit“, des „Niedergangs des Willens“ und des Verfalls und der Verkümmerung der Instinkte“.

Nietzsches pessimistische Sicht seiner Zeit faßte sich für ihn in der Befürchtung zusammen: „Unsre ganze europäische Kultur bewegt sich seit langem schon mit einer Tortur der Spannung, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wächst, wie auf eine Katastrophe los: unruhig, gewaltsam, überstürzt: wie ein Strom, der *an's Ende* will.“[13] Er sprach davon, daß heute „alles wackelt“, daß „alle Erde bebt“[14] seine Zeit war für ihn die „Zeit eines großen inneren Verfalles und Auseinanderfalles“[15].

Hinter dieser Stimmung steht – alle persönlichen Gründe in Rechnung gestellt, die Nietzsche für dieses Gefühl eines Niedergangs und Endes wie für den Haß gegen seine Zeit, die ihn nicht beachtete, haben konnte – letztlich die Furcht vor der Erhebung der Volksmassen, vor der Revolution der Arbeiterklasse. Der Kern aller seiner Vorwürfe gegenüber seiner Zeit war, daß die Massen allenthalben vordringen, daß ihre Tugenden, ihre Maßstäbe und Werte herrschend werden, daß der „Geist der Herde“, wie er sagte, triumphieren würde. Nietzsche prägte als erster, noch bevor die die Volksmassen herabsetzenden Theorien eines Le Bon oder Sighele aufkamen, den Begriff vom „Zeitalter der Massen“[16]. Damit

[11] Bd. V, S. 163 f.; S. 271 f. u. öfter.
[12] Bd. XV, S. 137.
[13] Ebenda.
[14] Bd. VI, S. 439.
[15] Bd. XV, S. 188.
[16] Bd. VII, S. 205.

drückte er seinen Abscheu gegen die wachsende historische Aktivität, Bewußtheit und Organisiertheit der Volksmassen, besonders der Arbeiterklasse, gegen die von ihnen erkämpften bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, gegen ihre wachsende Rolle auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und vor allem in der Politik aus. Dieser Abscheu und Haß standen hinter seinen Klagen über Nivellierung und „Vermittelmäßigung", über den Verfall der „Rangordnung". Eines stand für ihn vor allem fest: Auf keinen Fall durfte die in seinen Augen naturgegebene, durch das Leben selbst bedingte „Rangordnung", die „Kastenordnung", umgestoßen werden, auf keinen Fall dürften die Massen, die „niedersten Lehm- und Tonschichten der Gesellschaft"[17], Herrschaft erobern oder auch nur Einfluß auf die Politik nehmen. Nach Nietzsche ist darum eine „Kriegserklärung der *höheren Menschen* ... an die Masse" nötig.[18]

Seine Philosophie *ist* diese Kriegserklärung. Durch sein gesamtes Werk zieht sich unverhohlener Haß gegen die Volksmassen, die er als die „Vielzuvielen", die „Schlechtweggekommenen", die „Herdentiere", als „Pöbel", „Canaille", als die „Verkleinerten", „Ver-[287]kümmerten" und „Vergifteten" beschimpfte. Es ist pure Heuchelei, wenn die faschistischen Ideologen zu diesen Ausfällen Nietzsches – wie etwa auch zu seinen Lobpreisungen der „blonden Bestie" und des „großen Verbrechers" – nach außen hin Distanz zu wahren suchten, wenn sie von „Volk", „Volksgemeinschaft" und „germanischer Demokratie" faselten. Ihre Praxis und wirkliche Überzeugung entsprachen nur zu genau der Massenverachtung und damit Menschenverachtung, wie sie Nietzsche artikulierte.

In den Augen Nietzsches war eine Selbstbefreiung der Volksmassen gleichbedeutend mit dem Untergang der Kultur. Sein sozialpolitisches Grunddogma war von Anbeginn, „*daß zum Wesen einer Kultur das Sklaventum gehöre*"[19], wie es sein lebenslänglicher Alptraum war: „Es gibt nichts Furchtbareres als einen barbarischen Sklavenstand, der seine Existenz als ein Unrecht zu betrachten gelernt hat und sich anschickt, nicht nur für sich, sondern für alle Generationen Rache zu nehmen."[20]

Beide Gedanken wurden bereits zu Beginn der philosophischen Tätigkeit Nietzsches in den Jahren 1870/71 formuliert, sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem welthistorischen Ereignis der ersten zeitweiligen Errichtung einer Arbeitermacht 1871 in Paris. Kurz nach der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune brachte der angehende Philosoph die Furcht seiner Klasse vor der neuen politischen Kraft in einem Brief an einen Freund in den Sätzen zum Ausdruck: „Über den Kampf der Nationen hinaus hat uns jener internationale Hydrakopf erschreckt, der plötzlich so furchtbar zum Vorschein kam, als Anzeiger ganz anderer Zukunftskämpfe."[21] Und in einer Aufzeichnung aus den 80er Jahren heißt es: „... dem nächsten Jahrhundert wird es hie und da gründlich im Leibe ‚rumoren', und die Pariser Commune, welche auch in Deutschland ihre Schutzredner und Fürsprecher hat, war vielleicht nur eine leichtere Unverdaulichkeit gewesen an dem, was kommt."[22]

Daher Nietzsches wütender, immer wieder in Beschimpfungen ausbrechender Haß gegen die erstarkende revolutionäre Arbeiterbewegung und gegen den Sozialismus. Gerade darum meinte er: „Die Dummheit, im Grunde die Instinkt-Entartung, welche heute die Ursache *aller* Dummheiten ist, liegt darin, daß es eine Arbeiter-Frage gibt. Über gewisse Dinge *fragt man nicht*: erster Imperativ des Instinkts. – Ich sehe durchaus nicht ab, was man mit dem europäischen Arbeiter machen will, nachdem man erst eine Frage aus ihm gemacht hat. Er befindet sich viel zu gut, um nicht Schritt für Schritt mehr zu fragen, unbescheidner zu fragen."[23] Nach Nietzsches Meinung hätte eine „bescheidene und selbstgenügsame Art Mensch", ein „Typus Chinese" zum Stand herangebildet werden müssen.

Daß es nicht dazu kam, war in seiner subjektivistischen Sicht des historischen Geschehens Schuld der herrschenden Klasse selbst. Nietzsche übte eine heftige Kritik an der herrschenden Klasse seiner

[17] Bd. I, S. 367.
[18] Bd. XVI, S. 279.
[19] Bd. IX, S. 151.
[20] Bd. I, S. 127.
[21] Brief an Carl von Gersdorf vom 21. 6. 1871, zit. nach Friedrich Nietzsche, Werke in drei Bänden, hrsg. von Karl Schlechta, Bd. 3, München o. J., S. 1042 f.
[22] Bd. XV, S. 232.
[23] Bd. VIII, S. 153.

Zeit, an der liberalen Bourgeoisie im allgemeinen und den Nationalliberalen in Deutschland im besonderen, am deutschen Kaiserreich und an seinem Schöpfer Bismarck. Er wandte sich verschiedentlich auch mit romantisierenden Argumentationen gegen bestimmte Seiten der kapitalistischen Entwicklung, gegen den Utilitarismus der „industriellen Kultur", gegen den privaten „Geldhandel", gegen die „großen Vermögen" [288] und die „heimatlosen Geldeinsiedler".[24] Wegen dieser Haltung wie wegen der bereits erwähnten Kritik an der bürgerlichen Kultur ist das Wesen der Philosophie Nietzsches – wie ja auch das der faschistischen Bewegungen – häufig im Sinne eines Rebellentums, einer grundsätzlichen Opposition gegen das Bürgertum und die kapitalistische Gesellschaft gedeutet worden. Man hat sogar versucht, Nietzsche zum direkten Gegenpol aller jener Entwicklungen zu machen, die zum Faschismus hinführten.[25] Darum ist es wichtig, sich stets den sozialen Gehalt von Nietzsches Kritik am Kapitalismus, an der Bourgeoisie und bestimmten Seiten ihrer Ideologie zu vergegenwärtigen. Es verhält sich damit im wesentlichen bereits so wie mit dem an Nietzsche anknüpfenden demagogischen Antikapitalismus der nachfolgenden konservativen und faschistischen Ideologen: Es ist eine Kritik von rechts, von reaktionären Positionen aus, an den Gebresten [Gebrechen] des Kapitalismus der freien Konkurrenz und an seiner liberalen Ideologie. Nietzsches Kritik richtete sich keineswegs gegen die entscheidenden sozialökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Ausbeuterordnung, die er, wie bereits bemerkt, ausdrücklich bejahte und verteidigte.

In Nietzsches Augen hatten die „verfaulten herrschenden Stände ... das Bild des Herrschenden verdorben".[26] Er bemerkte an der Bourgeoisie seiner Zeit „Fabrikanten-Vulgarität", einen „Mangel der vornehmen Form", das Fehlen aller jener „Formen und Abzeichen der *höheren Rasse*, welche erst die *Personen* interessant werden lassen".[27] Nietzsche bemängelte an den Herrschenden, daß sie sich zu wenig durch ein „Pathos der Distanz" als zum Befehlen und Herrschen legitimiert erwiesen, daß sie zu liberal, zu tolerant, zu demokratisch, zu wenig diktatorisch seien. Sie hätten z. B. nicht die allgemeine Wehrpflicht einführen, allgemeines Wahlrecht, Koalitionsrecht und „allgemeine Bildung" zulassen dürfen, denn „will man Sklaven, so ist man ein Narr, wenn man sie zu Herrn erzieht".[28] Durch all das hätten die Herrschenden das Erstarken der demokratischen und Arbeiterbewegung zugelassen und gefördert.

Die Ablehnung seiner Zeit übertrug Nietzsche auf die Betrachtung nahezu der gesamten Geschichte der Menschheitskultur, insofern er in ihr historische Wurzeln für das Unheil der Gegenwart zu erkennen glaubte. In direkter Umkehrung aller philosophischen Fortschrittskonzeptionen ließ er im Grunde nur die barbarischen Frühzeiten der Völker gelten; danach setzte in seinen Augen der allgemeine Niedergang ein, der nur für wenige Augenblicke durch das Auftauchen großer Männer wie Cäsar, Cesare Borgia oder Napoleon unterbrochen wurde. Im übrigen beherrschten unheilvolle geistige Entwicklungen die Menschheitsgeschichte, die getragen waren vom Ressentiment der „Herdenmenschen" gegenüber den „Vornehmen", den „Edlen", den „Herren".

[289] Hierzu zählte er nicht weniger als den größten Teil der Geschichte der Philosophie und Moral seit Sokrates, die jüdische Religion und das daraus hervorgegangene Christentum mit seiner Moral der Demut und des Mitleids, mit seiner Lehre von der Gleichheit der Seelen vor Gott als angeblicher Wurzel aller späteren Gleichheitsvorstellungen, weiter die Reformation, nahezu die gesamte Aufklärung und den bürgerlichen Humanismus, vor allem aber die demokratischen Ideen Rousseaus, die französische Revolution mit ihrer Losung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und den Sozialismus.

---

[24] Siehe Bd. III, S. 348; Bd. IX, S. 161.

[25] So schrieb z. B. Walter Kaufmann: „In der ganzen Geschichte der deutschen Literatur hat sich keine andere Stimme mit solch prophetischem Schwung und vernichtendem Sarkasmus gegen eben jene Tendenzen erhoben, die später im Nationalsozialismus gipfelten. Weder Lessing und Schiller noch Goethe und Heine erreichten auch nur annähernd Nietzsches blendende Entrüstung oder die ätzende Ironie seines Spottes gegen Nationalismus und Staatsvergötzung, Antisemitismus, Militarismus und kulturelle Barbarei und all die anderen schwärenden Laster, denen er sein Ideal des ‚guten Europäers' entgegenstellte" (Walter Kaufmann, Jaspers' Beziehung zu Nietzsche, in: Philosophen des 20. Jahrhunderts. Karl Jaspers, hrsg. von Paul Arthur Schilp, Stuttgart 1957, S. 419 f.).

[26] Bd. XVI, S. 194.

[27] Bd. V, S. 77.

[28] Bd. VIII, S. 153.

Alle diese „Lügen von zweitausend Jahren“, denen er den Kampf ansagte, waren angeblich „Verneinungen des Lebens selber“, sie führten zur Verweichlichung und Verzärtelung zur „Domestikation“ des Tieres, als das Nietzsche den Menschen hinstellte, zu seiner Entartung, sie machten aus ihm ein krankes und schwaches, lebensuntüchtiges Tier. Geblendet vom Größenwahn, glaubte Nietzsche die Mission seiner „Philosophie der Zukunft“ darin zu erblicken, den bisherigen Irrweg der Menschheit zu beenden und eine weltgeschichtliche Wende zu einem neuen Zeitalter, zur weltweiten Herrschaft einer ganz neuen Spezies Mensch, des „Übermenschen“, herbeizuführen.

Aus seiner negativen Sicht auf die Menschheitsgeschichte und auf die Gesellschaft seiner Zeit formulierte Nietzsche sein Epochenproblem für das 20. Jahrhundert: „*Wer soll* d *Erde Herr sein*?“[29] Er bezeichnete diese Frage geradezu als den Refrain seiner praktischen Philosophie, und sie war es in der Tat. Sein weltanschauliches Denken kreiste zumindest in der letzten Phase seiner Tätigkeit wesentlich um das Problem von Herrschaft und Macht, von Machteroberung, Herrschaftsausübung und Herrschaftssicherung für eine kleine Elite, derart, daß er das Prinzip des Willens zur Macht schließlich zum Wesen des Lebens selbst erhob, zum metaphysischen Universalprinzip für die Erklärung aller Erscheinungen in Natur, Gesellschaft und Denken.

Nietzsche las aus den offensichtlichen Tendenzen der Entwicklung der Produktivkräfte des Welthandels und Weltverkehrs, der Kolonialpolitik und der beginnenden imperialistischen Weltpolitik seiner Zeit heraus, daß die Welt immer mehr zu einem Ganzen zusammenwachsen, daß man daher das Problem der Herrschaft global, im Weltmaßstab stellen müsse. Von daher mußte ihm der Nationalismus der europäischen „Vaterländer“, der verhinderte, daß das zur Herrschaft berufene Europa „einen Willen“ bekommt, eine neue herrschende Kaste ausbildet, zwangsläufig kleinlich und verächtlich erscheinen.

Die von Nietzsche erwarteten „Herren der Erde“ sollten eine fürchterliche neue „Herrenrasse“ sein, eine neue Art von „Führern“, von „Philosophen und Befehlshabern“[30], den gegenüber alles bisherige Furchtbare zwerghaft sei.[31] Im Bilde dieser „neuen Herren“ verband Nietzsche die gegensätzlichen Eigenschaften einer hohen Selbstzucht und Geisteskultur mit unbändigem Machtwillen und rücksichtsloser Härte, Grausamkeit und Zügellosigkeit. In zugespitzter Form bringt diese widerspruchsvolle Verbindung ein Aphorismus aus der „Genealogie der Moral“ von 1887 zum Ausdruck, der am historischen Beispiel der Verhaltensweisen der Barbaren früherer Zeiten ohne Zweifel ein Leitbild für die erwarteten „Barbaren des 20. Jahrhunderts“ aufstellt. Es heißt dort über diese Menschen, die „im Verhalten zueinander so erfinderisch in Rücksicht, Selbstbeherrschung, Zartsinn, Treue, Stolz und Freundschaft sich beweisen, – sie sind nach außen hin, dort wo das Fremde, *die* Fremde beginnt, nicht viel besser als losgelassne Raubtiere. Sie genießen da die [290] Freiheit von allem sozialen Zwang, sie halten sich in der Wildnis schadlos für die Spannung, welche eine lange Einschließung und Einfriedigung in den Frieden der Gemeinschaft gibt, sie treten in die Unschuld des Raubtier-Gewissens *zurück*, als frohlockende Ungeheuer, welche vielleicht von einer scheußlichen Abfolge von Mord, Niederbrennung, Schändung, Folterung mit einem Übermute und seelischen Gleichgewichte davongehen, wie als ob nur ein Studentenstreich vollbracht sei, überzeugt davon, daß die Dichter für lange nun wieder etwas zu singen und zu rühmen haben. Auf dem Grunde aller dieser vornehmen Rassen ist das Raubtier, die prachtvolle nach Beute und Sieg lüstern schweifende *blonde Bestie* nicht zu verkennen.“[32] Die „Übermenschen“ sollten sich als das Ziel und den obersten Zweck der Menschheitsgeschichte, als den „Sinn der Erde“[33] verstehen lernen und deshalb mit gutem Gewissen das Opfer einer Unzahl Menschen hinnehmen, „welche um *ihretwillen* zu unvollständigen Menschen, zu Sklaven, zu Werkzeugen herabgedrückt und vermindert werden müssen“[34].

Nietzsche rief dazu auf, eine „neue Verantwortlichkeit“ zu schaffen, „die des Arztes, für alle Fälle, wo das höchste Interesse des Lebens, des *aufsteigenden* Lebens das rücksichtsloseste Nieder- und

[29] Bd. XII, S. 406.
[30] Bd. VII, S. 138.
[31] Bd. XVI, S. 340 f.
[32] Bd. VII, S. 321 f.
[33] Bd. VI, S. 13.
[34] Bd. VII, S. 236 f.

Beiseite-Drängen des *entartenden* Lebens verlangt“.[35] Er formulierte als ersten Satz seiner „Menschenliebe“: „Die Schwachen und Mißratnen sollen zu Grunde gehen ... Und man soll ihnen noch dazu helfen“[36]; er forderte dazu auf, jene „ungeheure *Energie der Größe* zu gewinnen, um, durch Züchtung und andrerseits durch Vernichtung von Millionen Mißratener, den zukünftigen Menschen zu gestalten und *nicht zugrunde* zu gehn an dem Leid, das man *schafft* und dessen Gleichen noch nie da war!“[37] Es gibt in der gesamten philosophischen Literatur nirgendwo so offen barbarische Forderungen: Die SS-Mörder konnten hierin Handlungsanweisungen erblicken, sie konnten sich die „blonde Bestie“ zum Vorbild nehmen!

Zur Zeit Nietzsches waren die „neuen Herren der Erde“, wie er sie sich wünschte, noch nicht vorhanden, und so sah er als wichtigste Aufgabe des heraufziehenden 20. Jahrhunderts ihre Heranbildung, Heranzüchtung an. Er fragte nach den Bedingungen, unter denen sie entstehen könnten, und hob vor allem ein Leben in Kampf, Krieg, Abenteuer und Gefahr, voller zu überwindender Widerstände hervor. Diesbezüglich richteten sich Nietzsches Hoffnungen auf das 20. Jahrhundert. Mit in dieser Hinsicht prophetischem Blicke sah er eine Zeit großer Kriege und Revolutionen heraufziehen. Er erwartete tiefe gesellschaftliche Erschütterungen, revolutionäre Unruhen, terroristische Herrschaftsformen, ein „Zeitalter ungeheurer Kriege, Umstürze, Explosionen“[38], den Übergang zur „großen Politik“. „Die Zeit für kleine Politik ist vorbei“, so schrieb er, „schon das nächste Jahrhundert bringt den Kampf um die Erdherrschaft – den *Zwang* zur großen Politik.“[39] Die „große Politik“, das war unzweifelhaft nichts anderes als die sich damals bereits andeutende imperialistische Weltmachtpolitik. Zu den wichtigsten Bedingungen für die Herausbildung der neuen Übermenschen zählte Nietzsche weiterhin ein grundsätzliches [291] Umdenken und Umlernen in allen Fragen der Weltanschauung, Moral und Politik, die Zertrümmerung der „alten Tafeln“, die „Umwertung aller Werte“. Hier sah Nietzsche die Funktion seiner Philosophie, darum sein Kampf gegen die überkommene Moral und Religion, seine neuen Wertsetzungen, sein „Immoralismus“, seine Verherrlichung von Stärke, Gewalt, Grausamkeit und Verbrechen. Nietzsche führte den radikalen Bruch mit den humanistischen Ideen des aufstrebenden Bürgertums herbei, um eine gänzlich neue Weltanschauung für die von ihm erhofften „neuen Herren der Erde“ zu schaffen, die diesen das „gute Gewissen“ verleihen sollte.

Diese Aufgabenstellung durchdrang und bestimmte in der letzten Periode seines Schaffens sein Weltbild, seine Auffassung vom Menschen und der Geschichte, seine Erkenntnistheorie, Morallehre und Ästhetik. Der extreme Subjektivismus, Irrationalismus und Voluntarismus seiner Umwertung der bisherigen Werte entsprang völlig der illusionären, gegen die historische Gesetzmäßigkeit gerichteten Zielstellung, den Herrschaftsanspruch für eine winzige Zahl auserlesener „Übermenschen“ weltanschaulich zu begründen.

Insofern Nietzsche zu allgemein-weltanschaulichen oder naturphilosophischen Fragen Stellung nahm, stand dies im Zeichen dieser Aufgabenstellung. Die zentrale Kategorie der Philosophie Nietzsches zur Bezeichnung des natürlichen und gesellschaftlichen Geschehens war der Begriff „Leben“. Leben verstand er als irrationale, von Trieb, Instinkt und Willen beherrschte „dionysische“, in unaufhörlichem Werden, Wachstum und Vergehen befindliche, widerspruchsvolle, grausame, unerkennbare, „dunkle, treibende, unersättlich sich selbst begehrende Macht“[40]. Nietzsche erhob soziale Charakteristika der Klassengesellschaft wie Unterdrückung und Ausbeutung, Not, Krieg, Gewalt, Betrug, Laster und Verbrechen zu unabdingbaren Attributen jedes Lebens, die nur mit diesem selber verschwinden könnten, und verlieh ihnen so eine vorgeblich im Wesen der Wirklichkeit selbst begründete Unabänderlichkeit: „Leben selbst ist *wesentlich* Aneignung, Verletzung, Überwältigung des Fremden und Schwächeren, Unterdrückung, Härte, Aufzwängung eigner Formen, Einverleibung und mindestens, mildestens Ausbeutung.“[41]

[35] Bd. VIII, S. 143 f.
[36] Ebenda, S. 218.
[37] Bd. XVI, S. 343.
[38] Bd. XV, S. 235.
[39] Bd. VII, S. 156.
[40] Bd. I, S. 308.
[41] Bd. VII, S. 237 f.

Seit dem Anfang der 80er Jahre setzte Nietzsche „Leben“ mit dem „Willen zur Macht“ gleich, der nun als eine Art metaphysisches Universalprinzip für die Erklärung der Welt, als bewegende Kraft der Menschheitsgeschichte und Ursprung aller Kultur, der Wissenschaft, Philosophie, Religion, Moral und Kunst fungierte. Die Begriffe „Leben“ und „Wille zur Macht“ waren bewußt gewählte Kontrapositionen zu den traditionellen philosophischen Kategorien. Sein, Materie, Substanz, Ding an sich, Wesen, Gesetzmäßigkeit, Kausalität, Subjekt und Objekt, Bewußtsein, Erkenntnis, Wahrheit, Vernunft und andere philosophische Kategorien wurden von Nietzsche in den Aphorismen der 80er Jahre als bloße Fiktionen verworfen, die der Mensch erdacht habe, um sich das Chaos der Empfindungen zu ordnen und beherrschbar zu machen. Im Geiste des subjektiven Idealismus bestritt Nietzsche die Existenz der materiellen Welt und erklärte, die „wahre Welt“ sei die Welt der in unseren Vorstellungen existierenden „Phänomene“. Andererseits aber interpretierte er das Wesen der Welt auch objektiv-idealistisch als „Wille zur Macht“. Die Welt war dann für ihn eine bestimmte unveränderliche Größe von Kraft, eine bestimmte Summe von Kraftquanta, ein unaufhörlich bewegtes Chaos ohne Ordnung, Regelmäßigkeit und Kausalität, ein Spiel von Kräften ohne Anfang und Ende. Nietzsche negierte die Existenz der relativen Ruhe und Beständigkeit in der Wirklichkeit, er verabsolutierte [292] unter fälschlicher Berufung auf Heraklit die Veränderung zu einem unaufhörlichen „Werden“ ohne Sinn, Richtung und Ziel, das in sich wiederholenden Kreisläufen verläuft. Mit dem Gedanken der „ewigen Wiederkehr des Gleichen“ wandte er sich gegen die von ihm heftig bekämpfte Idee der Entwicklung und des Fortschritts. Die Geschichte der Menschheit war für ihn eine „ungeheure Experimentier-Werkstätte, wo Einiges gelingt, zerstreut durch alle Zeiten, und Unsägliches mißrät, wo alle Ordnung, Logik, Verbindung und Verbindlichkeit fehlt“[42], sie sei ein „wirrer Kehrichthaufen“[43].

Nietzsches Auffassung von der menschlichen Erkenntnis war dementsprechend durch eine radikale irrationalistische Abwertung des Intellekts gegenüber dem „Leben“, dem „Leib“, den Trieben, Instinkten und dem Willen geprägt. Alles Denken, die Erkenntnis, Wissenschaft und Logik waren ihm nur Hilfsmittel des „Lebens“, Instrumente des Willens zur Macht: Sie dienten der Vereinfachung, Logisierung, Schematisierung und Systematisierung des „Sensationenwirrwarrs“, sie seien der Versuch, das Werdende, Fließende zu fixieren und mit alldem ein subjektives „Zurechtmachen“ der Dinge mit dem Ziel, sie zu beherrschen. Das bedeutete die Negation jeglichen objektiven Wahrheitsgehaltes der Erkenntnis.

Für Nietzsches Auffassung der Wahrheit waren extremer agnostizistischer Relativismus, „Perspektivismus“ und Pragmatismus kennzeichnend. „Wahrheiten“ entstehen demnach durch perspektivische Schätzung auf Grund von Trieben und Bedürfnissen, sie sind Illusionen, Irrtümer, Lügen und Fälschungen, deren Wert in der „biologischen Nützlichkeit“, deren Kriterium in der „Steigerung des Machtgefühls“ liegt. Diese Auffassungen Nietzsches, seine Apologie der Lüge als notwendig für das Leben bilden bis heute eine erkenntnistheoretische Grundlage für jede Art imperialistischer Demagogie und Irreführung der Massen, sie waren dies auch für die Goebbels-Propaganda, für die bekannte faschistische Praxis der „großen Lüge“, zu der sich Hitler in „Mein Kampf“ zynisch bekannte. Darüber hinaus gab Nietzsche in seinen Werken unter dem Schein der Entlarvung von Täuschung, Heuchelei, Lüge und Verstellung in der Menschheitsgeschichte unzählige Hinweise für „Herrschaftstechniken“, für die Benutzung der Lüge als „Supplement der Macht“.[44]

An die Stelle der von ihm abgewerteten rationalen, wissenschaftlichen Erkenntnis setzte er bereits in seinem Erstlingswerk „Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik“ den Mythos. Der Mythos, „das zusammengezogene Weltbild“, der, „als Abbreviatur der Erscheinung, das Wunder nicht entbehren kann“, war für ihn der „feste und heilige Ursitz“ aller Kultur.[45] Nietzsche schuf mit der Zarathustra-Gestalt, mit dem Mythos des Willens zur Macht, der ewigen Wiederkehr des Gleichen und des Übermenschen selbst Beispiele für neue Mythen. Er wurde damit zum Begründer einer bestimmenden Tendenz in der bürgerlichen Ideologie des imperialistischen Zeitalters, der Produktion von

[42] Bd. XV, S. 204.
[43] Bd. X, S. 273.
[44] Bd. XV, S. 251.
[45] Bd. X, S. 160.

sozialen Mythen, die solche widerwärtigen Produkte wie die faschistischen Mythen von der „nordischen Herrenrasse“ und der „jüdischen Gegenrasse“, von „Blut und Boden“ hervortrieb.

In der Konsequenz des erkenntnistheoretischen „Perspektivismus“ Nietzsches liegt es, daß es für „Herren“ und „Herdenmenschen“ jeweils unterschiedene „Wahrheiten“, be-[293]sonders in weltanschaulicher und ethischer Hinsicht, gibt. Auf dieser Grundlage verwarf Nietzsche die herkömmliche Unterscheidung von „gut“ und „böse“, die traditionellen Normen und Werte der Moral. Altruismus, Humanität, Mitleid, Selbstlosigkeit, Güte, Rechtschaffenheit, Mäßigkeit, Fleiß, Bescheidenheit, das Streben nach Ruhe, Frieden und Sicherheit sowie Schuldgefühl waren für ihn Ausdruck von „Herdeninstinkten“, widernatürliche „Herdentugenden“, gerichtet gegen die „Starken“, „Vornehmen“, die „Herrenmenschen“, die Nietzsche den „Immoralismus“, das „Jenseits von gut und böse“, die Maxime „Nichts ist wahr. Alles ist erlaubt“[46], die „Unschuld des Raubtiergewissens“[47] lehrte.

Fassen wir zusammen: Die Philosophie Friedrich Nietzsches wuchs auf dem Boden des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus. Auf den Zusammenhang dieser Philosophie mit dem Zeitalter der Kartelle und Trusts hat bereits Franz Mehring in seiner „Lessing-Legende“ hingewiesen.[48] Er bestimmte als erster ihren Klassencharakter, als er Nietzsche als „den Philosophen des Großkapitals“[49] kennzeichnete, als er schrieb: „Subjektiv ein verzweifeltes Delirium des Geistes, ist diese sogenannte Philosophie objektiv eine Verherrlichung des großen Kapitalismus, und als solche hat sie ein großes Publikum gefunden.“[50] Mit seinen Lehren schuf Nietzsche den Prototyp für alle nachfolgenden reaktionären subjektivistisch-irrationalistischen Philosophien des imperialistischen Zeitalters. Seine Philosophie entsprach – vor allem in ihrer letzten Entwicklungsphase – grundlegenden ideologischen Bedürfnissen der Bourgeoisie dieses Zeitalters.

Friedrich Nietzsche war in vielen Beziehungen ein Vorläufer und Wegbereiter des Faschismus und seiner Ideologie. Er wirkte direkt auf die faschistischen Führer und Ideologen, die seine Werke lasen, daraus die ihnen passenden Elemente entnahmen und in ihr eigenes abenteuerliches Gedankengebäude einbauten. Er wirkte weiter vermittelnd, indem die „zehntausend Dozenten des Irrationalen, ... die in seinem Schatten über ganz Deutschland hin wie Pilze aus dem Boden wuchsen“[51], seine Ideen aufnahmen, umformten, weiterentwickelten und popularisierten, so daß sie, derart verwandelt, nun wiederum in das faschistische Gedankengebäude eingingen. Damit halfen er und seine Nachfolger mit, eine geistige Atmosphäre zu erzeugen, in der die faschistische Ideologie selbst einen Boden finden konnte.

Nietzsches Werke und die umfangreiche Sekundärliteratur über ihn bildeten in den Jahren der Weimarer Republik und während der faschistischen Diktatur einen Lesestoff, der für die Aufnahme der faschistischen Ideen reif machte, indem er bei vielen die noch bestehenden Bindungen an den Geist der Humanität, der Demokratie, des Liberalismus, an den Geist der Wissenschaft, der klassischen Philosophie und Bildung untergrub und zerstörte.

[294] Das Studium Nietzsches und derer, die seine Ideen verbreiteten und weitertrugen, gewöhnte an die Gedanken der Härte, Grausamkeit, Gewalt als angeblich unabänderlicher Elemente des Lebens; seine Predigt des Immoralismus und Nihilismus war geeignet, noch vorhandene Gefühle der Verantwortung vor der Menschheit zu zerstören. Die Gaskammern von Maidanek und Auschwitz hatten sehr wohl eine ihrer historischen Voraussetzungen darin, daß vorher einmal die Lehre von der „Vernichtung von Millionen Mißratener“[52] verkündet wurde.

Natürlich haben die Ideen Nietzsches den Faschismus nicht hervorgerufen – das wäre eine maßlose Überschätzung der historischen Rolle von philosophischen Ideen und wäre als idealistische Auffassung

[46] Bd. VI, S. 397 u. öfter.
[47] Bd. VII, S. 322.
[48] Franz Mehring, Die Lessing-Legende, in: Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 9, Berlin 1963, S. 363.
[49] Ebenda.
[50] Derselbe, [Über Nietzsche], S. 182.
[51] Thomas Mann, Nietzsches Philosophie im Lichte unserer Erfahrung, in: Mann, Gesammelte Werke, Bd. 10: Adel des Geistes. Zwanzig Versuche zum Problem der Humanität, Berlin 1955, S. 671.
[52] Bd. XVI, S. 343.

der Geschichte zu verwerfen. Die Ideen Nietzsches sind gewachsen auf dem Boden eines sich stürmisch entwickelnden „großen Kapitalismus“ und der fanatischen Feindschaft gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, sie sind entstanden als militante Reaktion auf den ersten Versuch, eine Arbeitermacht zu errichten, so wie der Faschismus und seine Verbrechen auf dem Boden des voll entwickelten Monopolkapitalismus und der fanatischen Feindschaft gegen die Oktoberrevolution, gegen die Sowjetmacht und die kommunistische Weltbewegung erwuchsen.

Die Ideologie des deutschen Faschismus entnahm, wie bereits bemerkt, ihre Hauptinhalte den vorangegangenen und zeitgenössischen Ideologien der äußersten Reaktion, sie entlehnte sie in erster Linie allen fortschrittsfeindlichen, antidemokratischen, antihumanistischen und irrationalistischen Ideologien der preußisch-deutschen Geschichte. Zugleich beriefen sich die Naziideologen mit dem Ziel, den faschistischen Ideen eine große geistige Vorgeschichte zu verschaffen, unrechtmäßig auch auf Elemente der demokratischen und humanistischen Traditionen, so z. B. auf Ideen des Bauernkrieges, auf Gedanken Kants, Fichtes und Hegels, Goethes, Schillers und Hölderlins, die zu diesem Zweck entstellt und verfälscht wurden. Die Nazis verschmolzen eklektisch die verschiedenartigen ideologischen Elemente, die sie als geistige Quellen benutzten, vulgarisierten sie, paßten sie den Erfordernissen ihrer Massenpropaganda an und verbanden sie mit einer zügellosen nationalen und sozialen Demagogie. Als das Kernstück dieses abenteuerlichen Surrogats einer Weltanschauung fungierte ein blindwütiger, rassistisch verbrämter Antikommunismus und Antimarxismus.

Eine besondere Rolle spielte hierbei die Ausnutzung und Aufbereitung der Ideen Friedrich Nietzsches. Ohne Zweifel hatte dabei die Nietzsche-Verehrung Hitlers und Mussolinis eine bestimmte Bedeutung. Mussolini hatte sich bereits als 20jähriger zu Nietzsche bekannt. In einem Artikel schrieb er damals: „Um das Ideal, das Nietzsche uns vorzeichnet, zu erreichen, wird eine neue Art von freien Geistern erstehen, die erstarkt sind im Krieg, in der Einsamkeit, in der großen Gefahr, Geister, die uns von der Nächstenliebe erlösen werden.“[53]

Damals nannte sich Mussolini noch Sozialist; aber er sprach als der „Duce“, als er sich am 26. Mai 1934 in einer Rede vor der italienischen Abgeordnetenkammer als den treuesten Schüler Nietzsches bezeichnete.[54] Das Nietzsche-Archiv in Weimar, begründet und betreut von einer Clique von reaktionären Philosophen und Verwandten Friedrich Nietzsches, die sich um dessen Schwester Elisabeth Förster-Nietzsche gruppierte und schon seit längerem an der Bereitstellung der Ideen Nietzsches für die Zwecke der Faschisten [295] arbeitete, honorierte Mussolinis Anhängerschaft gegenüber Nietzsche am 29. Juli 1933 mit folgendem Telegramm zum 50. Geburtstag des italienischen Faschistenführers: „Dem herrlichsten Jünger Zarathustras, den sich Nietzsche träumte, dem genialen Wiedererwecker aristokratischer Werte in Nietzsches Geist, sendet das Nietzsche-Archiv in tiefster Verehrung und Bewunderung die wärmsten Glückwünsche.“[55]

Hitler brachte seine Verehrung für Friedrich Nietzsche durch mehrmalige Besuche im Nietzsche-Archiv – sowohl vor als auch nach 1933 – zum Ausdruck. Er ließ sich vor der Marmorbüste des Philosophen fotografieren, er spendete größere Summen für den Bau der Nietzsche-Gedenkhalle in Weimar und erhielt bei einem seiner Besuche von Elisabeth Förster-Nietzsche den Degenstock ihres Bruders zum Geschenk.[56] Als sich Hitler im Juni 1934 mit Mussolini in Venedig traf, ging aus Weimar ein Telegramm an diese Zusammenkunft: „Die Manen Friedrich Nietzsches umschweben das Zwiegespräch der beiden größten Staatsmänner Europas.“[57] Hitler machte noch im August 1943 Mussolini, als dieser nur noch auf deutsche Bajonette gestützt seine Macht in Oberitalien behaupten konnte, eine Sonderausgabe der Werke Nietzsches zum Geschenk.[58]

---

[53] Conrad Algermissen, Nietzsche und das Dritte Reich, Celle 1947, S. 3.
[54] Ebenda.
[55] Ebenda.
[56] Nietzsche-Archiv Weimar, Tagebuch Nr. 2; Tägliche Aufzeichnungen, (dann monatl.) vom 21.9.1922 bis Ende Juni 1935, S. 227.
[57] Ebenda, S. 239.
[58] Algermissen, S. 3 f.

Gleich Hitler besuchten auch andere Naziführer, so Rosenberg, Goebbels, Rust, Frank, Frick, ebenso eine ganze Reihe ausländischer Faschistenführer, das Nietzsche-Archiv. Die Thüringer Naziprominenz, an der Spitze Gauleiter Sauckel, ging dort ein und aus. Im Mai 1934 tagten im Nietzsche-Archiv die faschistischen Rechtsphilosophen. An dieser Veranstaltung nahmen neben Frank und Rosenberg u. a. die Professoren Heidegger, Rothacker, Freyer und Binder teil.[59]

Eine Schlüsselposition für die faschistische Nietzsche-Rezeption kam nächst der Haltung Hitlers der Stellungnahme Alfred Rosenbergs als des sogenannten „Beauftragten des Führers für die geistige und weltanschauliche Schulung der NSDAP“ zu. Rosenbergs hauptsächlicher philosophischer Gewährsmann war allerdings Houston Stewart Chamberlain; in seinem „Mythus des 20. Jahrhunderts“ bezog er sich nur gelegentlich auf Nietzsche.[60] Im Kreise seiner Mitarbeiter bedauerte er, Nietzsche zu spät kennengelernt zu haben.[61] Aber unter seiner Ägide stand die parteiamtliche Beschäftigung mit Nietzsche in der Zeit der Naziherrschaft, und er hielt 1944 das Referat auf der zentralen Gedenkfeier in Weimar anläßlich des 100. Geburtstages des Philosophen. Rosenberg war es, der 1933 Nietzsche offiziell in die Ahnengalerie des deutschen Faschismus einordnete. In einem Artikel des „Völkischen Beobachters“ vom 8. Dezember 1933 schrieb er: „Wenn der Nationalsozialismus jene Persönlichkeiten aufzählt, an die er lebensvoll und unmittelbar anknüpfen kann, ohne daß im einzelnen auch hier absolute Einwirkungen über die Erfordernisse des 20. Jahrhunderts entscheiden, so könnte er nennen die scheinbaren Gegenspieler Nietzsche und Wagner, den großen Künder Paul de Lagarde und als einen Propheten Houston Stewart Chamberlain. Gerade diese werden äußerst selten genannt.“[62]

[296] Letzteres änderte sich gründlich in den Jahren der faschistischen Diktatur. Es kam zu einer wahren Flut von Publikationen über Nietzsche, in denen er für die ideologischen Bedürfnisse der faschistischen Diktatur aufgearbeitet wurde. Unter den Autoren befanden sich sicher auch solche, die ihre Auslassungen über Nietzsche als Mittel der Anbiederung bei den braunen Machthabern benutzen wollten.[63] Im Mittelpunkt dieser Literatur stand das Bestreben, Nietzsche als Vorläufer des Nationalsozialismus, das „Tausendjährige Reich“ als die endlich begonnene Erfüllung auch seiner Intentionen nachzuweisen. Zu diesem Zweck wurde bei Nietzsche alles hervorgezogen, was sich im Sinne der Faschisten verwenden ließ. Zugleich durfte Nietzsche aber auch nicht als gar zu großer Denker, etwa größer als der unfehlbare „Führer“, und nicht schon als „fertiger“ Nationalsozialist erscheinen, und so wurden denn bei Nietzsche eben auch „zeitbedingte Grenzen“ und „Irrtümer“ festgestellt, derentwegen er der Korrekturen und Ergänzungen bedürfe. Es gab sogar eine kleine Fraktion faschistischer Ideologen, so Ernst Krieck und Christoph Steding, die die Gegensätze zwischen Nietzsche und der faschistischen Ideologie besonders betonte.[64] Daneben durften mitunter auch noch einzelne Bücher erscheinen wie das des Existenzphilosophen Karl Jaspers, der Nietzsche sozusagen „an sich“, ohne Bezug zum faschistischen Regime, behandelte.[65]

Die wichtigste Gestalt aus der Schar der faschistischen Nietzsche-Interpreten war der Philosoph Alfred Bäumler, seit 1933 Professor für politische Pädagogik an der Berliner Universität, aktiv beteiligt an dem makabren Schauspiel der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933. Vor allem mit seinem Buch „Nietzsche, der Philosoph und Politiker“ von 1931 lieferte er in vielem die Stichworte und Leitlinien für die späteren Interpretationen des Philosophen. Bäumler stilisierte Nietzsches Philosophie zu einem „heroischen Realismus“ und „Germanismus“ empor; er machte Nietzsche zu einem nordischen Siegfried,[66] der der orientalisch-römisch-christlichen und humanistischen und rational-wissenschaftlichen

[59] Nietzsche-Archiv Weimar, Tagebuch Nr. 2, S. 236.
[60] Siehe hierzu Odujew, Auf den Spuren Zarathustras, S. 211.
[61] Auskunft von Heinrich Härtle, persönlicher Sekretär Rosenbergs, an Hans Langreder (siehe Hans Langreder, Die Auseinandersetzung mit Nietzsche im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte Nietzsches, phil. Diss., Kiel 1970, S. 62).
[62] Zit. nach ebenda.
[63] Siehe ebenda, S. 65 ff.
[64] Siehe u. a.: Ernst Krieck, Leben als Prinzip der Weltanschauung und Problem der Wissenschaft, Leipzig 1938; Christoph Steding, Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur, Hamburg 1943.
[65] Karl Jaspers, Nietzsche. Einführung in das Verständnis seines Philosophierens, Berlin/Leipzig 1936.
[66] Alfred Bäumler, Nietzsche, der Philosoph und Politiker, Leipzig (1931), S. 103.

Tradition des Abendlandes eine nordisch-heidnisch-kriegerische Wertsetzung entgegengestellt habe. Als seine philosophischen Leistungen wurden hervorgehoben: sein Grundprinzip des Willens zur Macht, die Auffassung des „Lebens" als unaufhörlicher Kampf und Krieg, seine – fälschlich als „Heraklitismus" bezeichnete – irrationalistische, die Existenz von relativer Ruhe, von „Sein", Kausalität und Gesetzmäßigkeit leugnende Auffassung der Wirklichkeit als unaufhörlicher Strom des Geschehens, sein Kampf gegen die „Bewußtseinsphilosophie", gegen den Cartesianismus, die These vom Vorrang des Leibes vor dem Intellekt, sein Kampf gegen die objektive Wahrheit im Zeichen des Perspektivismus, die Betonung der „Unschuld des Werdens", seine Wendung gegen Moral und Verantwortlichkeit.

Die Interpretation Nietzsches als Politiker stand vor allem unter einem Gedanken: Er habe aus einem „germanischen" Geist heraus den Kampf gegen Judentum und Christentum, gegen Liberalismus, Demokratie und Sozialismus, gegen die Kultur und den Staat seiner Zeit, gegen die „Urbanität des Westens", gegen das Reich Bismarcks und die Deutschen seiner Zeit geführt. Seine Kritik an den Deutschen habe sich nur gegen Einflüsse des [297] romanisch-christlichen Geistes auf sie gerichtet, sie habe letztlich nur dem Ziel gedient, sie wieder reif zu machen für die Erfüllung der „alten Aufgabe unserer Rasse: die Aufgabe, Führer Europas zu sein".[67] Bäumler versäumte es nicht, Nietzsches Nachlaßfragment zu zitieren: „Möge Europa ... bald einen *großen* Staatsmann hervorbringen, und der, welcher jetzt, in dem kleinen Zeitalter plebejischer Kurzsichtigkeit, als ‚der große Realist' gefeiert wird (gemeint ist Bismarck – H. M.), *klein dastehen*."[68]

Der erhoffte große Staatsmann konnte in den Augen der Nazis nur Hitler sein! Bäumler schloß sein Buch 1931 mit den Worten: „Der deutsche Staat der Zukunft wird nicht eine Fortsetzung der Schöpfung Bismarcks sein, sondern er wird geschaffen werden aus dem Geiste Nietzsches und dem Geist des Großen Krieges."[69]

In diesem Sinne verstanden die nachfolgenden faschistischen Nietzsche-Interpreten Nietzsche als einen ihrer geistigen Vorläufer und Propheten. Greifen wir nur eines der wichtigsten Bücher zu dieser Thematik heraus, Heinrich Härtles „Nietzsche und der Nationalsozialismus", das 1937 im Parteiverlag der NSDAP erschien. Härtle, persönlicher Sekretär Alfred Rosenbergs und heute noch in der BRD im Geiste seines Meisters tätig, stellte sich, ausgerüstet mit der beruhigenden Überzeugung, „daß überhaupt nur ein bewußter Nationalsozialist Nietzsche ganz erfassen kann"[70], die Aufgabe, „Nietzsches politische Gedankenwelt und den Nationalsozialismus scharf abzugrenzen, Verwandtschaft und Gegensatz klarzustellen"[71]. Dabei sollte über „Einzelirrungen und Widersprüche" hinweg die noch unausgemessene Fruchtbarkeit, die noch lange nicht genügend gewürdigte Schöpferkraft Nietzsches sichtbar gemacht werden.[72]

Zu diesem Zweck stellte Härtle eine Vielzahl von Nietzsche-Zitaten zusammen, so daß beinahe eine Art Nietzsche-Lesebuch mit erklärenden Zwischentexten für den Nazi-Hausgebrauch entstand. Dabei standen die gesellschaftlich-politischen Auffassungen Nietzsches im Mittelpunkt, während seine allgemein-philosophischen und erkenntnistheoretischen Anschauungen nur kurz gestreift wurden. Die ungeteilte Zustimmung Härtles fanden die haßerfüllten Attacken Nietzsches gegen das Christentum und die angeblich daraus hervorgegangenen Ideen, so gegen die Lehren Rousseaus und die Losungen der französischen Revolution, gegen den Liberalismus, die „Egalitätsdemokratie", den Parlamentarismus, den Anarchismus und den marxistischen Sozialismus. In diesem Zusammenhang wurde als großes Verdienst Nietzsches herausgestellt, den christlichen und – über diesen vermittelt – den angeblich jüdischen Ursprung und Untergrund aller dieser modernen „Ideen" aufgedeckt zu haben. Härtle behauptete forsch: „Nietzsche verdanken wir die Erkenntnis der lebensgefährlichen Verjudung der Werte im nordisch-germanischen Kulturkreis."[73] Nietzsches geschichtsphilosophische Leistung

[67] Ebenda, S. 182.
[68] Ebenda, S. 173.
[69] Ebenda, S. 183.
[70] Heinrich Härtle, Nietzsche und der Nationalsozialismus, München o. J. (4. Aufl. 1944), S. 10.
[71] Ebenda, S. 9.
[72] Ebenda, S. 9 f.
[73] Ebenda, S. 42.

sei es gewesen, die Weltgeschichte als Geschichte des Kampfes der Werte, als Kampf zwischen „Herrenmoral“ und „Sklavenmoral“ verstanden und dahinter das „große Drama der Geschichte“ geahnt zu haben: den Weltkampf der nordischen Rasse wider die jüdische Gegenrasse“.[74]

Allerdings nur „geahnt“, ganz habe sich Nietzsche eben doch noch nicht auf die Höhe [298] nationalsozialistischer Einsicht zu erheben vermocht. Härtle konnte an der ablehnenden Haltung Nietzsches gegenüber dem Antisemitismus seiner Zeit, wie ihn auch seine Schwester und ihr Gatte vertraten, nicht ganz vorbeigehen, er wußte wohl auch, daß Nietzsches Rassebegriff nicht eindeutig ethnisch bestimmt war. So war dann einschränkend von dessen „zeitgebundenem Erkennen oder Verkennen des Rassenproblems“[75] die Rede, so wurde eine „lamarckistische Vorbelastung“ Nietzsches erfunden, die ihn den Antisemitismus habe unterschätzen lassen[76]. Auf ähnliche Weise wurden weitere Diskrepanzen zwischen Nietzsche und den deutschen Faschisten hinsichtlich der Auffassungen über Staat, Volk, Nation und Demokratie behandelt und als zeitbedingte Irrtümer Nietzsches hingestellt.

Uneingeschränkte Bejahung fand jedoch wiederum alles, was Nietzsche über die „neuen Herren der Erde“, die neuen Führer und Befehlshaber und ihre Zucht und Züchtung, über Rangordnung und Adel, was er zur Verherrlichung von Kampf, Krieg, Gefahr und Abenteuer, von Stärke und Härte, was er über das Soldatische, das Preußentum und den Militärstaat gesagt hat. Selbst gelegentliche Äußerungen Nietzsches gegen die großen Vermögen, den Geldhandel und die „heimatlosen Geldeinsiedler“ wurden im Sinne des demagogischen „nationalen Sozialismus“ interpretiert.[77] Ebenso fanden unter der Überschrift „Rassenhygiene“ Nietzsches Vorschläge Zustimmung, die er hinsichtlich der Verhinderung und Ausmerzung „unwerten Lebens“ machte: Heiratsverbote, Kastrationen von Kranken und Verbrechern und ähnliches. Der Gipfelpunkt wurde erreicht, wenn Härtle, anknüpfend an Äußerungen Nietzsches über einen angeblich zu erwartenden „Non-plus-ultra-Staat der Sozialisten“, schreibt: „Vor dem Blicke Nietzsches taucht aus dem Chaos herauf *der sowjetisch-jüdische Tscheka-Staat*.“[78]

Zusammenfassend glaubte Härtle feststellen zu können, daß die innere Verwandtschaft Nietzsches mit dem Nationalsozialismus größer sei als seine bis dahin erfolgte Wirkung auf denselben, daß Nietzsche an künftiger Wirkung alle geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus überragen werde. Für die Wirkung Nietzsches habe erst die „nationalsozialistische Revolution“ die Voraussetzungen geschaffen: „Vielleicht hätte auch Nietzsche umsonst gerungen – wäre nicht der Mann aus dem Weltkrieg gekommen, der Philosoph aus dem Schützengraben, der Denker und Täter: Adolf Hitler.“[79] Härtle schloß sein Elaborat mit der Feststellung, die „nationalsozialistische Zukunft“ werde „auch sein die Zukunft Nietzsches“.[80]

Die Wertung Nietzsches, wie sie hier vorgeführt wurde, durchzog die meisten faschistischen Nietzsche-Interpretationen. Dabei ging man auch auf die Frage ein, inwieweit die Ideen Nietzsches im faschistischen Deutschland ihre Verwirklichung gefunden hätten. So glaubte ein gewisser Walter Spethmann bereits 1935 feststellen zu können: „Die Saat: Nietzsches Hinterlassenschaft ist ausgestreut worden; eine hohe Zahl der von Nietzsche geforderten Maßnahmen für die Erhöhung des Menschen und die Kräftigung einer Rasse sind bereits ergriffen worden: die Steigerung des völkischen Wehrwillens ..., die Hebung der physiologischen Qualitäten der einzelnen Volksgenossen, die Umwertung zugunsten der charakterlichen Vollkommenheit an Stelle des übersteigerten Intellektes, zugunsten der fruchtbaren Wahrheit an Stelle des blinden Erkenntnisdranges; die Auslese einer [299] Herren- und Führerschicht, die Rassenhygiene (Verbot für Erbkranke, zu heiraten, Sterilisierungsgesetz, Entmannung der Sittlichkeits- und Schwerverbrecher, ärztliches Protokoll für Brautleute usw.); vor allem aber in bezug auf die Jugend: ihre Herauslösung aus der konfessionellen Vergiftung und der Unsicherheit der schwankenden, durch keine Vernunft begründeten kirchlichen Moralbegriffe,

[74] Ebenda, S. 54.
[75] Ebenda, S. 12.
[76] Ebenda, S. 50.
[77] Ebenda, S. 35.
[78] Ebenda, S. 41.
[79] Ebenda, S. 168.
[80] Ebenda.

ihre Erfassung in einheitlich gerichteten Gemeinschaften (nur ein Ziel: Deutschland), ähnlich den von Nietzsche vorgeschlagenen Ordensverbänden: nicht zuletzt die körperliche Ertüchtigung, die Ausschließung der Kranken und Schwachen aus den höheren Bildungsanstalten ... Auch die äußere Gestaltung unserer Nation ist dem Nietzscheschen Ziele entsprechend: heute befinden wir uns in der von Zarathustra ersehnten Zeit, wo ein Volk sich sagt: ich will über Völker – *Herr* sein! Unsere Staatsmänner wissen auch um die Notwendigkeit des Krieges, der Gefahr, der Härte und der Zucht des großen Leidens: sie wissen, daß die politische Sendung des deutschen Volkes nicht an äußere Grenzen gekettet sein kann.“[81]

Wir wissen, wie das ausging!

Wenden wir uns der Frage zu, wie die bürgerliche Geschichts- und Philosophiegeschichtsschreibung der BRD die Rolle Nietzsches im Zusammenhang mit der geistigen Vorbereitung des Faschismus in Deutschland behandelt. Die Literatur über Nietzsche ist unübersehbar geworden, die Zahl der unterschiedlichen Nietzsche-Deutungen ist Legion. Wir müssen uns hier auf einige Bemerkungen beschränken.[82]

Die Skala der Bewertungen, die Nietzsche erfährt, reichte von jeher von dem Extrem der Heiligsprechung bis zu dem der Verdammung und des Bannfluchs, und so verwundert es nicht, daß wir auch hinsichtlich unserer Fragestellung sehr unterschiedliche Standpunkte vorfinden.[83] Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges bis heute ist dabei die Tendenz deutlich als bestimmend erkennbar, die Wegbereiterrolle Nietzsches für den Faschismus zu ignorieren oder zu leugnen, ihn von aller Schuld rein zu waschen oder ihn gar zum geistigen Gegenpol aller zum Faschismus hinführenden Tendenzen zu erheben. So wenig wie seinerzeit in den damaligen Westzonen die gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus beseitigt wurden, ebenso wenig erfolgte dort eine wirkliche Abrechnung mit der Ideologie, die den Faschismus geistig vorbereitet hatte. So konnten auch die faschistischen Nietzsche-Verherrlicher, voran Alfred Bäumler und Heinrich Härtle, bald wieder publizieren.

Soweit in den bürgerlichen Darstellungen unseres Problems überhaupt eine historische Schuld Nietzsches konstatiert wird, gibt man diese meist in einer falschen Richtung an: in seiner Abkehr vom Gottesglauben, in seiner Antichristlichkeit und dem angeblich erst daraus erwachsenen Immoralismus und Nihilismus.[84] Das Problem wird damit auf die rein ideengeschichtliche Ebene verschoben. Dabei erfolgt zumeist noch eine Reduzierung der Zusammenhänge auf die Beziehung der Personen Nietzsche und Hitler. Dies geschieht in besonders extremer Form, wenn das Problem durch den Vergleich der Psyche und Persönlichkeitsstruktur beider gelöst werden soll. Stets werden dabei die entscheidenden [300] historisch gesellschaftlichen Bezüge, die sozialökonomischen und klassenmäßigen Grundlagen sowohl der Philosophie Nietzsches als auch der Ideologie und Praxis des Faschismus ignoriert, ebenso die marxistisch-leninistische Literatur, die diese Zusammenhänge herausgearbeitet hat.

Ein besonders deutliches Beispiel für die hier angeführten Tendenzen ist das Buch von Ernst Sandvoss „Hitler und Nietzsche“.[85] Auf 200 Seiten versucht Sandvoss, zumeist mittels Textvergleichs, den Nachweis zu führen, daß Nietzsche und Hitler in ihrem Charakter, in ihren psychischen Eigenschaften und geistigen Grundhaltungen einander völlig glichen. Die Liste der Übereinstimmungen ist lang, sie reicht von pathologischer Ich-Bezogenheit, Sendungsbewußtsein, maßlosem Ehrgeiz und Eitelkeit, Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit, Selbstvergottung, Größenwahn, persönlichem Machtwillen, Ressentiment des Erniedrigten und Beleidigten auf Grund des Scheiterns im Beruf, krankhaftem Mißtrauen gegenüber den Menschen der Umgebung, Menschenverachtung, Intoleranz, verlogenem Wahrheits- und Opferpathos, Alles-oder-nichts-Mentalität, Schicksalsglauben und vielem anderen über die Taktiken der Diffamierung der Gegner und der Verdrängung des eigenen Versagens bis zu solchen Besonderheiten wie ihrer gemeinsamen Vorliebe für das Hochgebirge und ihrer

[81] Walter Spethmann, Der Begriff des Herrentums bei Nietzsche, Berlin 1935, S. 135 f., zit. nach Kaufhold, S. 300.
[82] Es sei hier wiederum auf die Darstellungen von Odujew, Auf den Spuren Zarathustras, und Kaufhold verwiesen.
[83] Siehe hierzu Kaufhold, S. 304 f.
[84] So schon 1947 Algermissen.
[85] Ernst Sandvoss, Hitler und Nietzsche, Göttingen 1969.

Abneigung gegen Alkohol und Tabak. Das alles wird mit zahllosen Zitaten von Nietzsche, Hitler und denen, die sie persönlich kannten, recht überzeugend belegt. Ohne Zweifel vermitteln die angeführten Tatsachen interessante Einblicke in die Psyche und Mentalität Nietzsches und Hitlers. Trotzdem ist das Buch zutiefst unbefriedigend: Die Mängel im Charakter und der Psyche zweier Personen werden geradezu in den Rang welthistorischer Ursachen für die furchtbarsten Ereignisse in unserem Jahrhundert erhoben. Es wird nicht einmal im Ansatz der Frage nachgegangen, warum, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen Persönlichkeiten wie der Philosoph Friedrich Nietzsche und der Politiker Adolf Hitler eine derartige Bedeutung erlangen konnten. Anders ausgedrückt: Das Problem wird mystifiziert, wenn man die Pathologie der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Endphase aus der Pathologie von Individuen erklärt.

Immerhin macht Sandvoss wenigstens noch den Versuch, eine Nachwirkung Nietzsches auf den Faschismus zu belegen, wenn auch mit untauglichen Mitteln. Die übergroße Mehrheit der bürgerlichen Philosophen und Historiker ignoriert oder bestreitet heute diese Nachwirkung. Man läßt sich nur ungern daran erinnern, daß auch der bürgerliche Humanist Thomas Mann, der zeit seines Lebens Nietzsche als seinen Lehrer verehrt hat, sich „im Lichte unserer Erfahrungen“ zu der Einsicht gedrängt sah, Nietzsche habe „als sensibelstes Ausdrucks- und Registrierinstrument mit seinem Macht-Philosophem den heraufsteigenden Imperialismus vorempfunden und die faschistische Epoche des Abendlandes ... als zitternde Nadel angekündigt ... Alles, was er in letzter Überreiztheit gegen Moral, Humanität, Mitleid, Christentum und für die schöne Ruchlosigkeit, den Krieg, das Böse gesagt hat, war leider geeignet, in der Schund-Ideologie des Faschismus seinen Platz zu finden.“[86]

Das Bestreben, die Beziehungen zwischen Nietzsche und dem Faschismus zu ignorieren, ist beispielsweise für die einflußreichen Nietzsche-Bücher der bekannten bürgerlichen Philosophen Martin Heidegger, Karl Jaspers und Eugen Fink[87] charakteristisch. Hinter [301] solchem Bestreben standen hauptsächlich zwei eng miteinander verbundene Interessen. Zum einen sollte der Faschismus, wie von seinen sozialökonomischen Grundlagen, so auch von allen historischen Wurzeln und geistigen Quellen in der deutschen Geschichte, darunter der Philosophie Nietzsches, abgelöst werden, um ihn, den Faschismus, zur Anomalie ohne geschichtliche Grundlagen, zur einmaligen Abweichung vom normalen Verlauf der deutschen Geschichte stempeln zu können. Zum anderen wurde damit Nietzsche rehabilitiert, um sein Ideenarsenal ungehindert einsetzen zu können. Der Buchtitel „Nietzsche und das Ende der Emanzipation“[88] spricht eine Grundintention aus.

Gerade in diesem Sinne ist in den letzten Jahren wieder eine erhebliche Zunahme der Beschäftigung mit Nietzsche zu verzeichnen.[89] Die Spannweite der Berufungen auf Nietzsche reicht heute von den alten und neuen Nazis und den Neokonservativen bis zu den Versuchen einer Synthese von Marx und Nietzsche bei den modernen Revisionisten.[90] Die marxistisch-leninistische Philosophiegeschichtsschreibung wird sich auch in Zukunft allen derartigen Versuchen einer Wiedererweckung der Ideen Nietzsches gegenüber unversöhnlich verhalten, wie sie bisher Nietzsche stets als philosophischen Gegner behandelt hat.

[303]

---

[86] Mann, S. 663 f.

[87] Martin Heidegger, Nietzsche, Bd. 1 u. II, Pfullingen 1961; Jaspers; Eugen Fink, Nietzsches Philosophie, Stuttgart (1960).

[88] Günter Rohrmoser, Nietzsche und das Ende der Emanzipation, Freiburg (1971). – Die Zielstellung Rohrmosers charakterisiert der Satz: „Nach dem definitiven Scheitern aller Versuche, durch marxistisch angeleitetes revolutionäres Handeln Entfremdung aufzuheben, hat Nietzsche eine Aktualität gewonnen, die nach der Erfahrung mit dem Faschismus nicht erwartet werden konnte“ (S. 7).

[89] Für das erneute Anwachsen der Beschäftigung mit Nietzsche zeugen u. a. das Erscheinen einer neuen Kritischen Gesamtausgabe der Werke Nietzsches, hrsg. von Giorgio Colli u. Mazzino Montinari, (West-)Berlin/New York 1967 ff., sowie der Nietzsche-Studien. Internationales Jahrbuch für die Nietzsche-Forschung, (West-)Berlin/New York 1972 ff.

[90] Zu letzteren Versuchen siehe Odujev, Auf den Spuren Zarathustras, S. 23.

Werner Krause: Faschismus und bürgerliche politische Ökonomie

1. Kontinuität und Diskontinuität ökonomischer Lehren im faschistischen Deutschland

Ökonomische Theorien in faschistischen Diktaturen haben wesentlich die gleichen Funktionen wie Wirtschaftslehren in Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in denen bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsformen existieren. „Letztlich besteht die allgemeine Aufgabenstellung der bürgerlichen und politischen Ökonomie nach wie vor darin, die heutige Form der bürgerlichen Ordnung, den staatsmonopolistischen Kapitalismus, gegen ernsthafte Gefahren und Erschütterungen zu verteidigen und am Leben zu erhalten. Diese gesellschaftliche Aufgabe wird aber heute nicht mehr nur durch die ideologische Rechtfertigung des kapitalistischen Systems erfüllt. Im Zusammenhang mit der Funktionsweise des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist es gleichzeitig notwendig geworden, wissenschaftliche Leitungsinstrumente für die kapitalistische Wirtschaftsführung zu schaffen. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die bürgerliche Ökonomie der Gegenwart ihrer allgemeinen gesellschaftlichen Aufgabe nur dadurch gerecht wird, daß sie zwei Funktionen ausübt: eine ideologische und eine wirtschaftspolitische Funktion.“[1]

Das Interesse der Wirtschaftspolitiker der kapitalistischen Staaten wie auch der Vertreter der großen Konzerne und Monopolverbände, vom Standpunkt der Erhaltung und Ausdehnung ihrer Macht „ihren eigenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen ein möglichst klares und richtiges Bild der ökonomischen Wirklichkeit zugrunde legen zu können“[2], besteht in jedem kapitalistischen Land, unabhängig von seiner konkreten Staatsform. Ob diese Form die konstitutionelle Monarchie, die bürgerliche Republik oder die faschistische Diktatur ist, läßt die ökonomische Theorie weitgehend unberührt. Ein Blick auf die Geschichte der politischen Ökonomie in Deutschland bestätigt diese These; die ökonomischen Theorien, die sowohl in der Hohenzollernära und der Weimarer Republik als auch zur Zeit der faschistischen Herrschaft das Feld der bürgerlichen wirtschaftswissenschaftlichen Lehren beherrschten, war durch eine gewisse Kontinuität geprägt.

Diese Feststellung wird mit Vorbehalt und nicht ohne Einschränkung gemacht; denn die politische Situation drückt der Art der Gestaltung einer ökonomischen Lehre ihren besonderen Stempel auf. Läßt die Diskussion um ökonomisch-theoretische Probleme in Lehrbüchern und Fachorganen auch einen gewissen Spielraum für eine Fachdiskussion, [304] die von politischen Tagesfragen unabhängig ist, so können ökonomische Theorien selbstverständlich insgesamt nicht bezuglos zur politischen Situation bleiben, in der sie entstehen und verbreitet werden.

Die reaktionäre politische Bewegung, die der Faschismus darstellt, hat ihre Basis in einem besonders aggressiven staatsmonopolistischen Kapitalismus, und die ökonomischen Lehren, die in faschistischen Staaten entstehen bzw. wiederaufleben, lassen ungeachtet der erwähnten Kontinuität den besonderen Charakter dieser Basis erkennen. In faschistischen Staaten sind staatsmonopolistische Reglementierung und Regulierung der Wirtschaft besonders ausgeprägt, was durch die ökonomischen Theorien reflektiert wird.

Die Herrschaftsmethoden, die der aggressivste Teil des Monopolkapitals in diesen Ländern anwendet, geben den ökonomischen Theorien ferner ein zusätzliches Gepräge, das sich in gewissem Maße von ökonomischen Lehren unterscheidet, die in Staaten der bürgerlichen Demokratie zur herrschenden akademischen Lehrmeinung gehören. Ökonomische Theorien erfüllen neben der wirtschaftspolitischen eben auch eine ideologische Funktion. Die faschistischen Ideologen suchen die herkömmlichen ökonomischen Interessen mit einer politischen Grundeinstellung zu verbinden, die den speziellen Interessen der reaktionärsten Gruppen der Monopolbourgeoisie entspricht.

[1] Herbert Meißner, Die Funktionen der bürgerlichen politischen Ökonomie im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive, hrsg. von Herbert Meißner, Berlin 1976, S. 51 f. Siehe auch Herbert Meißner/Alfred Bönisch, Die Entwicklung der bürgerlichen politischen Ökonomie in der Periode des Kapitalismus, in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, hrsg. von Lotte Zumpe, Berlin 1976, S. 286 ff.
[2] Meißner, S. 53.

Es ist allerdings ungerechtfertigt, von einer „faschistischen politischen Ökonomie“ zu sprechen. Die Basis jener Lehren, die zur Zeit faschistischer Herrschaft entstehen, ist und bleibt der staatsmonopolistische Kapitalismus. Bezeichnenderweise werden in faschistischen Staaten durchaus in weitem Maße ökonomische Lehren akzeptiert, die unter einer bürgerlich-parlamentarischen Ordnung entstanden sind. Es ist ferner recht aufschlußreich, daß manche ökonomische Theorie, die zur Zeit der faschistischen Herrschaft entwickelt wurde, das politische Regime beträchtlich überlebte und noch recht wirksam war, nachdem der Faschismus zerschlagen bzw. zurückgedrängt worden war und sich die Monopolbourgeoisie wieder einer anderen Herrschaftsform bediente.

Der These von der Nichtexistenz einer spezifischen „faschistischen politischen Ökonomie“ scheint die Tatsache zu widersprechen, daß es einen „Faschisierungsprozeß“ der ökonomischen Lehre in Deutschland gab. Tatsächlich ist in den Jahren des „Dritten Reiches“ der Druck auf die bürgerlichen Ökonomen, sich den politischen Verhältnissen anzupassen, andererseits die Bereitschaft der Ökonomen, ein Bekenntnis zum faschistischen Staat und zur Ideologie der NSDAP abzulegen, sehr groß gewesen. Doch hat dieser Faschisierungsprozeß den Inhalt der bürgerlichen ökonomischen Theorien nicht so wesentlich verändert, daß wir berechtigt wären, von einer spezifischen „faschistischen politischen Ökonomie“ zu sprechen.[3]

Einschränkend muß jedoch bemerkt werden, daß das Beispiel Hitlerdeutschlands allein sich nur in bedingtem Maße als Grundlage zu einer umfassenden Behandlung des Themas „Faschismus und bürgerliche politische Ökonomie“ eignet. Aus historischer Sicht war die faschistische Herrschaft in Deutschland nur von verhältnismäßig kurzer Dauer. Die Periode von zwölf Jahren, über die ein Urteil hinsichtlich der Widerspiegelung einer bestimmten politischen Situation in einer spezifischen Ideologie gefällt werden soll, wird noch beträchtlich durch die Zeit des zweiten Weltkrieges eingeengt, in der die Thematik der ökonomischen Literatur wiederum stark modifiziert wurde. Eine erschöpfende Be-[305]handlung des Themas würde eine umfassendere Analyse der politischen Ökonomie in jenen Ländern notwendig machen, die der faschistischen Gewaltherrschaft ausgesetzt sind bzw. ihr ausgesetzt waren – eine Aufgabe, die die marxistische Forschung im wesentlichen noch zu leisten hat.

Die politische Ausrichtung der bürgerlichen Ökonomie zur Zeit der faschistischen Herrschaft in Deutschland hat sich, wie in anderen Bereichen, unter dem Schlagwort „Gleichschaltung“ vollzogen. Von der Gleichschaltungskampagne, einer politischen Repressalie großen Stils, einem Generalangriff auf politische Gegner oder „Ungeeignete“, die bislang wichtige Positionen des öffentlichen Lebens einnahmen, verbunden mit einer Umverteilung der Amtes zugunsten von Parteigängern oder Mitläufern der faschistischen Bewegung und mit einer teilweisen Umstrukturierung und Umorientierung bestimmter Organisationen, waren die bürgerlichen Ökonomen, soweit sie sich nicht von vornherein zum Faschismus bekannten, nicht minder betroffen als andere Vertreter des öffentlichen Lebens.[4]

Die Form, in der sich der Versuch vollzog, die ökonomische Theorie und die Wirtschaftspropaganda der faschistischen Ideologie unterzuordnen, war vorrangig eine Diskussion um eine „neue Lehre“, um Gegenstand und Methode der politischen Ökonomie, die sich mit Begriffen wie „völkische Lehre“ und einem neuen Werturteilsstreit verbanden. Die „Gleichschaltung“ der bürgerlichen Ökonomie sowie die Suche nach einer „völkischen Lehre“ sind unter dem Aspekt zu sehen, daß die Argumentationen über ökonomische Probleme, die zuständige Sprecher der NSDAP vor dem Jahre 1933 in ihren Propagandareden und -schriften äußerten, für die Zeit der faschistischen Herrschaft nicht mehr brauchbar erschienen. Zur Zeit der Weimarer Republik war es vor allem Gottfried Feder, der mit seinem bereits 1919 erschienenen Manifest zur „Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“, die er als „Radikalmittel zur Gesundung der leidenden Menschheit“ anpries, der ökonomischen Propaganda der NSDAP Munition lieferte. Mit Hilfe einer pseudorevolutionären Phraseologie suchte Feder der marxistischen Arbeiterbewegung Konkurrenz zu machen. Das Programm einer vorgeblichen radikalen Veränderung der Gesellschaftsordnung war so angelegt, daß das kapitalistische System insgesamt

[3] Werner Krause, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz, Berlin 1969. Siehe auch M. N. Šmit, Očerki istorii buržuaznoj političeskoj ėkonomii, Moskau 1961; Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, Berlin 1965.
[4] Krause, Wirtschaftstheorie, S. 59 ff.

nicht in Frage gestellt wurde, gleichzeitig aber zum Stimmenfang ein demagogischer Feldzug gegen das Leihkapital geführt wurde.[5]

Einen schmählich gescheiterten Versuch einer Verbindung der traditionellen ökonomischen Lehre mit der faschistischen Ideologie unternahm frühzeitig Hans Buchner in seinem „Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre“.[6] Buchner reflektierte allerdings nur die Ideen von Feder und von Max Frauendorfer, die neben den beiden Brüdern Strasser für einige Zeit zu den wichtigsten Sprechern der NSDAP in ökonomischen Frager avancierten. Frauendorfer hatte vor 1933 vor allem versucht, den mit der italo-faschistischen und katholisch-klerikalen Ideologie verknüpften Berufsständegedanken theoretisch zu untermauern.[7] Erwähnenswert ist aus der Zeit vor 1933 ferner vor allem die Propagierung des Autarkiegedankens durch Otto Strasser und die soziale Demagogie von Gregror Strasser, der sich als Reichsorganisationsleiter der NSDAP bis zu seiner Ausbootung im Dezember 1932 auch der wirtschaftspolitischen Propaganda widmete.[8]

[306] Bemerkenswert an den erwähnten Schriften und Autoren ist, daß sie nach 1933 ausnahmslos in der Versenkung verschwanden. Nach der Konsolidierung der Politischen Macht und nach der Ablösung der Wirtschaftskrise durch die anlaufende Rüstungskonjunktur standen in der ökonomischen Propaganda für die Monopolbourgeoisie andere Fragen vorrangig auf der Tagesordnung als die Aufgabe, mit scheinrevolutionären Phrasen auf Stimmenfang zu gehen. Die antikapitalistische Note, die in der ökonomischen Propaganda der Hitlerfaschisten hier und da immer noch eine nicht unbeträchtliche Rolle spielte, wurde nach der Konsolidierung der faschistischen Herrschaft stark abgeschwächt. Die hinderlichen, nur mühsam theoretisch verbrämten propagandistischen Losungen, wie die Forderung nach „Brechung der Zinsknechtschaft“, die Einführung des „Feder-Geldes“ oder die Ständestaatpropaganda wurden über Bord geworfen, als Aufrüstungs- und Rationalisierungspläne eine immer größere Rolle in der Wirtschaftspolitik zu spielen begannen.[9]

Zu den Autoren, die hofften, in der Zeit des „Dritten Reiches“ eine einheitliche Volkswirtschaftslehre offerieren zu können, die sowohl den Politisch-ideologischen Wünschen des herrschenden Regimes Rechnung trug als auch eine praktische, wirtschaftspolitische Funktion zu erfüllen vermochte, gehörten Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, der seine bereits in vorausgehenden Jahren entwickelte Gebildelehre neu aufpolierte[10], und Werner Sombart mit seinem „Deutschen Sozialismus“[11]. Diese Versuche scheiterten[12] ebenso wie der Versuch Othmar Spanns, seine profaschistische katholisch-„universalistischen“ Lehre[13] in Deutschland einzubürgern.

Andere Autoren, wie Erwin Wiskemann[14] und Fritz Nonnenbruch[15], betrieben intensiv die ideologische Ausrichtung der bürgerlichen Ökonomie, blieben aber im Effekt recht wirkungslos, zumal da ihre Konzeptionen, die sie als ökonomische „Theorie“ anzubieten hatten, im Niveau noch unter denen eines Sombart, Spann und Gottl-Ottlilienfeld standen.

---

[5] Näheres bei ebenda, S. 17 ff.
[6] Hans Buchner, Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre, München 1933.
[7] Zur Bedeutung der Theorie von der berufsständischen Ordnung siehe Harry Maier, Soziologie der Päpste. Lehre und Wirkung der katholischen Sozialtheorie, Berlin 1965.
[8] Kurt Gossweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre (30. Juni 1934), phil. Diss., Berlin 1963.
[9] Siehe Krause, Wirtschaftstheorie, S. 76.
[10] Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, Die Läuterung des nationalökonomischen Denkens als deutsche Aufgabe, Berlin 1934; derselbe, Volk, Staat, Wirtschaft und Recht, Berlin 1936.
[11] Werner Sombart, Deutscher Sozialismus, Berlin 1934.
[12] Siehe dazu Werner Krause, Werner Sombarts Weg vom Kathedersozialismus zum Faschismus, Berlin 1962; derselbe, Wirtschaftstheorie; A. M. Watschischin Werner Sombarts Modelle vom „deutschen Sozialismus“ – eine theoretische Grundlage des Nationalsozialismus, in: Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Theorien des Sozialismus (1917-1945), hrsg. in deutscher Sprache von Werner Krause, Berlin 1978, S. 127 ff.
[13] Othmar Spann, Kämpfende Wissenschaft. Gesammelte Abhandlungen zur Volkswirtschaftslehre, Gesellschaftslehre und Philosophie, Jena 1934.
[14] Erwin Wiskemann Die neue Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1936.
[15] Fritz Nonnenbruch Dynamische Wirtschaft, München 1942.

Der von den genannten Autoren unternommene Versuch, eine ökonomische Lehre ins Leben zu rufen, die nach den Bedürfnissen des Monopolkapitals sowohl eine Theorie und ein entsprechendes Instrumentarium für die Volkswirtschaft als auch eine Lehre liefern sollte, die sich mit den faschistischen Propagandalosungen in Übereinstimmung befand, scheiterte an dem Widerspruch zwischen der kapitalistischen Praxis und der faschistischen Propaganda. Forderte die Praxis eine Realitätsbezogenheit zum ökonomischen Leben, so waren und blieben die faschistischen Propagandalosungen reine Demagogie.

Ein Beispiel für diesen Konflikt ist das Schicksal der „Ständestaat"propaganda vor und nach 1933. Die sogenannte berufsständische Ordnung spielte in der faschistischen [307] Propaganda vor 1933 eine beachtliche Rolle, wenn sie auch stets hinter anderen Themen (Versailles, Marxismus, „Judentum") zurückstand. Die Ständestaatpropaganda enthielt einen Angriff auf die bürgerlich-parlamentarische Ordnung. Für ein politisches Regime, das unter Wahrung der Interessen der Bourgeoisie einerseits mit sozialen Phrasen operierte, andererseits aber alle sozialistischen und demokratischen Regungen und Einrichtungen zu unterdrücken beabsichtigte, bot die berufsständische Ordnung, von der das Korporationssystem der italienischen Faschisten eine Variante darstellte, eine Möglichkeit, den beabsichtigten sozialökonomischen Veränderungen eine passende Form zu geben, die gedanklich bereits von katholischen Klerikern ausgearbeitet vorlag. Die berufsständische Ordnung beinhaltete einen erzwungenen „Frieden" zwischen den Klassen, und sie ermöglichte es, den Terror gegen die Ausgebeuteten durch Demagogie zu verbrämen. Heuchlerisch konnte verkündet werden, daß Kapital und Arbeit durch Zusammenschluß „friedlich" zusammenwirkten.

Doch unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 wurde die Ständestaatpropaganda auf geben. Die Idee der *Ständeordnung*, die sowohl eine Zusammenfassung nach Berufen als grundsätzliches Organisationsprinzip als auch die politisch-organisatorische Zwangsvereinigung von Unternehmern und Arbeitern zum Inhalt hatte, wurde für eine gewisse Zeit noch als ideologische Stütze bei der Durchsetzung staatsmonopolistischer Maßnahmen benutzt. Im Prinzip jedoch wurde sie schließlich aufgegeben, weil die berufsmäßige Gliederung der Wirtschaft im Widerspruch zum Herr-im-Hause-Standpunkt der Monopolherren stand. Zur Durchsetzung dieses Standpunktes suchten sie die Wirtschaft nach reinen Unternehmerorganisationen zu gliedern, um die Unternehmerverbände besser unter die Kontrolle der Monopole im Rahmen der sogenannten „Selbstverwaltung der Wirtschaft" stellen zu können.

Die Verwirklichung dieses Vorhabens erfolgte auf der Grundlage des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 in der Zeit vom Februar bis November 1934 und wurde mit dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft" vom 27. Februar 1934 juristisch verankert. Über die aufgegebene Ständestaatidee aber schrieb ein bürgerlicher Ökonom, wobei er fälschlicherweise die Rolle Hitlers besonders hervorhob: „Die im Frühjahr 1933 unternommenen dilettantischen Versuche, an Hand von allein theoretisch gewonnenen Erkenntnissen mit Reißbrett, Zirkel und bunten Stiften in wenigen Wochen den sogenannten ständischen Aufbau zu machen, wurden daher mit Recht vom Führer mit dem kurzen Hinweis abgetan, daß dies nicht eine Sache von Wochen, sondern eine Angelegenheit des Jahrhunderts sei. Das aber will besagen, daß die neue Ordnung eben nicht theoretisch gebildet werden, sondern allein aus dem Lebenskampf, im tätigen Zusammenspiel und in wechselseitiger Befruchtung von praktischer Gestaltung und wissenschaftlicher Erkenntnis wachsen kann."[16]

2. Zur Rolle der traditionellen ökonomischen Lehre in Deutschland nach 1933

Das Schicksal des Ständestaatgedankens steht hier als ein Beispiel für andere aufgegebene Losungen der faschistischen „Theoretiker" und Politiker aus der Zeit vor 1933, die sich in die ökonomische Theorie nicht integrieren ließen, weil sie der Monopolbourgeoisie keinen [308] praktischen Nutzen brachten, ja sich in ihrer sozialdemagogisch gefärbten Diktion oft als lästig erwiesen.

Gefragt waren vielmehr traditionelle Theorien, die sich mit der Idee der „gelenkten Wirtschaft" vereinbaren ließen. Tatsächlich ist der Ruf nach einer mit entsprechendem propagandistischem Beiwerk

[16] Friedrich Völtzer, Vom Werden des deutschen Sozialismus, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 96/1936, S. 1 f.

versehenen Volkswirtschaftslehre, die der Regulierungsproblematik besondere Aufmerksamkeit schenkte, bis zum Zusammenbruch des Regimes im Jahre 1945 nicht mehr aus der Diskussion verschwunden.

Neben einer ziemlich lebhaften Diskussion um eine derartige „Erneuerung" der Volkswirtschaftslehre registrieren wir gleichzeitig die Tatsache, daß im faschistischen Deutschland der Theoretiker in Fragen der praktischen Wirtschaftspolitik keinen großen Stellenwert hatte.

Dieser Widerspruch erklärt sich aus dem Bestreben der faschistischen Ideologen, die ökonomische Lehre in Übereinstimmung mit der faschistischen Ideologie zu bringen. Die Hitlerfaschisten gaben ihren „Nationalsozialismus" als Überwindung des „kapitalistischen Systems", als „deutschen Sozialismus" aus. Dieser Anspruch stand im Gegensatz zur traditionellen bürgerlichen Ökonomie, die ganz selbstverständlich auf den kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus eingeschworen war. Die kapitalistische Praxis konnte wiederum nicht auf die traditionellen Ökonomen verzichten, die häufig von den Faschisten des „Liberalismus", manchmal sogar des „Marxismus" bezichtigt wurden. Aus diesem Dilemma, dem Ruf nach einer faschistischen Volkswirtschaftslehre einerseits und dem Zwang andererseits, in den praktischen Fragen der Wirtschaftspolitik auf die traditionellen Lehren zurückzugreifen, entstand die erwähnte lebhafte Diskussion um die Erneuerung der ökonomischen Lehre.

Bezeichnend für die Situation war das Buch „Die dynamische Wirtschaft" von Fritz Nonnenbruch, dem langjährigen Wirtschaftsredakteur des „Völkischen Beobachters". In einer Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie hat dieses Machwerk keinen Platz; in der ökonomischen Fachliteratur wurde es nur naserümpfend zur Kenntnis genommen. Aber als Dokument zur Beleuchtung der geistigen Situation ist es sehr bezeichnend.[17] Nonnenbruch wollte das Problem lösen, die faschistische Herrschaft als „deutschen Sozialismus" schmackhaft zu machen, den Kapitalismus als angeblichen Nichtkapitalismus und zugleich den „Nationalsozialismus" faktisch als Nichtsozialismus zu erklären. Die „Lösung" dieses Problems sah er in einer Flucht in die abstrusen Phrasen der faschistischen Rassenideologie und in die Mystik bei gleichzeitigem Praktizismus.

Ein großer Teil des Buches diente dazu, die Bedeutung ökonomischer Theorien herabzumindern und die praktische Wirtschaftspolitik der Faschisten zu rechtfertigen. So heißt es dort: „Selbstverständlich wollen wir eine ideale Wirtschaft. Eine ideale Wirtschaft ist die in höchstem Maße praktisch laufende Wirtschaft. Was aber praktisch ist, soll der Verstand nicht durch seine theoretischen Konstruktionen bestimmen."[18] Und nach einer Polemik gegen den Aufbau in der Sowjetunion: „Der nach einer Theorie gemachte Sozialismus ist Ramschsozialismus."[19] Im Gegensatz zum wissenschaftlichen Sozialismus, dem Marxismus, sei der „Nationalsozialismus", der „deutsche Sozialismus", ganz auf praktische Politik ausgerichtet: „Bindet sich eine Regierung an eine Theorie, [309] dann schnürt sie ihre Bewegungsfreiheit ein ... Der Nationalsozialismus verzichtet um der Gestaltungsfreiheit willen auf eine Theorie. Er verzichtet damit auf ein Bild, wie die Wirtschaft des deutschen Sozialismus in ihren Einzelheiten aussieht. Der Glaube des Volkes an den Nationalsozialismus ist mehr wert als ein solches Bild. Dieser Glaube des deutschen Volkes an die Zukunft entspringt dem Charakter seiner Rasse."[20] Nonnenbruch suchte theoretisches Denken als der jüdischen Rasse zugehörend abzuqualifizieren, „Mystik" und „schicksalsmäßige Verwandlung" mit einem „freien Schöpfertum des nordischen Menschen" zu identifizieren und sich auf diese Art von früher fixierten Programmpunkten der Hitlerpartei loszusagen.

Im wirtschaftlichen Leben war der Rat der Wissenschaft nach 1933 eher unerwünscht als gefragt. So bezog Hjalmar Schacht einmal bezeichnende „Führerworte" auf den Handel: „Der Handel ist am wenigsten geeignet, nach dogmatischen Systemen und Theorien betrieben werden zu können." Niemand stimme deshalb den Worten des Führers freudiger zu als der praktische Kaufmann; denn Hitler habe gesagt: „‚Wir wissen ganz genau, daß wir zu keiner Stelle die Initiative der Persönlichkeit hemmen

[17] Die 1. Aufl. des Buches erschien 1936 im Zentralverlag der NSDAP, die 5. Aufl. 1942; das Buch erreichte allerdings nur eine Gesamtauflage von 17.000 Exemplaren.
[18] Nonnenbruch, S. 22.
[19] Ebenda, S. 23.
[20] Ebenda, S. 24 f.

dürfen', und ‚wir wollen uns hüten vor irgendeiner Doktrin'. Es kommt in der praktischen Wirtschaft niemals auf Doktrinen an, sondern auf die nüchterne Erkenntnis dessen, was ist."[21]

Bitter beklagten sich einige Ökonomen über die mit diesem Pragmatismus verbundene Abwertung der Wirtschaftswissenschaft. Gerhard Albrecht sprach 1935 in einer Rezension von den „oft hemmungslosen Angriffen einer jungen Generation gegen alles was Wirtschaft, so wie sie ist, und Wirtschaftswissenschaft, so wie sie überliefert wurde". Einige seien „von Tagesschlagworten geblendet und meist ohne ausreichenden Einblick in die tatsächlich geleistete wissenschaftliche Arbeit zur Deutung und Erklärung des Wirtschaftslebens und seiner Entwicklung seit Mitte des 18. Jahrhunderts bis an die Schwelle der Gegenwart" und ließen „laut und hemmungslos ihren Ruf zur Abkehr von allem, was gewesen ist, oder was vor ihnen war, ertönen". Die Einschätzung der eingeführten Neuerungen durch die Wissenschaft sei eine Leistung, die im Augenblick nicht allzu begehrt sei.[22]

Kurt Gossweiler hat darauf aufmerksam gemacht, daß sich hinter dieser Abneigung gegen die Wissenschaft, hinter der Geringschätzung des Ratschlags der Wirtschaftswissenschaft im „Dritten Reich" sowie hinter den dagegen opponierenden Stimmen auch Meinungsverschiedenheiten verschiedener Interessengruppen innerhalb des Monopolkapitals über wirtschaftspolitische Fragen verbergen. Er weist darauf hin, daß die Stimmen, „die vor einer Unterschätzung der Theorie warnen, in den Jahren 1935 bis 1937 ertönen, in jenen Jahren also, da sich die Auseinandersetzungen um den Kurs der Wirtschaftspolitik zwischen Schacht und seinen Parteigängern auf der einen, Göring und den IG Farben (Krauch) auf der anderen Seite rasch zuspitzten. Dabei waren Schacht und die Seinen bemüht, den Nachweis zu führen – wozu sie auch theoretische Leitsätze heranzogen –, daß die Vierjahresplanpolitik der maximalen Selbstversorgung gefährlicher ökonomischer Unfug sei. Ihre politischen und militärischen Gegenspieler setzten solcherlei Warnungen ein schlagendes Argument entgegen: Wenn wir erst gesiegt haben, werden die Besiegten für alles aufkommen müssen! Die sich auf den zweiten Waffengang um die Neuauf-[310]teilung der Welt vorbereitende deutsche imperialistische Bourgeoisie bedurfte keiner abgerundeten ökonomischen Lehre; die für sie adäquate politische Ökonomie war eine Ökonomie der maximalen Indienststellung aller wirtschaftlichen Kräfte für die raschestmögliche Kriegsvorbereitung und für den Krieg selbst sowie des Ausgleichs und der Heilung aller dadurch hervorgerufenen Spannungen, Verzerrungen und Disproportionen durch Ausraubung und Plünderung fremder Länder und Völker."[23]

Die Orientierung auf eine kriegsvorbereitende Wirtschaft hatte eine wesentliche Einengung der mit dem Begriff „ökonomischer Liberalismus" umschriebenen Flexibilität der Wirtschaftspolitik und eine beträchtliche Zunahme dirigistischer Maßnahmen zur Folge.

Im faschistischen Deutschland wurde es unter den Ökonomen daher üblich, von der Notwendigkeit einer „gelenkten Volkswirtschaft" zu sprechen. Unter diesem Schlagwort verbarg sich die Sprachregelung für die Rechtfertigung der staatlichen Einmischung in die Wirtschaft und für die Erarbeitung eines geeigneten Instrumentariums zur Regulierung der Wirtschaft mit Hilfe der Staatsmacht. Die Lobpreisung des Staatsinterventionismus durch die bürgerlichen Ökonomen wurde im faschistischen Deutschland zum Grabgesang für den sogenannten Liberalismus.

Ihre besondere Nuancierung erhielten die Abhandlungen über die „gelenkte Wirtschaft" im faschistischen Deutschland Mitte der 30er Jahre durch optimistische Äußerungen über den Konjunkturverlauf und gleichzeitige Klagen über den miserablen Zustand der „deutschen Volkswirtschaftslehre". Der äußere Optimismus wurde durch den Rüstungsboom beeinflußt, durch das beträchtliche Ansteigen der Nachfrage nach Kriegsmaterial, für das das „Reich" als Besteller auftrat. Hatte es zwar hinsichtlich der schlechten Devisen- und Rohstofflage beträchtliche Sorgen gegeben, so wurden diese Probleme von der rosigen Stimmung in der ökonomisch-theoretischen Literatur überlagert, die durch den Wunderglauben an die wohltuende Allmacht des Staates verursacht war.

[21] Deutsche Geschichte von 1918 bis 1938 in Dokumenten, Stuttgart 1938, S. 365 f.; Schacht in Berlin vor dem Beirat der Reichsgruppe „Handel" am 11.12.1935.
[22] Gerhard Albrecht, Rezension, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 141/1938, S. 618 ff.
[23] Kurt Gossweiler, Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis im faschistischen Deutschland, in: JfW, 1975/11, S. 236 f.

Die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft wurden sowohl als Fortschritt gegenüber der traditionellen „liberalistischen“ Lehre als auch als Überwindung des Kapitalismus angepriesen. So schrieb Hans Peter, der zu jener Zeit wesentliche Beiträge zur Formierung der bürgerlichen Regulierungstheorie lieferte, im Jahre 1943: „Die gelenkte deutsche Volkswirtschaft löst sich mehr und mehr von den überkommenen Vorstellungen der kapitalistischen Vergangenheit. Bei den Versuchen einer tieferen Fundierung der wirtschaftlichen Grundsätze stößt man immer auf die Schwierigkeit, das wirtschaftliche Erfahrungsgut aus der Hülle alter Formen herausschälen zu müssen, die ihm die Theoretiker der kapitalistischen Epoche gegeben haben.“[24] Und Horst Jecht schrieb über die vorzunehmende Korrektur der ökonomischen Auffassungen: „Die deutsche Wirtschaftspolitik seit 1933 hat zu einem tiefgreifenden Wandel der in früherer Zeit vorherrschenden Anschauungen über das Verhältnis des Menschen zur Wirtschaft geführt. Galt diese früher als schicksalhaftes Geschehen, das durch staatliche Eingriffe allenfalls in bestimmter Hinsicht beeinflußt und in seinen Auswirkungen auf den wirtschaftenden Menschen gemildert werden konnte, so hat sich nunmehr der Gedanke einer Meisterung durch bewußte staatliche Lenkung in immer stärkerem Maße durchgesetzt. Er zwingt auch die hartnäckigsten Verfechter des Grundsatzes wirtschaftlicher Selbstregelung zu einer Überprüfung ihrer Ansichten und legt der Wirtschaftswissenschaft die Pflicht zur Selbstbesinnung über be-[311]stimmte bisher als unanfechtbar angesehene Ausgangspunkte ihrer Lehre auf.“[25] Das „System einer gelenkten Marktwirtschaft“ wurde von Erich Preiser als ein „neues Wirtschaftssystem“ angepriesen; die deutsche Wirtschaftspolitik habe den Charakter der Wirtschaft „seit der Machtübernahme“ von Grund auf verändert.[26] Dies sei dadurch geschehen, so meinte Ludwig Häberlein, der „das Verhältnis von Staat und Wirtschaft“ vom Gesichtspunkt einer „nationalsozialistischen Marktordnung“ betrachtete, daß „der ruinöse, falsche Preis- und Machtwettbewerb des liberalistischen Systems der freien Wirtschaft, der den Wirtschaftskörper zerrüttete“, ausgeschaltet worden sei.[27]

Während es nicht an Stimmen mangelte, die in den Ruf nach einer theoretischen Fundamentierung der Politik der „gelenkten Wirtschaft“ einfielen, so waren die Beiträge, die zur Zeit der faschistischen Herrschaft in Deutschland dazu geleistet wurden, von einigen Ausnahmen abgesehen, von denen noch die Rede sein wird, im ganzen recht kümmerlich. Im Jahre 1941 versuchte Erich Preiser, die Begriffssystematik der „gelenkten Wirtschaft“ zu erarbeiten. Er behandelte das Thema aber so abstrakt, daß die Schrift für die ökonomische Praxis unbrauchbar blieb. Ähnlich erging es Hans Weigmann, dem Herausgeber des seit 1941 erschienenen „Archivs für Wirtschaftsplanung“, das in Verbindung mit der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ herausgegeben wurde.[28]

In theoriegeschichtlicher Hinsicht bedeutungsvoller waren die Versuche einiger Ökonomen, sich mathematischer Analysen zu bedienen, um der Wirtschaftsführung einige Instrumentarien in die Hand zu geben. Verfolgt man die Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie, insbesondere jener Richtungen, die aus der Grenznutzenschule hervorgingen, dann wird deutlich, daß die Anwendung mathematischer Methoden bereits seit mehr als einem halben Jahrhundert praktiziert wurde. In Deutschland hatte die mathematische Richtung der bürgerlichen Ökonomie wegen der Vorherrschaft der auf vorwiegend empirisch-beschreibender Erforschung des Wirtschaftslebens orientierten historischen Schule der bürgerlichen politischen Ökonomie zwar nie recht Fuß fassen können; und auch zur Zeit des Faschismus war man vielfach schnell bereit, die mathematischen Methoden als zur „liberalistischen Ära“ gehörig einzuordnen. Aber die Diskussion darüber verstummte nicht.

Am 18. Januar 1936 kam es zur ersten Tagung einer von Wirtschaftspraktikern initiierten „Gemeinschaft von Förderern der mathematischen Wirtschafts- und Sozialforschung“. Eine Zeitschrift, das „Archiv für mathematische Wirtschafts- und Sozialforschung“, wurde im Jahre 1935 herausgegeben. All dies geschah mit dem Ziel, die in Deutschland vernachlässigte mathematische Wirtschaftsforschung zu

[24] Hans Peter, Theoretische Grundlagen der gelenkten Volkswirtschaft, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 157/1943, S. 289.
[25] Horst Jecht, Geleitwort zu Gerda Kühnemann, Kritische Untersuchungen zur Konjunkturtheorie, Berlin 1941, S. 7.
[26] Erich Preiser, Wesen und Methoden der Wirtschaftslenkung, in: Finanzarchiv, 8/1941, S. 225.
[27] Ludwig Häberlein, Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, Bd. 2, Berlin 1938, S. 126.
[28] Hans Weigmann, Zur gegenwärtigen Problemlage der Wirtschaftsplanung, Bd. 1, Berlin 1941.

beleben. Zu den Herausgebern des „Archivs“ gehörten bürgerliche Ökonomen, die auch nach 1945 in der bürgerlichen Ökonomie einen klangvollen Namen hatten: Hans Peter, Erich Schneider und Heinrich von Stackelberg. Nach einigen bemerkenswerten Ansätzen wurde das Erscheinen des „Archivs für mathematische Wirtschafts- und Sozialforschung“ jedoch schon nach wenigen Jahren eingestellt, während andere Fachzeitschriften weiter erscheinen durften. Die faschistische Wirtschaftspolitik vertrug aus mancherlei Gründen offensichtlich keine zahlenmäßige wissenschaftliche Durchleuchtung. [312]

3. Erfordernisse der Wirtschaftspraxis und bürgerliche Ökonomie

Mit der Liquidierung des „Archivs“ war die Diskussion um die Probleme der „gelenkten Wirtschaft“ keineswegs beendet. Gerade von den genannten Herausgebern des „Archivs“ erschien in der Folgezeit in anderem Rahmen eine Reihe von Schriften, die sich über das allgemein sehr niedrige Niveau der bürgerlichen Ökonomie im faschistischen Deutschland hinaushoben. Die wachsende Verbreitung der Ansichten bürgerlicher Ökonomen über Notwendigkeit, Vorteile und Folgen einer staatlichen Einflußnahme auf den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß reflektierte die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ganz deutlich.[29]

Wie die bürgerlichen Theorien über die staatliche Regulierungstätigkeit, so ist auch die bürgerliche Kreislauftheorie, die nicht einzelne Aspekte des kapitalistischen Reproduktionsprozesses untersucht, sondern den Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Reproduktion zum Gegenstand der Untersuchung hat, dazu geeignet, eine wirtschaftspolitische Funktion auszuüben. Sie bildet nicht nur eine theoretische Grundlage für die Wirtschaftspolitik der Monopolbourgeoisie, sondern auch eine statistische Basis für Wirtschaftsregulierungskonzepte, die mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufgestellt werden.[30]

Diese ökonomischen Problemlehren entsprachen und entsprechen den Anforderungen, die die Monopolbourgeoisie an ihre Ideologen stellt, und jene ökonomischen Schulen und Richtungen kommen ihnen am ehesten nahe, die die staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung zum Untersuchungsfeld gemacht haben. (In der Gegenwart ist das der Neokeynesianismus und die sogenannte neoklassische Synthese.)

In faschistischen Staaten herrschen in der Regel ökonomische Theorien, die eben diese Regulierungsproblematik zum Inhalt haben. Die Kreislauftheorie kam in bestimmtem Maße den Forderungen an die bürgerliche Lehre entgegen, die Regulierungsproblematik zum Untersuchungsgegenstand der ökonomischen Theorie zu machen. Ihre Leistungstätigkeit war freilich so eng begrenzt, wie es die bürgerliche politische Ökonomie durch ihren Klassencharakter insgesamt ist. Für unsere Thematik ist wesentlich, daß die Entwicklung der bürgerlichen Kreislauftheorie in Deutschland die These bestätigt, daß ökonomische Theorien, die den Bedürfnissen und Zwängen der kapitalistischen Wirtschaft entsprechen, nur in geringem Maße den spezifischen politischen Herrschaftsverhältnissen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unterworfen sind. Die Kontinuität solcher ökonomischen Lehren wie der Kreislauftheorie, eine Kontinuität, die sich über die verschiedenen Formen der politischen Strömungen und Machtformen im Rahmen der bürgerlichen Klassenherrschaft erstreckt, behauptete sich trotz aller lauthals erhobenen Forderungen der faschistischen Ideologen nach einer „Erneuerung“, einer grundsätzlichen Umwandlung der bisherigen ökonomischen Lehre. Diese Kontinuität findet ihren sichtbarsten Ausdruck darin, daß die Kreislauftheorie zur Zeit der faschistischen Herrschaft traditionelle Lehren aus der Zeit vor 1933 übernahm und daß die in den Jahren 1933 bis 1944 in Deutschland entwickelten Beiträge zu dieser Theorie sich noch nach 1945 wirksam zeigten und auch vom kapitalistischen Ausland aufgenommen wurden.

Die Bedeutung der erwähnten Theorie und der mit ihr im Zusammenhang stehenden [313] ökonomischen Lehren für die Wirtschaftspraxis im staatsmonopolistischen Kapitalismus wird auch dadurch belegt, daß die Beiträge zu ihrer Ausgestaltung zur Zeit der faschistischen Herrschaft in Deutschland zu den wenigen Ausnahmen gehört, die dem internationalen Niveau der bürgerlichen Ökonomie entsprachen.

[29] Alfred Bönisch, Die bürgerlichen Theorien der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung, in: Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive, S. 229 ff.
[30] Klaus O. W. Müller, Die bürgerliche Kreislauftheorie, Berlin 1968.

Die dominierende Figur in der Diskussion um die Entwicklung der bürgerlichen Kreislauftheorie zu jener Zeit war Hans Peter. Er äußerte die Meinung, daß die reine Theorie bereits ausreichend gereift sei, um der Praxis Hilfestellung zu leisten: „Die reine Theorie ist zum Teil weit über das Maß hinaus entwickelt, das zur Bewältigung der gestellten praktischen Aufgaben notwendig wäre. Aber sie hat für die Bewältigung dieser Probleme nur gewisse abstrakte Denkformen entwickelt, und sie ist nicht imstande, die Daten, um deren Verknüpfung sie sich bemüht, durch statistische Beobachtungen zu konkretisieren.“[31]

Der erste Band von Peters „Grundprobleme der theoretischen Nationalökonomie“ erschien im Jahre 1933, der zweite ein Jahr darauf. Während die ersten beiden Bände theoretischen Problemen gewidmet waren, befaßte sich der dritte Band (1937) mit der Anwendung der Theorie auf konkrete ökonomische Prozesse. Ohne ausdrückliche Empfehlungen zu geben, behandelte Peter einige praktische Fragen der Wirtschaftspolitik, in denen der Interventionismus im Vordergrund der Betrachtung stand; behandelt wurden Probleme der Arbeitskräftelenkung, der Zinspolitik, der Rationalisierung, der Rüstung und Kriegswirtschaft.

Entgegen dem Anspruch der Faschisten, die Wirtschaft revolutioniert zu haben, betonte Peter, daß die Kontinuität der ökonomischen Entwicklung gewahrt sei. So schrieb er im dritten Band: „Der hier vorgelegte Band soll nun neben der Klärung einiger sachlicher Fragen auch den Nachweis erbringen, daß liberalistische und nationalsozialistische Wirtschaft sich wohl weltanschaulich von Grund auf unterscheiden und daß deshalb die Aufgaben, die der Wirtschaftspolitiker zu lösen hat, heute einem anderen Geiste entspringen als früher, daß aber z. B. die Kreislaufbedingungen der Volkswirtschaft, die Preisgesetze und vieles andere völlig unverändert geblieben sind.“[32]

Die angeführten Beispiele über die Thematik, die deutsche Ökonomen zur Zeit der faschistischen Herrschaft in Deutschland aufgriffen und weiterführten, lassen erkennen, daß es nach wie vor Autoren gab, die die ökonomischen Prozesse des zeitgenössischen Kapitalismus mit den Mitteln der bürgerlichen Ökonomie theoretisch zu erfassen suchten. Die Existenz einer spezifischen „faschistischen politischen Ökonomie“ vermögen diese Beispiele natürlich nicht zu belegen. Allerdings spielte die politische Bindung der Autoren eine nicht unerhebliche Rolle. Schriften, die später in der BRD neu aufgelegt wurden, fanden vorher, während des Krieges, nur im bescheidenen Maß Resonanz. Peter beispielsweise machte trotz seines Beitrags zur Weiterentwicklung der modernen bürgerlichen kreislauftheoretischen Forschung im faschistischen Deutschland keine große Karriere. Sicher lag das auch an seiner Vergangenheit (er war durch Marx-Studien bekannt). Festzuhalten bleibt, daß auch Peter ein Beispiel für die Tatsache ist, daß die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus im faschistischen Deutschland die Basis für die Entstehung theoretischer Arbeiten war, die der Monopolbourgeoisie noch nach dem Sturz des Hitlerregimes große Dienste leistete.

[314] Sehr viel besser als Peter erging es Heinrich von Stackelberg, der Mitglied der NSDAP und der SS und nicht durch Marx-Studien vorbelastet war wie jener. Er gelangte schon während der faschistischen Zeit zu Ehren. Auch Stackelbergs Beitrag zur bürgerlichen Marktformenlehre hatte im Rahmen der bürgerlichen Ökonomie internationales Niveau, und auf seine Arbeiten, die vor 1945 entstanden waren, wurde in den kapitalistischen Ländern auch in den Nachkriegsjahren zurückgegriffen.[33]

Neben der theoretisch orientierten Literatur, für die hier einige Beispiele genannt wurden, existierte eine Fülle derartiger Werke, die zur faschistischen Wirtschaftspolitik unmittelbar Stellung bezogen. Als Muster für Publikationen, in denen die Wirtschaftspolitik vom Standpunkt der faschistischen Ideologen interpretiert wurde, sei noch einmal das Buch von Nonnenbruch erwähnt.

Im Vordergrund eifrig diskutierter wirtschaftspolitischer Themen stand das Problem der „Arbeitsbeschaffung“, weil die Beschäftigungspolitik nicht nur in konjunkturpolitischer Hinsicht von Interesse,

[31] Hans Peter, Zur Frage der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftslenkung, in: Finanzarchiv, 9/1943, S. 3 f.
[32] Derselbe, Grundprobleme der theoretischen Nationalökonomie, Bd. 3: Automatischer Prozeß und gestaltete Volkswirtschaft, Stuttgart 1937, S. IV.
[33] Klaus O. W. Müller, Heinrich v. Stackelberg – ein moderner bürgerlicher Ökonom. Ein kritischer Beitrag zur Geschichte des bürgerlichen ökonomischen Denkens in Deutschland, Berlin 1965.

sondern auch ein erstrangiger Propagandaschlager war. Der vorrangig rüstungspolitisch bedingte Rückgang der Arbeitslosigkeit wurde mit Vorliebe als hervorragende Leistung faschistischer Wirtschaftspolitik interpretiert. Nonnenbruch verknüpfte die „Arbeitsbeschaffung" mit der Finanzpolitik des faschistischen Staates und rechtfertigte mit ihr faktisch die Fortführung der bereits in der Weimarer Republik praktizierten starken Steuerbelastung und der Staatsintervention: „Ein Beispiel dafür, wie der Nationalsozialismus Fehler im kapitalistischen Wirtschaftssystem und der früheren Wirtschaftspolitik ausnutzt, ist die Art, wie er seinen Satz: ‚Arbeit schafft Kapital' durchzuführen begonnen hat ... Der Nationalsozialismus rechnete, daß der Einsatz von Staatsmitteln und Staatsbürgschaften für die Arbeitsbeschaffung den Ertrag der Wirtschaft heben und die Steuereingänge steigern würde. Die vermehrten Steueraufkommen aus der Wirtschaftsbelebung sollten die zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und damit der Wirtschaftsbelebung ausgegebenen Summen decken." Auf diese Weise seien die „überhöhten Steuern Hilfsmittel für die nationalsozialistische Wirtschaftsbelebung gewesen".[34]

Das Finanzierungsproblem spielte auch im Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung eine große Rolle. Nonnenbruch rechtfertigte die Aktivität des Staates bei der Rüstungsfinanzierung als wirtschaftsbelebend: „Die wirtschaftspolitische Strategie des Nationalsozialismus besteht darin, daß er eine Situation, in der der Staat ohnmächtig ist, in eine Situation verwandelt, in der er Handlungsfreiheit hat. Die flüssigen Mittel des Geldmarktes nimmt der nationalsozialistische Staat teilweise für sich in Beschlag ... Im Schatten dieser staatlichen Geldpolitik vollzieht sich dann auch die Auflockerung des Kapitalmarktes. Es ist nicht einzusehen, weshalb es in der Wirtschaft des deutschen Sozialismus keinen Kapitalmarkt geben sollte."[35] Die Aufrüstung habe für die Wirtschaft, erklärte Nonnenbruch im Zusammenhang mit einer kritischen Betrachtung der Finanzierung des ersten Weltkrieges, einen hohen Nutzeffekt und sei nicht von schädlichen Nebenwirkungen begleitet, „falls sie richtig finanziert wird".[36]

Ein anderes oft behandeltes Thema der faschistischen Ökonomie war die „Großraumwirtschaft". Nonnenbruch meinte: „Die Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen [315] sähe ganz anders aus, wenn Deutschland der Kern eines Großwirtschaftsraumes wäre."[37] In dieser Frage begegnete sich die Ökonomie mit der Geopolitik.[38] Karl Haushofer stellte der Geopolitik die Aufgabe, die geistigen Waffen zu schmieden, die der Anwendung militärischer Waffen vorausgehen müsse.[39] Die Ökonomen Hitlerdeutschlands stützten sich in ihren Träumen von einer Großraumwirtschaft weitgehend auf die Argumente der Haushofer-Schule (Erich Obst, Otto Maull, Hermann Lautensach), die bereits in der Weimarer Republik entstanden war.

4. Zur Diskussion in der DDR über die ökonomische Literatur zur Zeit des Faschismus

Die vorwiegend in den Jahren 1941 bis 1943 erschienenen kreislauftheoretischen Arbeiten von Hans Peter verschmolzen später mit der Keynesschen Lehre. „Die Symbiose von der auf Keynesscher Theorie beruhenden inhaltlichen Analyse des Wirtschaftskreislaufes mit der Peterschen abstrakten Kreislaufstrukturlehre bildete die Basis, auf der sich dann später, nach dem zweiten Weltkrieg, auch in Westdeutschland die bürgerliche kreislauftheoretische Forschung weiterentwickelte und im wesentlichen noch heute beruht."[40]

Die Rolle des Keynesianismus im faschistischen Deutschland ist in diesem Zusammenhang ein interessantes und aktuelles Problem. Zu dieser Frage hat es einen Meinungsstreit unter marxistischen Forschern gegeben, der bis heute andauert.[41]

---

[34] Nonnenbruch, S. 100 f.
[35] Ebenda, S. 188.
[36] Ebenda, S. 202.
[37] Ebenda, S. 230.
[38] Siehe Günter Heyden, Kritik der deutschen Geopolitik. Wesen und soziale Funktion einer reaktionären soziologischen Schule, Berlin 1958.
[39] Siehe Karl Haushofer, Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, Heidelberg/Berlin/Magdeburg 1939, S. 155.
[40] Müller, Kreislauftheorie, S. 29.
[41] Siehe Thomas Kuczynski, Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland 1932/33 und deren Effektivität, in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, S. 230, Anm. 69.

Karl-Heinz Schwank hat die Auffassung vertreten, daß der Keynesianismus als die vorherrschende politisch-ökonomische Apologetik des staatsmonopolistischen Kapitalismus u. a mithalf, die Maßnahmen zu rechtfertigen, mit denen der deutsche Faschismus das Arbeitslosenproblem „löste“ und die schließlich zum zweiten Weltkrieg führten: „Der sogenannte neue Plan der deutschen Faschisten, der unter hervorragender Anteilnahme Schachts entstanden war und der, nach seinem Eingeständnis, so viel ‚zur Durchführung der Aufrüstung ... beigetragen hat‘, beinhaltet praktisch die Gedanken, die Keynes rechtfertigt. Kein Wunder, daß ‚Der deutsche Volkswirt‘ das Erscheinen der Keynesschen ‚Allgemeinen Theorie‘ mit den Worten begrüßt, die Keynesschen Gedanken stellen ‚in Wirklichkeit die theoretische Erklärung und Rechtfertigung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik‘ dar. Daß die Keynesschen Gedanken dem Faschismus gelegen kamen, zeigt sich auch darin, daß der Begriff ‚Vollbeschäftigung‘ bald aus faschistischem Munde erklang.“[42] Schwank formulierte, daß die deutsch-faschistische Wirtschaftspolitik der Theorie von Keynes entsprochen habe.

Klaus Müller schreibt, daß die Keynessche Lehre in Deutschland sofort nach ihrem [316] Bekanntwerden, d. h. im Jahre 1936, eine breite Schar von Anhängern gefunden habe, „die von der Keynesschen ökonomisch-theoretischen Argumentation eingenommen war und diese Lehre und ihre Konsequenzen zu studieren und zu propagieren begann“.[43] Müller registrierte ein breites, aber nicht durchgängig zustimmendes Echo der deutschen bürgerlichen Ökonomen auf Keynes’ Lehre. Im Unterschied zur Entwicklung in den imperialistischen Ländern des angelsächsischen Sprachbereichs sei es im faschistischen Deutschland nicht zur Herausbildung des Keynesianismus als einer selbständigen Richtung innerhalb der deutschen bürgerlichen politischen Ökonomie gekommen.[44] Müller führt das auf den Umstand zurück, „daß die deutsche Monopolbourgeoisie zur Zeit der Herrschaft des Hitler-Faschismus, bis hinein in die ersten Kriegsjahre, eine für sie so außerordentlich erfolgreiche Ausplünderungspolitik des eigenen Volkes und fremder Völker betrieb, für die sie eine ökonomisch-theoretische Analyse, die in erster Linie auf eine differenziert geführte wirtschaftspolitische Praxis ausgerichtet ist, zur Durchsetzung ihrer räuberischen Ziele nicht dringend benötigte“.[45]

Der Verfasser vertritt, was die Resonanz des Keynesschen Buches im faschistischen Deutschland anbetrifft, einen ähnlichen Standpunkt wie Müller, schätzt dabei jedoch Zahl der ablehnenden Stimmen als größer ein.

Der Punkt, in dem Müller sowie Krause[46] von der Einschätzung Schwanks, aber auch Jürgen Kuczynskis[47] und V. S. Volodins[48] abweichen, ist die Frage nach der Beziehung von faschistischer Wirtschaftspolitik und Keynesscher Wirtschaftstheorie. Müller schreibt über die Frage, ob die Wirtschaftspolitik der Hitlerregierung ohne jede Einschränkung als prokeynesianisch zu bezeichnen wäre: „Krause hat insofern recht, als die *konkreten* wirtschaftspolitischen Tagesaufgaben der deutschen Monopolbourgeoisie zur Zeit des Hitler-Faschismus keinesfalls in allen Punkten mit den konkreten wirtschaftspolitischen Empfehlungen von Keynes übereinstimmten und hier eine Politik betrieben wurde, die in manchen Teilen sogar direkt im Gegensatz zu den Keynesschen Ableitungen stand ... Keynes hat ein wirtschaftstheoretisches Lehrsystem ausgearbeitet, das in seinen Grundzügen den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus angepaßt ist. Insofern entspricht es in seiner Stoßrichtung, nämlich Ausrichtung auf Stabilisierung des staatsmonopolistischen Systems bei konkreter Zielsetzung nach Sicherung maximaler Profite für die Monopolbourgeoisie, *auch* den Bedürfnissen der deutschen Monopolbourgeoisie zur Zeit des Hitler-Faschismus. Aus unterschiedlichen historisch-konkreten Prämissen in der ökonomischen Basis der einzelnen imperialistischen Länder resultiert nun zweifelsohne

[42] Karl-Heinz Schwank, Lord Keynes’ Theorie – weder revolutionär noch wissenschaftlich, Berlin 1961, S. 55 f.
[43] Klaus O. W. Müller, Neokeynesianismus. Kritische Untersuchung einer modernen staatsmonopolkapitalistischen Wirtschaftslehre, Berlin 1976, S. 63.
[44] Ebenda, S. 68.
[45] Ebenda.
[46] Siehe Werner Krause, Die „gelenkte Wirtschaft“ und die ökonomische Theorie, in: Krause, Wirtschaftstheorie, besonders S. 159 ff.
[47] Siehe Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in England von 1940 bis in die Gegenwart, Bd. IV, 3. Teil, Berlin 1955, S. 317.
[48] Siehe W. S. Wolodin, Keynes – ein Ideologe des Monopolkapitals, Berlin 1958, S. 118 f.

auch ein unterschiedlich nuanciertes, die einzelnen Instrumente und Methoden der Wirtschaftspolitik differenziert einsetzendes wirtschaftspolitisches Handeln der herrschenden Klasse. Mit zunehmender Aufrüstung und Eintritt in die Kriegshandlungen gestalteten sich die ökonomischen Probleme der deutschen Monopolbourgeoisie außerdem zunehmend komplizierter (z. B. Rohstoffmangel, ungünstige Devisenlage). Von derartigen, den Me-[317]chanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus modifizierenden Umständen hatte Keynes selbstverständlich abstrahiert.“[49]

Thomas Kuczynski, der weder die eine noch die andere Meinung als richtig anerkennt, weist darauf hin, daß Keynes sich vorgestellt habe, „mit Hilfe einer kriegswirtschaftlich organisierten Friedenswirtschaft den Kapitalismus zu erhalten“.[50] Viel mehr Licht bringt diese Erkenntnis nicht in die Diskussion. Th. Kuczynski beruft sich lediglich auf einen im Jahre 1940 von Keynes geäußerten Zweifel an der Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Friedenswirtschaft. Eine Analyse der Wirkung des Keynesianismus im faschistischen Deutschland muß sich jedoch auf die Resonanz der Keynesschen Schrift „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ stützen, die unmittelbar nach der englischen Ausgabe im Jahre 1936 in deutscher Sprache erschien und von der die eigentliche Verbreitung der Keynesschen Ideen ausging.

Von Herbert Meißner wurde der Keynesianismus wie folgt charakterisiert: „Der Keynesianismus geht von der Tatsache aus, daß es im modernen Kapitalismus einen Mangel an Nachfrage und ein Überangebot an Waren gibt. Er erklärte dies mit einem ‚grundlegenden psychologischen Gesetz‘, nach dem die Menschen bei wachsendem Einkommen ihre Verbrauchsausgaben unterproportional steigern und einen zunehmenden Teil des Einkommenszuwachses sparen. Diese ‚Sparneigung‘ rufe den Nachfrageausfall hervor, wodurch Produktionsrückgang und Beschäftigungslosigkeit entstehe. Diese Folgen der ‚Sparneigung‘ könnten nur vermieden werden, wenn in der Volkswirtschaft stets eine den Ersparnissen gleich große Summe investiert wird, weil dann der Ausfall an konsumtiver Nachfrage durch Nachfrage auf dem Investitionsgütermarkt ausgeglichen wird ... Da die Steigerung der effektiven Gesamtnachfrage der Kernpunkt des Keynesianismus ist, laufen seine wirtschaftspolitischen Vorschläge darauf hinaus, Möglichkeiten für die Nachfrageerhöhung bei Konsumgütern und Produktionsmitteln zu finden. Bei Konsumgütern wird vorgeschlagen, den unproduktiven Verbrauch der herrschenden Klassen zu steigern ... Die Produktionsmittelnachfrage soll dadurch stimuliert werden, daß die umlaufende Geldmenge erhöht, dadurch das Angebot an Leihkapital gesteigert, der Zinssatz herabgedrückt und die Produktionserweiterung durch Aufnahme von Krediten attraktiv gemacht wird. Außerdem soll der Staat durch öffentliche Investitionen für unproduktive Zwecke den Reproduktionsprozeß in Gang halten.“[51]

An dieser knappen Zusammenfassung der Keynesschen Konzeption läßt sich ermessen, wie wenig die Keynessche Variante von Interesse für die faschistischen Wirtschaftspolitiker sein konnte. Nicht die Hebung der Gesamtnachfrage (Nachfrage nach Produktions- und Konsumtionsmitteln), das Überangebot an Waren und die Vermehrung der Beschäftigtenzahl zur Hebung der Nachfrage war das Hauptproblem der Wirtschaftspolitiker während der faschistischen Diktatur, sondern die Sorge, wie man die Rüstungsindustrie mit Rohstoffen und Arbeitskräften versorgt und wie man die Rüstungsaufträge finanziert. Von einem Überangebot an Waren konnte im faschistischen Deutschland genauso wenig die Rede sein, wie von einer Forcierung der Konsumgüterindustrie. Die faschistischen Wirtschaftspolitiker teilten nicht die Keynessche Befürchtung, daß die Konsumenten zuviel sparen und damit ein Nachfrageausfall hervorgerufen würde.

Produktionsrückgang und Beschäftigungslosigkeit sah Keynes als ein Hindernis für [318] den Nachfrageausfall an. Dieser Sorgen war man aber in Deutschland bereits 1936 enthoben; charakteristisch wurde jetzt vielmehr, „daß nicht nur die Rohstoffe, sondern auch die vorhandenen Reserven an Arbeitskräften und schließlich sogar die Kapazitäten der Schwerindustrie den Anforderungen der Rüstungsendproduktion keineswegs mehr genügten“.[52]

---

[49] Ebenda, S. 72 f.
[50] Th. Kuczynski, S. 230.
[51] Ökonomisches Lexikon, Bd. A-K, Berlin 1966, S. 1067 f.
[52] Hans Mottek/ Walter Becker/Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. III, Berlin 1775, S. 316.

Der „Spargegner“ Keynes einerseits und die faschistischen „Zwangssparer“, die Vertreter des Schachtschen „Neuen Plans“ und des Göringschen „Vierjahresplans“ andererseits hatten ganz unterschiedliche Motivationen: Ankurbelung der Konjunktur auf der einen Seite und Sicherung der Rüstungswirtschaft auf der anderen Seite. Daraus ergaben sich sehr unterschiedliche Gesichtspunkte, obwohl beide Seiten Interessenvertreter des staatsmonopolistischen Kapitalismus waren.

Es ist nicht zu leugnen, daß Keynes allen Wirtschaftspolitikern, die eine aktive Rolle des bürgerlichen Staates in der Wirtschaft befürworten, theoretische Argumente geliefert hat. „Die wesentlichen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen von Keynes bestehen in der These, daß bei mangelnder Investition und daher mangelnder Nachfrage seitens der privaten Unternehmer bzw. Verbraucher der Staat diese Lücke durch sogenannte öffentliche oder staatliche Investitionen schließen müsse.“[53] Die Keynessche Befürwortung unproduktiver Investitionen und der Finanzierung durch Emission von Banknoten läßt eine nahe Verwandtschaft zu Politikern erkennen, die eine Rüstungs- und Inflationspolitik betreiben. Bei der Betrachtung der konkreten Mittel auf dieser und jener Seite können aber die Standpunkte durchaus divergieren.

Keynes stieß unzweifelhaft auf Interesse im faschistischen Deutschland. Die zahlreichen Stellungnahmen zu Keynes’ Werk in der ökonomischen Fachpresse belegen aber gleichzeitig, daß das Interesse sehr theoretisch blieb und keine Wirkung in bezug auf die praktische Wirtschaftspolitik hatte, weil auf diesem Gebiet die divergierenden Standpunkte bedeutsamer waren als die konvergierenden.

Ein anderer Diskussionsgegenstand unter marxistischen Autoren ist die Rolle des Neoliberalismus zur Zeit des Faschismus.

Der Neoliberalismus ist eine Richtung der bürgerlichen politischen Ökonomie, die vorgibt, die freie Konkurrenz mit Hilfe des Staates durchsetzen zu wollen, und die als theoretisches Rüstzeug die Lehre von den Ordnungstypen oder der Marktformen verwendet. Helga Nussbaum hat den deutschen Neoliberalismus als Ausdruck eines gewissen Widerstandes gegen bestimmte Folgen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus interpretiert, die einem Teil der Bourgeoisie nicht geringe Sorge bereitete.[54]

Der widersprüchliche Charakter des eigenartigen „Antimonopolismus“ der Neoliberalen sowie der antifaschistische Schein, mit dem sie sich nach 1945 gern schmückten, sind in der marxistischen Literatur wiederholt analysiert worden, so von I. G. Bljumin[55], Robert Namann[56] und Hermann Turley[57].

Die Einwände der Neoliberalen wurden bereits in der Weimarer Republik während der großen Weltwirtschaftskrise geltend gemacht, und sie lebten in den Jahren 1936/37 [319] wieder auf. Naumann hat die Frage der „Anpassung des Liberalismus an den Faschismus durch die Neoliberalen“ untersucht. „Ihre marktwirtschaftliche Doktrin war der Ausdruck eines gewissen Protestes gegen die damaligen Zustände ... Das sogenannte freie Unternehmertum, d. h. die kleinen und mittleren Unternehmer, waren auch mit der faschistischen Politik der Gewährung von Krediten, Zuweisung von Materialien und Arbeitskräften unzufrieden. Es beanstandete die faschistische Politik der Kreditausweitung und Inflation, weil sie infolge der sich daraus ergebenden Entwertung des Geldes bei gleichzeitigem Preisstop zu einer Umverteilung der Werte und des Volkseinkommens zugunsten der Finanzhyänen führte und wiederum bis zu einem gewissen Grade die größeren, mittleren und kleineren Unternehmer benachteiligten.“[58]

Gleichzeitig zeigte Naumann wie auch Turley die Begrenztheit der antimonopolistischen Kampagne auf, die u. a. das Fortbestehen der kapitalistischen Gesellschaft und der faschistischen Herrschaft nicht in Frage stellte, dagegen aber mit ausgeprägtem Antikommunismus verknüpft war. Gerade die vor 1945 in Deutschland entwickelten Lehrsätze und Methoden der Neoliberalen waren es, die in der

[53] Meißner/Bönisch, S. 292.
[54] Siehe Helga Nussbaum, Bürgerliche Monopolgegnerschaft, in: JfW, 1962/III.
[55] I. G. Bljumin, Die Krise der modernen bürgerlichen Ökonomie, Berlin 1962.
[56] Robert Naumann, Theorie und Praxis des Neoliberalismus, Berlin 1957.
[57] Hermann Turley, Neoliberale Monopoltheorie und „Antimonopolismus“, Berlin 1961.
[58] Naumann, S. 76 ff.

unmittelbaren Nachkriegszeit besondere Resonanz in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und später in der BRD fanden. Der Grund hierfür ist ein dreifacher: ein theoriegeschichtlicher, ein wirtschaftspolitischer und ein propagandistischer.

Theoriegeschichtlich knüpften die bedeutendsten Theoretiker der Neoliberalen, so Walter Eucken, an die Methodologie Max Webers an, um der bürgerlichen politischen Ökonomie aus der Krise zu helfen. Die Form, in der diese methodologische „Besinnung" auf die Idealtypenlehre u. ä. geschah, konnte auch die Bourgeoisie in der BRD akzeptieren und wurde so nahezu bruchlos nach 1945 von ihren Ideologen weitergeführt.

Wirtschaftspolitisch hatte die Konzeption der Neoliberalen nach 1945, als es für den westdeutschen Imperialismus darum ging, gegen manche einschränkende Maßnahme der Besatzungsbehörden Sturm zu laufen, manchen Anknüpfungspunkt.[59]

Die angemaßte Gloriole des Widerstands gegen die wirtschaftspolitischen Ambitionen der Hitlerfaschisten schließlich hat nicht wenig dazu beigetragen, daß die antisozialistische Demagogie des Neoliberalismus sich mit dem Mantel eines angeblichen Antifaschismus schmücken konnte.

Stellen wir zum Schluß die Frage, ob es den deutschen Faschisten gelungen ist, die geforderte „völkische Lehre" zu präsentieren, so können wir feststellen, daß sich in Hitlerdeutschland das Bild der Zersetzung alter ökonomischer Schulen und Richtungen der bürgerlichen Ökonomie darbot, ohne daß es zu einer neuen Lehre gekommen ist, die den neuen ökonomischen und politischen Verhältnissen gerecht geworden wäre. Man kann feststellen, daß sich die bürgerliche politische Ökonomie in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1944 nur in sehr unzureichendem Maße den neuen Erfordernissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus anzupassen vermochte. Die Ursache ist darin zu sehen, daß sie durch einige zusätzliche Umstände belastet war, die neben den für die Krise der modernen bürgerlichen Ökonomie allgemein geltenden Ursachen wirksam waren und die ihr Niveau noch wesentlich tiefer drückten. Diese zusätzlich wirkenden Faktoren waren [320]

1. die Belastung, der die bürgerliche politische Ökonomie in Deutschland durch ihre reaktionären Traditionen ausgesetzt war;

2. die politischen Verhältnisse, insbesondere der durch Verfolgung und Emigration entstandene Substanzverlust an Wissenschaftlern, die allgemeine politische Intoleranz in der Wissenschaftspolitik der Hitlerregierung und die faschistische Kriegspolitik, währenddessen das Interesse an bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftstheorien minimal war;

3. die Kürze des historischen Zeitabschnitts zwischen den wichtigsten Veränderungen in der deutschen Wirtschaft seit 1933 und dem Zusammenbruch des faschistischen Staates, die einer Einstellung auf die neuen Probleme nur wenig Spielraum ließ.[60]

[323]

[59] Werner Krause, Der westdeutsche Neoliberalismus, in: Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, hrsg. von Herbert Meißner, Berlin 1964, S. 48 ff.
[60] Siehe Krause, Wirtschaftstheorie, S. 204 f.

Teil III: Antifaschistischer Kampf und ideologische Auseinandersetzung

Klaus Mammach: Zum antifaschistischen Kampf der KPD

Seit der Zeit, da der Faschismus erstmals eine Gefahr für die Arbeiterklasse und alle anderen demokratischen Kräfte in Deutschland wurde, befaßte sich die KPD mit der Analyse seines Klassencharakters und seiner Massenbasis, begann sie, eine antifaschistische Strategie und Taktik zu entwickeln und in der Praxis des Klassenkampfes durchzusetzen. Die Erkenntnis des Wesens des Faschismus und die Ausarbeitung einer Politik, die darauf gerichtet war, ihn zu bekämpfen, zurückzudrängen und schließlich zu besiegen, hingen einerseits ab von seiner Entwicklung, davon, wie er immer offener sein Wesen, seine wahren Ziele enthüllte; andererseits hingen sie von den praktischen Erfahrungen im antifaschistischen Kampf ab. Dementsprechend konnte die KPD ihre Analyse des Faschismus und ihre Strategie und Taktik zu seiner Zerschlagung sowie zur Öffnung des danach einzuschlagenden Weges gesellschaftlicher Veränderungen vervollkommnen. In diesem Prozeß lernte die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse auch aus den Erfahrungen anderer kommunistischer Parteien und aus den Erkenntnissen, zu denen leitende Organe der Kommunistischen Internationale gelangten, die der deutschen Sektion bei der Entwicklung ihrer antifaschistischen Politik stets mit Rat und Hilfe zur Seite standen.

1. Analyse des Faschismus

Als die revolutionäre Nachkriegskrise 1923 einen neuen Höhepunkt erreichte, unterstützten extrem reaktionäre Kreise des Finanzkapitals verstärkt die Nazipartei und die Deutsch-Völkische Freiheitspartei. Die faschistische Bewegung gewann an Einfluß und wurde erstmals zu einer ernsten Gefahr für die Arbeiterklasse und alle anderen demokratischen Kräfte. Die KPD befaßte sich intensiver damit, den Klassencharakter und die Massenbasis der faschistischen Bewegung zu analysieren, um entsprechende Schlußfolgerungen für ihre Strategie und Taktik ziehen zu können.

Der 8. Parteitag, der vom 28. Januar bis zum 1. Februar 1923 in Leipzig stattfand, machte darauf aufmerksam, daß der Sieg des Faschismus in Italien die faschistische Bewegung in anderen Ländern gestärkt habe. Er stellte in bezug auf Deutschland und als Schlußfolgerung aus dem Vorstoß der Nazipartei namentlich in Bayern fest: „Das Bündnis des Großkapitals mit den Faschisten bedroht das deutsche Proletariat mit unerhörter Sklaverei.“[1] Damit verwies die KPD darauf, in wessen Auftrag die faschistische Bewegung [324] aktiv wurde, wessen Interessen sie – trotz oder gerade wegen ihrer nationalen und sozialen Demagogie – diente.

Zugleich analysierte der Parteitag die soziale Basis dieser Bewegung, „deren Massen das Kleinbürgertum“ stelle, das immer mehr verelende, und „deren Führer deklassierte bürgerliche Elemente“ seien. Gelenkt werde diese Bewegung jedoch von „der äußersten Reaktion, der Schwerindustrie, dem Junkertum und den Militärs“, hob der Parteitag hervor.[2]

In den „Thesen über den Faschismus“ legte der Zentralausschuß der KPD am 5./6. August 1923 die Hauptstoßrichtung des Kampfes dar, wenn er feststellte, daß der von der Großbourgeoisie geführte Faschismus „der Hauptfeind des Proletariats“ sei,[3] gegen den sowohl wehrhaft wie ideologisch gekämpft werden müsse. Unmißverständlich bestimmten die Kommunisten ihr Verhältnis zur bürgerlich-demokratischen Republik im Kampf gegen den Faschismus. Wenn die kommunistische Partei „gegen die Gefahren, die der bürgerlichen Republik von seiten der Faschisten drohen, kämpft, obwohl sie die Partei der proletarischen Diktatur und nicht der bürgerlichen Republik ist“, so bedeute dies, daß sie die direkten Interessen der Arbeiterklasse verteidigt, „die nicht befriedigt werden können von der Demokratie, um die es aber unter der weißen bürgerlichen Herrschaft noch schlechter bestellt

[1] Manifest an das internationale Proletariat und an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in: [324] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, (im folgenden Dokumente und Materialien), Bd. VII/2, Berlin 1966, S. 225.
[2] Ebenda, S. 243.
[3] „Thesen über den Faschismus“ angenommen auf der Tagung des Zentralausschusses der KPD 5./6.8.1923, in: Dokumente und Materialien, S. 399.

wäre als in der bürgerlichen Demokratie“.[4] Damit deuteten die Kommunisten bereits auf den Unterschied zwischen bürgerlich-parlamentarischen und faschistischen Herrschaftsformen hin.

Da die faschistische Bewegung während der revolutionären Nachkriegskrise noch „jung“ und wenig ausgeprägt war, konnte die KPD bei ihrer Analyse noch nicht alle Seiten des Faschismus richtig erkennen und noch nicht in jeder Frage zu gültigen Urteilen gelangen. Richtig schätzten die Kommunisten die Massenbasis der faschistischen Bewegung als kleinbürgerlich ein. Hinsichtlich des Klassencharakters gab es anfangs noch unterschiedliche Einschätzungen in den Dokumenten der KPD. Die Beteiligung kleinbürgerlicher Massen erschwerte es zu dieser Zeit nicht nur den deutschen Kommunisten, sondern auch der Komintern zu erkennen, daß die Massenbasis nicht den Charakter und die Politik dieser Bewegung prägte. So standen Wertungen des Faschismus als „oppositioneller Bewegung des Kleinbürgertums“, die von der Großbourgeoisie lediglich „ausgenutzt“ werde,[5] neben Feststellungen, daß diese Bewegung von der Großbourgeoisie geführt und gelenkt werde. In der frühen Zeit der faschistischen Bewegung war es für die KPD auch noch schwierig, zwischen den einzelnen Gruppierungen der Großbourgeoisie und ihrem Verhältnis zur faschistischen Bewegung zu differenzieren. Ein wesentlicher, weiterführender Ansatz war der Hinweis des 8. Parteitages, daß die äußerste Reaktion, der schwerindustrielle Flügel des Finanzkapitals, die faschistische Bewegung für ihre Ziele einzusetzen suchte.

Als es gegen Ende der Periode der relativen Stabilisierung immer offensichtlicher wurde, daß sich bedeutende Teile des Monopolkapitals angesichts des revolutionären Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der zunehmenden Krisenanzeichen in der Wirtschaft, in den [325] großbürgerlichen Parteien sowie im parlamentarischen System auf die offene, terroristische Diktatur orientierten und sich immer stärker auf die Nazipartei stützten, wandte sich die KPD erneut dem Problem des Faschismus zu. Auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1920 erklärte sie, daß die machtvollen sozialen Kämpfe des Proletariats die herrschende Klasse veranlassen würden, die politische Gewalt gegen die Arbeiterklasse zu konzentrieren. „Für diese Aufgabe erweist sich das gegenwärtige bürgerliche Parteisystem, die bürgerlich-demokratische Verfassung und die parlamentarische Herrschaftsform der Bourgeoisie mehr und mehr als unzulänglich, als untauglich.“[6] Der Parteitag gelangte zu dem Schluß: „Die Errichtung der unverhüllten, von den formal-demokratischen Schranken befreiten Diktatur des Finanzkapitals wird auf die Tagesordnung gestellt.“[7] Ernst Thälmann verwies auf die Erfolge der Nazipartei in Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen und Baden: „Dieser Vormarsch des Faschismus in Deutschland liegt in der Linie der allgemeinen Faschisierung bürgerlichen der Herrschaftsmethoden.“[8] Mit dieser Feststellung machte Thälmann sowohl den Zusammenhang als auch den Unterschied von faschistischer Bewegung und Faschisierungspolitik, d. h. Anwendung faschistischer Methoden durch bürgerliche, nichtfaschistische Regierungen, deutlich. Das bedeutete für jene Zeit, in der die Umorientierung eines Teils der deutschen Großbourgeoisie auf die Errichtung der offenen terroristischen Diktatur erst begann, eine wesentliche Erkenntnis.

Auf dem Plenum des Zentralkomitees am 24./25. Oktober 1929 analysierte Thälmann das Anwachsen der Massenbasis des Faschismus: Das Kleinbürgertum bilde die soziale Massenbasis der Hitlerpartei. Der Zustrom „der verelendeten Mittelschichten, großer Teile des Lumpenproletariats ... zu den Nationalsozialisten“ sei „der Ausdruck wachsender Unzufriedenheit mit der Politik dieser Regierung (der sozialdemokratisch geführten Großen Koalition – K. M.), mit dem System dieser Republik“.[9] Man dürfe nicht die Versuche der Nazis unterschätzen, „mit allen möglichen Methoden der Vergiftung und

[4] Resolution des EKKI, der Vertreter der Zentrale der KPD und der linken Opposition von Anfang Mai 1923, in: Dokumente und Materialien, S. 302 f.
[5] Richtlinien der Zentrale der KPD vom 5. August 1923 für die politische Massenarbeit unter den Mittelschichten, in: Dokumente und Materialien, S. 383.
[6] Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der KPD, in: Dokumente und Materialien, Bd. VIII, Berlin 1975, S. 820.
[7] Ebenda, S. 821.
[8] Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Berlin 1956, S. 93.
[9] Zit. nach Klaus Mammach, Bemerkungen über die Wende der KPD zum Kampf gegen den Faschismus, in: BzG, 4/1963, S. 664.

Irritierung“ auch in der Arbeiterklasse Einfluß zu gewinnen. Der deutsche Faschismus wachse, heißt es in der Resolution dieser ZK-Tagung. Das komme auch im Bündnis von NSDAP, Hugenbergs DNVP und Monopolisten wie Fritz Thyssen und Albert Vögler zu gemeinsamer demagogischer und chauvinistischer Agitation und Aktion gegen den Young-Plan zum Ausdruck. Das Finanzkapital fördere die faschistische Bewegung „durch ungeheure Geldsummen und staatlich-polizeiliche Unterstützung“.[10]

Den Sturz der Großen Koalition im März 1930 betrachtete die KPD folgerichtig als einen Schritt, „um die Errichtung der offenen Diktatur des Finanzkapitals und die gesamte faschistische Entwicklung in Deutschland außerordentlich zu beschleunigen“.[11] Zu dieser Zeit begann die KPD differenziert herauszuarbeiten, welche Kreise der herrschenden Klasse auf die Partei Hitlers setzten, um mit ihrer Hilfe die offene Diktatur zu errichten

[326] Mit der vom Politbüro am 4. Juni 1930 getroffenen Feststellung, daß an der Spitze der faschistischen Bewegung „bewußte und skrupellose Agenten des Finanzkapitals, besonders des schwerindustriellen Unternehmertums“, ständen,[12] machte die KPD deutlich, daß extrem reaktionäre Kräfte der Großbourgeoisie auf die Nazipartei verstärkt Einfluß nahmen und sie zur Erreichung ihrer Ziele einsetzten. In ihrer „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ vom August 1930 wies die KPD nach, daß die NSDAP weder national, noch sozialistisch, noch eine Arbeiterpartei, sondern „eine Partei der äußersten Reaktion“ war.[13] Das von der Nazipartei propagierte „Dritte Reich“ kennzeichnete Ernst Thälmann zur gleichen Zeit in einer Rede in Hamburg als „offenen Faschismus“, als „die brutalste Herrschaftsform des Finanzkapitals“.[14]

Wie die KPD – im Gegensatz zu der Behauptung bürgerlicher und sozialdemokratischer Historiker, sie habe keinen Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus gemacht – in der Erkenntnis voranschritt, daß der Faschismus an der Macht nicht einfach die Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie durch eine andere bedeutet, geht aus der Äußerung des Vorsitzenden der KPD auf der Tagung des Zentralkomitees im Januar 1931 hervor: „Die Herrschaftsformen wechseln, nicht der Herrschaftsinhalt, sofern die bürgerliche Demokratie durch die faschistische Diktatur ersetzt wird.“[15]

Jedoch gelangte die KPD auch zu Fehleinschätzungen. So bezeichnete sie das Brüning-Kabinett als „Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur“ – eine Wertung, die zwar modifiziert wurde durch die Feststellung, die Diktatur des Kapitals in Deutschland trage „den Charakter einer ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur“[16], dennoch aber nicht der realen Situation entsprach. Diese Kennzeichnung der Brüning-Regierung überschätzte den erreichten Grad der Faschisierung und berücksichtigte nicht den früher erkannten Unterschied zwischen Faschisierungspolitik und faschistischer Diktatur. Zutreffend war es jedoch, wenn die KPD gleichzeitig den von Brünings Präsidialkabinett eingeleiteten Kurs dadurch charakterisierte, daß sie auf die Anwendung „nicht nur der ‚üblichen‘, ‚traditionellen‘ Unterdrückungsmethoden, sondern in steigendem Maße ... faschistischer Gewaltmethoden“ auf die „Ausübung eines brutalen Terrors gegen die Arbeiterbewegung mit Hilfe der vom Großkapital organisierten und finanzierten faschistischen Massenbewegung“ aufmerksam machte.[17]

---

[10] Resolution der Tagung des ZK der KPD am 24./25. Oktober 1929 über den Kampf gegen den Young-Plan, in: Dokumente und Materialien, Bd. VIII, S. 907.
[11] Entschließung des Politbüros vom 5. April 1930 über den Kampf für die Durchführung der Parteibeschlüsse, in: Die Rote Fahne, Nr. 83, vom 8.4.1930.
[12] Resolution über den Kampf gegen den Faschismus in: Die Rote Fahne, Nr. 137, vom 15.6.1930.
[13] Die Rote Fahne, Nr. 197, vom 24.8.1930.
[14] Thälmann, Reden und Aufsätze, S. 509.
[15] Derselbe, Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD 15.-17. Januar 1931, Berlin 1931, S. 29.
[16] Die nächsten und höheren Aufgaben der KPD (Resolution des ZK-Plenums vom 15.-17. Januar 1931), in: Die Rote Fahne, Nr. 17, vom 21.1.1931.
[17] Ebenda.

Unter Überwindung falscher, zum Teil durch den Einfluß linkssektiererischer Kräfte um Heinz Neumann zustandegekommener Einschätzungen[18] arbeitete die KPD immer klarer heraus, daß unter den großbürgerlichen Regierungen eine „Faschisierung Deutschlands“ erfolge, daß aber der Nazismus „die offene, faschistische Diktatur über Deutsch-[327]land aufrichten will“, wie es im Aufruf des Zentralkomitees vom 25. Mai 1932 zur Antifaschistischen Aktion heißt[19]. Den Kurs der Papen-Regierung, die im Juni 1932 die Brüning-Regierung ablöste, wertete Ernst Thälmann als „Vorbereitung der offenen, faschistischen Diktatur“. Es gehe der Großbourgeoisie darum, „eine höhere Stufe der Faschisierung zu erreichen und durchzuführen, um mit der brutalen Gewalt gegen die Arbeiterklasse und das werktätige Volk vorzustoßen, ohne daß schon die offene, faschistische Diktatur in Deutschland vorhanden ist“.[20] Als „ein Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition beziehungsweise Hitlerregierung“[21] charakterisierte die KPD Anfang Dezember 1932 das Präsidialkabinett unter Schleicher. Und folgerichtig bezeichnete sie in ihrem Aufruf vom 30. Januar 1933 die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung als „Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur“[22], das die letzten demokratischen Rechte beseitigen, die Arbeiterorganisationen zerschlagen, einen schrankenlosen Terror ausüben und Kurs auf den imperialistischen Krieg nehmen werde. Ernst Thälmann präzisierte diese Einschätzung in seinem Appell vom Februar 1933 an alle Kommunisten, als er das Hitlerkabinett als „Regierung des Bürgerkrieges gegen die werktätigen Massen“, als „Regierung der Versklavung der Arbeiterklasse“, als „Regierung der Vorbereitung des Revanchekrieges des deutschen Imperialismus gegen Polen und Frankreich und der Provokationen gegen die Sowjetunion“ kennzeichnete.[23]

Durch ihre analytische Tätigkeit trug die KPD unter Führung von Ernst Thälmann als eine Sektion der Kommunistischen Internationale dazu bei, den Klassencharakter des Faschismus und die Rolle der faschistischen Massenbasis allgemeingültig zu definieren. Die deutschen Kommunisten arbeiteten den Unterschied zwischen der Faschisierungspolitik großbürgerlicher Regierungen und der offenen, faschistischen Diktatur heraus, die sie als Diktatur der extrem reaktionären Kräfte der Großbourgeoisie charakterisierten. Sie erkannten den Unterschied zwischen den Formen imperialistischer Herrschaftsausübung, zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur. Schließlich erfaßten sie den Zusammenhang, der zwischen Faschismus und Krieg, zwischen der Errichtung der offenen terroristischen Diktatur in Deutschland und der dadurch verstärkten Kriegsgefahr, bestand. So leistete die KPD, die durch die Beratungen in den leitenden Organen der Kommunistischen Internationale wesentliche Anregungen und Hinweise erhielt, ihrerseits einen Beitrag zu den Erkenntnissen und theoretischen Verallgemeinerungen, zu denen die Komintern im Hinblick auf den Faschismus gelangte.

Die Analyse des Faschismus in Deutschland war die Voraussetzung für die KPD, eine den Bedingungen des Klassenkampfes in diesem Lande entsprechende antifaschistische Strategie und Taktik zu entwickeln. [328]

2. Einheitsfrontpolitik

Fester Bestandteil der Politik der KPD im Kampf gegen das Monopolkapital war ihr Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Sie zu schaffen, wurde angesichts der faschistischen Gefahr noch dringlicher. „Der Gefahr des Faschismus kann nur durch die Entfaltung der Aktivität des Proletariats und die Wiedergewinnung seiner Führerrolle im Klassenkampf gegen die Magnaten der Schwerindustrie und der Banken begegnet werden“, erklärte der 8. Parteitag.[24] Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, mußte das Proletariat nach Auffassung der KPD als Klasse einheitlich handeln, mußte die

[18] Siehe Eckhard Trümper, Über die Entwicklung der Politik der KPD und ihre Verwirklichung von den Reichstagswahlen im September 1930 bis zur Tagung des Zentralkomitees der KPD im Mai 1931, phil. Diss., Berlin 1972, S. 93 ff.
[19] Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, (im folgenden: Die Antifaschistische Aktion), hrsg. u. eingel. von Heinz Karl u. Erika Kücklich unter Mitarbeit von Elfriede Fölster u. Käthe Haferkorn, Berlin 1965, S. 33.
[20] Ebenda, S. 83.
[21] Ebenda, S. 320.
[22] Ebenda, S. 354.
[23] Karl-Heinz Hädicke/Gerhard Nitzsche, Appell Thälmanns an alle Kommunisten, in: BzG, 4/1959, S. 791.
[24] Resolution über die politische Lage und die nächsten Aufgaben der Partei, in: Dokumente und Materialien, Bd. VII/2, S. 243.

Einheitsfront der verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung hergestellt werden. Den Ausgangspunkt dafür sah die Partei im abgestimmten Handeln vor allem von KPD, SPD und ADGB, wodurch es möglich werden würde, weitere proletarische Schichten für den Kampf zu gewinnen. Der Parteitag bekräftigte deshalb: „Die Kommunisten sind in jeder Stunde bereit, mit allen Proletariern und allen proletarischen Organisationen und Parteien den Kampf für die Interessen des Proletariats zu führen." Die Partei müsse sich deshalb „sowohl an die Massen wie auch an die Spitzen aller proletarischen Organisationen" wenden.[25] Mit aller Eindeutigkeit betonte der Parteitag: „Die Auffassung, als sei die Herstellung der Einheitsfront möglich nur durch den Appell an die Massen zum Kampf (nur ‚von unten' oder nur durch Verhandeln mit den Spitzenkörperschaften (nur ‚von oben'), ist undialektisch und starr."[26]

Da die Faschisten gegen die Arbeiterbewegung terroristische Banden einsetzten, hielt es die KPD für erforderlich, durch die Gewerkschaften und die Betriebsräte „Abwehrorganisationen gegen den Faschismus" zu bilden,[27] die ein Ausdruck der Einheitsfront sein sollten. „Nur die Zusammenfassung *aller* politisch oder gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in *einer* Abwehrorganisation schafft die Garantie zur Niederwerfung der faschistischen Organisation."[28] Aber nicht nur um den wehrhaften antifaschistischen Kampf konnte es sich handeln. Es galt zugleich, eine „systematische Aufklärung der Arbeiterklasse über den klassenfeindlichen Charakter der faschistischen Bewegung" durchzuführen, gemeinsame Organe der Arbeiterparteien und -organisationen zur Leitung antifaschistischer Aktionen ins Leben zu rufen, Kontrollausschüsse zu bilden, um Transporte faschistischer Banden und Waffen zu verhindern, die Parlamente für den Kampf gegen den Faschismus zu nutzen, über die Ländergrenzen hinweg Vereinbarungen für gemeinsames internationales Handeln zu treffen.[29]

Mit dieser Konzeption besaßen die Kommunisten eine den tatsächlichen Bedingungen und der realen Lage entsprechende Orientierung im Ringen um die Aktionseinheit gegen [329] die volksfeindliche nationale und soziale Katastrophenpolitik der Großbourgeoisie wie gegen die zunehmende faschistische Gefahr, die von deren extrem reaktionären Kreisen ausging.

Bei der Verwirklichung der Einheitsfrontpolitik erreichte die KPD 1923 beachtliche Fortschritte. Sie wurden erzielt im Kampf sowohl gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der Reichsregierung wie gegen die Umtriebe der faschistischen Reaktion. Beispielsweise traten im März 40.000 oberschlesische Arbeiter in einen Streik für die Wiedereinstellung gemaßregelter revolutionärer Betriebsräte, gegen die Provokationen faschistischer Gruppen in den Betrieben. In Sachsen schlossen im gleichen Monat die Kommunisten und die Sozialdemokraten ein Abkommen, das Maßnahmen gegen die Faschisten vorsah. Auch anderswo wurde in lokalem und regionalem Rahmen gemeinsames antifaschistisches Handeln vereinbart und eingeleitet. Revolutionäre Betriebsräte organisierten immer häufiger Aktionen gegen die faschistische Konterrevolution. Seit dem Frühjahr entstanden aus Angehörigen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften in verschiedenen Gebieten Deutschlands proletarische Hundertschaften, die das Eigentum von Arbeiterorganisationen, Demonstrationen und Streiks schützten und faschistische Provokationen verhinderten. Hunderttausende von Arbeitern, darunter Sozialdemokraten und Gewerkschafter, folgten dem Ruf der KPD zu einem „Antifaschistentag" und vereinten sich am 29. Juli 1923 zu Kundgebungen und Demonstrationen. Diese und ähnliche antifaschistische Aktionen waren Bestandteil der gewaltigen Massenbewegung, die die Cuno-Regierung schließlich stürzte.

Eine weitere Form der Einheitsfront entstand mit den Aktionsausschüssen, die im Herbst 1923 in verschiedenen Industriegebieten von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gebildet

[25] Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung, in: Dokumente und Materialien, S. 247.
[26] Ebenda, S. 247 f.
[27] Beschluß der Zentrale der KPD vom 14. Februar 1923 mit sozialen und politischen Forderungen, in: Dokumente und Materialien, S. 265.
[28] Erklärung des Landesvorstandes Sachsen der KPD für die Bildung gemeinsamer proletarischer Abwehrhundertschaften veröffentlicht am 3. Mai 1923, in: Dokumente und Materialien, S. 298.
[29] Siehe Resolution der Internationalen Arbeiterkonferenz vom 17.-20. März 1923 in Frankfurt (Main) über den Kampf gegen den Faschismus, in: Dokumente und Materialien, S. 287 f.

wurden, um die drohende Militärdiktatur, den Faschismus und das Massenelend zu bekämpfen. Ausdruck der sich entwickelnden Aktionseinheit war auch der Eintritt von Kommunisten in die sozialdemokratischen Landesregierungen in Sachsen und Thüringen, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten „die Arbeiterschaft zur Abwehr der faschistischen Gefahr zusammenzuschweißen".[30] Im gemeinsam erarbeiteten Programm der thüringischen Regierung heißt es: Grundlage ihrer Politik „muß die Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und der entschiedenste Kampf gegen Faschismus, Revanchepolitik, Reaktion und die verfassungswidrige Militärdiktatur sein".[31]

Diese Ergebnisse im Ringen um die Einheitsfront konnten aus verschiedenen Gründen nicht weiter ausgebaut werden. Der Einfluß der rechten Führer der SPD, der zwar zurückgegangen war, erwies sich als noch tiefgehend genug, um die Einbeziehung aller Sozialdemokraten und weiterer proletarischer Schichten in den einheitlichen Kampf zu verhindern. Diese Führer bagatellisierten die faschistische Gefahr, forderten von allen Sozialdemokraten, „Disziplin zu üben" und erst auf den Ruf der Parteiführung hin zu handeln. Bereits damals – nicht erst 1933 – gab der Vorstand der SPD die auf Abwarten und Stillhalten hinauslaufende Parole heraus: „Bereit sein!"[32] Unter dem Druck dieser rechten Führer und ausschlaggebender Teile des Finanzkapitals, die Sozialdemokraten in die neue, von Stresemann geleitete Regierung einbezogen hatten und noch nicht bereit waren, die bürgerlich-parlamentarische Form ihrer Machtausübung aufzugeben, und deshalb auch den [330] Hitlerputsch in München niederschlagen ließen, verstärkten sich Schwankungen unter linken sozialdemokratischen Funktionären und Mitgliedern. Sie wandten sich wieder von der Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab.

Hinzu kam, daß von seiten der KPD der Prozeß der Lösung der Arbeiter und anderer Werktätiger von der reformistischen bzw. überhaupt von der bürgerlichen Ideologie überschätzt wurde. Der KPD gelang es noch nicht, „den *tatsächlichen* Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen *Masse* (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) *nüchtern* zu prüfen".[33] Die Kommunisten in den Regierungen Sachsens und Thüringens konnten ihre Positionen nicht genügend im revolutionären Sinne ausnutzen. Schließlich erwiesen sich rechtsopportunistische und vor allem ultralinke Kräfte in der KPD als Hemmnis, das die Verwirklichung der Politik der Partei stark beeinträchtigte.

Die Schützenhilfe, die rechte sozialdemokratische Führer der Großbourgeoisie während der Zeit der relativen Stabilisierung und besonders während der Weltwirtschaftskrise im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung leisteten, sowie der zunehmende Antikommunismus der sozialdemokratischen Parteiinstanzen, der sich bis zur Verleumdung „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder" steigerte,[34] und in der Forderung nach „Vernichtung der KPD bis auf unbelehrbare, sektenhafte Reste"[35] gipfelte, lähmten und desorientierten nicht nur Millionen von Arbeitern. Sie mußten sich auch auf die Einheitsfrontpolitik der Kommunisten auswirken: Die KPD konzentrierte sich auf die Einheitsfront „von unten". Sie suchte während der Weltwirtschaftskrise angesichts der Tolerierung der Präsidialkabinette durch die rechten Führer der SPD gegen deren Willen und Widerstand gemeinsam mit kampfbereiten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern den antifaschistischen Kampf zu führen. Seit 1930, verstärkt 1932 mit der Antifaschistischen Aktion, gelang es im lokalen Rahmen, gemeinsam Naziüberfälle abzuwehren, Arbeitereinrichtungen zu schützen, faschistische Demonstrationen zu verhindern, antifaschistische Kundgebungen durchzuführen, die oftmals von den örtlichen Leitungen der KPD, der SPD, des ADGB und anderer Arbeiterorganisationen vorbereitet worden waren, sowie antifaschistische Einheitskomitees, Kampfausschüsse und Selbstschutzstaffeln zu bilden. Verschiedentlich konnten auch

[30] Beschluß der Zentrale der KPD vom 6. Oktober 1923, in: Dokumente und Materialien, S. 445.
[31] Zit. nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 664, Dok. 155.
[32] Aufruf des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der VSPD vom 27. September 1923 „An die Partei!", in: Dokumente und Materialien, Bd. VII/2, S. 436.
[33] W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1964, S. 44.
[34] Rede Otto Wels' auf dem Parteitag 1931, in: Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931 vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 19.
[35] Das Freie Wort, 52/1932, S. 20.

parteilose und christliche Arbeiter in die gegen die Faschisierung und den Vormarsch der faschistischen Bewegung gerichteten Abwehrkämpfe einbezogen werden.

Doch es war nur eine begrenzte Zahl von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern bereit, gegen den Willen ihrer Führer gemeinsam mit den Kommunisten zu handeln. Die Führung der KPD berücksichtigte das durchaus. Deshalb suchte sie 1932, angesichts der Verschärfung der faschistischen Gefahr, mit sozialdemokratischen Leitungen und mit dem Parteivorstand – unter Zurückstellung aller Meinungsunterschiede – zu Übereinkommen für ein gemeinsames Auftreten gegen den Faschismus zu gelangen. So erklärten sich das Zentralkomitee der KPD und das Reichskomitee der RGO in einem Aufruf vom 25. April bereit, gemeinsam mit jeder „Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind“[36], gegen Lohn- und Unterstützungsabbau sowie gegen den Terror der Nazipartei und ihrer SA zu kämp-[331]fen. Von dem gleichen Bemühen zeugen die Anweisung des Sekretariats des Zentralkomitees vom 4. Juni, mit dem Reichsbanner gegen die SA vorzugehen,[37] der Appell der Führung der KPD vom 20. Juli an die SPD, den ADGB, den AfA-Bund und die christlichen Gewerkschaften, den Papen-Staatsstreich in Preußen gemeinsam mit dem Generalstreik zu beantworten[38], und ein ähnliches Angebot vom 30. Januar 1933 anläßlich der Bildung der Hitlerregierung.[39] Als die sozialdemokratischen Führungsorgane ein Volksbegehren zur Aufhebung der Papenschen Notverordnung vom 4. September 1932 planten, erklärte die III. Parteikonferenz der KPD im Oktober, trotz einiger Einwände hinsichtlich der Zweckmäßigkeit eines Volksbegehrens, die Bereitschaft der Kommunisten, an einer solchen Aktion teilzunehmen. Auch auf regionaler Ebene bemühten sich die Kommunisten – beispielsweise die Bezirksleitungen Berlin-Brandenburg, Ruhrgebiet und Nordwest –, mit Leitungen und Vorständen der SPD und des ADGB zu Vereinbarungen zu kommen.

Diese Tatsachen beweisen, daß es eine grobe Fälschung ist zu behaupten, das von den Kommunisten vertretene antifaschistische Programm „bezog sich ausschließlich auf die Schaffung der ‚Einheitsfront von unten‘“.[40] Abgesehen davon, daß sich die KPD auch an die sozialdemokratischen Spitzen wandte und sich im Interesse der Abwehr der faschistischen Gefahr zur Zusammenarbeit mit der SPD insgesamt bereit erklärte, hatte ihr antifaschistisches Programm nicht nur die Einheitsfront zum Gegenstand und Inhalt. Es war erheblich umfangreicher und detaillierter, wie noch dargelegt werden wird. Auch der an gleicher Stelle zur Rechtfertigung der ablehnenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes erhobene Vorwurf, die Angebote der KPD vom Juli 1932 und vom Januar 1933 seien „nur in begrenztem Umfang und zu spät“ gemacht worden[41], entbehrt jeglicher Grundlage. Im Appell vom 20. Juli beispielsweise schlug die Führung der KPD vor, gemeinsam für die Beseitigung des Ausnahmezustandes und der Notverordnungen, für das Verbot der SA und SS, für die Entwaffnung der Konterrevolution, für uneingeschränkte Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit zu kämpfen. Das entsprach der Situation, das waren die dringendsten Erfordernisse, sollten Faschisierung und Nazibewegung zurückgedrängt werden. Was den angeblich zu späten Termin anbelangt, so bleibt festzustellen, daß Angebote, gemeinsam gegen die Folgen des Papen-Staatsstreichs und für den Sturz der Hitlerregierung aufzutreten, erst gemacht werden konnten, als der Staatsstreich stattgefunden hatte bzw. die Hitlerregierung eingesetzt worden war.

Auch mit ihrer Parlamentspolitik suchte die KPD die Schaffung der antifaschistischen Einheitsfront voranzubringen und Vorstöße der Nazis abzuwehren. Beispielsweise verhinderte sie im Juni 1932 im Preußischen Landtag in gemeinsamer Abstimmung mit SPD, Zentrum und Deutscher Staatspartei die mögliche Wahl eines Naziministerpräsidenten sowie die Annahme eines NSDAP-Antrages, die preußischen Minister, die der SPD und der Deutschen Staatspartei angehörten, in den Anklagezustand zu versetzen. Zugleich bot die KPD der SPD und dem Zentrum – allerdings vergeblich – an, sie wolle

[36] Die Antifaschistische Aktion, S. 7.
[37] Siehe ebenda, S. 77.
[38] Siehe ebenda, S. 193 f.
[39] Siehe ebenda, S. 354 ff.
[40] Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. I, Freiburg/Basel/ Wien 1966, Sp. 226.
[41] Ebenda, Sp. 227.

auf eigene Kandidaten verzichten und für ein nur aus Vertretern von SPD und Zentrum zusammengesetztes Präsidium des Landtages stimmen, um die Wahl von Faschisten zu verhindern. In [332] einigen Stadtparlamenten stimmten kommunistische Fraktionen für sozialdemokratische Kandidaten und verhinderten die Wahl von Nazis zu Vorsitzenden.

Zudem begann die KPD, sektiererische Hemmnisse und Vorurteile in ihren Reihen zu beseitigen und sich von solchen die Aktionseinheit behindernden Fehleinschätzungen zu lösen, die etwa mit den Begriffen „kleine Zörgiebels“ und „Sozialfaschismus“ geprägt worden waren. Sie zog aus der inneren Auseinandersetzung mit dem Sektierertum richtige Schlußfolgerungen für den weiteren Kampf mit dem Ziel, ein einheitliches Handeln der Arbeiterklasse herbeizuführen.

Auf die Vorschläge der KPD reagierten die rechten Führer der SPD entweder gar nicht oder ablehnend. Sie konnten das tun, weil der Druck kampfbereiter, für die Einheitsfront eintretender Mitglieder und Funktionäre zu keiner Zeit so stark war, daß sie ihm nachgeben mußten. Sie konnten das tun, weil die Zahl jener Sozialdemokraten, die die Sterilität rechtssozialdemokratischer Politik erkannten, vor und besonders nach der Errichtung der faschistischen Diktatur zwar wuchs, die rechten Führer aber den Parteiapparat in der Hand behielten und gegen oppositionelle Kräfte mit Diskriminierung, Sperrung finanzieller Mittel und Ausschluß vorgingen.

An ihrer „Generallinie“ – Ablehnung eines Zusammengehens mit den Kommunisten, um für bestimmte Kreise der Bourgeoisie koalitionsfähig zu bleiben – hielten die rechten sozialdemokratischen Führer, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch in den Jahren der faschistischen Diktatur fest. Sie erklärten öffentlich, ein Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten stärke nicht die Kampfkraft der Arbeiterklasse, sondern kompromittiere die Sozialdemokratie. Was die Kampfkraft der Arbeiterklasse anbelangt, so hatte die Geschichte diese antikommunistischen Ausflüchte, so oft auch bürgerliche und reformistische Ideologen von heute darauf zurückgreifen, längst widerlegt. Wer sich hingegen wirklich vor der Geschichte kompromittierte, war der sozialdemokratische Parteivorstand, der vor der Hitlerregierung kapitulierte und sich bei ihr anzubiedern suchte, der seine eigenen Programme, insbesondere das Prager Manifest aus dem Jahre 1934, in dem von der Vermeidung der Fehler von 1918 und von der Einigung der Arbeiterklasse als Zwang der Geschichte die Rede ist, lediglich als Täuschungsmanöver betrachtete.

Am 1. und 14. März 1933 unterbreitete die Führung der KPD dem Parteivorstand der SPD wiederum Vorschläge zu gemeinsamem Vorgehen. Das erfolgte zu einer Zeit, als sich das Hitlerregime noch keineswegs stabilisiert hatte, beträchtliche Teile der Mitgliedschaft der SPD und des ADGB kampfentschlossen waren und für machtvolle einheitliche Aktionen die Aussicht bestand, eine Wende der Entwicklung herbeizuführen. Dieser Schritt der Kommunisten war bestimmt von ihrer Erkenntnis: „Die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter ist das Gebot der Stunde, ist die Lebensfrage der deutschen Arbeiterklasse.“[42] Die KPD erklärte sich bei Vereinbarungen über gemeinsames Handeln bereit, der Forderung sozialdemokratischer Führer nach einem „Nichtangriffspakt“ zu entsprechen und „sich für die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital und den Faschismus jedes Angriffs auf die Sozialdemokratie (zu) enthalten“.[43]

Die Schlußfolgerung aus der erneuten Ablehnung dieser Vorschläge durch die SPD-Führung konnte für die KPD nicht Resignation oder Einstellung des antifaschistischen [333] Kampfes heißen. Sie konnte ebensowenig wie vor 1933 dem Faschismus kampflos das Feld überlassen. Vielmehr war es erforderlich, unter Berücksichtigung dieser Haltung der sozialdemokratischen Führungsinstanzen alles zu tun, um den Kampf im Lebensinteresse vor allem der Arbeiterklasse, im Interesse von Freiheit und Menschenwürde zu verstärken, das Bündnis mit allen kampfbereiten Arbeitern zu festigen und weiter auszudehnen. Es galt, „die Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen Arbeiter und der oppositionellen Elemente unter den SA-Leuten, der Hitlerjugend, den Mitgliedern der

[42] „Mutig vorwärts in der Antifaschistischen Aktion!“. Aufruf des ZK der KPD vom März 1933, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 6/1933, S. 137.
[43] Einheitsfrontangebot des ZK der KPD an den Parteivorstand der SPD vom März 1933, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, S. 149.

NSBO, der ‚Arbeitsfront' und der ‚Kraft durch Freude'" herzustellen, wie es in der Resolution des Zentralkomitees vom 1. August 1934 heißt.[44] Ein wichtiger Schritt, die Einheitsfront zu fördern, bestand im Auftrag der Führung an alle Kommunisten, Bestrebungen von Arbeitern in den Betrieben, die freien Gewerkschaften wiederherzustellen und entsprechende illegale Gruppen zu bilden, nicht nur zu unterstützen, sondern dabei die Initiative zu ergreifen. Alle Gruppen der RGO sollten in den neuen freigewerkschaftlichen Gruppen aufgehen. Um die illegale Gewerkschaftseinheit zu schaffen, seien „sofort mit den bestehenden sozialdemokratischen Gruppen Verhandlungen aufzunehmen".[45]

In Anbetracht des zunehmenden Differenzierungsprozesses in der SPD, der sich ausweitenden Ablehnung der alternativlosen, sterilen politischen Position der rechten Führer durch Funktionäre und Mitglieder, die immer häufiger eine neue Orientierung der Sozialdemokratie und die Aktionseinheit forderten, suchte sich die kommunistische Partei mit diesen Kräften zu verbünden. Diese aktiven Sozialdemokraten, die wie die Kommunisten vom faschistischen Regime verfolgt und unterdrückt wurden, mußten gemeinsam mit den Kommunisten zum Kern der antifaschistischen Einheitsfront werden.

Das Zentralkomitee betonte im Januar 1935 erneut, daß in erster Linie „die Verständigung und der gemeinsame Kampf der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter und Organisationen" erforderlich sei. Er werde bewirken, daß andere werktätige Schichten sich anschlössen. Die Einheitsfront müsse geschaffen werden durch Abkommen „mit allen sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären, Gruppen, Organisationen und örtlichen, bezirklichen und zentralen Leitungen".[46] Im Hinblick auf den Gegenstand gemeinsamer Abkommen empfahl die Parteiführung, von den unmittelbaren gemeinsamen Interessen und Bedürfnissen auszugehen.

Von Mitte 1934 bis Mitte 1935 gelang es in verschiedenen Gebieten Deutschlands, Vereinbarungen abzuschließen, so zwischen den Bezirksleitungen beider Parteien im Saargebiet, in Baden und in Hessen-Frankfurt, zwischen dem Bezirksvorstand der Roten Hilfe und der sozialdemokratischen Bezirksleitung in Berlin, zwischen örtlichen Leitungen in Hannover, Bremen, Dortmund, Zeitz sowie in weiteren einzelnen Städten Nord- und Ostdeutschlands. Analysiert man den Inhalt der Abkommen, so wird deutlich, daß die dringendsten Erfordernisse die Grundlage bildeten: gemeinsame Appelle an die Werktätigen zum einheitlichen Kampf um die Durchsetzung ihrer Tagesforderungen zu veröffentlichen; Widerstandsaktionen in den Betrieben durchzuführen; Komitees zur Freilassung politischer Gefangener zu bilden und deren Angehörige zu unterstützen; illegale Gewerkschaftsgruppen zu schaffen; antifaschistische Arbeit in den Massenorganisationen der Nazis [334] zu leisten; bei den Vertrauensrätewahlen gemeinsam vorzugehen; sich über die Abwehr von Spitzeln zu verständigen.

Zugleich traten Mitglieder der Führung der KPD mit Führern der Revolutionären Sozialisten, die sich für die antifaschistische Aktionseinheit ausgesprochen hatten, in einen Dialog ein, geführt in Presseorganen, die in Emigrationsländern erschienen und illegal auch in Deutschland verbreitet wurden. Das Zentralkomitee wandte sich im Februar, April und Juni 1935 an den sozialdemokratischen Emigrationsvorstand in Prag mit Vorschlägen, gemeinsame Maßnahmen anläßlich der Vertrauensrätewahlen und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland sowie zur Unterstützung von Opfern des faschistischen Terrors zu erörtern. Während der Emigrationsvorstand wiederum ablehnte, fanden sich Sozialdemokraten, ehemalige ADGB-Mitglieder und auch parteilose Arbeiter mit Kommunisten zu gemeinsamem Handeln zusammen.[47]

Die Brüsseler Konferenz im Oktober 1935 schloß den Prozeß der Ausarbeitung der gegen die faschistische Diktatur gerichteten Einheitsfrontpolitik ab. Als Voraussetzung für den Sturz des Hitlerregimes bezeichnete die Konferenz „die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse".[48] Die Konferenz definierte als allgemeinen Ausgangspunkt und als Hauptinhalt der

[44] Die Schaffung der Einheitsfront der werktätigen Massen im Kampfe gegen die Hitlerdiktatur, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 45/1934, S. 1867.
[45] Ebenda.
[46] Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur. Resolution des ZK der KPD vom 30. Januar 1935, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 10/1935, S. 553.
[47] Siehe Klaus Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939, Berlin 1974, S. 63 ff.
[48] Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.-15. Oktober 1935), hrsg. u. eingel. von Klaus Mammach, Berlin 1975, S. 588.

Aktionseinheit der Arbeiterklasse den Kampf „um die ständige Verteidigung ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen“, „um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen die faschistische Unterdrückung“.[49] Da auch die Sozialdemokratie verfolgt werde und in eine Kampfstellung gegen das faschistische Regime gedrängt worden sei, schaffe das ein neues Verhältnis zwischen beiden Parteien, erfordere das die Aktionseinheit „zwischen den beiden Parteien, ihren Organisationen und Mitgliedern“.[50] Um sie herbeizuführen, müßten alle sektiererischen Hemmnisse in den Reihen der KPD beseitigt, aber auch alle Versuche rechter sozialdemokratischer Führer zur Verhinderung der Einheitsfront bekämpft werden. Zugleich betonte die Konferenz, daß Aktionseinheit nicht bedeute, die politische und organisatorische Selbständigkeit der SPD aufzuheben; sie bedeute nicht, daß sich die Sozialdemokraten den Kommunisten unterzuordnen hätten – Behauptungen, die noch heute von bürgerlichen und sozialdemokratischen Historikern kolportiert werden.

In den folgenden Jahren vereinten sich Kommunisten und Sozialdemokraten, ehemalige ADGB-Mitglieder, christlich orientierte und parteilose Arbeiter zu gemeinsamen Widerstandsaktionen in den Betrieben und faschistischen Massenorganisationen gegen Aufrüstung und terroristische Unterdrükkung, für die Durchsetzung sozialer Forderungen und politischer Rechte. Eine enge Kampfgemeinschaft bildete sich in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern heraus. Namentlich Kommunisten und Sozialdemokraten wirkten in einigen Emigrationsländern Seite an Seite gegen den Hitlerfaschismus. In Spanien kämpften sie gemeinsam in den Internationalen Brigaden. Im Verlauf des zweiten Weltkrieges nahmen kommunistische Parteiorganisationen Kontakt zu sozialdemokratischen Gruppen und zu einzelnen Sozialdemokraten auf. Ein Teil dieser Sozialdemokraten schloß sich den von der KPD geführten Widerstandsorganisationen an. Gemeinsam wurden in [335] den letzten Kriegswochen durch entschlossenes Handeln in vielen deutschen Städten und Dörfern weitere sinnlose Zerstörungen und Opfer verhindert.

Daneben gelang es auch, Verhandlungen zwischen Vertretern des ZK der KPD und führenden Sozialdemokraten einzuleiten, so etwa im November 1935 zwischen Mitgliedern des Politbüros und des Emigrationsvorstandes in Prag oder im Juni und Juli 1943 zwischen leitenden Funktionären der Organisation der KPD und der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien. Zeitweilig erfolgte eine Zusammenarbeit mit führenden Sozialdemokraten, so 1935 bis 1937 in Paris mit Rudolf Breitscheid und im Frühjahr 1939 mit leitenden Funktionären des Arbeitsausschusses deutscher Sozialisten und der Revolutionären Sozialisten Österreichs. Ansätze zur Zusammenarbeit zwischen Franz Jacob und Anton Saefkow, Mitgliedern der operativen Leitung der KPD in Deutschland, und den sozialdemokratischen Funktionären Julius Leber und Adolf Reichwein im Sommer 1944 in Berlin wurden durch Verhaftungen zerschlagen.

Von geschichtlicher Tragweite war der gemeinsame jahrelange und opferreiche Kampf vor allem in Deutschland selbst, den namentlich Kommunisten und eine Anzahl sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre sowie andere klassenbewußte Arbeiter gegen die faschistische Diktatur führten. In ihm wuchsen – wie die Berner Konferenz der KPD es Anfang 1939 vorausgesagt hatte – die Voraussetzungen dafür, „endgültig die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse zu beseitigen und die Sehnsucht der deutschen Arbeiter nach der Schaffung einer einheitlichen Partei der deutschen Arbeiterklasse zu erfüllen“.[51]

3. Bündnispolitik

Der 8. Parteitag machte darauf aufmerksam, daß sich das Kleinbürgertum – enttäuscht von den Ergebnissen sozialdemokratischer Politik – der faschistischen Bewegung zuwende in dem Glauben, sie werde seine Verelendung und politische Entrechtung aufhalten können. Demgegenüber betonten die Kommunisten, die Rettung des Kleinbürgertums vor der Vernichtung durch die Großbourgeoisie sei nicht durch die Abwendung von der Arbeiterklasse herbeizuführen, sondern „nur durchzusetzen im

[49] Ebenda, S. 588 f.
[50] Ebenda, S. 589.
[51] Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar-1. Februar 1939), hrsg. u. eingel. von Klaus Mammach, Berlin 1974, S. 142.

gemeinsamen Kampfe mit der Arbeiterklasse gegen das Großkapital“.[52] Das Proletariat werde dann die „aufsteigende Welle des Faschismus“ aufhalten und zurückdrängen, „wenn es in diesem Kampfe die Interessen der zugrundegehenden Kleinbürger rücksichtslos auf Kosten der Großbourgeoisie vertritt“.[53] Von dieser Erkenntnis ausgehend, formulierte der Parteitag eine Anzahl von Forderungen, die den Interessen der Beamten und Angestellten entsprachen und für die einzutreten er alle Kommunisten verpflichtete.[54]

Wenig später wandte sich die KPD an die Kleinbauern, um sie vor den Faschisten zu warnen und ihnen klarzumachen, daß ihr Platz an der Seite der Arbeiterklasse sei, wenn sie ihre soziale Lage verändern und ihre demokratischen Rechte und Freiheiten verteidigen und erweitern wollten.[55] Auch der Hinweis der Parteiführung an die Mitglieder vom [336] Juli 1923, mit den „verelendenden Kleinhändlern“[56] zusammenzugehen, sowie der Appell „An den arbeitenden Mittelstand, an die Beamten und Bauern Deutschlands“[57], sich nicht mißbrauchen und gegen die Arbeiterklasse hetzen zu lassen, enthielten insgesamt eine richtige bündnispolitische Orientierung. Noch aber waren die Forderungen, die die Partei erhob, nicht detailliert genug, um an die unmittelbaren Interessen dieser Schichten anzuknüpfen und sie von der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns zu überzeugen; noch überwogen allgemeine politische Losungen.

Einen Schritt voran bedeuteten die „Richtlinien der Zentrale der KPD vom 5. August 1923 für die politische Massenarbeit unter den Mittelschichten“, in denen als grundlegende Bedingungen, das Kleinbürgertum als Bundesgenossen zu gewinnen, genannt wurden: „1. Die Arbeiterklasse muß sich zum Führer des nationalen Befreiungskampfes machen. 2. Die Arbeiterklasse muß sich aktiv der sozialen Interessen des Kleinbürgertums gegen das Großkapital annehmen.“[58] Das zeugt davon, daß die Führung der KPD erkannt hatte, wie man der nationalen und sozialen Demagogie der Faschisten begegnen, ihren ideologischen Einfluß zurückdrängen und dem Kleinbürgertum verständlich machen konnte, an wessen Seite es eine Zukunft besaß. Die Zentrale legte in den Richtlinien eine Anzahl von Forderungen zur „Befreiung von drückenden Lasten“ und zur „Sicherung der Existenz des Mittelstandes“ dar, gab Hinweise, wie die Kommunisten unter den verschiedenen kleinbürgerlichen Schichten arbeiten und selbst auf Versammlungen der Faschisten auftreten sollten, um die Mittelschichten für ein gemeinsames Vorgehen mit dem Proletariat zu gewinnen bzw. vom faschistischen Einfluß zu lösen. Die Zentrale forderte von den Parteimitgliedern, „bestehende Vorurteile“ gegenüber dem Kleinbürgertum zu überwinden.[59] Diese politische Linie entsprach der Leninschen Forderung, „sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, *aber auch mit den nichtproletarischen* werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen“.[60]

Es erwies sich jedoch als außerordentlich schwierig, alteingewurzelte Vorbehalte des Kleinbürgertums gegenüber dem Proletariat und die Einflüsse der verschiedenen Spielarten bürgerlicher Ideologie auf diese Zwischenschicht zu überwinden und größere Teile in den Kampf zu führen. Zwar nahmen Angehörige des Mittelstandes an Aktionen gegen Hunger und Teuerung sowie an der Massenbewegung zum Sturz der Regierung Cuno teil. Erheblich schwieriger aber war es, sie für den Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen. Es gelang nicht, sie für längere Zeit an die Seite der revolutionären Arbeiter zu ziehen.

---

[52] Resolution über die politische Lage und die nächsten Aufgaben des Proletariats, in: Dokumente und Materialien, Bd. VII/2, S. 243.
[53] Ebenda, S. 244.
[54] Siehe Resolution zur Beamtenfrage, in: Dokumente und Materialien, S. 259 f.
[55] Siehe Aufruf der Abteilung Land der Zentrale der KPD vom 17. März 1923 „An das schaffende Landvolk!“, in: Dokumente und Materialien, S. 272 ff.
[56] Aufruf der Zentrale der KPD vom 11. Juli 1923 „An die Partei!“, in: Dokumente und Materialien, S. 365.
[57] Aufruf der Zentrale der KPD vom 25. Juli 1923, in: Dokumente und Materialien, S. 373 ff.
[58] Ebenda, S. 383.
[59] Siehe ebenda, S. 284 ff.
[60] Lenin, Der „linke Radikalismus“ ... , in Lenin: Werke, Bd. 31, S. 9.

Die Verwirklichung der Bündnispolitik gestaltete sich in der Praxis des Klassenkampfes kompliziert. Die KPD mußte in Rechnung stellen, daß es ein langwieriger Prozeß war, das traditionelle Schwanken der Mittelschichten zu überwinden und das Bündnis zu formieren. Sie mußte berücksichtigen, daß Tempo und Umfang dieses Prozesses von bestimmten Situationen und Bedingungen des Klassenkampfes abhingen. Eine Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Finanzkapital und Volksmassen schuf zwar günstigere Möglichkeiten, das Bündnis herzustellen; zur Realität werden konnte es aber nur, wenn auch subjektive Faktoren wirksam wurden. So hing das Bündnis u. a. von einer bestimmten Stufe der Erkennt-[337]nis in den Mittelschichten über die Gefährlichkeit des Faschismus ab. Diese Erkenntnis mußten sie auf Grund eigener Erfahrungen gewinnen, ehe sie sie zum aktiven Handeln an der Seite der Arbeiterklasse führte. Dies war um so eher zu erreichen, je entschlossener das Proletariat in Aktionseinheit auftrat.

Die Kommunisten hatten ferner stets zu berücksichtigen, daß es, abgesehen von den notwendigen objektiven Voraussetzungen für das Bündnis, wesentlich auf ihre Fähigkeit, ihre Geduld, ihr Feingefühl und ihre Überzeugungskraft ankam. Dazu gehörte, daß die Kommunisten die berechtigten Forderungen der Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden, Beamten und der Angehörigen der Intelligenz nicht nur zu den ihren machten, sondern daß sie es auch verstanden, den tagtäglichen Kampf für ihre Durchsetzung zu organisieren. Dazu gehörte, daß die Kommunisten jedwedes Vorurteil überwanden, auch Kompromisse einzugehen verstanden und ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis schufen. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse mußte stets vor Augen haben, daß man einen so mächtigen Gegner wie die faschistische Großbourgeoisie nur dann besiegen kann, wenn man, nach Lenins Worten, „jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein“.[61]

Während der Zeit der Weltwirtschaftskrise schritt die KPD in der Entwicklung und Umsetzung der antifaschistischen Bündnispolitik weiter voran. Bereits im Juni 1929 hatte der 12. Parteitag die „Vernachlässigung der Propaganda in den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten, die zum Rekrutierungsfeld der Faschisten wurden“, als einen der Hauptmängel der Arbeit der Partei bezeichnet und eine „energische Tätigkeit unter den Handwerkern, Gewerbetreibenden, Kleinhändlern, Sparern, Kleinrentnern, Kriegsopfern, Intellektuellen usw.“ gefordert.[62] „Die Partei muß insbesondere viel größere Aufmerksamkeit den Interessen der werktätigen Bauernmassen (in der Frage von Grund und Boden, Pachtbedingungen, Zöllen und Steuern, Teuerung, Krediten usw.) zuwenden, die Arbeit unter diesen Massen verstärken und systematisieren, um sie vom bürgerlichen und faschistischen Einfluß zu befreien und um den Kampf der armen Bauern mit dem revolutionären Kampf des Proletariats unter der Führung der KPD zu vereinigen.“[63] Darüber hinaus war es erforderlich, wie die Parteiführung im Juni 1930 betonte, durch die offensive Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie „breitere Schichten von Mitgliedern, Anhängern, Mitläufern und Wählern von der faschistischen Bewegung loszulösen“.[64]

Mit dem Programm zur nationalen und sozialen Befreiung, dem Bauernhilfsprogramm[65] und dem Arbeitsbeschaffungsplan[66] suchte die KPD auch den Interessen der Mittelschichten zu entsprechen. In der täglichen Klassenauseinandersetzung, auch in den Parlamenten, rangen die Kommunisten darum, die sozialen und demokratischen Anliegen dieser Schichten durchzusetzen und breitere Kreise gegen Notverordnungspolitik, Faschisierung und Hitlerbewegung zu mobilisieren. Einen bestimmten Fortschritt in der Zusammenarbeit mit Angehörigen des Mittelstandes, der Bauernschaft und der Intelligenz erzielte die KPD in [338] Gestalt der im Frühjahr 1932 ins Leben gerufenen Antifaschistischen Aktion, deren Ziel es war, „die Massen zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus zu vereinigen,

[61] Ebenda, S. 56 f.
[62] Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der KPD, in: Dokumente und Material, Bd. VIII, S. 836, S. 839.
[63] Ebenda, S. 839.
[64] Resolution über den Kampf gegen den Faschismus, in: Die Rote Fahne, Nr. 137, vom 15.6.1930.
[65] Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 545 ff., Dok. 78.
[66] Siehe ebenda, S. 547 ff., Dok. 79.

dem Hitlerfaschismus den Weg zur Regierungsmacht zu verlegen, die aufsteigende Welle des Hitlerfaschismus zum Stehen zu bringen und zurückzuschlagen“.[67]

Ein Spiegelbild des zunehmenden Einflusses der Politik der KPD gab die Reichstagswahl im November 1932, bei der die Partei über 600.000 Stimmen gewann und insgesamt fast sechs Millionen erhielt. Jeder sechste Wähler stimmte für sie. Doch die Nazipartei, die zwei Millionen Stimmen verlor, erhielt immer noch elf Millionen, die Deutschnationale Volkspartei drei Millionen Stimmen. Die Mehrheit des Kleinbürgertums folgte den Faschisten, irregeführt von ihrer antikapitalistischen Demagogie und ihrem Nationalismus. Nur eine Minderheit schloß sich dem Kampf der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse zur Verhinderung einer faschistischen Diktatur an.

Nach Einsetzung der Hitlerregierung galt es für die KPD, unter erheblich komplizierteren Bedingungen ihre bisher gewonnenen Erkenntnisse auszuwerten, ihre Bündnispolitik zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Sie verallgemeinerte Erfahrungen im gemeinsamen Handeln mit katholischen Hitlergegnern im Ruhrgebiet, in der eingeleiteten Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen im Saargebiet für die Erhaltung des Status quo und gegen den Anschluß an Hitlerdeutschland und zog Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Französischen Kommunistischen Partei im Ringen um eine Volksfront in Frankreich. Anläßlich der für den 19. August 1934 angesetzten Volksabstimmung über das Gesetz zur Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers rief das Zentralkomitee der KPD dazu auf, eine antifaschistische Volksfront zu bilden: „Wir Kommunisten wenden uns an alle Feinde der Hitlerdiktatur, an alle Sozialdemokraten, Gewerkschafter, an alle christlichen Werktätigen, an alle Gruppen und Organisationen, die gegen den Faschismus zu kämpfen bereit sind, mit uns gemeinsam die große antifaschistische Kampfeseinheit, die Volksfront gegen Hitler, gegen die faschistische Kapitalsdiktatur zu errichten.“[68]

Das Politsekretariat des EKKI bestärkte die Führung der KPD Mitte Januar 1935 in dieser Linie und empfahl nach einer ausführlichen Erörterung der Lage und der Kampfbedingungen in Deutschland, Wege und Möglichkeiten herauszufinden, eine breite Volksfront gegen Hitler zu organisieren, das Bündnis von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen Arbeitern, von Bauern, von „unzufriedenen Elementen der städtischen Mittelschichten“ und von Intellektuellen anzustreben.[69] Diese Empfehlung besagte, daß man einen Schritt weitergehen und den im Aufruf anläßlich der Volksabstimmung genannten Kreis sozialer Kräfte, die für einen gemeinsamen Kampf gewonnen werden sollten, ausdehnen müsse.

In seiner Resolution vom 30. Januar 1935 nannte das Zentralkomitee der KPD als Voraussetzung für den Zusammenschluß breitester Volksschichten in der Volksfront die antifaschistische Arbeit der Kommunisten und anderer Antifaschisten in den Massenorganisationen der Nazis wie Arbeitsfront, Hitlerjugend, SA, Arbeitsdienst, in Sportvereinen und in der Landhilfe: „Überall, wo Massen organisiert sind und zusammenkommen ..., müssen die Kommunisten und alle Antifaschisten zur Stelle sein, um die Opposition ge-[339]gen den Hitlerfaschismus zu organisieren.“[70] In diesen Organisationen sollten die Kommunisten gegen die eingesetzten Leitungen und das „Führerprinzip“ auftreten, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Kritik, auf die Wahl der Leitungen durch die Mitglieder, auf die Kontrolle über die Verwendung der Beitragsgelder durchsetzen.

Das Zentralkomitee erwartete von jedem Kommunisten „besondere Aufmerksamkeit“ für die Tagesforderungen der Bauern, des städtischen Mittelstandes sowie der Intelligenz und formulierte in seiner Resolution ein Kampfprogramm. Es forderte darin für die Klein- und Mittelbauern u. a. die Niederschlagung sämtlicher Steuerrückstände, die Senkung der Futterpreise auf Kosten des Großhandels, die Herabsetzung der Pachtgelder, langfristige zinslose Kredite zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und Vieh, die Aufhebung des Verbots des Selbstschlachtens zum eigenen Verkauf und die Erlaubnis

[67] Rundschreiben des Sekretariate des ZK der KPD vom 4. Juni 1932, in: Die Antifaschistische Aktion, S. 66.
[68] Zit. nach Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung S. 76.
[69] Siehe IML/ZPA, 135/2/1800.
[70] Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 10/1935, S. 554.

zum Selbstmarkten mit allen Produkten. Forderungen für die städtischen Mittelschichten waren die Steuerfreiheit für Einkommen bis zu 3000 Mark jährlich sowie für Vermögen bis zu 20.000 Mark, die Aufhebung der Bier-, Schlacht-, Bürger- und Salzsteuer, die Beseitigung der Zwangsabgaben und die Senkung der Miete für Ein- bis Dreizimmerwohnungen sowie kleine Geschäfte. Zugunsten der Intelligenz wurden die Beendigung der Maßregelungen von Künstlern und Gelehrten und der Gesinnungsschnüffelei verlangt, die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Kunst, die Beseitigung von Dilettantismus und Protektion. Die Führung der KPD rief alle Werktätigen auf, für demokratische Rechte einzutreten, darunter für die Freiheit der Versammlung und der Presse, für die Unantastbarkeit der Person und der Wohnung, für den Schutz vor Denunziation und Verfolgung, für die Aufhebung der Konzentrationslager und der sogenannten Schutzhaft.

Dieses Programm ging von den unmittelbaren sozialen und demokratischen Bedürfnissen und Forderungen verschiedener Volksschichten aus. Das gemeinsame Interesse der Arbeiterklasse und anderer Bevölkerungskreise an der Überwindung der politischen Rechtlosigkeit und der faschistischen Unkultur, an der Verbesserung ihrer sozialen Lage, an der Wiedergewinnung demokratischer Rechte und Freiheiten sowie an der Verhinderung eines von Hitlerdeutschland ausgelösten Krieges war die objektive Grundlage eines breiten Bündnisses, das die KPD anstrebte.

Umfassender als zuvor beantwortete die Brüsseler Konferenz die Frage nach den Bundesgenossen der Arbeiterklasse im Ringen um die Überwindung der faschistischen Diktatur. Es war nicht nur erforderlich, den gemeinsamen Kampf von Arbeitern, Klein- und Mittelbauern, Handwerkern, Gewerbetreibenden und Angehörigen der Intelligenz zu organisieren. Es galt, auch mit Kräften der ehemaligen Zentrumspartei, die „mit ihrem Einfluß tief ins kleinbürgerliche Lager und in bürgerliche Kreise“ reichen würden, Fühlung zu nehmen und zusammenzuarbeiten, ebenso mit „anderen Gruppen und Vereinigungen, die von jeher oder durch den Parteikurs der Hitlerregierung und die ganze Regierungspraxis der NSDAP im Gegensatz zur Hitlerregierung und ihren Maßnahmen stehen“. Das waren Gruppen der früheren Volkskonservativen, in denen sich bürgerliche Kräfte aus ländlichen Gebieten gesammelt hatten, „die entschieden gegen die Hitlermethoden sind und eine Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland anstreben“.[71] Das waren Deutschnationale, „die sich nicht gleichschalten ließen, die empört sind über die Wortbrüche Hitlers und die durch die Stahlhelmverbote in noch stärkere Oppositionsstellung getrieben worden sind“.[72]

[340] Diese weit gesteckte Konzeption antifaschistischer Bündnispolitik ging davon aus, daß die Politik des Regimes trotz aller demagogischer Propaganda nicht den wahren Interessen breiter, nichtmonopolistischer Kreise des Volkes entsprach. Die KPD berücksichtigte mit dieser Konzeption die Differenzierungsprozesse, die sich angesichts der Meinungsverschiedenheiten über politische und wirtschaftspolitische Maßnahmen in der Bourgeoisie und angesichts der staatsmonopolistischen Entwicklung im Kleinbürgertum zu vollziehen begannen. Diese Erscheinungen und Prozesse bildeten die objektive Grundlage für die Ausweitung der Bündniskonzeption Diese Konzeption war davon bestimmt, alle jene Kräfte zu gemeinsamem Vorgehen zu veranlassen, die Hitler und die Nazipartei ablehnten, gleich welcher Weltanschauung und sozialen Stellung, gleich welchen politischen Bekenntnisses und welcher Auffassung über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach Hitler. Ihn zu stürzen und damit im Lebensinteresse des deutschen Volkes den Frieden zu sichern, Terror, Verfolgung und Unterdrückung zu beseitigen, demokratische Rechte und Freiheiten wiederherzustellen – das war das erste und oberste Anliegen der KPD.

Die Volksfront sollte – so wurde es insbesondere auf der Berner Konferenz hervorgehoben – kein zeitweiliges, begrenztes Bündnis sein, das nach dem Sturz der faschistischen Regierung wieder aufgelöst werden würde. Vielmehr sollte es auf der Grundlage gemeinsamen Handelns und gemeinsamer Interessen auch danach weiterbestehen und im Ringen um eine gesellschaftliche Neugestaltung gefestigt werden. Auf der Berner Konferenz wurde darauf verwiesen, daß die Arbeiter und die anderen Werktätigen im Kampf gegen Hitler potentielle Verbündete besaßen: Teile der Bourgeoisie, mit denen sie so lange

[71] Bericht von Wilhelm Florin, in: Die Brüsseler Konferenz der KPD, S. 247.
[72] Ebenda, S. 248.

zusammengehen konnten, wie die Interessen dieser antinazistisch gesinnten Kräfte mit den Zielen der antifaschistischen Werktätigen übereinstimmten.

Volksfrontpolitik bedeutete nicht Koalitionspolitik nach Weimarer Muster. Sie unterschied sich in ihrem Inhalt, in ihrer Form und in ihren Zielen grundsätzlich von jener. Sie wurde von den übereinstimmenden objektiven Interessen der Mehrheit des Volkes bestimmt und nicht von klassenegoistischen Interessen einer monopolkapitalistischen Minderheit. Die Volksfrontpolitik war darauf gerichtet, demokratische Ziele zu erreichen und nicht darauf, die undemokratische Herrschaft einer Minderheit zu stützen.

Die KPD entfaltete in wachsendem Umfang Initiativen für ein gemeinsames Vorgehen der verschiedenen Antihitlerkräfte. Davon zeugen z. B. die Vorschläge der Parteiführung vom Juli 1935 an die Parteiorganisation in der Freien Stadt Danzig, mit Sozialdemokratie und Zentrum die Volksfront zum Sturz des Nazisenats zu schaffen, sowie die elastische Taktik im Hinblick auf eine mögliche Volksfrontregierung, die die Führung den Danziger Kommunisten zu verfolgen empfahl.[73] Davon zeugen die Verhandlungen von Kommunisten mit Funktionären der SPD, der SAP, der Zentrumspartei mit bürgerlich-demokratischen Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern, die 1935/36 bzw. 1937 in die Bildung von Volksfrontausschüssen in Paris und in Metz mündeten. Auch in solchen Vereinigungen wie dem „Freien Deutschen Kulturbund“ in Großbritannien wirkten Hitlergegner verschiedener politischer Richtung und sozialer Herkunft.

Verschiedentlich vermochten es die Kommunisten auch in Deutschland, mit nichtproletarischen Hitlergegnern die Zusammenarbeit aufzunehmen, meist mit Angehörigen der Intelligenz, vereinzelt auch mit kleinen Geschäftsleuten und Bauern. Den sich 1938/39 herausbildenden größeren Parteiorganisationen gelang es vor allem nach Beginn des Krieges, neben Sozialdemokraten und früheren ADGB-Mitgliedern Angehörige der Intelli-[341]genz und des Mittelstandes in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen und auf diese Weise größere Widerstandsorganisationen zu formieren, beispielsweise in Berlin, in Dresden und Leipzig, in München und Mannheim, in Städten des Ruhrgebietes, in Köln Stettin.[74]

Eine neue Stufe in der Verwirklichung ihrer antifaschistischen Bündnispolitik erreichte die KPD mit der Schaffung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im Juli 1943. In ihm vereinten sich Arbeiter, Angestellte, Bauern, Angehörige des Mittelstandes, der Intelligenz und Berufssoldaten verschiedener politischer und weltanschaulicher Richtungen, um gemeinsam für die Rettung der deutschen Nation vor der vom Faschismus herbeigeführten Katastrophe einzustehen. Eine ähnliche Zusammensetzung wies die sich entwickelnde Bewegung „Freies Deutschland“ in verschiedenen Emigrationsländern auf. In Deutschland selbst konnte diese Bewegung infolge des faschistischen Terrors sowie des tiefgehenden Einflusses der Ideologie und der Propaganda der Nazis eine solche Breite in der Zusammensetzung nicht erreichen.

Gegen Ende des Krieges wurde die Bündnispolitik der Partei in dem „Aktionsprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie“ weiterentwickelt, das die Führung der KPD im Oktober 1944 entwarf. Dieser Block, nach der Zerschlagung des Faschismus zu schaffen, sollte „alle Organisationen, Parteien, Gruppen und Personen“ umfassen, die „für die Rettung Deutschlands durch Vernichtung der faschistisch-imperialistischen Reaktion und (für die) Aufrichtung eines demokratischen Volksregimes kämpfen werden“.[75] Reale Gestalt erlangte diese Konzeption, als am 14. Juli 1945 der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gebildet wurde.

---

[73] Siehe Siegfried Vietzke, Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz, Berlin 1966, S. 196 ff.

[74] Siehe Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, S. 151 ff.; Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Leitung Gerhart Hass, Berlin 1974, S. 280 ff.; Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Leitung Karl Drechsler unter Mitarbeit von Klaus Drobisch u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 220 ff.; Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945, Frankfurt a. M. 1976, S. 275 ff.

[75] Horst Laschitza, Zwei Dokumente der KPD aus den Jahren 1944 und 1945 für das neue, demokratische Deutschland, in: BzG, 2/1965, S. 261.

4. Formen des antifaschistischen Kampfes unter den Bedingungen der Illegalität

Die KPD orientierte die Arbeiterklasse und die anderen antifaschistisch gesinnten Kräfte von Anfang an auf die Anwendung der verschiedensten Formen und Methoden im Kampf gegen den Faschismus – nicht wahllos, sondern von den gegebenen Bedingungen ausgehend, dem jeweiligen Kräfteverhältnis der Klassen angepaßt. Dieser Kampf beinhaltete in den Jahren der Weimarer Republik vor allem die agitatorische und propagandistische Aufklärung über Charakter und Ziel der faschistischen Bewegung, Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks, das Wirken von Einheitskomitees, Kontroll- und Kampfausschüssen, Aktionen der proletarischen Hundertschaften, des Kampfbundes gegen den Faschismus und des antifaschistischen Massenselbstschutzes. Der von der KPD in besonders zugespitzten Situationen des Klassenkampfes vorgeschlagene Generalstreik konnte wegen der ablehnenden Haltung der Führungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nicht wirksam werden.

[342] Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur galt es zu prüfen, welche bisherigen Formen des Kampfes auch unter den neuen Bedingungen anwendbar waren und welche neuen Methoden erprobt werden mußten.

Bereits vor 1933 hatte die KPD Maßnahmen getroffen, um einen illegalen Druck- und Vertriebsapparat aufzubauen.[76] Sie konnte daher sofort nach dem Verbot ihrer Presse im Februar 1933 illegal Zeitungen und Zeitschriften herstellen und über ein gut organisiertes Versandsystem verbreiten. Mitte März 1933 erschien die erste gedruckte illegale Ausgabe der „Roten Fahne“ in einer Auflagenhöhe von etwa 300.000 Exemplaren. Hergestellt in verschiedenen Städten Deutschlands, der Niederlande, Frankreichs und der Tschechoslowakei, erschien das Zentralorgan regelmäßig ein- bis dreimal im Monat bis zum Kriegsbeginn. Die Auflagenhöhe betrug bis 1935 rund 50.000, in den folgenden Jahren etwa 30.000 Exemplare je Ausgabe. Das war unter den Bedingungen der Illegalität und der Verfolgung eine außerordentliche Leistung, an der viele Mitglieder und Funktionäre sowohl der KPD als auch von Bruderparteien Anteil hatten und die manches Opfer forderte. Eine Zeitlang konnten auch einige Bezirksleitungen Zeitungen illegal herausgeben.

Daneben verbreitete die KPD Flugblätter und Traktate, hektographierte Betriebs- und Häuserblockzeitungen, Tarnschriften zu den verschiedensten Themen, Broschüren mit Beschlüssen der Parteiführung, mit Reden führender Funktionäre auf Beratungen und Konferenzen sowie Schriften über die Erfahrungen im antifaschistischen Kampf und über die Innen- und Außenpolitik des Hitlerregimes. Das oftmals im Ausland gedruckte Schriftgut wurde von Antifaschisten verschiedener Nationen mit Rucksack oder Koffer, mit der Bahn, dem Lkw oder per Schiff, selbst in Konservendosen, illegal nach Deutschland gebracht. Über den von der KPD seit Januar 1937 auf spanischem Boden betriebenen Deutschen Freiheitssender auf Kurzwelle 29,8 wandten sich Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlich-demokratische Hitlergegner an die deutsche Bevölkerung.

Wie sich die KPD bemühte, ihre Propaganda möglichst differenziert zu gestalten, geht z. B. aus einer Aufstellung der Abschnittsleitung Nord des ZK der KPD, die ihren Sitz in Kopenhagen hatte, hervor. Danach wurden im Jahre 1938 im Gebiet der Nord- und Ostseeküste, für das diese Leitung verantwortlich war, von den Kommunisten verfaßt und verbreitet: 18 Flugblätter, 40 Rundfunkvorträge und fünf Briefe, gerichtet an die gesamte Bevölkerung; vier Flugblätter, 30 Vorträge und zwei Briefe wandten sich an die Arbeiterschaft; fünf Flugblätter, neun Vorträge und ein Brief an die Bauern; 40 Vorträge, und fünf Briefe an die Jugend; 14 Vorträge und vier Briefe an die Frauen; ein Flugblatt und sieben Vorträge an Handwerker und Gewerbetreibende; vier Vorträge und zwei Briefe an Kaufleute; vier Vorträge an Sportler; ein Flugblatt und ein Vortrag an die SA-Leute.[77]

Unter den Bedingungen des Krieges war es kaum noch möglich, Zeitungen und umfangreiche Schriften herzustellen. Dennoch unternahmen die Kommunisten entsprechende Anstrengungen. Davon zeugen beispielsweise eine Ausgabe der „Berliner Volkszeitung“, drei mit der Schreibmaschine vervielfältigte

[76] Siehe Jürgen Stroech, Die illegale Presse – eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Ein Beitrag zur Geschichte und Bibliographie der illegalen antifaschistischen Presse 1933 bis 1939, phil. Diss., Berlin 1974, S. 37 ff.
[77] Siehe IML/ZPA, 3/20/415.

Nummern der „Roten Fahne“, vier Ausgaben des „Vorboten“, elf Nummern des „Friedenskämpfers“, etwa vier bzw. zehn Ausgaben der „Freiheit“ und des „Ruhr-Echos“. Vor allem mit gedruckten und hektographierten Flugblättern verbreitete die KPD die Wahrheit, suchte sie die Überzeugung zu wekken [343] bzw. zu fördern, daß das faschistische Regime gestürzt und der Eroberungskrieg beendet werden müßte. In diesem Sinne wirkten seit 1941 auch der Deutsche Volkssender und seit 1943 der Sender „Freies Deutschland“ von sowjetischem Territorium aus. In der Sowjetunion, in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, in Dänemark und anderen vom Hitlerfaschismus okkupierten Gebieten wandten sich deutsche Kommunisten, unterstützt von den jeweiligen Bruderparteien, in Zeitungen und Flugblättern an die Angehörigen der Wehrmacht, um sie von der Verlogenheit der faschistischen Antisowjethetze zu überzeugen, sie zur Einstellung des Kampfes und zum Anschluß an die Widerstandsbewegung aufzurufen.

Von allen antinazistisch gesinnten Kräften hatte die KPD den größten Anteil an der gegen den Faschismus gerichteten Propaganda. Von den bisher allein für die Jahre von 1933 bis 1939 ermittelten 607 Titeln illegaler Presseorgane wurden 449 von der KPD bzw. ihr nahestehenden Organisationen herausgegeben; 29 von der KPD gegründete Organe wurden als Einheits- oder Volksfrontorgane gemeinsam mit nichtkommunistischen Antifaschisten fortgeführt. Demgegenüber stehen 40 Titel der SPD bzw. sozialdemokratischer Organisationen wie Neu Beginnen, ISK und SAP, 20 Organe, die Angehörige verschiedener Splitterparteien bzw. -gruppen publizierten, und elf Titel bürgerlicher Hitlergegner.[78]

Mit ihrer schriftlichen und mündlichen Agitation und Propaganda suchten die deutschen Kommunisten der faschistischen Massenmanipulierung entgegenzuwirken. Auch wenn, verglichen mit der gewaltigen Propagandamaschinerie des Hitlerregimes, ihr Einfluß nur gering sein konnte und sie nur einen kleinen Teil des deutschen Volkes erreichte, so schuf die KPD mit ihrer Aufklärungsarbeit doch die Möglichkeit für eine beträchtliche Anzahl von Bürgern, sich wahrheitsgemäß zu informieren, über die eigene Zukunft und die des ganzen Volkes nachzudenken. Die Propaganda der KPD wies Antifaschisten und Kriegsgegnern in ihrem Ringen Weg und Ziel und bestärkte sie in ihrer Kampfentschlossenheit. Sie trug dazu bei, neue Widerstandskämpfer zu gewinnen, und veranlaßte manchen Bürger, sich vom Naziregime zu distanzieren.

Demonstrationen und Kundgebungen als Kampfform anzuwenden, war im allgemeinen nur in den ersten Wochen der faschistischen Diktatur möglich. Notverordnungen, Terror von Polizei und SA sowie Überwachung durch die Gestapo verhinderten das in der folgenden Zeit. Die KPD ging unter den gegebenen Bedingungen von dieser Form ab, um nicht Antifaschisten ungeschützt dem Zugriff der Verfolgungsorgane auszusetzen. War örtlich die Lage günstig, so führten Kommunisten und mit ihnen andere Antifaschisten sogenannte fliegende Demonstrationen durch, z. B. gegen den „Feiertag der nationalen Arbeit“ und gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933: Die Züge der Demonstrierenden bewegten sich nur für eine kurze Zeit geschlossen durch eine Straße und lösten sich dann auf. Wenn Polizei eintraf, konnte niemand verhaftet werden. Vereinzelt erfolgten Demonstrationen auch in der zweiten Hälfte der 30er Jahre.

Bei der Vorbereitung und Auslösung von Streiks orientierte die KPD gleicherweise auf ein bedachtes Vorgehen, auf ein genaues Abwägen der Zweckmäßigkeit, um nicht Antifaschisten zu gefährden. Insbesondere dann, wenn eine größere Zahl von Arbeitern, etwa die Belegschaft mehrerer Betriebsabteilungen oder eines ganzen Betriebes bzw. einer Baustelle, zum Ausstand entschlossen war – das zeigte sich wiederholt beim Kampf um die Verbesserung der sozialen Bedingungen, vereinzelt auch bei der Entlassung oder Ver-[344]haftung von Kollegen –, wendeten Kommunisten und andere Arbeiter diese Kampfform an. Meist waren es Streiks von einigen Stunden, seltener von einigen Tagen, mit denen sie sich in einzelnen Betrieben, auf Autobahnbauabschnitten und auf Baustellen militärischer Objekte, z. B. des Westwalls, gegen Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerungen zur Wehr setzten – in einer Reihe von Fällen mit Erfolg. Im allgemeinen überstieg die Zahl der an Streiks teilnehmenden Arbeiter nicht hundert. An einigen Ausständen beteiligten sich mehrere Hundert, an wenigen mehr als 1000 Arbeiter.

[78] Siehe Stroech, S. 222.

Es erwies sich, daß es selbst unter der faschistischen Diktatur möglich war, Streiks durchzuführen. Auch wenn sie nur zum Teil Erfolg hatten und meist von den Terrororganen mit Gewalt beendet wurden, zeugen sie von der Kampfentschlossenheit des fortgeschrittenen Teils der Arbeiterklasse, davon, daß er sich nicht von der sozialen Demagogie des Regimes irreführen ließ.

Die Ausnahmegesetzgebung und verstärkte Überwachung nach Kriegsbeginn machten es noch gefahrvoller und schwieriger, Streiks durchzuführen. Dennoch legten Zehntausende von Arbeitern während des Krieges für kurze Zeit die Arbeit nieder, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Beispielsweise wurden aus diesem Grund von Januar bis September 1943 18.900 und im ersten Halbjahr 1944 über 12.000 deutsche Arbeiter verhaftet.[79]

Ähnliche Formen des Widerstands waren vor allem in den 30er Jahren die Verweigerung von Sonntagsschichten und Überstunden, die geschlossene Beendigung der Arbeit vor Schichtschluß sowie die mit „gesundheitlichen Gründen“ motivierte Ablehnung der Zwangsverpflichtung zum Bau militärischer Objekte. Auch während des Krieges kam es zu ähnlichen „Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin“. Allein im ersten Halbjahr 1943 wurden dafür 14.000 deutsche Arbeiter verurteilt.

Eine größere Bedeutung als zuvor erlangte die antifaschistische Arbeit in paramilitärischen Formationen wie dem Arbeitsdienst und der SA sowie die Arbeit in der Wehrmacht.[80] Einige ihrer Lager mußten wegen des Widerstands der Arbeitsdienstler gegen die schlechten Lebensbedingungen und die Schikanen ihrer Führer aufgelöst werden. Auch Aktionen rein politischen Charakters erfolgten: gegen das Tragen von Hakenkreuzarmbinden, die zunehmende Militarisierung und die Zwangsteilnahme an Naziveranstaltungen. Nach der Einführung der Arbeitsdienstpflicht für alle männlichen Jugendlichen 1935 und nach der militärischen Durchorganisierung und verstärkten faschistischen Ausrichtung wurde eine antifaschistische Betätigung im RAD nahezu unmöglich.

In der SA verbreitete die KPD in den 30er Jahren antifaschistische Schriften. Es gelang jedoch nicht, über Verbindungen zu einzelnen oppositionellen SA-Leuten hinaus dort kommunistische Zellen zu bilden und Einfluß auf eine größere Zahl von Mitgliedern der SA zu gewinnen. Verhaftungen von Kommunisten und anderen Antifaschisten, die in diesem Sinne wirkten, vor allem jedoch der ideologische Zustand der übergroßen Mehrheit der SA-Angehörigen verhinderten das.

Noch schwieriger gestaltete sich die antifaschistische Arbeit in der Wehrmacht. Vor al-[345]lem nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht agitierten Kommunisten unter Soldaten, verbreitete die KPD Schriften in Einheiten der Wehrmacht, suchten antifaschistische Arbeiter und Handwerker, die in militärischen Objekten beschäftigt waren, Kontakt zu Soldaten aufzunehmen. Es war jedoch nicht möglich, eine illegale Organisation in der Wehrmacht zu schaffen, wie es die Brüsseler Konferenz gefordert hatte.[81] Erst im Verlauf des zweiten Weltkrieges gelang es, illegale antifaschistische Gruppen in Wehrmachteinheiten zu bilden, u. a. in der Sowjetunion, in Frankreich, Dänemark und Griechenland.[82] Vorsichtig betrieben diese Gruppen von Hitlergegnern verschiedener Weltanschauung, zu denen vereinzelt auch Offiziere gehörten, antifaschistische Propaganda. Sie umgingen Befehle, führten angeordnete Maßnahmen nicht aus und übten verschiedentlich Sabotage. Sie arbeiteten oft mit der Widerstands- bzw. Partisanenbewegung des betreffenden Landes zusammen. Ihr übermittelten sie wichtige Informationen, warnten sie vor geplanten Operationen, beschafften für sie Waffen, Munition und Medikamente. In diese Bewegung reihten sich verschiedentlich Wehrmachtgruppen nach ihrer Desertion ein.

---

[79] Siehe IML/ZPA, St. 3/100, Bd. 1; Wolfgang Bleyer/Karl Drechsler/Gerhard Förster/Gerhart Hass, Deutschland von 1939 bis 1945 (Deutschland während des zweiten Weltkrieges), Berlin 1975, S. 362.

[80] Siehe Paul Heider, Antifaschistischer Kampf und revolutionäre Militärpolitik. Zur Militärpolitik der KPD von 1933 bis 1939 im Kampf gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, Berlin 1976.

[81] Siehe Die Brüsseler Konferenz der KPD, S. 265.

[82] Siehe z. B. In den Wäldern Belorußlands. Erinnerungen sowjetischer Partisanen und deutscher Antifaschisten, Berlin 1976; Karlheinz Pech, An der Seite der Résistance. Zum Kampf der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen in Frankreich (1943-1945), Berlin 1974; Max Spangenberg, Antifaschistischer Kampf deutscher Kommunisten in Dänemark, in: BzG, 4/1977, S. 617 ff.

Auch in einzelnen in Deutschland stationierten Einheiten bildeten sich vor allem nach der Niederlage bei Stalingrad kleine Widerstandsgruppen heraus, die u. a. Kriegsgefangene unterstützten, beispielsweise in München, Fallingbostel und Bergen-Belsen. Gegen Kriegsende vermochten in einigen deutschen Städten Kommunisten und andere Mitglieder von Widerstandsgruppen durch ihr Wirken Volkssturmeinheiten zu veranlassen, den Kampf einzustellen oder gar nicht erst aufzunehmen, befohlene Sprengungen wichtiger Objekte nicht durchzuführen, Waffen unbrauchbar zu machen und zu desertieren. In einigen Orten bestanden Gruppen von Antifaschisten im Volkssturm selbst, die mit dem gleichen Ziel arbeiteten.

In Solidaritätsaktionen für die Opfer des Hitlerterrors, an denen die internationale kommunistische und demokratische Bewegung aktiven Anteil nahm, vermochte die KPD Angehörige verschiedener Klassen und Schichten einzubeziehen. Zu diesen Aktionen gehörte es, Geld zur Unterstützung der Verhafteten bzw. Eingekerkerten und ihrer Familien zu sammeln, verfolgten und illegal lebenden Antifaschisten sowie rassisch Verfolgten Quartiere, Lebensmittel, Bekleidung und falsche Pässe oder andere Ausweispapiere zu beschaffen, die Flucht von Verhaftung bedrohter Hitlergegner vorzubereiten bzw. zu unterstützen. Dazu gehörten die vielfältigen Formen solidarischen Handelns in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, vom Zustecken eines Stückes Brot für besonders unterernährte oder isolierte Häftlinge bis zur Fluchthilfe. Hierfür nutzten die inhaftierten Antifaschisten auch von ihnen besetzte Funktionen in den Häftlings- bzw. in den Lagerverwaltungen. Während des Krieges beschafften deutsche Antifaschisten für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter Lebensmittel, Kleidung, Tabakwaren und Medikamente, ermöglichten es ihnen, ausländische Sender zu hören, leiteten Post an ihre Angehörigen und empfingen für sie Briefe und Pakete. Verschiedentlich halfen deutsche Hitlergegner Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, aus den Lagern zu entkommen. Wegen „verbotenen Umgangs“ mit ihnen wurden im ersten Halbjahr 1943 10.700 deutsche Bürger verhaftet.[83]

[346] Aus der Erfassung von Millionen Deutschen in Massenorganisationen ergab sich als neue Kampfform die antifaschistische Tätigkeit in der Arbeitsfront. Sie verlangte von den Kommunisten, eigene Vorbehalte zu überwinden und unter Umständen selbst untere Funktionen zu übernehmen. Die Führung der KPD betonte, daß das kein Überlaufen, sondern ein von den Bedingungen diktiertes Erfordernis war, wollte man breitere Schichten von Werktätigen für den Kampf mobilisieren. Bei dieser Art antifaschistischer Tätigkeit konnten häufig illegale mit legalen Methoden des Widerstandes verknüpft werden. Versammlungen der Arbeitsfront wurden von Kommunisten und anderen Antifaschisten genutzt, um den Leitungen „unbequeme Fragen“ zu stellen und, ausgehend von Versprechungen und sozialdemagogischen Erklärungen der DAF-Führung, bestimmte Forderungen durchzusetzen. Durch Abstimmungen konnten z. B. zusätzliche Schichten im Bergbau, Überstunden in Betrieben und der wöchentliche Zwangsabzug einer „Spende“ für das Winterhilfswerk vom Lohn verhindert werden. Getarnt durch die Mitgliedschaft in der Arbeitsfront vermochten Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in den 30er Jahren, illegale Gruppen der freien Gewerkschaften zu bilden, die beispielsweise bei der Reichsbahn, im Bergbau, unter Hafenarbeitern und Seeleuten, in der Metall-, Bau-, Holz- und graphischen Industrie Widerstand leisteten. Auch in verschiedenen Sportvereinen wirkten Kommunisten, Sozialdemokraten und ehemalige Arbeitersportler im antifaschistischen Sinne. Sie transportierten illegal Schriften, leisteten Kurierdienste und halfen verfolgten Hitlergegnern, ins Ausland zu fliehen. Untere Funktionen in der NSV wurden genutzt, um Solidaritätsaktionen für Antifaschisten zu unterstützen. Während des Krieges bildeten sich in der sogenannten NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ – als Sport- und Wandergruppen getarnt – einige Widerstandsgruppen junger Kommunisten und Sozialdemokraten.

Neue Kampfformen waren langsames Arbeiten und Sabotage, konnten sie doch dazu beitragen, die Rüstungsproduktion in einigen Betrieben zu stören oder in gewisser Weise zu beeinträchtigen. Widerstand in Form langsamen Arbeitens leisteten sowohl Arbeiter in der Rüstungsindustrie als auch Hafenarbeiter und Eisenbahner beim Transport rüstungswichtiger Güter sowie Bauarbeiter bei der Errichtung militärischer Objekte. Außerordentliche Vorsicht der Antifaschisten erforderte die Sabotage, weil sie

[83] Siehe IML/ZPA, St. 3/100, Bd. I.

besonders schwer bestraft wurde. Diese Form des Kampfes wandten auch Antifaschisten in den Arbeitskommandos der Konzentrationslager an. Während des Krieges vergeudeten Arbeiter vorsätzlich Material oder vernichteten es. Dadurch, daß sie vorgegebene Fertigungszeiten nicht einhielten, konnten Kraftwagen, Waffen und anderes für die Wehrmacht bestimmtes Gerät erst verspätet ausgeliefert werden. Bei der Herstellung von Bomben, Granaten und optischen Geräten wurde Ausschuß produziert. Zwar konnte durch diese und ähnliche Aktionen die faschistische Kriegsmaschinerie nie ernsthaft gefährdet werden, doch führten sie im lokalen Rahmen zu partiellen Störungen, die die Produktion bzw. den Transport schädigten.

Eine andere Form des Widerstandskampfes war die Kundschaftertätigkeit für die Sowjetunion. Sie diente der Schwächung des faschistischen Regimes und seiner Kriegführung. Zugleich war sie ein Beitrag zur Verteidigung der UdSSR. Deutsche Antifaschisten wie Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen hatten bereits Mitte bzw. Ende der 30er Jahre der Sowjetunion Informationen über die Kriegsvorbereitung Hitlerdeutschlands übermittelt. Angesichts der immer offenkundiger werdenden Gefahr eines Überfalls auf die UdSSR verstärkten sie mit Unterstützung eines größeren Kreises von Antifaschisten diese Tätigkeit. Neben ihnen, neben Richard Sorge und anderen Kundschaftern [347] und Kundschaftergruppen, die aus deutschen Kommunisten und anderen Antifaschisten bestanden, berichteten Mitglieder von Partei- und Widerstandsorganisationen, u. a. in Berlin, Chemnitz und Zittau, den Organen der Sowjetunion auf unterschiedlichen Wegen über Rüstungsmaßnahmen, Truppenbewegungen und den geplanten Termin des Angriffs Hitlerdeutschlands. Zur Wehrmacht eingezogene Kommunisten und andere Antifaschisten, die ihren an der Grenze stationierten Truppenteil verließen und sich auf sowjetisches Territorium durchschlugen, teilten ebenfalls den Termin für die bevorstehende Aggression mit.

Kundschafterdienste leisteten Gruppen der Frontorganisation des NKFD, die die sowjetisch-deutsche Front überschritten und sich im Hinterland Informationen beschafften. Kundschaftertätigkeit führte in gewissem Umfang auch eine Anzahl deutscher Hitlergegner in der Wehrmacht aus, die die Partisanen- bzw. die Widerstandsbewegungen in Frankreich, Griechenland, Polen und in anderen okkupierten Ländern beispielsweise über beabsichtigte Aktionen und Operationen, über Stärke und Bewaffnung ihrer Einheiten und Verbände informierten. Eine Reihe deutscher Hitlergegner übermittelte militärischen Dienststellen der westlichen Alliierten und bürgerlich geführten bewaffneten Einheiten in okkupierten Ländern Informationen.

Mit der wachsenden Zahl von Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeitern, von denen viele den Kampf gegen das Hitlerregime aufnahmen, ergab sich für die deutschen Kommunisten und die mit ihnen verbundenen anderen Antifaschisten die vom proletarischen Internationalismus bestimmte Notwendigkeit, Verbindung zu suchen und gemeinsames Handeln einzuleiten. In vielen Orten und Betrieben entwickelte sich eine feste Kampfgemeinschaft, die Angehörige verschiedener Nationen und weltanschaulicher sowie politischer Bekenntnisse vereinigte. Verschiedentlich bildeten sich feste Organisationsformen dieser Kampfgemeinschaft heraus. Einerseits schlossen sich ausländische Hitlergegner deutschen Widerstandsgruppen oder -organisationen an, andererseits entstanden gemeinsame Organe zur Leitung des Kampfes. In München beispielsweise bildeten 1943 Vertreter der Antinazistischen Deutschen Volksfront und des Provisorischen Rates der sowjetischen Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW), der auch tschechische, polnische und französische Kriegsgefangene angehörten und die über ein weit verzweigtes Netz von Gruppen in Süddeutschland verfügte, ein operativ Zentrum.

In den Konzentrationslagern erwuchs die Kampfgemeinschaft aus den gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Lebens der Häftlinge verschiedener Nationen, aus den vielfältigen Aktionen der Solidarität und des Kampfes gegen den Terror der SS-Wachmannschaften. In Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Mauthausen, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen entstanden illegale internationale Widerstandsorganisationen und Lagerkomitees.

Eine weitere neue Form antifaschistischen Kampfes stellte die Arbeit deutscher Kommunisten und anderer Antifaschisten in den Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion dar. Immense Anstrengungen

waren erforderlich, um deutsche Kriegsgefangene von der Naziideologie zu befreien, faschistische Elemente unter ihnen zu isolieren, antifaschistische Aktivs zu bilden, eine antifaschistische Bewegung in den Lagern ins Leben zu rufen und Kader heranzubilden, die am Kampf gegen den Faschismus und nach dessen Zerschlagung am Aufbau eines neuen demokratischen deutschen Staates teilnahmen. Die KPdSU und die sowjetische Regierung wie auch leitende Organe der Kommunistischen Internationale leisteten bei der Lösung dieser komplizierten Aufgabe unschätzbare Hilfe.

Eng verbunden mit dieser Aufgabe war die Tätigkeit deutscher Antifaschisten an der [348] sowjetisch-deutschen Front. Ausgebildet in Zentralen Antifa- und Frontschulen, halfen Hunderte antifaschistischer deutscher Kriegsgefangener den Politorganen der Roten Armee bei dem Versuch, den Wehrmachtangehörigen klar zu machen, wie sinnlos die Fortsetzung des Krieges war. Dies geschah durch die Verbreitung von Flugblättern und Frontzeitungen in den deutschen Stellungen sowie durch Lautsprechersendungen aus den vordersten sowjetischen Gräben. Angehörige der Frontorganisation des NKFD gingen selber einzeln oder in Gruppen in das faschistische Hinterland, um Wehrmachtsoldaten den Ausweg aus der Katastrophe zu zeigen und sie zu überzeugen, am Kampf gegen Hitler teilzunehmen. Verschiedentlich gelang es, antifaschistische Soldatengruppen zu bilden. Daneben führten Angehörige der Frontorganisation bewaffnete Einsätze im faschistischen Hinterland durch.

Auf die Anwendung dieser Form, auf den bewaffneten Kampf, bereitete sich in Deutschland im Verlauf des zweiten Weltkrieges eine Anzahl von Widerstandsorganisationen – zum Teil gemeinsam mit Organisationen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern – vor. Sie beschafften sich Waffen, Munition und Sprengstoff und führten zum Teil auch eine gewisse militärische Ausbildung durch. Einige dieser Organisationen zerschlug die Gestapo. Vereinzelt erfolgten bewaffnete Aktionen, z. B. gegen Angehörige des lokalen Unterdrückungsapparates, in der Rüstungsindustrie und im Verkehrswesen. Namentlich in den letzten Kriegstagen traten bewaffnete Gruppen in größerer Zahl auf, die vor dem Eintreffen der Streitkräfte der Antihitlerkoalition Faschisten vertrieben, Munitionslager der Wehrmacht, Einrichtungen der Nachrichtenübermittlung und vorbereitete Stellungen vernichteten, Volkssturmeinheiten entwaffneten und geplante Zerstörungen verhinderten. Auch in einigen Konzentrationslagern kam es zu bewaffneten Erhebungen, mit denen sich die Häftlinge von ihren Peinigern befreiten. Mehrere Tausend deutsche Antifaschisten kämpften in der Roten Armee sowie in den bewaffneten Gruppen, Partisaneneinheiten und Volksbefreiungsarmeen verschiedener Länder Europas.[84]

Die Vielfalt der konkreten Kampfformen, auf die die KPD orientierte und die hier nur skizziert werden konnte, läßt deutlich werden, wie es mit der Sachkunde und dem fundierten Urteil bürgerlicher Historiker bestellt ist, die ihren Lesern weiszumachen suchen, daß die Dokumente der KPD „keine realistischen Rezepte für die konkrete Widerstandsarbeit – Aktionen also zum Sturz Hitlers – enthielten“.[85] Die Anleitung für den praktischen Widerstand bestand eben gerade in den Hinweisen auf die verschiedenen Möglichkeiten, auf die vielfältigen Formen des Kampfes. Ihre Anwendung war – da es keine „Rezepte“ gab und auch keine geben konnte – von den jeweiligen regionalen und lokalen Bedingungen abhängig. Darüber hatten die Kommunisten und die anderen Antifaschisten des jeweiligen Ortes oder Gebietes selbst zu entscheiden, im konkreten Fall also die Bezirks- und seit Mitte der 30er Jahre die Gebietsorganisationen der KPD und ihre Leitungen, die Parteiorganisationen bzw. kommunistischen Zellen in Städten, Dörfern bzw. Betrieben und die mit ihnen in Widerstandsgruppen, später, nach Kriegsbeginn, in größeren Widerstandsorganisationen gemeinsam wirkenden nichtkommunistischen Antifaschisten sowie die in kleineren Orten oft auf sich allein gestellten einzelnen Kommunisten oder mit der KPD sympathisierenden aktiven Hitlergegner.

[349] Selbst unter den komplizierten Bedingungen des Krieges, als die Verbindung zwischen den Kommunisten im Lande und der sich im Ausland befindenden Parteiführung außerordentlich schwierig aufrechtzuerhalten war, zeitweilig sogar abriß, bemühten sich die führenden Funktionäre um eine

[84] Siehe Willy Wolff, An der Seite der Roten Armee. Zum Wirken des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an der sowjetisch-deutschen Front 1943 bis 1945, Berlin 1973; Heinz Kühnrich, Der Partisanenkrieg in Europa 1939-1945, Berlin 1968.
[85] Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. VI, Freiburg/Basel/Wien 1972, Sp. 977.

richtige Analyse der Lage in Deutschland und um die Auswertung und Verallgemeinerung der Erfahrungen der Partei- und Widerstandsorganisationen, damit sie dem antifaschistischen Kampf Anleitung geben konnten.

Diese Anleitung erfolgte in den 30er Jahren, vor Kriegsbeginn, durch illegale Presseorgane und Flugblätter, durch Beratungen von Mitgliedern der Parteiführung in den an Deutschland angrenzenden Ländern mit Funktionären aus dem Lande, durch den Einsatz von Instrukteuren und Kurieren. Das Politbüro bzw. das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD, dessen Mitglieder sich in Paris, Prag bzw. Moskau befanden, konnte sich bei seiner anleitenden Tätigkeit bis 1935 auf die Inlands- bzw. auf die Landesleitung in Berlin stützen, bis 1939/40 auf sechs Abschnittsleitungen, die ihren Sitz in Prag (seit 1938 in Malmö und Göteborg), Kopenhagen, Amsterdam, Brüssel, Paris sowie Zürich hatten und jeweils für die unmittelbare Anleitung von Bezirks- bzw. Gebietsleitungen und Parteiorganisationen in bestimmten Teilen Deutschlands zuständig waren.

Nach Kriegsbeginn leitete die Parteiführung den Widerstandskampf der Kommunisten und mit ihnen verbundenen Antifaschisten mit Hilfe von Flugblättern, Rundfunksendungen und Beauftragten des Zentralkomitees an, die auf verschiedenen Wegen illegal nach Deutschland kamen. Stützen konnte sie sich bis 1942 auf die Auslandsleitung des Zentralkomitees in Stockholm, auf operative Leitungen, die mit Unterbrechungen von 1940 bis 1944 hintereinander in Berlin wirkten und die zum Teil mit der Parteiführung in Moskau über Funk Verbindung hielten, sowie auf die Leitungen einiger Organisationen emigrierter deutscher Kommunisten in Nachbarländern Deutschlands.[86]

5. Strategische Zielsetzung

Im Jahre 1923 orientierten die deutschen Kommunisten auf die Schaffung einer Arbeiterregierung als nächstes strategisches Ziel im Kampf gegen Großbourgeoisie und faschistische Gefahr. Aufgabe einer solchen Regierung, die noch nicht die Diktatur des Proletariats bedeutete, mußte es sein, gestützt auf das Bündnis von Arbeiterklasse und Mittelschichten, Maßnahmen im Interesse der Werktätigen durchzusetzen – Maßnahmen, die sich gegen das Großkapital und die von ihm ausgehende faschistische Gefahr richteten. In den folgenden Jahren ging die KPD dazu über, die Diktatur des Proletariats nicht mehr nur als Propaganda, sondern als Aktionslosung zu verwenden. Sie formulierte – infolge einer Überschätzung der Bereitschaft der Werktätigen, den Sozialismus zu erkämpfen – als strategisches Ziel, im Kampf zur Verhinderung einer faschistischen Diktatur die Diktatur Proletariats zu errichten.[87]

[350] Einen Ansatzpunkt für weitere Überlegungen, wie das nächste strategische Ziel in Übereinstimmung mit den gegebenen Bedingungen abzustecken war, enthielt die bekannte Feststellung Ernst Thälmanns auf der illegalen Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung der Hitlerregierung geben werde als ihren revolutionären Sturz. Das aber bedeute nicht, daß dieser Sturz und die proletarische Revolution unbedingt ein und dasselbe sein würden.[88] Die Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung bezeichnete der Vorsitzende der KPD als „unmittelbare Aufgabe“.

Im Zusammenhang mit den 1934/35 in den leitenden Organen der KI und in anderen kommunistischen Parteien geführten Diskussionen über die Strategie und Taktik im Kampf gegen die Offensive des Faschismus wuchs auch in der Führung der KPD die Erkenntnis, daß es erforderlich war, den Bedingungen entsprechend „Übergangslösungen“ zu finden, die Form des Herankommens an die sozialistische Revolution zu bestimmen und auf einen Staatstyp nach der Beseitigung des faschistischen

[86] Da Fragen der Organisation und der Anleitung durch die Führung der KPD hier aus Raumgründen nur ganz knapp skizziert werden können, sei auf folgende Darstellungen verwiesen: Margot Pikarski, Zur Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der KPD unter den Bedingungen des antifaschistischen Kampfes der KPD in den Jahren 1933 bis 1935, phil. Diss., Berlin 1972, S. 23 ff.; Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, S. 128 ff., S. 179 ff., S. 233 ff.; Die Brüsseler Konferenz der KPD, S. 13 ff., S. 29 ff.; Klaus Mammach/Gerhard Nitzsche, Zum antifaschistischen Kampf der KPD in den Jahren von 1939 bis 1941, in: BzG, 6/1971, S. 911 ff.; Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 275 ff., S. 577 ff.; Bd. 2, S. 207 ff., S. 533 ff.

[87] Siehe Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, Berlin 1970, S. 369 ff.

[88] Siehe Ernst Thälmann, Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, Berlin 1973, S. 213 f.

Regimes zu orientieren, der noch nicht die Diktatur des Proletariats war, sondern antifaschistischen, demokratischen Charakter besaß.

Auf der nach dem VII. Kongreß der KI im Oktober 1935 stattfindenden Brüsseler Konferenz erklärte die KPD die Bildung einer Regierung der Einheitsfront oder der Volksfront zum nächsten strategischen Ziel nach dem Sturz Hitlers. Sie würde ein „Organ der Zusammenarbeit der revolutionären Avantgarde des Proletariats mit anderen antifaschistischen Parteien im Interesse des gesamten werktätigen Volkes“ sein,[89] eine Koalition von Vertretern der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten sowie des antinazistisch gesinnten Bürgertums, die gemeinsam den Sturz des faschistischen Regimes herbeigeführt hätten. Diese Regierung, die weder Ausdruck der Diktatur des Proletariats noch eine Koalitionsregierung Weimarer Typs sein würde, auf die aber die Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß nehmen müßte, hätte entschiedene Maßnahmen gegen den Faschismus, gegen Monopolkapital und Großgrundbesitz, gegen die Reaktion überhaupt durchzuführen.

Die Konferenz folgerte, daß der Sturz des Faschismus nicht durch den unmittelbaren Kampf um die Diktatur des Proletariats herbeizuführen sei. Sie schloß es aber auch nicht aus, daß es im gegebenen Augenblick – abhängig vom Kräfteverhältnis der Klassen, von der Stärke der Massenbewegung und von der Tiefe der Krise des monopolistischen Herrschaftssystems – möglich sei, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unmittelbar an die Eroberung der politischen Macht heranzuführen. Unabhängig davon, wie sich die Entwicklung zunächst vollziehen werde, sei die endgültige Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung allein durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus möglich. Die Konferenz ging davon aus, daß sich ein einheitlicher revolutionärer Prozeß gesellschaftlicher Umgestaltung vollziehen werde, der über eine antifaschistische, antimonopolistische Demokratie zum Sozialismus führt.

Ihre strategischen Zielvorstellungen präzisierte die KPD in den „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront“ vom Juni 1936. Ausgehend auch von den Ansichten anderer, nichtkommunistischer Hitlergegner erklärte sie, „daß das neue Reich eine demokratische Republik sein wird, in der das Volk frei über alle [351] Fragen der Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik des Landes entscheidet und die Regierung durch eine Entscheidung des werktätigen Volkes auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts bestimmt wird. Das neue Reich wird alle Forderungen des Volkes, für die die Volksfront den Kampf führt, erfüllen.“[90] In diesem Dokument legte die Führung der KPD ihre Auffassung über die Politik des neuen Staates auf den Gebieten der internationalen Beziehungen, der demokratischen Umgestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Bildungswesens und des bewaffneten Schutzes dar. Grundlegend falsch ist die Behauptung, daß sich die KPD nun „zur bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung“ bekannt habe, daß die KPD „bürgerlich-demokratische Formen, nämlich Nationalversammlung und Koalitionsregierung propagierte, die sich schon einmal als für die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht tauglich erwiesen hatten“.[91] Eben weil das so war, mußten bestimmte Formen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie einen neuen Inhalt erhalten, mußte diese Republik über die Grenzen der bürgerlich-parlamentarischen Republik hinausgehen und sich im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts und der Verhinderung des Wiederauflebens der faschistischen Reaktion durch ihre antifaschistische Prägung vom Weimarer Staat unterscheiden, auf dessen Grundlage und in dessen Rahmen sich der Faschismus hatte entwickeln können.

Ausgehend von den in der zweiten Hälfte der 30er Jahre gewonnenen Erkenntnissen, bekräftigte die KPD auf ihrer Berner Konferenz, daß ihre Politik „fest und gradlinig darauf gerichtet ist, in engster Gemeinschaft mit allen fried- und freiheitliebenden Deutschen Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen, demokratischen Republik zu setzen“.[92] Diese Republik werde im Bündnis mit der Sowjetunion und mit allen friedliebenden Völkern

[89] Bericht von Wilhelm Pieck, in: Die Brüsseler Konferenz der KPD, S. 173.
[90] Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, Berlin 1972, S. 365.
[91] Ursula Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland, Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“, 1933-1936, Frankfurt a. M. 1977, S. 164, S. 130.
[92] Die Berner Konferenz der KPD, S. 129.

für die Sicherung des Friedens im Geiste der Völkerverständigung einstehen. Sie werde, „im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen. In der neuen, demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen.“[93] Und weiter heißt es in der Resolution der Konferenz: „Die Politik der Volksfront und die Schaffung einer neuen demokratischen Republik bedeuten nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf den Kampf um den Sozialismus. In einem Volksfrontdeutschland werden die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben, die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen.“[94]

[352] So erarbeitete die KPD bis Ende der 30er Jahre eine Strategie, die darauf gerichtet war, das Hitlerregime zu stürzen, den von ihm angestrebten Eroberungskrieg zu verhindern und eine antifaschistische, demokratische Republik zu errichten, in der die Werktätigen auf Grund ihrer Erfahrungen zu der Überzeugung gelangen würden, daß die restlose Beseitigung der Macht des Monopolkapitals und der Übergang zur sozialistischen Revolution erforderlich wären, sollte das bis dahin Erreichte nicht gefährdet, sondern im Interesse der Mehrheit des Volkes erweitert und vervollkommnet werden.

An dieser Zielsetzung hielt die KPD auch während des Krieges fest. Sie ergänzte sie durch die Orientierung, die Beendigung des faschistischen Eroberungskrieges aus eigener Kraft, durch das gemeinsame Handeln aller Hitlergegner, gleich welcher Klassenzugehörigkeit, welchen politischen und weltanschaulichen Bekenntnisses, herbeizuführen Im „Manifest des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ an die Wehrmacht und an das deutsche Volk“ heißt es beispielsweise, daß es notwendig sei, eine „wahrhaft deutsche Regierung“ zu bilden, die aus dem „Freiheitskampf aller Volksschichten“ hervorgehen, „den Krieg sofort abbrechen, die deutschen Truppen an die Reichsgrenzen zurückführen und Friedensverhandlungen einleiten“ sollte, „unter Verzicht auf alle eroberten Gebiete“.[95] Ein freies Deutschland, das es zu schaffen gelte, bedeute: „Eine starke demokratische Staatsmacht, die nichts gemein hat mit der Ohnmacht des Weimarer Regimes, eine Demokratie, die jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas rücksichtslos schon im Keim erstickt.“[96]

Führende Funktionäre der illegalen Organisationen der KPD in Deutschland und der von diesen geführten Widerstandsorganisationen standen auf gleichen politischen Positionen. Bemühungen bürgerlicher Historiker, einen Widerspruch zwischen der im Ausland befindlichen Führung und den Funktionären der KPD im Lande zu konstruieren, bleiben ein vergebliches Unterfangen. Das beweist z. B. das Material der operativen Leitung der Partei in Deutschland vom 1. Mai 1944 „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“[97], das in zahlreichen Partei- und Widerstandsorganisationen kursierte. Auch die Mitglieder dieser Leitung gingen von einem einheitlichen revolutionären Prozeß der gesellschaftlichen Veränderung aus, der mit der Beseitigung des faschistischen Regimes einzuleiten war. Entschieden wandten sie sich gegen ein „Überspringen“ der antifaschistischen, demokratischen Umgestaltung, gegen „die proletarische Diktatur als Kampflosung in der ersten Etappe“ nach dem Sturz Hitlers,[98] wie es einige Kommunisten und lokale Parteiorganisationen aus revolutionärer Ungeduld forderten. „Es kommt darauf an, die jeweilige Situation klar zu erkennen und der Arbeiterschaft das Aktionsprogramm zu geben, das sie heute begreift und wofür sie bereit ist zu kämpfen.“[99] Die der

[93] Ebenda, S. 135.
[94] Ebenda, S. 136.
[95] Zit. nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 576, Dok. 97.
[96] Ebenda.
[97] Siehe Gertrud Glondajewski/Gerhard Roßmann, Ein bedeutendes politisches Dokument des illegalen antifaschistischen Kampfes der KPD, in: BzG, 4/1966, S. 652 ff.
[98] Ebenda, S. 654.
[99] Ebenda; s. a. das Dok. „Am Beginn der letzten Phase des Krieges“, in: BzG, 3/1979, S. 402 ff.

Situation entsprechenden Losungen seien deshalb: „Fort mit Hitler!“, „Schluß mit dem Krieg!“, „Für ein freies, unabhängiges, demokratisches Deutschland!“.

Aus den Diskussionen über das nächste strategische Ziel ergab sich auch die Bestimmung der unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus zu lösenden Aufgaben. Mit ihnen befaßten sich sowohl Funktionäre von Partei- und Widerstandsorganisationen in Deutschland als auch inhaftierte und emigrierte Kommunisten die sich darüber mit anderen deut-[353]schen Antifaschisten verständigten. Hier sind z. B. das „Politische Testament“ Anton Saefkows und die von ihm formulierten, erst kürzlich aufgefundenen „Sofortmaßnahmen“ nennen.[100] Zur gleichen Zeit beschäftigte sich die Führung der KPD damit, detaillierte Maßnahmen für den Übergang vom Krieg zum Frieden, für die Einleitung der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens auszuarbeiten. Davon zeugt das „Aktionsprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie“ vom Oktober 1944, das neben grundsätzlichen Orientierungen, wie „Aufrichtung eines starken demokratischen Volksregimes“, „Brechung der Allmacht des faschistisch-imperialistischen Monopolkapitals“, „Enteignung der großen Kriegsverbrecher“, ein Sofortprogramm enthielt, das unter den Bedingungen der militärischen Besetzung Deutschlands von den Antifaschisten verwirklicht werden sollte.[101] Gleicherweise zeugen davon die „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet“[102], die „Sofortmaßnahmen auf dem Gebiete der ideologischen Aufklärung“, die „Richtlinien für die Tätigkeit der lokalen Volksausschüsse auf dem Gebiete der Wirtschaft“, die „Ratschläge für die Arbeit auf dem Lande“ und andere Richtlinien, die in den ersten Monaten des Jahres 1945 entstanden.[103]

Zusammengefaßt wurden diese Programme und Richtlinien im Aufruf vom 11. Juni 1945, in dem die KPD die „ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes“ formulierte. Sie bekräftigte noch einmal, daß die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ das nächste strategische Ziel sei.[104] „In diesem bedeutsamen Dokument zog die KPD die Lehren der Geschichte und orientierte auf die Schaffung antiimperialistisch-demokratischer Verhältnisse, mit der Möglichkeit, dem deutschen Volk den Weg zum Sozialismus zu öffnen.“[105]

In Deutschland war die KPD die einzige politische Kraft, die frühzeitig die vom Faschismus ausgehende Gefahr erkannte, sein Wesen und seine Ziele richtig charakterisierte und Schritt für Schritt eine vom Marxismus-Leninismus ausgehende, wissenschaftlich begründete Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes ausarbeitete, die begann, diese Politik gemeinsam mit anderen, nichtkommunistischen Bundesgenossen zu verwirklichen.

Die antifaschistische Einstellung der politischen Kräfte, die an der Widerstandsbewegung gegen das Hitlerregime teilnahmen, war unterschiedlich ausgeprägt und ging unterschiedlich weit. Diese Kräfte verfolgten über die Beseitigung des Naziregimes hinaus verschiedenartige Ziele, bedingt durch ihre verschiedenen sozialen Positionen und poli-[354]schen Auffassungen. Reformistische und bürgerliche Gruppen von Hitlergegnern erstrebten eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor der faschistischen Diktatur. Die Kommunisten hingegen verfochten einen konsequenten Antifaschismus. Für sie war antifaschistischer zugleich antiimperialistischer Kampf. Mit ihrer antifaschistischen Strategie und Taktik wies die KPD dem deutschen Volk den Weg, der aus der vom Faschismus heraufbeschworenen Katastrophe heraus- und nicht zum Status quo ante, sondern – über ihn hinausgehend – zu echten

[100] Siehe Neues Deutschland, vom 22./23.7.1978.
[101] Siehe Laschitza, S. 261 ff.
[102] Siehe ebenda, S. 263 ff.; siehe auch derselbe, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus, Berlin 1969.
[103] Siehe Heinz Voßke, Dokumente aus der programmatischen Tätigkeit der KPD für den Aufbau eines neuen, antifaschistisch-demokratischen Deutschlands (Februar/März 1945), in: BzG, 3/1968, S. 472 ff.
[104] Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, hrsg. u. eingel. von Lothar Berthold u; Ernst Diehl, Berlin 1967, S. 196.
[105] Erich Honecker, Auf sicherem Kurs. Zum 30. Jahrestag der Gründung der SED, in: Honecker, Reden und Aufsätze, Bd. 4, Berlin 1977, S. 293.

gesellschaftlichen Veränderungen hinführte, den einzigen Weg, der die Wiederkehr jeglicher faschistischer Gefahr, gleich in welcher Gestalt, mit der Beseitigung ihrer Ursachen, ihrer ökonomischen und politischen Wurzeln, für immer unmöglich machte.

[355]

Vera Wrona: Marxistisch-leninistische Faschismuskritik – unabdingbarer Bestandteil der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung

Auf dem Gebiet der DDR vollzog sich nach 1945 die größte revolutionäre Umwälzung in der deutschen Geschichte. Durch den Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im zweiten Weltkrieg wurde das deutsche Volk von der faschistischen Diktatur befreit. Damit eröffnete sich vor ihm die historische Chance, den Faschismus und seine sozialökonomischen Grundlagen ein für allemal zu beseitigen, eine antiimperialistisch-demokratische Umwälzung zu vollziehen und dem Sozialismus den Weg zu bahnen. Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei wurde die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in einem Teil Deutschlands eingeleitet. Am Beginn dieser Periode standen durch Faschismus und Krieg verursachte, grenzenlose materielle Not, weitverbreitete Hoffnungslosigkeit und tiefes Mißtrauen unter beträchtlichen Teilen der Bevölkerung gegenüber der neuen Entwicklung.

Politische und geistige Apathie bedrohten das Leben der Menschen nicht minder als Hunger und Seuchen. Der Faschismus hatte nicht nur riesigen materiellen Schaden angerichtet; er hinterließ in den Köpfen der Menschen ein ebenso großes geistiges Trümmerfeld. Für die Antifaschisten war es daher unsagbar schwer, den ideologischen Unrat, das geistige Chaos sowie die politische und intellektuelle Lethargie zu überwinden. Trotzdem gelang es ihnen unter Führung der Marxisten-Leninisten, in geschichtlich kurzer Zeit nicht nur die Trümmer zu beseitigen, die Wirtschaft in Gang zu bringen, mit den Kriegs- und Naziverbrechern abzurechnen, sondern auch die bisher herrschende faschistisch-imperialistische Ideologie, ihre Normen und Werte zu überwinden und antifaschistische, demokratische und sozialistische Denk- und Verhaltensweisen herauszubilden.

In Wechselwirkung mit den vielen anderen Maßnahmen zur gesellschaftlichen Umgestaltung, vor allem zur ökonomischen und politischen Entmachtung der Imperialisten und Junker, führten Kommunisten, klassenbewußte Sozialdemokraten und bürgerliche Antifaschisten – unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht – einen energischen und aufopferungsvollen Kampf für die geistig-kulturelle Erneuerung, zur Ausrottung des Faschismus. Das bedeutete u. a., die Presse und den Rundfunk zu übernehmen, das Verlagswesen völlig neu zu gestalten, die bildende Kunst, das Theater, die Literatur von den Einflüssen der faschistischen und militaristischen Barbarei zu befreien und die Ideen des Friedens und des Humanismus in Kunst und Kultur zur Geltung zu bringen. Das bedeutete auch, die Universitäten und Hochschulen in einem tiefgreifenden Umwandlungsprozeß zu erneuern.

Wie unermeßlich groß die materiellen und ideologischen Probleme waren, die es zu überwinden galt, um den reaktionärsten Kräften alle kulturellen Einrichtungen vollständig zu entreißen und in die Hände des Volkes zu geben, ließ besonders die Umwandlung des Bil-[356]dungswesens deutlich werden. Die neugebildeten demokratischen Schulverwaltungen, denen Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten angehörten, mußten nicht nur unter größten Anstrengungen Gebäude und Unterrichtsräume – vielfach erst notdürftig – herrichten, faschistisches Lehrmaterial aussondern und neue Lehrmittel bereitstellen, sondern sie mußten den überwiegenden Teil der Lehrerschaft ersetzen. 70 bis 80 Prozent aller Lehrer waren Mitglieder der Nazipartei und anderer faschistischer Organisationen gewesen. Nur ein geringer Teil konnte durch antifaschistische Lehrer ersetzt werden. Mit Hilfe der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften, der Jugend- und Frauenausschüsse, der Betriebsräte und Verwaltungsorgane wurden Zehntausende junge Arbeiter, werktätige Bauern und Angestellte für den Einsatz als Neulehrer gewonnen und nach kurzfristiger Vorbereitungszeit in den Schuldienst eingestellt. Durch Praxis und Selbststudium mußten sie ihre Lehrbefähigung erwerben. In der überwiegenden Zahl bewährten sie sich bei der revolutionären Umgestaltung des Bildungswesens.[1] Es gehört ohne Zweifel zu den beeindruckendsten Ergebnissen der Nachkriegsentwicklung auf dem Gebiet der DDR, daß es gelang, den von demokratisch gesinnten Menschen in aller Welt so tief verabscheuten imperialistisch-deutschen Chauvinismus, Rassenhaß und Antikommunismus, das Herrenmenschentum und den Untertanengeist zu vernichten und einen Staat aufzubauen, dessen oberste ideologische Werte – ebenso wie

[1] Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Grundriß, Berlin 974, S. 510 ff.

die seiner Bürger – Frieden und Humanismus, Sozialismus und Menschenwürde, Völkerfreundschaft und proletarischer Internationalismus sind. Für dieses Ergebnis sind vor allem zwei Gründe zu nennen:

Erstens war es von geschichtlicher Bedeutung für die Arbeiterklasse und alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte, daß die Sowjetunion zu den Siegermächten gehörte. In der von ihr verwalteten Besatzungszone wurden – entsprechend den Kriegszielen der Antihitlerkoalition – die entscheidenden Machtorgane des faschistischen Staates, die Armee und die Polizei, zerschlagen. Jegliche faschistische Betätigung wurde unterbunden, alle faschistischen Organisationen und ihre Gliederungen wurden verboten. Im Geiste des proletarischen Internationalismus erwies die Sowjetunion den deutschen Antifaschisten jegliche Hilfe. Sie schützte die demokratische Entwicklung gegen faschistische Umtriebe, gegen imperialistische Einmischung und Intervention. Sie sorgte für die strikte Durchsetzung der im Potsdamer Abkommen und in den Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates festgelegten Maßnahmen zur Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung.

Zweitens verfügte die deutsche Arbeiterklasse 1945 im Unterschied zu der Zeit nach dem ersten Weltkrieg über eine kampfgestählte kommunistische Partei. Bereits vor der völligen Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die UdSSR und die anderen Mächte der Antihitlerkoalition hatte die Führung der KPD neben der unmittelbaren Leitung des antifaschistischen Widerstandskampfes an der Front, in Deutschland und in der Emigration auch langfristige Vorarbeiten geleistet und ein klares Programm zur Überwindung des Faschismus und Imperialismus ausgearbeitet.

Der Konzeption der KPD lag die in jahrzehntelangem Kampf gegen den Imperialismus und Faschismus gewonnene Erkenntnis zugrunde, daß in der neuen Epoche die endgültige Lösung der sozialen und nationalen Probleme nur im Sozialismus möglich ist. Gleichzeitig erkannte die Führung der kommunistischen Partei jedoch, daß unter den gegebenen [357] Bedingungen in Deutschland keine realen Voraussetzungen für den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus existierten. Im konsequenten demokratischen und antiimperialistischen Kampf mußten diese erst geschaffen werden.

Deshalb orientierte die KPD in ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 darauf, alle aufbauwilligen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse zu vereinigen und gemeinsam gegen den Faschismus, Militarismus und ihre ökonomischen Grundlagen zu kämpfen. Es galt, in möglichst kurzer Frist die Organisiertheit und Bewußtheit der Arbeiterklasse durch die Herstellung der Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern zu erhöhen, damit die Arbeiterklasse ihrer historischen Verantwortung gerecht werden konnte.

Obwohl die amerikanische, die britische und die französische Besatzungsmacht sich den aus der Antihitlerkoalition ergebenden Verpflichtungen zur Beseitigung des deutschen Faschismus und Militarismus entzogen, die alte Gesellschaftsstruktur in ihren Besatzungszonen schützten und die demokratischen Kräfte behinderten und unterdrückten, konnten sie und ihre deutschen Helfershelfer es nicht verhindern, daß in der sowjetischen Besatzungszone die Arbeiterklasse sich der geschichtlichen Forderung bewußt wurde und sich ihr stellte. Gegen den Widerstand rechtsopportunistischer sozialdemokratischer Politiker, die in Anlehnung an die imperialistischen Westmächte die sich formierende SPD in eine antikommunistische und antisowjetische Richtung lenken wollten, gelang es in der sowjetischen Besatzungszone, die Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage zu schmieden. Im April 1946 wurde hier durch die Vereinigung von KPD und SPD die Einheit der Arbeiterbewegung auf dem Boden des Marxismus geschaffen.

Damit war die entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, die durch den Sieg der Sowjetarmee über den Faschismus gebotene historische Chance durch die Arbeiterklasse zu nutzen und unwiderruflich die Führung der Gesellschaft zu übernehmen. Zugleich war damit das politische, organisatorische und ideologische Zentrum für das Zusammenwirken aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte entstanden. Von hier gingen die Impulse für eine dauerhafte Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und den Mittelschichten aus.

Die Herausbildung der Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage und die Gestaltung enger Bündnisbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse und den anderen antifaschistischen und

friedliebenden Kräften vollzogen sich im Verlauf eines erbitterten praktisch-politischen und ideologischen Kampfes gegen die geschlagene, aber nicht vernichtete faschistisch-imperialistische Reaktion und für die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die faschistische Ideologie wirkte weiter nach und bildete auf dem Hintergrund des allgemeinen Kulturverfalls, der während der vergangenen zwölf Jahre eingetreten war, einen aufnahmebereiten Boden für neue Formen imperialistischer Ideologie. Die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse mußte daher mit einer umfassenden und konsequenten Auseinandersetzung mit dem Faschismus, seinem Wesen und seinen Quellen wie auch mit seiner Ideologie verbunden werden. Diese Auseinandersetzung wurde zu einer Bedingung für die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts, in der sich die marxistisch-leninistische Faschismusanalyse und -kritik zu bewähren hatte. [358]

1. Zur Wesensbestimmung des Faschismus

Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 waren Weg und Ziel des Kampfes des werktätigen Volkes nach der Zerschlagung des Faschismus klar konzipiert. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den demokratischen Neuaufbau war die Aufklärung über das Wesen des Faschismus und über die Notwendigkeit seiner restlosen Vernichtung – einschließlich der faschistischen Ideologie.

Die faschistische Ideologie hatte mit den pseudowissenschaftlichen Irrlehren des Rassismus, der Geopolitik und mit ihrem mythisch-mystischen Geschichts- und Weltbild sowie mit militantem Chauvinismus, Antikommunismus und Antisowjetismus das Denken großer Teile des Volkes vernebelt. Die faschistische Ideologie hatte alles reaktionäre und antihumane Gedankengut aus der Geschichte aktiviert. Verbunden mit einer für die Massen schwer durchschaubaren sozialen Demagogie wurden die imperialistischen Klassenziele als „nationale Sendungsmission“ suggeriert.

Wenn die imperialistische Bourgeoisie in Deutschland nach der Niederlage des Faschismus auch wesentliche materielle Machtmittel der ideologischen Massenbeeinflussung – wie Rundfunk, Presse, Verlagswesen usw. – verloren und die Naziideologie im großen und ganzen bereits ihre herrschende Stellung eingebüßt hatte, so war der Unrat der faschistischen Ideologie damit noch nicht aus den Köpfen ausgeräumt. Hinzu kam, daß die militärisch und politisch geschlagenen, aber ökonomisch noch längst nicht entmachteten imperialistischen Kräfte bestrebt waren, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Faschismus und seiner Ideologie zu verhindern.

Der deutschen monopolistischen Bourgeoisie und ihren Ideologen kam die Tatsache zustatten, daß die jahrzehntelange imperialistische und faschistische ideologische Beeinflussung tiefe Spuren hinterlassen hatte. Viele standen im Banne der von den Faschisten erzeugten Stimmung, daß der Untergang des Nazireiches gleichbedeutend mit dem Untergang Deutschlands sei. Unter dem Einfluß der faschistisch-imperialistischen Ideologie breitete sich Unzufriedenheit über die Folgen des Krieges aus, die viele Menschen daran hinderte, die eigene Mitverantwortung und Mitschuld an der Katastrophe anzuerkennen. Trümmer, Hunger, Not und Seuchen oder die Umsiedlung aus ehemals deutschen Gebieten wurden z. B. nicht als das Ergebnis des vom deutschen Faschismus entfesselten Weltbrandes und der von ihm verübten grauenhaften Verbrechen betrachtet, sondern als die „Vergeltung der Sieger“. Das wurde von der deutschen Reaktion und den imperialistischen Besatzungsmächten ausgenutzt, um vor allem den Antisowjetismus, den Antikommunismus und den Revanchismus der faschistischen Ideologie weiterzuführen und so neue ideologische Hindernisse gegen die weltanschauliche Umerziehung des deutschen Volkes im Geiste der Demokratie, des Friedens und der Völkerfreundschaft zu errichten.

Besonders tief im Bewußtsein der Massen verwurzelt war der Antikommunismus, der seit der Entstehung des wissenschaftlichen Kommunismus die bürgerliche Ideologie weitestgehend beherrscht und unter dem Faschismus seine höchste Steigerung gefunden hatte. Er trübte in besonderem Maße den Blick für die Perspektive, verkehrte das Freund-Feind-Verhältnis, erzeugte ein Gefühl der Angst und Unsicherheit vor der kommenden Entwicklung, verbreitete Lethargie und hemmte so die für die Verwirklichung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung lebensnotwendige Initiative.

Die Ideologen der sich unmittelbar nach der Niederlage des Faschismus formierenden militant-antikommunistischen Front versuchten mit den Losungen „Freiheit gegen Dik-[359]tatur“, „Demokratie gegen Totalitarismus“ den Abscheu der Massen gegen die eben überstandene faschistische Diktatur auszunutzen und in eine antisowjetische, antikommunistische Richtung zu leiten. Indem sie die politischen und geistigen Prinzipien des Faschismus mit denen des wissenschaftlichen Sozialismus und die Herrschaft des Faschismus mit der Realität der sozialistischen Gesellschaftsordnung gleichsetzten, sollten sowohl die Sowjetunion wie die marxistisch-leninistische Partei in Deutschland in den Augen der Massen diskreditiert werden.

In diesem Zusammenhang war die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, war eine breite und wirksame ideologische Aufklärung der Massen über den Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus, über seine Unmenschlichkeit sowie über die Unwissenschaftlichkeit seiner Theorien und Ideen zugleich auch eine der vordringlichsten Aufgaben bei der Zurückdrängung der sich neu formierenden imperialistischen Kräfte und ihrer Nachkriegsideologie.

Wie wirksam die ideologische Aufklärung über das Wesen des Faschismus in allen Klassen und Schichten war, hing in hohem Maße von der Übereinstimmung der Auffassungen in den beiden Arbeiterparteien, der KPD und der SPD, ab. Daher erhielt die Frage der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus im Prozeß der Vorbereitung der Vereinigung der beiden Parteien ein besonderes Gewicht.

Die Erkenntnis, daß der Faschismus der politische, soziale und ideologische Hauptfeind der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes ist, war der Ausgangspunkt des weltanschaulich-ideologischen Kampfes der Kommunisten und Sozialdemokraten nach der Zerschlagung des Faschismus. Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wurde gefordert: „Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazirassentheorie, über die Verlogenheit der ‚Lehre vom Lebensraum‘, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk.“[2] Diese Orientierung entsprach auch den historischen Erfahrungen und dem Wollen der klassenbewußten Sozialdemokraten. Otto Grotewohl, der Vorsitzende des Zentralausschusses der SPD, erklärte auf der 1. Funktionärskonferenz in Groß-Berlin: „Wir dürfen nicht müde werden, immer wieder an den Anfang unserer politischen Aufklärungsarbeit die Schilderung der nackten Scheußlichkeiten des Nazismus zu stellen. Wir müssen ihm immer wieder die Maske vom Gesicht reißen, damit das deutsche Volk für alle Zeiten von einem maßlosen und unvergeßlichen Ekel und Abscheu vor dem nationalsozialistischen Verbrechergesindel erfüllt wird.“[3]

Diese Übereinstimmung in der Bestimmung des Hauptfeindes konnte aber nicht verdecken, daß zwischen den beiden Arbeiterparteien bedeutende Unterschiede im Erfassen des Wesens des Faschismus existierten. Die KPD stützte sich in ihrer Einschätzung des Faschismus auf die Erkenntnisse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, der den Faschismus an der Macht als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“[4] bestimmt hatte. Davon ausgehend, stellte sie in den Vordergrund der Abrechnung mit dem Faschismus die Notwendigkeit der Vernichtung seiner sozialökonomischen Grundlagen. Deshalb wurde im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 die klare For-[360]derung nach „Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, nach Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes“[5] erhoben.

Der Zentralausschuß der SPD stand mit seiner Einschätzung des Faschismus den Auffassungen der Führung der KPD nahe. Das widerspiegelte sich im Aufruf der SPD vom 15. Juni 1945 vor allem in der antiimperialistischen Problem- und Zielstellung sowie in der Andeutung des Zusammenhanges von Faschismus und Imperialismus. Der Aufruf enthielt jedoch auch Forderungen, wie die nach der

[2] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, (im folgenden: Dokumente und Materialien), Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S. 19.
[3] Ebenda, S. 36.
[4] Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Berlin 1975, S. 93.
[5] Dokumente und Materialien, S. 19.

Beseitigung der „nazistischen Überorganisiertheit der Wirtschaft“[6], die nicht eindeutig auf die ökonomische Entmachtung des deutschen Imperialismus zielten.

In breiten Kreisen der SPD wirkte auch die Einschätzung des Faschismus als einer Erscheinung des „aufständischen Kleinbürgertums“ oder als einer Staatsmacht weiter, die über „dem Proletariat und der Bourgeoisie“ stehe – Einschätzungen, die in der Sozialdemokratie seit den 20er Jahren sehr verbreitet waren. Viele sozialdemokratische Genossen sahen nach 1945 im Nazismus eine reine „Raub- und Gewaltpolitik“ oder „das Böse schlechthin, das die Macht mit den Mitteln der Gewalt fortwährend mißbraucht, allem Guten, aller Menschlichkeit höhnend“, wie es z. B. auf der Tagung der sozialdemokratischen Geistesarbeiter anläßlich der Eröffnung der sozialdemokratischen Landesparteischule auf Schloß Bieberstein im November 1945 beschrieben wurde.[7]

Den klassenbewußten Kräften innerhalb der Sozialdemokratie gelang es in den ersten Wochen und Monaten nach der Befreiung noch unzureichend, die historisch-materialistische Gesellschaftsanalyse auf die Kritik des Faschismus anzuwenden. Auch jenen sozialdemokratischen Funktionären, die um einen konsequenten marxistischen Standpunkt rangen und die proletarische Klassenlinie innerhalb der SPD vertraten, fiel es noch schwer, die tieferen gesellschaftlichen Ursachen der faschistischen Katastrophenpolitik zu enthüllen. Im Vordergrund stand die moralische Verurteilung des Faschismus. Das wurde auch in der Rede Otto Grotewohls vor der 1. Funktionärskonferenz der SPD im Juni 1945 sichtbar, als er ausführte: „Es gab in der Geschichte noch niemals einen Machthaber, der wie Hitler mit zynischer Offenheit bis zum letzten Atemzug die apokalyptischen Reiter: Not, Krieg, Hunger und Tod über sein eigenes Volk gejagt hätte. Es gibt keine Niedertracht und kein Verbrechen, das diese Gewaltfanatiker nicht begangen hätten oder bereit gewesen wären zu begehen.“[8]

Selbstverständlich hatte die moralische Verurteilung des Faschismus und seiner Greueltaten große Bedeutung für die ideologische Umerziehung des deutschen Volkes. Sie half, die Mitverantwortung des einzelnen deutlich zu machen und die Menschenfeindlichkeit des Faschismus aufzudecken. Sie knüpfte an die Erfahrungen der Volksmassen an und konnte ein wichtiges Bindeglied zum wissenschaftlichen Erkennen der Zusammenhänge von Faschismus und Imperialismus bilden. Auch im Aufruf der KPD wurde das Naziregime moralisch verurteilt. Aber diese moralische Wertung war nur die eine Seite. Sie wurde ergänzt bzw. basierte auf der Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung des Imperialismus, seiner Tendenz zur offen diktatorischen Herrschaftsform.

Daher mußte, ausgehend von der moralischen Verurteilung des Faschismus, die innere Beziehung von Imperialismus und Faschismus aufgedeckt und für die Werktätigen durchschaubar gemacht werden. Denn bei der Klärung der Zusammenhänge von Faschismus und Imperialismus ging es nicht schlechthin um ein theoretisches Problem. Es war vor [361] allem bedeutungsvoll für die Lösung der unaufschiebbaren Aktionsaufgaben. Vielfach war das Unverständnis dieses Zusammenhangs die Ursache für die Meinung, daß mit der militärischen Niederlage des Hitlerregimes, der weitgehenden Außerkraftsetzung des faschistischen Herrschaftsapparats und mit der Zerrüttung der Wirtschaft der Kapitalismus in Deutschland bereits beseitigt sei. Eine solche der gesellschaftlichen Wirklichkeit widersprechende Auffassung hemmte den Kampf für die Beseitigung der sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus. Denn wäre der Kapitalismus tatsächlich vernichtet gewesen, so wären weder die demokratische Bodenreform noch die ökonomische Entmachtung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher notwendig gewesen.

Die wirklichen Verhältnisse nach der Zerschlagung des faschistischen Staates erforderten jedoch dringend gerade diese Maßnahmen, wenn die Chance zu einer friedlichen und demokratischen Entwicklung nicht ungenutzt bleiben sollte. Im gemeinsamen ideologischen Kampf der marxistischen Kräfte beider Arbeiterparteien kam es deshalb vor allem darauf an, die aus dem unmittelbaren Erleben erwachsene gefühlsmäßige Ablehnung des Antihumanismus des Faschismus auf die Höhe der wissenschaftlichen Einsicht in das ökonomische und politische Wesen der faschistischen Diktatur zu

[6] Ebenda, S. 30.
[7] Volksstimme, vom 21.11.1945, S. 2.
[8] Dokumente und Materialien, S. 36.

heben, damit die Arbeiterklasse – allen anderen demokratischen Kräften voran – den Kampf gegen Faschismus und Imperialismus zielklar und konsequent führen konnte.

Auf einer Parteikonferenz der KPD in Leipzig im Oktober 1945 wurde die Aufgabe von Walter Ulbricht klar umrissen: „Es genügt heute nicht mehr, daß man sagt, Hitler war ein Verbrecher, Hitler war ein Bandit usw., sondern es ist notwendig, die ideologische Arbeit zu vertiefen, nicht nur Hitler zu entlarven, sondern das Wesen des deutschen Imperialismus zu zeigen ... Das bedeutet: Beide Parteien haben die Aufgabe, die Theorie über das Wesen des Imperialismus – wie Lenin sie entwickelt hat – vor allem der Arbeiterklasse zu erklären.“[9]

Im Ringen der beiden Arbeiterparteien um die Klärung des Wesens des Faschismus erschien eine Reihe von Publikationen von großer ideologischer Bedeutung, in denen der marxistische Standpunkt der Kommunisten streitbar vertreten wurde.[10] In ihnen wurde vor allem anhand der ökonomischen Analyse und vieler Fakten deutlich gemacht, daß der Faschismus seine sozialökonomischen Wurzeln im Imperialismus hat.

Die bedeutende Rede Grotewohls auf der Funktionärskonferenz der SPD am 14. September 1945 zeugte davon, daß der ideologische Klärungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands rasch voranschritt. Grotewohl stellte sich in seinem Grundsatzreferat die Aufgabe, zu einer „klassenpolitischen Deutung“ der Ereignisse von 1918 bis 1945 zu kommen. „Die klassenpolitische Bedeutung des Dramas von 1933“, sagte er, „bestand in der Beseitigung der Demokratie als der Voraussetzung der Existenz und Herrschaft einer organisierten Arbeiterklasse und in der Errichtung einer Diktatur der hochkapitalistischen Bourgeoisie und des Großgrundbesitzes in den Formen des Hitlerschen Cäsarismus und des sogenannten Deutschen Sozialismus; beide waren nur Masken hochkapitalistischer Diktaturmethoden.“[11]

[362] Diese Erkenntnis war von großer politischer und ideologischer Tragweite für den weiteren einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse. Sie führte in den Reihen der SPD zu der Schlußfolgerung, daß es zur Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung notwendig sei, den deutschen Imperialismus ökonomisch zu entmachten. In diesem Sinne führte Grotewohl in der genannten Rede weiter aus: „Wenn die Bodenreform eine Wurzel des Faschismus beseitigte, so entfernte die Reinigung der Betriebe von faschistischer Leitung die zweite.“[12]

Ihren Niederschlag fanden diese Erkenntnisse, die deutlich den Prozeß der Rückbesinnung auf den Marxismus und der Hinwendung zum Leninismus demonstrierten, in den wirtschaftspolitischen Richtlinien der SPD und besonders in den Richtlinien des Zentralausschusses „Zur Bekämpfung der Monopole und Konzerne“ vom Januar 1946. Dort wurde festgestellt, daß sich der Marxismus und die Voraussagen Karl Marx’ über den Konzentrationsprozeß des Kapitals und die Entwicklung zum Monopolkapitalismus bestätigt hätten. „Ohne die Stütze der Kartelle und Trusts hätte der Nationalsozialismus niemals die Herrschaft über das deutsche Volk gewonnen, wäre es Hitler niemals möglich gewesen, ganz Europa mit Krieg zu überziehen.“[13] In einem Leitartikel des Zentralorgans der SPD zu diesen Richtlinien wurde bemerkt, daß der deutsche Imperialismus die alleinige Schuld am zweiten Weltkrieg und die Hauptschuld am ersten Weltkrieg trage.[14]

Im Verlaufe der gemeinsamen antifaschistischen Aktion erwuchs so aus der politischen Übereinstimmung bei der Charakterisierung des Hauptgegners der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes die ideologische und theoretische Übereinstimmung über das Wesen des Hitlerfaschismus,

[9] Walter Ulbricht, Die nächsten Aufgaben der KPD, in: Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Zusatzbd., Berlin 1966, S. 279.
[10] Siehe Walter Ulbricht, Die Legende vom deutschen Sozialismus. Ein Lehrbuch für das schaffende Volk über das Wesen des deutschen Faschismus, Berlin 1945; derselbe, Thesen über den Hitlerfaschismus, in: Einheit, 1/1946; Wilhelm Girnus, Wer macht Geschichte?, Berlin/Leipzig 1946.
[11] Otto Grotewohl, Wo stehen wir, wohin gehen wir? Weg und Ziel der deutschen Sozialdemokratie, in: Grotewohl, Im Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze, Bd. 1, Berlin 1948, S. 18 f.
[12] Ebenda, S. 37.
[13] IML/ZPA, NL 90/10, Bd. 1.
[14] Das Volk, vom 17.1.1946.

aus der sich entscheidende Schlußfolgerungen für den sozialen Inhalt der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung ergaben. So konnten auf der ersten Sechziger-Konferenz, die im Dezember 1945 in Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien stattfand, SPD und KPD übereinstimmend feststellen: „Noch ist die Gefahr nicht gebannt, daß Reaktion und Faschismus früher oder später ihr Haupt wieder erheben ... Vor allem aber darf keinen Augenblick vergessen werden, daß der Hitlerfaschismus nichts anderes war, als das Werkzeug des Monopolkapitals zur Niederschlagung aller fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte, zur Durchführung der verbrecherischen Kriegs- und Eroberungspläne des Finanzkapitals. In der Macht der Truste, Konzerne und Kartelle liegt die tiefste Wurzel des Faschismus und des imperialistischen Krieges. Hier steht die Hauptkraft der Reaktion, und solange diese Macht nicht gebrochen ist, so lange ist die Gefahr einer reaktionären Restauration nicht gebannt, der Frieden, die neue demokratische Ordnung nicht endgültig gesichert. Noch ist das Monopolkapital nicht vernichtet, noch hat es sogar zahlreiche Helfer und Verbündete.“[15]

Diese marxistische Analyse des Zusammenhangs von Imperialismus und Faschismus war von großer Bedeutung für den praktischen gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß. Sie half zugleich, die Auseinandersetzung mit der rein geistesgeschichtlichen, irrationalistisch-mystischen Deutung der jüngsten deutschen Geschichte durch die bürgerliche Geschichtsschreibung zu führen. Eine Reihe von bürgerlichen Historikern, Philosophen, So-[363]ziologen und anderen, insbesondere in Westdeutschland, versuchte, die Auseinandersetzung mit dem Faschismus mit einer Konzeption zur Rettung der ökonomischen und politischen Macht des Imperialismus zu verknüpfen. Sie mystifizierte die sozialökonomische Basis des Faschismus und leitete die faschistische Diktatur aus „dämonischen“ Umtrieben oder auch aus der „dämonischen Persönlichkeit“ Hitlers ab. In seinem Buch „Abschied von der bisherigen Geschichte“ versuchte z. B. Alfred Weber nachzuweisen, daß die Errichtung der faschistischen Diktatur ursächlich durch das Hervorheben dunkler dämonischer Mächte bedingt gewesen sei: „Etwas unbestimmbar Objektives brach aus, das wie eine allgemeine seelische Welle bisher für selbstverständlich Gehaltenes und unerschütterlich Erworbenes wegspülte. Eine verdeckt und angekettet gewesene kollektive überpersönliche Macht war plötzlich aus ihrem Gefängnis ausgebrochen.“ Weber bemühte den „Flügelschlag dunkel dämonischer Mächte“ zur Erklärung des Faschismus.[16]

Die Mythologisierung der historischen Bedeutung von Persönlichkeiten geriet so zur Mythologisierung der Geschichte. Folgerichtig wurde historische Kontinuität auf der Grundlage gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung geleugnet. Die nationalsozialistische Ideologie von der Größe des „Führers“ und dem Sendungscharakter des „Dritten Reiches“ erhielt damit ihre negative Umstülpung. Der Nationalsozialismus wurde auf solche Weise vielfach nur noch als „Hitlerismus“ definiert.

Andere Ideologen waren bestrebt, apologetisch und aggressiv zugleich, die Schuld für die faschistische Herrschaft auf die revolutionäre Arbeiterbewegung, auf die marxistische Partei abzuwälzen.[17] Der Zusammenhang von geistig-politischer Haltung und ökonomischer Entwicklung des deutschen Monopolkapitals, der dem deutschen Faschismus sein charakteristisches Gepräge gab, blieb in diesen Darstellungen unberührt. Gerade durch die Ignorierung bzw. durch bewußtes Leugnen dieses Zusammenhangs sollte das Wesen und der Charakter des deutschen Imperialismus und Militarismus und die sozialpolitische Funktion des Faschismus verschleiert werden.

Um eine marxistisch-leninistische Interpretation der Geschichte unseres Volkes vorzunehmen, den Kampf gegen die Verfälschungen und den Mißbrauch des fortschrittlichen nationalen Erbes zu führen und damit ein neues Geschichtsbewußtsein der Werktätigen zu entwickeln, dessen theoretisches Wesen

[15] Beschlüsse der Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirksvertretern der beiden Parteien vom 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin, in: Dokumente und Materialien, S. 349.

[16] Alfred Weber, Abschied von der bisherigen Geschichte, Hamburg 1946, S. 226 f. – Auch Friedrich Meinecke, Gerhard Ritter und Siegfried Kahlert erklärten 1945/46 übereinstimmend, daß die deutsche Geschichte für sie dunkel, rätselvoll und unerkennbar sei (siehe Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946; Gerhard Ritter, Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung, Stuttgart 1946). Diese Deutungsversuche, die die Machtübergabe an die Faschisten und das Wesen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems durch eine Pathologie der faschistischen Führer erklären, halten bis in die Gegenwart an.

[17] Besonders zu nennen sind hier Konrad Adenauer, Friedrich Meinecke, Walter Höpke, Karl Jaspers, H. Windig, E. Kordt.

in der Anerkennung der Objektivität des historischen Prozesses und der Rolle der Volksmassen als entscheidende geschichtsbildende Kraft bestand, mußten das Wesen des Faschismus klar bestimmt, die nazistischen Geschichtslügen zerschlagen und ein wissenschaftliches, auf der Grundlage des historischen Materialismus gewonnenes Geschichtsbild aufgearbeitet und vermittelt werden. Ein solches Geschichtsbild war sowohl für die Ausarbeitung der wissenschaftlichen Politik als auch für das Verständnis dieser Politik durch die Massen von großer Bedeutung. [364]

2. Zur Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie

Die Aufdeckung des Wesens des Faschismus durch die Marxisten-Leninisten war von entscheidender Bedeutung für den erfolgreichen Kampf gegen die faschistische Ideologie. Diese hatte die Funktion, die faschistische Terrorherrschaft im Innern und die aggressiven Absichten des deutschen Faschismus gegenüber den Nachbarstaaten zu rechtfertigen. Durch die systematische Verseuchung großer Teile des deutschen Volkes mit solchen wissenschaftsfeindlichen und antihumanistischen Lehren wie der Rassen- und Lebensraumtheorien war die Widerstandskraft des Volkes gegen das faschistische Regime gelähmt und beträchtliche Teile der Bevölkerung zur Mitwirkung an den Verbrechen der Faschisten reif gemacht worden. Mit dem Mythos von der angeblichen Überlegenheit der „arischen Rasse“ wurde versucht, das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse zu ersticken, die soziale Frage in eine „Rassenfrage“ umzufälschen und die unfaßbaren Verbrechen an anderen Völkern, vor allem an Angehörigen des polnischen und des Sowjetvolkes sowie an jüdischen Menschen, zu rechtfertigen. Die Lebensraumtheorie, die die These vom deutschen Volk als „Volk ohne Raum“ zum Hauptinhalt hatte, lieferte die „theoretische“ Basis für die Raub- und Eroberungspolitik des deutschen Faschismus.

Beide Theorien, längst wissenschaftlich widerlegt und durch die Entwicklung der verschiedenen Völker, Nationen und Staaten in allen Teilen der Welt auch praktisch als unhaltbar nachgewiesen, blieben – wie die faschistische Ideologie insgesamt – bei oberflächlichen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens stehen, mystifizierten diese und zielten auf emotionale Wirkung. An die Stelle der Vernunft und des Wissens setzten sie den blinden Glauben und den Herrenrassenwahn.

Deshalb bestand die dringende Aufgabe, diese Irrlehren aus den Köpfen der Menschen restlos zu beseitigen, zumal die schwierigen und komplizierten Nachkriegsverhältnisse sich als Nährboden für ihre Weiterexistenz erweisen konnten. So bildeten z. B. lebensraumtheoretische Auffassungen ein ernstes Hindernis dafür, Verständnis für die Umsiedlung von Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei bzw. für die Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze zu schaffen. Es kam daher darauf an, die Wissenschafts- und Menschenfeindlichkeit der faschistischen Ideologie zu entlarven, ihre manipulative Funktion im Herrschaftsmechanismus aufzudecken und zugleich auch die theoretisch-philosophischen Quellen z. B. der faschistischen Rassen- und Lebensraumtheorie bloßzulegen.

Eine Arbeitskommission des Politbüros des Zentralkomitees der KPD hatte hierfür wesentliche Vorarbeit geleistet und bereits Anfang 1945 eine Konzeption zum Kampf gegen die faschistischen Irrlehren verabschiedet. Dieser Konzeption lagen folgende theoretisch-weltanschaulichen Erkenntnisse zugrunde:

1. Die faschistischen Rassenirrlehren sowie die Lebensraumtheorie haben pseudowissenschaftlichen Charakter und sind ideologisch vor allem gegen den Marxismus und den Humanismus gerichtet.

2. Der Rassen- und Lebensraummythos dient dem Faschismus zur chauvinistisch-nationalistischen Verhetzung der Volksmassen und zu ihrer Abrichtung als blinde Werkzeuge für die Durchführung der faschistischen Eroberungspolitik.

3. Die faschistischen Irrlehren sind keine wissenschaftlichen Fehlhypothesen, sie sind deshalb nicht ausschließlich mit wissenschaftlichen Argumenten zu widerlegen. Es ist notwendig, sie als bewußte politisch-ideologische Manipulation zu entlarven.

4. Der Kampf aller streitbaren Antifaschisten gegen diese Irrlehren sollte nach folgenden Gesichtspunkten geführt werden [365]

- durch den Nachweis ihres Widerspruchs zu den Ergebnissen der Natur- und Gesellschaftswissenschaften;
- durch die Entlarvung ihres bewußten Lügencharakters;
- durch den Nachweis ihrer katastrophalen Folgen für die Völker der Welt und das deutsche Volk;
- durch die Aufdeckung der historischen Wurzeln der faschistischen Rassen- und Lebemsraumideologie, die als Bestandteil des bürgerlichen Krisenbewußtseins ausgangs des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts in die Kritik einzubeziehen sind.[18]

Ihren Niederschlag fand diese Vorarbeit in der praktischen ideologischen Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Partei in den ersten Jahren nach der Befreiung. In einer Vielzahl von Broschüren, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, im Schulungsmaterial der beiden Arbeiterparteien – nach ihrer Vereinigung in den Veröffentlichungen der SED – wurde eine umfangreiche ideologische Aufklärungsarbeit geleistet.[19] Seit dem Sommer 1945 führte z. B. die KPD wöchentliche Schulungsabende durch. Diese wurden durch Konsultationen in der Parteipresse unterstützt. Das Schulungsprogramm diente der Erläuterung des Aufrufs und des Aktionsprogramms der KPD, entlarvte die faschistischen Irrlehren und half den Parteimitgliedern, offensiv die Auseinandersetzung mit Faschismus und Imperialismus, mit faschistischer und imperialistischer Ideologie zu führen.

Auch der Zentralausschuß der SPD organisierte den Kampf gegen die faschistische Ideologie zur geistigen Erneuerung des deutschen Volkes. Unter der Thematik „Zwölf Jahre Naziherrschaft und ihre Folgen“ wurden sieben Problemkreise in Vorträgen und Seminaren behandelt, die die Mitglieder der Partei befähigen sollten, die anstehenden Probleme auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur im antifaschistischen und demokratischen Sinne zu lösen.[20]

In den marxistischen Veröffentlichungen zur faschistischen Ideologie wurde auch der Nachweis erbracht, daß die Rassenirrlehren und der Mythos vom Lebensraum keine neuen Erfindungen der „Theoretiker“ der Nazibewegung waren, sondern daß sie im engsten Zusammenhang mit jenen reaktionären ideologischen Konzeptionen standen, die kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse und imperialistische Expansion mit biologistischen, anthropologischen und geographischen „Begründungen“ rechtfertigen bzw. verschleiern sollten. Vor allem die Rassentheorien Joseph Arthur de Gobineaus und Houston Stuart Chamberlains, die in der Periode der Ausbreitung des kapitalistischen Systems und seiner Entwicklung zum Imperialismus geschaffen wurden, um die Politik der Kolonialmächte gegenüber den von ihnen eroberten und unterdrückten Völker zu „be-[366]gründen“, dienten auch der Rechtfertigung des Terrors der deutschen imperialistischen Kräfte gegen die Kolonialvölker. In der Zeit des Faschismus wurden sie in den Konzentrationslagern, bei den Judenpogromen und den Massenvernichtungsaktionen der Nazis gegen die anderen Völker in die Tat umgesetzt. Die faschistischen Irrlehren wandten sich nicht nur gegen die Bevölkerung der Kolonialländer, sondern sie dienten auch der kriegerischen Expansion, der Unterdrückung und Vernichtung der Bevölkerung entwickelter kapitalistischer Staaten. Insbesondere aber hatten sie eine antikommunistische Stoßrichtung. Sie dienten vor allem zur Rechtfertigung der ungeheueren Verbrechen gegenüber den Völkern der Sowjetunion.

Die Marxisten-Leninisten entlarvten daher die Rassen- und Lebensraumtheorien als ideologischen Ausdruck des chauvinistischen Weltherrschaftsstrebens des deutschen Imperialismus. Gestützt auf die marxistisch-leninistischen Erkenntnisse über das Verhältnis von Rasse und Gesellschaft sowie

[18] IML/ZPA, KI 36; siehe auch Sonja Eichhofer, Probleme des gemeinsamen politisch-ideologischen und weltanschaulich-theoretischen Kampfes von KPD und SPD gegen die faschistische Ideologie und um die Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Revolution im Prozeß der Herausbildung und Stabilisierung der Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien, phil. Diss., Berlin 1971.

[19] Zu nennen sind hier vor allem Ulbricht, Die Legende vom deutschen Sozialismus; Girnus; Bela Fogarasi, Zerstörung der Kultur in Deutschland unter der Herrschaft des Faschismus, Berlin 1945; Georg Lukács, Der Rassenwahnsinn – ein Feind des menschlichen Fortschritts, in: Aufbau, 2/1945; J. Shdanow, Der imperialistische Charakter der deutschen Rassenlehre, in: Neue Welt, 3/1946; Siegbert Kahn, Antisemitismus und Rassenhetze, Berlin 1948; Stephan Heymann, Marxismus und Rassenfrage, Berlin 1948; Georg Rehberg, Hitler und die NSDAP in Wort und Tat, Berlin 1946.

[20] Eichhofer, S. 153 ff.

auf die Erkenntnisse der Naturwissenschaft widerlegten sie die faschistische Lehre von der Höher- und Minderwertigkeit unterschiedlicher Rassen. Sie zeigten, daß die faschistischen Rassenlehren auch vom naturwissenschaftlich-biologischen Standpunkt aus unhaltbar sind.

Daß es den faschistischen Ideologen letztlich nicht um wissenschaftliche Aussagen über Wesen und Bedeutung der Rassen ging, sondern um die Begründung eines Geschichtsbildes, mit dem menschenfeindliche imperialistische Handlungen und Ziele scheinwissenschaftlich gerechtfertigt werden sollten, machte Georg Lukács in einem umfangreichen Artikel deutlich.[21] Ausgehend von der Faschismusdefinition, die die Kommunistische Internationale auf ihrem VII. Weltkongreß 1935 gegeben hatte, kam Lukács zu der Feststellung, daß die faschistische Ideologie den Zielen der reaktionärsten Kreise der deutschen Imperialisten, insbesondere ihrem Streben nach unbeschränkter Weltherrschaft untergeordnet war. Diese Ziele wurden natürlich nicht offen formuliert und wurden daher von der Mehrheit des Volkes nicht oder nur ungenügend durchschaut. Lukács zeigte, wie die Faschisten die Sehnsucht des deutschen Volkes nach nationaler und sozialer Wiedergeburt demagogisch in ihre Lehre vom Anspruch auf Weltherrschaft umgewandelt hatten. Die Fortschrittsfeindlichkeit der faschistischen Ideologie fand im Prinzip der Ungleichheit der Menschen und Völker ihren Ausdruck.

Ausführlich setzte sich Wilhelm Girnus in seiner Schrift „Wer macht Geschichte?“ mit der faschistischen Rassen- und Lebensraumtheorie auseinander. Den faschistischen Irrlehren stellte er die wissenschaftlichen Erkenntnisse der materialistischen Geschichtsauffassung gegenüber. Er zeigte die nahe Beziehung der faschistischen Geschichtsbetrachtung zu den Theorien Oswald Spenglers, deren gemeinsamer Zug die Negierung der Gesetzmäßigkeit im Geschichtsprozeß ist. In Auseinandersetzung mit dem führenden faschistischen Ideologen Alfred Rosenberg, der erklärte, daß das Leben einer Rasse, eines Volkes, die Ausbildung einer mystischen Synthese sei, eine Seelenbetätigung, die weder durch Vernunft erklärt noch durch Darstellung von Ursache und Wirkung begreiflich gemacht werden könne[22], schrieb Girnus, dies bedeute, „daß der Nazismus Geschichte als Wissenschaft verneint. Und nicht nur verneint, sondern zerstört, denn das Wesen der Wissenschaft besteht in der Erforschung und in der Erkenntnis der Ursache für Entstehung und Veränderung der Erscheinungen der Wirklichkeit.“[23]

[367] Girnus legte die logische Widersprüchlichkeit der faschistischen Geschichtsauffassung bloß, wonach angeblich unveränderliche Rassen die Ursache sich ständig vollziehender Veränderungen in der Geschichte sein sollen. Er setzte sich mit der faschistischen Charakteristik der Rassen und ihrer Merkmale auseinander und stellte ihnen die Auffassungen humanistischer Wissenschaftler gegenüber, die sich, wie das Beispiel Alexander von Humboldt zeigt, zur Einheit des Menschengeschlechts bekannten. Nicht Rassen formen die Geschichte, erläuterte er, sondern Natur und Geschichte formen die Rassen. Ausgehend von der Auffassung des historischen Materialismus, daß die Produktionsweise einer Gesellschaft entscheidend für den Charakter und die Entwicklung der Gesellschaft ist und daß diesem bestimmenden Moment auch die anderen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens – also auch die biologischen – untergeordnet sind, kam Girnus zu der Feststellung: „Der Einfluß der biologischen Faktoren (Rasse) auf die geschichtlichen ist den gesellschaftlichen Faktoren gegenüber eine Größe, die man vernachlässigen kann ... Mit zunehmender Zivilisation wird der Einfluß der biologischen Faktoren auf die geschichtlichen Veränderungen immer geringer.“[24]

Während die reaktionäre bürgerliche Ideologie nach der Niederlage des Faschismus den Rassenantisemitismus als eine intellektuelle Entgleisung einiger Psychopathen abtat, statt ihn energisch zu bekämpfen, und erklärte, daß er bereits tot und ohne jeden Einfluß sei, setzten sich die Marxisten mit dieser barbarischen Erscheinungsform der faschistischen Ideologie konsequent auseinander. Siegbert Kahn unterzog Entstehung und Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland einer Analyse.[25] Er enthüllte seinen Klassencharakter und seine soziale Funktion in der ideologischen Manipulation. Stephan

[21] Siehe Anmerkung 19.
[22] Zit. nach Girnus, S. 9.
[23] Ebenda.
[24] Ebenda, S. 15 f.
[25] Siehe Anmerkung 19.

Heymann entlarvte Rassentheorie und Antisemitismus als ideologischen Ausdruck des Weltherrschaftsstrebens des deutschen Imperialismus und als Element zur Schürung einer Kriegspsychose im deutschen Volk.[26]

Diese und eine Reihe anderer populär geschriebener Arbeiten und Aufsätze sowie die vom Parteivorstand der SED für die Parteischulung herausgegebenen Broschüren zur faschistischen Ideologie in der Reihe „Sozialistische Bildungshefte“ fanden besonders unter der Arbeiterklasse, der Jugend und der Intelligenz großen Zuspruch. Hier wurde eine gültige Antwort auf die sie bewegenden Fragen nach Ursachen und Wesen der faschistischen Theorien gegeben.

Da die Autoren nicht bei der Negation der faschistischen Auffassungen stehenbleiben, sondern zeigten, wie die marxistisch-leninistische Ideologie ihre Argumente in Übereinstimmung mit den wirklichen Prozessen in der Gesellschaft sowie mit den Ergebnissen der Wissenschaft entwickelt, verhalf die Auseinandersetzung mit den faschistischen Irrlehren nicht nur dazu, ihre Unrichtigkeit und Menschenfeindlichkeit zu erkennen, sondern führte die Mitglieder der SED, große Teile der Arbeiterklasse und der Jugend auch an das Studium des Marxismus-Leninismus heran.

Wenn das deutsche Volk in die Lage versetzt werden sollte, die Situation nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus zu erkennen, seine Mitschuld und Mitverantwortung zu beurteilen, fatalistische Einstellungen zur Geschichte zu überwinden und die richtigen Schlußfolgerungen aus den Lehren der deutschen Geschichte zu ziehen, so mußte in der Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie gleichzeitig der Vermittlung eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

[368] Die KPD stand auch diesen Erfordernissen nicht unvorbereitet gegenüber. Eine Arbeitsgruppe des Zentralkomitees der KPD hatte bereits 1944/45 in zahlreichen Beratungen zu weltanschaulichen, methodologischen und inhaltlichen Problemen einer wissenschaftlichen Darstellung der deutschen Geschichte Stellung genommen und die Ergebnisse in Richtlinien niedergelegt.[27] Auf ihrer Grundlage begann eine aus elf Personen – Marxisten und anderen Antifaschisten – bestehende Kommission des Nationalkomitees Freies Deutschland im Frühjahr 1945 „Richtlinien für den Unterricht in der deutschen Geschichte“ auszuarbeiten, die im Juli 1945 fertiggestellt wurden.

Für die wissenschaftliche Darstellung der deutschen Geschichte wurden folgende weltanschauliche und methodologische Forderungen erhoben: unbedingte Wissenschaftlichkeit der Darstellung der Geschichte; Anerkennung des Wirkens objektiver Gesetze; Beachtung des Primats der sozialökonomischen Faktoren und der Rolle der Volksmassen im Geschichtsprozeß. Kriterium der Wertung geschichtlicher Bewegungen und Ereignisse sowie des Wirkens geschichtlicher Persönlichkeiten müsse, so hieß es in der Präambel der Richtlinien, der gesellschaftliche Fortschritt in seiner Entwicklung sein. Gleichzeitig wurde als unabdingbar gefordert, alle nationalistischen, rassistischen und militaristischen Elemente aus dem Geschichtsbild auszumerzen. Zum Ziel des Geschichtsunterrichts wurde erklärt: Erziehung zum demokratischen Denken und verantwortungsbewußten Handeln, zu echtem Nationalbewußtsein, das frei von nationaler Engstirnigkeit und rassistischer Überheblichkeit ist.[28]

Die Herausgabe der wichtigsten Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und die populäre Darstellung des Lebens der besten Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung wie Karl Marx, Friedrich Engels, W. I. Lenin, Franz Mehring, G. W. Plechanow u. a. durch die beiden Arbeiterparteien – und nach der Vereinigung durch die SED – bildeten eine wichtige Grundlage dafür, daß diese Forderungen in bedeutendem Umfang durchgesetzt werden konnten. Eine große Hilfe erhielt die deutsche Arbeiterklasse hierbei – wie auch auf allen anderen Gebieten – durch die Sowjetunion.

[26] Ebenda.
[27] Siehe IML/ZPA, KI 36/412-A, Bl. 8-10.
[28] Siehe Erich Weinert, Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, Berlin 1957, S. 100 f.; Eberhard Hüttner, Die schöpferische Leistung der KPD und SED bei der Entwicklung einer festen Zusammenarbeit von Marxisten und Christen im Kampf gegen den Hitlerfaschismus und beim Aufbau der antifaschistischen demokratischen Ordnung (unter besonderer Berücksichtigung der gemeinsamen Lösung einiger Grundprobleme der geistigen Umwälzung 1945/1949), phil. Diss., Berlin 1966, S. 153 ff.

Die ersten Werke von Marx, Engels, Lenin und anderen marxistisch-leninistischen Autoren, die nach 1945 erschienen, waren in Verlagen der sowjetischen Militäradministration gedruckt bzw. in deutschsprachigen Verlagen der Sowjetunion hergestellt worden. Sie bildeten eine wichtige Grundlage vor allem für die Formierung der marxistischen Kräfte in der offensiven Auseinandersetzung mit der faschistischen und imperialistischen Ideologie.

Vor allem kam es darauf an, jene historischen Ereignisse zu analysieren und aus ihnen die Lehren zu ziehen, die für die Lösung der Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung von entscheidender Bedeutung waren. Deshalb wurden in Reden führender Mitglieder der Arbeiterparteien, in Presseartikeln, in monographischen Arbeiten und auch in der Parteischulung vorrangig die Lehren der Novemberrevolution, die Rolle des reaktionären Preußentums in der deutschen Geschichte, das Wesen des deutschen Imperialismus, Wesen und Ursachen der Entstehung des Hitlerfaschismus und der Charakter des zweiten Weltkrieges behandelt.

[369] Von großer Bedeutung für die Entwicklung eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes und Geschichtsbewußtseins war eine Reihe monographischer Arbeiten wie: Alexander Abusch, Irrweg einer Nation; Wilhelm Girnus, Wer macht Geschichte?; Albert Norden, Lehren deutscher Geschichte; Walter Ulbricht, Die Legende vom deutschen Sozialismus.

Die „Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte“ orientierten vor allem auf die Erziehung einer neuen, antifaschistischen Lehrergeneration und gingen auf vielfältige Weise in die demokratische Umgestaltung des Kultur- und Geisteslebens ein. Sie schufen ein festes Fundament für die Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte und befähigten die fortschrittlichen Teile des Volkes, die Schuldigen am Unglück zweier nationaler Katastrophen zu erkennen und aktiv an der ökonomischen und geistigen Entmachtung des deutschen Imperialismus teilzunehmen. Vor allem die demokratische Schulreform, als erste Schlußfolgerung aus der Erkenntnis der Notwendigkeit, auch die geistigen Trümmer und reaktionären Traditionen kraftvoll beiseite zu räumen, wurde zu einem echten Markstein auf dem Wege der Entwicklung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung unter Führung der Arbeiterklasse.

Die Tatsache, daß der deutsche Faschismus wesentlich auf dem reaktionären Preußentum, seinem Militarismus, seiner Machtpolitik, seinem politischen Konservatismus und Bürokratismus fußte, machte es notwendig, in der Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie den Geist der Demokratie und des Humanismus gegen den militaristischen Geist von Potsdam auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu mobilisieren. Das wurde um so dringender, als sich nach der Niederlage des Faschismus in der bürgerlichen Geschichtsschreibung deutlich Versuche abzeichneten, Preußentum und Hitlerfaschismus einander entgegenzusetzen, ja sogar als unvereinbar entgegenzustellen.

Die KPD verwandte daher große Aufmerksamkeit auf die Darstellung der Rolle des reaktionären Preußentums in der deutschen Geschichte. Aufbauend auf den Arbeiten von Marx, Engels und Mehring zur deutschen Geschichte wurde in der marxistischen Literatur und Presse wie auch in der Parteischulung der Kritik des reaktionären Preußentums große Beachtung geschenkt. Ohne die Spezifik des barbarischen Faschismus zu übersehen, wurde die geistige Kontinuität zwischen diesem und der preußisch-militaristischen Entwicklung herausgearbeitet. Das war zugleich von Bedeutung dafür, das Verständnis und die Aktivität der Massen für die politische und ökonomische Entmachtung und Abrechnung mit dem Junkertum als einer Hauptstütze des Faschismus zu wecken. Diese Auseinandersetzung mit dem preußischen Militarismus wurde nach der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien weitergeführt.[29]

Die reaktionären Traditionen der deutschen Geschichte waren auch Gegenstand verschiedener Reden und Schriften der besten Vertreter des deutschen Kultur- und Geisteslebens. Johannes R. Becher z. B.

[29] Alexander Abusch, Irrweg einer Nation, Berlin 1946. – Allerdings wurde in manchen Veröffentlichungen aus dieser Zeit – und das trifft besonders auf das Buch Abuschs zu – in dem Bestreben, die Wurzeln des Faschismus in der deutschen Geschichte bloßzulegen, diese Geschichte als eine ununterbrochene Folge von Siegen der finstersten Reaktion dargestellt, in der für die großen revolutionären Traditionen des deutschen Volkes kaum noch Platz war. Diese Konzeption der deutschen Geschichte als einer einzigen anhaltenden Misere wurde in den folgenden Jahren korrigiert.

setzte sich in seinem „Deutschen Bekenntnis“ überzeugend mit der jüngsten deutschen Geschichte und ihren Ursachen auseinander. Er warnte vor allem davor, sich mit einem verbalen Antifaschismus zufriedenzugeben, im übrigen aber alles beim alten zu belassen. „Den Nazismus vernichten, heißt gleichzeitig, dessen [370] reaktionäre Grundlage zu erschüttern und sie Schicht um Schicht abzutragen, damit dem politischen Verbrechertum und Abenteurertum in Deutschland künftighin jedwede Möglichkeit fehlt, auf ihrem Boden in dieser oder jener Variante wieder hochzuwuchern.“[30]

Schon bald nach der Niederlage des Faschismus versuchten die imperialistischen Westmächte und die deutsche imperialistische Bourgeoisie, den verlorengegangenen politischen und ideologischen Einfluß im Osten Deutschlands wiederzugewinnen. Die reaktionären Ideologen bemühten sich, den chauvinistischen Antikommunismus der faschistischen Ideologie für ihre Zwecke umzuprägen. Dem diente die Ausarbeitung und Verbreitung der sogenannten Totalitarismuskonzeption, deren Hauptinhalt die offene Identifizierung des Kommunismus mit dem Hitlerfaschismus, der marxistisch-leninistischen Weltanschauung mit der faschistischen Ideologie bildete. In einer Reihe von Veröffentlichungen wurde der Totalitarismus des Hitlerfaschismus und die sozialistische Demokratie, das demagogische „Volksgemeinschaftsprinzip“ der Nazis und die marxistische Auffassung über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, die Mißachtung des Geistes und der ethischen Werte durch das braune Gewaltregime und der Materialismus des Marxismus als dem Wesen nach gleiche Auffassungen dargestellt.[31]

In Wirklichkeit hatte diese Umorientierung und Anpassung der bürgerlichen Ideologie nach der Niederlage des Faschismus das Ziel, jene geistigen Traditionen des Imperialismus weiterzuführen und zu einer den veränderten Bedingungen des Klassenkampfes entsprechenden imperialistischen Ideologie umzubauen, die in Deutschland die faschistische Ideologie mit vorbereitet hatten. So wurden z. B. die politischen und philosophischen Ideen Oswald Spenglers, Georges Sorels und Friedrich Nietzsches, Sören Kierkegaards, Martin Heideggers sowie die geopolitischen Lehren Karl Haushofers und Friedrich Ratzels wiederbelebt und unmittelbar gegen die marxistische Weltanschauung und den demokratischen Neuaufbau in Ostdeutschland ins Feld geführt. Die Auseinandersetzung mit den geistigen Quellen der faschistischen Ideologie wurde daher bei der konsequenten Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung immer mehr zu einer dringenden Aufgabe.

Aus dieser Einsicht in die Bedingungen des ideologischen Kampfes heraus orientierte die SED auf die verstärkte und konsequente Auseinandersetzung mit den geistigen Quellen der faschistischen Ideologie. Besonders nach dem II. Parteitag der SED (1947) wurden in einer Reihe bedeutsamer Schriften die historischen Zusammenhänge von Antikommunismus und faschistischer Ideologie aufgedeckt und gezeigt, wie durch die antikommunistische Hetze zwangsläufig der Rassismus, die Geopolitik und die faschistische Geschichtsideologie wieder aktiviert wurden.[32]

[371] Eine umfassende Antwort auf die aktuellen Probleme des ideologischen Kampfes in der damaligen Zeit gab Otto Grotewohl in seinem Referat „Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus“ auf dem 1. Kulturtag der SED im Mai 1948. In einem theoriegeschichtlichen Rückblick auf die Vorläufer der faschistischen Ideologie analysierte er die mit der verhängnisvollen Politik der deutschen Großbourgeoisie seit der Jahrhundertwende verbundene Entwicklung der reaktionären Strömungen der imperialistischen Philosophie und Weltanschauung. Er kam zu der Feststellung, „daß die

[30] Johannes R. Becher, Deutsches Bekenntnis, Berlin o. J., S. 35.

[31] Siehe Ossip Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. II, Berlin 1963, S. 50; siehe auch Christoph Engel, Der Kollektivmensch, Limburg 1949; Heinrich Fries, Nihilismus, die Gefahr unserer Zeit, Stuttgart 1949.

[32] Dazu gehören u. a. Walter Ulbricht, Die Partei neuen Typus, Berlin 1948; Otto Grotewohl, Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus, Berlin 1948; Walter Ulbricht, Welche Stellung zur Sowjetunion liegt im nationalen Interesse des deutschen Volkes?, in: Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Berlin 1953, S. 544 ff.; Wilhelm Pieck/Anton Ackermann, Unsere kulturpolitische Sendung. Reden auf der Ersten zentralen Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3.-5. Februar 1946, Berlin 1946; Anton Ackermann, Um die Erneuerung der deutschen Kultur, Berlin 1946; Erklärung des Parteivorstandes der SED vom 19. September 1946. Die SED zur Grenzfrage, in: Dokumente der SED, Bd. 1, Berlin 1952, S. 92 f.

Vorgeschichte des Nationalsozialismus zugleich die Darlegung des Verfalls der bürgerlichen Ideologie ist, denn die Prinzipien der nazistischen Staatsideologie sind nicht dem wirren Gehirn des Schöpfers eines Tausendjährigen Reiches entsprungen, sondern sie beherrschen die Philosophie und die Weltanschauung eines großen Teils des deutschen Bürgertums seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts in zunehmendem Umfange."[33] Er zeigte, wie die rassistischen Lehren de Gobineaus, Chamberlains und die geopolitischen Theorien Karl Haushofers und Johann-Rudolf Kjellens von der imperialistischen Bourgeoisie aufgenommen, mit dem Antikommunismus verbunden und schließlich in der faschistischen Ideologie zur Perfektion gebracht wurden.

In umfassender Weise setzte er sich mit der Philosophie und Moraltheorie Friedrich Nietzsches auseinander und zeichnete die geschichtlichen Folgen ihres verheerenden Einflusses vor allem unter der bürgerlichen Intelligenz in Deutschland nach. „Durch seine Lehre wurde ein Teil der Intelligenz vorbereitet, abgestumpft, bedenkenlos und zugleich rauschhaft entfacht. Daß Nietzsches Lehre einen so entscheidenden Einfluß ausüben konnte, ist ein Symptom für die geistige Krise, von der ein großer Teil des deutschen Bürgertums schon befallen war ... Der zunehmende Verfall des humanistischen Ideengutes wird durch eine Philosophie offenbar, die mit ihrem Appell an den Mythos und an den Instinkt, an Sendung und Herrenrasse die Klarheit der klassischen Philosophie verhüllt und das Gewissen zum Schweigen bringt."[34] Überzeugend entlarvte er auch die Geschichtsphilosophie Oswald Spenglers als eine der Quellen, aus denen die faschistischen Ideologen die Staatsideologie des Hitlerregimes zusammengezimmert hatten. „Aus der düsteren und menschenfeindlichen Lehre Spenglers gehen die Fäden nicht nur zu Rosenberg, Dinter und Moeller van den Bruck, sondern auch direkt zu dem Machwerk Hitlers ‚Mein Kampf', um heute bei der neuen Krankheit unserer Zeit, beim Existentialismus zu landen."[35]

Gegen die bürgerlichen Freiheitskonzeptionen als Teil der Totalitarismustheorie gewandt, machten die Marxisten deutlich, daß die Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus von der Freiheit des Individuums notwendig die Frage nach den sozialen Voraussetzungen und Grundlagen für diese Freiheit einschließt. Es wurde kein Zweifel daran gelassen, daß der Marxismus die Freiheit des Individuums gerade durch die Überwindung der Freiheit der Ausbeutung anstrebt und zum Zwecke der allseitigen Entwicklung des Menschen als Persönlichkeit und der Schaffung einer wahrhaft menschlichen Gesellschaftsordnung nutzt.

Um der Belebung der reaktionären Traditionen durch die imperialistische Nachkriegsideologie in Deutschland wirkungsvoll zu begegnen und ihren Einfluß auf das Denken breiter Kreise der Bevölkerung weiter zurückzudrängen, verbanden die Marxisten die Auf-[372]deckung der geistigen Quellen der faschistischen Ideologie und die Entlarvung der Versuche, diese zu aktivieren, mit der Verbreitung der Ideen des Marxismus-Leninismus. Hierbei nahm die Darstellung des Verhältnisses der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu den fortschrittlichen geistigen Traditionen einen großen Platz ein. Das war besonders auch deshalb notwendig, weil ein in der deutschen bürgerlichen Intelligenz tief verwurzeltes antikommunistisches Vorurteil in der Ansicht bestand, die marxistische Weltanschauung negiere die klassische bürgerliche Philosophie und Kultur.

Bereits auf der 1. Kulturkonferenz der KPD im Februar 1946 hatte die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse weithin sichtbar gemacht, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht nur die konsequenteste Kämpferin gegen Faschismus und geistige Barbarei ist, sondern zugleich die beste Sachwalterin des progressiven Erbes der deutschen Kultur und Wissenschaft. Sie bekannte sich hier zu einem kämpferischen Humanismus, für den die Übereinstimmung von politischer, ökonomischer und kulturell-geistiger Zielstellung charakteristisch ist und der als geistige Grundlage das gemeinsame Handeln aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte bei der Vernichtung von Faschismus und Imperialismus ermöglichte.[36]

---

[33] Otto Grotewohl, Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Bd. 1: 1945-1949, Berlin 1954, S. 190.
[34] Ebenda, S. 194.
[35] Ebenda, S. 197 f.
[36] Siehe Ackermann, Um die Erneuerung der deutschen Kultur.

Im kämpferischen Humanismus der KPD kam sowohl die Kontinuität aller humanistischen Geistesentwicklung zum Ausdruck als auch der qualitative Unterschied gegenüber den vormarxistischen und modernen bürgerlichen Formen humanistischen Denkens. Dazu bemerkte Anton Ackermann in seiner Rede: „Freilich können wir nicht an der Schwäche des bürgerlichen Humanismus vorübergehen. Sie bestand darin, daß es die rein geistige Bewegung vorwiegend einer dünnen hochgebildeten Schicht war ... Wenn wir vom kämpferischen Humanismus sprechen, so meinen wir damit, die Forderungen dieser Geistesgrößen zu den Forderungen des Volkes zu machen, um die hohen Menschenrechte vom Himmel herunter auf die Erde zu holen. Der Humanismus muß aus einem Traum zur Wirklichkeit werden, das ist unser Ziel!“[37]

Die von Ackermann hervorgehobene tätige, wirklichkeitsverändernde Funktion des kämpferischen Humanismus zeigt sich darin, daß die KPD die kulturell-geistige Erneuerung Deutschlands nicht vom politischen Kampf für eine konsequent demokratische Entwicklung abhob, sondern die humanistischen Ziele im geistig-kulturellen Bereich – Brechung des Bildungsmonopols, freie Entwicklungsmöglichkeiten für alle Werktätigen, Ausmerzung allen faschistischen und militaristischen Gedankenguts aus den Schulen und Kulturinstitutionen, Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und des künstlerischen Schaffens, Pflege des humanistischen Erbes usw. – mit der Forderung nach Beseitigung der sozialökonomischen Ursachen verband, die dem kulturell-geistigen Niedergang Deutschlands zugrunde lagen. Daher erwies sich die 1. Kulturkonferenz der KPD, deren politische Bedeutung weit über den Rahmen einer Kulturtagung hinausging, als richtungweisend für das Verständnis der Beziehung von Marxismus-Leninismus zum geistig-kulturellen Erbe und zur antifaschistisch-demokratischen Kulturrevolution und des Bündnisses aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte in diesem Prozeß.

In Anbetracht der sich verschärfenden antikommunistischen Hetze der imperialistischen Kräfte gegen die antifaschistische und demokratische Entwicklung im Osten Deutschlands, vor allem auch gegen das sich vertiefende Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz, lag der Partei daran, die Beziehung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zum [373] klassischen bürgerlichen Kulturerbe umfassend zu verdeutlichen. In einer Anzahl von Aufsätzen, Reden und Artikeln wurde dieses Verhältnis als ein historisch gewordenes, notwendiges und inneres Verhältnis begründet. Es wurde nachgewiesen, warum und wie die Arbeiterklasse in ihrer Weltanschauung die großen humanistischen Traditionen der deutschen Philosophie, Wissenschaft und Kunst aufbewahrt und zum Wohle des Volkes weiterführt. Unmißverständlich wurden alle Versuche zurückgewiesen, in revisionistischer Weise den qualitativen Unterschied des Marxismus zum bürgerlichen Humanismus zu negieren wie auch in sektiererisch-dogmatischer Weise die Kontinuität beider zu ignorieren.

Der 1. Kulturtag der SED vom Mai 1948 sowie die Arbeiten führender Funktionäre der SED leiteten einen neuen Aufschwung in der weltanschaulichen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie ein. Das fand seinen Ausdruck u. a. in der steigenden Zahl marxistischer Publikationen, vor allem von Artikeln in den Zeitschriften „Einheit“, „Aufbau“, „Neue Welt“ und in der Tagespresse, die die geistigen Quellen der faschistischen Ideologie sowie die sich neu formierende imperialistische Nachkriegsideologie in den westlichen Besatzungszonen zum Gegenstand ihrer Analysen machten.

In Übereinstimmung mit der tatsächlichen revolutionären Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und als Teil dieser Veränderungen trug die konsequente Auseinandersetzung mit dem Faschismus, seinem Wesen und seinen Quellen entscheidend dazu bei, daß dem Faschismus und seiner Ideologie im Osten Deutschlands endgültig und für immer der Boden entzogen wurde und in die Köpfe der Menschen der Geist des Friedens und des Fortschritts, des Humanismus und des Sozialismus einzog.

[375]

[37] Deutsche Volkszeitung, vom 15.2.1946.

Werner Kowalski/Siglinde Thom: Faschismusauffassungen in der Sozialistischen Arbeiterinternationale

Mit der Gründung der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) auf dem Vereinigungskongreß der II. Internationale und der zentristischen Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, der sogenannten 2½. Internationale, der vom 21. bis 25. Mai 1923 in Hamburg stattfand, endete die seit 1921 bestehende Aufsplitterung der reformistischen Arbeiterbewegung in zwei internationalen Zentren. Es bildeten sich auch auf internationaler Ebene endgültig die heute noch bestehenden zwei Hauptrichtungen der Arbeiterbewegung, die kommunistische und die sozialdemokratische, heraus. Zur SAI, der damals zahlenmäßig stärksten politischen Organisation der internationalen Arbeiterbewegung, gehörten die Arbeiterparteien, deren Führung eine reformistische Politik verfolgten. Nach Statistiken, die von der SAI seit 1925 anläßlich ihrer Kongresse herausgegeben wurden, besaßen diese Parteien folgende Mitglieder- und Wählerbasis.

Tabelle 1

Gesamtzahlen der Mitglieder und Wähler der Parteien der SAI (*1925 bis 1931*)

Jahr	Länder	Parteien	Mitglieder	Wählerstimmen
1925	30	40	6.285.415	2.5600.000
1928	32	45	6.637.622	25.204.375
1931	32	45	6.204.112	26.400.689

Quelle: Angaben errechnet nach den Übersichten aus den Protokollen der Kongresse der SAI 1925, 1928 und 1931. Siehe Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, Berlin 1925, S. 231 f.; Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Brüssel, 5. bis 11. August 1928, Zürich 1928, S. IV, 164 f.; Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 25. Juli bis 1. August 1931, Zürich 1932, S. IV, 187 f.

Der Einflußbereich der SAI beschränkte sich auf die kapitalistischen Staaten Europas. Unter den werktätigen Schichten dieser Region besaßen die ihr angeschlossenen Parteien sowie die von diesen beeinflußten reformistischen Gewerkschaften eine Massenbasis. Eine Mitglieder- und Wählerübersicht der SAI für das Jahr 1928, dem Höhepunkt des reformistischen Masseneinflusses, enthält für die stärksten sozialdemokratischen Parteien folgende Angaben (vgl. Tabelle 2).

Auf Grund dieser einflußreichen Rolle im politischen Leben der imperialistischen Staaten Europas sowie der Massenbasis in der Arbeiterklasse und unter anderen werktätigen Schichten war die Einstellung der Sozialdemokratie zum antifaschistischen Kampf von [376] großer, in den meisten dieser Länder von entscheidender Bedeutung. Sie hatte direkte Auswirkungen auf die Bündnispolitik, die Mobilisierung der werktätigen Massen und, soweit es die SAI betraf, auf die Durchführung von internationalen Aktionen der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Von der Bereitschaft der Führer der SAI, die Klasseninteressen der in ihren Reihen organisierten werktätigen Schichten gegenüber dem Faschismus konsequent und entschlossen zu vertreten, hing entscheidend ab, ob der Faschismus mit allen verfügbaren Mitteln und Methoden, einschließlich der Aktionseinheit mit Kommunisten, bekämpft werden konnte. Davon war auch ihre theoretische Befähigung abhängig, den imperialistischen Klassencharakter des Faschismus aufzudecken.

Tabelle 2

Zahlen der Mitglieder und Wähler der Parteien der SAI im Jahre 1928 (*nach Ländern aufgegliedert*)

Länder	Mitglieder	Wählerstimmen	Prozente
Belgien	597.971	820.650	39,4
Bulgarien	30.126	60.000	3,7*
Dänemark	148.492	497.106	37,2
Deutschland	867.671	9.146.165	31,2*
Estland	4.500	119.914	22,9

Länder	Mitglieder	Wählerstimmen	Prozente
Finnland	37.722	257.572	28,3
Frankreich	99.106	1.692.960	16,3*
Großbritannien	3.338.286	5.487.620	34,0
Italien (illegal)			
Lettland	5.000	260.000	33,0
Litauen	2.000	(170.000)	19,2*
Niederlande	52.904	706.704	22,9
Österreich	683.786	1.539.635	42,3
Polen	63.406	1.115.000	15,5*
Schweden	203.338	725.844	40,9
Schweiz	36.072	195.768	25,0
Tschechoslowakei	184.960	1.042.443	15,3*
Ungarn	138.472	126.854	5,7*

* Prozente der Parlamentssitze.

Quelle: Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Brüssel, S. bis 11. August 1928, Zürich 1928, S. IV, 164.

Der Erkenntnisprozeß von Wesen und Funktion des Faschismus war auch in den Reihen der Komintern zum einen von der Entwicklung des Faschismus selbst, zum anderen von den praktischen Erfahrungen der Arbeiterklasse im antifaschistischen Kampf abhängig.[1] Die Komintern war jedoch bereits seit 1921, seitdem sie sich mit dem Faschismus auseinandersetzte, in ihren Dokumenten und Analysen stets vom imperialistischen Klassenwesen des Faschismus ausgegangen. Sie stellte fest, daß unter den Bedingungen der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution angebrochenen neuen Epoche der Siege des Sozialismus und des Niedergangs der kapitalistischen Gesellschaftsformation die Bourgeoisie in einer Reihe von Ländern versuchen wird, ihre Herrschaft mit allen Mitteln des Terrors [377] und der Gewalt zu behaupten. Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung dieser Politik der imperialistischen Reaktion sah sie in der Mobilisierung der werktätigen Massen.

Die Abkehr des Opportunismus vom proletarischen Klassenstandpunkt, die im ersten Weltkrieg und während der revolutionären Nachkriegskrise zu seiner offenen Kollaboration mit der Bourgeoisie geführt hatte, war bestimmend für die Theorieproduktion des in der SAI organisatorisch vereinigten internationalen Reformismus. Die reformistischen Grundthesen von den unbegrenzten Möglichkeiten der Erweiterung der bürgerlichen Demokratie, vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus und von der Klassenindifferenz des Staates beruhten im Kern auf nichtmarxistischen, die historische Entwicklung entstellenden Auffassungen vom Charakter der Epoche und vom Wesen des imperialistischen Stadiums der kapitalistischen Entwicklung.

Reformistische Imperialismusauffassungen, soweit solche überhaupt vertreten wurden, richteten sich vor allem gegen die Erkenntnis W. I. Lenins, daß der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, mit dem Monopol als ökonomischer Grundlage, ein faulender, absterbender Kapitalismus ist und den Vorabend der proletarischen Revolution bedeutet. Die von Lenin aus den ökonomischen Grundlagen abgeleitete Schlußfolgerung, daß der Imperialismus politisch „überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion“ ist,[2] rief bei den Reformisten, die erklärten, die Gewalt aus dem Klassenkampf verbannen zu wollen, direkten Widerspruch hervor. Lenin setzte sich vor allem mit der Imperialismusauffassung von Karl Kautsky auseinander, die – wie er schrieb – „in allen Ländern der Welt von den ‚angesehensten Theoretikern‘, den Führern der II. Internationale (Otto Bauer und Co. in Österreich, Ramsey MacDonald u. a. in England, Albert Thomas in Frankreich usw. usf.) samt einer Unmenge von Sozialisten, Reformisten, Pazifisten, bürgerlichen Demokraten und Pfaffen vertreten wird“.[3]

[1] Siehe K. K. Schirinja/Horst Schumacher, Der Kampf der internationalen Arbeiterbewegung gegen den Faschismus (bis Mitte der 30er Jahre), in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, Linz, 10.-14. 9. 1974, Wien 1976, S. 3 f.

[2] W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 273.

[3] Ebenda, S. 196.

Lenin wandte sich insbesondere gegen den Versuch Kautskys, die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomie zu trennen und gegen dessen These von der „Phase des Ultraimperialismus“, dem nach Ansicht Kautskys eine Phase „der Vereinigung der Imperialismen der ganzen Welt, nicht aber ihres Kampfes, eine Phase der Aufhebung der Kriege unter dem Kapitalismus, eine Phase der ‚gemeinsamen Ausbeutung der Welt durch international verbündete Finanzkapital‘“ eigen ist.[4] Rudolf Hilferding, der nach der Spaltung der Arbeiterbewegung durch den Opportunismus als Wirtschaftsexperte der deutschen Sozialdemokratie galt, hat bei der Ausarbeitung seiner Theorie vom „organisierten Kapitalismus“ Kautskys Methode der Trennung von Politik und Ökonomie des Imperialismus übernommen. Dieser „neue Kapitalismus“ – Hilferding gebrauchte diesen Ausdruck in seiner Rede auf dem Gründungskongreß der SAI – ermöglichte es nach seiner Auffassung der Arbeiterklasse, auf die gewaltsame Enteignung der Klasse der Kapitalisten zu verzichten. Die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft sei, so meinte Hilferding, durch „bewußte Kontrolle der Gesamtheit“ schon im kapitalistischen System zu erreichen, „mit anderen Worten: die Vorzüge der Organisation bleiben bestehen, aber die Fehler des Kapitalismus werden beseitigt“.[5]

[378] Die illusionäre Orientierung der reformistischen Arbeiterbewegung auf den „organisierten Kapitalismus“ als Alternative zur proletarischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats entbehrte jeder tiefen, marxistischen Analyse der Entwicklung des Imperialismus unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Das Modell des „organisierten Kapitalismus“ haben die Parteien der SAI, trotz ihres im Statut verankerten Bekenntnisses zum Klassenkampf und zur Notwendigkeit der „Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische“[6], als Richtschnur ihrer Politik anerkannt. Dem Verzicht auf den proletarischen Klassenkampf in der Praxis folgte der Verzicht auf eine klassenmäßige Analyse des Charakters und des historischen Platzes des Imperialismus durch die reformistischen Arbeiterparteien. Das war die wesentliche erkenntnistheoretische Ursache für das Versagen der reformistischen Führung der SAI bei der Klärung des Klassenwesens des Faschismus. Da die Vertreter des Reformismus den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Imperialismus und Faschismus nicht anerkannten, verbanden sie ihre antifaschistische Haltung nicht mit der antiimperialistischen Zielstellung des proletarischen Klassenkampfes.

Eine weitere Prämisse, die die Faschismusauffassungen in der SAI bestimmte, war die Ersetzung des Grundwiderspruchs der Epoche zwischen Sozialismus und Kapitalismus durch den formalen, mechanistischen Widerspruch zwischen Diktatur und Demokratie. Die Konstruktion eines klassenindifferenten Diktatur-Demokratie-Schemas stellte den Versuch des Reformismus dar, die erfolgreiche Errichtung der Diktatur des Proletariats in Rußland als welthistorische Wende in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft und als Ausgangspunkt für den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu negieren, die Werktätigen in der sozialdemokratischen Bewegung vom tatsächlichen Klassenwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie abzulenken und den revolutionären Klassenkampf für den Sozialismus durch den „ Kampf“ um eine fiktive „reine Demokratie“ zu ersetzen. Der Begriff „Demokratie“ wurde dabei vom Reformismus mit dem bürgerlich-parlamentarischen System der imperialistischen Staaten gleichgesetzt, während der Begriff „Diktatur“ ursprünglich nur zur Charakterisierung der in Rußland errichteten Diktatur des Proletariats diente und damit zugleich das Hauptargument für die Begründung des reformistischen Antisowjetismus und Antikommunismus lieferte. Nach der Errichtung der ersten faschistischen und halbfaschistischen Herrschaftssysteme Anfang der 20er Jahre stellten führende Vertreter der Sozialdemokratie den Faschismus und die Diktatur des Proletariats auf eine Stufe und riefen zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen eine Bedrohung nicht nur von rechts, sondern auch von links, von seiten der Kommunisten, auf. Diese Auffassung bildete die Grundlage der Totalitarismusdoktrin, die in der SAI von rechtssozialdemokratischen Führern zur vorherrschenden Faschismusauffassung entwickelt wurde.

[4] Ebenda, S. 275.
[5] Protokoll des Ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923, S. 58 f.
[6] Ebenda, Anhang, S. 2.

Unabhängig von der Interessengemeinschaft mit dem Imperialismus, die den Vertretern des Opportunismus bei der klassenmäßigen Analyse des Faschismus erkenntnistheoretische Grenzen zog, erwies sich der Faschismus als der schlimmste, gefährlichste und unversöhnlichste Feind auch der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Aus diesem Grunde waren alle Richtungen der Arbeiterbewegung an der Abwehr des Faschismus oder, wo er die Macht ergriffen hatte, an dessen Sturz objektiv interessiert. Auch in den Führungsgremien der SAI fanden sich während ihrer gesamten Existenz Wortführer, die den gemeinsamen Interessen aller werktätigen Schichten im antifaschistischen Kampf Rechnung [379] trugen. Nach der Machtergreifung des deutschen Faschismus konnten sich diese Kräfte auf eine Massenbasis in der sozialdemokratischen Bewegung stützen. Der antifaschistische Kampf verschärfte in der SAI den Klassenwiderspruch zwischen den Vertretern einer opportunistischen Politik im Interesse des imperialistischen Systems und denen einer antiimperialistischen Politik im Interesse der werktätigen Massen.

Der Gründungskongreß der SAI fand in einer Zeit statt, in der die revolutionäre Arbeiterbewegung in den meisten imperialistischen Ländern zeitweilig eine Niederlage erlitten hatte und die Bourgeoisie dazu übergegangen war, ihre Macht mit allen Mitteln, auch durch die Errichtung militaristischer und faschistischer Regime, zu festigen und auszubauen. Die Führer der internationalen Sozialdemokratie sahen sich mit dieser Entwicklung und den daraus resultierenden Gefahren konfrontiert. In einem Aufruf „An die sozialistischen Arbeiter aller Länder“, den ein gemeinsames Organisationskomitee der Exekutiven der II. Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien in Vorbereitung des Vereinigungskongresses am 5./6. Januar 1923 einstimmig verabschiedete, wurde die neue Situation in der internationalen Klassenauseinandersetzung folgendermaßen eingeschätzt: „Sowohl auf politischem wie auf ökonomischem Gebiet verstärkt die Reaktion von Tag zu Tag ihre Angriffe. Die allgemeine Offensive der Bourgeoisie findet ihren ausgeprägtesten Ausdruck in dem blutigen Horthyregime in Ungarn, dem siegreichen Faschismus in Italien und dem Hakenkreuzlertum in Deutschland, aber sie ist in allen Ländern entfesselt.“[7] Die Vertreter des Vorbereitungskomitees leiteten daraus für den Kampf des Proletariats die Aufgabe ab, in dieser Situation „alle seine Kräfte zu konzentrieren, um den reaktionären Umtrieben der Bourgeoisie eine gefestigte und kampffähige Abwehrfront entgegenzustellen“.[8]

Unter dem Einfluß der internationalen Offensive der Bourgeoisie haben sich die Führer der internationalen Sozialdemokratie auf dem Gründungskongreß der SAI ausführlicher als auf den nachfolgenden Kongressen in Marseille 1925 und Brüssel 1928 mit dem Problem des Faschismus befaßt. Die Annäherung der beiden internationalen Zentren des Reformismus, die schließlich zur Gründung der SAI führte, erfolgte jedoch in einer angeheizten Atmosphäre des Antisowjetismus und Antikommunismus. Otto Wels, Vorsitzender der SPD, bezeichnete daher in seiner Eröffnungsrede als Ziel der zu gründenden SAI nicht nur die „Niederkämpfung der Weltreaktion“, sondern sah in ihr gleichzeitig eine Dammbildung gegen „die Schlammwelle der kommunistischen Bewegung“.[9] Diese unvereinbarenden Widersprüche in der Zielsetzung prägten auch die Beratungen, die auf dem Hamburger Kongreß zum Tagesordnungspunkt „Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion“ geführt wurden. Otto Bauer, Vertreter der 2½. Internationale, hob in seinem Referat zu diesem Tagesordnungspunkt mit Nachdruck hervor: „Die Reaktion ist heute international auf dem Vormarsch. Es gibt auf diesem Kongreß gewiß keine Delegation, die nicht gedrängt wäre, Klage zu erheben über die Reaktion in ihre eigenen Lande.“[10] Daraus leitete er für den Kongreß als wichtigste Aufgabenstellung ab, „aus all den reaktionären Erscheinungen diejenigen herauszuheben, die, international betrachtet, die wichtigsten sind, sie hier zu erkennen, festzustellen, uns über ihre Natur klar zu werden und gegen die entscheidenden Machtpositionen der Reaktion die Kräfte des gesamten internationalen Proletariats zu konzentrieren“.[11]

[7] Ebenda, S. 4.
[8] Ebenda.
[9] Ebenda, S. 15.
[10] Ebenda, S. 22.
[11] Ebenda.

[380] Im Gegensatz zu den Vertretern der marxistisch-leninistischen Theorie, die die verstärkten Tendenzen nach Reaktion und Gewalt aus dem Streben der Monopole nach uneingeschränkter ökonomischer und politischer Herrschaft erklärten, sahen die Führer der SAI die Hauptursache für die verstärkten Tendenzen nach Reaktion und Gewalt in jener Zeit vor allem in den Nachwirkungen des imperialistischen Weltkrieges. „Der Krieg hat in aller Welt", heißt es in der Resolution des Hamburger Kongresses, „als eine seiner verhängnisvollsten Wirkungen die Neigung hinterlassen, politische und wirtschaftliche Fragen mit Gewalt auszutragen."[12] In diesem Sinne definierte Bauer auf dem Hamburger Kongreß den Faschismus in Italien und die Diktatur Horthys in Ungarn als „gewaltgläubige, gewalttrunkene, waffenstrotzende Prätorianergarde"[13], und Wels nannte als die aktiven Kräfte der deutschen Gegenrevolution „geborene Landsknechtnaturen" und die „untergehenden Mittelklassen, die verzweifelt mit dem Elend ringen und daher zu jedem Abenteuer bereit sind". Die faschistische Bewegung in Deutschland bezeichnete er als „Unfug des geheimen Bandenwesens".[14]

Von dieser Position aus, von der lediglich Folgeerscheinungen des imperialistischen Weltkrieges aufgezeigt werden konnten, kam man wohl zur Anerkennung eines gewissen Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Faschismus, ohne daß damit aber der imperialistische Klassencharakter des Faschismus und dessen Existenzbedingungen in der neuen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erfaßt wurden. Grundsätzlich vertraten viele Vertreter des Reformismus von Anfang an die Ansicht, daß der Faschismus eine autonome, von der Klasse der Bourgeoisie relativ unabhängige, jedoch für ihre Klasseninteressen benutzte politische Kraft darstellte. Die These von der Eigenständigkeit der faschistischen Diktatur fand ihre stärkste Ausprägung in jener Theorie, die den Faschismus als Diktatur des Kleinbürgertums kennzeichnete. Diese Theorie, bereits auf dem Hamburger Kongreß vorgetragen, bestimmte in den folgenden Jahren, vor allem während der Weltwirtschaftskrise, die mit der wachsenden Gefahr des Faschismus in Deutschland verbunden war, wesentlich die Faschismusauffassungen der Sozialdemokratie.

Während noch im Referat Bauers der Kampf gegen die internationale Reaktion im Vordergrund stand und er die Arbeiterklasse vor den Gefahren einer konterrevolutionären Intervention in Sowjetrußland warnte, dominierten bei Rafael Abramovič, dem Referenten der II. Internationale zum Tagesordnungspunkt „Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion", die Grundthesen der Totalitarismusdoktrin. Abramovič verleumdete die UdSSR als ein „System der Diktatur und der Despotie", das angeblich „eine Gefahr für Demokratie und Freiheit der ganzen Welt ist".[15]

Auf dem Hamburger Kongreß der SAI nahm die Totalitarismusdoktrin in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus in mehrfacher Hinsicht bereits eine Schlüsselstellung ein. Diese Doktrin, die die liberal-bürgerlichen und die sozialdemokratischen Positionen, die in Feindschaft sowohl zum Faschismus als auch zum realen Sozialismus in der UdSSR standen, theoretisch untermauern sollte, hat in der SAI alle anderen reformistischen Faschismusauffassungen überlagert und beeinflußt. Eng mit der Verleumdung der siegreichen proletarischen Revolution in Rußland und der niedergeschlagenen revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse in anderen Ländern Europas, wie z. B. in Ungarn und Italien, [381] war die Auffassung verbunden, daß der Kommunismus und die von den kommunistischen Parteien geführten revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse die faschistische Reaktion erst provoziert hätten und damit letztendlich in gleichem Maße wie die imperialistische Reaktion für die Errichtung faschistischer Diktaturen in Italien und Ungarn verantwortlich wären.

Karl Kautsky hatte in einer Schrift, die noch vor der Gründung der SAI erschien, die Stichwörter für solche Verleumdungen formuliert: „Nur in höchst rückständigen Gegenden, wo es den politischen Analphabeten unter kommunistischer Führung gelang, auch die geschulten Teile der Arbeiterklasse mit sich zu sinnlosem Tun fortzureißen, finden wir eine wahrhafte Gegenrevolution, wie in Ungarn. Wie in allen Dingen, ist auch hier Rußland völlig eigenartig. Da seine Revolution noch im wesentlichen eine

[12] Ebenda, Anhang, S. II.
[13] Ebenda, S. 26.
[14] Ebenda, S. 75.
[15] Ebenda, S. 37.

bürgerliche, folgt es auch dem ‚Entwicklungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft' und läßt auf das ‚Übermaß revolutionärer Tätigkeit' die unvermeidliche Reaktion folgen, die ihrerseits weit übers Ziel hinausschießt."[16] Sigmund Kunfi, der auf dem Hamburger Kongreß als Vertreter der Sozialdemokraten Ungarns sprach, argumentierte ähnlich: „Aber noch eine andere Kraft hat dazu geführt, daß das Proletariat so entsetzliche Niederlagen erlitten hat, das ist das Beispiel des russischen Kommunismus, die Übertragung bolschewistischer Methoden auf Mittel- und Westeuropa. Hätte man nicht diese verhängnisvollen Methoden eingeschlagen, dann hätte weder in Italien noch in Ungarn die brutale Konterrevolution ihre Herrschaft aufrichten können."[17] Die gleiche Position vertrat Wels für Deutschland, wenn er den „Moskauer Kommunismus" und den „Pariser Militarismus" als Helfer der deutsch Reaktion bezeichnete.[18]

Die Totalitarismusdoktrin diente der SAI als theoretische Begründung für den Antikommunismus und als Rechtfertigung für die Ablehnung der Aktionseinheit mit den Kommunisten und erwies sich als das größte Hindernis für eine wissenschaftliche Analyse des Faschismus. Nicht in der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, sondern in der „Aufklärung der öffentlichen Meinung der Welt" über die faschistische Reaktion sahen die Delegierten des Gründungskongresses der SAI „eine äußerst wirkungsvolle Waffe"[19] im antifaschistischen Kampf.

In dem Maße, wie sich die Mitarbeit von reformistischen Politikern im bürgerlichen Staatsapparat in der Zeit der relativen Stabilisierung ausweitete und der Reformismus zur Propagierung der angeblich stabilen Entwicklungsperspektiven des Kapitalismus überging, entfalteten sich die Theorien von der Notwendigkeit der Klassenzusammenarbeit zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Wurde auf dem Hamburger Kongreß der SAI noch im Zusammenhang mit der internationalen kapitalistischen Reaktion über den Faschismus diskutiert, rückten die Probleme des Faschismus in den folgenden Jahren immer mehr an den Rand der Diskussionen, wurde er in zunehmendem Maße als eine Ausnahmeerscheinung für Italien und für wirtschaftlich und politisch rückständige Länder des Balkangebietes betrachtet.

Unter diesem Gesichtspunkt wurden von der SAI in der Zeit vom 11. bis 13. März 1924 und vom 12. bis 14. Juni 1925 zwei Balkan-Konferenzen veranstaltet. Während die Komintern aus dem antifaschistischen Volksaufstand gegen die militär-faschistische Diktatur [382] in Bulgarien vom September 1923 die Lehren zog, daß verschiedene Schichten der Bevölkerung auf Grund gemeinsamer Interessen im Kampf gegen den Faschismus zu einer einheitlichen Front zusammengeschlossen werden müßten, beschränkte sich in der SAI die Diskussion im wesentlichen auf eine Verurteilung politischer Gewaltakte in Bulgarien, ja sie charakterisierte sogar die von der BKP unterstützte Regierung des Bulgarischen Bauernvolksbundes unter Stambolijski als „Willkürdiktatur des kleineren Teils des Bauerntums"[20], rechtfertigte dagegen den Eintritt von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens in die Regierung unter Cankov, die durch einen faschistischen Militärputsch gegen die Regierung des Bauernvolksbundes an die Macht kam.

Völlig unfruchtbar für neue, weiterführende Einschätzungen des Faschismus verliefen die Diskussionen auf dem Zweiten Kongreß der SAI, der 1925 in Marseille abgehalten wurde. In den Beschlüssen des Kongresses fand das Problem des Faschismus mit keiner Silbe Erwähnung. Als Spiegelbild der Ergebnisse, zu denen die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie bei der Analyse des Faschismus in den 20er Jahren gekommen waren, kann die Broschüre „Der Faschismus in Europa – Eine Übersicht", herausgegeben von Julius Deutsch im Auftrag der Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus, gelten.[21]

---

[16] Karl Kautsky, Die proletarische Revolution, Berlin/Stuttgart 1922, S. 98.
[17] Protokoll des Ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, S. 73.
[18] Siehe ebenda, S. 76.
[19] Ebenda, Anhang, S. 13.
[20] Bulletin der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, London, Jg. 1, 2/1924, S. 1 f.
[21] Die Kommission war 1926 in Wien auf Initiative des Republikanischen Schutzbundes in Österreich gegründet worden. Ihr hatten sich eine Reihe gleichartiger Verbände der sozialdemokratischen Parteien anderer europäischer Länder angeschlossen.

Die Kommission tagte 1926, 1927 und gleichzeitig mit dem Dritten Kongreß der SAI in Brüssel 1928. Anläßlich dieser Tagung war die erwähnte Broschüre erarbeitet worden. Sie enthält 16 Berichte über die faschistische Bewegung in europäischen Ländern. Diese wie auch das von Deutsch verfaßte Vorwort offenbarten das ganze Ausmaß der Misere der theoretischen Auseinandersetzungen des Reformismus mit dem Faschismus. Deutsch, Vorsitzender der Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus, hob darin verallgemeinernd hervor: „Diese Berichte ergaben ein anschauliches Bild der Tatsache, daß der Faschismus eine internationale Erscheinung geworden ist. Nicht ein zufälliges Zusammentreffen bestimmter Umstände, sondern die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung führte die bürgerlich-kapitalistische Politik in vielen Ländern zu Methoden der Gewaltanwendung, die man unter dem Namen ‚Faschismus' zusammenzufassen pflegt. Freilich werden da oft sehr verschiedenartige Dinge so bezeichnet. Nachdem aber eine scharfe Begriffsabgrenzung gegenüber der verwirrenden Fülle der Erscheinungen vorerst nicht gelingen kann, lassen wir es für die Zwecke der Berichterstattung bei dem allgemein üblich gewordenen Namen."[22] Der Faschismus wurde, insofern faschistische Tendenzen und Bewegungen in fast allen kapitalistischen Ländern Europas registriert wurden, als eine internationale Erscheinung gewertet. Allgemein wurde auch die dringende Notwendigkeit betont, daß „die organisierte Arbeiterklasse für die demokratische Regierungsform mit allen Kräften einstehen" müßte.[23]

Die Berichterstatter der Kommission vermochten sich jedoch nicht der entscheidenden theoretischen Erkenntnis zu nähern, im Faschismus einen Ausdruck des antidemokratischen, reaktionären und aggressiven Wesens der imperialistischen Großbourgeoisie zu sehen. Der Faschismus galt ihnen, je nach der Entwicklungsstufe des Kapitalismus, entweder, wie in den Ländern des Balkans und Osteuropas, als eine „eigentliche vordemokratische Herrschaftsform" oder bedeutete „in fortgeschrittenen Ländern, wie etwa Deutsch-[383]land und Österreich, daß hier das Proletariat von seinem demokratischen Rechte einen so guten Gebrauch zu machen wußte, daß die besitzenden Klassen von der Demokratie genug bekommen haben".[24] Für die west- und nordeuropäischen Demokratien, insbesondere für Großbritannien und Frankreich, Dänemark, Schweden und Norwegen, wurde festgestellt, daß dort der „Faschismus keine Bedeutung erlangt hat".[25]

Insofern bestätigten die Berichterstatter der Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus voll und ganz die Grundaussage des Dritten Kongresses der SAI, die ihr Präsident, Émile Vandervelde, drastisch so formulierte: „Wenn man ohne Rücksicht auf die politischen Grenzen eine Linie von Kowno über Krakau und Florenz nach Bilbao zieht, steht man vor zwei verschiedenen Erdteilen Europas: der eine, wo die Pferdekraft herrscht, der andere, wo das wirkliche Pferd gebietet. Eines, wo es Parlamente gibt, das andere, wo Diktatoren an der Macht sind."[26]

Auf dem Dritten Kongreß der SAI, der vom 5. bis 11. August 1928 in Brüssel stattfand, war insbesondere in Reaktion auf Einschätzungen des VI. Weltkongresses der Komintern zur internationalen Situation und zum Anwachsen der faschistischen Gefahr erneut die Diskussion über Probleme des Faschismus aufgenommen worden. Der gesamte Kongreß stand im Zeichen der reformistischen Illusion vom „organisierten Kapitalismus". Allein durch die Bereitschaft, ihre Interessen mit denen des bestehenden Systems zu identifizieren, nahmen sich die Führer des internationalen Reformismus jede Möglichkeit, zu weiterführenden Erkenntnissen in der Faschismusanalyse zu gelangen. Auf keinem anderen Kongreß der SAI war die Totalitarismusdoktrin, die verleumderische Gleichsetzung der Diktatur des Proletariats in der UdSSR mit dem Faschismus, so massiv vorgetragen worden. Schon bei der Eröffnung der Diskussion zum Tagesordnungspunkt „Die weltpolitische Lage und die internationale Arbeiterbewegung" erklärte der Menschewik Abramovič, der zusammen mit Filippo Turati, Vertreter der italienischen Sozialdemokratie, der Versammlung präsidierte: „Die Tatsache, daß der heutige Vorsitz von Italienern und Russen geführt wird, hat symbolische Bedeutung. Wir sind Vertreter von Ländern, in

[22] Der Faschismus in Europa – Eine Übersicht, hrsg. von Julius Deutsch, Brüssel 1928, S. 3.
[23] Ebenda, S. 5.
[24] Ebenda.
[25] Ebenda, S. 64 f.
[26] Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, S. VII, 22.

denen die Demokratie vernichtet ist. Wir alle kommen aus Ländern, wo das Proletariat und die breiten Volksmassen entrechtet sind durch eine Diktatur. Die einen durch eine Diktatur, die die heiligen Güter der Nation und nicht minder die heiligen Güter des Eigentums des Kapitalismus vor dem Ansturm des Proletariats schützen will, die anderen durch eine Diktatur, die das Proletariat mit Spaltung und Terror, Unterdrückung und eiserner Faust einer Weltrevolution entgegenführen möchte ... Und so bedeuten diese beiden Diktaturen für die Vorwärtsbewegung des Proletariats eine Gefahr, gegen die mit aller Energie und Kraft anzukämpfen die Pflicht des Weltproletariats ist. Dadurch, daß man heute dieses Präsidium eingesetzt hat, bezeugt der Kongreß, daß er sich dieser Gefahr und Pflicht bewußt ist.“[27]

Turati, der als erster zur Diskussion sprach, stellte die Behauptung auf: „Der Faszismus ist der Plagiator des Bolschewismus, aber er ist nicht nur ein verkehrter Bolschewismus, sondern er ist das Wesen des Bolschewismus selbst, der den Kommunisten hilft, indem er sie zu bekämpfen scheint. Denn ihre gemeinsame Losung ist: entweder Faszismus oder Bolschewismus.“[28] Mit Ausnahme der Vertreter der britischen Independent Labour [384] Party leisteten alle weiteren Diskussionsredner, wie Theodor Dan, Mieczysław Niedziałkowski, Sigmund Kunfi und Vincent Auriol, ihren Beitrag zur Totalitarismusdoktrin. Ausgehend von ihren Einschätzungen beschloß der Kongreß eine Manifestation „An die Arbeiter der ganzen Welt“, in der es im Sinne der Totalitarismusdoktrin hieß: „Mit aller Kraft erheben wir uns gegen die Diktatur einer Sekte oder eines Mannes, welche Gestalt immer diese Diktatur annehme.“[29]

Die italienische Delegation, die aus einem Land kam, wo der Faschismus seit Jahren an der Macht war, legte dem Brüsseler Kongreß ein „Referat über den Faschismus“ vor. Darin sollten die jahrelangen Erfahrungen der italienischen Arbeiterbewegung mit dem faschistischen Terrorsystem zusammengefaßt werden, um „das Wesen des Faschismus in seiner Tiefe zu erfassen“.[30] Die Verfasser zeigten sich unfähig, das gestellte Ziel zu erreichen. Sie definierten den Faschismus „als eine persönliche Diktatur im Dienste der Bourgeoisie gegen das Proletariat“ und verbanden damit folgende Frage: „Aber hat der Faschismus wirklich das, was die Bourgeoisie sich von ihm erwartet hat, voll erfüllt? Ist der Faschismus wirklich in seinem Wesen ganz mit der Klasse zu identifizieren, die ihn hervorgerufen hat? Oder sind wir nicht vielmehr Zeugen eines fortlaufenden Prozesses von Trennungen, von Abspaltungen des neuen politischen Organismus von der ursprünglichen Zelle?“[31] Sie kamen zu der Schlußfolgerung, der Faschismus sei „auch der Bourgeoisie wesensfremd“.[32] „Die Bourgeoisie, die den Faschismus in seinem Kampf gegen das Proletariat und gegen die Demokratie unterstützt hat, entfernt sich heute von ihm und trachtet, sich dem Proletariat zu nähern, um zusammen mit ihm die Legitimität der Demokratie wieder herzustellen. Wie Marx sagt, ist die politische Form, die den Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft am besten entspricht, ohne Zweifel die demokratische Form.“[33] Damit wurde die Auffassung vertreten, daß der Faschismus sich im Laufe seiner Entwicklung zunehmend verselbständige und seine Diktatur sowohl gegen das Proletariat als auch gegen die Interessen der Bourgeoisie richte. Davon ausgehend wurde der Faschismus, ungeachtet der völlig unterschiedlichen historischen Situation, von den Verfassern des Referats mit dem französischen Bonapartismus des 19. Jahrhunderts verglichen.

Das Stichwort für die daraus abgeleitete Faschismus-Bonapartismus-Theorie gab in der SAI der Italiener Guiseppe Emanuele Modigliani, der auf deren Hamburger Kongreß 1923 darlegte, „daß der Faschismus heute in Italien nichts anderes ist, als seinerzeit der Bonapartismus in Frankreich“.[34] Als

[27] Ebenda, S. VI, 48.
[28] Ebenda, S. VII, 49.
[29] Ebenda, S. IX, 6.
[30] Referat über den Faschismus, Brüssel 1928, S. 1.
[31] Ebenda, S. 7.
[32] Ebenda, S. 8.
[33] Ebenda, S. 9.
[34] Protokoll des Ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, S. 39.

Grundlage für die Bonapartismustheorie kann die Theorie Bauers vom „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ gelten.[35] Mit dieser Theorie unternahm Bauer den Versuch, die gescheiterte Koalitionspolitik der österreichischen Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien Anfang der 20er Jahre zu rechtfertigen. Ausgehend von den positivistischen Positionen Machs übertrug Bauer selektiv Einschätzungen von Marx und Engels über den Verlauf der bürgerlichen Revolution von 1848 und zum Bonapartismus in Frankreich auf die Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Unberücksichtigt ließ er dabei grundlegende Erkenntnisse des historischen Materialismus, vor allem der marxistischen Staatstheorie und deren Anwendung auf die imperialistische Etappe [385] des Kapitalismus. Bauers Theorie bedeutete in der Konsequenz eine Trennung der politischen Herrschaft des Faschismus von der ökonomischen Basis und damit eine Verschleierung des Klassencharakters. Neben der Totalitarismusdoktrin und der Mittelstandstheorie bildete die Bonapartismustheorie eine der tragenden Faschismusauffassungen, die in der SAI von reformistischen Führern vertreten wurde. Durch deren marxistische Drapierung war sie eine spezifische Ausdrucksform reformistischer Gesellschaftsanalysen.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise brachte das gesamte Gebäude reformistischer Theorien, wie sie unter den Bedingungen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus formuliert worden waren, ins Wanken. Eng mit den Illusionen über die sicheren, krisenfreien Entwicklungsperspektiven des Kapitalismus und die Möglichkeiten des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus waren die Einschätzungen verbunden gewesen, daß sich der Faschismus nur in wirtschaftlich und politisch rückständigen Ländern durchsetzen könne. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise verstärkten sich die faschistischen Tendenzen jedoch in ganz Europa, und vor allem in Deutschland wurde der Faschismus unübersehbar zu einer Gefahr. Im Bericht des Sekretariats der SAI an den 4. Kongreß, der vom 25. Juli bis 1. August 1931 in Wien stattfand, mußte die Einschätzung getroffen werden, daß der „Faschismus die Grenze überschritten (hat), die ihm noch vor wenigen Jahren durch die Entfaltung der modernen Technik gezogen schien“.[36]

Solche Korrekturen wurden jedoch nur insoweit vorgenommen, wie der Vorstoß der faschistischen Reaktion bereits vollendete Tatsachen geschaffen hatte. Es verbanden sich damit keine prinzipiell neuen Einschätzungen über den Klassencharakter des Faschismus und dessen internationale Erscheinungsform. Für die Analyse des Faschismus und der mit ihm verbundenen Gefahren für die Arbeiterklasse und alle anderen demokratischen Kräfte, wie sie sich unter den veränderten Bedingungen der Weltwirtschaftskrise und des Klassenkampfes Anfang der 30er Jahre ergaben, rückte die Einschätzung der Entwicklung der Massenbasis des Faschismus in den Vordergrund.

Auch die SAI befaßte sich mit diesem Aspekt. So wurde auf deren Wiener Kongreß die verstärkte Gefahr des Faschismus in Deutschland vor allem aus den sozialen und ökonomischen Wirkungen, die die Weltwirtschaftskrise auf die Mittelschichten ausübte, abgeleitet. Damit wurden Theorien über den Faschismus als eine dem Klassenwesen nach kleinbürgerliche Bewegung, die schon zuvor verschiedentlich in den Reihen der SAI vertreten worden waren, aufgegriffen und auf die spezifische internationale Situation während der Weltwirtschaftskrise angewandt. Der Bericht an den Kongreß traf die Feststellung, daß der „Vormarsch der faschistischen Gefahr in seinem Wesen verknüpft (ist) mit den ökonomischen Prozessen, die die Mittelschichten der Gesellschaft in eine – durch die faschistische Propaganda verfälschte – Frontstellung gegen den Kapitalismus, große Teile der Bauernschaft in schwere Notlage gebracht und viele Arbeitslose mit Hoffnungslosigkeit erfüllt haben“.[37]

Auf der gleichen Ebene lag der Versuch einiger reformistischer Führer, die Gründe für die Krise des bürgerlich-parlamentarischen Systems auf das politische Unvermögen der „in Not versinkenden Mittelschichten“ und der „ungeschulten unorganisierten Arbeiter“ zu reduzieren. Überhitzten Nationalismus

[35] Mit der Faschismustheorie Otto Bauers beschäftigen sich ausführlich L. Hornik, Zur Faschismustheorie Otto Bauers, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, S. 143 ff.; G. Botz, Genesis und Inhalt der Faschismustheorien Otto Bauers, in: International Review of Social History, 1974, S. 28 ff.
[36] Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, S. I, 3; siehe auch S. VI, 92 u. S. VII, 4.
[37] Ebenda, S. I, 3 f.

und Verständnislosigkeit für den Wert der Demokratie und des parlamentarischen Systems wurden als Ursachen für den Ruf dieser Kräfte nach einem Diktator angesehen.[38]

[386] Die Tatsache, daß der Reformismus bei der Klassenanalyse des Faschismus im wesentlichen der Mittelstandstheorie verhaftet blieb, war Ausdruck einer gefährlichen Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Für den Sozialreformismus war das Ausmaß dieser Gefahr nicht bestimmt von der Intensität des Strebens der Kräfte des imperialistischen Finanzkapitals, seine reaktionären Ziele mit Hilfe einer faschistischen Diktatur zu verwirklichen, sondern von der Stärke und dem Einfluß der faschistischen Parteien in den einzelnen Ländern Europas, vor allem in Deutschland.

Die Mittel zur Bekämpfung des Faschismus wurden auf dem Wiener Kongreß der SAI vor allem aus der Beantwortung der Frage abgeleitet, wie die Auswirkungen der Krise auf die Mittelschichten gemildert und wie die faschistische Bewegung von der politischen Macht ferngehalten werden könnten. Die SAI schlug auf ihrem Wiener Kongreß aus diesem Grunde dem ausländischen Kapital eine „großzügige internationale Kreditaktion“[39] für die deutsche Wirtschaft vor und billigte auch, ungeachtet vereinzelter Proteste, die Tolerierungspolitik der SPD. Die Mittelstandstheorie verschaffte den Vertretern der SAI den Vorwand, in den bürgerlichen Parteien die geeigneten Bündnis- und Koalitionspartner im Kampf gegen den Faschismus zu sehen. International hoffte man auf eine „bewußte Aktion der Regierungen“[40], die nach den Worten von Vandervelde selbst zu der Einsicht genötigt seien, „daß die Wirtschaftskatastrophe in Deutschland und in Mitteleuropa wirklich die Katastrophe Europas und der ganzen Welt wäre. Daher die Beschlüsse von Lausanne. Daher die Pläne, die überall für die kommende Wirtschaftskonferenz ausgearbeitet werden.“[41] Für den Kampf gegen die faschistische Gefahr in Deutschland galt „inmitten der vollkommenen Zersetzung der Mittelparteien ... der Zentrumsturm und die Eiserne Front der Arbeiterklasse“[42] als Bollwerk gegen den Faschismus. Eine Aktionseinheit mit der kommunistischen Bewegung und die Orientierung auf die antifaschistische Einheit der Arbeiterklasse wurde dagegen, gestützt auf die nach wie vor vertretene Totalitarismusdoktrin, strikt abgelehnt.

Der in Deutschland 1933 an die Macht gebrachte Faschismus, der sich mit ungezügeltem konterrevolutionärem Terror zuerst gegen die Arbeiterbewegung wandte, der seine Aggressionsabsichten gegenüber anderen Völkern, insbesondere gegenüber denen der UdSSR, offen erklärte, enthüllte klarer als früher errichtete faschistische Regimes den wahren Klassencharakter des Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals. Die Machtübergabe an den Faschismus in Deutschland 1933 mußte auch für die Führer der SAI angesichts dessen, daß eine ihrer einflußreichsten Parteien, die SPD, wenig später vernichtet wurde, während andere ihrer Parteien durch die internationale Offensive des Faschismus ernsthaft gefährdet waren, zum Anstoß werden, alle ihre bisherigen Auffassungen von Faschismus, einschließlich der Methoden und Mittel seiner Bekämpfung und Überwindung, zu überdenken.

Die Auseinandersetzungen über diese Probleme wurden 1933 in den Parteien der SAI außerordentlich heftig geführt. Das widerspiegelte sich auch auf der Konferenz der SAI vom 21. bis 22. August 1933 in Paris. Angekündigt wurde diese als Forum einer Generaldebatte, als „entscheidende Wende“ im Kampf der SAI gegen den Faschismus. Oskar Pol-[387]lak schrieb im „Kampf“: „Die SAI beabsichtigt, die drei großen Probleme der Gegenwart: das Verhalten der sozialistischen Parteien im Falle eines Krieges, die Wege zur Machteroberung und die Frage der Einigung des Weltproletariats auf die Tagesordnung einer internationalen Konferenz zu setzen.“[43] Tatsächlich stand auf der Tagesordnung in Paris als einziger Punkt die „Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit der faschistischen Reaktion“.

---

[38] Siehe Karl Kautsky, Einige Ursachen und Wirkungen des deutschen Nationalsozialismus, in: Der [386] Kampf, 6/1933, S. 242; F. Brügel, Nationalsozialistische Ideologie, in: Der Kampf, 3/1931, S. 117.
[39] Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, S. VI, 94.
[40] Ebenda.
[41] Internationale Information für Pressezwecke, 33/1932, S. 468.
[42] Ebenda, 25/1932, S. 372.
[43] O. Pollak, Was tun?, in: Der Kampf, 2/1933, S. 44.

An der für die Orientierung der SAI im antifaschistischen Kampf wichtigen Konferenz beteiligten sich die Vertreter von sozialdemokratischen Parteien aus 27 Ländern, vorwiegend Europas, sowie von sechs eingeladenen internationalen Organisationen, darunter des Internationalen Gewerkschaftsbundes (1GB). Friedrich Adler, der Sekretär der SAI appellierte in seiner Eröffnungsansprache an die Konferenzteilnehmer, die Arbeiterklasse auch theoretisch für den antifaschistischen Kampf auszurüsten: „Und deshalb, Genossen, müssen wir nicht nur von dieser Konferenz zum aktiven Kampf gegen den Faschismus aufrufen, sondern diese Konferenz muß geistiges Rüstzeug für die Arbeiter aller Länder bringen, um in diesem Kampfe gegen den Faschismus siegreich fortzuschreiten.“[44] Gleichzeitig bezweifelte Adler, daß die Parteien der SAI eine einheitliche Plattform im Kampf gegen den Faschismus finden würden. Ausdrücklich zog er die Parallele zum Gründungskongreß der SAI von 1923, wo diese, wie 1933 im Kampf gegen den Faschismus, auch schon außerstande gewesen war, ein von allen Parteien anerkanntes Programm zu formulieren.[45]

Auf der Pariser Konferenz wurde wohl von einzelnen Vertretern verschiedener Parteien, so z. B. aus Frankreich, Italien, Polen, Belgien, Estland und den USA, aber auch aus Österreich und Deutschland, nach neuen Ansatzpunkten für die Einschätzung des Faschismus gesucht. Auf dieser Plenarberatung trat sogar eine linkssozialdemokratische Opposition mit einer eigenen Plattform hervor. Aber von der Mehrheit wurden dort nach wie vor die alten, untauglichen Faschismustheorien des Reformismus vorgetragen. Der Vorsitzende der SPD, Wels, an dessen Beitrag die Konferenz besonders große Erwartungen knüpfte, zitierte nach der vernichtenden Niederlage seiner Partei seitenlang aus einer Rede, die er auf dem Hamburger Kongreß 1923 über den Faschismus in Deutschland gehalten hatte. Im Mittelpunkt dieser Zitate standen die antikommunistische Totalitarismusdoktrin, sodann die Ansicht, daß die kleinbürgerliche soziale Massenbasis auch das Wesen des Faschismus ausmache, sowie die Behauptung, der Aufstieg des Faschismus in Deutschland sei in erster Linie durch die Folgeerscheinungen des ersten Weltkrieges, vor allem durch das Deutschland auferlegte Versailler Vertragssystem verursacht. Wels gab sich fest davon überzeugt, daß seine Analyse von 1923 auch noch 1933 ausreiche: „Genossen! Hätte ich die vorhin zitierte Rede von 1923 heute gehalten, sie brauchte eine Umformung nicht. Sie ist heute noch aktuell.“[46] Die Totalitarismusdoktrin und die Einschätzung des Faschismus als kleinbürgerliche Bewegung wurde auf der Pariser Konferenz der SAI auch von anderen Rednern vertreten und von der Konferenzmehrheit gebilligt.

[388] Sprecher einer Minderheit dagegen, zumeist jene, die sich auf der Konferenz zur linkssozialdemokratischen Plattform bekannten, bemühten sich, aus den Ereignissen in Deutschland weiterführende theoretische Schlußfolgerungen zu ziehen. Pietro Nenni sah in ihnen eine Widerlegung des Reformismus, insbesondere der reformistischen Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Für ihn waren die „Ereignisse in Deutschland der Schlußpunkt revisionistischer und reformistischer Erfahrungen“ ; vor allem habe sich die einst von allen Sozialisten geteilte Wahrheit bestätigt, „daß auf der Grundlage des kapitalistischen Eigentums keine wahrhaft demokratische Politik, keine sozialistische Politik möglich ist“.[47] Auch Siegfried Aufhäuser warnte die SAI davor, sich weiterhin den reformistischen Illusionen über die bürgerliche Demokratie und den ausschließlich parlamentarischen Weg zum Sozialismus hinzugeben. Demgegenüber wurde etwa von Vertretern der sozialdemokratischen Parteien Schwedens, Dänemarks und der Tschechoslowakei mit Nachdruck ihre bürgerliche Koalitionspraxis verteidigt.

Sehr eindringlich, ohne jedoch bei einer in reformistischen Dogmen erstarrten Mehrheit durchzudringen, waren auf der Pariser Konferenz der SAI Appelle zu hören, wie der nachfolgend zitierte von Aufhäuser, eine strategische Wende im antifaschistischen Kampf herbeizuführen: „Ich möchte sagen, dieser Kongreß hat nach der furchtbaren Erschütterung, die uns alle noch durchzittert, eine große

[44] Protokoll. Internationale Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Paris, 21. bis 25. August 1933, (im folgenden: Protokoll), Glashütten i. T. 1976, S. 15.
[45] „Wenn wir den Versuch gemacht hätten, ein großes Programm zustande zu bringen, so hätte das sehr lange Zeit gedauert, und wir wären bis zur organisatorischen Einigung wahrscheinlich gar nicht gekommen“ (ebenda, S. 6).
[46] Ebenda, S. 107.
[47] Ebenda, S. 3 ff.

Denkaufgabe übernommen. Er soll die Bilanz der eigenen Bewegung ziehen, er soll die Analyse der politischen Lage, das Wesen des Faschismus feststellen und er soll, wenn ich den Zweck richtig verstehe, sichtbar machen, daß diese Konferenz das Willenszentrum für die Überwindung des Faschismus und den Weg zum Sozialismus bringt."[48] Aufhäuser lenkte die Aufmerksamkeit auf die Prozesse und Zusammenhänge, die die ökonomische Grundlage des Faschismus bildeten: „Alle diese Arbeiter sehen die Wandlungen des Kapitalismus, sie haben gesehen, wie die internationalen Verflechtungen heute überwuchert werden von der Autarkie, wie die liberale politische Weltanschauung des Kapitalismus zur Anhängerschaft der Despotie gewandelt ist, sie haben gesehen, wie das freie Spiel der Kräfte seit dem organisierten Kapitalismus geendet hat, sie sehen also diese großen Wandlungen des Kapitalismus und sie verlangen dazu von uns eine Antwort. Ich glaube, wir sollten nicht dazu neigen, von staatskapitalistischen Experimenten etwa eine Annäherung an die sozialistische Gesellschaft zu erwarten. Ich sehe in diesen staatskapitalistischen Experimenten einer Kontrolle der Wirtschaft durch politische Despotie vielmehr die Verhinderung des Sozialismus, wie wir ihn uns vorstellen. Hier erwächst die Aufgabe für die Internationale, den festen Willen zur künftigen Gestaltung der Wirtschaft herauszuarbeiten, kein fertiges Programm, aber die Bereitwilligkeit, dieser Konferenz eine Stelle zu schaffen oder geeignete führende Persönlichkeiten unserer Bewegung damit zu beauftragen, über diese Wandlungen nachzudenken."[49]

Auch Bauer forderte, ohne in der Staatsauffassung von seiner Bonapartismustheorie abzugehen, in theoretischen Analysen aufzuzeigen, „wie die kapitalistische Welt in ihrer Zerrüttung zu neuen gesellschaftlichen Formen greift, die den Staat in schnell wachsendem Maße zum Herrn der Wirtschaft machen. Wie dort, wo infolge der durch die Krise des Kapitalismus verschärften Klassengegensätze der Faschismus siegt, die Macht des Staates über die Wirtschaft eine entsetzliche Verstärkung der despotischen Gewalt des faschistischen [389] Staates und damit die Sklaverei des ganzen Volkes bedeutet, die nach kurzer Zeit das ganze Volk mit dem Willen, sich die elementarsten Freiheiten wieder zu erobern, erfüllen muß."[50] Aber Bauer fügte solchen Überlegungen, die der sozialdemokratischen Faschismusanalyse neue Wege bahnen konnten, auch hinzu: „Ich glaube, daß noch viel mehr gesagt werden könnte und müßte. Aber dazu sind wir alle noch nicht vorbereitet. Noch hat die sozialistische Theorie, die sozialistische Literatur, die Konsequenzen aus der gegenwärtigen Lage nicht gezogen."[51]

In der linkssozialdemokratischen Plattform, die auf der Pariser Konferenz der SAI in Reden von Paul Henri Spaak[52], dem Beauftragten der „Linken und Jungsozialisten", und von Jean Zyromski, einem der konsequentesten Verfechter der Einheitsfront mit Kommunisten in der SAI, sowie in den Minderheitsresolutionen formuliert worden war, wurde vor dem Plenum der SAI die realistischste Einschätzung der Klassenkampfbedingungen nach Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland und über die notwendigen taktischen Aufgaben im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr gegeben. Auch in der theoretischen Bestimmung der Klassenfunktion des Faschismus ging die Resolution über die in der SAI vorherrschenden reformistischen Auffassungen hinaus. Die wichtigsten Einschätzungen in der Resolution waren folgende[53]:

- Die Hitlerdiktatur ist die brutalste aller kapitalistischen Diktaturen und richtet sich zuerst gegen die Arbeiterbewegung;
- die Bourgeoisie hat zur Verteidigung ihrer Privilegien die eigene Legalität verlassen. Der Kapitalismus selbst wurde faschistisch;
- die Kraft der Arbeiterklasse ist durch ihre Spaltung paralysiert. Auch die reformistische Politik der Sozialdemokratie, insbesondere ihre Klassenkollaboration, ist eine Ursache der Schwäche des Proletariats im Kampf gegen den Faschismus;

[48] Ebenda, S. 178.
[49] Ebenda, S. 185.
[50] Ebenda, S. 279.
[51] Ebenda, S. 280.
[52] P. H. Spaak erhielt das Mandat, auf der Pariser Konferenz der SAI „im Namen der Linken und der jungen Sozialisten" zu sprechen. Das bedeutet nicht, daß er damals oder später auf linkssozialdemokratischen Positionen gestanden hätte.
[53] Siehe Protokoll, S. 321 ff.

- die Arbeiterklasse muß durch ein konkretes Programm auch die perspektivischer Interessen der durch die Krise verarmten Mittelklassen vertreten;
- der Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr erfordert die Einheit der Arbeiterklasse auf internationaler Ebene und in jedem Land.

Im Vergleich zu den Auffassungen der Konferenzmehrheit waren diese Einschätzung ein großer Fortschritt, ohne daß die Tiefgründigkeit und Präzision der zur gleichen Zeit von der Komintern erarbeiteten wissenschaftlichen Definition des Klassencharakter des Faschismus erreicht wurde. Da auch die linkssozialdemokratischen Vertreter die Klassengrundlage des Faschismus nicht im Finanzkapital sahen, fehlte auch ihnen das Verständnis für die kommunistische Taktik der Einheitsfront und für den Kampf der Kommunisten um die Erhaltung oder die Zurückeroberung demokratischer Rechte und Freiheiten.

Ungeachtet der vorhandenen Mängel und Schwächen schufen die Einschätzungen der linken Gruppierung auf der Pariser Konferenz eine Grundlage für die klassenmäßig richtige Wertung des Faschismus und vor allem für die Einsicht in die Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes aller Kräfte der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus. Mehr als durch Fortschritte in der Theorie wurde diese Einsicht durch die langjährigen Erfahrungen [390] der Arbeiterklasse mit dem Faschismus und die Hinwendung von immer mehr sozialdemokratischen Arbeitern zum revolutionären Klassenkampf bewirkt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Führer sprach sich unter dem Eindruck dieser Entwicklung nunmehr – ungeachtet ihrer zumeist weiterhin bestehenden antikommunistischen Vorbehalte – entschlossener für die Anwendung einer revolutionären Taktik, insbesondere für die Mobilisierung der werktätigen Massen und für die Aktionseinheit mit Kommunisten im antifaschistischen Kampf aus. Der linkssozialdemokratische Entwurf einer „Resolution über die Arbeitereinheit“, in dem die Herstellung von gemeinsamen Aktionen mit der Komintern gefordert wurde, erhielt auf der Pariser Konferenz der SAI jedoch nur 19 von 314 abgegebenen Stimmen. Mit großer Mehrheit wurde dagegen, was für das Kräfteverhältnis in den Führungsgremien der SAI aufschlußreich ist, die Resolution mit antikommunistischer Orientierung angenommen. Nicht nur das.

Die Pariser Konferenz vom August 1933, auf der die Führer der SAI während deren gesamter Existenz am umfassendsten Probleme des Faschismus behandelten, blieb dazu die letzte Plenardiskussion. Alle späteren wichtigen Beiträge zur sozialdemokratischen Faschismusanalyse, wie die von Otto Bauer und Max Adler oder die von zur Einheits- und Volksfront bereiten Parteien und Gruppen der sozialdemokratischen Bewegung, wurden nicht mehr vor dem Forum der SAI diskutiert, meist von Büro und Exekutive nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen. Im Grunde stand die SAI, in der stärker als an der Parteienbasis die rechtssozialdemokratischen Kräfte dominierten, dem Faschismus auch in der theoretischen Auseinandersetzung konzeptionslos gegenüber. Die Theorien über den Faschismus dienten, wie die gesamte Theoriebildung der Sozialdemokratie dieser Zeit, in erster Linie zur Rechtfertigung der reformistischen Politik. Die Pariser Konferenz der SAI und deren Entwicklung nach 1933 dokumentierten somit die „tiefgehende Krise der II. Internationale, die nach dem Bankrott der deutschen Sozialdemokratie besonders kraß zutage trat und sich verschärfte“.[54]

Georgi Dimitroff schätzte die innere Entwicklung der SAI, wie sie von 1933 bis 1935 sichtbar wurde, mit folgenden Worten ein: „Noch nie hat es in den Reihen der II. Internationale eine solche geistige Verwirrung gegeben wie jetzt. Es geht eine Differenzierung innerhalb aller sozialdemokratischen Parteien vor sich. In ihren Reihen bilden sich zwei Hauptlager heraus: neben dem bestehenden Lager der reaktionären Elemente, die mit allen Mitteln versuchen, den Block der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie zu erhalten und wütend die Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnen, beginnt sich das Lager der revolutionären Elemente herauszubilden, die Zweifel an der Richtigkeit der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie hegen, die für die Schaffung einer Einheitsfront mit den Kommunisten sind und in immer stärkerem Maße auf den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes überzugehen anfangen.“[55]

[54] VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Referate u. Resolutionen, Berlin 1975, S. 109.
[55] Ebenda.

Die Komintern befaßte sich nach 1933, nach der Übertragung der Macht an den Faschismus in Deutschland, außerordentlich intensiv mit der Klärung der theoretischen und praktischen Fragen, die sich aus der neuen internationalen Situation für den antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse ergaben. Vor allem präzisierte sie die Einschätzung des Klassencharakters des Faschismus, die wissenschaftliche Voraussetzung für die Festlegung der Hauptstoßrichtung des Kampfes der Arbeiterklasse und für die Herstellung [391] eines breiten antifaschistischen Bündnisses. Auf Grund der theoretischen Präzisierungen; der in den Klassenkämpfen 1933/34 gewonnenen Erfahrungen sowie der zur gleichen Zeit in den Reihen der Sozialdemokratie sich vollziehenden Differenzierungen überprüfte der VII. Kongreß der Komintern sehr sorgfältig die Möglichkeiten für ein neues Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Nie hatte die internationale Sozialdemokratie bis dahin einer Beratung von Kommunisten ein größeres Interesse als dem VII. Kongreß der Komintern entgegengebracht. Bekannte Führer der Sozialdemokratie, sozialdemokratische Parteien in ihrer Gesamtheit, wie die Frankreichs, Österreichs, Italiens und Spaniens, forderten vom Sekretariat der SAI eine gründliche Auswertung der Beschlüsse des VII. Kongresses der Komintern. J. B. Séverac, Generalsekretär der SFIO, schrieb am 3. Oktober 1935 an Friedrich Adler, den Sekretär der SAI: „Die Partei hofft, daß angesichts der Entwicklung der Ereignisse die Aktionsgemeinschaft im internationalen Maßstab große Fortschritte gemacht hat, was uns zu der Hoffnung berechtigt, daß die SAI auf die Vorschläge der Kommunistischen Internationale nicht mit einer einfachen Abweisung antworten wird. Der Parteivorstand hat mich beauftragt, bei Ihnen anzufragen, in welchem Stadium sich die Information über die Ergebnisse des Siebenten Kongresses der Kommunistischen International in Bezug auf die Aktionsgemeinschaft befindet, welche Information bereitzustellen das Sekretariat von der Exekutive der SAI beauftragt wurde.“[56] Bei der letztgenannten Anfrage handelte es sich um den Beschluß der Exekutive der SAI auf ihrer Sitzung vom 16. bis 18. August 1935, durch den der Sekretär der SAI beauftragt wurde, einen „Bericht über den VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale“ zur nächsten Beratung vorzulegen.

Der interne, von F. Adler abgefaßte Bericht des Sekretariats ging nicht auf die theoretischen Erörterungen des VII. Kongresses der Komintern zum Faschismus ein. Der Bericht überprüfte vielmehr anhand der Referate und Resolutionen des VII. Kongresses der der Komintern, ob sich – nach reformistischen Maßstäben – die Vertrauenswürdigkeit von Kommunisten derart erhöht habe, daß die SAI auf deren Angebote zur Herstellung der antifaschistischen Aktionseinheit eingehen könne. Der mehrere Seiten umfassende Bericht, in dem der SAI empfohlen wird, die von der Komintern angebotene Aktionseinheit abzulehnen, schließt mit dem folgenden Satz: „Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat, wie gezeigt wurde, gewisse Schritte in der Richtung zur Aktionseinheit auf der Basis der Solidarität unternommen, es müßten aber noch weitere entscheidende Schritte folgen, wenn sie auf internationaler Stufenleiter möglich werden soll.“[57]

In der SAI gab es bis zu ihrer endgültigen Auflösung 1940, insbesondere im Zusammenhang mit dem nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes von 1936 bis 1939 gegen den Faschismus sowie der Okkupation Österreichs 1938 und der Tschechoslowakei 1938/39 durch den deutschen Faschismus, um die Aktionseinheit mit Kommunisten weiterhin heftige, ständig sich verschärfende Auseinandersetzungen zwischen dem „Lager der reaktionären Elemente“ und dem „Lager der revolutionären Elemente“. In der SAI hatten sich, entgegen der Entwicklung in einzelnen Parteien, immer die rechtssozialdemokratischen, die antikommunistischen Kräfte durchgesetzt. Eine theoretische Diskussion zum Faschismus fand in der SAI nach 1935 nur noch ein einziges Mal statt, nachdem die Exe-[392]kutive am 30. Mai 1938 die angeschlossenen Parteien aufgefordert hatte, sich schriftlich zum „Kampf für die Demokratie und den Frieden“ zu äußern.

Die Diskussion zu diesem Thema fand auf der Exekutivsitzung vom 14. bis 16. Januar 1939 in Brüssel statt. Daß der Faschismus die Vernichtung jeglicher Demokratie, konterrevolutionärer Massenterror und militärische Aggression bedeutete, war nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Faschismus

[56] Internationales Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam, Sozialistische Arbeiterinternationale, Nr. 3043.
[57] Ebenda.

der auch große Parteien der SAI, wie die Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei, in die Illegalität getrieben hatte, kein strittiger Diskussionspunkt. Gegensätzliche Auffassungen zeigten sich vor allem in der Frage des Klasseninhalts der bürgerlichen Demokratie. Vertreter der Sozialdemokratien der Niederlande, Großbritanniens, Norwegens, Schwedens, Dänemarks und Deutschlands betrachteten die Demokratie im Sinne des traditionellen Reformismus nicht bloß als „Mittel", sondern auch als „Ziel des Sozialismus". Rudolf Hilferding, der die Demokratie nach wie vor als „etwas Absolutes" ansah, behauptete, für die Sozialdemokratie genüge nach 1917 nicht mehr ein einfaches Bekenntnis zur Demokratie, sondern notwendig sei zugleich die schärfste Ablehnung der Diktatur des Proletariats. Die gleichen Kräfte, die sich in der Diskussion hinter das reformistische Diktatur-Demokratie-Schema stellten, verfochten bis in diese Endphase der SAI auch die Grundthese der Totalitarismusdoktrin, nach der die Sozialdemokratie die Demokratie „gegen die faschistische und kommunistische Gefahr"[58] verteidigen müsse. In der taktischen Orientierung wandten sich diese rechtssozialdemokratischen Führer nicht nur weiterhin gegen jede Aktionseinheit mit den Kommunisten, sondern ihre extremsten Sprecher, wie in dieser Diskussion Hilferding, waren der Ansicht, daß es auch innerhalb der SAI keinen Kompromiß mit den „Linkssozialisten" geben dürfe, die die „proletarische Diktatur" vertreten.

Im Verlaufe der Diskussion definierte Hilferding den Faschismus als „Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter einen Staatsapparat, der eine Macht für sich geworden ist und diese Macht ständig erweitern muß, wenn er nicht zugrunde gehen will; daher entspringt auch sein Angriffswille seinem inneren Wesen und Gesetz".[59] Der Faschismus, setzte Hilferding seine von der Bonapartismustheorie bestimmten Ausführungen fort, schaffe einen Gegensatz, der „heute durch alle Klassen geht", ein Lager derer, die die „Freiheit und Kultur" verteidigen.[60] Anfang 1939 sahen die Vertreter einer solchen Auffassung in der Exekutive der SAI, die den Faschismus jeglichen Klassencharakters entkleideten, die Hauptkraft im Kampf gegen den Faschismus in einer Koalition der bürgerlich-parlamentarischen Staaten.

In der Brüsseler Diskussion betonten andere Führer der SAI, darunter Louis de Brouckère und F. Adler, der Präsident und der Sekretär der SAI, eindeutiger als in früheren Jahren den Klassencharakter und die historischen Grenzen der bürgerlichen Demokratie. Nach Brouckère ginge es nicht mehr darum, die Demokratie einfach wieder herzustellen, sondern sie auszugestalten und sie bis zum Sozialismus zu erweitern. Die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats erkannte er nunmehr für verschärfte Klassenkampfsituationen, wie einen Bürgerkrieg, an.

Die linkssozialdemokratische Richtung in der SAI, die nach wie vor in den Parteien Frankreichs, Spaniens und Italiens ihre Hauptbasis hatte, vertrat in der Diskussion am konsequentesten Zyromski: „Aber ich glaube nicht an die Möglichkeit, von der heutigen [393] unvollständigen zur vollendeten Demokratie durch schrittweisen Übergang, durch das normale Spiel der Demokratie selbst zu gelangen. Es kommt ein Augenblick, da die Kräfte, die die Demokratie hemmen, es unvermeidlich machen, daß ihnen die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse entgegentrete, und daß die Schranken der Legalität ein Hindernis werden auf dem Wege zum Sozialismus. Da wird die Suspendierung gewisser Formen der Demokratie notwendig, um den Sieg über die Kräfte der Reaktion davonzutragen. Vielleicht hat die Konterrevolution in verschiedenen Ländern gesiegt, weil die sozialistischen Parteien die klare Erkenntnis dieser Notwendigkeit nicht hatten."[61] Die Wortführer dieser linkssozialdemokratischen Richtung in der SAI, die sich an den antiimperialistischen Klasseninteressen der werktätigen Massen in der sozialdemokratischen Bewegung orientierten, forderten die Abkehr vom traditionellen Reformismus, die Aktionseinheit mit den Kommunisten und die Mobilisierung der Massen im antifaschistischen Kampf. Sie blieben aber in den Führungsgremien der SAI eine Minorität.

Zu jeder Zeit hatte die sozialdemokratische Bewegung, hatten vor allem die werktätigen Mitglieder in den reformistischen Parteien eine antifaschistische Haltung bezogen. Die SAI verurteilte seit ihrer

[58] Ebenda, Nr. 537.
[59] Ebenda, Nr. 547.
[60] Ebenda.
[61] Ebenda.

Gründung 1923 vor allem die Demokratiefeindlichkeit des Faschismus und dessen Terrormethoden. Spätestens ab 1933 erkannten die meisten Führer der SAI auch die mit dem Faschismus verbundene Gefahr eines neuen Weltkrieges.

Die Führer der SAI zeigten sich jedoch außerstande, eine geschlossene, wissenschaftlich begründete Faschismustheorie auszuarbeiten. Im Grunde war es die Abkehr der reformistischen Führer vom Marxismus und vom proletarischen Klassenstandpunkt und ihr daraus entspringender Antikommunismus, die ihnen auch erkenntnistheoretisch den Weg versperrten, das Klassenwesen des Faschismus aus den ökonomischen Bedingungen des Imperialismus abzuleiten. Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Führer weigerte sich, aus ihrer Gegnerschaft zum Faschismus eine antifaschistische Strategie und Taktik für die Arbeiterbewegung abzuleiten. Die SAI, die internationale Dachorganisation der sozialdemokratischen Parteien, deren Führung vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges vollends in die Hände von rechtssozialdemokratischen Politikern überging, wies bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1940 die Forderung von sozialdemokratischen Mitgliedern und Anhängern nach einer aktiven Teilnahme am antifaschistischen Kampf an der Seite der Kommunisten und aller anderen demokratischen, antiimperialistischen Kräfte strikt zurück und hatte somit entscheidenden Anteil an der weitgehenden Lahmlegung der antifaschistischen Potenzen der Sozialdemokratie.

[395]

Heinz Niemann: Zum Faschismusbild in der deutschen Sozialdemokratie 1922 bis 1945

Mit Mussolinis „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922 und mit dem Jahr 1923 als Höhepunkt der ersten faschistischen Welle in Deutschland wurde der Faschismus zu einem immer wichtigeren Gegenstand der theoretischen Analyse.

Wie die Ermordung von Außenminister Walter Rathenau und der Münchner Bürgerbräu-Putsch Adolf Hitlers zeigten, erhob die monarchistisch-völkische und faschistische Reaktion auch in Deutschland ihr Haupt. Die Ruhrbesetzung wurde von der herrschenden Klasse dazu benutzt, durch eine zügellose Aufpeitschung des Nationalismus und Chauvinismus von den Ursachen der Inflation und des Massenelends abzulenken und zu einer Offensive gegen die von der KPD geführten revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung vorzugehen. Darauf antwortete die Arbeiterklasse mit machtvollen Demonstrationen, Streiks und Massenkundgebungen wie dem von der KPD organisierten Antifaschistentag am 29. Juli 1923. Ein von der KPD geleiteter Generalstreik stürzte schließlich im August 1923 die Regierung Cuno und signalisierte das rasche Heranreifen einer akuten revolutionären Krise.

Mit dem Ziel, den zunehmenden Einfluß der KPD und die wachsende Kampfbereitschaft auch der sozialdemokratisch geführten Massen einzudämmen, trat die SPD in eine unter Gustav Stresemann gebildete Regierung der Großen Koalition ein. Damit stabilisierten die rechten sozialdemokratischen Führer erneut die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie. Mit ausdrücklicher Zustimmung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert wurden die aus Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen im Oktober/November 1923 durch die Reichswehr auseinandergejagt.

Dieses politische Verhalten entsprang dem grundsätzlichen Bekenntnis des Reformismus zum bürgerlichen Staat und zur Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution und den Sozialismus; die Option für den Kapitalismus bildete auch die klassenmäßige Grundlage der rechtssozialdemokratischen Einschätzung des Faschismus und der politischen Taktik ihm gegenüber. Aus ihr ergab sich der Antikommunismus als Hauptachse rechtssozialdemokratischer Politik. Dieser Grundorientierung entsprechend, sahen die rechten Führer in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise die Hauptgefahr für die Demokratie nicht in den Faschisten, sondern in den Kommunisten. Ebenso fürchteten sie die selbständige Aktivität der Massen, da deren „unkontrollierte Aktionen“ sich spontan gegen das bestehende System wenden könnten. Und schließlich betrachteten sie die Verteidigung der Weimarer Republik als eine Aufgabe, die nur im Bündnis mit den Parteien der liberalen Bourgeoisie auf parlamentarischem Wege zu lösen sei.

[396] Eine solche Position hatte auf dem Gebiet der Theorie zur Folge, daß die SPD zu keinem Zeitpunkt über ein eigenständiges, einheitliches oder gar wissenschaftliches Faschismusbild verfügte, sondern sich auch hier im Schlepptau bürgerlicher Ideologen befand, nicht anders als die Sozialistische Arbeiterinternationale (SAI).[1]

Ihre Faschismusinterpretationen hatten stets einen apologetischen Charakter, da sie, wie die gesamte opportunistische Ideologie, zum Zweck der theoretischen Rechtfertigung der Politik der Klassenzusammenarbeit formuliert und dieser Politik stets untergeordnet wurden. So blieben auch richtige Teilerkenntnisse, die insbesondere bei linken Kräften in der SAI wie in der SPD zu finden waren, für die Politik und Strategie unwirksam.

In der Entwicklung des Faschismusbildes in der deutschen Sozialdemokratie lassen sich – etwas vereinfacht – vier Entwicklungsetappen erkennen, die durch bestimmte Unterschiede gekennzeichnet sind. Die erste Etappe reicht von 1922/23 bis 1929, die zweite von 1929 bis 1933, die dritte von 1933 bis 1939/40 und die vierte schließlich vom Überfall auf die Sowjetunion bis zum Ende des zweiten Weltkrieges.

[1] Siehe dazu den Artikel von Werner Kowalski/Siglinde, Thorn im vorliegenden Band, S. 375 ff.

Während in der internationalen kommunistischen Bewegung in einem mehr als zehn Jahre währenden komplizierten Erkenntnisprozeß eine bis heute im Kern voll gültige, politisch fruchtbare und historisch bestätigte Faschismusdefinition erarbeitet wurde, blieb der Faschismus für die deutsche Sozialdemokratie nach dem Ende der revolutionären Nachkriegskrise ein Randproblem, dem man sich nur sporadisch und oberflächlich zuwandte. Zwar schrieb der mit der deutschen Sozialdemokratie eng verbundene Führer der österreichischen Schutzbundes, Julius Deutsch, bereits unmittelbar nach dem Machtantritt des italienischen Faschismus: „Der Erfolg des italienischen Faschismus eröffnet auch den Kapitalisten anderer Länder ungeahnte Aussichten. Was am Tiber und am Po möglich war, müßte doch auch an der Donau und am Rhein und der Isar gelingen können ... Der Faschismus wurde zum internationalen Vorbild der konterrevolutionären Methode.“[2] Jedoch war in der Sozialdemokratie in den 20er Jahren die Auffassung weit verbreitet, daß der Faschismus eine rein italienische Angelegenheit sei und in hochindustrialisierten Ländern wie Deutschland kaum Entwicklungschancen besitze.[3]

Kennzeichnend war also von Anfang an eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Die sozialdemokratischen Stellungnahmen zum Machtantritt des Faschismus in Italien enthielten bereits konstitutive Elemente eines Faschismusbildes, das für die gesamte folgende Zeit Gültigkeit behielt. So hieß es etwa in einem Leitartikel des „Vorwärts“ am 30. Oktober 1922 unter dem Titel „Faschistenregierung in Italien“, die Bourgeoisie habe den Faschismus zwar heraufbeschworen, er schicke sich jedoch an, sich gegen seine Förderer und Gönner zu wenden; weiter wurde dann ausgeführt: „Die Bewegung ist ihnen zweifellos über den Kopf gewachsen und beschränkt sich nicht mehr auf die ihr zugedachten Zwecke, ein kapitalistisches Gegengewicht gegenüber den Ansprüchen und Bestrebungen des Proletariats zu bleiben. Anstatt die bürgerlich-kapitalistische Ordnung zu hüten, führt der Faschismus unter dem Druck der Straße eine *reaktionäre Oligarchie,* die höchstwahrscheinlich in eine allgemeine Anarchie ausarten wird.“

[397] Bereits in diesem Artikel wurde übrigens der Faschismus als „verkehrter Bolschewismus“ charakterisiert.[4] Ähnliche Stellungnahmen wurden in der „Neuen Zeit“, aber auch in einzelnen Broschüren kolportiert.[5] Auf dem Berliner Parteitag der SPD im Jahre 1924 verstieg sich Arthur Crispien, einer der ehemaligen Führer der USPD, nunmehr Vorsitzender der SPD, zu der Behauptung: „Der Bolschewismus endet im Faschismus. Das sehen wir in Ungarn, in Italien und auch in Rußland, wo im Grunde nichts anderes als der Faschismus wütet.“[6] Die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus, diese Kernthese der Totalitarismusdoktrin, war also von Anfang an ein Hauptbestandteil sozialdemokratischer Faschismus„analyse“.

Selbst für die Linken – mit und ohne Anführungszeichen – in der SPD war kennzeichnend, daß sie der These anhingen, die Schuld für das Aufkommen des Faschismus trügen die Kommunisten. Diese These wurde von dem bereits erwähnten Austromarxisten Deutsch in seiner 1923 erschienenen Schrift: „Die Faschistengefahr“ folgendermaßen begründet: Nach dem ersten Weltkrieg seien die Massen radikalisiert worden, was zu einer nominellen Stärkung der Kommunisten geführt habe, ohne daß diese jedoch zu einer realen Macht geworden seien. Aber die bloße Pose einer Machtentfaltung des Proletariats habe der Reaktion genügt, „um mit Mord und Totschlag über die Arbeiterklasse herzufallen. Die bolschewistischen Phrasen von der Diktatur des Proletariats und von der anzuwendenden Gewalt der Arbeiterklasse gaben den Klopffechtern des Kapitels einen hochwillkommenen Vor-

[2] Julius Deutsch, Die Faschistengefahr, Wien 1923, S. 516.
[3] Siehe Hermann Heller, Europa und der Fascismus, Berlin/Leipzig 1929, S. 5. – Sogar noch am 8.2.1933 (!) schrieb der sozialdemokratische Vorwärts: „Berlin ist nicht Rom. Berlin wird niemals die Hauptstadt eines Faschistenreiches werden.“
[4] Fascistenregierung in Italien, in: Vorwärts, vom 30.10.1923.
[5] Neue Zeit, Bd. 1,1922, Nr. 6, S. 141 ff.; Oda Olberg, Der Faschismus in Italien, Jena 1923 (Olberg betont allerdings den eindeutig kapitalistischen Klassencharakter der Herrschaft Mussolinis); Karl Kautsky, Die materialistische Geschichtsauffassung, Berlin 1927. – Für eine detaillierte Darstellung siehe Helmut Arndt, Zum Faschismusbild der deutschen Sozialdemo (1922-1939), phil. Diss. (B), Leipzig 1970 (Ms).
[6] Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1924 in Berlin. Protokoll, Berlin 1924, S. 49.

wand, alles das *wirklich zu tun*, wovon die Kommunisten nur *schwätzten*. Der italienische Kommunismus war ein *Bolschewismus der Phrase*, sein Gegenpol, der Faschismus ist ein *Bolschewismus der Tat*."[7]

Deutsch bezeichnete Mussolini als „Herr und Gebieter in Italien", der die Bourgeoisie „verhöhnte und herabwürdigte" und sie keinen Augenblick darüber in Zweifel gelassen habe, wie vollkommen er sie verachte. Das italienische Bürgertum aber habe in Mussolini den Sieger über die organisierte Arbeiterschaft gesehen, „und deshalb verzieh es ihm bereitwilligst, daß er den bürgerlichen Vertretern selbst öffentlich ins Gesicht spuckte. Den Schimpf ertrug die Bourgeoisie geradezu mit Behagen, da er doch mit der Sicherung ihres Allerheiligsten, des Profits, verbunden war. „Mussolinis Sieg habe die Erfahrung eingebracht, „daß eine *bestimmte Methode* des Kampfes erforderlich gegen die Arbeiterklasse angewandt werden könne".[8] In diesen Ausführungen sind bereits die Grundzüge des Bonapartismusschemas sichtbar, das später eine zentrale Stellung in der sozialdemokratischen Faschismusdeutung einnehmen sollte.

Deutschs Auffassungen können bis 1928/29 etwa als repräsentativ für die Ansichten der Linken in der deutschen Sozialdemokratie gelten. Allerdings zeigt ein Vergleich mit rechten Varianten des sozialdemokratischen Faschismusbildes dieser ersten Jahre nur minimale Unterschiede. Das wird besonders deutlich in zwei Schriften des rechten Sozialdemo-[398]kraten Paul Kampffmeyer. Dieser schrieb in seiner Arbeit „Der Fascismus in Deutschland": „Gespeist mit den Geldern der Schwerindustrie und unterstützt von einer nationalistischen Armee und Polizei, haben die ‚Schwarzhemden' ihren Bandenführer Mussolini nach blutigen Gewaltakten gegen die sozialistische Arbeiterschaft zum Diktator des italienischen Staates erhoben und den König und das Parlament zu willenlosen Instrumenten ihrer terroristischen Herrschaft herabgewürdigt."[9] An die Adresse der zum Faschismus hinneigenden Elemente in der deutschen Monopolbourgeoisie gerichtet, fuhr er warnend fort: „In ihrem kurzsichtigen Klassenegoismus vergessen die Geldgeber des deutschen Fascismus vollständig, daß sie mit der Unterstützung der Nationalsozialisten den Staatsgedanken und die nationale Idee lebensgefährlich verletzen."[10]

Angesichts der Enthüllungen über die Hintermänner der Nazipartei nach dem Hitlerputsch schrieb Kampffmeyer: „Der Nationalsozialismus ist eine von allen wirtschaftlichen und politischen Reaktionären geförderte Organisation gegen die ausgesprochenen ökonomischen, politischen und sozialen Klasseninteressen der deutschen Arbeiterschaft."[11] Er belegte die finanzielle Förderung der Faschisten durch den bayrischen Industriellenverband und hob hervor, die Nationalsozialisten fühlten sich „völlig einig mit den Schwerindustriellen, den deutschnationalen Agrariern, den nationalistischen Generälen und separatistischen monarchistischen Reaktionären der Bayrischen Volkspartei".[12]

Die Übereinstimmung zwischen Rechten und Linken in der Sozialdemokratie hinsichtlich der Anprangerung der Schwerindustrie als Förderer des Faschismus währte jedoch nicht lange. Bereits ein Jahr später (1925) wurde von rechtssozialdemokratischer Seite das Kleinbürgertum als eigentlicher Träger des Faschismus in den Vordergrund gerückt, während die Hinweise auf das Finanzkapital eine erhebliche Abschwächung erfuhren. So schrieb z. B. Rolf Reventlow in der Zeitschrift des reformistischen ADGB: „Der Faschismus, auf seine wirtschaftlichen Triebkräfte untersucht, ist im wesentlichen ein Kampf radikalisierten Kleinbürgertums und der in ihrer Macht durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung beschränkten Agrarier unter zeitweiser Unterstützung von Finanzkapital und Industrie gegen die sozialistische Arbeiterschaft."[13]

---

[7] Deutsch, S. 4.
[8] Ebenda, S. 5 f.
[9] Paul Kampffmeyer, Der Fascismus in Deutschland, Berlin/Stuttgart 1923, S. 3.
[10] Derselbe, Fascismus, S. 31.
[11] Derselbe, Der Nationalsozialismus und seine Gönner, Berlin 1924, S. 14.
[12] Derselbe, Nationalsozialismus.
[13] Rolf Reventlow, Die faschistischen Gewerkschaften, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, hrsg. von Theodor Leipart, 2/1925, S. 108. – Die „Mittelstandstheorie" wurde vor allem von Theodor Geiger, Emil Lederer und Emil Grünberg ausgearbeitet.

Im Zusammenhang mit der „Kleinbürger"theorie – die allerdings auch schon 1923 im Schwange war – fanden sozialpsychologische Erklärungen über den Ursprung des Faschismus immer größere Verbreitung.[14] So resultierte nach Karl Landauer der Faschismus aus einem Haß gegen den Intellekt, aus dem Willen zum Aufgehen in einer Gemeinschaft, [399] aus der Sehnsucht nach Bindung, dem Verzicht auf Selbstverantwortung und aus der Übersteigerung des Führergedankens.[15]

Während der Jahre der relativen Stabilisierung lag der Faschismus für die Führung der SPD außerhalb des Bereichs der praktischen Politik. Allenfalls entdeckte man faschistische Tendenzen in den monarchistischen Kreisen, denen aber jede aktuelle Bedeutung abgesprochen wurde.

Als der italienische Faschismus nach der Matteotti-Krise 1925 zum Ausbau des totalen faschistischen Staates überging,[16] mußte diese Entwicklung der Führung der SPD zur Rechtfertigung ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit gegenüber Kritiken der Opposition herhalten. Aus den Erklärungen über die Ursachen des Sieges des Faschismus in Italien wurde die Schlußfolgerung gezogen, man müsse das Wirtschaftssystem vor Erschütterungen und Krisen bewahren, damit nicht Bedingungen entstünden, die, so etwa Kautsky, eine genügend große Zahl von Lumpen in den besten Mannesjahren für eine faschistische Bewegung hervorbrächten. Daraus wurde die Notwendigkeit der Bejahung des Weimarer Staates und der rückhaltlosen Identifikation der Arbeiterklasse mit der bürgerlichen Demokratie abgeleitet als Mittel, jeder potentiellen faschistischen Gefahr zu begegnen. Solange die Wirtschaft und die parlamentarische Demokratie funktionierten, bleibe der Faschismus eine Ausnahmeerscheinung und bestehe als reale Gefahr höchstens für unterentwickelte Länder etwa auf dem Balkan.

Die Möglichkeit eines krisenfreien Kapitalismus wurde mit den Theorie vom „organisierten Kapitalismus" begründet, die zur Rechtfertigung des Bündnisses mit dem sozialliberalen Flügel des Großkapitals diente. In diesem Zusammenhang gewann die Auffassung vom Faschismus als Rebellion der Mittelschichten eine zusätzliche Bedeutung. Sie diente nunmehr nicht nur zur Verschleierung des Zusammenhangs von Imperialismus und Faschismus, sondern zur Begründung der Absage an den proletarischen Klassencharakter der SPD und der Bemühungen um die Gewinnung der Mittelschichten für die Sozialdemokratie.

Die Hinneigung großer Teile der Mittelschichten zum Faschismus konnte sehr gut als Begründung für die Notwendigkeit eines noch engeren Zusammengehens mit den traditionellen großbürgerlichen Koalitionspartnern der Sozialdemokratie wie auch für die Notwendigkeit der Öffnung der Partei gegenüber dem „nationalen Beamtentum", den Intellektuellen und überhaupt allen kleinbürgerlichen Schichten verwendet werden.[17] Ein antiimperialistisches, antimonopolistisches Auftreten der Arbeiterklasse mußte aus solcher Sicht geradezu als Begünstigung des Faschismus erscheinen, da es geeignet sein könnte, die zu gewinnenden kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kreise abzuschrecken.

Die Heterogenität sozialdemokratischer Faschismusauffassungen wird am deutlichsten an der Tatsache, daß sich auf dem äußersten rechten Flügel sogar eine Richtung zu Wort meldete – welche auch in der ADGB-Führung vertreten war –, die nicht nur eine extrem antikommunistische, sondern eine kleinbürgerlich-nationalistische Position einnahm und unverhohlen ihrer Sympathie gegenüber Mussolini Ausdruck gab. Am deutlichsten formulierte Walter Pahl in den „Sozialistischen Monatsheften" die Ansichten dieser „Sozialdemokraten". Pahl kritisierte zunächst von rechts die Gleichsetzung von Faschismus und [400] Bolschewismus. „Besondere Vorliebe erfreut sich", so schrieb er,

[14] Siehe z. B. Olberg, S. 10. – Noch weiter geht Hendrik de Man (Sozialismus und Nationalfaschismus, Potsdam 1931) in der sozialpsychologischen Erklärung des Faschismus. Dort und noch direkter bei Wilhelm Reich (Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1933) und schließlich bei Erich Fromm (Die Furcht vor der Freiheit, Zürich 1945) knüpfte die jüngere Faschismustheorie Adornos und Horkheimers an, die letztlich die Massen zum Quell und Träger des Faschismus erklärt. Siehe dazu Reinhard Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument, 87/1974, S. 560.

[15] Siehe Karl Landauer, Zum Niedergang des Faschismus, in: Die Gesellschaft, 8/1925, S. 169 ff.

[16] Palmiro Togliatti, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt a. M. 1973, S. 21.

[17] Siehe dazu auch: Rudolf Hilferding, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll, Berlin 1927, S. 175, S. 181 f.

„eine Beurteilung des Faschismus auf Grund der ‚Vorzeichentheorie', nach der Bolschewismus und Faschismus bloße Umkehrungen voneinander, Diktaturen mit verschiedenen Vorzeichen wären. Die Beliebtheit dieser Parallele steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Richtigkeit. Während der Faschismus als elementare Bewegung begann, ging der Bolschewismus von einem Programm aus, mit dem er nun die Dinge in ihrer Daseinsform zu vergewaltigen begann."[18] Pahl fuhr fort, es sei gänzlich falsch, „die Einheit von Bolschewismus und Faschismus in der organisierten Gewaltanwendung zu erblicken. Im Gegensatz zum Bolschewismus ist bei dem Faschismus die Gewalt nicht Aufbauelement der Bewegung, sie ist hier vielmehr eine Erscheinung, wie sie neues politisches Geschehen auch sonst vielfach begleitet." Man müsse „sich darüber klar werden, daß die Gewaltanwendung nicht zu den Elementen gehört, die das Wesen des Faschismus bestimmen."

Hatte schon der „Vorwärts" erklärt: „Die Geschicklichkeit Mussolinis liegt darin, sich von dieser Bourgeoisie das Geld, von ihren Regierungsorganen die Waffen und die Straffreiheit verschafft und sie dann geprellt zu haben, um an die Stelle der bisher herrschenden Clique seine Clique zu setzen"[19], so behauptete Pahl schlichtweg: „Die Verbindung des Faschismus mit dem Großkapital war, das wird jetzt auch in sozialistischen Kreisen deutlich erkannt, nur temporär." Es liege „auch kein Grund vor, anzunehmen, daß der ideelle Wille zur Ausschaltung des Klassenkampfes ein Wille zur Unterdrückung der Arbeiterklasse" sei. Da der Faschismus jedenfalls „in Italien die Suprematie des Staats über die Wirtschaft hergestellt" habe, im übrigen ein „wurzelhaft italienisches Gebilde" sei, solle man „eine abwartende Haltung gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Experimenten des Faschismus" einnehmen.[20]

Was die linkssozialdemokratischen Faschismusauffassungen betrifft, so werden ihre Stärken und Schwächen besonders deutlich bei Siegfried Marck. Dieser schrieb Mitte 1928 in einem Artikel: „Aber wenn der Faschismus als Ideologie des Antiliberalismus jeden Rest von bürgerlichem Idealismus zerschlägt, so verträgt er sich als soziologische Wirklichkeit am Ende desto besser mit dem bürgerlichen Klassenegoismus. Durch die Kraft der wirtschaftlichen Gesetzlichkeiten muß er, der die Diktatur der Kriegsteilnehmerverbände und der ‚Schützengrabenaristokratie' über beide Klassen, Bürgertum und Proletariat, bringen wollte, zum Vollstrecker der großbürgerlichen Bestrebungen werden. Bürgertum und Faschismus korrumpieren sich in ihrem geschichtlichen Zusammentreffen wechselseitig, indem der Faschismus zum Diktaturstaat des bürgerlichen Klassenkampfes wird ... An (dieser) seiner überklassenmäßigen Struktur ist nur richtig, daß er ebenso wie ideologisch auch soziologisch aus einem Zusammentreffen verschiedener Klassen sich gebildet hat ... Für die Bourgeoisie selbst ist diese Verbindung mit dem Faschismus das sicherste Symptom ihres Niedergangs ..., wenn sie sich ihren Staatsapparat nicht mehr selbst schafft, sondern ihn einem klassenmäßig undefinierbaren ‚Cäsarismus' ausliefert ... Der Faschismus ist die bürgerliche Herrschaftsform im Zeitalter des Imperialismus und der drohenden proletarischen Revolution."[21]

In dieser ersten Periode lassen sich einige gemeinsame Grundzüge sozialdemokratischer Faschismusauffassungen erkennen: [401]

1. Der gemeinsame Boden, von dem aus rechte wie linke Sozialdemokraten ihre Auffassungen über den Faschismus entwickelten, war der Antikommunismus. Die Feststellung, daß der Faschismus die Antwort der Konterrevolution auf die Oktoberrevolution und das Erstarken der kommunistischen Bewegung war, wurde mit einer antikommunistischen Spitze versehen durch die Gleichsetzung von Faschismus und Bolschewismus. Diese der Totalitarismusdoktrin zugrunde liegende Position blieb ein ständiger Wesenszug rechtssozialdemokratischer Faschismusauffassungen, während sich linke Kräfte nach 1933 von ihr zu lösen begannen.

[18] Walter Pahl, Der italienische Faschismus und der internationale Sozialismus, in: Sozialistische Monatshefte, 14.6.1928, S. 491.
[19] Vorwärts, vom 15.10.1927.
[20] Pahl, S. 491 ff.
[21] Siegfried Marck, Liberalismus, Faschismus, Sozialismus, in: Der Klassenkampf, 12/1928, S. 375 f.

2. In den ersten Jahren – etwa bis 1924/25 – stimmten die Rechten mit den Linken darin überein, daß der Faschismus von Teilen der herrschenden Klasse, insbesondere von der Schwerindustrie und den Großagrariern, als Kampftruppe gegen die Arbeiterbewegung gefördert wurde.

3. Trotz dieser Feststellung wurde die Aufdeckung des gesetzmäßigen Zusammenhanges zwischen Herrschaft des Finanzkapitals und Faschismus bei Rechten wie Linken durch die These verhindert, der Faschismus an der Macht in Italien sei eine bonapartistische Diktatur sowohl über die Arbeiterklasse als auch über die Bourgeoisie einschließlich jener Teile, die zu ihren Förderern gehörten. In Anwendung der opportunistischen Staatsauffassung wurde daraus abgeleitet, das Hauptziel jeder antifaschistischen Politik müsse darin bestehen, durch Koalition mit bürgerlichen Parteien den Faschisten den Weg an die Staatsmacht zu verlegen.

4. Als entscheidendes Kriterium für die Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus galt Rechten wie Linken die soziale Zusammensetzung der Massenbasis des Faschismus. Dementsprechend wurde der Faschismus als eine Bewegung des Kleinbürgertums sowie von Deklassierten aus allen Klassen und Schichten bezeichnet, die ihre bonapartistische Diktatur über die ganze Gesellschaft errichtet hätten. Diese „Bonapartismustheorie“ trat in der zweiten Hälfte der 20er Jahre immer stärker in den Vordergrund

5. Erst ab 1929 wurden – hauptsächlich auf dem linken Flügel – bei Modifikation der Bonapartismusthese Stimmen laut, die immer nachdrücklicher den Klassencharakter des Faschismus aus seiner immer deutlicher werdenden Rolle als Sachwalter der reaktionären Kreise des großen Kapitals erklärten.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und die wachsende faschistische Gefahr führten nicht etwa zu einer theoretischen Vertiefung der sozialdemokratischen Faschismusanalyse in der z. B. von Marck eingeschlagenen Richtung, obwohl bereits jetzt ganz offensichtlich grundlegende Aussagen des rechtssozialdemokratischen Faschismusverständnisses mehr als fragwürdig geworden waren. Die rechten Führer beharrten jedoch darauf, daß diese rechtsradikalen Bewegungen Rinnsalen glichen, die zu normalen Zeiten träge dahinschlichen. „Gibt es aber einmal schlechtes Wetter, so verwandeln sie sich zu reißenden Großbächen, die allerhand Trümmer und Unrat mit sich fortschwemmen.“ Dauernden Schaden hätten sie jedoch niemals anzurichten vermocht.[22] Durch das Gespenst des Faschismus dürfe man sich nicht einschüchtern lassen, schrieb der einflußreiche sozialdemokratische Publizist und Theoretiker Georg Decker.[23]

So wurde allen Tatsachen zum Trotz bis in den Januar 1933 hinein immer wieder der [402] Niedergang der Nazibewegung prophezeit. Die SPD-Führung ging bis an die Grenze des den sozialdemokratischen Anhängern und Wählern Zumutbaren, nämlich bis zur Bereitschaft, gegen das Parlament mit Art. 48 zu regieren, um die Koalitionsregierung unter dem SPD-Reichskanzler Hermann Müller durch Zugeständnisse an die großbürgerlichen Parteien zu retten. Während die linken Kräfte in der SPD diese Taktik als Beweis für die „Nähe des faschistischen Regimes“[24] betrachteten, war die rechte Parteiführung ebenso emsig wie vergeblich bemüht, sich für die herrschende Klasse als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ unentbehrlich zu machen und auf diese Weise die Hinwendung entscheidender Teile der Finanzbourgeoisie zur faschistischen Diktatur zu verhindern.

Während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus hatten die Reformisten die Möglichkeit einer ernsthaften Gefahr des Faschismus mit der Behauptung einer dank dem „organisierten Kapitalismus“ und der „ Wirtschaftsdemokratie“ erreichten „ewigen Prosperität“ verneint. Als die fällige Krise dennoch hereinbrach und sich in ihrem Gefolge große Teile des Kleinbürgertums dem Faschismus zuwandten, wurde dies von den Opportunisten dazu benutzt, die Weltwirtschaftskrise zur Hauptursache für die wachsende faschistische Gefahr zu erklären und dahinter den Zusammenhang zwischen dem Streben der imperialistischen Bourgeoisie nach Beseitigung der Weimarer Republik und dem Aufstieg der Nazibewegung als eine Tatsache von zweit- oder drittrangiger Bedeutung zurücktreten zu lassen.

[22] Vorwärts, vom 27.10.1929.
[23] Georg Decker, Der Kampf um die Demokratie, in: Die Gesellschaft, 4/1929, S. 313.
[24] Max Seydewitz, Drohung mit Artikel 48, in: Der Klassenkampf, 6/1930, S. 161.

Die Zuspitzung der Krise und die Fortschritte der KPD bei ihren Bemühungen um die Herstellung der antifaschistischen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, die besonders nach der Veröffentlichung ihrer „Programmerklärung zur nationalen and sozialen Befreiung“ festzustellen waren, vergrößerten das Dilemma der sozialdemokratischen Taktik. Es bestand darin, daß die SPD-Führung einerseits durch Verbalradikalismus und Zurschaustellung antifaschistischer Kampfentschlossenheit (Eiserne Front) die Wirkung der antifaschistischen Einheitsfrontpolitik der KPD auf die eigenen Anhänger einzudämmen versuchte, andererseits gezwungen war, ihre Tolerierungspolitik immer weiter zu treiben, um für den „gemäßigten“ Flügel der Monopolbourgeoisie ein akzeptabler Partner zu bleiben.

Die offene Tolerierungspolitik gegenüber der Brüning-Regierung (bis Juli 1930) und die darauffolgende verschleierte Tolerierungspolitik wirkte auf das rechtssozialdemokratische Faschismusbild in zweierlei Hinsicht ein: Einmal wurde die Totalitarismuskomponente des rechtssozialdemokratischen Faschismusbildes rabiat verstärkt. Die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus, bei Karl Kautsky in seinem „Mahnruf“ zur Wahl am 14. September 1930 zum Exzeß getrieben[25], blieb unvermindert bis in den Februar 1933 hinein die entscheidende Begründung für die Ablehnung der Aktionseinheit gegen den Faschismus. Zum anderen wurde in der Brüning-Periode die faschistische Gefahr plötzlich in ihrer ganzen Größe und mit starken Worten beschworen, um auf diesem Hintergrund die „Politik des kleineren Übels“ um so einleuchtender erscheinen zu lassen; denn nun seien, wie der Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 15. Juli 1930 im Reichstag erklärte, beim „Ernst der Lage ... zimperliche Erwägungen der Taktik nicht am Platze“.[26]

Unter der Dominanz der zum Demokratie. Diktatur- Schema passenden Gleichsetzung [403] von Faschismus und Kommunismus blieben vereinzelte Versuche, zu einer richtigeren Einschätzung des Klassencharakters des Faschismus zu kommen, im Bereich der theoretischen Diskussion, die ihrerseits nichts von ihrer Heterogenität und Unsicherheit eingebüßt hatte. So konstatierte Decker zu Beginn der zweiten Hälfte des Jahres 1931 eine große Unklarheit gegenüber dem Faschismusphänomen: „Während der eine unter dem deutschen Faschismus nur eine ziemlich genaue Nachahmung der italienischen faschistischen Bewegung versteht, sieht der andere den Faschismus in jeder Art der berufsständischen Ideologie, der dritte im Bestreben nach einer ausgesprochen kapitalistischen Diktatur und der vierte in jeder antidemokratischen Strömung überhaupt.“[27]

Da die Einschätzungen der faschistischen Bewegung aber weiterhin zur apologetischen Begründung der Tolerierungspolitik herhalten mußten, blieb die Faschismusanalyse unscharf und fehlerhaft. Auch richtige Teilerkenntnisse einzelner führender Sozialdemokraten waren ohne Einfluß auf die Politik, die weiterhin von der Überlegung geprägt blieb, die Wirtschaftskrise möglichst schnell zu überwinden und das kapitalistische Wirtschaftssystem wieder zum „normalen Funktionieren“ zu bringen. „Der Hakenkreuzbewegung“, hieß es am 3. Dezember 1931 im „Vorwärts“, „steht das Schicksal bevor, das bisher alle Bewegungen eines durch Wirtschaftskrisen radikalisierten Mittelstandes gehabt haben: Enttäuschung und Zerfall. Gelingt es, den Damm zu halten, bis die Sturmflut abzuebben beginnt, ist alles gewonnen.“[28]

Alexander Schifrin, Eduard Heimann, Ernst Heilmann und auch Rudolf Breitscheid blieben auf dem Leipziger Parteitag 1931 bei den Faschismusdeutungen der 20er Jahre, denen zufolge „Bolschewismus und Faschismus ... Brüder“ waren (so der Parteivorsitzende Otto Wels)[29] und der Nationalsozialismus, eine „plebejische Gegenrevolution“, die „letzte Reserve der Gegenrevolution schlechthin“ (Schifrin)[30]. Eine Akzentverlagerung gegenüber den Faschismusdeutungen der frühen 20er Jahre enthielt der Definitionsversuch von Georg Decker, der in dem Bestreben, anstelle der Kommunisten und des Kommunismus die Sozialdemokraten und die bürgerliche Demokratie zum eigentlichen und hauptsächlichen Gegner des Faschismus zu erklären, ausführte: „Erstens ist der Faschismus keine

[25] Vorwärts, vom 12.9.1930.
[26] Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1947, S. 391.
[27] Siehe Die Gesellschaft, 6/1931, S. 482.
[28] Vorwärts, vom 3.12.1931.
[29] Sozialdemokratischer Parteitag Leipzig 1931. Protokoll, Berlin 1931, S. 19.
[30] Siehe Alexander Schifrin, Wandlungen des Abwehrkampfes, in: Die Gesellschaft, 5/1931, S. 416.

unmittelbare Reaktion auf die revolutionäre Umwälzung, keine Gegenrevolution ..., sondern Reaktion gegen die Demokratie inmitten der demokratischen Entwicklung. Zweitens richtet der Faschismus zugleich die Spitze gegen die Demokratie und gegen die selbständige Arbeiterbewegung, ist also eine Reaktion gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse. Drittens erstrebt der Faschismus eine Umwandlung der Staatsform ... Und viertens verbindet sich der Faschismus mit einer intensiven Massenaktivität, die erst einer entsprechenden politischen Richtung ihr besonderes faschistisches Gepräge gibt."[31]

Rudolf Hilferding, einstmals ein bedeutender marxistischer Theoretiker, gab Anfang 1932 eine ebenso flache wie desorientierende Einschätzung des Faschismus, mit der er sich in die Nähe des psychologisierenden Hendrik de Man[32] begab; er schrieb, daß „Träger dieser (der nationalsozialistischen – H. N.) Bewegung ... alle Deklassierten" seien, die „durch den Nationalismus ... und durch jene für Deutschland charakteristische tiefe ge-[404]sellschaftliche Abneigung gegen die Arbeiterschaft" geeint würden.[33] Dem Vergessen überlassen wurden realistischere Feststellungen aus den Tagen der Harzburger Front, als im „Vorwärts" zu lesen war, daß es sich bei dieser Koalition der Hochfinanz, des Junkertums und des Militarismus mit dem Hitlerfaschismus um eine Klassenfront handele, der es „um die Vormachtstellung des Großbürgertums in Staat und Gesellschaft" gehe,[34] und daß der Faschismus „die Klassenherrschaft des Großbürgertums in brutalster Form" sei.[35]

Die Zuspitzung der politischen Situation bewirkte, daß in den sozialdemokratischen Faschismusdeutungen die beiden Klassenlinien schärfer hervortraten. Während die SPD-Führung in ihren Stellungnahmen zum Faschismus zwischen den Erfordernissen ihrer demagogischen antifaschistischen Tagesagitation und der opportunistischen Stillhaltepolitik ihres kurzsichtigen politischen Pragmatismus hin- und herschwankte, formierte sich auf dem rechtesten Flügel um die „Neuen Blätter für den Sozialismus" eine nationalistische Gruppe jüngerer Intellektueller – meist ehemalige Freiwillige und Offiziere des ersten Weltkrieges –, die aus ihrer Sympathie für den Faschismus heraus eine Allianz mit der faschistischen Strasser-Gruppe in Erwägung zog.

Bei den linken Sozialdemokraten dagegen war zur gleichen Zeit wachsende Klarheit über den Klassencharakter des Faschismus festzustellen. Beeinflußt von den kommunistischen Analysen hatte die linke Opposition auf dem Leipziger Parteitag 1931 in einer Resolution zum Referat Breitscheids eine Definition eingebracht, deren Kernsatz lautete: „Der deutsche Nationalsozialismus ist bestimmt durch den Monopolkapitalismus in einem Lande mit feudalkapitalistischer Tradition, in dem der Faschismus Kampfwaffe des herrschenden Monopolkapitalismus gegen die Arbeiterklasse ist."[36]

Damit hatten die linken Kräfte eine im Prinzip richtige, eindeutige Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus vorgenommen und begonnen, sich von der Bonapartismusthese, die längere Zeit bei linken Sozialdemokraten vorherrschend war, zu lösen.[37]

Aber weder diese Einsichten der Linken noch die eigenen Teilerkenntnisse, die hinreichend für eine realistischere Strategie des antifaschistischen Kampfes gewesen wären, wurden von der SPD-Führung beherzigt. Gegen jede Initiative in der Partei und in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen, sich zur wirksamen außerparlamentarischen Abwehr der Nazis zu organisieren und mit den Kommunisten zu verbinden, ging sie mit aller Schärfe und Konsequenz vor.

Um die Jahreswende 1932/33 erreichte die Verharmlosung der faschistischen Gefahr ihren Höhepunkt. Man bejubelte die illusionären Erfolge der vermeintlichen eigenen politischen Schläue. „Bei Hochfinanz, bei Schwerindustrie und Großgrundbesitz hat der Hitlerismus schon seit längerer Zeit

[31] Die Gesellschaft, 6/1931, S. 485 f.
[32] Siehe Anm. 14.
[33] Rudolf Hilferding, Unter der Drohung des Faschismus, in: Die Gesellschaft, 1/1932, S. 8 f.
[34] Vorwärts, vom 11.10.1931.
[35] Ebenda, vom 18.11.1931.
[36] Das Ergebnis des Leipziger Parteitages, in: Der Klassenkampf, Sonderheft 1931, S. 29.
[37] Allerdings wurde die Bonapartismustheorie in der 1931 von der SPD abgespaltenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) unter dem Einfluß von zu dieser Partei stoßenden ehemaligen Funktionären der KPO (Kommunistische Partei – Opposition) wieder vorherrschend.

abgewirtschaftet“, schrieb der „Vorwärts“ am 1. Januar 1933. Hilferding feierte die Tolerierungspolitik mit Worten bar jeden Schimmers einer richtigen Einschätzung des Faschismus: „Die faschistische Bewegung ist in Deutschland aus der Staatsmacht, deren Ergreifung so unmittelbar bevorzustehen schien, ferngehalten [405] worden dank der Taktik der Sozialdemokratie, die durch ihre Tolerierungspolitik den Zusammenschluß des Bürgertums zu einer reaktionären Masse unter faschistischer Führung vermieden und den Eintritt der Faschisten in die Regierung während des Aufstieg hindert hat.“[38]

Diese Täuschung war für Opportunisten und Reformisten viel zu tröstlich, um nicht begierig und gläubig aufgegriffen zu werden. Auch der konsequente Antikommunismus im Verhalten zur KPD – die weiterhin für eine kaum geringere Gefahr denn die Nazis ausgegeben wurde – schien durch einen solchen Erfolg gerechtfertigt. In einem Brief an Kautsky schrieb Hilferding am 1. Dezember 1932: „Die Situation ist freilich sehr unangenehm, die faschistische Gefahr noch immer drohend, und das Anwachsen der Kommunisten beunruhigt unsere Leute um so mehr, da ein weiterer Fortschritt in dieser Richtung tatsächlich die Gefahr brächte, daß die Anziehungskraft der Kommunisten sich stark vergrößerte, sobald sie numerisch uns überflügelten.“[39]

So verwundert es kaum, daß der tiefe Einschnitt des 30. Januar 1933 sich lediglich der schwächlichen verbalen Feststellung im Aufruf des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion widerspiegelte, im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg sei die Harzburger Front wieder auferstanden. „Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen auf das heftigste befehdeten, haben sich zusammengeschlossen zu gemeinsamem Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären großkapitalistischen und großagrarischen Konzentration.“[40] Aber da die Machtübernahme unter dem fadenscheinigen Deckmantel der Verfassung erfolgte, wurde der Hitlerregierung bescheinigt, eine „rechtmäßige“ Rechtsregierung zu sein, statt Alarm zu schlagen und an jene Kennzeichnungen des Faschismus in sozialdemokratischen Analysen zu erinnern, in denen er als reaktionär, antidemokratisch, antiparlamentarisch, terroristisch und diktatorisch charakterisiert worden war.

Wie schon der 20. Juli 1932 – der Papen-Staatsstreich in Preußen – offenbarte auch der 30. Januar 1933, daß nicht die lautstark verkündeten Ziele der „Sozialistische Aktion“ und auch nicht die formal richtigen Teilerkenntnisse linker Kräfte über den Faschismus die Politik des Parteivorstandes bestimmten, sondern die Sorge, eine antifaschistische Massenbewegung mit Beteiligung einer starken kommunistischen Partei könnte der Kontrolle des Opportunismus entgleiten und über die Verteidigung der bürgerlichen Weimarer Demokratie hinaus zum Kampf für eine Erweiterung der Demokratie vorstoßen.

In der gleichen Richtung wirkte die ständige Verharmlosung der faschistischen Gefahr. Mit ihr hemmte die Parteiführung die Bereitschaft der sozialdemokratischen Arbeiter, dem kommunistischen Ruf zur Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront Folge zu leisten, und sicherte sich die Gefolgschaft der Mitgliedermassen trotz deren wachsender Unzufriedenheit mit der Stillhaltepolitik der Führer.

So kam die antifaschistische Potenz der Sozialdemokratie und der von ihr geführten Gewerkschaften sowie die Nazigegnerschaft der Mehrzahl der führenden Sozialdemokraten nicht zum Tragen, weil ihr Antikommunismus noch stärker war als ihr Antifaschismus, und weil sie nicht bereit waren, mit dem Faschismus auch dessen Mutterboden, das imperialistische Herrschafts- und Wirtschaftssystem, zu bekämpfen.

[406] Der Sieg des Faschismus bewies den völligen Bankrott der rechtssozialdemokratischen Politik und Ideologie, ganz besonders aber der rechtssozialdemokratischen Faschismusauffassungen. Die Repräsentanten der bürgerlichen Klassenlinie in der SPD erwiesen sich aber auch jetzt weder in der Lage noch willens, daraus die Konsequenzen zu ziehen und eine ernsthafte Analyse des Faschismus und der Ursachen seines Sieges vorzunehmen. Davon zeugen verschiedene Dokumente aus den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933, von denen hier nur zwei genannt sein sollen, nämlich ein Brief

[38] Rudolf Hilferding, Zwischen den Entscheidungen, in: Die Gesellschaft, 1/1933, S. 8.
[39] Internationales Institut für Sozialgeschichte, (im folgenden: IISG), Amsterdam, Nachlaß Karl Kautsky.
[40] Vorwärts, vom 31. 1. 1933 (Morgenausgabe).

Rudolf Hilferdings an Karl Kautsky vom 13. April 1933 und ein Aufruf des Emigrationsvorstandes der SPD (SOPADE) vom Juni 1933.

Der Brief Hilferdings ist besonders aufschlußreich, weil er den tiefsten Grund der selbstmörderischen Politik der rechten Sozialdemokraten enthüllt, die Tatsache nämlich, daß ihr Haß gegen den Kommunismus und ihre Furcht vor der proletarischen Revolution noch größer waren als ihre Gegnerschaft gegen und ihre Furcht vor dem Faschismus. Hilferding schrieb an Kautsky: „Ich habe von je wie Du im Bolschewismus und seinen Rückwirkungen die größte Gefahr gesehen und in der bolschewistischen Machtergreifung ein konterrevolutionäres Faktum für die übrige Welt, und wie sehr haben wir Recht behalten.“[41] Im selben Brief schrieb Hilferding, daß der zweite Akt der faschistischen Machtergreifung begonnen habe: „In ihm wird der Faschismus seine Alleinherrschaft stabilisieren. Er hat sich nicht nur der Staatsmacht bemächtigt, sondern auch der wirtschaftlichen Organisation. Zuerst der bürgerlichen. Der gesamte, in Deutschland so stark ausgebildete Organisationsapparat ist unter die Führung der Nat. soz. Partei gestellt.“ Wie man sieht, war bei Hilferding von Marxismus auch nicht der geringste Rest mehr feststellbar. Seine Sicht auf den Faschismus war die Sicht eines aus liberalen Wunschträumen gerissenen Bürgers.

Der erwähnte Aufruf der SOPADE „Zerbrecht die Ketten“ ging davon aus, daß die reaktionären Großkapitalisten und Großagrarier mittels der Nazipartei der Arbeiterklasse eine schwerwiegende Niederlage beigebracht hätten und die Wirtschaftskrise ihnen geholfen habe, alle Deklassierten zu einer Rebellion gegen den Staat zu führen und diesen zu erobern. An die Stelle der Demokratie sei die Despotie getreten, die schonungslos alle unterdrücke, „auch die bürgerlichen Parteien, auch diejenigen, die töricht genug gewesen waren, ihr zur Macht zu verhelfen“.[42]

Dieses eklektische Gemisch aus verschiedensten Elementen sozialdemokratischer Faschismusauffassungen gipfelte in maßlosem Antikommunismus, indem die KPD mit der Behauptung verleumdet wurde, sie habe nicht nur kein Interesse an der Verteidigung der Demokratie gehabt, sondern „mit den Feinden der Volksfreiheit gemeinsame Sache“ gemacht; der Kommunismus sei „ein einziges Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse und ein furchtbares Verhängnis für sie gewesen.“ Er habe „den parlamentarischen Einfluß der Arbeiterbewegung gelähmt, ... den Kampf um die Unorganisierten und Indifferenten erschwert, die Gewerkschaften geschwächt, das Spiel der Reaktion erleichtert.“

Der Emigrationsvorstand sah sich jedoch schließlich gezwungen, dem Druck linker Kräfte Rechnung zu tragen, was im Prager Manifest vom Januar 1934 seinen Niederschlag fand.[43] Obwohl auch in diesem Dokument eine gründliche Analyse des Klassencharakters des Faschismus fehlte,[44] wurden Zugeständnisse an die linke Opposition in verschiedenen [407] Aussagen des Dokuments sichtbar. Die Errichtung der faschistischen Diktatur wurde als „Sieg des totalen Staates“ bezeichnet, eines Staates, der den Interessen des Großkapitals diene.

In der Folgezeit gab es zwar eine Vielzahl von Äußerungen verschiedener prominenter Sozialdemokraten zur Faschismusproblematik,[45] aber der Parteivorstand setzte seine Hoffnungen auf die erneute Heranziehung der Sozialdemokratie zu irgendeiner Form der Tolerierungs- oder gar der Koalitionspolitik seitens der Reichswehrgeneralität und der ehemaligen Koalitionspartner; deshalb war er an einer Aufdeckung der Klassengrundlagen des Hitlerregimes nicht interessiert.

Indessen bewirkte der Faschismus an der Macht eine sich rasch weiter vertiefende Divergenz zwischen rechts- und linkssozialdemokratischen Faschismusauffassungen. Die realen Erfahrungen und

[41] IISG, Amsterdam, Nachlaß Karl Kautsky.
[42] Neuer Vorwärts, vom 18.6.1933. Die folgenden Zitate in: ebenda.
[43] Dieter Lange, Das Prager Manifest von 1934, in: ZfG, 7/1972, S. 843 ff.; Heinz Niemann, Zur Vorgeschichte und Wirkung des Prager Manifestes der SPD, in: ZfG, 8/1965, S. 1355 ff.
[44] Hilferding hielt es für überflüssig, „nochmals ausführlich das Wesen des Faschismus zu analy-[407]sieren und für schädlich, Reuebekenntnisse“ abzulegen (Brief Rudolf Hilferdings an Curt Geyer vom 11.1.1934, in: Mit dem Gesicht nach Deutschland, Düsseldorf 1968, S. 214).
[45] Siehe Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933-1938, St 1952, S. 87 ff.

die ausreifende Faschismusanalyse der Kommunistischen Internationale übten einen positiven Einfluß auf die linkssozialdemokratischen Bemühungen um eine realistisches Faschismusbild und auf die Stellung der Linken zur antifaschistischen Einheitsfront aus.

Anfänglich wurden Auffassungen über den großkapitalistischen Charakter des Faschismus nicht nur in der von Paul Hertz redigierten „Sozialistischen Aktion“[46], sondern sogar vereinzelt im „Neuen Vorwärts“ Raum gegeben[47], der jedoch schon sehr früh vor allem für die Verbreitung der „Bonapartismustheorie“[48] und für die Darstellung der faschistischen Diktatur als der „Despotie Hitlers“ sorgte[49].

Die rechtssozialdemokratischen Faschismusauffassungen widerspiegelten sich sowohl in grundlegenden Dokumenten wie den Aufrufen der SOPADE „Für Deutschland – gegen Hitler“ vom 30. Januar 1936 und „An das deutsche Volk“ zum Kriegsausbruch am 1. September 1939 als auch in Artikeln, Dokumenten und Reden führender SOPADE-Vertreter wie Hilferding und Geyer, Stampfer, Tarnow und Riepekohl.

Der Aufruf der SOPADE vom Januar 1936 war darauf berechnet, der Wirkung der Analysen und Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der KPD durch schroffe Abgrenzung von den Kommunisten und Herausstellung der eigenen entschlossenen Nazigegnerschaft entgegenzutreten. Es wurde richtig festgestellt, daß Hitler die Peitsche für das Großkapital schwinge; aber Forderungen nach dessen Beseitigung als Grundlage des Faschismus unterblieben. Jede taktische Differenz im Lager der Monopolbourgeoisie wurde als Beweis für deren fortschreitende Abkehr vom Hitlerregime gedeutet.[50]

Die Leugnung des imperialistischen Klassencharakters des Faschismus fand ihre Er-[408]gänzung in der bewußten Herabminderung der Rolle der Arbeiterklasse im antifaschistischen Kampf. Diese Linie gipfelte 1939 in der von Hilferding und Geyer ausgearbeiteten Konzeption, die unter der Überschrift „Partei der Freiheit“ veröffentlicht wurde. Erstmalig legte Hilferding diese Konzeption in der Sitzung der Exekutive der SAI vom 14. bis 16. Januar 1939 dar, auf der über den „Kampf für die Demokratie“ diskutiert wurde.

Hilferding konstatierte eine völlig neue Situation, die sich seit dem „Untergang aller Freiheit östlich des Rheins“ ergeben habe. Heute gelte es nicht mehr, den Kampf für den Sozialismus zu führen, sondern den Kampf um die Ideen des Westens, „um unsere ganze Kultur, es geht nicht mehr um den Klassengegensatz im alten Sinn, sondern für diesen Kampf muß alles gewonnen werden, was zugänglich ist in den Ideen der Freiheit und der Zivilisation. Damit ist der Sozialismus an den zweiten Platz gerückt.“[51] Er behauptete, daß die – wie er es nannte – „Tragik der Arbeiterbewegung“ 1917 mit dem Sieg der Bolschewiki begonnen habe. „Der Bolschewismus hat den Gegensatz zwischen Sozialismus und Demokratie zu einem Prinzip gemacht. Deshalb genügt nach unserer Auffassung nicht ein allgemeines Bekenntnis zur Demokratie, sondern notwendig ist die schärfste Abgrenzung gegenüber der proletarischen Diktatur.“ Freiheit und Demokratie seien „etwas Absolutes. Darum tue eine Reinigung der Gesinnung in bezug auf die Demokratie not ... Wichtiger als irgend etwas (auch den Sozialismus) zu erreichen, sei, die Freiheit zu bewahren.“

Hilferding definierte am Schluß seines Referates den Faschismus „als die Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter einen Staatsapparat, der eine Macht für sich geworden ist und diese Macht ständig erweitern muß, wenn er nicht zugrunde gehen will; daher entspringt auch sein Angriffswille seinem inneren Wesen und Gesetz.“

---

[46] Sozialistische Aktion, Januar 1936 („Hitler ohne Hintermänner“).
[47] Neuer Vorwärts, vom 1.4.1934 („Wer diktiert dem Diktator? Der Klassencharakter der braunen Herrschaft“).
[48] Z. B. veröffentlichte der Neue Vorwärts am 26.11.1933 in der Beilage unter dem Titel „Lehren der Geschichte. Adolf Hitler – Louis Bonaparte“ über eine ganze Druckseite Auszüge aus dem „18. Brumaire“ von Karl Marx, die mit dem Satz eingeleitet wurden: „Diese 1852 verfaßte Schrift liest sich stellenweise wie eine Darstellung des heutigen Deutschland.“
[49] Siehe ebenda, vom 6.8.1933.
[50] Deutschlandbericht der SOPADE, September 1937, S. 13; Neuer Vorwärts, vom 13.2.1938.
[51] Für dies und die folgenden Zitate: IISG, Amsterdam, SAI-Fonds, Nr. 547; Aufzeichnung über die Tagung für die Mitglieder der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (als Verfasser zeichnete O. P., d. i. vermutlich Oscar Pollak).

Um seine Behauptung von der völligen Unfähigkeit der Arbeiterbewegung zum erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus zu begründen, schloß Hilferding: „Unsere Epoche ist gekennzeichnet durch das Primat der Außenpolitik; Außenpolitik aber ist Machtpolitik und kann daher mit Erfolg nur von Regierungen geführt werden." Die Arbeiterbewegung sei dafür ungeeignet, ihrem historischen Wesen entspreche es, „daß ihr die Vierzigstundenwoche wichtiger sei als die spanische Frage". Der entscheidende Gegensatz gehe „durch alle Klassen: auf der einen Seite das Lager derer, die die Freiheit und Kultur verteidigen wollen – auf der anderen Seite der Faschismus".

Der Berichterstatter O. P. fügte seiner Wiedergabe der Hilferdingschen Ausführungen einen eigenen kurzen Kommentar hinzu, indem er schrieb, diese Auffassung führe „geradewegs zur Selbstauflösung des Sozialismus: er ist in diesem Bild weder Einsatz des Kampfes, noch wirkende Kraft, er hat zurückzutreten – aber wen soll die Arbeiterklasse an ihrer Stelle, an der Stelle selbständiger und zielbewußter eigener Politik agieren lassen? Die bürgerlichen Regierungen und das Lager der ‚Freiheit'!" Völlig zutreffend schlußfolgerte er: „Das ist das Programm der völligen Abdankung der sozialistischen Idee und Bewegung, das schnödeste Liquidatorentum!" Dem ist nichts hinzuzusetzen.

In der Programmschrift „Partei der Freiheit"[52], die wenig später erschien, verknüpfte Curt Geyer diese Konzeption mit der offenen Polemik gegen alle linken sozialdemokrati-[409]schen Gruppen, die sich zu dem Ziel einer revolutionär-marxistischen Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie bekannten. In dieser Schrift wurde aus dem vom Opportunismus konstruierten Gegensatz von Demokratie und Diktatur der Gegensatz zwischen der „freiheitlich-demokratischen" Welt einerseits und Faschismus-Kommunismus andererseits abgeleitet. Eine der entscheidenden Thesen lautete: „Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus ist kein Klassenstaat mehr im Sinne der marxistischen Theorie. Es herrscht nicht eine Klasse, die nach dem Schema der marxistischen Klassenlehre definiert werden könnte."[53] Darum sei „der antifaschistische Kampf ... kein Klassenkampf, und die Ideen, die ihn tragen, sind nicht aus Klassenlage und Klasseninteresse geboren, sondern sind ewig, weil sie mit dem wahren Wesen des Menschen als Geisteswesen verknüpft sind".

Was Geyer und Hilferding als letzte, unwiderlegbare Wahrheit verkündeten, nämlich die Beseitigung der Klassen und des Klassenkampfes durch den Faschismus, wurde von Stampfer im „Neuen Vorwärts", in Frageform gekleidet, weiterkolportiert: „War es wirklich die Bourgeoisie, die Hitler zur Macht verholfen, und ist es die Bourgeoisie, die aus seinem Regime Vorteile zieht?"[54]

Theoretisch weniger ambitiös als Hilferding und Geyer, dafür überaus deutlich in den praktisch-politischen Schlußfolgerungen war eine Ausarbeitung von Wilhelm Riepekohl hinter der Fritz Tarnow stand; sie lag einer Konferenz führender sozialdemokratischer Emigranten am 8. April 1940 in Kopenhagen zur Beratung vor.[55] Riepekohl setzte darin seine Hoffnungen auf jene Kreise der Monopolbourgeoisie, die für eine gemeinsame Kampffront aller imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion eintreten und deshalb zum gegebenen Zeitpunkt sich Hitlers und seines Regimes entledigen würden. In der darauffolgenden Ordnung sollten sozialökonomische Umwälzungen unterbleiben und Nazis und Kommunisten gleichermaßen vom politischen Leben ausgeschlossen werden.

---

[52] Eine ausführliche Analyse siehe Heinz Niemann, Wesen und Entwicklung der rechtssozialdemokratischen Sozialismusauffassung (1921-1939). Ein ideologiegeschichtlicher Beitrag zur Genesis des „demokratischen Sozialismus", phil. Diss. (B), Leipzig 1973, (Ms), S. 134 ff.

[53] Curt Geyer, Die Partei der Freiheit, Paris 1939, S. 13. – Die bisher nachgewiesene Tatsache, daß die SOPADE diese Schrift nur aus taktischen Gründen unter Geyers Namen erscheinen ließ, kann jetzt dahingehend ergänzt werden, daß ihr eigentlicher geistiger Vater Hilferding war. In einem Brief von Paul Hertz an Karl Frank vom 20.10.1939 heißt es: „Ich traf vor einigen Tagen Rudolf Hilferding ... Schließlich leitete ich durch die Bemerkung, wenn wir schon über Bücher reden, wollen wir doch auch uns über die Schrift von Geyer unterhalten, zu diesem Thema über. Es bestätigt sich, was ich immer gesagt habe: der intellektuelle Urheber dieser Schrift ist nicht C. G., sondern R. H. Wenn ich sie geschrieben hätte, so würde sie noch viel deutlicher geworden sein" (IISG, Amsterdam, Nachlaß Paul Hertz, Mappe X).

[54] Neuer Vorwärts, vom 25.5.1939.

[55] Siehe Dieter Lange, SPD und Hitlerfaschismus. Die deutsche Sozialdemokratie nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges (September 1939 bis Juni 1941), phil. Diss., Berlin 1965, (Ms), S. 85 ff.

Die rechten Kräfte der deutschen Sozialdemokratie hielten im Grunde ihres Herzen bis zum Ende des Krieges, auch nach dem Überfall auf die Sowjetunion, an dieser Einstellung fest. Angesichts der grundlegend neuen politischen Konstellation nach dem 22. Juni 1941 und der unaufhörlich wachsenden Sympathien der Völker für die Rote Armee und die Sowjetunion mußten sie jedoch wenigstens nach außen hin darauf verzichten, ihrem extremen Antikommunismus weiterhin ungehemmt freien Lauf zu lassen. Diese Konzeption verlor außerdem auch dadurch etwas an Einfluß, daß ihre prominentesten Vertreter Hilferding und Geyer, aus den Reihen der SOPADE ausschieden – Hilferding durch seine [410] Ermordung in einem Gestapogefängnis in Paris im Februar 1941, Geyer durch Austritt aus der Landesgruppe der deutschen Sozialdemokraten in England. Der Dritte in diesem Bunde, Stampfer, ging Ende 1940 in die USA, wo er von der westeuropäischen sozialdemokratischen Emigration relativ isoliert war.

Der Überfall auf die Sowjetunion war nicht nur ein ungeheures Verbrechen an den Völkern der UdSSR, sondern stellte zugleich das bisher schwerste Verbrechen des faschistischen deutschen Imperialismus an der deutschen Nation selbst dar. Das Zentralkomitee der KPD forderte in seinem Aufruf vom 24. Juni 1941 das deutsche Volk zum Kampf gegen dieses Verbrechen am sowjetischen und am eigenen Volk auf. „Unser Feind steht im eigenen Land: Die faschistischen Landsknechte der Großkapitalisten, der Kriegsgewinnler sind unser Feind! Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein. In unseren Händen, in den Händen des schaffenden deutschen Volkes, liegt jetzt das Schicksal unserer Nation.“[56] Durch den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg trat sein Charakter als antifaschistischer, nationaler Befreiungskrieg der Völker voll hervor. Sein Ziel mußte die endgültige und vollständige Vernichtung des deutschen und italienischen Faschismus und Militarismus sein. An der Haltung zu diesen Fragen und zur Sowjetunion erwiesen sich auch Wert und Unwert der jeweils vertretenen Faschismustheorie.

In den Stellungnahmen der verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen zum Überfall auf die UdSSR widerspiegelte sich die ganze politische Zerrissenheit der sozialdemokratischen Emigration. Von Vertretern linkssozialistischer Gruppen in der englischen Emigration – Neu Beginnen, Sozialistische Arbeiterpartei und Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) – war im Frühjahr 1941 die Initiative zur Sammlung der sozialdemokratischen Emigration ausgegangen. Als Ergebnis dieser Bemühungen war im März 1941 die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ entstanden; ihr hatten sich, um nicht in die Isolierung zu geraten, auch Erich Ollenhauer und Hans Vogel als Vertreter des Emigrationsvorstandes SOPADE angeschlossen. Gegen den Widerstand dieser beiden[57] hatten die linkssozialistischen Kräfte in der Gründungserklärung der Union die Formulierung durchgesetzt: „Die deutschen Sozialisten in Großbritannien sind einig in der Überzeugung, daß die militärische Niederlage und der Sturz des Hitlersystems, die endgültige Überwindung des deutschen Militarismus und die Beseitigung der sozialen Grundlagen der Hitlerdiktatur unerläßliche Voraussetzungen bilden für einen dauerhaften Frieden, den Wiederaufbau Europas und eine demokratische und sozialistische Zukunft Deutschlands.“[58]

Die mit der Gründung der Union erreichte Einigung der sozialdemokratischen Emigration in England erwies sich bereits wenige Monate später, bei der ersten ernsthaften Prüfung, als brüchig. Als es nach dem 22. Juni 1941 galt, die Haltung der Union zum Sowjetstaat zu bestimmen, verhinderten die nur mühsam überbrückten Gegensätze zwischen SOPADE und den linkssozialistischen Gruppen das Zustandekommen einer gemeinsamen Erklärung. Die Londoner SOPADE verkündete ganz im Geiste des damaligen erzreaktio-[411]nären amerikanischen Senators und späteren USA-Präsidenten Truman[59]

[56] Die Welt (Stockholm), vom 11.7.1941, S. 886; siehe auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 289 ff.

[57] Siehe Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945, Hannover 1969, S. 95 f.

[58] Siehe Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien 1941-45, London 1945, S. 26.

[59] Der damalige Senator H. Truman hatte im Juni 1941 erklärt: „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und auf diese Weise so viele wie möglich einander totschlagen lassen“ (New York Times, 24.6.1941).

unumwunden: „Gelingt einer der beiden Armeen ein schneller Sieg, dann kann ihr auf dem europäisch-asiatischen Festland niemand mehr ernstlichen Widerstand leisten. Erschöpfen sie sich in langen Schlachten, dann kann die Macht der britischen und amerikanischen Demokratie zum beherrschenden Faktor der politischen Neugestaltung der Welt werden.“[60]

Im Gegensatz zu dieser proimperialistischen Position der SOPADE bekannten sich die Vertreter der linken Gruppen zur Solidarität mit der Sowjetunion. Die Londoner SAP-Mitglieder erklärten auf einer Mitgliederversammlung am 28. Juni 1941 einmütig: „Wir stehen in diesem Kampf voll und ganz und bedingungslos auf der Seite der Sowjetunion, die in den Gehirnen und Herzen der Millionen Arbeiter und Unterdrückten unter dem des Nazifaschismus immer noch die Oktoberrevolution repräsentiert.“[61]

Eine ähnliche Haltung nahmen auch Neu Beginnen und sogar der ISK ein; letzterer befürwortete ein Bündnis Englands mit der Sowjetunion. Das Auslandsbüro von Neu Beginnen gab in einer Denkschrift „Klare Fronten! Die deutschen Sozialisten und Hitlers Überfall auf die Sowjetunion“ am 20. August 1941 eine bemerkenswerte Stellungnahm ab. Im Unterschied zu den rechten Führern unternahm das Auslandsbüro Neu Beginnen mit seiner Denkschrift, trotz ihrer Zwiespältigkeit, den ersten ernsthaften Versuch, sich sachlich mit der seit dem 22. Juni 1941 veränderten Kriegslage auseinanderzusetzen. Mit dieser maßgeblich von Richard Löwenthal[62] verfaßten Denkschrift stellte sich das Auslandsbüro Neu Beginnen von vornherein auf den Boden der sich herausbildenden Antihitlerkoalition und wandte sich dementsprechend weitgehend von antikommunistischen Auffassungen ab, die es bislang aktiv unterstützt hatte.

Neu Beginnen vertrat allerdings dabei die falsche Auffassung, daß die Sowjetunion mit dem Überfall Hitlerdeutschlands gezwungen worden sei, wieder in die „antifaschistische Weltfront“ zurückzukehren, von der sie sich im Interesse ihrer eigenen Sicherheit im Sommer 1939 zurückgezogen habe. Die Verfasser hielten es jedoch entgegen ihren eigenen früheren Behauptungen für erforderlich, darauf hinzuweisen, daß die Maßnahmen der Sowjetunion zur Sicherung ihrer Westgrenzen in den Jahren 1939 und 1940 nichts zu tun hätten „mit jenem ideologischen Block oder jener angeblichen Eroberungssucht des ‚roten Imperialismus‘ ..., der ihr häufig zugeschrieben worden ist ... Es ist heute besonders notwendig, die letztgenannte Redensart zu liquidieren und zu verstehen, daß sie die begrenzten Annexionen in jener Phase aus Sicherheitsgründen vorgenommen hat, und nichts mit jenem unbegrenzten Expansionsstreben gemein hat, für den in Rußland alle ökonomischen Voraussetzungen fehlen.“[63]

Während die Londoner Parteivorstandsgruppe und die 1938 in den USA gebildete rechtssozialdemokratische „German Labour Delegation“ also weiterhin hartnäckig auf ihren militant antikommunistischen Positionen verharrten, bekundete Neu Beginnen Sympathie für den unerschrockenen Widerstand des Sowjetvolkes. Dabei betonten die Verfasser der Denkschrift bei weitgehender Zurücknahme der Totalitarismusdoktrin, daß die Entschlos-[412]senheit des Sowjetvolkes nicht zufälliger Natur war, sondern ihre politische und ökonomische Grundlage in der von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung freien Sowjetordnung hatte. Da von den meisten rechten Sozialdemokraten die sozialistische Gesellschaftsordnung der UdSSR nur durch die Brille des von ihnen künstlich konstruierten „unüberbrückbaren“ Gegensatzes zwischen Diktatur des Proletariats und Demokratie betrachtet wurde, erlangte die von Neu Beginnen unabhängig von ihrer taktischen Funktion getroffene Feststellung über die Sowjetunion eine ganz besondere Bedeutung: „Die Sowjetunion zeigt in der Feuerprobe, was diese Errungenschaften der Revolution und des Aufbaus für ihre Arbeiter und Bauern bedeuten. Sie beweist damit, daß ihr diktatorisches Regime nicht der Ausdruck einer reaktionären gesellschaftlichen Entwicklung, nicht ein Werkzeug zur Unterdrückung der aufsteigenden Kräfte in der Gesellschaft ist, sondern der Ausdruck der besonderen Schwierigkeiten und Opfer unter den Bedingungen der russischen Isolierung. Und sie widerlegt damit anschaulich die Einseitigkeit jener So-

[60] Sozialistische Mitteilungen, 27/1941, S. 1.
[61] Informationsbrief des Büros der SAP-Ortsgruppe London an ihre Mitglieder in England, 1/1941.
[62] Mündliche Auskunft Richard Löwenthals an den Verfasser.
[63] The Left News, S. 1870.

zialisten, die in Rußland nur die Diktatur sehen und darüber den sozialen Inhalt der russischen Entwicklung vergessen.“[64]

Die Schlacht bei Moskau, die Bildung der Antihitlerkoalition, der Aufschwung des antifaschistischen Befreiungskampfes der unterdrückten und angegriffenen Völker – diese und andere Faktoren bewirkten auch in der sozialdemokratischen Emigration eine Veränderung des politischen Klimas. Mit dieser Situation beschäftigte sich die Londoner SOPADE-Gruppe auf ihrer ersten Landeskonferenz am 7. und 8. November 1942 im Austrian Labour Club House in London.[65] Die Reden Vogels und Ollenhauers[66] widerspiegelten zumindest teilweise die realen Veränderungen des Kriegsverlaufs im Ergebnis der heroischen Kämpfe der Roten Armee, ohne allerdings an ihrer prowestlichen Orientierung etwas zu ändern. Schwerwiegend war das Festhalten an der These, daß der Sturz Hitlers nur im Ergebnis des militärischen Sieges der Alliierten, d. h. nicht aus eigenen Kräften oder mit einem gewichtigen Beitrag der deutschen antifaschistischen Bewegung erfolgen könne.

Vogel war gezwungen, sich ausdrücklich mit dem Verhältnis zur KPD zu beschäftigen, da selbst innerhalb der SOPADE-Gruppe einige Mitglieder, die sich um Victor Schiff scharten, die Herstellung eines sachlichen Bündnisses mit der KPD forderten. Vogel lehnte dies jedoch mit der Erklärung ab, daß eine Verständigung mit der KPD für die zukünftige deutsche Arbeiterbewegung bedeute, auf jede Selbständigkeit zu verzichten „und sich dem Kommando Rußlands und der Kommunistischen Internationale“ zu unterwerfen.[67]

Mit dieser Haltung entwertete die SOPADE-Gruppe ihr Bekenntnis zur antifaschistischen, antiimperialistischen und wahrhaft demokratischen Neugestaltung Deutschlands ohne Militarismus und Imperialismus, das weitgehend mit der Politik der KPD übereinstimmte, so, wenn Ollenhauer feststellte: „Zwischen 1918 und heute liegt eine Welt von Erfahrungen und Erkenntnissen für uns. Es gibt kein Zurück zum November 1918 und zur Republik von Weimar. Heute wissen wir: Es ist wichtig für die Arbeiterklasse, die poli-[413]tische Macht zu erkämpfen, aber noch wichtiger ist es, sie zu behaupten und zielbewußt anzuwenden.“[68]

Die Forderungen, mit dem Hitlerfaschismus auch seine Hintermänner, die Herren der Wirtschaft, zu entmachten, eine feste, von der Arbeiterklasse geführte demokratische Staatsmacht aufzubauen und eine friedliche Außenpolitik zu betreiben, lagen in allgemeiner und abgeschwächter Form auch den Richtlinien der Union „Für die neue deutsche Republik“ vom 13. Oktober 1943 zugrunde.[69]

In der letzten Phase des Krieges, als es endgültig klar war, daß die Sowjetunion entscheidenden Einfluß auf die Nachkriegsgestaltung Deutschlands nehmen würde, wurden von den rechten Kräften die zutreffenden Erklärungen über den Faschismus und über die zu seiner Ausrottung notwendigen Maßnahmen demagogisch in den Dienst der Vorbereitung einer antikommunistisch ausgerichteten Wiedergründung der SPD gestellt. Ollenhauer hatte bereits Ende 1942 erklärt, daß die Diskussion über das künftige Aktionsprogramm dieser Partei „von großer, vielleicht entscheidender Bedeutung für die ersten Handlungen und für die zukünftige Zielrichtung dieser neuen Bewegung“ sein könnte.[70]

Aus politisch-taktischen Erwägungen heraus wurde eine strategische Zielsetzung formuliert, die das Zusammengehen mit der KPD torpedieren sollte und die eigenen Erkenntnisse über den Klassencharakter und die sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus ebenso überging wie sie einer exakten Analyse der objektiv antifaschistischen Klassenkräfte auswich.

---

[64] Ebenda, S. 1872.

[65] Ollenhauer sprach auf einer Abendveranstaltung zum Jahrestag der Novemberrevolution im Beiprogramm der Landeskonferenz. Daran nahmen als Gäste der ehemalige Präsident der SAI, Louis de Brouckère, der Generalsekretär der Labour Party, J. S. Middleton, sowie Vertreter von Neu Beginnen, der SAP und des ISK teil.

[66] Siehe Conference of German Democrats in England, London 1942.

[67] Ebenda, S. 7.

[68] Ebenda, S. 15.

[69] Siehe Für die neue deutsche Republik. Richtlinien der Union vom 13. Oktober 1943; Über die internationale Politik deutscher Sozialisten. Erklärung der Union vom 23.10.1943, in: Sozialistische Mitteilungen, 55-56/1943, S. 1 f.

[70] Erich Ollenhauer, Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland, London 1943, S. 3.

Der Weg der neuen angeblich „kämpferischen Demokratie“, die durch eine parlamentarische Körperschaft repräsentiert werden sollte, würde, so erklärte Ollenhauer, über die praktische Mitarbeit und Einbeziehung breitester Volksschichten zum planmäßigen und zielbewußten Aufbau einer sozialistischen Ordnung führen. Die Führung sollte die neue Partei haben, die „als sozialistische Volkspartei“ allen politischen, weltanschaulichen und religiösen Kräften offenstünde, die sich zu ihren Zielen und ihrer Politik bekannten.[71]

Die SOPADE-Konzeption hatte das Ziel, der von der KPD entwickelten realen, wissenschaftlichen Strategie und Taktik eine attraktive, massenpolitisch wirksame sozialdemokratische Alternative entgegenzustellen, die eine Grundlage für die Einigung aller linken Kräfte ohne und gegen die KPD bieten sollte.

Im Unterschied zur deutschen sozialdemokratischen Emigration in England konnten sich in Schweden die konsequent antifaschistischen linken Sozialdemokraten wesentlich stärker mit ihren Auffassungen durchsetzen. Ihr Faschismusbild ließ sie Schritt für Schritt die Politik des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) als einzig richtige, nationale und zugleich revolutionäre Politik der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus akzeptieren.

Das Scheitern der Verschwörung vom 20. Juli 1944 und die Hinrichtung der beteiligten führenden Sozialdemokraten, darunter jener, die – wie Leber und Reichwein – eine Zu-[414]sammenarbeit mit den Kommunisten angestrebt hatten,[72] führte zu einer erheblichen Schwächung der revolutionär-demokratischen Linie der illegalen Sozialdemokratie und ihres Einflusses in der Periode der Neukonstituierung der sozialdemokratischen Partei nach dem Mai 1945. Damit hatten gerade jene Kräfte einige ihrer führenden Köpfe verloren, die im Gegensatz zu Kurt Schumacher auf Grund ihrer eigenen Erfahrung im aktiven illegalen Widerstand bereit und entschlossen waren, mit der verhängnisvollen opportunistischen Politik der Vergangenheit zu brechen, zu einem neuen konstruktiven Verhältnis zur KPD zu finden und alle antifaschistischen Kräfte zu einigen.

Nach dem Sieg über den Faschismus war es allein der Zentralausschuß der SPD unter Otto Grotewohl und Max Fechner, der sich als Repräsentant der proletarisch-revolutionären Klassenlinie im Gründungsaufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland aussprach. Er allein beantwortete auch die Kernfrage einer wissenschaftlichen Faschismusdefinition, die Frage nach seinem Klassencharakter, richtig und zog daraus die notwendigen Schlußfolgerungen: Aktionseinheit der Arbeiterklasse und Entmachtung des faschistischen Monopolkapitals.

Die Geschichte hat über die Politik der übrigen Gruppen, einschließlich derjenigen linker Sozialdemokraten wie Neu Beginnen, geurteilt, die hofften, eine demokratische Revolution ohne und gegen die Kommunisten durchführen zu können; die nicht erkannten und zu erkennen bereit waren, daß der Kampf gegen Faschismus und um Demokratie mit historisch zwingender Notwendigkeit an den Sozialismus heranführt und der Einheitsfront mit den Kommunisten bedarf.

So verfügte die neuerstehende Sozialdemokratie über keine einheitliche Nachkriegskonzeption. Die opportunistischen Kräfte vollzogen die Neukonstituierung unter politisch-propagandistischen Leitsätzen, deren pragmatische Funktion auf das Wiedererstehen der Weimarer SPD, auf die Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus und auf die mit demagogischen Sozialismusfloskeln betriebene Sicherung ihres Masseneinflusses gerichtet war. Die proletarischen Klassenkräfte wandten sich der Aktionseinheit mit den Kommunisten und ihrem ausgereiften antifaschistisch-demokratischen Programm zur Ausrottung des Nazismus und zum Wiederaufbau eines wahrhaft demokratischen Deutschland mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk zu. Ihre eigenen linken Traditionen, ihre programmatisch-theoretischen Erkenntnisse, darunter auch die faschismus-theoretischen, erleichterten es den klassenbewußten Sozialdemokraten, die kommunistische Strategie und Taktik der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu verstehen und zu ihrer eigenen zu machen.

[71] Siehe ebenda, S. 15, S. 17.
[72] Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 413 f.

Abschließend kann festgestellt werden, daß von einer einheitlichen sozialdemokratischen Faschismustheorie in dem Sinne, wie es auf die Faschismusanalyse der Kommunisten zutraf, nicht die Rede sein kann. Die Spannweite sozialdemokratischer Faschismusanalysen reicht von den faschistenfreundlichen Äußerungen eines Walter Pahl über die bürgerliche „Mittelstandstheorie“ und die Bonapartismustheorie bis zu Faschismusauffassungen der sozialdemokratischen Linken, die denen der Kommunisten sehr nahe kamen. Dieser Theorien-Pluralismus war Ausdruck der Zersetzung des Opportunismus und seiner Unfähigkeit, auf die dringenden aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung eine gültige Antwort zu geben.

Entsprechend der Äußerung Hilferdings, daß die rechten Führer die größte aller Gefahren immer im Bolschewismus erblickt hätten, war ihr Verhalten gegenüber dem Fa-[514]schismus stets dem antikommunistischen Kampf untergeordnet. Ihre Faschismustheorie war nicht Richtschnur einer antifaschistischen Politik, sie hatte vielmehr die Funktion der sophistischen Begründung und Rechtfertigung einer am Ziel der Wiederherstellung der Zusammenarbeit mit der imperialistischen Bourgeoisie orientierten Politik.

Ihre nachgewiesenermaßen falschen, an der Oberfläche bleibenden Anschauungen waren nicht einem Versagen der Theorie gegenüber dem „Phänomen“ Faschismus geschuldet, sondern resultierten aus ihrem bürgerlichen Klassenstandpunkt, der aber natürlich auch zu einer entscheidenden erkenntnistheoretischen Barriere wurde.

Das politische Versagen der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen den heranziehenden Faschismus und gegen die Hitlerdiktatur hatte im theoretischen Bankrott gegenüber dem Faschismus nur seine Begleiterscheinung auf der Ebene der Ideologie, nicht jedoch seine Ursache. Das theoretische wie praktisch-politische Verhalten der Sozialdemokratie als Teil der Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus beweist eindringlich, daß zwischen revolutionärer Theorie, Methode und wissenschaftlicher Politik eine Einheit besteht, deren Verletzung durch Mißachtung auch nur eines Elements ganzheitlich in die Irre, zum Versagen gegenüber den objektiven Erfordernissen der historischen Epoche führt.

Die Faschismusinterpretationen des sozialdemokratischen Parteivorstandes bestätigen voll und ganz, daß vom Standpunkt der Parteinahme für die bürgerliche Ordnung und gegen den realen Sozialismus weder eine theoretische Analyse des Faschismus noch eine angemessene Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes erarbeitet werden kann.

[417]

Gerhard Lozek/Rolf Richter: Zur Auseinandersetzung mit vorherrschenden bürgerlichen Faschismustheorien*

Die Analyse des Faschismus nimmt in der internationalen bürgerlichen Geschichtsschreibung einen erstrangigen Platz ein. Das Interesse an diesem Gegenstand hat seit Anfang der 60er Jahre, besonders jedoch in den 70er Jahren, deutlich zugenommen.

Das äußere Bild weist eine kaum zu überschauende Anzahl von Publikationen mit breitgefächerter Themenbearbeitung auf. Strukturalistische Faschismustheorien stehen dabei neben sozialpsychologischen und ideengeschichtlichen Erklärungsversuchen. Außerordentlich zahlreich vertreten sind biographische Arbeiten über faschistische Führer. In Spezialausgaben akademischer und anderer Periodica und auf internationale Faschismuskonferenzen und weiteren geschichtswissenschaftlichen Tagungen widmen sich bürgerliche Historiker, Soziologen, Psychologen, Politikwissenschaftler, Ökonomen und Vertreter anderer Disziplinen der Untersuchung des Faschismus.[1]

Diese Aktivitäten tragen keineswegs zufälligen Charakter; sie zeugen von einer Affinität zur Faschismusproblematik, deren Ursache letztlich in politischen, ökonomischen und ideologischen Prozessen der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft, insbesondere in der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, begründet liegt.

Auf dieser Grundlage entwickelte sich für die politischen Führungskräfte[2] und auch für die bürgerlichen Theoretiker eine spezifische politisch-ideologische und theoretisch Bedürfnissituation. Sie bewirkt, daß sich u. a. auch der Zwang zur historisch-politischen Diagnose des Faschismus und zur Verbreitung eines entsprechenden bürgerlichen Geschichtsbildes in seinen historisch-konkreten wie politisch-universalgeschichtlichen Ausformungen vergrößerte. Zugleich sind die Positionen jener Wissenschaftler, die sich aus echten demokratischen Motiven und deutlich antifaschistischer Überzeugung der Analyse des Faschismus zugewandt haben, nicht zu übersehen.

[418] Anknüpfend an das Wirken Wolfgang Abendroths gewannen besonders Arbeiten des Marburger Wissenschaftlers Reinhard Kühnl in der internationalen Faschismusforschung an Einfluß und befruchteten sie. Kühnls Analysen vermitteln den antifaschistischen Kräften wertvolle Impulse und scharfsichtige Erkenntnisse über die Entstehung des Faschismus und über die Gefahren, die von allen seinen Arten, nicht zuletzt vom Neofaschismus der BRD ausgehen.[3] Von hohem Wert erweisen sich darüber hinaus jene Einsichten und Überlegungen, die auf den Zusammenschluß aller antifaschistischen, demokratischen Kräfte gerichtet sind.

In der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, zwischen Fortschritt und Reaktion, bildet die Faschismusinterpretation ein Feld eines scharfen ideologischen Kampfes. Die bürgerliche Geschichtsschreibung, eine Gesellschaftsordnung verteidigend, die historisch in der Defensive ist, hat die Faschismusforschung grundsätzlich in den Dienst des Antikommunismus und Antisowjetismus gestellt.

Im engeren Sinne wird die bürgerliche Faschismusgeschichtsschreibung von zwei Zielstellungen bestimmt: Erstens das kapitalistische System vom Schandmal des Faschismus reinzuwaschen, d. h. faschistische Bewegungen und vor allem faschistische Herrschaftsformen als etwas der „westlichen“,

---

* Der für diesen Band verfaßte Beitrag erschien in erweiterter Fassung unter dem Titel Legende oder Rechtfertigung, in: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, hrsg. von M. Buhr, Bd. 97.

[1] Einen Eindruck vermitteln: Internationaler Faschismus 1920-1945. Deutsche Buchausgabe des Journal of Contemporary History, hrsg. von Walter Laqueur u. George L. Mosse, München 1966; Theorien über den Faschismus, hrsg. von Ernst Nolte, Köln/(West-)Berlin 1967; European Fascim, hrsg. von S. J. Woolf, London 1968; Native Fascism in the Successor States 1918-1945, hrsg. von Peter F. Sugar, Santa Barbara 1971; The Place of Fascism in Europe an History, hrsg. von Gilbert Allardyce, Englewood Cliffs, N. J. 1971; Gerhard Schulz, Faschismus – Nationalismus. Versionen und theoretische Kontroversen 1922-1972, Frankfurt a. M. /(West-)Berlin/Wien 1974; Theories of Fascism, in: Journal of Contemporary History, Oktober 1976; Richard Saage, Faschismustheorien, München 1976.

[2] Franz Josef Strauß, Der Faschismus von rechts und links, in: Bayern-Kurier, vom 3.6.1978.

[3] Hier sind auch die Arbeiten von Reinhard Opitz hervorzuheben. Mit Einschränkungen können dazu auch Analysen von Manfred Clemenz, Eike Hennig und Arno Klönne gezählt werden.

der „demokratisch-pluralistischen Gesellschaft“ wesensfremdes hinzustellen; zweitens zugleich die faschistischen Bewegungen, Herrschaftsformen und -methoden auf ihre Brauchbarkeit für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems nach innen sowie für sein expansives Vorgehen nach außen zu untersuchen.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Tendenz, die Faschismusforschung von bürgerlichen Historikern kapitalistischer Staaten, insbesondere der USA, der BRD, Italiens und Großbritanniens, zu koordinieren und – besonders in der Auseinandersetzung mit marxistisch-leninistischen und anderen demokratischen Kräften – gemeinsame Positionen zu formulieren sowie konzeptionelle Leitlinien bürgerlicher Faschismusdarstellung international wirkungsvoller zu verfechten.

Ein Überblick über die verschiedenen Faschismusauffassungen läßt zwei Grundlinien erkennen, die miteinander verknüpft sind: Einerseits ist eine offen-reaktionäre Politisierung in der bürgerlichen Faschismusdiskussion erkennbar, die sich in einer Reihe von Darstellungen der sogenannten Hitlerwelle am deutlichsten äußert. In ihnen und in den Diskussionen über den Terrorismus erreicht die bürgerliche Faschismusinterpretation nicht selten das Stadium der offenen Rehabilitierung des Faschismus, seiner Führer, von Teilen des faschistischen Machtapparates oder einzelner Seiten der Politik. Andererseits existieren starke Tendenzen, die Faschismusdarstellung mit einem höheren Aufwand an Flexibilität zu bewältigen. Typisch für diese Bemühungen ist das Operieren mit Teilwahrheiten über die Errichtung der faschistischen Diktatur. In diesen Zusammenhang gehört auch die Behauptung Ernst Noltes, daß die Vorstellung von der essentiellen Zusammengehörigkeit von Faschismus und Kapitalismus „zum Gemeingut“ geworden sei.[4] Damit ist freilich noch nichts darüber gesagt, *wie* diese Beziehungen gedeutet werden.

Deutlich verstärkt und verfestigt hat sich in den 70er Jahren der antikommunistische Grundzug der bürgerlichen Faschismustheorien in Gestalt der Totalitarismusdoktrin, die sowohl in unverschlüsselter, militant antikommunistischer Gestalt als auch in modifi-[419]zierten Formen eine entscheidende Interpretationsgrundlage und einen politisch-ideologischen Stereotyp bürgerlicher Faschismusdarstellung bildet.

Auf der Grundlage der bürgerlichen „Industriegesellschafts“lehre zeigen sich in *methodologischer Hinsicht* in den neueren bürgerlichen Theoriediskussionen drei Tendenzen:

Erstens wird die Orientierung auf das „Soziale“ und „Ökonomische“ weiter ausgebaut, wobei jedoch die systembestimmenden Faktoren nach wie vor ausgeklammert blieben. Unter Rückgriff auf entsprechende Vorleistungen, die bereits vor Jahrzehnten konzipiert worden sind, erfahren vor allem die Beziehungen der verschiedenen „Gruppen“ und Klassenkräfte der kapitalistischen Gesellschaft zum Faschismus eine Erörterung. Das mitunter recht flexible Vorgehen vermag nicht die Tatsache zu verdecken, daß es unverändert von alten Interessen bürgerlicher Geschichtsschreibung bestimmt ist: die imperialistischen Machtverhältnisse und besonders die Herrschaft des Monopolkapitals von der Hauptverantwortung für das Entstehen des Faschismus, die Errichtung faschistischer Diktaturen und deren Politik freizusprechen oder – da einer primitiven Leugnung dieses Sachverhalts Grenzen gesetzt sind – ihren „Anteil“ am Faschismus äußerst gering zu halten.

Zweitens verfestigten sich die Versuche, den Faschismus weltgeschichtlich einzuordnen und ihn auf seine fördernden und hemmenden Wirkungen auf die Entwicklung der „industriellen Gesellschaft“ zu befragen.

Drittens wird die bürgerliche Faschismusgeschichtsschreiburig zunehmend von Erörterungen über die Zweckmäßigkeit eines übergreifenden Faschismusbegriffs beeinflußt. Dies wird nicht nur durch jene einflußreichen Stimmen getragen, die den Faschismus lediglich als rechte Variante eines „Totalitarismus“ (oder Terrorismus) verfälschen oder linke und rechte Faschismen konstruieren. Deutliche Vorstöße sind vielmehr in der Gestalt sichtbar geworden, die Existenz allgemeiner Merkmale des Faschismus zu bezweifeln oder zu leugnen.

[4] Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 10.7.1976.

Die Fülle der bürgerlichen Arbeiten zur Faschismusproblematik vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sich im Bereich der Faschismustheorien die konzeptionelle Leitlinien der historischen Analysen auf einige wenige Postulate, Doktrinen und Theorien reduzieren lassen.

In ihnen zeigt sich zum einen die Fortsetzung einer Jahrzehnte umfassenden Theoriegeschichte, in der sich überlieferte, von bourgeoisen Historikern seit eh und je verfochtene Auffassungen aus klassenbedingten Gründen erhalten haben und bis in die Gegenwart – wenn auch oft modifiziert – repetiert werden.

Zum anderen sieht sich die bürgerliche Geschichtsschreibung gezwungen, neu produzierte Konzepte der bürgerlichen Ideologie, etwa die „Modernisierungs"theorie, zu verarbeiten. Letztlich bedingt durch die differenzierten politischen Bedürfnisse, stellen sich die bürgerlichen Faschismusauffassungen weder als streng voneinander geschiedene noch einander einfach ablösende Theorien dar. Vielmehr herrscht eine komplizierte Verflechtung vor, die sich auch in den Arbeiten des einzelnen Historikers zeigen kann.

Die Versuche bürgerlicher Historiker und Gesellschaftstheoretiker zur historischen und theoretischen Deutung des Faschismus besitzen eine mehr als 50jährige Geschichte. Trotz umfangreicher und im letzten Jahrzehnt sprunghaft angewachsener Forschung und Publikationen, die reiches Faktenmaterial vermitteln, gelang es der bürgerlichen und anderen nichtmarxistischen Historiographie nicht, eine exakte Bestimmung des Wesens des [420] Faschismus sowie seiner gesellschaftlichen Ursachen und seines weltgeschichtlichen Standorts zu erreichen. Das ist hauptsächlich in dem klassenbedingten Unvermögen begründet, den Charakter und die Stellung des Faschismus im universalgeschichtlichen Prozeß als spezifisches Phänomen des kapitalistischen Systems in der Phase seiner allgemeinen Krise zu begreifen.

Die bürgerliche Historiographie und historisierende Publizistik durchlief seit dem Entstehen faschistischer Bewegungen in Italien und Deutschland nach dem ersten Weltkrieg – offen faschistische und andere profaschistische Darstellungen sollen hier ausgeklammert bleiben – mehrere sich wissenschaftstheoretisch und auch in der ideologisch-politischen Stoßrichtung unterscheidende Etappen.

Eine *erste Etappe* umfaßt die 20er und den Anfang der 30er Jahre. Die bürgerlichen Faschismusdarstellungen jener Jahre liefen fast ausnahmslos darauf hinaus, den Faschismus als eine spezifisch italienische oder mit der Person Mussolinis verknüpfte Erscheinung zu werten. „Der Faschismus ist Mussolinismus" – lautete die gängige Anschauung.[5] Auch für jene Publikationen, welche die faschistischen Bewegungen in anderen Ländern berücksichtigten, galt der italienische Faschismus als allgemeiner Wertungsmaßstab. Mit willkürlichen Vergleichen zwischen dem italienischen Faschismus und dem „Bolschewismus" in Sowjetrußland traten aber auch schon erste Ansätze der späteren Totalitarismusdoktrin in Erscheinung.[6] In den frühen 20er Jahren fanden namentlich mit dem Versuch des führenden Austromarxisten Otto Bauer und später, zu Beginn der 30er Jahre, auch August Thalheimers, die von Marx Mitte des 19. Jahrhunderts vorgenommene Kennzeichnung des französischen Bonapartismus in ahistorischer Weise auf das 20. Jahrhundert und den Faschismus zu übertragen, sowie mit der von Wilhelm Reich entwickelten Version einer mißverstandenen Beziehung von Ökonomie und Sexualpsychologie, Varianten einer Faschismusdeutung Verbreitung, die sich auf den Marxismus beriefen, ihn in Wirklichkeit jedoch vulgarisierten.[7]

Eine *zweite Etappe* begann verständlicherweise 1933 nach der Etablierung des faschistischen Regimes in Deutschland; sie erstreckte sich bis zu dessen Zerschlagung 1945. Das Hauptinteresse der bürgerlichen Faschismusforschung verlagerte sich auf Deutschland. Besonderen Einfluß erlangten aus Deutschland emigrierte liberale Sozialwissenschaftler und sozialreformistische Theoretiker. Im

[5] Hermann Heller, Europa und der Faschismus, Berlin/Leipzig 1929, S. 64.
[6] Siehe Francesco Nitti, Bolschewismus, Fascismus und Demokratie, München 1926; Erwin von Beckerath, Fascismus und Bolschewismus, in: Volk und Reich der Deutschen, Berlin 1929.
[7] Otto Bauer, Das Gleichgewicht der Klassenkräfte, in: Der Kampf, 2/1924, S. 57 ff.; August Thalheimer, Über den Faschismus, in: Gegen den Strom, Jg. 1930; Wilhelm Reich, Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1933.

Unterschied zur vorangegangenen Etappe waren nunmehr in der Beurteilung des Faschismus von vornherein vergleichende Aspekte angelegt, und zwar nicht nur hinsichtlich einer Gegenüberstellung zu Italien und faschistischen Bewegungen in anderen Ländern, sondern insbesondere in vergleichender Betrachtung zu vergangenen oder zeitgenössischen staatlichen Machtstrukturen und Herrschaftsformen.

Es entstanden zwei konzeptionelle Hauptrichtungen. Während die eine in mehr oder weniger realistischer Reflexion von den klassen- und systembedingten Wechselbeziehungen zwischen Faschismus und Kapitalismus ausging, versuchte die andere in antikommunistischer Verleumdung Gemeinsamkeiten zwischen dem Faschismus und dem realen Sozialismus zu konstruieren. Für die erstgenannte Richtung sind die Arbeiten Arthur Rosenbergs, [421] Otto Bauers und Max Horkheimers charakteristisch. Rosenberg bezeichnete den Faschismus als eine „bürgerlich-kapitalistische Gegenrevolution", Horkheimer vertrat die Meinung, daß derjenige vom Faschismus schweigen sollte, der nicht gewillt war, vom Kapitalismus zu reden.[8] In diesen Auffassungen fanden auch marxistische Einflüsse Ausdruck, am deutlichsten wohl bei dem Austromarxisten O. Bauer. Ungeachtet mancher Fehlurteile im Sinne der Bonapartismusversion zog er aus den Erfahrungen mit dem Faschismus, dessen Herrschaft er als „Diktatur der *kriegerischen* Fraktion der Kapitalistenklasse"[9] bezeichnete, die Schlußfolgerung, daß die faschistische Diktatur „die Illusion" vom reformistischen Weg zum Sozialismus – „ohne revolutionären Sprung" – zerstört habe. Durchaus treffend stellte Bauer fest, daß die Arbeiterklasse „zuerst ihre eigene Herrschaft erkämpfen und durch sie eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen muß, ehe eine vollkommene und dauerhafte Demokratie möglich wird".[10]

Besondere Bedeutung in der bürgerlichen Faschismusforschung hatte die 1942 gleichzeitig in New York und London erschienene umfangreiche und materialintensive Untersuchung über die „Struktur und Praxis des Nationalsozialismus" von Franz Neumann.[11] In Anlehnung an marxistische Auffassungen vor allem hinsichtlich der Klassenentwicklung in der Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus sowie der unter diesen Bedingungen existierenden Wechselbeziehung zwischen Ökonomie und Politik enthüllte Neumann aufschlußreiche Seiten über die Kontinuität der Machtausübung der herrschenden Kapitalistenklasse in Deutschland vor und nach 1933 sowie über den Zusammenhang von Monopolherrschaft und faschistischem Regime. Bemerkenswert waren auch seine Eingeständnisse über das Versagen der politischen Kräfte des bürgerlichen Parlamentarismus gegenüber der heraufziehenden faschistischen Gefahr am Ende der Weimarer Republik. Der Kardinalfehler unterlief Neumann in der Staatsproblematik. In Verkennung der spezifischen Funktion des Staates unter faschistischen Bedingungen konstruierte er einen Dualismus zwischen dem herkömmlichen bourgeoisen Staat (der Bürokratie) und der faschistischen Partei, aus dem er den Begriff des pervertierten „totalitären Staates" ableitete. Die Aufdeckung struktureller Bezüge zwischen dem Monopolkapital und dem Faschismus durch F. Neumann war den in der BRD tonangebenden Kräften derart brisant, daß erst 1977 eine Gesamtübersetzung der Arbeit F. Neumanns veröffentlicht wurde.[12]

Die zweite Richtung, die Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus und Sozialismus unter dem Oberbegriff des „Totalitarismus" und des „Totalitären" behauptete, fand ihre konzeptionelle Ausprägung nach dem Beginn des zweiten Weltkrieges in den USA. Im Unterschied zu den Theoretikern, die diese Begriffe in Umkehrung des von den Faschisten strapazierten Begriffs vom „totalen Staat" („stato totalitario") zur Brandmarkung der faschistischen Barbarei benutzten, wurde sie hier zu einem Grundbestandteil des Antikommunismus. Wesentliche Impulse kamen dabei von der antikommunistischen und antisowjeti-[422]schen Politik rechtssozialdemokratischer Führer, die seit langem dazu übergegangen waren, das von Karl Kautsky zur Bekämpfung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des Leninismus entwickelte Demokratie-Diktatur-Schema mit dem Begriff des „Totalitären" in

[8] Siehe Historikus (d. i. Arthur Rosenberg), Der Faschismus als Massenbewegung, Karlsbad 1934, S. 7; Max Horkheimer, Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung, 1-2/1939, S. 115 f.
[9] Otto Bauer, Der Faschismus, in: Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen?, Bratislava 1936, S. 136.
[10] Ebenda, S. 142.
[11] Franz Neumann, Behemoth: The Structure and Practice of National Socialism, New York/London 1942.
[12] Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, hrsg. und mit einem Nachwort „Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismusdiskussion" von Gert Schäfer, Köln/Frankfurt a. M. 1977.

Verbindung zu bringen und sowohl für die Kennzeichnung des Faschismus und faschistischer Bewegungen als auch zur Diffamierung der marxistisch-leninistischen Parteien sowie der sozialistischen Entwicklung in der Sowjetunion zu gebrauchen.[13]

Wesentlichen Anteil an der theoretischen Begründung der Totalitarismusdoktrin, die aus willkürlichen Vergleichen zwischen dem italienischen und deutschen Faschismus sowie der sozialistischen Sowjetunion in extremer Verdrehung der historischen Wirklichkeit deren angebliche gesellschaftliche und politische Wesensgleichheit behauptete, hatten ein Ende 1939 stattgefundenes Symposium amerikanischer Sozialwissenschaftler zum Problem des „totalitären Staates" und namentlich die 1942 erschienene Schrift „Permanent Revolution" von Sigmund Neumann.[14]

Mit der willkürlichen Anwendung des Begriffs der „permanenten Revolution" schrieb S. Neumann dem Faschismus revolutionären Charakter zu, zugleich war er für ihn der konzeptionelle Hauptnenner des erwähnten Vergleichs, aus dem er ein allgemeines Modell „totalitärer Herrschaft" abzuleiten versuchte. Der Faschismus wurde dabei substantiell auf die faschistische Partei und den faschistischen Propaganda- und Terrorapparat eingeengt. Während des gemeinsamen Kampfes der Antihitlerkoalition trat die antikommunistische Version der Totalitarismusdoktrin zeitweise in den Hintergrund.

Die Zerschlagung des deutschen und italienischen Faschismus 1945 hatte eine *dritte Etappe* in der ideologiegeschichtlichen Entwicklung bürgerlicher Faschismusauffassungen und -theorien zur Folge. Bisherige Varianten der Faschismusdeutung wurden ausgebaut oder modifiziert, neue entstanden. Von einigen Besonderheiten der unmittelbaren Nachkriegsjahre abgesehen, ist die Dominanz der konzeptionellen Hauptlinien dieser Etappe bis Anfang der 60er Jahre festzustellen.

In den ersten Jahren nach 1945 übte die bereits während des Krieges in den USA, in Großbritannien und anderen westlichen Ländern praktizierte, auch von bürgerlichen deutschen Hitlergegnern vertretene Anschauung starken Einfluß aus, die den Faschismus auf die faschistische Diktatur in Deutschland reduzierte und *zugleich* eine fatalistische Kontinuität deutscher Geschichte in den letzten Jahrhunderten zurechtzimmerte, die zwangsläufig zum Faschismus geführt habe.[15] Den Chauvinismus und Nationalismus des Junkertums und der Großbourgeoisie auf das ganze deutsche Volk übertragend, wurde so der Faschismus zur „nationalistischen Volksbewegung" in Deutschland schlechthin. Dabei wurden natürlich auch nicht wenige Fakten über das historische Versagen der Ausbeuterklasse und ihrer verhängnisvollen Politik aufgedeckt, aber eben konzeptionell zu einer allgemeinen „deutschen Misere" und einer damit verknüpften „Kollektivschuld" des deutschen Volkes am Faschismus umgedeutet. Als besonders verhängnisvoll wurde alles das hingestellt, [423] was man als eine „Abkehr Deutschlands vom Westen" und eine daraus entspringende „deutsche Sonderentwicklung" ansah.

In der bürgerlichen Historiographie Westdeutschlands und der späteren Bundesrepublik dominierten hingegen bald die Versuche, den Faschismus zu mystifizieren, ihn als Produkt einer irrationalen „Dämonie" Hitlers auszugeben. Das mündete schließlich in der These von Hitlers Alleinschuld an der faschistischen Barbarei. Die Tatsache, daß einige Grundelemente der faschistischen Ideologie ihren Ursprung außerhalb Deutschlands hatten – insbesondere in der Rassenlehre des Franzosen Gobineau sowie in der Version des Engländers H. St. Chamberlain von der angeblichen Überlegenheit der nordischen Rasse – wurde andererseits benutzt, um die Mitschuld des Auslands hervorzuheben.[16]

Die These von der Alleinschuld Hitlers am Faschismus und am Ausbruch des zweiten Weltkrieges löste für die nachfaschistische kapitalistische Gesellschaft und ihre Ideologen alle unbequemen Fragen und Probleme ihrer jüngsten Vergangenheit auf erdenklich unkomplizierteste Weise. Demzufolge ist

[13] Siehe Eduard Heimann, Communism, Fascism or Democracy, New York 1938; Gurt Geyer, Die Partei der Freiheit, Paris 1939; Friedrich Stampfer, Mit dem Gesicht nach Deutschland, hrsg. von Erich Matthias, Düsseldorf 1968.

[14] Siehe Symposium on the Totalitarian State, Philadelphia 1940; Sigmund Neumann, Permanent Revolution, New York/London 1942.

[15] Siehe Edmond Vermeil, L'Allemagne. Essai d'explication, Paris 1940; William VF. McGovern, From Luther to Hitler, New York 1941; Rohen D'Olier Butler, The Roots of Nationalsocialism, 1783 to 1933, New York 1942.

[16] Siehe Gerhard Ritter, Europa und die deutsche Frage, München 1948; derselbe, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bde. 1 bis 4, München 1954 bis 1968.

es nicht verwunderlich, daß diese These, nach der Hitler die „mediale Drehscheibe“ des Geschehens in Deutschland von 1933 bis 1945 stellte,[17] bis heute zu den vorherrschenden bürgerlichen Faschismuserklärungen und -darstellungen zählt.

Demgegenüber blieben in der bürgerlichen westdeutschen Historiographie bis zu Beginn der 60er Jahre die Darstellungen eine Rand- oder Ausnahmeerscheinung, die eine partielle Kritik an den herrschenden Ausbeuterklassen für das Entstehen und Wirken der faschistischen Diktatur übten. Weder ältere noch neuere Arbeiten aus der bürgerlichen Historiographie der westlichen Länder, die eine – wenngleich begrenzte – Mitschuld des Monopolkapitals am Faschismus konstatierten,[18] fanden damals in der BRD breiteren Widerhall. Einen in den 50er Jahren rasch anwachsenden und neben der Alleinschuldthese schließlich dominierenden Einfluß erlangte dagegen die in der Nachkriegszeit in den USA perfektionierte antikommunistische Totalitarismusdoktrin.

Es war kein Geringerer als der amerikanische Präsident Harry S. Truman, der die Abkehr der herrschenden Kreise der USA von der Politik der Antihitlerkoalition und den Übergang zu einer Politik des Kalten Krieges, des verstärkten Aggressionskurs des USA-Imperialismus gegen die Sowjetunion und die nach 1945 entstandenen sozialistischen Staaten mit dieser Doktrin zu begründen versuchte. Nach Truman sollten die Völker die Wahl zwischen „freiheitlicher“ und „totalitärer“ Lebensform treffen. Nach der Zerschlagung des „totalitären“ Faschismus war nunmehr die Bezeichnung „totalitär“ als Synonym für „sozialistisch“ und „kommunistisch“ gedacht.[19] In der Folgezeit waren namhafte amerikanische Ideologen eifrig bemüht, diesen Bedürfnissen des USA-Imperialismus nachzukommen und die Totalitarismusdoktrin zu einer umfassenden, pseudowissenschaftlich drapierten Konzeption des Antikommunismus auszubauen. Bestimmenden Einfluß erlangten dabei die Arbeiten von Hannah Arendt und Carl J. Friedrich, später auch von Zbigniew K. Brzeziński.[20]

[424] An die Vorläufer des Totalitarismuskonzepts vor 1945 anknüpfend, wurde der Faschismus nicht mehr allein nur auf Deutschland und Italien bezogen, sondern in prinzipiell ähnlicher Weise wie der Sozialismus als eine allgemeine, von den Volksmassen ausgehende und von einer Ideologie des 19. Jahrhunderts getragene Reaktion auf die „Massengesellschaft“ des 20. Jahrhunderts charakterisiert. Als die letztlich entscheidenden Merkmale „totalitärer Systeme“ wurden willkürlich die Existenz einer staatsbestimmenden Partei und einer ihr eigenen Ideologie hingestellt. Im Lauf der 50er Jahre wurde die Totalitarismusdoktrin mit der aufkommenden Lehre von der „Industriegesellschaft“ verknüpft. Das ermöglichte den bürgerlichen Ideologen in gewisser Hinsicht eine komplexe Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Entwicklung in der Politik und Ideologie, aber auch in der Wirtschaft und anderen Bereichen des Faschismus. In stärkerem Maße als früher wurde mit Teilwahrheiten operiert, die zwar eine Reihe von geschichtlichen Oberflächenerscheinungen – vor allem den faschistischen Terrorapparat und seine Methoden – berücksichtigten, das Klassenwesen des Faschismus aber nach wie vor und teilweise noch geschickter als vordem verschleierten. Die Totalitarismusdoktrin entsprach in besonderer Weise den Interessen des im Sog des „Kalten Krieges“ wiedererstandenen (west)deutschen Imperialismus und seines Staates, in dem der Antikommunismus abermals oberste Staatsdoktrin geworden und die faschistische Vergangenheit unbewältigt geblieben war.[21]

In der ersten Hälfte der 60er Jahre begann die *jüngste Etappe* der bürgerlichen Historiographie zur Faschismusproblematik. Obgleich alle bereits skizzierten Varianten weiterwirkten, trat nunmehr das erklärte Bestreben in den Vordergrund, komplexe Faschismustheorien zu entwickeln. Das erfolgte in

[17] Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969, S. 35.
[18] Siehe Jacques Droz, Histoire de l’Allemagne, Paris 1948; Claude David, L’Allemagne de Hitler, Paris 1954; George W. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt a. M. 1955.
[19] Public Papers of the President of the United Stetes Harry S. Truman, Washington 1963, S. 1766 ff.
[20] Siehe Hannah Arendt, The Origins of Totalitariarism, New York 1951 (deutsch: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955); Totalitariarism, hrsg. von Carl J. Fried-[424]rich, Cambridge/Mass. 1954; Carl J. Friedrich/Zbigniew Brzeziński, Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge/Mass. 1956 (deutsch: Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957).
[21] Eine besondere Rolle spielten die Arbeiten von Hans Rothfels, Hans Freyer, Werner Markert, Klaus Mehnert, Theodor Schieder, Karl C. Thalheim, Richard Löwenthal, später insbesondere von Karl Dietrich Bracher.

offener und verhüllter Konfrontation mit der marxistisch-leninistischen Wesensbestimmung des Faschismus.

Ähnlich wie die vorhergegangenen historiographischen Wandlungen waren auch die neuen Entwicklungen nicht durch fachspezifische, sondern durch veränderte historisch-politische Bedingungen und daraus erwachsende Bedürfnisse der herrschenden Klasse ausgelöst worden. Die zunehmende Widersprüchlichkeit und Anfälligkeit des kapitalistischen Herrschaftssystems im Inneren sowie die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus zwangen die imperialistischen Politiker und Ideologen zu Modifikationen ihrer Strategie und Taktik, darunter auch zu einer gewissen Umrüstung ihres ideologischen Instrumentariums. Wie vor allem die unter der Regierung Kennedys von führenden Gesellschaftstheoretikern des USA-Imperialismus ausgearbeitete „Strategie des Friedens“ erkennen ließ, waren nunmehr in wachsendem Maße pseudowissenschaftlich verhüllte, in der innen- und außenpolitischen Anwendung flexible Konzeptionen gefragt.

Einen ersten breiteren Widerhall bei der Entwicklung komplexer bürgerlicher Faschismustheorien erlangten in den 60er Jahren die Arbeiten von Ernst Nolte, der nach der langjährigen Dominanz der Totalitarismusdoktrin sowie irrationalistischer und personalisierender Faschismusdeutungen den eigenständigen Allgemeinbegriff „Faschismus“ in der bürgerlichen Historiographie erneut zur Geltung brachte.[22] Die von ihm angewandte [425] „phänomenologische Methode“, die das Verständnis der historischen Phänomene daraus ableitet „wie sie sich von sich aus darstellen“[23], reduzierte den Faschismus auf die Ideologie Hitlers und Mussolinis. Deren Wirken stellte sich Nolte als „Epoche des Faschismus“ dar, die faktisch mit dem Abtreten der beiden faschistischen Diktatoren zu Ende gegangen sei. Damit ignorierte Nolte sowohl die gesellschaftliche wie politische Einbindung des Faschismus in das kapitalistische Herrschaftssystem wie auch das Weiterwirken faschistischer Bewegungen und Diktaturen nach 1945.

Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre sind in der bürgerlichen Geschichtsschreibung in verstärktem Maße Anstrengungen sichtbar, mit Hilfe einer sogenannten sozioökonomischen Sichtweise *strukturalistische Faschismustheorien* bzw. entsprechende Ansätze zu gewinnen. Die Verfechter dieser Konzepte geben vor, die faschistischen Bewegungen und Regimes verstärkt im Zusammenhang mit ökonomischen „Zwängen“, mit „Konfliktneigungen“ und „inhärenten Spannungen“, auch mit „politischen und ökonomischen Interessen“ zu analysieren, wobei freilich – das ist ein entscheidender Punkt – fast alle diese Betrachtungen im Umkreis der „Industriegesellschafts“lehre bleiben. Das dabei kräftig herausgestellte „Soziale“ und „Strukturelle“ reduziert sich in der vorherrschenden Lesart auf einzelne Elemente, die meist willkürlich aus der gesellschaftlichen Realität, aus der ökonomischen Sphäre, aus dem Herrschaftsmechanismus und den Klassenbeziehungen herausgegriffen und zum Faschismus in Beziehung gesetzt, jedoch verabsolutiert und formalisiert werden.

Dabei sieht man sich allerdings auch gezwungen, Aussagen zu akzeptieren, die namentlich in der vorherrschenden Geschichtsschreibung der BRD lange Zeit tabuisiert waren. Das gilt nicht nur für den konzedierten „Anteil der Agrarier“ an der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, sondern auch für die – freilich begrenzt gefaßte – Zusammenarbeit von Industriellen und kapitalistischen Konzernen mit dem faschistischen Partei- und Staatsapparat. Die entscheidenden ökonomischen Faktoren und Gesetzmäßigkeiten des historischen Verlaufs bleiben indessen verdeckt und negiert. Das führt dazu, daß der Faschismus nicht als ein Produkt kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der allgemeinen Krise des Kapitalismus sowie als eine unter bestimmten Bedingungen auftretende imperialistische Herrschaftsform, Bewegung und Ideologie begriffen wird.

Nicht zufällig treffen und ergänzen sich deshalb bürgerliche Theoriebildungsversuche zum Faschismus und zum Imperialismus.[24] Beide Erscheinungen und – in theoretischer Hinsicht – Kategorien,

[22] Siehe Ernst Nolte, Zur Phänomenologie des Faschismus, in: VfZ, 4/1962; derselbe, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963.
[23] Ebenda, S. 53.
[24] Wolfgang J. Mommsen, Imperialismustheorien, Göttingen 1977; Hans-Ulrich Wehler, Imperialismus, Köln 1972; Studies in the Theories of Imperialism, hrsg. von R. Owen/B. Sutcliffe, London 1972.

die auf Grund historischer Erfahrungen im Bewußtsein breiter Teile der Volksmassen mit einem antimonopolistischen Inhalt verbunden sind, sollen politisch entschärft, inhaltlich verdunkelt und methodologisch ausgehöhlt oder sogar aufgelöst werden.

Wird auf der einen Seite der Imperialismus in subjektivistischer Weise primär beispielsweise als „Folge überschäumender Energie im Schoße der europäischen Gesellschaft ..., nicht aber (als) eine systemimmanente Notwendigkeit“[25] erklärt, so wird bereits vom Ansatz her der objektive, innere Wesenszusammenhang zwischen imperialistischem Herrschaftssystem und faschistischen Tendenzen, Bewegungen und Diktaturen hinwegmanipuliert.

[426] Obgleich bei vielen sogenannten strukturalistischen Faschismustheorien ein Originalitätsanspruch erhoben wird, vermengen sich in ihnen erkenntnistheoretisch überkommene Elemente bürgerlicher und reformistischer Theorien und Konzeptionen. Anleihen werden insbesondere bei der Gesellschaftslehre Max Webers, der Stadientheorie Walt Rostows, den Staats- und Faschismusauffassungen Franz Neumanns, Friedrich Pollocks und Ernst Fraenkels, dem Kapitalismus- und Faschismuskonzept Rudolf Hilferdings, dem Imperialismusbegriff Joseph Schumpeters gemacht.

Diese Theoriebildungsversuche sind Elemente und Produkt eines Anpassungs- und Umrüstungsprozesses in der bürgerlichen (einschließlich rechtssozialdemokratischen) „Sozialgeschichts“schreibung, die sich nicht zuletzt die Korrektur einer einseitigen idiographischen Faschismusbetrachtung im Interesse größerer Effektivität in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus zum Ziel setzt. Außerdem schaltet sich diese modifizierte bürgerliche Faschismusgeschichtsschreibung desorientierend in jene Diskussionen ein, die sich in der antiimperialistischen und antifaschistischen Bewegung über den staatsmonopolistischen Kapitalismus vollziehen.

Innerhalb der strukturellen Theorieansätze kommt zunächst den von Wolfgang Schieder vor allem in dem mehrbändigen Nachschlagewerk „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft“ geäußerten Überlegungen für die bürgerliche Forschung Bedeutung zu. Schieder, der sich der Tatsache bewußt ist, daß über die Ideologie allein dem Wesen des Faschismus nicht beizukommen ist, sucht eine „historisch-politische Diagnose“ des Faschismus über eine „sozialgeschichtliche Analyse“ zu gewinnen.[26] Dafür seien eine erweiterte Tatsachenermittlung mit „strukturgeschichtlichen Fragen“ zu verknüpfen; zugleich seien durch internationale Vergleiche verschiedene „Grundtypen der faschistischen Herrschaft“ – etwa in Agrarländern (Ungarn, Rumänien, Spanien), in Agrar-Industrie-Ländern (Italien) sowie in hochindustrialisierten Ländern (Deutschland) – herauszupräparieren. Das wissenschaftliche und politische Grundanliegen Schieders wird jedoch erst offenkundig, wenn er feststellt: „Die künftige Theorie über den F(aschismus) muß eine *Theorie der Faschismen* sein.“ Nur so könne „der Grundirrtum fast der gesamten bisherigen Faschismusinterpretation vermieden werden, welche die vielfältigen Erscheinungsformen des F(aschismus) immer nur als Varianten eines und desselben F(aschismus) verstanden hat.“[27]

Obgleich Schieder eine Klassifizierung übereinstimmender Merkmale faschistischer Diktaturen fordert, besagt der Kern seiner Aussage, daß es eine *allgemeingültige* Wesensbestimmung des Faschismus – wie sie von der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft fundiert nachgewiesen wird – nicht geben könne.

Die dieser Behauptung zugrunde liegende Methode ist wenig originell. Einerseits werden Erscheinungen und Wesen des Faschismus durcheinandergebracht, und andererseits wird der marxistisch-leninistischen Faschismusforschung unterstellt, sie ignoriere die unterschiedlichen organisatorischen, nationalen und historischen Erscheinungsformen des Faschismus. Es ist jedoch eine Binsenwahrheit, daß der Faschismus, wie jede andere Herrschaftsvariante des Kapitals, in verschiedenen Formen in Erscheinung tritt. Unterschiedliche Organisationsformen und Traditionselemente, Strukturen und

[25] Mommsen, Imperialismustheorien, S. 114.
[26] Wolfgang Schieder, Faschismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, hrsg. von C. D. Kernig u. a., Bd. II, Freiburg/Basel/Wien 1968, Sp. 438 ff.; Schieder, Faschismus und kein Ende, in: Neue politische Literatur, 2/1970, S. 187.
[27] Derselbe, Faschismus, Sp. 474.

Herrschaftstechniken sowie andere Besonderheiten kennzeichneten bereits die faschistischen Bewegungen und Diktaturen in Italien und Deutschland. Noch erheblicher waren die Unterschiede in die-[427]ser Hinsicht zwischen jenen Ländern und anderen faschistischen Bewegungen und Diktaturen beispielsweise in Spanien, Südosteuropa[28] oder Lateinamerika. Dabei spielten vor allem der erreichte Stand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sowie das Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem deutschen Imperialismus eine besondere Rolle. Weitere Unterschiede in den genannten Erscheinungsformen sind zwischen faschistische Bewegungen und Diktaturen vor und nach 1945 festzustellen. Insofern akzeptiert die marxistisch-leninistische Forschung auch die Existenz verschiedener Typen des Faschismus. Die Kommunistische Internationale bereits war bestrebt, Besonderheiten der verschiedenen Formen des Faschismus zu erfassen. Grundsätzlich jedoch gilt: Überall und zu jeder Zeit dienen faschistische Bewegungen den volksfeindlichen Interessen der reaktionärsten Klassenkräfte, in Vergangenheit wie in der Gegenwart verkörpern faschistische Diktaturen die terroristische Herrschaft der brutalsten Kräfte des Monopolkapitals. Hier lieg der Kern des Faschismus!

Die strukturgeschichtliche Betrachtung des Faschismus führt in Schieders Konzeption von der „Pluralität der Faschismen“[29] objektiv zu einem Verlust an historischer Realität, indem er den Faschismus gleichsam vereinzelt und so seine Erfassung erschwert.

Das Konzept Schieders ist zugleich gegenüber der Anwendung der bürgerlichen „Modernisierungs“theorie auf die Faschismusforschung geöffnet. Danach lasse sich die „Qualität“ der verschiedenen Faschismen „durchaus vom unterschiedlichen Stand im Modernisierungsprozeß herleiten“.[30] Die Verknüpfung der „Modernisierungs“theorie mit der Faschismusforschung – ein weiterer strukturgeschichtlicher Theorieversuch – hat seit den 60er Jahren, von den USA ausgehend,[31] zunehmend an Einfluß gewonnen.

Mit der „Modernisierungs“theorie, mit der die bürgerliche „Industriegesellschafts“lehre eine erweiterte Anwendung erfährt, soll der Geschichtsprozeß seit dem Aufkommen des Kapitalismus differenzierter erfaßt werden.[32] Mit der Kategorie „Modernization“ soll sowohl die Weltgeschichte der vergangenen zwei Jahrhunderte als auch der „gesamtgesellschaftliche Wandel“ für kapitalistische Staaten mit verschiedenen Staatsformen als auch für sozialistische Staaten und für die sogenannte dritte Welt analysiert werden. Jedoch lassen bereits die von den bürgerlichen Theoretikern angewandten Kriterien der Modernität durch ihre subjektivistische Auswahl und Zuordnung deren wissenschaftliche Begrenztheit erkennen. Die Wertetabelle reicht von Alphabetisierungsgrad und Einkommen der Bevölkerung über Kommunikationsmittel und Lebenserwartung bis zur Siedlungsweise; das wirtschaftliche Wachstum, die Produktivität, der technologische Stand und die „Konfliktentwicklung“ zwischen verschiedenen sozialen „Gruppen“ und andere „Strukturen“ werden allerdings besonders herausgestellt. Die Unbestimmtheit der Kategorie „Modernization“ und die Unterschätzung oder gar Negierung des stets historisch-konkreten Klassenkampfes korrespondiert mit der nicht unwesentlichen Auffassung, daß verschiedene politische und soziale Kräfte zu Trägern und Förderern bzw. zu Gegnern der „Modernisierung“ werden können.

[428] Zu welch gefährlichen politischen Konsequenzen dieses Konzept führen kann, wird offenkundig, wenn der Faschismus nach seiner Beziehung zum „Modernisierungs“prozeß im Rahmen der „Industriegesellschaft“ bewertet wird, wie dies vor allem von den nordamerikanischen Historikern und Politologen A. F. C. Organski, Barrington Moore jr., Henry Turner jr., Edward R. Tannenbaum,

[28] Siehe Fašizam i neofašizam, Zagreb 1976; Dezsö Nemes, A fasizmus kérdéséhez, Budapest 1976.
[29] Schieder, Faschismus und kein Ende, S. 173.
[30] Ebenda, S. 175.
[31] David, E. Apter, The Politics of Modernization, Chicago/London 1963; C. E. Black, The Dynamics of Modernization, New York 1966; A. F. K. Organski, The Stages of Political Development, New York 1965; Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972; The Nature of Fascism, hrsg. von S. J. Woolf, London 1968. Siehe auch Maruškin, Istorija i Politika, Moskau 1969, S. 150 ff., S. 189 ff.
[32] Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975.

Roland Sarti, A. James Gregor und in gewissem Sinne auch von Peter F. Drucker und David Schoenbaum, den Historikern Alan Cassels aus Kanada, Renzo De Felice aus Italien, dem Soziologen Ralf Dahrendorf und dem Hitlerbiographen Joachim C. Fest aus der BRD praktiziert wird.[33]

Durch diese Faschismustheorie werden den faschistischen Diktaturen unterschiedliche Wirkungen auf den „Modernisierungs"prozeß zuerkannt, wobei von vornherein der Faschismus als eine mögliche Entwicklungslinie der „industriellen Gesellschaft" des 20. Jahrhunderts aufgefaßt wird. Als modernisierungsfördernde Wirkungen faschistischer Regimes erscheinen etwa die beschleunigte technologische Entwicklung, die Produktionssteigerung in Deutschland, die Überwindung „archaischer" Gesellschaftsstrukturen oder die beschleunigte Urbanisierung, die Reorganisierung des Staatsapparates und die weitere Technisierung der Produktion in Italien. So entsteht die euphemistische Behauptung, daß der deutsche Faschismus einen „Stoß in die Modernität"[34] bewirkt habe.

In der Regel wird dies als eine „Modernisierung wider Willen" bezeichnet, denn die völkisch-germanische Propaganda, die „unzeitgemäßen" Organisationsformen, der Blut-und-Boden-Kult, die Lebensraum-Demagogie hätten eine „antimodernistische" Funktion ausgeübt.[35]

Während in der bürgerlichen USA-Geschichtsschreibung die „Modernisierungs"theorie in recht grober Form auf die Faschismusinterpretation umgesetzt und auch dabei für die sogenannte dritte Welt eine fördernde Funktion faschistischer „Entwicklungsdiktaturen" behauptet wird, erfährt sie in der BRD eine differenziertere Anwendung. In historischen Darstellungen über Hitler – vor allem in der stark diskutierten Hitlerbiographie von Fest – tritt diese Theorie in gleichsam personifizierter Weise in Erscheinung. Außerdem fließen Grundgedanken des „Modernisierungs"konzepts zunehmend in geläufige Faschismusinterpretationen und -modelle ein, sollen offensichtlich dauerhaft verankert und zum ideologischen und methodologischen Grundbestand bürgerlicher Faschismuseinschätzungen erhoben werden.[36]

[429] Die mit wirtschaftlichen und sozialen Faktoren operierenden strukturgeschichtlichen Faschismusauffassungen drängten zwangsläufig dazu, die in der bürgerlichen Historiographieentwicklung lange gefürchtete und deshalb meist ignorierte Frage nach dem „Verhältnis zwischen Kapitalismus und Faschismus" aufzuwerfen und zu untersuchen. Während linksopportunistische und anarchistische Kreise konzeptionell dieses Verhältnis nach der Gleichung „Der gegenwärtige Kapitalismus ist stets Faschismus" behandeln und so die These vertreten, daß z. B. in Frankreich[37] oder in Schweden[38] die faschistische Diktatur vollständig oder teilweise herrscht, strebt die dominierende bürgerliche Geschichtsschreibung danach, beide als prinzipiell unterschiedliche Größen zu behandeln, die allerdings in bestimmten Situationen in eine inhaltlich und zeitlich partielle Wechselbeziehung treten können. Es

[33] Siehe Anm. 31; weiterhin Alan Cassels, Fascism, New York 1975; Peter F. Drucker, Die Zukunft der Industriegesellschaft, Düsseldorf/Wien 1967; Renzo De Felice, Der Faschismus. Ein Interview von Michael A. Ledeen. Mit einem Nachwort von Jens Petersen, Stuttgart 1977; A. James Gregor, Fascism and Modernization, in: World Politics, April 1974; Barrington Moore jr., Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt a. M. 1969; Roland Sarti, Fascist Modernization in Italy: Traditional or Revolutionary?, in: The American Historical Review, April 1970; Edward R. Tannenbaum, The Goals of Italien Fascism, in: The American Historical Review, April 1969. – Einen Eindruck von den diffusen „Modernisierungs"kriterien vermittelt Peter Flora, Modernisierungsforschung, Opladen 1974; derselbe, Indikatoren der Modernisierung, Opladen 1975.

[34] Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 445.

[35] Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M./(West-)Berlin/Wien 1973, S. 1035; „Katastrophen waren das Element seines Lebens". Zeit-Gespräch mit Joachim Fest, in: Die Zeit, vom 12. 10. 1973; Hans Mommsen, Nationalsozialismus oder Hitlerismus, in: Geschichtsdidaktik, 4/1977, S. 364; David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Frankfurt a. M./ Wien/Zürich 1970, S. 26.

[36] Siehe Anm. 35; weiterhin Schieder, Faschismus und kein Ende; Klaus Hildebrand, Anmerkun-[429]gen, Kritik und Ergänzungen zu dem von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann ausgearbeiteten Diskussionsmaterial für das Internationale Historiker-Kolloquium in Weimar 26.-31. Mai 1975, hektogr. Ms., S. 9; Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien, Darmstadt 1976, S. 172.

[37] André Glucksmann, Der alte und der neue Faschismus, in: Foucault/Geismar/Glucksmann u. a., Neuer Faschismus – neue Demokratie, (West-)Berlin 1972, S. 16.

[38] Neue Solidarität, o. O., 1. Jg., Nr. 48, 26. 3. 1975, S. 4.

waren vor allem die Arbeitern Arthur Schweitzers, die im Lauf der 60er Jahre die bürgerliche Forschung in dieser Hinsicht zu größerer politischer und methodologischer Flexibilität anregten. Sie stimulierten auch die Reaktivierung flexibler bürgerlicher und anderer nichtmarxistischer Vorleistungen vergangener Jahrzehnte.

Die gegenwärtige bürgerliche Faschismusforschung und -darstellung versucht die *Beziehung zwischen Kapitalismus und Faschismus* vornehmlich mit drei konzeptionellen Varianten zu deuten:

- mit dem von F. Neumann konzipierten und hauptsächlich von Schweitzer praktizierten „Gruppenmodell";
- mit der „Bonapartismustheorie" in ihrer auf Thalheimer zurückgehenden Version sowie
- mit dem sich auf Auffassungen von Max Weber und Rudolf Hilferding stützendenden Konzept des „organisierten Kapitalismus".

Diese Konzepte konzedieren zwar in unterschiedlicher Weise eine unmittelbare Beziehung zwischen Kapitalismus und Faschismus, ihr übereinstimmender Kern besteht indes darin, die Beziehung von Ökonomie und Politik und damit die entscheidenden Klassenbeziehungen im Faschismus grundlegend zu entstellen.

Im Ergebnis dieser Manipulation wird die Spezifik der faschistischen Diktatur als besondere Herrschaftsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus und damit die klassenmäßige Trägerschaft und Verantwortung der Monopolbourgeoisie für den Faschismus verhüllt und geleugnet. Durch weitere Zugeständnisse an historische Teilwahrheiten und die darauf basierende Einbeziehung klassenmäßig entstellter marxistischer Begriffe, Teilerkenntnisse und Methoden erhoffen sich die bürgerlichen Ideologen nicht zuletzt eine erfolgreichere Bekämpfung der marxistisch-leninistischen Wesensbestimmung und Darstellung des Faschismus.

Das „Gruppenmodell" Schweitzers[39] knüpft an das von F. Neumann Anfang der 40er [430] Jahre entwickelte Modell an, das von der Interessenbeziehung der „vier hierarchischen Gruppen ... Partei, Armee, Bürokratie und Industrie" ausgeht.[40]

Der theoretische Kern – die Machtteilung verschiedener „Machtgruppen" in der faschistischen Diktatur – hat für die bürgerliche Forschung paradigmatischen Wert gewonnen.

Schweitzer geht aus von einer Fülle von Modellgruppen, denen eine klassenmäßige Bestimmung in letzter Konsequenz abgesprochen wird: „Die Partei", „die Oberklasse", „die Generäle", „die SS", „die Mittelklasse", „die Großgrundbesitzer", „das Kleingewerbe", „die oligarchische Parteiclique", „die Großunternehmer" fungieren als autonome, auf verschiedene Weise freilich kombinierbare oder atomisierbare Faktoren, wobei in diesem farbigen Pluralismus von „Gruppen" jede mit der anderen koexistieren, kollaborieren oder kollidieren kann.[41]

Geschichtstheoretisch wirken hier im Sinne Heinrich Rickerts[42] Gesellschaftsgruppen, nicht nur einzelne Personen, als historische Individuen im Geschichtsprozeß. Das faschistische Herrschaftssystem erscheint als ein Kampffeld verschiedener „Gruppen". Die innere Widersprüchlichkeit dieses Herrschaftssystems mißverstehend, wird ihm in den Arbeiten anderer Historiker eine „Kompetenzanarchie"[43], eine „Polykratie"[44] oder gar ein „institutioneller Darwinismus"[45] zugeschrieben.

---

[39] Arthur Schweitzer, Organisierter Kapitalismus und Parteidiktatur 1933 bis 1936, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 1959, S. 37 ff.; Schweitzer, Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964; derselbe, Nazifizierung des Mittelstandes, Stutt-[430]gart 1970. – Eine Wertung bei Dietrich Eichholtz, Alte und „neue" Konzeptionen, in: JfW, 1971/III, S. 231 ff.

[40] Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus, S. 459.

[41] Schweitzer, Big Business, S. 59.

[42] Heinrich Rickert, Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung, Tübingen 1902.

[43] Wippermann, Faschismustheorien, S. 145.

[44] Peter Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft, 4/1976; Wolfgang Horn, Zur Geschichte und Struktur des Nationalsozialismus und der NSDAP, in: Neue politische Literatur, 1973, S. 194 ff.

[45] Schoenbaum, S. 249.

Nach Schweitzer entwickeln sich „Konflikt und Kooperation“ in verschiedenen „Aktionsfeldern“. Er gliedert die Geschichte der faschistischen Diktatur in Deutschland in zwei Phasen. Von 1933 bis 1936 habe eine „dualistische Machtstruktur“ bestanden, in der der Partei/SS-Machtblock, der die Politik und Ideologie verantwortet, mit den gleichgewichtigen Machtblöcken der „Generalität“ und der „Großunternehmer“ koalieren mußte. Dieser „partielle Faschismus“ sei erst nach 1936 von dem „Vollfaschismus“ abgelöst worden, als „die Partei“ wegen der Spaltung des Machtblocks der Großunternehmer die anderen Machtgruppen zu „Machtträgern niederer Ordnung“ degradieren konnte.[46]

Im Gefolge Schweitzers unterlag diese Faschismusdarstellung vielfältigen Modifikationen, wobei die Meinungen über die Entwicklungsgeschwindigkeit und über die Stabilität dieser Form des „organisierten Kapitalismus“ geteilt sind, der theoretische und politische Kern aber letztlich akzeptiert wird: Die herrschenden Klassen des imperialistischen Deutschen Reiches und dabei besonders die monopolkapitalistischen Kräfte trügen für die faschistische Politik höchstens eine nachgeordnete Verantwortung in den Teilbereichen kapitalistischen Wirtschaftens. In der Politik hätten sich höchstens und auch nur zeitweise und punktuell die Interessen der „Großwirtschaft“ mit denen der NSDAP berührt. Als historisch bestimmend jedoch – so möchte dieses Geschichtsbild glauben machen – erwies sich, daß vor allem ab 1936/37 die bis dahin autonome Wirtschaft „dem [431] Führungsanspruch von Staat und Partei unterworfen“[47] oder die „alte herrschende Klasse“ gar völlig „entmachtet“ worden sei[48].

Eine dem Konzept Schweitzers von der „dualistischen Machtstruktur“ in den Jahren 1933 bis 1936 sowie der danach durch den angeblichen Übergang zur absoluten politischen Vorherrschaft der faschistischen Partei erfolgten Herausbildung des „vollen Faschismus“ eng verwandte Anschauung ist das von dem britischen Historiker Tim Mason Mitte der 60er Jahre ins Spiel gebrachte Theorem vom „Primat der Politik“.[49] Mason, der dieses Theorem seinen einige Jahre später veröffentlichten Untersuchungen über die Lage der Arbeiterklasse während der faschistischen Diktatur in Deutschland zugrunde legte[50], versteht darunter die „Verselbständigung des nationalsozialistischen Staatsapparates“ in dem Sinne, daß „die Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung ab 1936 in zunehmendem Maße von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderlief“[51]. Dieser Prozeß habe schließlich seit Mitte 1938 dazu geführt, daß der faschistische Staat und seine Politik reinen „Selbstzweckcharakter“ annahm und die eigentlichen Interessen des kapitalistischen Systems mißachtete.[52] Die historisch-politische Konsequenz dieser Auffassungen kann – ähnlich wie bei Schweitzer – dazu führen, daß die historische Schuld der Monopolbourgeoisie am Faschismus unterschätzt wird.

Parallel zu diesem Vorgehen erlangte die „Bonapartismustheorie“ wachsenden Einfluß in der bürgerlichen Historiographie. Während diese Theorie früher fast ausschließ von rechtsopportunistischen Kräften der Arbeiterbewegung verfochten wurde, wand ihr in den letzten Jahren auch namhafte bürgerliche Historiker zu. Im Zeichen des „Methodenpluralismus“ wird sie als „marxistische“ Theorie in das bürgerliche Geschichtsdenken vereinnahmt[53] und der marxistisch-leninistischen Auffassung entgegengestellt.[54] Dabei geht es sowohl um die explizite Berufung auf diese Theorie als auch um indirekte, aber deutlich spürbare Einwirkung auf andere bürgerliche Faschismuskonzepte. Das betrifft

[46] Schweitzer, Big Business, S. 10, S. 504 f.
[47] Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 140.
[48] Wolfgang Schieder, Faschismus und Antifaschismus in Italien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 9.5.1978.
[49] Tim Mason, Der Primat der Politik, in: Das Argument, 41/1966; Mason, Primat der Industrie. Eine Erwiderung, in: Das Argument, 47/1968.
[50] Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975; derselbe Sozialpolitik im Dritten Reich, Opladen 1977.
[51] Derselbe, Der Primat der Politik, S. 474. – Die These vom „Primat der Politik“ machen sich u. a. auch H. Mommsen und H. A. Winkler zu eigen: Hans Mommsen, Nationalsozialismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, IV/1971, Sp. 708; Heinrich August Winkler, Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978, S. 35 ff.
[52] Mason, Arbeiterklasse, S. 162 f.; derselbe, Innere Krise und Angriffskrieg, in: Rüstung und Wirtschaft am Vorabend des zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 182 ff.; Mason, Sozialpolitik, S. 42 f.
[53] Hans-Ulrich Thamer/Wolfgang Wippermann, Faschistische und neofaschistische Bewegungen, Darmstadt 1977, S. 11.
[54] Schieder, Faschismus und kein Ende, S. 186.

vor allem die Kernthese dieser Theorie, wonach der Faschismus wie der Bonapartismus des 19. Jahrhunderts wesensgleiche, auf dem Boden der kapitalistischen Herrschaft entstandene diktatorische Herrschaftsformen darstellen, die durch „die Verselbständigung der Exekutivgewalt, die Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoi-[432]sie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive“ charakterisiert seien.[55] Daraus wird sogar eine „bonapartistisch-faschistische“ Kontinuitätslinie im Geschichtsablauf konstruiert.[56]

Der Trugschluß dieses Konzepts beruht hauptsächlich auf der schematischen Gleichsetzung diktatorischer Herrschaftsformen des Kapitalismus der vorimperialistischen Phase mit solchen der imperialistischen Phase, die bereits das Stadium des ausgeprägten staatsmonopolistischen Kapitalismus erreicht hatte. Die Herausbildung und Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus veränderte das Verhältnis von Politik und Ökonomie wesentlich.[57] Der von den Monopolen ausgehende Drang nach ökonomischer *und* politischer Herrschaft führte zu einer neuartigen Verflechtung der ökonomischen Macht der Monopole mit den politischen und anderen Potenzen des Staates mit dem gemeinsamen Ziel, die Akkumulation und Konzentration des Kapitals zu erhöhen, die kapitalistische Ausbeutung zu verstärken, den Profit der Monopole zu steigern und die Machtpositionen des Monopolkapitals zu sichern.

Diese Verflechtung minderte in keiner Weise die erstrangige Bedeutung und spezifische Funktion des Staates für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft. Die dem imperialistischen Staat obliegende Aufgabe der Durchsetzung des Gesamtinteresses der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber entgegenstehenden Sonderinteressen selbst mächtiger Monopole und die damit korrespondierenden, rasch und umfassend anwachsenden staatlichen Regulierungsfunktionen auch in der Wirtschaft erhöhen sowohl den allgemeinen Stellenwert als auch die relative Eigenständigkeit des Staates gegenüber den anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Diese Beziehung von Politik und Ökonomie schließt zwangsläufig vielfältige Möglichkeiten des Widerspruchs und auch der Gegensätze zwischen den verschiedenen Klassenfraktionen und Gruppierungen der Monopolbourgeoisie ein. Die unter dem Faschismus auf die Interessen der außerordentlich kleinen Minderheit der am meisten expansionistischen und aggressivsten Monopole ausgerichtete und deshalb naturgemäß mit extrem abenteuerlichen Elementen durchsetzte Staatspolitik kollidierte nicht nur mit den Interessen der werktätigen Massen, sondern zunehmend auch mit den Interessen großer Teile der Bourgeoisie bis hin zu Kreisen der Monopolbourgeoisie. Hierbei ging es aber nicht um eine irgendwie geartete „Verselbständigung“ des Staatlichen, sondern um seine skrupellose Ausnutzung durch die reaktionärsten, am meisten kriegslüsternen Kräfte des Monopolkapitals.[58]

Die Verkennung und Ignorierung dieser speziellen Wechselbeziehung von Politik und Ökonomie unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur sowie die Fehldeutung der daraus resultierenden arbeitsteiligen Funktion von Staat und Wirtschaft als Trennung von politischer und sozialer Macht bilden die eigentliche erkenntnistheoretische und historisch-[433]politische Wurzel der gleichermaßen verfehlten Thesen vom „Primat der Politik“ in der Version von Mason wie von der bonapartistischen „Verselbständigung der Exekutivgewalt“ im Faschismus.

Dieser Fehldeutung unterliegen auch auf antiimperialistischen Positionen stehende Historiker, die den bürgerlichen Faschismusauffassungen kritisch gegenüberstehen und bestrebt sind, marxistische Erkenntnisse und Methoden besonders hinsichtlich der Klassenanalyse anzuwenden.[59]

---

[55] Thalheimer, Über den Faschismus, zit. nach Texte zur Faschismusdiskussion I. Positionen und Kontroversen, hrsg. von R. Kühnl, Hamburg 1974, S. 21.

[56] Thamer/Wippermann, S. 6, S. 11.

[57] Siehe dazu W. E. Gulijew, Der imperialistische Staat in der Gegenwart, Berlin 1976; Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie des Staates und des Rechts, Bd. 2, Berlin 1977.

[58] Siehe Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in: Das Argument, 47/1968; Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, Bd. 1: 1939-1941, Berlin 1969; Kurt Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Berlin 1971. – Aufschlußreich ist auch die Untersuchung des BRD-Publizisten Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals von 1900-1945, Köln 1977.

[59] Das findet seinen Niederschlag auch in einigen Arbeiten Reinhard Kühnls (derselbe, bürgerlicher Herrschaft, Reinbek b. Hamburg 1971).

Die „gruppen“- und „bonapartismustheoretischen“ Bemühungen stehen in einer engen Beziehung zu den in den 60er Jahren von Schweitzer angeregten und in den 70er Jahren deutlicher hervorgetretenen Versuchen, den Faschismus mit dem modifizierten Konzept des „organisierten Kapitalismus“ zu erfassen. Dabei sind eine Reihe von flexiblerer Interpretationen namentlich von BRD-Historikern, die der SPD und dem Sozialreformismus nahestehen, hervorgetreten, die in unterschiedlichen Umfang an entsprechende Gedanken Hilferdings anknüpfen und dies zugleich mit einer Rezeption der in den USA relativ früh auftretenden wendigeren Konzepte und Analysen[60] verbinden.

In gezielter Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsauffassung und vornehmlich der Imperialismustheorie werden vor allem die Beziehung zwischen Politik, Ökonomie und Gesellschaft auf eine gegenüber anderen bürgerliche Konzepten elastischere Weise gedeutet, wobei der wachsenden Stellung des Staates zentrale Bedeutung zuerkannt wird.[61] Nach Hans-Jürgen Puhle ist mit „organisiertem Kapitalismus“ ein „System wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Interaktion gemeint, das wesentlich durch die enge Verklammerung der einzelnen Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie privater tertiärer Sektor) *miteinander* ebenso wie *mit* den regulierenden, verwaltenden und in verstärktem Maße auch dienstleistenden Agenturen der Staatsmacht charakterisiert ist“.[62]

Politisch motiviert werden diese theoretischen Anstrengungen von dem Zwang, die Existenz- und Entwicklungsbedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Vergangenheit und Gegenwart genauer zu erfassen. Bei derartigen Diagnosen einer „Stabilisierungs- und Stützungsaktion, deren wichtigstes Ziel die Erhaltung der Funktionsfähigkeit einer bereits *entwickelten* industriekapitalistischen Wirtschaftsordnung“[63] ist, um die „Überlebenschance“ für den Kapitalismus zu begründen,[64] finden die Auswirkungen von [434] Krisen verschiedener Art und die Möglichkeiten ihrer Lösung oder zumindest Kanalisierung im gesamtbourgeoisen Interesse die besondere Aufmerksamkeit dieser Historiker. Dieses historisch-politische Effektivitätsdenken führt grundsätzlich zu einer größeren Kritikbereitschaft gegenüber einer Reihe als unzweckmäßig erachteter Erscheinungen in der Politik der herrschenden Klassenkräfte in Vergangenheit und Gegenwart.

Es verwundert nicht, daß besonders die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933, die Präsidialregierungen in Deutschland, der deutsche und italienische Faschismus, der New Deal in den USA, aber auch rechtssozialdemokratische Reformkonzepte in Nordeuropa zum Untersuchungsfeld dieser Geschichtsschreibung geworden sind.

Obgleich die bürgerlich-parlamentarische Demokratie mit ihren „rechts- und sozialstaatlichen Komponenten“ und staatsmonopolistischen Regulierungsmöglichkeiten als der historische Normalfall und als die erstrebenswerte Variante monopolbourgeoiser Machtausübung dargestellt wird, eröffnet die These von der „politischen Polyvalenz“ des „organisierten Kapitalismus“ zugleich den Zugang, um die faschistische Diktatur als eine seiner Varianten zu betrachten.[65]

Faschistische Diktaturen figurieren in dieser Lesart als Hilfsmittel, um in hochentwickelten kapitalistischen Ländern Konzentrations- und Zentralisationstendenzen in der Ökonomie zu verstärken und dabei zugleich die Massen zu disziplinieren. In anderen Akzentuierungen wird das faschistische Regime in

[60] Ernst Fraenkel, The Dual State, New York 1941 (deutsch: Der Doppelstaat, Frankfurt a. M./Köln 1974); Neumann, Behemoth; Friedrich Pollock, Is National Socialism a New Order?, in: Studies in Philosophy and Social Science, 9/1941, S. 440 ff. (deutsch: Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?, in: Pollock, Stadien des Kapitalismus, hrsg. u. eingel. von H. Dubiel, München 1975).

[61] Eine marxistische Analyse und Kritik vermittelt Hans-Jürgen Steinbach, Bürgerliche Historiker und die sozialreformistische Theorie des „organisierten Kapitalismus“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1978.

[62] Hans-Jürgen Puhle, Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften, Göttingen 1975, S. 15.

[63] Ebenda, S. 15 f.

[64] Heinrich August Winkler, Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus, in: Organisierter Kapitalismus, hrsg. von H. A. Winkler, Göttingen 197 S. 13.

[65] Hans-Ulrich Wehler, Der Aufstieg des Organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland, in: Organisierter Kapitalismus, S. 51.

Italien als „autoritärer Ersatz ... für die Entwicklung des Organisierten Kapitalismus von unten“ gedeutet.[66]

Methodologisch an M. Webers[67] Modell von den relativ autonomen drei Teilen der Gesellschaft geschult, befragt diese Geschichtsschreibung die faschistische Diktatur darüber hinaus danach, wie sich in ihr das Verhältnis von Wirtschaftsordnung, politischer Ordnung und Sozialordnung gestaltete und welchen Veränderungen es unterworfen war. Die Historiker, die der Schablone des „organisierten Kapitalismus“ verhaftet sind, begreifen dabei – wiederum im Sinne Webers – die Politik „primär als konfliktive Auseinandersetzung um den Gewinn, die Behauptung und die Ausdehnung von Machtchancen“, wobei sich „immer wieder neu erweist, daß eine bestimmte Gruppe, Fraktion oder strategische Clique stärker und einflußreicher und damit durchsetzungsfähiger ist als andere“.[68] Darüber hinaus bietet die Behauptung Webers, daß die „Bürokratie“ die Gesellschaft beherrsche und sich dabei zunehmend verselbständige, Raum für weitgespannte Interpretationen der Geschichte faschistischer Diktaturen.

Die behandelten strukturalistischen Faschismustheorien erweisen sich in ihrem Grundanliegen und in ihrem Konzept als *eine* sich offensichtlich verfestigende Entwicklungsrichtung in der bürgerlichen einschließlich der rechtssozialdemokratischen Faschismusgeschichtsschreibung der Gegenwart. Weit entfernt von antiimperialistischen Konsequenzen, zielt diese Historiographie, die in der internationalen Literatur gelegentlich als (neo)marxistisch mißdeutet wird, im Gegenteil mit ihrer Negierung der qualitativen, klassen-mäßigen Bestimmtheit des Faschismus auf die – im einzelnen mitunter sehr flexible –Verteidigung der monopolkapitalistischen Machtgrundlagen.

[435] Eine nach wie vor zentrale Position unter den Deutungsversuchen nimmt die *Totalitarismusdoktrin* ein, die in ihrer Hauptanwendungsrichtung den Faschismus als angeblich wesensgleiche Erscheinung mit dem Sozialismus und Kommunismus in Verbindung bringt.[69] Diese Doktrin bildet sowohl ein selbständiges theoretisches Konzept als auch ein konstitutives Element der vor allem aus übergreifenden weltgeschichtlichen Entwicklungen abgeleiteten bürgerlichen Faschismustheorien. Namentlich die verschieden Varianten der „Mobilisierungs“theorien, die das Verhältnis des Faschismus zu den Massen untersuchen wollen, sowie das in den letzten Jahren stark ins Spiel gebrachte „Modernisierungs“konzept sind unlösbar mit der Totalitarismusdoktrin verknüpft. Auch die wieder stärker strapazierten Begriffe des „ Linksfaschismus“ und „Linkstotalitarismus“ wurzeln in dieser Doktrin.[70]

Die an der Wende zu den 70er Jahren von bürgerlicher Seite kolportierte Behauptung, daß diese Doktrin für die bürgerliche Faschismusforschung bedeutungslos geworden oder gar ad acta gelegt worden sei, wurde durch die Entwicklung der letzten Jahre eindeutig widerlegt.[71] Infolge des gegenüber den 50er und 60er Jahren vielfältigeren Angebots bürgerlicher Faschismusauffassungen hat zwar die Totalitarismusdoktrin ihre ehedem unangefochtene Stellung eingebüßt, ihr tatsächlicher Einfluß hat in jüngster Zeit jedoch durch die Kombination mit anderen Konzepten sowie die forcierte Anwendung auf die Wesensbestimmung der 1917 eingeleiteten weltgeschichtlichen Epoche noch zugenommen. In den letzten vier bis fünf Jahren erfolgte gerade in dieser Richtung eine betonte Aktivierung der Totalitarismusdoktrin in der bürgerlichen Faschismusforschung.

Die Ursachen dafür sind zweifellos politischer Natur. Im Rahmen der imperialistischen Gegenreaktion auf die zunehmende weltpolitische Ausstrahlung des Sozialismus und die von ihm ausgehende und sich trotz aller Widerstände erfolgreich durchsetzende internationale Entspannungspolitik ist die

---

[66] Charles D. Maier, Strukturen kapitalistischer Stabilität in den zwanziger Jahren, in: Organisierter Kapitalismus, S. 207.
[67] Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Köln/(West-)Berlin 1964.
[68] Puhle, S. 23.
[69] Zur Genesis und den Haupterscheinungsformen dieser Theorie siehe Unbewältigte Vergangenheit, Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, hrsg. von G. Lozek u. a., Berlin 1977, S. 38 ff.
[70] Ernst Nolte, Marxismus – Faschismus – Kalter Krieg, Stuttgart 1977, S. 199, S. 237 ff.; De Felice, S. 104, S. 108 f.
[71] Siehe u. a. L. B. Schapiro, Totalitarismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft VI/1972, Sp. 465 ff.; A. James Gregor, The Fascist Persuasion in Radical Politics, Princeton 1974; Schulz; Aryeh L. Unger, The Totalitarian Party, London 1974; Walter Schlangen, Totalitarismus-Theorie, Stuttgart 1976.

Totalitarismusdoktrin mit ihrer zielgerichteten Umdeutung der historischen Faschismuskritik in militanten Antikommunismus wieder stark gefragt. Innenpolitisch dient sie in den Ländern des Kapitals als ein Instrument für die Verleumdung und Verfolgung demokratischer Kräfte, in der BRD beispielsweise als Begründung für die berüchtigten „Berufsverbotserlasse“, die die Gefahren von rechts verharmlosen, den Antikommunismus aber mit allen Mitteln anheizen. International soll der reale Sozialismus mit dem Bannfluch des „Totalitären“ verketzert werden, während die imperialistischen Staaten, unter deren Fittichen faschistische Tendenzen und Bewegungen permanent wuchern, als die eigentlichen Gralshüter der „Demokratie“, „Freiheit“ und „Menschenwürde“ erscheinen.

Das hervorstechendste Merkmal in der jüngsten Anwendung der Totalitarismusdoktrin auf die bürgerliche Faschismusdeutung und -darstellung besteht in einer betonten weltgeschichtlichen Einordnung und Wertung des Faschismus. Ursachen, Wesen und Be-[436]stimmung des historischen Platzes des Faschismus – Probleme, welche die bürgerliche Historiographie trotz unzähliger Faschismusdarstellungen noch nie zuverlässig zu beantworten vermochte – glaubt man nunmehr mittels einer auf den *gesamten* Geschichtsverlauf des 20. Jahrhunderts bezogenen Totalitarismusdoktrin erfassen zu können. Namentlich Karl Dietrich Bracher und Karl Dietrich Erdmann haben dazu in jüngster Zeit richtungsweisende, wenngleich im Detail und noch mehr in den politischen Folgerungen recht unterschiedlich akzentuierte Aussagen publiziert.

Besonders prononciert ist dabei Bracher hervorgetreten. Seine neueren Publikationen, vornehmlich die konzeptionell angelegte Schrift „Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie“ sowie der darauf aufbauende umfängliche Band „Die Krise Europas 1917-1975“, sind ausschließlich diesem Anliegen gewidmet.[72] Den konzeptionellen Kern beider Publikationen bildet die grundlegende Entstellung des Charakters der 1917 eingeleiteten und auch die nächsten Jahrzehnte prägenden Epoche. Anstelle des sich in Wirklichkeit vollziehenden Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wird aus der herkömmlichen Totalitarismusdoktrin die weltgeschichtliche Antinomie von „Demokratie“ und „Totalitarismus“ übernommen und die „zentrale Frage nach dem Wesen von Demokratie und Diktatur“ zum Kardinalproblem des 20. Jahrhunderts erhoben. Wie seit eh und je wird dabei „Demokratie“ mit der als „freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat“ ausgegebenen und zur „europäischen Lebensform“ hochstilisierten parlamentarisch verbrämten Klassenherrschaft des Kapitals gleichgesetzt; als Grundvarianten des „Totalitarismus“ erscheinen der Faschismus sowie der Sozialismus und Kommunismus. Dementsprechend sind für Bracher bei der „Interpretation des Faschismus“ stets der „Nationalismus und Totalitarismus samt der Erfahrung der kommunistischen Diktatur“ zu berücksichtigen.[73]

Neu an dieser Anwendung der Totalitarismusdoktrin sind – außer der pointierten Einordnung des Faschismus in die allgemeingeschichtliche Entwicklung des 20. Jahrhunderts – ein noch militanterer Antikommunismus und Antisowjetismus als vordem. Das demonstriert in drastischer Weise der voluminöse Band „Die Krise Europas“.

Mit dem darin dominierenden, ebenso primitiven wie haßerfüllten Antikommunismus, der nicht davor zurückschreckt, Lenin zum entscheidenden Vorläufer Hitlers zu erklären und daraus die ganze Faschismusversion abzuleiten, hat Bracher die Grenze seriöser bürgerlicher Faschismusdarstellung weit hinter sich gelassen. Selbst bürgerliche Historiker zeigten sich ob der „provozierenden Schärfe“ dieses Vorgehens überrascht.[74] Betrachtet man jedoch das von Bracher konstruierte historisch-politische Konzept als Ganzes, einschließlich der daraus abgeleiteten politischen Konsequenzen für die Gegenwart, so ist sein Vorgehen keineswegs überraschend.

Bracher vertritt zwar weiterhin die These einer „doppelten Gefährdung der europäischen Lebensform durch totalitäre Diktaturen kommunistischer und faschistischer Prägung“; in direkter Umkehrung seiner

[72] Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976; derselbe, Die Krise Europas 1917-1975, (West-)Berlin 1976.
[73] Derselbe, Zeitgeschichtliche Kontroversen, S. 7, S. 10.
[74] Hans Mommsen, Im Strom von Diktatur und Demokratie, in: Die Zeit, vom 17.12.1976.

früher geäußerten Auffassung, wonach der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform hauptsächlich die „Gefahr von rechts“ drohe, stellt er aber jetzt den „kommunistischen Marxismus“ als Hauptbedrohung jeglicher Demokratie hin.[75] [437] Dieser Grundauffassung sind die wesentlichen Aussagen zur Faschismusproblematik zugeordnet. So wird das Entstehen faschistischer Diktaturen nicht schlechthin mit „Revolutionen“ gleichgesetzt, sondern als Bestandteil einer von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland ausgelösten „Welle antidemokratischer Revolutionen“ dargestellt. Die historischen Erscheinungsformen faschistischer Diktaturen werden als Maßstab für die Beurteilung sozialistischer Staaten in der Gegenwart herangezogen; so z. B., wenn in dem genannten Machwerk die Geschichte der DDR als Entwicklung der „zweiten deutschen Diktatur“ erscheint.[76] Aus dem verhängnisvollen Paktieren der imperialistischen Wetmächte mit dem faschistischen Deutschland, das in dem Münchner Diktat von 1938 kulminierte, wird schließlich die historische „Lehre“ abgeleitet, daß man mit „totalitären Systemen“ keine Kompromisse abschließen dürfe. Unter diesem Gesichtspunkt wird die gegenwärtige internationale Entspannung – obgleich verbal bejaht – als „Scheinfrieden“ abgetan, solange die sozialistischen Staaten am wissenschaftlichen Sozialismus festhalten.[77]

Der Zwang der historischen Logik ließ Bracher mit seinem extrem antikommunistischen Totalitarismuskonzept schließlich folgerichtig zum Kronzeugen von CDU-Kreisen bei ihren scharfmacherischen Forderungen zur sogenannten Terroristenbekämpfung avancieren. Als er als einer der Hauptreferenten auf einem Kongreß jener Partei zu dieser Problematik auftrat, wurde der reaktionäre Kern seiner auf der Totalitarismusdoktrin beruhenden Faschismusauffassung vollends deutlich.[78] In einem Zeitpunkt bedrohlich zunehmender neofaschistischer Umtriebe in der BRD, die verantwortungsbewußte Publizisten und Wissenschaftler auch aus dem bürgerlichen Lager veranlaßte, vor einem Rechtsrutsch in diesem Lande zu warnen, lehnte Bracher das „antifaschistische Verständnis der Demokratie“ entschieden ab, weil das angeblich nur „totalitäre“ „marxistisch-leninistische Denkformen“ begünstigte. In der Endkonsequenz wird damit bestritten, daß Antifaschismus und humanistische Grundhaltung untrennbar zusammen gehören. Den Begriff des Faschismus als wissenschaftliche Kategorie prinzipiell ablehnend, benutzt Bracher für dessen Kennzeichnung ausschließlich die Allgemeinbegriffe des „Totalitären“ bzw. des „Totalitarismus“. Er machte die Kritik am Totalitarismusbegriff und seine Ersetzung durch einen allgemeinen Faschismusbegriff in hohem Maße mitverantwortlich für „die demokratischen Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre“ und speziell für den Terrorismus. Er stellte den gegenwärtigen Terrorismus in den kapitalistischen Ländern als „eindeutig links gerichtet“ und generell „marxistisch fundiert“ hin und forderte schließlich die radikale Anwendung der Totalitarismusdoktrin auf den wissenschaftlichen Sozialismus und seine Träger.[79]

Die politischen Konsequenzen einer solchen Haltung sind jedem hinreichend bekannt, der weiß, wohin ein solch militanter Antikommunismus die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum vor und nach 1933 und nicht nur in Deutschland geführt hat.

Eine weitere Variante der Totalitarismusdoktrin in der Anwendung auf die Faschismusproblematik entwickelt Karl Dietrich Erdmann in der jüngsten Neuauflage seiner Schrift „Die Zeit der Weltkriege“.[80] Er konstruiert auf der Grundlage dieser Doktrin ein weltge-[438]schichtliches „Dreiecksverhältnis“ zwischen Kapitalismus, Faschismus und Kommunismus (gemeint ist der reale Sozialismus), das seinen ideellen Niederschlag auch in den entsprechenden Faschismusdeutungen fände. Demnach begreife sich „der sowjetische Kommunismus als Gegensatz zum liberal-bürgerlichen wie zum faschistischen Kapitalismus, der liberal-bürgerliche Kapitalismus als Gegensatz zum kommunistischen und faschistischen Totalitarismus und der Faschismus als Gegensatz zum Rationalismus und

[75] Karl Dietrich Bracher, Die mißbrauchte Demokratisierung. Antikapitalistische Verschwörungstheorien sind ein Teil der Gewaltlehre, in: Die Zeit, vom 2.12.1977.
[76] Bracher, Die Krise Europas, S. 34 ff., S, 323 ff.
[77] Ebenda, S. 381, S. 186 f.
[78] Bracher, Die mißbrauchte Demokratisierung.
[79] Ebenda.
[80] Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, Stuttgart 1976.

zur Modernität des demokratischen Liberalismus und des Kommunismus“.[81] Obgleich sich Erdmann mit seinem Konzept als Anhänger der „bürgerlich-liberalen“ Position des Kapitalismus auch auf die Totalitarismusdoktrin stützt, steht für ihn im Unterschied zu Bracher die Anwendung der Allgemeinbegriffe „faschistisch“ und „Faschismus“ außer Frage. Erdmanns gesellschaftspolitische Gesamtwertung, mit der er zugleich die von Nolte vorgenommene Kennzeichnung der Periode von 1917/18 bis 1945 als „Epoche des Faschismus“ verneint, enthält jedoch eine aufschlußreiche neue Akzentuierung in der These: „Nicht der Faschismus allein prägt das Gesicht unseres Jahrhunderts, sondern die wechselnden Bündnisse und Feindschaften in dem Dreiecksverhältnis von liberalem Bürgertum, Faschismus und Kommunismus.“[82]

Die Unterstellung der Möglichkeit von „Bündnissen“ zwischen dem Faschismus und dem realen Sozialismus, für die einmal mehr der Vertrag zwischen den Regierungen der UdSSR und Deutschland vom August 1939 als vermeintliches historisches Beispiel herhalten muß, ist derart absurd, daß eine ernsthafte Auseinandersetzung damit überflüssig erscheint, besteht doch diese Art Beweisführung in dem primitiven Vorgehen, einen bilateralen Staatsvertrag kurzerhand zu einem Bündnisvertrag zu deklarieren. Wenn dagegen Erdmann von möglichen Bündnissen zwischen dem „liberalbürgerlichen“ und dem „faschistischen“ Kapitalismus spricht, so entspricht das der Realität vor und nach 1945. Es genügt hier an die antisowjetischen Komplotte der imperialistischen Westmächte und des faschistischen Deutschlands sowie an das enge Verhältnis der USA und anderer kapitalistischer Staaten zum faschistischen Portugal, Spanien und zum Pinochet-Regime in Chile zu erinnern.

Obgleich Erdmann als Historiker verständlicherweise für die Gegenwart und Zukunft offen läßt, welches „Bündnis“ gegen wen und mit wem das bürgerlich-parlamentarische Herrschaftssystem des Kapitalismus und auch dessen Erscheinungsform in der BRD in bestimmten Situationen eingehen sollte, so werden aus seiner grundsätzlichen Fragestellung höchst aufschlußreiche Bezüge zur Faschismusproblematik deutlich:

1. wird zugegeben, daß der Faschismus eine Variante kapitalistischer Herrschaftsausübung darstellt;

2. wird anerkannt – und das unterscheidet Erdmanns Auffassungen grundsätzlich von denen Brachers und anderer militanter Antikommunisten –, daß in bestimmten Situationen Bündnisse zwischen „bürgerlichen Demokratien“ und sozialistischen Staaten bei der gemeinsamen Bekämpfung faschistischer Diktaturen historisch möglich und, wie es die Antihitlerkoalition bewiesen hat, gegebenenfalls lebensnotwendig sein können;

3. wird eingestanden, daß das entscheidende Bindeglied für die Bündnisse zwischen „bürgerlichen Demokratien“ und faschistischen Diktaturen der Antikommunismus bildet; [439]

4. wird allerdings durch die dem Faschismus bescheinigte Bündnisfähigkeit und -würdigkeit in gewisser Weise auch zu der in der bürgerlichen Historiographie in den letzten Jahren um sich greifenden Entschärfung der Faschismuskritik beigetragen.

Erdmanns Aussagen können zu dem logischen Schluß führen, daß Bündnisse mit faschistischen Diktaturen etwas völlig Normales sind. *Damit* werden einmal mehr die Gefährlichkeit und das Dilemma der Totalitarismusdoktrin deutlich, auch dann, wenn nur partielle Zugeständnisse in diese Richtung gemacht werden.

Es ist bezeichnend, daß Bracher gerade jene zwiespältigen Seiten in Erdmanns Schrift zum Anlaß nimmt, um gegen den dort als Allgemeinbegriff benutzten Terminus Faschismus zu polemisieren. Entgegen der ausdrücklichen Anerkennung des Faschismusbegriffs als „Gattungsbegriff“[83] durch Erdmann, unterstellt ihm Bracher eine synonyme Bewertung und Anwendung der Begriffe Faschismus und Totalitarismus.[84] Damit möchte Bracher den eigenständigen Faschismusbegriff zumindest als überflüssig erscheinen

[81] Ebenda, S. 376. – Ein ähnlicher konzeptioneller Ansatz findet sich bei ***Nolte***, Marxismus – Faschismus – Kalter Krieg, S. 99 ff.
[82] Erdmann, S. 376.
[83] Ebenda, S. 362.
[84] Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichte im Wandel der Interpretationen, in: Historische Zeitschrift, 255/1977, S. 635 ff.

lassen und zugleich die gravierenden Unterschiede zwischen der eigenen und der Konzeption Erdmanns in der Beurteilung des Faschismus verwischen.

Die gesamte Entwicklungsgeschichte des Begriffs und der Doktrin des Totalitarismus, vor allem deren absolut dominierende Rolle als Einpeitscher einer entspannungsfeindlichen Politik und als ein Hauptträger der Ideologie des Antikommunismus beweisen nachhaltig ihre generelle Unbrauchbarkeit für ein Geschichts- und Gesellschaftsdenken, das den Anspruch erhebt, wissenschaftlich zu sein. Auch ist jenen bürgerlichen Historikers zuzustimmen, welche die Totalitarismusdoktrin deshalb ablehnen, weil sie die mobilisierende Wirkung des Antifaschismus negiert.[85]

Seit jeher zählt die Frage, welche Beziehungen zwischen dem Faschismus und den Volksmassen und den einzelnen Klassen und Schichten der kapitalistischen Gesellschaft bestehen, zu den wichtigsten Problemkreisen der internationalen Faschismusdiskussion und der Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und marxistisch-leninistischer Geschichtsideologie. Eine Reihe bürgerlicher Konzepte, gelegentlich unscharf als „Mobilisierungstheorien“ bezeichnet, wollen der „mobilisierenden Kraft“ des Faschismus aus ihrer Sicht nachspüren.

Ein Charakterzug der vorherrschenden bürgerlichen Geschichtsschreibung besteht darin, durch *verschiedenartige Entstellungen des Verhältnisses der Volksmassen zum Faschismus* die monopolbourgeoisen Kräfte und das imperialistische Herrschaftssystem generell zu ent- und die Massen zu belasten. Dabei hat der Nationalismus als Erklärungsfaktor für den Masseneinfluß des Faschismus an Bedeutung gewonnen. Hier eröffnet sich für bourgeoise Historiker zugleich ein Feld sondierender Erörterungen über imperialistische Zugänge zum Problem der Massen.

Drei Gesichtspunkte verdienen eine besondere Beachtung:

Erstens reagierte die dominierende Faschismusgeschichtsschreibung auf die verstärkten faschistischen Aktivitäten in hochentwickelten kapitalistischen Ländern und in Ländern der sogenannten Dritten Welt in den 60er und 70er Jahren mit einer Neuauflage der Be-[440]hauptung, daß der Faschismus in erster Linie Ausdruck des nationalistischen Willens der Massen sei.[86] Derartige Deutungen, die den Klassencharakter des Faschismus aus seiner Massenbasis ableiten, hatten bereits in den 50er Jahren in der bürgerlichen Geschichtsschreibung zur Rehabilitierung der herrschenden Klassenkräfte des NATO-Partners BRD gedient.[87] Nachdem die Behauptung wieder aufgewärmt worden war, daß die faschistische Diktatur in Deutschland im „Kampf gegen die Klassenordnung“ entstanden und der Faschismus „von unten“ an die Macht gekommen sei,[88] wird nunmehr die „Nationalisierung der Massen“ als Höhepunkt einer neuen Politik dargestellt, die in der von Rousseau begründeten Idee der Volkssouveränität wurzele.[89]

Zweitens ist der Versuch zu erkennen, den Faschismus „als soziale Bewegung“ differenzierter zu analysieren.[90] Für die nicht selten mit quantitativen Forschungsmethoden betriebenen Untersuchungen ist charakteristisch, daß sie zwar einigen Wirkungen historisch konkreter Ereignisse (z. B. des ersten Weltkrieges, der Inflation, der Weltwirtschaftskrise, von imperialistischen Friedensverträgen) auf bestimmte soziale Schichten nachgeht, jedoch die wesentlichen Wechselbeziehungen zwischen imperialistischem Herrschaftssystem, erster Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus und den von neuen Klassenkampfbedingungen erzwungenen Veränderungen in der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern negiert. Statt dessen lassen sich die einschlägigen Betrachtungen in der Regel von der Absicht leiten, die Entstehung faschistischer Parteien, Organisationen und Tendenzen als ein Produkt der – im einzelnen recht unterschiedlich beurteilten –

[85] Thamer/Wippermann, S. 246.
[86] Gregor.
[87] Hans Kohn, The Twentieth Century, New York 1957; Raymond Martin, Le Nationalsocialisme Hitlérien. Une dictature populaire, Paris 1959.
[88] Peter H. Merkl, Die alten Kämpfer der NSDAP, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, hrsg. von R. Wildenmann, München/Wien 1971, S. 498; William S. Allen, „Das haben wir nicht gewollt!“, Gütersloh 1966, S. 9.
[89] George L. Mosse, Die Nationalisierung der Massen, (West-)Berlin 1977.
[90] Faschismus als soziale Bewegung, hrsg. von W. Schieder, Hamburg 1976.

sozialen Lage und politischen Situation einzelner Schichten und Gruppen, insbesondere des städtischen Kleinbürgertums, darzustellen. Letztlich soll dort der Keim des Faschismus und der Ausgangspunkt seiner Geschichte angelegt werden.

Weitreichendere politische Implikationen sind mit jener Trennung verbunden, die der italienische Historiker Renzo De Felice zwischen dem faschistischen Regime, das er mit dem Attribut der Negativität versieht, und der faschistischen Bewegung, der er Vitalität zubilligt, vornimmt. Diese bewußte Abhebung der faschistischen Bewegung begründet De Felice prononciert mit deren „moralischem Gehalt", den er in Erneuerungsbestrebungen der faschistischen Bewegung in Italien verkörpert sieht.[91]

Derartige objektiv rechtfertigende Wertungen, die in faschistischen Tendenzen und Bewegungen eine Art „Jakobinertum" erblicken,[92] sind nicht zuletzt ein Ergebnis jener bürgerlichen Forschungsmethode, die die faschistische Bewegung so begreift, wie sie sich selbst dargestellt hat. Diese sogenannte mitgehende Methode offenbart in besonders greller Weise die möglichen politischen Konsequenzen der „Mobilisierungskonzepte" bürgerlicher Faschismusforschung.

In der vorgegebenen Absicht, die „Mobilisierungskraft" des Faschismus und das Ge-[441]flecht der Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit „von bestimmten Kräften und bestimmten Interessen" zu erfassen,[93] ist zunächst eine Erhärtung der „Mittelstandsthese" erkennbar, nach der der Faschismus eine selbständige und dynamische politische Äußerung des Kleinbürgertums – entweder eines Teils der aufsteigenden (in Italien) oder der abstiegsbedrohten (in Deutschland) – und anderer Bevölkerungsgruppen wie der „Desperados" des ersten Weltkrieges ist.[94]

In Distanz zu der als unzweckmäßig empfundenen Formulierung Martin S. Lips vom „Extremismus der Mitte"[95] sind zwei Modifikationen vorgenommen worden:

Zum einen wird die NSDAP als „Volkspartei" im Sinne einer „nicht demokratischen Integrationspartei" hingestellt. In der faschistischen Diktatur sei jedoch (und damit entsteht eine hinlänglich bekannte Aussage) die „Autonomie des nationalsozialistischen Führungskerns – in letzter Instanz: Hitler selbst" bei der Festigung strategischer Ziel unbestritten. Seine Politik bilde den extremsten Fall der Verselbständigung einer Ideologie kleinbürgerlicher Herkunft.[96]

Diese Behauptung wird zum anderen durch das Bestreben ergänzt, der Volkarteithese durch Verknüpfung mit der Bündnistheorie zu höherer Effizienz zu verhelfen. In dieser Absicht betont Hans Mommsen die „Sogwirkung" der NSDAP vor 1933, der sich die „traditionelle Oberschicht" – wie andere soziale Gruppen auch – nicht zu entziehen vermocht hätte, und die so nur jenen Prozeß vollendet habe, der diese Partei zu einer „virtuellen Volkspartei" werden ließ. In der faschistischen Diktatur sei das Interessenbündnis schließlich immer mehr zugunsten der Befehlskraft der nationalsozialistischen Führung verschoben worden.[97]

So entsteht ein Bild, das die monopolbourgeoisen Kräfte zwar in gewissem Umfang als in die faschistische Politik verstrickt zeigt, jedoch ihr Verantwortungsmaß in das anderer sozialer Gruppen einordnet und so die historische Wahrheit verzerrt.

Drittens erheischen jene bürgerlichen Darstellungen der 70er Jahre Aufmerksamkeit, die das Verhältnis zwischen Faschismus und Arbeiterklasse diskutieren.

---

[91] De Felice, S. 34.
[92] Eugen Weber, Varieties of Fascism, London/New York 1964, S. 139.
[93] De Felice, S. 54.
[94] Ebenda; Michael H. Kater, Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Faschismus als soziale Bewegung, S. 25 ff.
[95] Martin S. Lipset, Der Faschismus – die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 3/1959.
[96] Heinrich August Winkler, Mittelstandsbewegung oder Volkspartei?, in: Faschismus als soziale Bewegung, S. 97 ff.; S. 112.
[97] Hans Mommsen, Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase, in: Faschismus als soziale Bewegung, S. 165, S. 176.

Die tiefsten Gegensätze und Konflikte zwischen Arbeiterklasse und Faschismus, von Mason als Ausdruck des „Interessenantagonismus innerhalb der Klassengesellschaft“ bezeichnet, sind auch für bürgerliche Historiker nicht zu übersehen. Für Historiker wie Mason stellt sich die deutsche Arbeiterklasse auch nach 1933 als aktiv handelnde und kämpfende Kraft dar, die sich auf verschiedene Weise dagegen wehrte, sich zum Werkzeug „rücksichtsloser kapitalistischer Interessen und nationalsozialistischer Politik“ machen lassen. Jedoch relativiert Mason derartige unter dem Zwang der Quellen gewonnene Einsichten wieder: Seine bereits skizzierte konzeptionelle Hauptthese vom Nebeneinanderbestehen von kapitalistischer Wirtschaftsordnung und politischer (faschistischer) Diktatur, die sich schließlich verselbständigt und so die Mechanismen der Klassenherrschaft außer [442] Kraft gesetzt habe, stellt eine entscheidende Erkenntnisbarriere für das richtige Erfassen des Klassenwesens des faschistischen Regimes dar.[98]

Bracher jedoch setzt andere Akzente. Er stellt in bezug auf den deutschen Faschismus fest, daß die „Hauptparole des nationalen Sozialismus“ – die Versöhnung von Arbeiterschaft und Nationalstaat – ihre epochale Bedeutung bis heute erhalten habe[99] und artikuliert so den Stellenwert derartiger Analysen für die bürgerliche Ideologie. Im Zuge der Aufwertung des Nationalismus in der internationalen bürgerlichen Geschichtsschreibung wird der als „Mischideologie“ mißverstandene „National-Sozialismus“ als „erfolgreiche ideologische Formel“ beurteilt.[100]

Der hier konzeptionell unterlegte Gedanke von einem objektiven, wesensmäßigen Zusammenhang von Arbeiterklasse und Faschismus, vermittelt über den bürgerlichen Nationalismus, läßt zugleich weitere Manipulationen im antikommunistischen Sinne zu. Verstärkt wird diese historiographische Tendenz durch jene nordamerikanischen Politologen, die *eine* wesensbedingte Affinität zwischen Faschismus und Arbeiterklasse mit der Behauptung von der durch den Faschismus treffend erfaßten und genutzten „nichtrevolutionären Disposition“ der Arbeiterklasse zu belegen suchen.[101]

Eine besonders augenfällige Verfälschung, die über die skizzierten Auffassungen hinausreicht, erkennt der NSDAP gar den Charakter einer Arbeiterpartei zu.[102] Obwohl diese primitive Geschichtsbetrachtung kaum größere Verbreitung erfahren dürfte, äußert sich in ihr doch eine Linie der bürgerlichen Faschismusbetrachtung in der Gegenwart, wenn auch in einer ins Absurde übersteigerten Form.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung über den Faschismus ist von jeher durch einen *subjektivistischen Grundzug* geprägt, der in unterschiedlicher Intensität und in verschiedenen Formen sich in fast allen Interpretationen niederschlägt. Er zeugt von den letztlich klassenbedingten Grenzen, die Dialektik von Objektivem und Subjektivem adäquat zu erfassen und auf die Geschichte des Faschismus anzuwenden. Vielmehr ist eine einseitige Hervorhebung, Behandlung und Verabsolutierung des geschichtlichen Subjekts, des subjektiven Faktors oder einiger seiner Elemente für dieses Geschichtsverständnis kennzeichnend.[103] Das tritt in der Überbetonung der Macht der faschistischen Partei und der These von der Verselbständigung der Exekutive ebenso zutage wie in Gestalt der maßlosen Überschätzung einzelner faschistischer Führer. Diese Subjektivierung des Faschismus kann mit unterschiedlichen historisch-politischen Aussagen verbunden sein.

Eine charakteristische Ausdrucksform findet der Subjektivismus in der *psychologisierenden Behandlung der Faschismusproblematik*. Seit Ende der 60er Jahre haben sich in der bürgerlichen Geschichtsschreibung, namentlich von den USA ausgehend, derartige Betrachtungsweisen verstärkt.[104] Sie signalisieren die Vertiefung der geistigen Krise der [443] bürgerlichen Gesellschaft und ihrer objektiven

[98] Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. XX, S. 27, S. 42, S. 78, S. 169; derselbe, Sozialpolitik im Dritten Reich, S. 42 ff.
[99] Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen, S. 71.
[100] Michael Wolffsohn, Linker und rechter National-Sozialismus, in: Zeitschrift für Politik, 1/1977, S. 78.
[101] Gregor, S. 153, S. 173, S. 209.
[102] Max Kele, Nazis and Workers, Chapel Hill 1972.
[103] Siehe beispielsweise Louis L. Snyder, Encyclopedia of the Third Reich, London 1976.
[104] Siehe The Psychoanalytic Interpretation of History, hrsg. von B. B. Wolman, New York/London 1971; Explorations in Psychohistory. The Wellfleet Papers, hrsg. von R. J. Lifton mit E. Olson, New York 1974; Geschichte und Psychoanalyse, hrsg. von H.-U. Wehler, Köln 1971.

gesellschaftlichen Ursachen; sie zeugen von der Verunsicherung bürgerlicher Historiker, die sich mit dem Rückgriff auf den Psychologismus Erklärungsmöglichkeiten für Krisenerscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft in Vergangenheit und Gegenwart erschließen wollen.

Psychologische Faschismusdeutungen treten vornehmlich in einer Fülle biographischer Arbeiten auf,[105] für die charakteristisch ist, daß sie Besonderheiten der individuellen Entwicklung faschistischer Führer – z. B. aus der Kindheit – überbewerten und die wichtigsten sozialen Faktoren, die durch die psychische Individualisiertheit nicht vorbestimmt sein konnten für den Weg an die Spitzen der faschistischen Partei und des Staates, stark unterschätzen oder negieren.

Einen Höhepunkt subjektivistischer Faschismusinterpretation stellt die in der ersten Hälfte der 70er Jahre aufgekommene sogenannte *Hitlerwelle* dar.[106] In einem in diesem Umfang und dieser Intensität vordem nicht gekannten Maße tendiert die vorherrschende Historiographie und Publizistik namentlich in der BRD und in den USA zu einer bis zur Zurücknahme gehenden Entschärfung bürgerlicher Faschismuskritik. Sie ist zu einem großen Teil durch eine betonte Bagatellisierung und eine massive Rechtfertigung gekennzeichnet und gipfelt in einer ausgesprochen positiven Charakterisierung Hitlers und seiner verbrecherischen Politik.

Mit der verschiedenartig variierten These von der „Alleinschuld“ Hitlers, welche das faschistische Herrschaftssystem auf die „Diktatur Hitlers“ reduzierte, hat die bürgerliche Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik schon von Anfang an intensiv zur Verzerrung des Faschismusbildes beigetragen. Die auf die Person Hitlers bezogenen Stereotypen vom „Machtmißbrauch“, „Terror“ und von der „Gewaltherrschaft“ haben sich vor allem im Bewußtsein breiter Kreise der Bevölkerung der BRD verfestigt und beeinflussen stark ihr Faschismusbild, das durch diese vordergründige personalistische Begrenzung von antiimperialistischen, antimonopolistischen Konsequenzen freigehalten werden soll. Die These vom „Irrationalen“, das in Hitlers Politik dominiert habe,[107] erfüllt nach wie vor eine erstrangige ideologische Funktion im bürgerlichen Geschichtsdenken.

An diese Vorleistungen konnten konzeptionell die meisten Veröffentlichungen anknüpfen, die im Zuge der sogenannten Hitlerwelle verfaßt wurden. In der in kapitalistischen Staaten offensichtlich am meisten verbreiteten Hitlerbiographie[108] unternimmt es Fest, Hitler, der „niemandes Instrument“[109] gewesen sei, bei Überbetonung seiner psychischen Eigenheiten zur großen historischen Persönlichkeit aufzuwerten.

In Unterschied zu der herkömmlichen These bürgerlicher Geschichtsschreibung von der „Alleinschuld“ Hitlers nimmt Fest eine neue Akzentuierung vor: Den historischen Schuldspruch als „moralische Betrachtung“ ablehnend, wird an seiner Stelle mit den neutraler [444] und „objektiver“ gefaßten Wertungen einer „Allein-Verantwortung“ bzw. der „individuellen Eigenart“ einer „großen historischen Persönlichkeit“ operiert. Insofern dient die Hitlerdarstellung von Fest nicht nur der Entlastung der imperialistischen Klassenkräfte des Faschismus, sondern auch der historischen Aufwertung Hitlers und damit des Faschismus.

Fest fand auch bei führenden BRD-Historikern Zustimmung. Theodor Schieder solidarisierte sich mit ihm, und Bracher benutzte wieder einmal die Gelegenheit, um gegen die marxistische Geschichtsauffassung zu polemisieren und Fest dafür zu loben, daß er auf den „modischen Gebrauch einer allgemeinen Faschismus-Theorie, die wenig erklärt“, verzichtet.[110]

---

[105] Siehe u. a. Werner Maser, Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München/Esslingen 1971; derselbe, Hitlers Briefe und Notizen, Düsseldorf 1973; Bradley F. Smith, Heinrich Himmler, Stanford 1971, derselbe, Adolf Hitler, Stanford 1967; Robert G. L. Waite, Adolf Hitler's Anti-Semitismus, in: The Psychoanalytic Interpretation of History, S. 192 ff.; William C. Langer, Das Adolf-Hitler-Psychogramm, Wien 1973.

[106] Manfred Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei, Berlin 1975; Unbewältigte Vergangenheit, S. 126 ff., 334 ff.

[107] Hans Rothfels, Die Geschichtswissenschaft in den dreißiger Jahren, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, S. 92.

[108] Fest.

[109] „Katastrophen waren das Element seines Lebens“, in: Die Zeit, vom 12.10.1973.

[110] Theodor Schieder, Hitler vor dem Gericht der Weltgeschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 27.10.1973; Karl Dietrich Bracher, Hitler – die deutsche Revolution, in: Die Zeit, vom 12.10.1973.

Die „Hitlerwelle“ ermunterte auch neofaschistische Kräfte zu erneuten ideologischen Aktivitäten. Nach wie vor wird von ihnen in erster Linie versucht, Hitler und die faschistische Führungsclique zu rehabilitieren sowie den deutschen Faschismus von jeder wesentlichen Schuld am zweiten Weltkrieg freizusprechen.[111] Nicht zuletzt unter dem Eindruck der kritischen Reaktion der internationalen Öffentlichkeit, hauptsächlich in Frankreich, aber auch in den USA und Großbritannien, dem beharrlichen Kampf von Demokraten der BRD[112] und der zunehmend besorgten Haltung antifaschistisch-bürgerlicher Kräfte erscheint es einigen bekannten Historikern der Bundesrepublik geraten, das „angreifbare Buch“ und den entsprechenden „überflüssigen Film“ Fests kritisch und distanziert zu werten.[113]

Dabei wird die Negierung der „sozialgeschichtlichen Sehweise“ ebenso befremdet vermerkt wie etwa die „Verharmlosung der Kriege des Regimes“. Hermann Graml kommt mit Blick auf die ideologischen Effekte einer solchen Geschichtspropaganda nicht umhin festzustellen, daß eine solcherart betriebene „Immunisierung“ der Bevölkerung im antihitleristischen Sinn „etwa soviel (nützt) wie eine Schluckimpfung gegen eine Revolverkugel“.[114] Indessen greift diese Kritik noch zu kurz: Bei der Hitlerwelle ging es nicht um eine „ungenügende Immunisierung“! Im Gegenteil: Mit dem gezielten Hochstilisieren Hitlers zur großen historischen Persönlichkeit und in infamer Weise zur „deutsche(n) Erscheinung der Revolution“[115] wurde ein – auf seine Art attraktives – Leitbild, insbesondere für jugendliche Kreise geschaffen.

Die sogenannte Hitlerwelle stellte eine der massivsten ideologischen Aktivitäten auf historiographischem Gebiet in der Geschichte der BRD dar. Insbesondere durch die Verarbeitung von Fests Buch durch die Filmindustrie wurden Hunderttausende von Bürgern [445] der BRD von diesem Hitlerbild erreicht. Derartige vehement entwickelte ideologisch Kampagnen leiten nicht nur Wasser auf die Mühlen der reaktionärsten, offen profaschistischen Kräfte, sondern dämmen auch allein schon durch ihren Faszinationseffekt die Wirkung und Verbreitung demokratischen Gedankenguts ein. Das um so mehr, als sie sich unter Bedingungen entfalten können, da sich die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft, die BRD einer Reihe politischer Belastungen, z. B. durch terroristische Gruppen und deren Bekämpfung, ausgesetzt war, und sie zudem auf eine Bevölkerung treffen, die in ihrem größten Teil über kein gefestigtes antifaschistisches Geschichtsbild verfügt, sondern zu einer antikommunistischen Grundeinstellung erzogen wurde.

Wenngleich einige bürgerliche Historiker das von Fest und anderen vermittelte Faschismusbild in dieser Zugespitztheit als politisch unzweckmäßig und konzeptionell – besonders in der Auseinandersetzung mit marxistisch-leninistischen und anderen antiimperialistischen Kräften – zu inflexibel ansehen, so ist in diesem Falle zweifellos der Auffassung Th. Schieders zuzustimmen, daß Fests Buch „ohne die vorhergehenden Leistungen“ der bürgerlichen Geschichtsschreibung „nicht denkbar gewesen“ wäre.[116] Dennoch muß Fests Darstellung für jene auf antihitlerisches Renommee bedachten bürgerlich Geschichtsideologen als „ambivalent“ erscheinen: Einerseits ist für sie der „Anschein“, daß Fest die Bevölkerung der BRD mit Hitler aussöhnen wolle, „anstößig“,[117] andererseits verarbeitet Fest überkommene Thesen des bourgeoisen Faschismusbildes der BRD-Geschichtsschreibung.

Zweifellos ist die „Hitlerwelle“ in ihren extremen Erscheinungen einer Reihe von bürgerlichen Historikern zu weit gegangen. Über die objektiven ideologischen Wirkungen hatte Golo Mann schon

---

[111] Siehe u. a. Erich Kern (d. i. Erich Knud Kernmayer), Adolf Hitler und das Dritte Reich, Oldendorf 1971; David L. Hoggan, Der unnötige Krieg, Tübingen 1974; Albert Speer, Spandauer Tagebücher, Frankfurt a. M./(West-)Berlin/Wien 1975; Carl Vincent Krogmann, Es ging um Deutschlands Zukunft, Leoni a. Starnberger See 1977.

[112] Als Beispiel sei genannt: Was verschweigt Fest?, Analysen und Dokumente zum Hitler-Film von J. C. Fest, hrsg. von J. Berlin u. a., Köln 1978.

[113] Hermann Graml, Ein überflüssiger Film, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 11/1977, S. 669 ff.; Eberhard Jäckel, Literaturbericht: Rückblick auf die sogenannte Hitler-Welle, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 11/1977, S. 695 ff.; Mommsen, Nationalsozialismus oder Hitlerismus, S. 360 ff.

[114] Graml, S. 673 f.

[115] Fest, S. 1035.

[116] Schieder, Hitler vor dem Gericht.

[117] Jäckel, S. 707 f.

1973 reflektiert: „Je länger man sich mit einem Helden abgibt, seiner Herkunft, den Motiven, die auf ihn wirkten, seiner Psychologie, desto eher ist man geneigt, ihn zu verstehen, wovon es ... nur ein Schritt zum Verzeihen ist – und dann zum Bewundern.“[118]

Einen weiteren Ausdruck – wenngleich in seinen politisch-historischen Aussagen nicht mit der „Hitlerwelle“ vergleichbar – findet der Subjektivismus der bürgerlichen Faschismusinterpretation in der Vereinseitigung und Beschränkung auf die Geschichte deutschen Volkes. Dabei erfahren auch jene in den 30er und 40er Jahren entwickelten Anschauungen eine Wiederbelebung, die eine Reihe von Besonderheiten der deutschen Geschichte überschätzen und daraus eine „deutsche Misere“ ableiteten.

In der Gegenwart werden nationalistische Tendenzen, neofaschistische Umtriebe und Angriffe auf die bürgerliche Demokratie in der BRD von bürgerlichen Historikern in den Ländern, deren Völker in der Antihitlerkoalition gekämpft haben, besorgt registriert und fließen auf unterschiedliche Art auch in die Geschichtsschreibung über den Faschismus ein. Einige dieser Historiker erklären abermals die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus, die „Absonderung Deutschlands“ von Westeuropa und den USA und die „Alleingänge“ der herrschenden Klassen in Deutschland, die sich in der Errichtung der faschistischen Diktatur und in ihrem Expansionismus komprimiert hätten, aus einer speziell in der deutschen Geschichte dominierenden reaktionären ideengeschichtlichen Kontinuitätslinie und einer entsprechend militanten „deutschen“ Denktradition und Verhaltensweise.[119]

[446] Diese – namentlich in der Publizistik vielfältig variierte – Interpretation diskreditiert nicht selten auch demokratisches Erbe der deutschen Geschichte und wertvolle Leistungen der Kultur und Wissenschaft. In Gestalt des „westlich-pluralistischen Wertsystems“, der angeblich einzigen demokratischen Alternative zum deutschen Nationalismus und Faschismus, wird zugleich auf vulgäre Art die Gesellschaftsordnung aufgewertet, die den Faschismus hervorgebracht hat. Extreme Auffassungen verfechten jene noch nachwirkenden völkerpsychologisch-biologistischen Positionen, die „die deutsche Mentalität“, das Deutsche schlechthin, als außergewöhnlich empfänglich für den Faschismus darstellen.[120]

Zum Teil in Distanz zu derartigen nationalistischen Vergröberungen versuchen andere psychologisierende Betrachtungen, die Soziales und Psychologisches verbinden wollen, über die Analyse von „gruppentypischen Verhaltensweisen und Erfahrungen“ (z. B. deutscher Jugendlicher der Jahre von 1914 bis 1920) zur Erklärung des Faschismus vorzudringen.[121] Trotz aufschlußreicher Einzelaussagen erweisen sich aber auch diese Forschungen außerstande, das Wesen faschistischer Bewegungen in Deutschland zu erklären. Letztlich stellt sich ihnen der Faschismus als eine politisch klassenindifferente, von einem „charismatischen Führer“ bestimmte und von enttäuschten, frustrierten Gruppen getragene aggressive Massenbewegung dar.

In der dominierenden Geschichtsschreibung der BRD über den Faschismus, die seit jeher darauf bedacht war, das Kontinuitätsproblem in der deutschen Geschichte flexibel zu interpretieren, zeigen sich deutliche Versuche, auf elastische Weise der These zu begegnen oder sie zu modifizieren, wonach der Faschismus ein charakteristischer Ausdruck der mobilisierten Deutschen und der deutschen Geschichte gewesen sei. Diese konzeptionelle Linie erhält in den 70er Jahren nunmehr im Fluidum eines „modernen Nationalismus“ eine deutliche Bekräftigung, indem im Faschismus „die vollständige Pervertierung des deutschen Nationalgedankens und seine Instrumentalisierung zugunsten einer von der historisch gewachsenen Nation völlig gelösten biologistischen Ideologie“ erblickt wird.[122] In Abstand zu solchen grobschlächtigen „Definitionen“ entfalten sich – im gewissen Sinne auch als

[118] Golo Mann, Hitler – zum letzten Mal?, in: Süddeutsche Zeitung, vom 13./14.10.1973.
[119] Siehe beispielsweise Daniel Gasman, The Scientific Origins of National Socialism, London/New York 1971.
[120] Erik H. Erikson, Kindheit und Gesellschaft, Stuttgart 1965.
[121] Peter Loewenberg, The Psychohistorical Origins of the Nazi Youth Cohort, in: The American Historical Repiew, Dezember 1971.
[122] Andreas Hillgruber, Entwicklung, Wandlung und Zerstörung des deutschen Nationalstaates 1871-1945, in: 1871-1971. Fragen an die deutsche Geschichte. Historische Ausstellungen im Reichstagsgebäude in Berlin und in der Paulskirche in Frankfurt am Main aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Jahres der Reichsgründung, o. O. u. J., S. 195.

kritischer Reflex auf die zahlreichen Hitlerbiographien – Argumentationen, die den Masseneinfluß des deutschen Faschismus in hohem Maße als Ergebnis einer „durch den Nationalsozialismus restaurierten und produzierten naiven politischen Volksfrömmigkeit von immensem Ausmaß“ erklären und dabei zugleich – wenn auch in der Bedeutung nachgeordnet – auf die „Förderung“ des Hitlerkults auch durch „viele ‚alten‘ Autoritäten in Staat, Gesellschaft und Kirche“ verweisen.[123] Auch bei dieser mit Teilwahrheiten arbeitenden Gewichtung ist deutlich, zumal andere Determinanten unbeachtet bleiben, wer be- und wer entlastet werden soll.

Einige der genannten Untersuchungen sind durchaus in der Lage, bestimmte Seiten der Geschichte des Faschismus aufzudecken. Für den Erkenntniswert entscheidend bleibt jedoch, daß die für sie typische Reduzierung der Geschichte auf eine Reihe beobachtbarer [447] Gegebenheiten, der Überhöhung und Verselbständigung von einzelnen Seiten des geschichtlichen Subjekts einerseits sowie der Relativierung und Unterschätzung der sozialökonomischen Grundlagen und politischen Herrschaftsmechanismen des Imperialismus andererseits einer umfassenden Aufdeckung des Wesens und der Erscheinungen des Faschismus deutliche Grenzen setzt.

So verschieden die gegenwärtigen bürgerlichen Konzepte zur Deutung und Darstellung des Faschismus auch sein mögen – eine Gemeinsamkeit verbindet sie alle: die Entstellung und Bekämpfung der marxistisch-leninistischen Faschismusauffassung und -theorie. Das geschieht meist nach der uralten antimarxistischen Methode, ein eigenes Zerrbild angeblich „marxistischer“ Anschauung zu errichten und es dann munter zu widerlegen. In diesem Falle dominieren *drei Argumentationslinien*:

Erstens wird eine Diskrepanz zwischen der marxistisch-leninistischen Theorie und der empirischen historischen Forschung behauptet, *zweitens* werden dieser Theorie dogmatische Einseitigkeit sowie die Konstruktion eines fatalistischen Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Faschismus unterstellt und *drittens* wird dieser Theorie vorgeworfen, daß sie die Besonderheiten der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945 in Deutschland vorschnell verallgemeinere und schematisch auf andere Länder und Situationen übertrage.

Mit dem erstgenannten Vorgehen[124] wird hauptsächlich versucht, die marxistisch-leninistische Faschismustheorie als eine außerhalb der historischen Erfahrung und Forschung entstandene, vorrangig aus pragmatisch-politischen Absichten heraus konstruierte Lehre hinzustellen, deren Hauptfunktion es sei, den politischen Gegner zu treffen. Letztlich wird dieser Theorie ein „politischer Mißbrauch des Begriffs Faschismus“ zugeschrieben.[125]

In Wirklichkeit gründet die marxistisch-leninistische Faschismustheorie auf den langjährigen Erfahrungen des Klassenkampfes der revolutionären Arbeiterbewegung, die vom ersten Auftreten faschistischer Bewegungen Anfang der 20er Jahre in Italien und Deutschland gesammelt worden sind. Diese Theorie verallgemeinert die Lehren des realen Geschichtsverlaufs. Der entscheidende qualitative Sprung in diesem fortschreitenden Erkenntnisprozeß konnte mit der klassischen Wesensbestimmung des Faschismus an der Macht durch Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erreicht werden.[126] Sie stellte eine exakte wissenschaftliche Analyse des Faschismus dar. Aber ähnlich wie Marx seinerzeit mit der Entdeckung der Mehrwerttheorie als dem Kern der kapitalistischen Ausbeutung noch nicht das gesamte wissenschaftliche Instrumentarium für das Erfassen aller Erscheinungen des kapitalistischen Systems vermittelte, so umfaßte die grundlegende Wesensbestimmung des Faschismus auch nicht alle Seiten der marxistisch-leninistischen Faschismusauffassung. Diese Auffassung und die ihr zugrundeliegende Theorie beruht auf der komplexen Analyse des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium und dessen ökonomischer, politischer und ideologischer Ausprägung als Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus,

[123] Martin Broszat, Bayerns Bevölkerung und der Nationalsozialismus, in: Süddeutsche Zeitung, München, 10./11.12.1977.
[124] Siehe beispielsweise Iring Fetscher, Faschismus und Nationalsozialismus, in: Politische Vierteljahresschrift, 1962, S. 42 ff.; Turner jr., S. 180 f.; Wippermann, Faschismustheorien, S. IX, S. 53; Faschismus als soziale Bewegung, S. 13 f.
[125] Siehe Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen, S. 7, S. 14; Joachim Besser, Wer ist eigentlich ein Faschist?, in: Vorwärts, vom 8.4.1976.
[126] Siehe den Beitrag von Elfriede Lewerenz im vorliegenden Band, S. 21 ff.

wobei die unterschiedliche [448] Qualität der faschistischen Herrschaftsausübung gegenüber anderen Herrschaftsformen des Kapitals klar gekennzeichnet wird.

Auf dieser Grundlage werden zuverlässige Kriterien für die wissenschaftliche Untersuchung und Bewertung der spezifischen historischen Erscheinungen in allen gesellschaftlichen Bereichen des Faschismus, sowohl auf den Gebieten der Wirtschaft und des Staates als auch der politischen Bewegungen und der Ideologie und Kultur vermittelt. Jene, die diese eindeutige Kennzeichnung des Faschismus ignorieren, unterliegen nicht nur der Gefahr des „politischen Mißbrauchs des Begriffs Faschismus“, sondern der generellen Fehldeutung.

Aus dieser Sachlage wird bereits ersichtlich, wie abwegig auch die zweite Argumentationsrichtung gegen die marxistisch-leninistische Faschismustheorie ist, die ihr dogmatische Einseitigkeit unterstellt. Eine besondere Rolle spielt dabei die Andichtung ökonomischer Einseitigkeit mit Hilfe der sogenannten Agententheorie.[127] Damit soll suggeriert werden, daß sich die marxistisch-leninistische Faschismustheorie angeblich darauf beschränkt, die faschistischen Machthaber als bloße Befehlsempfänger – Agenten – des Monopolkapitals oder bestimmter Monopolgruppen anzusehen. Dadurch soll der Eindruck erweckt werden, als ob die faschistische Diktatur und ihr Machtmechanismus auf ein lineares funktionales Unterstellungsverhältnis unter das Monopolkapital oder einzelner Monopolgruppen reduziert würden. Es ist jedoch ein Kennzeichen marxistisch-leninistischer Forschung, die innere Widersprüchlichkeit aller Arten imperialistischer Herrschaftssysteme zu beachten, in der u. a. Konkurrenzkämpfe, unterschiedliche politische Strategien bourgeoiser Klassenfraktionen oder anderer Kräfte und gegenläufige Tendenzen im Machtmechanismus eine Rolle spielen können.

Die ökonomistische Simplifikation der dialektisch-materialistischen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung ist seit jeher eine beliebte Methode der Antimarxisten aller Couleurs. Stets zehrt man dabei von zwei grundsätzlichen Verzerrungen: Zum einen wird der philosophische Monismus und das ihm eigene konsequent materialistische Herangehen an die historischen Erscheinungen und Prozesse als primitiver Ökonomismus ausgegeben, und zum anderen wird die materialistische Dialektik, die alle entscheidenden gesellschaftlichen Erscheinungen in komplexer Beziehung erfaßt, ignoriert.

Die bürgerlichen Ideologen zeigen sich außerstande, insbesondere die dialektische Beziehung von Ökonomie, Politik und Ideologie zu begreifen. Allein die materialistische, primär aus den ökonomischen Verhältnissen abgeleitete Wesensbestimmung des Faschismus ermöglicht es, die relative Eigenständigkeit und auch aktive Einwirkung der Politik (z. B. des Staates) und der Ideologie (z. B. der faschistischen Partei) auf die ökonomische Basis in ihrem realen Stellenwert zu berücksichtigen. Nur vollzieht sich das nicht außer-Laib oder neben den vorherrschenden ökonomischen Verhältnissen, sondern in ihrem Rahmen und auf ihrer Grundlage – der Faschismus als Ausgeburt des kapitalistischen Systems.

Diese gesamtgesellschaftliche Einordnung des Faschismus und seine Standortbestimmung im Geschichtsprozeß des 20. Jh. durch die marxistisch-leninistische Faschismusauffassung versuchen die bürgerlichen Ideologen als Behauptung eines fatalistischen Zu-[449]sammenhangs oder gar der Identität von Kapitalismus und Faschismus hinzustellen. Zu den gängigsten Argumenten zählen hier die Thesen, die marxistische Faschismustheorie würde den Faschismus als zwangsläufiges „Produkt des Kapitalismus in der Krise“ und demzufolge in wissenschaftlich unzulässiger „eindimensionaler“, „monokausaler“ Vereinfachung werten.[128]

Auch die Unterstellung einer fatalistischen Sicht der Geschichte gehört zu den alten Hüten des Antimarxismus und Antikommunismus. Drei entscheidende Tatbestände der marxistisch-leninistischen

[127] Diese Version ist in allen tonangebenden bürgerlichen Arbeiten zur Faschismusproblematik enthalten, so daß sich besondere Belege erübrigen. Ein charakteristisches Beispiel für die Mischung von forschungsgeschichtlicher Kenntnislosigkeit und antikommunistischer Verblendung jedoch bei Turner jr., S. 160.

[128] Siehe dazu beispielsweise John Weiss, The Fascist Tradition, New York/Evanston/London 1967, S. IX, S. 5; Eike Hennig, Industrie und Faschismus, in: Neue Politische Literatur, S. 439; Bracher, Die Krise Europas, S. 17; derselbe, Zeitgeschichte im Wandel, S. 638; Wippermann, Faschismustheorien, S. 12; Winkler, Revolution, Staat, Faschismus, S. 87.

Position werden dabei bewußt übersehen: Zum einen gehen die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften seit Lenin davon aus, daß dem Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium generell und permanent – nicht nur in akuten Krisenzeiten – der Drang zur Reaktion und verschärfter Unterdrückung wesenseigen ist. Zum anderen wird dabei eindeutig zwischen verschiedenartigen Möglichkeiten von Auswegen aus solchen Krisensituationen unterschieden, wobei jedoch die Gefahr auch faschistischer Lösungsversuche stets gegeben ist. Die marxistisch-leninistische Forschung behauptet jedoch nicht, daß die Errichtung der faschistischen Diktatur und auch die Entwicklung faschistischer Bewegungen gleichsam eine – etwa von 1918 an –beschlossene Strategie der Monopolbourgeoisie oder gar eine von Anfang an simpel vereinbarte Politik von Monopolherren und von Führern faschistischer Gruppen und Parteien gewesen sei. Schließlich war es ein Hauptanliegen der revolutionären Arbeiterbewegung seit dem ersten Aufkeimen faschistischer Bewegungen immer und überall, ihnen konsequent entgegenzuwirken und alles zu tun, um die staatliche Etablierung des Faschismus zu verhindern.

Die Angriffe gegen die marxistisch-leninistische Faschismustheorie, die ihr eine einseitige Orientierung auf die faschistische Diktatur von 1933 bis 1945 in Deutschland sowie die willkürliche Generalisierung ihrer Besonderheiten vorwerfen, sind unterschiedlich motiviert. Sie laufen darauf hinaus, entweder jede verallgemeinernde Faschismustheorie strikt abzulehnen oder der angeblichen Unzulänglichkeit der marxistisch-leninistischen Faschismusauffassung die wissenschaftliche Überlegenheit und Seriosität diverser bürgerlicher Theorien entgegenzustellen. Die meist zu konservativen politischen Positionen neigenden Anhänger der erstgenannten Version betrachten den „Nationalsozialismus“ in Deutschland als eine historisch einmalige, mehr oder weniger an die Person Hitlers und seiner Clique gebundene Erscheinung. Für sie ist jede verallgemeinernde Faschismusauffassung von vornherein suspekt.[129] Jene Ideologen dagegen, die den Faschismus durchaus nicht nur auf das Hitlerregime beschränken, unterstellen der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie, daß sie die Wesensbestimmung des deutschen Faschismus ohne hinreichende empirische Untersuchungen schematisch auf Länder mit völlig andersgearteten Bedingungen – etwa auf Italien, Ungarn, Rumänien vor 1945 oder faschistische Entwicklungen in Lateinamerika nach 1945 – übertragen würde. Dabei versucht man vor allem die unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstufen des Kapitalismus und des dem-[450]entsprechenden Grades der Einflußnahme des Monopolkapitals sowie die unterschiedlichen Formen faschistischer Bewegungen ins Feld zu führen.[130]

Die vermeintlichen Ungereimtheiten gehen jedoch nicht zu Lasten der marxistisch-leninistischen Faschismusauffassung, sondern zu Lasten ihrer übereifrigen Kritiker, die hier einiges übersehen oder bewußt durcheinanderbringen. Hinsichtlich der vermeintlichen – der marxistisch-leninistischen Faschismusdefinition entgegengestellten – ökonomischen Unreife zurückgebliebener kapitalistischer Länder für die Existenz faschistischer Regime wird einmal mehr das expansive Wesen des Imperialismus und die daraus resultierende internationale Verflechtung des Monopolkapitals sowie die besonders reaktionäre Rolle der imperialistischen Hauptmächte gegenüber sogenannten Entwicklungsländern ignoriert. Was die unterschiedlichen Formen der politischen Bewegung und der Massenbasis des Faschismus angeht, so werden Wesen und Erscheinung kurzschlüssig identifiziert. Es ist kein Zufall, daß die auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gegebene Wesensbestimmung des Faschismus keine spezielle Aussage dazu enthält. Schon damals waren unterschiedliche Arten und Formen der faschistischen politischen Bewegungen bekannt, nicht nur in Italien und Deutschland, sondern auch in Ungarn, Polen, Rumänien, Frankreich, Portugal und anderen kapitalistischen Ländern.

In der Genesis der Faschismustheorie zeigt sich die sehr wichtige Eigenschaft marxistisch-leninistischer Forschung, sich von Auffassungen zu trennen, die sich – wie die von Anfang an unrichtige, jedoch nicht unerklärbare These vom „Sozialfaschismus“ – als wissenschaftlich unzutreffend und

[129] Siehe dazu beispielsweise Louis L. Snyder, Hitler and Nazism, New York 1967; Schulz, S. 171 f.; Karl Dietrich Bracher, Der Faschismus, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 8, München 1973, S. 547 ff.; Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen, S. 18 ff.

[130] Charakteristisch dafür ist der Beitrag von Schieder, Faschismus.

dadurch auch als politisch hemmend erwiesen haben. Bourgeoisie und rechtsopportunistische Ideologen halten dagegen seit Jahrzehnten entweder an den alten Klischees fest, die das kapitalistische System vom Makel des Faschismus befreien sollen, oder sie strapazieren die demagogische Totalitarismusdoktrin in der Monotonie einer tibetanischen Gebetsmühle. Somit bleibt die heute dominierende bürgerliche Faschismusforschung weit hinter den Ergebnissen bürgerlich-demokratischer und sozialdemokratischer Faschismusanalysen der 30er und 40er Jahre zurück.

Bis zu einem bestimmten Grade zutreffend ist die Feststellung von bürgerlicher Seite, daß sich die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart vorrangig mit dem deutschen Faschismus beschäftigte. Das hat aber nicht mit irgendwelcher Einseitigkeit zu tun. Dieser Tatbestand entspringt wissenschaftlichen und politischen Erfordernissen.

Wesensbestimmungen, d. h. allgemeine Charakteristika ähnlicher oder sich wiederholender historischer Erscheinungen und Prozesse, lassen sich nun einmal am treffendsten aus ihren besonders ausgeprägten, in diesem Sinne typischen Erscheinungsformen ableiten. Im Vergleich zu allen historisch vorangegangenen und nachfolgenden faschistischen Bewegungen und Herrschaftsformen erfuhr der Faschismus in Deutschland seine umfassendste und perfektionierteste Ausprägung. Das hat seine entscheidende Ursache im fortgeschrittenen Entwicklungsstand des imperialistischen Herrschaftssystems. Wenn es zur gleichen Zeit oder danach in anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht zu faschistischen Diktaturen gekommen ist, dann hat das verschiedene Ursachen, unter denen der verstärkte Widerstand der demokratischen Kräfte in den einzelnen Ländern und im internationalen Maßstab an erster Stelle steht, ein Widerstand, der durch die menschheitsgefährdende Konfrontation mit der faschistischen Diktatur in Deutschland stimuliert worden ist.

[451] Die vorrangige Orientierung der marxistisch-leninistischen Faschismusforschung auf den Faschismus in Deutschland, seine Erscheinungsformen, die Ursachen seines Sieges und die sich daraus ergebenden Lehren erklärt sich nicht zuletzt aus der politischen Notwendigkeit, den antifaschistischen Kräften in aller Welt das notwendige Rüstzeug zur rechtzeitigen Abwendung ähnlicher Gefahren zu vermitteln.

Die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftler sind sich dabei vollauf bewußt, daß es bei der historischen und gegenwärtigen Analyse und Kritik des Faschismus noch vieles zu verbessern gilt. Nicht in jedem Fall werden die theoretischen Grunderkenntnisse der marxistisch-leninistischen Faschismusanalyse qualifiziert genug in der historiographischen Praxis verarbeitet. Nicht alle wichtigen Seiten der Faschismusproblematik werden mit genügender Aufmerksamkeit verfolgt oder mit der notwendigen Intensität erforscht. Außerdem werfen sowohl der fortschreitende Erkenntnisprozeß als auch der weitergehende Geschichtsprozeß, in dem neue faschistische Bewegungen und Regime in kapitalistischen Ländern entstanden sind, neue Fragen auf und stellen die Forschung vor neue Probleme, zu deren Lösung es nicht ausreicht, allein an Bekanntes anzuknüpfen, sondern auch eine Weiter- und Neuentwicklung theoretischer Elemente der marxistisch-leninistischen Faschismusauffassung notwendig ist. Um den Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen mit der für den Kampf der demokratischen Kräfte notwendigen Präzision zu erfassen, verarbeitet die marxistisch-leninistische Forschung alle Erkenntnisse und Erfahrungen, die der Aufhellung der historischen Wahrheit nutzen können. Stets wird aber eine der gesellschaftlichen Wirklichkeit adäquate Wesensbestimmung faschistischer Bewegungen und Herrschaftsformen das A und O des Vorgehens bleiben müssen. Entsprechend der klassischen marxistisch-leninistischen Analyse und Kennzeichnung des Faschismus an der Macht durch den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale sind und bleiben die entscheidenden Merkmale einer solchen Wesensbestimmung, daß sie aus der konkret-historischen Erfahrung und ihrer wissenschaftlichen Verallgemeinerung hervorgehen bzw. auf ihr gründen, daß sie das soziale Wesen und die soziale Funktion des Faschismus kennzeichnen, daß sie den historischen Platz des Faschismus in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung erfassen und daß sie mobilisierenden Charakter tragen, d. h. jene Kräfte aktivieren und orientieren, die in der Lage und bereit sind, den Faschismus wirksam zu bekämpfen.